

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Dokumentationsdienst  
3003 Bern  
Tel. 031 322 97 44  
Fax 031 322 82 97  
[doc@parl.admin.ch](mailto:doc@parl.admin.ch)

---

## 11.030 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket

---





## Curia Vista - Geschäftsdatenbank

11.030 – Geschäft des Bundesrates

### 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket

Einreichungsdatum	11.05.2011
Stand der Beratung	Von beiden Räten behandelt

Botschaft vom 11. Mai 2011 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket) (BBI 2011 5691)

#### Dokumente

- [Botschaft des Bundesrates 11.05.11 \(BBI 2011 5691\)](#)
- [Zusammenfassung Botschaft / Bericht und Beratungen](#)
- [Dossier](#)
- [Medienmitteilungen](#)
- [Anträge, Fahnen](#)
- [Amtliches Bulletin - die Wortprotokolle](#)
- [Text des Erlasses 2 \(AS 2012 5559\)](#)

#### Chronologie / Wortprotokolle

##### Entwurf 1

Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)

Datum	Rat	
19.12.2011	SR	Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.
12.12.2012	NR	Abweichend.
12.03.2013	SR	Abweichend.
04.06.2013	NR	Abweichend.
11.06.2013	SR	Abweichend.
13.06.2013	NR	Abweichend.
19.06.2013	SR	Beschluss abweichend vom Antrag der Einigungskonferenz (nicht abschreiben).

<b>Datum</b>	<b>Rat</b>	
19.06.2013	NR	Beschluss gemäss Antrag der Einigungskonferenz (= Abschreibung).

---

### **Entwurf 2**

Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket: Kostenvergütung für stationäre Massnahmen)

<b>Datum</b>	<b>Rat</b>	
19.12.2011	SR	Beschluss gemäss Antrag Kuprecht.
30.05.2012	NR	Abweichend.
01.06.2012	SR	Zustimmung.
15.06.2012	SR	Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.
15.06.2012	NR	Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

---

Bundesblatt 2012 5931; Ablauf der Referendumsfrist: 4. Oktober 2012

---

Amtliche Sammlung des Bundesrechts 2012 5559

---

### **Entwurf 3**

Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket) (Entwurf der SGK-N vom 11.10.2012)

<b>Datum</b>	<b>Rat</b>	
12.12.2012	NR	Eintreten und Rückweisung an die Kommission.

---

### **Behandelnde Kommissionen**

- Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR (SGK-NR)
- Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR (SGK-SR)

### **Behandlungskategorie NR**

IIIa

### **Erstbehandelnder Rat**

Ständerat

### **Deskriptoren:** Hilfe

sechste IV-Revision IV-Rente berufliche Wiedereingliederung IV-Rentner/in  
Invalidenversicherung Staatsverschuldung Fonds

### **Ergänzende Erschliessung:**

28;stufenloses Rentensystem

### **Zuständig**

Departement des Innern (EDI)

## Achte Sitzung – Huitième séance

Montag, 19. Dezember 2011

Lundi, 19 décembre 2011

15.15 h

11.030

### 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket

#### 6e révision de l'AI. Deuxième volet

*Erstrat – Premier Conseil*

Botschaft des Bundesrates 11.05.11 (BBl 2011 5691)  
Message du Conseil fédéral 11.05.11 (FF 2011 5301)

Ständerat/Conseil des Etats 19.12.11 (Erstrat – Premier Conseil)

**Präsident** (Altherr Hans, Präsident): Ich begrüsse Sie herzlich zur dritten Sessionswoche. Seit unserer letzten Sitzung am vergangenen Donnerstag haben wir zwei Geburtstage zu verzeichnen, nämlich jenen von Frau Liliane Maury Pasquier am 16. Dezember und jenen von Herrn Jean-René Fournier am 18. Dezember – Herr Fournier ist ein Sonntagskind. Den beiden Ratsmitgliedern herzliche Gratulation! (*Beifall*)

*Antrag der Minderheit*

(Fetz, Maury Pasquier)

Rückweisung an den Bundesrat mit dem Auftrag:

- die Wirkung der 5. IV-Revision zu evaluieren;
- das erste Jahr nach Inkrafttreten der Vorlage 6a abzuwarten und zu prüfen, wie viele der insgesamt 16 500 somatoformen IV-Rentnerinnen und -Rentner wieder in den ersten Arbeitsmarkt eingegliedert werden konnten.

Das neue Rentensystem in der Vorlage 6b ist in der vorliegenden Form hauptsächlich auf den Spareffekt ausgerichtet. Es soll so überarbeitet werden, dass die tatsächliche Eingliederung in den Arbeitsmarkt im Vordergrund steht. Dabei soll die Abstimmung mit der zweiten Säule ebenfalls genauer ausgestaltet werden.

*Proposition de la minorité*

(Fetz, Maury Pasquier)

Renvoi au Conseil fédéral avec mandat:

- d'évaluer les effets de la 5e révision de l'AI;
- d'attendre un an après l'entrée en vigueur du projet 6a et de vérifier combien de rentiers AI pour raisons somatoformes, parmi les 16 500 recensés au total, ont pu être réinsérés dans le marché de l'emploi normal.

Le nouveau système de rentes proposé par le projet 6b est principalement axé, sous la forme présentée, sur les moyens de réaliser des économies. Il doit être remanié de façon à mettre l'accent sur la réinsertion effective dans le marché de l'emploi. Dans ce contexte, la compatibilité avec le deuxième pilier doit également être définie plus précisément.

**Kuprecht Alex** (V, SZ), für die Kommission: Die Invalidenversicherung als wichtiges Sozialversicherungswerk zur Einkommenserhaltung im Falle einer dauernden Erwerbsunfähigkeit und als wesentlicher Teil der ersten Säule befindet sich seit Jahren in einem äusserst grossen finanziellen Ungleichgewicht. Die Ausgaben haben sich gegenüber den

Einnahmen seit 1994 kontinuierlich negativ entwickelt, von 420 Millionen auf über 2 Milliarden Franken. Seit dem Jahr 2002 überstieg das negative Rechnungsergebnis regelmässig die Milliardengrenze. Im letzten Jahr betrug das Defizit trotz den mit der 4. und der 5. IV-Revision eingeleiteten Massnahmen mit 1,044 Milliarden Franken immer noch mehr als eine Milliarde. Die kumulierten Verlustvorträge haben per Ende 2010 die Schuldenhöhe von rund 15 Milliarden Franken erreicht.

Die jährlich erlittenen Verluste konnten in der Vergangenheit durch Darlehen der AHV aus dem Ausgleichsfonds gedeckt werden. Mit der Zustimmung zum Paket der Zusatzfinanzierung durch das Volk anlässlich der eidgenössischen Volksabstimmung vom September 2009 entstand jedoch per 1. Januar 2011 für die Invalidenversicherung ein eigener Ausgleichsfonds, der abschliessend nochmals mit einer Einlage von 5 Milliarden Franken aus dem AHV-Ausgleichsfonds als notwendige Schwankungsreserve geäuft wurde. Gleichzeitig hat das Volk einer bis Ende 2017 befristeten Mehrwertsteuererhöhung zur temporären Deckung des Betriebsdefizits zugestimmt. Mit der dem Volk unterbreiteten Finanzierungsvorlage wurde aber auch der Wille zum Ausdruck gebracht, dass bis zum Auslaufen der befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer das Betriebsdefizit eliminiert und die entsprechende Betriebsrechnung, also das Verhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen, durch weitere zwingend notwendige Gesetzesrevisionen in die dringend notwendige Balance gebracht werden solle. Zur Erinnerung sei festgehalten, dass wohl das Volk im Rahmen dieser Verfassungsabstimmung grossmehrheitlich zugestimmt, aber nur gerade ein einziger zustimmender Kanton mehr für das Erreichen des Ständemehrs gesorgt hat.

Der äusserst knappe Entscheid zugunsten einer ausgabenseitigen Sanierung der Invalidenversicherung gibt uns heute die Möglichkeit, die notwendigen Massnahmen zu beschliessen und das Sanierungsziel durch die Verabschiedung des zweiten Massnahmenpaketes anzustreben. In der Tat wurde in den vergangenen Jahren sehr viel unternommen, um das ökonomische Gleichgewicht wiederzufinden. Während mit verschiedenen Massnahmen in der 5. IV-Revision primär das Ziel der Reintegration vor einer Rente angestrebt wurde, verfolgte das erste Massnahmenpaket der 6. IV-Revision das Ziel der Reintegration nach einer Rente und umfasste verschiedene Massnahmen wie z. B. den Assistenzbeitrag, den neuen Finanzierungsmechanismus oder die angestrebten Preissenkungsmassnahmen bei den Hilfsmitteln.

Erste Erfolge der 5. IV-Revision sind in der Betriebsrechnung in Form einer massiven Reduktion der Neurenten erkennbar; sie werden aber erst zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt finanzwirksame Auswirkungen haben. Auf der anderen Seite darf mit Befriedigung festgestellt werden, dass früher vorhandene Hemmnisse, erwerbsunfähige Menschen wieder in den Arbeitsprozess zurückzuholen, durch innovative Gesetzesverbesserungen in der 5. und der 6. IV-Revision ausgeräumt werden konnten und für Arbeitgeber eigentlich keine Hürden mehr bestehen, aufgrund derer sie Reintegrationsmassnahmen ablehnen oder gar verweigern würden. Der Arbeitgeberverband hat dies auch anlässlich der Anhörung vom 19. August dieses Jahres nochmals klar bestätigt. Das erste Massnahmenpaket der vom Parlament verabschiedeten 6. IV-Revision tritt nun per 1. Januar 2012 in Kraft. So weit zur Vorgeschichte der umfassenden Sanierungsbemühungen bei der Invalidenversicherung.

Der Bundesrat hat im Wissen, dass die beschlossenen und in Kraft gesetzten Massnahmen nicht genügen werden, um nach Ablauf der bis Ende 2017 befristeten Mehrwertsteuererhöhung um 0,4 Prozentpunkte die Balance halten und die Schulden tilgen zu können, weitere Anstrengungen unternommen und im Rahmen des Sanierungsplanes mit der 6. IV-Revision ein zweites Massnahmenpaket mit sieben weiteren Teilmassnahmen beschlossen. Dieses zweite Massnahmenpaket ist Inhalt der nun zu behandelnden Botschaft und beinhaltet die folgenden sieben Massnahmen:

1. Nach dem Grundsatz «Arbeit muss sich lohnen» soll das Rentensystem angepasst und verfeinert werden und verhin-

dern, dass die Rente bei verbesserter Arbeitsfähigkeit stärker reduziert wird, als sich das Arbeitseinkommen erhöht. Das Ziel dieser Gesetzesänderung ist es somit, diesen Widerspruch mit der Einführung eines stufenlosen Rentensystems zu korrigieren, damit Versicherte, welche eine Erwerbstätigkeit aufnehmen oder ihr Arbeitspensum erhöhen, künftig finanziell nicht mehr bestraft werden. Um diesen Schwelleneffekt zu eliminieren, wird dem Invaliditätsgrad eine bestimmte Rentenhöhe zugeordnet; das bedeutet, dass künftig nur noch eine 100-prozentige Rente erhält, wer mindestens eine 80-prozentige Arbeitsunfähigkeit – früher eine solche von 70 Prozent – aufweist. Mit dieser Massnahme sollen rund 130 Millionen Franken eingespart werden. Gleichzeitig soll dieses Rentensystem auch bei der zweiten Säule eingeführt werden.

2. Die zweite Massnahme soll zu einer verstärkten Eingliederung und zum Verbleib im ersten Arbeitsmarkt führen. Obwohl die vorliegende Gesetzesänderung Massnahmen für alle Versicherten vorsieht, ist sie in der Praxis vor allem auf Menschen mit einer psychischen Behinderung ausgerichtet, die die grösste Gruppe der IV-Rentnerinnen und -Rentner ausmachen. Einerseits wird die Früherfassung erweitert, und andererseits wird die zeitliche Befristung von Integrationsmassnahmen aufgehoben, da bei Menschen mit einer psychischen Behinderung die Eingliederung länger dauern kann als bei anderen Versicherten. Die IV-Stellen können zur besseren Prävention von Invalidität sämtlichen Behinderten und Arbeitgebern Beratungen und Begleitungen anbieten, ungeachtet einer anderen Leistung der IV und ohne dass eine Anmeldung bei der IV erforderlich ist. Das erhoffte Einsparungspotenzial beträgt hier zwischen 30 und 50 Millionen Franken.

3. Als dritte Massnahme wird eine Reduktion der Höhe der Kinderrente von bisher 40 Prozent auf 30 Prozent einer Invalidenrente vorgeschlagen. Damit soll eine Anpassung an die tatsächlichen durch die Kinder verursachten prozentualen Zusatzkosten gemäss den Äquivalenzskalen der OECD und der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe erfolgen. Zudem wird dem Umstand Rechnung getragen, dass seit der Einführung der Kinderrenten zusätzliche Leistungen für Familien wie Familienzulagen, Kinderrenten in der beruflichen Vorsorge sowie Ergänzungsleistungen auf Bundesebene verankert wurden, die bei der Einführung der IV noch nicht vorhanden gewesen waren. Als störend ist in der Kommission auch zur Kenntnis genommen worden, dass ein Haushaltseinkommen in einem Rentenfall kumulierend aus allen Leistungskomponenten, inklusive aller Kinderrenten und Kinderzulagen, oft höher ist als das Nettoeinkommen eines Erwerbstätigen bzw. eines Nichtbehinderten.

4. Die Botschaft sieht eine neue Regelung der Reisekosten vor. Damit soll die Kostenübernahme auf die vom Gesetzgeber ursprünglich vorgesehenen Leistungen begrenzt werden, d. h. auf die Übernahmen der behinderungsbedingt notwendigen Kosten bzw. Mehrkosten.

5. Als weitere Massnahme soll der Betrugsbekämpfung verstärkte Beachtung geschenkt werden. Die Rechtsgrundlagen wurden zwar mit der 5. IV-Revision geschaffen, aber mit der jetzigen Vorlage soll die Gelegenheit genutzt werden, um mit einer gemeinsamen Gesetzesgrundlage eine weitere Verbesserung der Abläufe und somit eine wirksame Betrugsbekämpfung auch bei anderen Sozialversicherungen erzielen zu können.

6. Neu soll als sechste Massnahme eine Lösung für die Entschuldung der IV angegangen werden. Wie bereits angesprochen, hat die IV im Moment bei der AHV eine Darlehensschuld von rund 15 Milliarden Franken. Die Verzinsung übernimmt seit diesem Jahr der Bund. Es ist dringend angezeigt, dass die IV diese Schuld sukzessive abbaut und dem Gläubiger AHV zurückbezahlt. Die Vorlage sieht deshalb eine an den Bestand der flüssigen Mittel und der Anlagen des IV-Fonds gekoppelte Rückzahlung vor. Macht der Anteil dieser Mittel mehr als 50 Prozent einer Jahresausgabe aus, so wird der Überschuss vollumfänglich zur Schuldentilgung der AHV überwiesen. Diese Schuldentilgung wird auch Auswirkungen für den Bund haben, indem nämlich seine zu

übernehmende Zinsenlast sinken wird, was bei einer möglicherweise eintretenden Inflation mit entsprechend höheren Zinssätzen von grosser Bedeutung sein wird. In Anbetracht dieser wichtigen Massnahme scheint es möglich zu sein, dass die Darlehensschuld bis Ende 2025 oder 2026 getilgt sein wird, was in Bezug auf die dann in der AHV notwendigen Mittel als äusserst positiv beurteilt werden kann.

7. Zu guter Letzt soll mit dieser Vorlage die Grundlage für die Einführung eines Interventionsmechanismus zur langfristigen Sicherstellung des finanziellen Gleichgewichts geschaffen werden. Damit soll künftig verhindert werden, dass die IV ein Defizit ausweist und sich wieder verschuldet. Der Interventionsmechanismus wird zu unterschiedlichen Zeitpunkten mit unterschiedlichen Massnahmen ausgelöst. In der ersten Phase soll dann interveniert werden, wenn der Stand der flüssigen Mittel und Anlagen des IV-Fonds während zwei aufeinanderfolgenden Jahren unter 40 Prozent einer Jahresausgabe fällt. Der Bundesrat hat in diesem Fall der Bundesversammlung die Gesetzesänderungen zu unterbreiten, die notwendig sein werden, um den Fondsbestand von 50 Prozent einer Jahresausgabe wieder erreichen und halten zu können. Bei der zweiten Phase, die nur dann ausgelöst werden kann, wenn der Fonds am Ende eines Rechnungsjahres tatsächlich unter den Stand von 40 Prozent einer Jahresausgabe fällt und gemäss Prognosen auch im Folgejahr noch darunter liegen wird, soll dem Bundesrat die Kompetenz erteilt werden, den Beitragssatz um 0,1 Prozentpunkt zu erhöhen. Diese Kompetenzdelegation ist nicht neu, sondern kommt bereits heute bei der Arbeitslosenversicherung zur Anwendung.

Gleichzeitig mit dieser Massnahme soll jedoch eine Sistierung der Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung vorgenommen werden mit dem Ziel, ausgabenseitige Einsparungen zu erzielen, die den Mehreinnahmen aus der Beitragserhöhung entsprechen. Diese Sistierung der Rentenanpassung an die Preisentwicklung ist jedoch auf maximal fünf Jahre befristet. Nicht befristet sind die Anpassungen an die Lohnentwicklung sowie die Erhöhung des Beitragssatzes. Dieser Interventionsmechanismus würde sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite eine Wirkung erzielen und ein drohendes Defizit von rund 600 bis 700 Millionen Franken auffangen.

Mit all diesen in der Vorlage vorgeschlagenen Massnahmen sowie mit einer von einer Mehrheit im Rahmen der Gesamtabstimmung vorgenommenen Änderung sollen insgesamt weitere rund 265 Millionen Franken eingespart und soll die Stabilität der Betriebsrechnung erzielt werden. Die ursprünglich vorgesehene Einsparung der Vorlage betrug seitens des Bundesrates 325 Millionen Franken.

Ihre SGK hat an den Sitzungen vom 19. August sowie vom 20. und 21. Oktober und vom 14. November dieses Jahres diese nicht ganz einfache Vorlage behandelt, beraten und mit verschiedenen Änderungen zuhanden unseres Rates verabschiedet. Insgesamt sind 15 Minderheitsanträge auf der Fahne zusammengekommen, die teilweise auch innerhalb der verschiedenen Artikel einen direkten Zusammenhang haben. Die Kommission beantragt Ihnen bei verschiedenen Artikeln Änderungen, so zum Beispiel beim Interventionsmechanismus oder bei der Einführung des stufenlosen Rentensystems im Rahmen der Übergangsbestimmungen für heutige Rentnerinnen und Rentner.

Ihnen wurde ebenfalls ein Einzelantrag von mir verteilt, der im Zusammenhang mit der bisherigen Kostenbeteiligung der Kantone bei stationären Massnahmen für IV-Personen steht. Dieser Antrag wurde von der Kommission ebenfalls verabschiedet, kann jedoch aus parlamentsrechtlichen Gründen nur als besondere Vorlage eingeflochten werden, damit er auch gesondert und dringlich behandelt werden kann.

Diese Vorlage ist die hoffentlich letzte im Rahmen der dringlichen Sanierungsmassnahmen. Sie ist Bestandteil eines gesamten Sanierungskonzeptes, verbunden und koordiniert mit der 4. und der 5. IV-Revision, und wird die Invalidenversicherung wieder auf tragfähige und stabile Füsse stellen. Sanierungen sind weder einfach noch bequeme Gesundheitsschritte; sie rufen in ihrer Gesamtheit immer Befürworter wie

auch Gegner auf den Plan. Rosskuren wie jene, welcher die IV leider unterzogen werden musste, machen niemandem echte Freude, sondern schmerzen auch diejenigen, die diese Massnahmen beschliessen mussten. Eine Sozialversicherung, die mit 15 Milliarden Franken verschuldet ist und in gefährlicher Weise über den Weg von Darlehen auch das wichtigste Sozialversicherungswerk, die AHV, in Mitleidenschaft zieht, muss wohl oder übel zuletzt auch mit Leistungskürzungen konfrontiert werden – im Bewusstsein, dass im schlimmsten Fall noch weitere Auffangnetze bereit sind, um Menschen in akuter wirtschaftlicher Existenzgefährdung aufzufangen.

Es gilt zudem, das anlässlich der Volksabstimmung über die IV-Zusatzfinanzierung abgegebene Versprechen einzulösen und die IV nach dem Auslaufen der Mehrwertsteuererhöhung ausgabenseitig ins finanzielle Gleichgewicht gebracht und, wenn möglich, die Schulden getilgt zu haben. Allein schon dieses Versprechen, diese Absicht zwingt uns aus der Sicht der Mehrheit, auf dieses Geschäft einzutreten und es durchzubringen. Es weiter hinauszuschieben und weitere Evaluationen und Erfolgs- oder Nichterfolgsmonitorings zu veranstalten oder gar umfassende Wirkungsanalysen der vorangegangenen Revisionen zu machen wäre kaum zielführend, es würde Verzögerungen mit sich bringen und mit grösster Wahrscheinlichkeit ab 2018 die Defizite wiederauflammen lassen. Die Chance einer wirkungsvollen Sanierung würde vertan, ein Mechanismus zur Defizitintervention wäre dann nicht vorhanden, und die Rückzahlung der Schuld an die AHV, die dieses Geld so gegen 2025 dringend nötig haben wird, wäre nicht möglich. Ein Abwarten wäre also verhängnisvoll, zumal man schon heute weiss, dass die Massnahmen des ersten Massnahmenpaketes zur endgültigen Stabilisierung und Schuldentilgung unter dem Gesichtspunkt einer instabilen oder gar ungünstigen Wirtschaftsentwicklung in naher Zukunft nicht ausreichen werden.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der Kommission, die ohne Gegenantrag auf dieses Geschäft eingetreten ist, heute ebenfalls auf dieses Geschäft einzutreten und danach den Minderheitsantrag auf Rückweisung, einen Antrag, welchen die Kommission mit 10 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt hat, ebenfalls abzulehnen. Die Kommission hat im Übrigen die Vorlage in der Gesamtabstimmung am Schluss der Beratung mit 8 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Ich werde in der Detailberatung bei wichtigen Artikeln weiter auf die Materie eingehen und allfällige Mehrheitsanträge erläutern; ich werde mich entsprechend wieder zu Wort melden.

**Fetz Anita (S, BS):** Ich begründe den Minderheitsantrag auf Rückweisung, doch zuerst eine Vorbemerkung: Wir unterstützen das Ziel, die IV zu sanieren und die 15 Milliarden Franken Schulden an die AHV zurückzuzahlen. Das ist klar. Weshalb also der Rückweisungsantrag?

Wir halten die Ausgestaltung der IV-Revision 6b für überhastet und auch unseriös. Weshalb? Erstens wurden die vorhergehenden Revisionen, also 5 und 6a, nicht ausgewertet. Die Revision 6a tritt ja auf den 1. Januar 2012 überhaupt erst in Kraft. Das heisst, wir haben keine Ahnung, ob die geplante Integration von 17 000 IV-Rentnerinnen und -Rentnern gelingen wird. Das ist die Aufgabe der Arbeitgeber, und wir wollen mindestens ein Jahr abwarten, ob da auch wirklich etwas geschieht. Es ist viel versprochen worden, aber wir wissen immer noch nicht, ob im ersten Arbeitsmarkt effektiv so viele Stellen für IV-Rentner und -Rentnerinnen vorhanden sind. Auch die 5. IV-Revision, die seit 2008 in Kraft ist, ist noch nicht evaluiert. Insbesondere wissen wir nicht, ob die millionenschweren Integrationsmassnahmen, die wir in den Revisionen 5, aber auch 6a beschlossen haben, effektiv wirken. Wenn man die Grundlagen für eine Revision nicht hat, ist es unseriös, sozusagen überschüssend weiterzureformieren, ohne die effektiven Daten und Fakten vorliegen zu haben. Diese Grundlagen soll uns der Bundesrat noch nachliefern.

Es gibt einen zweiten Grund, warum wir für eine Rückweisung sind: Es geht um das stufenlose Rentensystem. Aus

meiner Sicht ist das im Prinzip machbar, allerdings wird es in der Vorlage so ausgestaltet, dass wirklich einseitig auf dem Buckel der Schwerbehinderten gespart wird. Es ist nämlich so, dass man neu erst mit einem Invaliditätsgrad von 80 Prozent statt wie heute mit einem solchen von 70 Prozent eine volle IV-Rente bekommt. Ich sehe keinen einzigen sachlichen Grund, das zu ändern, ausser dass man Einsparungen machen will.

Bei Prozentzahlen tönt es immer so harmlos: Zehn Prozent weniger, das ist ja nicht so schlimm. Zur Erinnerung: Die minimale IV-Rente beträgt 1160 Franken. Stellen Sie sich vor, da kürzt man nochmals 10 Prozent weg. Die Maximalrente ist mit 2320 Franken auch nicht umwerfend. Bei diesen kleinen Beträgen hat jede Kürzung gravierende Auswirkungen. Es findet nichts anderes als eine Verschiebung der Kosten von der IV hin zu den Ergänzungsleistungen statt. Wie Sie wissen, werden die Ergänzungsleistungen mehrheitlich durch die Kantone finanziert. Das ist also wieder eine Vorlage, die die Kosten zu einem grossen Teil auf die Kantone verschiebt. Das hat schon in der letzten Legislatur Schule gemacht. Ich habe einmal zusammengerechnet, was für ein Betrag in der letzten Legislatur bei verschiedenen Sparmassnahmen im Prinzip nicht eingespart, sondern einfach zu den Kantonen und Gemeinden verschoben worden ist: Ich bin auf einen Betrag von 800 Millionen Franken gekommen. Das ist mit ein Grund, warum wir hier Rückweisung beantragen.

Die Ausgestaltung des stufenlosen Rentensystems wirkt manipulativ zuungunsten der betroffenen Behinderten. Sie müssen mir vor allem sagen, wie jemand, der behindert ist, auf dem ersten Arbeitsmarkt eine 20-Prozent-Stelle finden soll – das ist ja die Idee, wenn er erst ab 80 Prozent eine Vollrente erhält. Sie alle wissen, dass es auf dem normalen Arbeitsmarkt nicht einfach ist, eine 20- oder 30-Prozent-Stelle zu finden, auch wenn man nicht behindert ist. Hier ist also zu wenig nachgedacht worden. In der Theorie scheint das stufenlose Rentensystem gut, aber in der praktischen Ausgestaltung und Umsetzung ist es dann wenig überzeugend und wird auch hier eine Kostenverschiebung auf die Kantone bewirken.

Der dritte Grund: Sehr unglücklich ist die Neudefinition des Rentenanspruchs. Diese finde ich sehr fragwürdig, und sie macht, meine ich, die IV als Sozialversicherung auch etwas unglaubwürdig. Bisher war die Arbeitsunfähigkeit Voraussetzung für eine IV-Rente – so weit, so klar. Neu soll es die Eingliederungsunfähigkeit sein. Jetzt müssen Sie sich einmal überlegen, was das in der Praxis hiesse. Faktisch hiesse das, dass praktisch alle IV-Versicherten – wir alle könnten ja irgendwann mal betroffen sein – in eine Endlosschleife von medizinischen Abklärungen und Abklärungen zur Arbeits-einsatzfähigkeit manövriert würden und es eigentlich nie ganz klar wäre, wann jemand eingliederungsunfähig ist. Das ist ein extremer Gummibegriff! Wir wollen die alte Variante, dass nämlich Arbeitsunfähigkeit die Voraussetzung für eine IV-Rente ist. Alles andere würde einem Sozialversicherungssystem – und ein solches haben wir, immerhin bezahlen wir alle Beiträge an diese Versicherung – widersprechen; darum muss dies klar sein.

Ich habe manchmal auch den Verdacht, dass man es mit den vielen Millionen Franken für die Integrationsmassnahmen eigentlich gut meint; aber auf der praktischen Ebene bleibt dann alles wieder daran hängen, dass es auf dem ersten Arbeitsmarkt einfach keine Bereitschaft gibt, behinderte Leute anzustellen. Diese Neudefinition heisst also: Wer keine Anstellung findet, hat einfach keine Rente und bleibt dann ewig in der Abklärungsschleife. Das überzeugt nicht. Das ist vielleicht für die Integrationsindustrie interessant, aber nicht für die betroffenen Menschen.

Ein vierter und letzter Grund, der uns zum Rückweisungsantrag bewegen hat, sind die Finanzen. Immerhin wird die IV dieses Jahr zum ersten Mal schwarze Zahlen liefern, und zwar sehr viel früher als erwartet. Es ist auch kein Wunder, dass die schwarzen Zahlen – das war ja das Ziel der Übung – schneller kommen, weil in den letzten vier Jahren auf Kosten der Behinderten etwa 750 Millionen Franken pro

Jahr eingespart wurden. Aber ich meine, dass diese schwarzen Zahlen und der Trend nachhaltig sind. Dies sollte uns dazu veranlassen, das Ganze nochmals zu überprüfen und zu evaluieren, weil wir genügend Zeit haben und nicht gedrängt werden von einem Defizit, das unabsehbar ist. Nach dem mittleren Szenario des Bundesrates wird die IV 2012 beim strukturellen Defizit den Turnaround definitiv geschafft haben – definitiv. Ab dann wird sie also im Plus sein und Gewinne machen und auch schon erste Rückzahlungen der Schulden an die AHV machen können.

Es war übrigens nie die politische Auflage der Volksabstimmung, das Defizit subito abzubauen: Die Auflage war, das strukturelle Defizit wegzubekommen. Natürlich wollen wir alle die Schulden auch abbauen. Aber da gibt es grosse Unterschiede, ob man das subito macht und auf wessen Kosten man es macht; darüber kann man sich auch noch unterhalten.

Beim Schuldenabbau gibt es zwei Möglichkeiten, zwei Wege: Beim ersten Weg machen wir einen kontinuierlichen Schuldenabbau über die Überschüsse, die, wie gesagt, ab 2012 kommen und über die nächsten Jahre nachhaltig sein werden. Dann werden die Schulden mit dieser Revision 6b im Jahr 2025 abgebaut sein. Ohne diese Revision wird es einfach sechs Jahre länger gehen, was nun echt keine Katastrophe ist.

Es gäbe aber auch noch einen zweiten, sehr viel schnelleren Weg: einen raschen Schuldenabbau durch den Bund. Heute bezahlt der Bund für die Verzinsung der IV-Schulden bei der AHV. Es wäre wesentlich günstiger, wenn der Bund diesen Beitrag sofort an die AHV überweisen würde, weil dann sehr viel Geld für die Verzinsung gespart werden könnte. Jetzt fragen Sie natürlich berechtigterweise, woher wir denn das Geld nehmen sollen. Zurzeit liegen auf dem Ausgleichskonto der Schuldenbremse 15 Milliarden Franken. Es wäre keine Sache, die Schulden rasch abzubauen und entsprechend Gelder für die Verzinsung einzusparen. Das wäre auch ein denkbarer Weg.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zur Schuldenbremse: Wir haben die Schuldenbremse nicht zu einem Teil des Rückweisungsantrages gemacht. Persönlich habe ich im Prinzip nichts gegen eine Schuldenbremse, wir kennen sie bereits aus der Arbeitslosenversicherung. Allerdings ist die Ausgestaltung sehr einseitig ausgefallen, der Interventionsmechanismus ist zu eingeschränkt. Vor allem die unbefristete Aushebelung der Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung ist nicht akzeptabel. Dazu können wir auf keinen Fall Ja sagen.

Fazit: Ich beantrage Ihnen Rückweisung des Geschäftes an den Bundesrat, erstens weil das ein Gebot der Stunde ist, da die Wirkung der Revisionen 5 und 6a noch nicht abgeklärt worden ist – das ist unseriös –; zweitens weil das stufenlose Rentensystem zuungunsten der Schwerbehinderten interpretiert wird und es dafür keinen sachlichen Grund gibt; drittens weil es keinen dringlichen Grund gibt, so hektisch zu legislieren, da die IV bereits in diesem Jahr schwarze Zahlen schreibt. Wir wollen nicht, dass die Behinderten sozusagen auf Vorrat geschöpft werden.

**Maury Pasquier** Liliane (S, GE): Vous l'avez vu, mon nom figure également parmi les auteurs de la proposition de la minorité de renvoi au Conseil fédéral. Je viens donc renforcer les arguments présentés par Madame Fetz et donc appuyer sa proposition de minorité.

Cette révision de l'AI, la révision 6b, se dit en un chiffre et une lettre mais, mis à part ces signes abstraits, elle touche des êtres humains qui, par malchance, ont été frappés d'une maladie ou victimes d'un accident aux conséquences invalidantes.

Depuis un demi-siècle, l'assurance-invalidité permet à ces hommes, à ces femmes d'être assurés contre les conséquences économiques du manque de chance. Cette protection répond à la conviction inscrite dans le préambule de notre Constitution et plusieurs fois citée à l'aube de cette nouvelle législature y compris par vous-même, Monsieur le président: «la force de la communauté se mesure au bien-

être du plus faible de ses membres». Il s'agit bien de bien-être et pas uniquement de survie. Le bien-être de ces personnes, c'est plus que leur simple survie. Or, alors que les rentes de l'AI ne garantissaient déjà pas le minimum existentiel, les personnes handicapées ont vu leurs prestations réduites de près de 700 millions de francs par an suite aux dernières révisions. La révision 6a entraînera en outre la baisse ou la suppression d'un grand nombre de rentes.

Quant au présent volet 6b du projet, il prévoit des mesures d'économies qui menacent de détériorer gravement la situation de personnes atteintes durablement dans leur santé. Ainsi, le système de rentes linéaire en fonction du taux d'invalidité, s'il n'est pas en soi une mauvaise idée, pénalise dans sa forme actuelle, les personnes gravement handicapées. La linéarité doit servir à créer des incitations à la réadaptation, ce qui est surtout efficace en cas de faible taux d'invalidité. Quand elle s'applique comme ici à des taux d'invalidité élevés, la linéarité risque d'être contre-productive. En effet, quelle personne lourdement invalide mais néanmoins sensée voudra tenter l'aventure de la réadaptation pour une rente de 30 pour cent inférieure et sans possibilité concrète de trouver un emploi rémunéré qui compense cette perte? Même si notre conseil adopte, comme je l'espère, la proposition faite par la majorité de la commission de garantir partiellement le droit acquis aux bénéficiaires actuels de rente, qu'en sera-t-il des nouveaux rentiers et des nouvelles rentières?

Les perspectives économiques ne permettent pas précisément d'entrevoir une brassée d'emplois pour les personnes lourdement handicapées. Les personnes invalides seraient durement frappées aussi par la réduction des rentes pour enfants, la suppression de garanties procédurales fondamentales ou encore le gel prolongé de l'adaptation des rentes. J'aurai sans doute l'occasion d'y revenir si cet objet n'est pas renvoyé au Conseil fédéral.

Les conséquences de ce projet pour les rentières et les rentiers et l'importance de garantir effectivement l'assainissement de l'AI exigent que l'on prenne le temps de procéder à une révision qui tienne la route et ses promesses. En comparant à la route, l'excès de vitesse n'est pas dangereux que sur l'asphalte, il est tout aussi nocif dans l'élaboration des lois. Or les effets de la 5e révision n'ont même pas été évalués, tout au plus a-t-on constaté que les nouvelles mesures de réinsertion étaient utilisées et c'est tant mieux. La révision 6a, quant à elle, n'est même pas entrée en vigueur. Les rentières et les rentiers pour raisons somatoformes pourront-ils réellement se réinsérer? Mystère. Et il faudrait se dépêcher d'ouvrir grand le deuxième volet!

Comme l'a constaté la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales dans le cadre de la procédure de consultation sur le premier volet: «Le rythme accéléré des révisions de la LAI crée des incertitudes juridiques.» En tant que législateur, nous avons la responsabilité d'évaluer les effets des révisions précédentes avant d'en adopter de nouvelles, d'autant plus que dans ce cas précis il n'y a pas ou plus d'urgence. En effet, la situation financière de l'AI est bien plus favorable que ce qui était attendu. Toutes les attentes sont dépassées: le nombre de nouvelles rentes a baissé de 47 pour cent entre 2003 et 2010 alors qu'on escomptait une baisse de 20 pour cent d'ici à 2025; et cette année déjà, l'AI a dégagé un bénéfice de 80 millions de francs au premier semestre. Les perspectives financières, actualisées en mai 2011 par le Conseil fédéral, montrent que l'AI devrait produire des excédents au-delà de la période du financement additionnel à hauteur de plus de 600 millions de francs en 2025 et éponger sa dette d'ici 20 ans environ. Il s'agit là d'un scénario moyen. La réalité pourrait bien s'avérer plus favorable, mais cela reste difficile à savoir avant même le réexamen des rentes en application de la révision 6a.

Le temps, c'est de l'argent, dit-on. En l'occurrence et à l'inverse, ne pas prendre le temps reviendrait à gaspiller de l'argent non seulement parce que l'on retire cet argent des mains des personnes invalides – qui se retrouveraient à la charge de l'aide sociale, d'où absence d'économies globa-

les –, mais aussi parce que l'argent investi dans les nouvelles mesures risque de ne pas l'être à bon escient.

J'ai évoqué l'exemple du système de rentes linéaire qui, en l'état, risque de ne pas être efficace, voire risque d'être contre-productif. L'échelonnement plus fin de l'actuel système de rentes, le plan de remboursement de la dette de l'AI et l'introduction d'un mécanisme d'intervention pour éviter un nouvel endettement peuvent constituer de bonnes idées. Ces adaptations n'étant prévues qu'à compter de 2018, nous devons donner à ces bonnes idées potentielles le temps qu'elles méritent, le temps d'élaborer – en fonction des résultats des révisions précédentes – des mesures capables de favoriser effectivement la réinsertion et, partant, d'assainir durablement l'AI. Car il nous faut une AI saine, non pas pour la beauté des chiffres, non, mais bien plutôt pour que l'AI puisse remplir sa mission de protection et de réinsertion des membres les plus faibles de notre communauté – c'est bien là l'objectif.

Pour toutes ces raisons, je vous invite à faire la seule chose qui soit réellement urgente: soutenir la proposition de la minorité de renvoyer ce projet au Conseil fédéral.

**Gutzwiller Felix (RL, ZH):** Ich bitte Sie, einzutreten und die Vorlage nicht zurückzuweisen. Ich glaube, der Kommissionsprecher hat das Wichtige schon gesagt. Ich möchte nur noch einmal kurz zusammenfassen, was Sie wissen:

Die Invalidenversicherung ist seit siebzehn Jahren defizitär. Heute ist sie mit rund 15 Milliarden Franken bei der AHV verschuldet. Seit 2008 haben wir die 5. IV-Revision. Diese hat – wie auch von Frau Fetz gesagt wurde – durchaus positive Entwicklungen eingeleitet. Es ist aber auch klar, dass diese Revision nicht ausreicht, um die Finanzen der IV wieder ins Lot zu bringen. Auch bezüglich der Zukunft ist eine gewisse Vorsicht angesagt. Es werden Szenarien gehandelt. Wenn ich mir nun aber die Aussichten betreffend die Wirtschaftslage ansehe, muss ich sagen, dass es wohl nicht vorsichtig ist zu glauben, dass eine gute wirtschaftliche Entwicklung schlussendlich die Entschuldung mitveranlassen kann. Da ist, glaube ich, das Vorsichtsprinzip am Platze.

Im Weiteren ist darauf hinzuweisen, dass diese Vorlage jetzt deutlich geringere Einsparungen veranschlagt, als ursprünglich eigentlich vorgesehen waren und als auch nötig wären. Sie wissen, dass die Vernehmlassungsvorlage noch von 700 Millionen Franken an Einsparungen gesprochen hat. Die jetzige Vorlage liegt gemäss bundesrätlicher Fassung bei 315 Millionen, gemäss Mehrheitsfassung bei 250 Millionen. Das Sparpotenzial, das hier ausgewiesen werden kann, wurde also massiv reduziert.

Schliesslich muss darauf hingewiesen werden, dass im Rahmen der Revisionen 6a und 6b mit kurzfristig zu realisierenden Massnahmen auch investiert wird, beispielsweise in den Bereichen der Verstärkung der Wiedereingliederung oder der Prävention von Invalidität. Bei der Revision 6a sind das ungefähr 40 Millionen Franken, bei der Revision 6b sind es ungefähr 60 Millionen. Gesamthaft werden also 100 Millionen Franken investiert, um die Eingliederung vorwärtszubringen.

Das wichtigste Argument dafür, dass wir hier unbedingt eintreten und weitermachen sollten, ist ganz sicher das Versprechen, das viele von uns in der Diskussion um die Mehrwertsteuererhöhung abgegeben haben: Wir haben der Bevölkerung klar gesagt, dass diese eine vorübergehende Massnahme zur Entschuldung der IV sei und der Steuersatz 2018 zurückgeführt werde. Dieses Versprechen wollen wir in jedem Fall einhalten. Das ist der wichtigste Grund, weshalb wir hier eintreten sollten.

Es gibt sehr viele inhaltliche Themen, die nun bereits angesprochen wurden. Ganz sicher ist einer der ganz kontroversen Punkte das stufenlose Rentensystem, auf welches wir noch zu sprechen kommen werden. Ich will hier schon jetzt deponieren, dass es schon aufgrund der negativen Erwerbsanreize, die heute im System enthalten sind, ganz sicher nicht richtig ist, dieses stufenlose System nur auf neue Rentner und Rentnerinnen auszurichten, ohne die bestehenden Rentner und Rentnerinnen mit einzubeziehen. Das erklärt

auch den Unterschied im Sparpotenzial, den Sie gesehen haben. Das ist ein wichtiger Grund. Aus meiner Sicht ist aber ebenso wichtig wie dieses Sparpotenzial, dass Sie mit der Mehrheitsposition die negativen Erwerbsanreize nur für die Neurentner und Neurentnerinnen eliminieren; es macht aber Sinn, diese für alle Rentner und Rentnerinnen zu eliminieren. Das Grundanliegen dieser Revision ist, für eine bessere Integration zu sorgen.

Es gibt weitere Argumente, die für das stufenlose Rentensystem sprechen; diese werde ich dann noch kurz bei der Detailberatung einbringen. Insgesamt aber ist diese Revision 6b ein wichtiger nächster Schritt im Rahmen des Versuchs, die IV endlich wieder in eine stabile Situation zu bringen.

Deshalb ist es auch richtig, einzutreten und dann in die Detailberatung zu gehen.

**Freitag Pankraz (RL, GL):** Ich möchte kurz auf das Votum von Frau Kollegin Anita Fetz eingehen. Sie hat gesagt, wir hätten ja ein Ausgleichskonto Schuldenbremse und darin habe es Milliardenbeträge, diese könne man allenfalls für eine Sanierung heranziehen.

Ich mache Sie einfach darauf aufmerksam, dass es tatsächlich ein Ausgleichskonto der Schuldenbremse gibt, dass aber kein Geld darin ist. Das ist gewissermassen ein Schattenrechnungskonto ausserhalb der Staatsrechnung. Dieses Konto dient dazu, etwas populär gesagt, die Politik bezüglich Schuldenbremse quasi zu kontrollieren. Man könnte es ja so machen: Die Schuldenbremse wirkt jeweils bei der Budgetierung. Wenn wir jetzt über Jahre die Situation hätten, dass zwar im Budget die Schuldenbremse eingehalten wird, dass aber nachher in der Rechnung ein grösseres oder kleineres Defizit entsteht, dass also die Rechnung schlechter ist als das Budget, könnte man damit gewissermassen die Schuldenbremse unterlaufen. Dieses Konto ist dazu da, immer zu kontrollieren, dass das nicht passiert. Es ist im Finanzhaushaltsgesetz vorgesehen, dass man das ausgleichen müsste, wenn das passieren würde.

Die aktuelle Situation ist eine ganz andere – das ist so. Wir haben in den letzten Jahren jedes Jahr um Milliardenbeträge besser abgeschlossen, und das würde es jetzt erlauben, dass die Rechnung auch einmal schlechter ausfiele als das Budget. Aber noch einmal: In diesem Konto gibt es kein Geld, weil das Geld der Überschüsse in den Schuldenabbau geflossen ist. Wir konnten die Schulden abbauen, das ist sehr erfreulich, aber wir haben immerhin noch etwa 110 Milliarden Franken Schulden. Wenn man beim Bund Geld holen wollte, dann müsste man die Schulden wieder aufstocken und das Geld entsprechend verzinsen.

Zusammengefasst: Guthaben in Schweizerfranken gibt es beim Ausgleichskonto der Schuldenbremse nicht.

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** J'aimerais tout d'abord, au nom du Conseil fédéral, vous dire que la révision 6b de l'assurance-invalidité découle d'un mandat du Parlement, de vous-mêmes d'une part, et d'un mandat du peuple et des cantons d'autre part. Le mandat du Parlement a été donné le 13 juin 2008 avec l'adoption de la loi sur l'assainissement de l'assurance-invalidité, et le mandat du peuple et des cantons a été donné le 27 septembre 2009 par l'acceptation en votation populaire du financement additionnel de l'AI par un relèvement temporaire des taux de la taxe sur la valeur ajoutée. Le message, tant du Parlement que du peuple et des cantons, a été très clair: des recettes supplémentaires sont nécessaires, elles seront pour une bonne partie provisoires, mais elles ne sont accordées que dans la mesure où les autorités fédérales s'engagent à assainir l'assurance-invalidité du côté des dépenses, essentiellement pour retrouver l'équilibre financier que l'on souhaite rétablir.

Le Conseil fédéral est d'avis que c'est une promesse qui doit être tenue, et c'est la raison pour laquelle il présente la révision 6b qui est en fait la dernière pièce et le dernier élément du dispositif qui prévoit d'apporter les modifications nécessaires pour remettre l'assurance-invalidité sur les rails. Et remettre l'assurance-invalidité sur les rails passe non seule-

ment par son assainissement financier, mais aussi, de manière générale, par le fait de lui redonner clairement comme objectif premier la réadaptation. Le but premier de l'assurance-invalidité, c'est cela, ce n'est pas forcément d'accorder trop facilement une rente.

Pour mémoire, trois grands efforts ont été faits avant d'arriver à ce quatrième effort qu'est la révision 6b. Il y a eu la 5e révision de l'AI, qui a fait que le déficit de fonctionnement de l'assurance s'est stabilisé. Il y a eu des années à la fin desquelles il est monté jusqu'à 1,6 milliard de francs, et la 5e révision a fait redescendre ce déficit à environ 1 milliard. Le nombre de nouvelles rentes a en effet baissé de près de la moitié si l'on compare l'année 2003 à l'année passée. Le nombre de mesures de réinsertion a augmenté, et le nombre de personnes réinsérées dans le premier marché du travail a fortement augmenté – c'était la première étape.

La deuxième étape a été justement le financement additionnel. Les recettes supplémentaires qui en découlent s'élèvent à 15 milliards de francs; on retrouve là le même montant que l'endettement de l'assurance. Le fonds de l'assurance-invalidité a été créé au début de cette année et il a reçu 5 milliards de francs du fonds AVS, à quoi s'ajoutent les recettes supplémentaires qui proviennent du relèvement temporaire des taux de la TVA – cela a été dit par Madame Fetz – et qui représentent environ 8,4 milliards de francs jusqu'en 2018, et puis il y a aussi la prise en charge des intérêts de la dette par la Confédération pour 1,1 milliard jusqu'à fin 2017. Donc, d'importants efforts du côté des recettes ont été décidés et doivent être pris en compte dans la décision de rétablir un équilibre financier à terme et de parvenir également à un désendettement. Un montant à peu près égal à l'endettement de l'assurance a déjà été décidé du côté des recettes.

La troisième étape de cette réforme globale est la révision 6a de l'AI. Elle va entrer en vigueur dans quelques jours, le 1er janvier 2012, sans qu'il y ait eu de référendum. La révision 6a permettra non seulement de stabiliser, mais encore de réduire sensiblement le niveau du déficit de fonctionnement de l'assurance, grâce notamment à des mesures de réadaptation et aussi à un nouveau mécanisme financier.

La révision 6b doit donc permettre d'atteindre, grâce à des mesures que le Conseil fédéral estime socialement supportable, l'ensemble des objectifs qui ont été fixés dans ce mandat donné par le Parlement, le peuple et les cantons, c'est-à-dire d'une part l'élimination durable du déficit de fonctionnement de l'assurance, et d'autre part le remboursement de la dette de l'assurance-invalidité envers l'AVS. Si nous avons fixé le délai de 2025, ce n'est pas un hasard puisqu'à cette date, selon les scénarios les plus probables, ce sera le moment le plus difficile pour l'AVS, qui ne pourra pas en plus tirer le boulet que représente le déficit de l'assurance-invalidité. Le but principal du Conseil fédéral est l'assainissement, la consolidation des assurances sociales, de manière à ce qu'elles puissent à long terme réellement remplir leur rôle. C'est une priorité du Conseil fédéral.

Le contenu de la révision 6b peut être résumé en deux idées-force. La réadaptation professionnelle prime à nouveau la rente. Cette tendance doit être renforcée, surtout dans les mesures liées à la détection précoce. C'est une mobilisation générale qui touche non seulement l'OFAS, mais aussi les offices AI, les employeurs et les assurés eux-mêmes. De nombreuses mesures de réadaptation supplémentaires ont été prises avec succès depuis 2007. Le résultat est objectivement très positif. Si on compare 2007/08 avec l'année courante et qu'on considère les personnes qui ont réellement pu être réintégrées sur le premier marché du travail, on note les chiffres suivants: en 2007/08, il y en avait environ 5800 par année et cette année ce chiffre était déjà atteint après six mois; on estime que, sur l'ensemble de l'année 2011, à peu près 11 000 personnes devraient être concernées, c'est-à-dire à peu près le double qu'en 2007/08. Cela, c'est un point important et c'est un fait.

C'est pourquoi nous estimons, contrairement à la minorité, qu'il est inutile de mener des études complémentaires; nous en effectuons constamment parallèlement à la mise en place des révisions successives. Il n'est pas nécessaire de réaliser

des études complémentaires pour constater que réellement, contrairement à ce que disaient un certain nombre de détracteurs de ces révisions, cela fonctionne et que cela avance.

J'aimerais aussi dire ici qu'il est incorrect de parler de transfert de charge systématique sur les cantons. La réalité des faits est d'ailleurs décrite dans le message: si la tendance observée avant 2003 s'était poursuivie, c'est-à-dire si l'on n'avait rien fait pour réviser l'assurance-invalidité, alors les dépenses supplémentaires pour verser les prestations complémentaires auraient été de 350 millions de francs en 2018. Cela signifie que les révisions successives de l'assurance-invalidité font qu'il y a plus de réinsertions que de rentes accordées. Le fait même que l'ensemble de l'opération aille plus vers la réinsertion et moins vers le versement d'une rente a pour effet de réduire la pression sur les prestations complémentaires, bien qu'un certain nombre de rentes soient toujours complétées par les prestations complémentaires. Les quelques éléments qui augmentent la pression sur les prestations complémentaires ne compensent pas la tendance réelle à la baisse du volume des prestations complémentaires et à la diminution des dépenses des cantons. C'est pourquoi nous pouvons dire que l'opération est dans l'ensemble positive, y compris du point de vue des finances des cantons.

La première idée-force est donc la réadaptation dans le monde du travail; la deuxième est la correction des incitations négatives. J'aimerais dire au nom du Conseil fédéral que même si l'assurance n'avait pas de problèmes financiers, il faudrait prendre ces mesures. Les incitations négatives, qui font qu'on n'a pas intérêt à se réintégrer dans le monde du travail – les effets de seuil décrits en détail dans le postulat Hêche 09.3161, «Sécurité sociale. Examen des incidences des effets de seuil» –, sur lesquelles on travaille, sont réelles et doivent donc être supprimées quelle que soit la situation financière de l'assurance. C'est vrai, on ne peut pas être très généreux dans les mesures que l'on prend, puisque l'assurance est dans la situation où elle est, mais de fait il faut prendre des mesures pour corriger les incitations négatives.

Les mesures concrètes de la révision sont au nombre de sept: quatre touchent surtout des éléments liés aux dépenses – je ne vais pas les détailler, puisqu'on passera ensuite à la discussion par article. Je les cite: le nouveau système de rentes linéaire, qui a comme effet des économies, mais qui est aussi là pour réduire les incitations négatives; le renforcement de la réadaptation, surtout en ce qui concerne la détection précoce, qui nous paraît quelque chose de très important; la situation des bénéficiaires de rente avec enfant, qui est également un élément permettant d'économiser. Vous le verrez, c'est lié à une évolution globale des assurances sociales qui, par rapport au moment où l'assurance-invalidité est entrée en vigueur et la situation dans laquelle nous nous trouvons actuellement, justifie – c'est un vœu que le Parlement a exprimé plusieurs fois – que l'on intervienne. Je citerai encore le système des frais de voyage, qui est également modifié.

Il y a trois mesures structurelles importantes qui sont prises également:

1. La mesure concernant l'assainissement de la dette de l'AI envers l'AVS prévoit des règles qui font que, selon le niveau du fonds, si le niveau des liquidités et des placements du fonds AI est suffisant, le désendettement a lieu.

2. Il y a le mécanisme d'intervention, et là j'aimerais dire au nom du Conseil fédéral que selon lui, il est très important que dans chaque révision de ces assurances sociales on trouve une solution avec les différentes forces politiques qui veulent vraiment trouver une solution dans le but de mettre en place un mécanisme d'intervention. Il ne faut pas que l'on connaisse de nouveau la situation dans laquelle l'assurance-invalidité s'est trouvée auparavant, et il ne faut pas que l'on retrouve cela dans d'autres assurances non plus. Une fois qu'un mouvement est lancé, il est si difficile de le corriger pour reprendre la bonne direction que l'on doit prévoir des mécanismes d'intervention. C'est nécessaire pour toutes les

assurances sociales, et nous vous demandons de soutenir un mécanisme d'intervention qui soit aussi proche que possible de la solution du Conseil fédéral. Nous y reviendrons lors de la discussion par article.

3. Il y a la volonté de renforcer la lutte contre la fraude. Non seulement dans l'assurance-invalidité, mais aussi dans l'ensemble des assurances sociales, notre but est clairement de montrer dans le cadre de cette révision que l'«acceptance» – comme on dit avec un germanisme, puisque le mot n'est pas français – de ces projets par la population ne peut être réelle que si on lui démontre que tout est fait pour éviter les abus dans les assurances sociales. C'est dans ce sens que la lutte contre la fraude doit être systématiquement renforcée.

Au niveau financier, vous savez quel est l'impact: 325 millions de francs en moyenne par année de 2015 à 2025 avec cette révision, dans la version du Conseil fédéral, et un peu moins selon la majorité de la commission. Dans les deux cas, on arrive à désendetter et on arrive également à une situation équilibrée en 2018, ou pas loin, mais le Conseil fédéral estime réellement qu'il faut être prudent avec ces chiffres. Ce sont des projections, et on ne peut pas dire sans autre que tous ces éléments vont se réaliser facilement. C'est pourquoi nous vous demandons de vous en tenir, là aussi, le plus près possible à l'objectif du Conseil fédéral.

Concernant la situation de cette année, j'aimerais dire clairement qu'en effet, nous devrions avoir un fonctionnement à peu près équilibré, mais cela est dû au relèvement temporaire des taux de la TVA pour à peu près 1 milliard de francs. Donc il ne faut pas croire que tout est réglé aujourd'hui parce que l'équilibre semble atteint. C'est exactement ce qui avait été annoncé, il n'y a rien de nouveau: pratiquement tous les chiffres sont les mêmes, sauf les recettes des placements qui sont moins bonnes, mais tout le reste est identique à ce qui était annoncé depuis quelque temps. Il n'y a pas de surprise, nous arrivons à des chiffres équilibrés uniquement en raison des recettes supplémentaires temporaires, provisoires de la TVA, qui s'arrêteront à la fin de 2017.

La version de la majorité de la commission soutient globalement le principe qui guide cette révision tel que le Conseil fédéral le souhaite. Il n'y a qu'une divergence importante entre la majorité de votre commission et le Conseil fédéral: elle concerne l'adaptation du système de rentes pour les rentes en cours. Le système lui-même n'est pas remis en cause par la majorité de la commission. La proposition de la majorité de la commission sur ce point réduit en fait les économies. La majorité considère que les rentes en cours ne doivent pas être touchées. Une fois de plus, il faut se rendre compte que si l'on veut réellement réorienter cette assurance vers un équilibre durable, ces mesures sont nécessaires selon le Conseil fédéral. C'est pourquoi nous vous demandons là aussi d'en rester à la version de l'exécutif.

Je vous ai dit en gros en quoi consistaient les économies. Nous verrons plusieurs points dans le cadre de la discussion par article. De toute manière, nous vous demandons d'entrer en matière et de ne pas renvoyer le dossier. Cette révision est nécessaire maintenant. Il faudra plusieurs années pour la faire accepter par le Parlement et, vraisemblablement, par le peuple, puis pour la mettre en vigueur. Et le délai n'est pas si long: jusqu'à la fin de 2017.

Il faut adopter cette révision pour atteindre les objectifs d'assainissement et de réorientation, ainsi que de consolidation à long terme de l'assurance-invalidité. Il la faut aussi pour respecter – je termine comme j'avais commencé – la parole donnée au peuple, aux cantons et au Parlement, à vous-mêmes, ainsi que les engagements pris, que nous avons débattus à plusieurs reprises, qui sont nécessaires, notamment pour remettre cette assurance sur les rails, y compris après la fin de l'apport de la TVA dans quelques années.

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Gestatten Sie mir, kurz auf eine Bemerkung von Frau Fetz einzugehen. In der Tat wird die IV wahrscheinlich in diesem Jahr zum ersten Mal seit langer, langer Zeit wieder schwarze Zahlen schreiben. Die schwarze Zahl wird wahrscheinlich irgendwo

zwischen einer hohen zweistelligen und einer ganz tiefen dreistelligen Millionenzahl zu liegen kommen. Aber erlauben Sie mir einfach die Bemerkung, dass wir am 1. Januar 2011 eine Mehrwertsteuererhöhung um 0,4 Prozentpunkte eingeführt haben. Ohne diese würden wahrscheinlich weiterhin rote Zahlen geschrieben.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen  
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

**Präsident (Altherr Hans, Präsident):** Wir stimmen über den Rückweisungsantrag der Minderheit Fetz ab.

*Abstimmung – Vote*  
Für den Antrag der Minderheit ... 13 Stimmen  
Dagegen ... 27 Stimmen

## **1. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)** **1. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, deuxième volet)**

*Detailberatung – Discussion par article*

### **Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Ersatz eines Ausdrucks**

*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

### **Titre et préambule, ch. I introduction, remplacement d'un terme**

*Proposition de la commission*  
Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

### **Art. 3 Abs. 1bis**

*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

### **Art. 3 al. 1bis**

*Proposition de la commission*  
Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Der Verweis auf Artikel 9bis AHVG schafft die gesetzliche Grundlage für die Anpassung der Beiträge der Nichterwerbstätigen an den Rentenindex gemäss Artikel 33ter des AHV-Gesetzes.

*Angenommen – Adopté*

### **Gliederungstitel vor Art. 3a; Art. 3a**

*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

### **Titre précédant l'art. 3a; art. 3a**

*Proposition de la commission*  
Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Dieser Artikel ist neu und bezweckt eine weitere Verbesserung. Die versicherte Person oder ein Arbeitgeber kann bereits an die IV-Stelle gelangen und sich beraten lassen, bevor eine Anmeldung erfolgt ist. Dieses Angebot gibt die Chance, Lösungen zu suchen, bevor der Versicherte ausgegliedert wird.

*Angenommen – Adopté*

### **Gliederungstitel vor Art. 3abis; Art. 3abis**

*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Titre précédant l'art. 3abis; art. 3abis***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Auch hier handelt es sich um eine weitere Verbesserung zugunsten der Versicherten. Die Erfahrung der 5. IV-Revision hat gezeigt, dass die Versicherung trotz der Früherfassung meist zu spät mit dem Versicherten in Kontakt tritt. Dies gilt vor allem bei Versicherten mit einer psychischen Behinderung oder Beeinträchtigung. Die Früherfassung soll ausgedehnt werden und sich neben den bereits arbeitsunfähigen Menschen auch auf solche Personen erstrecken, die von Arbeitsunfähigkeit bedroht sind. Mit dieser Änderung können die IV-Stellen noch rascher intervenieren und Unterstützung anbieten. Bei Absatz 2 wurde «frühzeitige Erfassung» durch «Früherfassung» ersetzt.

*Angenommen – Adopté***Art. 3b Abs. 2 Bst. f, g; Art. 7 Abs. 2 Bst. d***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 3b al. 2 let. f, g; art. 7 al. 2 let. d***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 7abis***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Bei diesem Artikel wird der Begriff «Eingliederungsfähigkeit» neu eingeführt; er wurde aber bereits bisher immer wieder verwendet. Im ATSG sind die Begriffe «Arbeitsunfähigkeit» und «Erwerbsunfähigkeit» definiert. Der Begriff «Eingliederungsfähigkeit», der hier definiert wird, wird zwar in der Praxis angewandt, war aber bisher nicht konkret definiert. Es wird in der Zukunft klar sein, was unter «Eingliederungsfähigkeit» verstanden werden kann.

*Angenommen – Adopté***Art. 7c Abs. 2***Antrag der Kommission*

Streichen

**Art. 7c al. 2***Proposition de la commission*

Biffer

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Dieser Absatz enthält einen Begriff, der in der Rechtsetzung eigentlich nicht üblich ist. Das Wort «einladen» enthält keine Verpflichtung, sondern den Wunsch an die Arbeitgeber, einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter nicht während einer Massnahmenphase zu kündigen. Nach der Prüfung verschiedener Formulierungen ist die Kommission mit 7 zu 5 Stimmen zum Entscheid gelangt, dass dieser Absatz zu streichen und durch keine andere Formulierung zu ersetzen sei.

**Burkhalter** Didier, conseiller fédéral: J'aimerais bien préciser ici que, selon le Conseil fédéral, on peut en effet biffer cet alinéa. Mais cela ne veut pas dire que nous n'allons pas agir dans ce sens. C'est-à-dire qu'il n'y a pas besoin d'une disposition dans la loi pour inviter les employeurs à ne pas résilier les rapports de travail. Il est vrai que si l'on cherche une autre formulation, on tombe très vite dans des textes qui prévoient des contraintes, ce que nous ne voulons justement pas. Donc nous sommes d'accord avec le fait de biffer l'ali-

née, mais en disant clairement que c'est parce que ce n'est pas une disposition nécessaire dans la loi, et non pas parce qu'il serait inutile d'agir dans ce sens.

C'est la raison pour laquelle je souhaite faire cette remarque complémentaire.

*Angenommen – Adopté***Art. 8 Abs. 3 Bst. b***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 8 al. 3 let. b***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 14 Abs. 2bis, 2ter***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 14 al. 2bis, 2ter***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Das Ziel im Rahmen der Revision 6b besteht ja darin, dass man nach einzelnen Massnahmen differenziert und definiert, welche Kosten bezahlt werden. Dabei geht es hier bei den medizinischen Massnahmen um eine Angleichung an die Regelung in der Krankenversicherung. Das heisst, dass zum Beispiel normale Fahrten zum Arzt nicht bezahlt werden, wenn die Person selber dorthin gehen kann. Wenn dies hingegen behinderungsbedingt nicht möglich ist und es einen Behinderten-transport braucht, werden die Kosten vollständig übernommen.

*Angenommen – Adopté***Art. 14bis***Antrag der Kommission**Titel*

Kostenvergütung für stationäre Massnahmen

*Text*

Die Kostenvergütung für stationäre Massnahmen in einem Spital im Sinne von Artikel 14 Absätze 1 und 2 wird zu 80 Prozent durch die Versicherung und zu 20 Prozent durch den Wohnkanton des Versicherten geleistet. Der Wohnkanton entrichtet seinen Anteil direkt dem Spital.

*Antrag Kuprecht*

Streichen (siehe Vorlage 2)

*Antrag Stadler Markus*

Streichen

**Art. 14bis***Proposition de la commission**Titre*

Prise en charge des traitements stationnaires hospitaliers

*Texte*

Les frais des traitements au sens de l'article 14 alinéas 1 et 2 entrepris de manière stationnaire dans un établissement hospitalier sont pris en charge à hauteur de 80 pour cent par l'assurance et de 20 pour cent par le canton de résidence de l'assuré. Le canton de résidence verse sa part directement à l'hôpital.

*Proposition Kuprecht*

Biffer (voir projet 2)

*Proposition Stadler Markus*

Biffer

**Stadler Markus (GL, UR):** Der Antrag der Kommission verfolgt den Zweck, 20 Prozent der Spalkosten von der IV auf die Wohnkantone abzuwälzen. Wir wissen aber, gespart bzw. effizienter wird damit überhaupt nichts.

Die bisherige Aufgabenteilung zwischen der IV und den Kantonen ist konsequent. Aufgaben, Kompetenzen, Verantwortung sind in einer Hand, nämlich bei der IV. Diese klare Regelung hat sich bewährt, was sich auch in einem effizienten Vollzug widerspiegelt. Käme ein Akteur mehr ins Spiel, würden künftige politische Massnahmen, nicht zuletzt solche zur Sanierung der IV, noch schwieriger. Bei einer Kostenbeteiligung der Wohnkantone würde auch das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz verletzt; auch wenn es nicht um ungeheuer viel Geld geht, würde es verletzt. Die Kantone könnten in keiner Weise mitreden und müssten sich mit der Rolle der Zahlstelle begnügen. Dass dies in den kantonalen Parlamenten und Regierungen grossen Unmut auslösen würde, liegt auf der Hand. Die Pflegefinanzierung lässt grüssen. Auch wenn wir ein Loch in der Kasse haben, sollten wir konzeptionell sauber vorgehen.

Die beantragte Regelung würde zudem einige Vollzugsfragen auslösen. Um welche Art von Wohnkanton geht es? Gilt hier die Regelung nach ZGB oder nach ZUG? Es gibt den Aufenthaltsort, den Heimatkanton, den Unterstützungswohnsitz und den zivilrechtlichen Wohnsitz. Der Unterstützungswohnsitz bei getrennt lebenden Eltern zum Beispiel kann wechseln. Gelten die 20 Prozent bezogen auf den Tarif des effektiv behandelnden Spitals oder bezogen auf den Referenztarif des Wohnkantons, in dem diese Behandlung auch hätte durchgeführt werden können? Je nach Antwort geht es um andere Kantone, andere Frankenbeträge. Somit bräuhete es eine klare gesetzliche Regelung, welcher Wohnsitz nun massgebend ist.

Warum überhaupt 20 Prozent, warum nicht 10 oder 30? Ich nehme an – der Kommissionspräsident rief uns das in Erinnerung –, dass diese Zahl aus der bisherigen Regelung der Medizinaltarifkommission stammt. Nun ist es aber so, dass diese Regelung, also 20 Prozent Rabatt auf den Spaltarifen, vor wenigen Monaten wegen der neuen Spaltfinanzierung aufgehoben wurde, indem der Wohnkanton 2012 noch 10 Prozent und ab 2013 gar keinen Anteil mehr übernimmt. Es ist also eine veraltete Regelung, die nicht mehr ins neue System passt.

Bei der Einführung einer Kostenbeteiligung der Kantone würde sich längerfristig die Frage stellen, weshalb im IV- und im UV-Bereich ein anderer Kostenteiler für Sozialversicherung und Wohnkanton gelten soll als gemäss KVG. Das würde vermutlich heissen, dass der Wohnkanton ab 2017 bei jeder Spaltbehandlung mindestens 55 Prozent der Kosten übernehmen müsste. Das Gleiche könnte man dann auch noch bei den spitalambulanten Leistungen einführen. Die finanziellen Folgen für die Kantone wären gravierend. Mit anderen Worten: Wehret den konzeptionswidrigen Anfängen!

Die 6. IVG-Revision – darauf hat Frau Kollegin Fetz schon hingewiesen – ist in verschiedenen Punkten geeignet, Kostenverschiebungen zulasten der Kantone vorzunehmen, dort nämlich, wo zu erwarten ist, dass infolge Wegfalls von IV-Leistungen künftig vermehrt Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe beansprucht werden, was ohnehin schon eine Mitfinanzierung der Kantone zur Folge haben wird.

Aus all diesen Gründen beantrage ich Ihnen, Artikel 14bis zu streichen und den Antrag Kuprecht auf Verschiebung in eine Vorlage 2 abzulehnen.

**Kuprecht Alex (V, SZ),** für die Kommission: Meinem Ihnen vorliegenden Einzelantrag können Sie entnehmen, dass Artikel 14bis aus dieser Vorlage gestrichen werden soll; die Vergütung soll im Rahmen einer besonderen Vorlage 2 neu und vor allem in einem schnelleren Verfahren geregelt werden.

Der Grund dafür liegt darin, dass die Kantone heute für interkantonale IV-Patienten 20 Prozent der Kosten der Behandlung in öffentlichen oder öffentlich-rechtlichen Spaltären übernehmen. Die restlichen 80 Prozent gehen zulasten der

IV. Diese Kostenaufteilung geht auf eine informelle Übereinkunft aus dem Jahre 1987 zwischen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren einerseits und Invaliden-, Militär- und Unfallversicherung andererseits zurück. Die GDK hat nun ihrerseits im Mai 2008 diese Übereinkunft aufgelöst. Man will diesen Beitrag an die stationäre Behandlung nicht mehr leisten. Auf ein Beharren beim Kostenanteil der Kantone kann mangels gesetzlicher Grundlage nicht gepocht werden. Das bedeutet für die IV einen Mehraufwand in der Höhe von rund 40 Millionen Franken pro Jahr; dabei sind die ab 2012 aufgrund der neuen Spaltfinanzierung zusätzlich anrechenbaren Investitionskosten im Umfang von rund 20 Millionen Franken noch nicht berücksichtigt. Die gesamte zusätzliche Belastung für die IV würde deshalb rund 60 Millionen Franken betragen.

Um dieses Problem lösen zu können, braucht es so rasch wie möglich eine gesetzliche Grundlage für die IV, die den Kostenschlüssel der Übereinkunft von 1987 aufnimmt, d. h., dass 80 Prozent der Kosten durch die Versicherung und 20 Prozent durch die Wohnkantone gedeckt werden. Das wäre nichts Neues, sondern es wäre die Weiterführung des Status quo bei der Aufteilung dieser Kosten. Gemäss den Regeln der neuen Spaltfinanzierung würde dieser Kostenschlüssel für alle Spaltäre und für alle Patienten gelten, und der Anteil des Kantons würde durch den Wohnsitzkanton geleistet. Unter Berücksichtigung der Investitionskosten ist die neue Regelung gegenüber der heutigen – das möchte ich an dieser Stelle besonders betonen – sowohl für die Kantone als auch für die IV in etwa kostenneutral. Es ist dabei besonders zu betonen, dass wir damit eine Regelung haben werden, wie sie bei der Krankenversicherung angewendet wird. Darin liegt auch der Grund dafür, dass die Wohnsitzkantone die Restkosten übernehmen und nicht die Kantone, in denen die Spaltäre liegen. Die Kommission hat diese Problematik anhand eines besonderen Berichtes des BSV besprochen und dabei zur Kenntnis genommen, dass die Vertreter der GDK, die Herren Maillard und Conti, mit der nun vorliegenden Regelung, die auf einer gesetzlichen Grundlage im IV-Gesetz beruht, einverstanden sind.

Dieses Problem muss in einer separaten Vorlage einer zügigen Lösung zugeführt werden, weil die Behandlung der IV-Revisionsvorlage inklusive Differenzbereinigung sowie das bereits angekündigte Referendum noch eine längere Zeit in Anspruch nehmen werden. Diese separate Vorlage lässt eine beschleunigte Behandlung zu und könnte, wenn sie im Frühjahr durch den Zweirat und die Schlussabstimmung geht, rückwirkend auf den 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt werden. Das ist auch mit der GDK so besprochen und vereinbart worden. Ihre vorberatende Kommission hat diesem Vorgehen einstimmig zugestimmt.

Ich bitte Sie, dem von mir im Namen der Kommission eingereichten Einzelantrag aus dem bereits erwähnten Grund zuzustimmen und den Einzelantrag Stadler Markus abzulehnen.

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** La répartition actuelle, soit 80 pour cent des frais à la charge de l'AI et 20 pour cent à la charge du canton de résidence, s'arrête à la fin de l'année, suite à un accord informel entre la Conférence suisse des directrices et directeurs cantonaux de la santé (CDS) et l'assurance-invalidité, à cause de l'introduction du nouveau financement hospitalier. Normalement, il n'y a pas de base légale particulière pour cette question-là. Cela veut dire concrètement que dans une phase transitoire, 40 millions de francs de plus sont à la charge de l'assurance-invalidité.

Il y a une autre chose qui est importante, c'est une motion adoptée par le Parlement et qui prévoit que l'on fasse la même répartition des charges pour les personnes soignées dans le cadre de l'assurance-invalidité que pour les personnes soignées dans le cadre de l'assurance obligatoire des soins. Donc à terme, bientôt, cela entraînerait une prise en charge à raison de 55 pour cent pour les cantons et de 45 pour cent pour l'assurance-invalidité. Cette solution coûterait très cher aux cantons si on l'appliquait, car au lieu de prendre en charge 20 pour cent des frais, ils devraient en

prendre en charge 55 pour cent, ce qui entraînerait des coûts supplémentaires de l'ordre de 100 millions de francs. Cette situation ne convenait ni à l'un ni à l'autre des partenaires et elle a fait l'objet d'une discussion informelle avec la présidence de la CDS. Messieurs Maillard et Conti ont admis sans enthousiasme que cette solution-là offrait une base légale qui permet de maintenir le statu quo. Dans le cadre pragmatique qui consiste à tenir compte de la situation de l'assurance-invalidité et du souhait des cantons de ne pas être plus chargés, comme le prévoit cette motion, ou en tout cas comme cela pourrait se produire dans le cadre de sa mise en oeuvre, nous sommes tombés d'accord sur cette solution qui devrait tout de même faire l'objet d'une audition d'experts dans la commission du deuxième conseil, car il n'y a pas eu d'audition formelle sur ce point.

C'est pourquoi nous estimons que c'est un bon compromis et nous saluons la proposition de la commission, y compris le fait de la transférer dans un projet 2, selon la proposition Kuprecht, de manière à pouvoir aller plus vite, car on ne peut attendre la fin du traitement de l'ensemble de la révision 6b. C'est la raison pour laquelle, sans entrer dans les détails, nous estimons que vous pouvez suivre sur le fond la proposition de la commission et sur la forme la proposition Kuprecht.

**Präsident** (Altherr Hans, Präsident): Gestützt auf die Ausführungen des Berichterstatters stehen sich nur der Antrag Kuprecht, der Artikel 14bis aufnehmen, ihn aber in eine separate Vorlage 2 überführen will, und der Antrag Stadler Markus, der Artikel 14bis ablehnt, gegenüber.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag Kuprecht ... 37 Stimmen

Für den Antrag Stadler Markus ... 2 Stimmen

#### **Art. 14a**

##### *Antrag der Kommission*

##### *Abs. 2bis*

... so übernimmt die Versicherung die Unterkunftskosten sowie die Kosten ...

##### *Abs. 3*

Integrationsmassnahmen können mehrmals zugesprochen werden, dürfen aber gesamthaft die Dauer von zwei Jahren nicht übersteigen. Sie können in Ausnahmefällen um höchstens ein Jahr verlängert werden.

##### *Abs. 5*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Art. 14a**

##### *Proposition de la commission*

##### *Al. 2bis*

L'assurance prend à sa charge les frais de logement, ainsi que les frais ...

##### *Al. 3*

Les mesures de réinsertion peuvent être accordées plusieurs fois mais ne doivent pas excéder la durée de deux ans au total. Dans des cas exceptionnels, cette durée peut être prolongée d'un an au plus.

##### *Al. 5*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Zu Absatz 2bis: Mit 8 zu 2 Stimmen beantragt Ihnen die Kommission, die Verpflegungskosten zu streichen, da diese Kosten ohnehin anfallen würden. Die Einsparung aufgrund dieser kleinen Massnahme beträgt immerhin 5 Millionen Franken.

**Burkhalter** Didier, conseiller fédéral: Il s'agit en fait ici de l'article 14a alinéa 2bis, mais aussi de l'article 17 alinéa 3. Je crois qu'on peut les traiter ensemble, parce que c'est la même chose. Il s'agit de savoir si on veut supprimer la prise en compte des frais de nourriture. L'économie nous paraît un peu excessive, car l'assurance-invalidité a vraiment tout intérêt au succès des mesures de réinsertion, mais nous prenons acte du fait qu'il n'y a pas de proposition de mino-

rité. En revanche, nous souhaitons – je vous le dis déjà parce que c'est dans le cadre du même débat pratiquement – combattre la proposition de la commission à l'article 14a alinéa 3.

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Zu Absatz 3: Die bundesrätliche Variante sieht vor, dass die Integrationsmassnahmen zeitlich unbefristet sind, insbesondere bei aus psychischen Gründen Erwerbsunfähigen. Die Kommission hat darüber eine intensive Diskussion geführt. Sie ist der Meinung, dass derartige Massnahmen irgendwann zu Ende sein sollten und dass es irgendwann zu einem Ergebnis kommen muss. Die Kommission hat deshalb die Frist solcher Integrationsmassnahmen auf zwei Jahre beschränkt, mit der Option, situativ für besondere Fälle auf maximal drei Jahre verlängern zu können.

**Burkhalter** Didier, conseiller fédéral: Il s'agit vraiment d'une disposition importante qui montre comment nous voulons travailler. Il s'agit des mesures de réinsertion: comme le prévoit très clairement le texte de la loi, elles peuvent être accordées plusieurs fois; nous estimons qu'il ne faut pas les limiter dans la durée, qu'il ne faut dresser aucun obstacle à la réadaptation.

De quoi s'agit-il ici? Il s'agit essentiellement de ce qui a posé le plus de problèmes à l'assurance-invalidité: les malades psychiques. Que se passe-t-il dans leur cas? Il y a des rechutes possibles, nombreuses; il y a des moments où il faut reprendre les mesures, et on ne peut pas dire combien de temps cela durera. Même s'il n'est pas question pour nous de faire durer des mesures qui ne servent à rien, c'est évident, il nous paraît vraiment faux que le Parlement – qui nous a donné le mandat de régler ces problèmes de réinsertion dans le domaine délicat des maladies psychiques – nous mette des caudales qui prévoient des durées, alors qu'on sait très bien qu'il peut se passer beaucoup de choses dans ces cas-là, et qu'une solution doit être trouvée pour chaque cas. Cette solution doit être la plus souple possible, de manière à ce qu'on ait le plus grand nombre de chances de réussir.

A quoi servent des durées limitées dans la loi? Avez-vous vraiment l'impression que cela aboutira à un progrès dans l'application de cette loi humaine et utile? Nous sommes vraiment convaincus du contraire. Même s'il n'y a pas de proposition de minorité et qu'en général cela ne se fait pas au Conseil des Etats lorsqu'une commission a proposé quelque chose, je vous demande de réfléchir. C'est vraiment le contraire de la logique, le contraire même de la mission que vous nous avez donnée: fixer le principe et laisser travailler ceux qui sont chargés de le mettre en application. Celui-ci est clair: les mesures de réinsertion peuvent être accordées plusieurs fois en raison des rechutes possibles, un problème que l'on rencontre essentiellement dans les maladies psychiques. Prévoir plus dans la loi est inutile et irait même à fin contraire.

**Präsident** (Altherr Hans, Präsident): Herr Bundesrat, erhalten Sie den Antrag des Bundesrates zu Absatz 3 aufrecht?

**Burkhalter** Didier, Bundesrat: Ja, das ist klar.

*Abs. 3 – Al. 3*

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag des Bundesrates ... 19 Stimmen

Für den Antrag der Kommission ... 15 Stimmen

#### *Übrige Bestimmungen angenommen*

*Les autres dispositions sont adoptées*

#### **Art. 17 Abs. 3**

##### *Antrag der Kommission*

... so übernimmt die Versicherung die Unterkunftskosten sowie die Kosten ...

**Art. 17 al. 3***Proposition de la commission*

L'assurance prend à sa charge les frais de logement, ainsi que les frais ...

**Präsident** (Altherr Hans, Präsident): Wir haben über diese Bestimmung bei Artikel 14a entschieden.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 18abis***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Mit dem Personalverleih steht künftig für die Eingliederung ein zusätzliches Werkzeug zur Verfügung, was schlussendlich die Chancen der versicherten Person weiter erhöht. Vorgelagert ist dabei im Gesetz der Arbeitsversuch, bei dem kein Arbeitsvertrag notwendig ist und der zur Erprobung dient, ob die Person im ersten Arbeitsmarkt wieder arbeits- und einsatzfähig ist.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 21 Abs. 2bis; 22 Abs. 1***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 21 al. 2bis; 22 al. 1***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 28***Antrag der Kommission**Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 2*

Der Rentenentscheid ist innert zwei Jahren zu fällen, wenn eine medizinische Behandlung im Sinne von Artikel 28 Buchstabe b im Gange ist.

**Art. 28***Proposition de la commission**Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 2*

Lorsque des traitements médicaux au sens de l'article 28 lettre b sont en cours, la décision concernant la rente doit être prise dans un délai de deux ans.

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: In Bezug auf Absatz 2 war die Kommission klar der Meinung, dass medizinische Behandlungen nicht dazu führen dürfen, den Fall immer wieder hin und her zu schieben und damit auch hinauszuschieben. Vielmehr ist im Sinne eines beschleunigten Verfahrens auch einmal ein Entscheid zu fällen.

Im Übrigen wird die Rentenhöhe neu in Artikel 28b festgesetzt, dies im Rahmen des stufenlosen neuen Rentensystems.

**Fetz** Anita (S, BS): Ich habe eine konkrete Frage. Ich widersetze mich Absatz 2 nicht, aber es ist entscheidend – und dazu möchte ich eine Erklärung zuhanden der Materialien –, wann genau die Zweijahresfrist zu laufen beginnt. Mir scheint das sehr wichtig, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Auseinandersetzungen, die es geben wird. Oder sind Sie der Meinung, Herr Bundesrat, der Antrag der Kommission sei nicht zu unterstützen? Es würde mich interessieren, wie Sie das genau sehen.

**Burkhalter** Didier, conseiller fédéral: Madame Fetz, c'est le même problème qu'avant. On est clairement ici au coeur des travaux que l'on veut faire: on veut améliorer la réinsertion sur le marché du travail. Concrètement, cela veut dire très clairement ne pas octroyer des rentes trop rapidement. Ce n'est pas par mauvaise volonté, c'est parce qu'il faut un certain temps et fournir beaucoup d'appui dans le cas des problèmes les plus lourds. A un moment donné, bien sûr qu'on devra octroyer des rentes; mais on peut envisager des rentes provisoires. Et il ne faut pas que le couperet tombe après deux ans – et on ne sait pas très bien à partir de quand. Il ne faut pas fixer une limite dans la loi alors même que, pour réussir – et c'est de nouveau la même problématique, ce sont essentiellement les maladies psychiques qui sont concernées –, il faut avoir, pour chaque cas, une solution aussi souple que possible. Donc les traitements ont souvent lieu parallèlement aux mesures de réinsertion.

Par conséquent, nous estimons qu'il y a un fort potentiel d'amélioration de l'assurance-invalidité, précisément dans ce domaine, sans prévoir des cautèles. Si vous en ajoutez une, il y aura comme une espèce de logique qui incitera à attendre les deux ans pour obtenir la rente, alors même que, peut-être, on était en train de réussir une réinsertion. Et cela, nous ne le voulons pas.

Il va de soi que les offices AI ne doivent pas offrir des mesures thérapeutiques pendant des années sans succès. Mais cela, on le sait. On doit aussi évaluer combien cela coûte par rapport aux chances de réussir, c'est tout simple. Mais véritablement, si on veut continuer l'opération et la réussir – et maintenant vous avez refusé de renvoyer le projet et vous êtes entrés en matière –, alors, de grâce, adoptez une loi qui soit la plus simple possible et la plus orientée vers l'aide aux personnes qui en ont réellement besoin! Or, pour les maladies psychiques, qui sont le coeur du problème de l'assurance-invalidité depuis des années, il faut avoir une très grande ouverture.

Dans ce sens-là, à nouveau comme avant, le Conseil fédéral souhaite que vous repoussiez cette proposition de la commission, qui lui semble mauvaise.

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Ich möchte nochmals klar zum Ausdruck bringen: Dieser Artikel kann einen Rentenentscheid natürlich unendlich lange hinausziehen. Man kann immer wieder medizinische Massnahmen ergreifen; man macht noch diese Behandlung, und man macht allenfalls, wenn diese nicht glückt, wieder eine andere Behandlung. Die Kommission war der Meinung, dass irgendwann einmal ein Ende gefunden werden muss. Der Versicherte muss einmal wissen, dass die Behandlungen nichts gebracht haben und dass eine Rente gesprochen wird. Dieser Entscheid soll nicht durch neue Behandlungsmöglichkeiten ständig hinausgezögert werden können, denn die Ärzte werden immer neue Behandlungsmöglichkeiten finden. Das war der tiefere Grund.

**Präsident** (Altherr Hans, Präsident): Der Bundesrat will keinen Absatz 2 einführen. Er lehnt den Antrag der Kommission ab.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Kommission ... 27 Stimmen

Für den Antrag des Bundesrates ... 10 Stimmen

**Art. 28a Abs. 1, 1bis, 4***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 28a al. 1, 1bis, 4***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Bei Absatz 1 wird ja die Kompetenz des Bundesrates zur Umschreibung des zur Bemessung der Invalidität massgebenden Erwerbseinkommens gestrichen.

In Absatz 1bis kommen zwei Begriffe vor, die nicht allgemein bekannt sind: Beim Invalideneinkommen handelt es sich um dasjenige Einkommen, das die Person nach Abschluss der Eingliederungsmassnahmen voraussichtlich verdienen kann. Das Valideneinkommen hingegen ist dasjenige Einkommen, das die Person verdiente, bevor sie krank wurde, bzw. das sie mit grosser Wahrscheinlichkeit verdient hätte, wenn keine gesundheitliche Einschränkung eingetreten wäre. Die Bemessung der Invalidität beginnt gemäss dem neuen Absatz 1bis also erst bei einem Invaliditätsgrad von 20 Prozent. Ein Invalideneinkommen von bis zu 20 Prozent des Valideneinkommens wird nur berücksichtigt, wenn tatsächlich ein Einkommen erzielt wurde.

So viel zur Klärung der Definition der Begriffe.

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 28b**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Artikel 28b regelt neu die Festlegung der Höhe des Rentenanspruchs. Er ist somit die neue Grundlage zum stufenlosen Rentensystem, das die bisher abgestufte Rentenbemessung – kleiner als 49 Prozent gleich eine Viertelrente, 50 bis 59 Prozent gleich eine halbe Rente, 60 bis 69 Prozent gleich eine Dreiviertelrente und ab 70 Prozent die volle Rente – ablöst. Diese Abstufung schuf in der Vergangenheit nichterwünschte Schwellenwerte und verhinderte eine Erhöhung der Erwerbstätigkeit, weil dadurch die bisherige, höhere Rente unter Umständen verloren ging und es somit unattraktiv war, eine höhere Erwerbsfähigkeit zu erreichen. Mit der Einführung des stufenlosen Rentensystems sollen diese unerwünschten Schwellenwerte beseitigt werden.

Neu bestimmen nun die Absätze 1 und 2, wie aus dem Invaliditätsgrad die Höhe des Rentenanspruchs in Bezug auf eine ganze Rente festgelegt wird. Für die Invaliditätsgrade ab 50 Prozent entspricht die Rente neu einem dem Invaliditätsgrad entsprechenden Anteil in Prozent einer ganzen Rente. Bei den unteren IV-Graden bedeutet es eine leichte Verbesserung in Bezug auf die Rentenhöhe. So erhielt zum Beispiel eine Person mit einem IV-Grad von 45 Prozent früher eine Viertelsrente, während sie künftig eine Rente von 37,5 Prozent erhalten würde. Korrekterweise muss aber auch festgehalten werden, dass künftig Personen mit IV-Graden über 50 Prozent aufgrund der Stufenlosigkeit tiefere Renten erhalten werden. So erhält eine Person mit einem IV-Grad von 73 Prozent künftig auch eine 73-Prozent-Rente, währenddem sie gemäss altem System bereits eine volle IV-Rente erhält.

Gesamthaft würden die Einsparungen rund 150 Millionen Franken betragen, welche jedoch aufgrund einer Änderung, die die Kommission bei den Schlussbestimmungen vornahm, zugunsten der bestehenden Renten um 80 Millionen Franken reduziert wurden. Ich werde zum gegebenen Zeitpunkt darauf zurückkommen.

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 31 Abs. 1**

*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*

(Maury Pasquier, Fetz)

Unverändert

#### **Art. 31 al. 1**

*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Maury Pasquier, Fetz)

Inchangé

**Präsident** (Altherr Hans, Präsident): Die Vertreterinnen der Minderheit haben mir gesagt, dass sie ihren Antrag zurückziehen.

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Dieser Artikel legt in der Vergangenheit einen bestimmten Schwellenwert für eine Anpassung der Rente fest. Mit dem Übergang zu einem stufenlosen Rentensystem fallen die bisherigen Schwelleneffekte weg. Sodann werden die Voraussetzungen für eine Rentenrevision neu in Artikel 17 Absatz 1 ATSG geschaffen – wir haben dort die 5-Prozent-Regel. Aus diesem Grund ist es nicht mehr nötig, im vorliegenden Artikel wie bisher den Freibetrag von 1500 Franken bei einer Erhöhung des Erwerbseinkommens zu nennen. Diese Bestimmung kann also gestrichen werden. Der Artikel kann auch deshalb aufgehoben werden, weil im Rahmen der Revision 6a Absatz 2 bereits aufgehoben worden ist.

**Burkhalter Didier**, conseiller fédéral: C'est typiquement un article qui avait été inscrit dans la loi à cause de l'effet de seuil. Je prends acte du fait que la proposition de la minorité Maury Pasquier a été retirée. C'était typiquement le risque de baisse du revenu global en cas de légère augmentation du revenu de l'activité lucrative, car cette dernière entraînait une forte baisse de la rente en raison du passage à l'échelon inférieur. C'était le fameux effet de seuil. Maintenant on n'a plus besoin de cette disposition parce que le système de rentes linéaire élimine l'effet de seuil. Je prends acte du fait que cela a été compris maintenant. Je pense que ce qui était à la base de la proposition de la minorité était une mauvaise compréhension du passage au système de rentes linéaire.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*

*Adopté selon la proposition de la majorité*

#### **Art. 38**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 1, 1bis*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*

(Fetz, Maury Pasquier)

*Abs. 1*

Unverändert

*Abs. 1bis*

Streichen

*Antrag Fournier*

*Abs. 1*

Die Kinderrente für die beiden ersten Kinder beträgt 40 Prozent der dem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen entsprechenden Invalidenrente. Ab dem dritten Kind beträgt sie 30 Prozent.

*Abs. 1bis*

Haben beide Elternteile je einen Anspruch auf eine Kinderrente, so beträgt die Kinderrente jedes Elternteils für die beiden ersten Kinder 30 Prozent und ab dem dritten Kind 22,5 Prozent seiner Invalidenrente vor der Kürzung nach Artikel 35 AHVG.

#### **Art. 38**

*Proposition de la majorité*

*Al. 1, 1bis*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Fetz, Maury Pasquier)

*Al. 1*

Inchangé

*Al. 1bis*  
Biffer

*Proposition Fournier*  
*Al. 1*

La rente pour les deux premiers enfants s'élève à 40 pour cent de la rente d'invalidité correspondant au revenu annuel moyen déterminant. A partir du troisième enfant, elle s'élève à 30 pour cent.

*Al. 1bis*

Si les deux parents ont droit à une rente pour enfant, le montant de celle-ci équivaut à 30 pour cent de chacune de leurs rentes d'invalidité avant la réduction prévue à l'article 35 LAVS pour les deux premiers enfants et à 22,5 pour cent à partir du troisième enfant.

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Mit Artikel 38 Absatz 1 wird die Kinderrente, die als Zusatzrente pro Kind zur ordentlichen IV-Rente zu verstehen ist, neu geregelt. Dabei ist festzuhalten, dass seit der Einführung dieser Rentenleistung zusätzlich die Kinderzulagen sowie die Kinderrenten aus der beruflichen Vorsorge und der Unfallversicherung hinzugekommen sind. Die bisherige Höhe von 40 Prozent stammt also noch aus einer Zeit, als die Kinderrente als alleinige solche Vergütung entrichtet wurde. Die Höhe der künftigen Kinderrente für Rentnerinnen und Rentner mit Kindern soll deshalb an die tatsächlichen prozentualen Zusatzkosten angepasst werden, welche ein Kind gemäss gebräuchlichen Äquivalenzskalen verursacht.

In Absatz 1bis werden auch die Renten jener Kinder geregelt, bei denen beide Elternteile je einen Anspruch auf eine Kinderrente haben. Wie heute wird die Summe der beiden Kinderrenten auf das Anderthalbfache einer Kinderrente gekürzt und beträgt neu maximal 45 Prozent statt wie bisher 60 Prozent. Der Maximalanspruch richtet sich zudem nicht mehr nach der maximalen Invalidenrente, sondern nach der tatsächlichen, un plafonierten Invalidenrente. Absatz 1bis sieht deshalb vor, dass im Falle eines Doppelanspruches für beide Elternteile je Anspruch auf eine Kinderrente von 22,5 Prozent der jeweiligen Invalidenrente vor der Plafonierung gemäss Artikel 35 des AHV-Gesetzes besteht.

Die Kommission hat sich sehr intensiv mit der Reduktion der Kinderrente befasst und neben den in der Botschaft aufgeführten Erläuterungen und Zahlen weitere Zusatzinformationen und -berichte verlangt. Auf den ersten Blick scheint eine Herabsetzung vielleicht etwas schwer verständlich zu sein. Im Rahmen der Beratungen hat sich aber immer mehr gezeigt, dass die Kumulation der verschiedenen Leistungen – Invalidenrente, Zusatzrenten für Kinder gemäss BVG und UVG, Kinderzulagen – im Anspruchsfall zu schwer verständlichen Einkommenssituationen führt, indem die Gesamtentwöhnung höher ausfallen kann als das Einkommen unmittelbar vor dem Ereignis, das zur Invalidität geführt hat. Das hängt nicht zuletzt auch damit zusammen, dass einerseits Leistungen basierend auf dem Versicherungsprinzip zu entrichten und andererseits Lohnbestandteile in der Form von Zulagen zu bezahlen sind. Bei Haushalten mit vergleichsweise tiefen Einkommen vor der Invalidität – z. B. 60 000, 70 000 Franken – ist das Haushaltseinkommen nach Eintritt der Invalidität gar höher als das Haushaltseinkommen vor der Invalidität.

Erlauben Sie mir, zwei, drei Beispiele zu machen: Bei einem Invaliditätsgrad von 100 Prozent, zwei Einkommen, zwei Kindern und einem Haushaltseinkommen von 90 000 Franken ist das Verhältnis vorher und nachher etwa 99 bzw. 97 Prozent des zuletzt verdienten Gehaltes. Bei einem Haushaltseinkommen von 120 000 Franken verschiebt sich dieses Verhältnis ein bisschen nach unten: 87 Prozent vorher, 83 Prozent nachher. Bei einem Invaliditätsgrad von 100 Prozent, einem Ehepaar, einem Kind und einem einzigen Haushaltseinkommen von 102 000 Franken ist die Entwöhnung vorher rund 87 Prozent des letzten Einkommens, nachher 84 Prozent. Bei einer alleinerziehenden Person mit einem Kind und einem Haushaltseinkommen von 52 000 Franken sind es vorher und nachher 95 Prozent.

Die Kommission hat auch die Frage von fixen Kinderrenten geprüft, beispielsweise in der Höhe von 400 Franken, unabhängig von der Höhe der Invalidenrenten. Aufgrund der Tatsache, dass die durchschnittliche Kinderrente gemäss Botschaft auf bisher 531 auf 400 Franken reduziert würde, würde im Rahmen der Finanzierungsprognose 2015–2025 keine Änderung eintreten. Die Kommission ist zum Schluss gelangt, dass diverse Gründe gegen fixe IV-Kinderrenten sprechen, so zum Beispiel die Abkehr vom Versicherungsprinzip, von der Privilegierung von versicherten Personen mit geringem Invaliditätsgrad oder von Personen, die nicht die vollen Beitragsjahre und somit ein geringeres massgebliches durchschnittliches Einkommen erzielt haben. Vor allem aber ist die Kommission der festen Überzeugung, dass in keinem Fall jemand mit Leistungen der IV über die Kinderrente mehr Einkommen erzielen können soll als jemand mit Kindern, der arbeitet.

Aus all diesen geschilderten Gründen ersuche ich Sie, der Mehrheit zu folgen und den Minderheitsantrag sowie auch den Einzelantrag Fournier abzulehnen und somit auf der Linie der Kommission zu bleiben. Das ist verantwortbar, nicht zuletzt, wie bereits erwähnt, wegen der zusätzlichen Einkommen und Zulagen, die seit der Einführung der Invalidenversicherung hinzugekommen sind.

**Fournier Jean-René (CE, VS)**: Avant d'entamer la discussion, le rapporteur m'a demandé en coulisses combien d'enfants j'ai. Naïvement, je lui ai dit la vérité, comme d'habitude. J'en ai six. Je comprends pourquoi il m'a posé cette question. C'était en relation directe avec la proposition que je vous fais.

Si je défends cette proposition, c'est non seulement parce que je suis père de six enfants, mais aussi parce que je suis président de la fondation Foyers Valais de coeur. C'est une fondation qui s'occupe de personnes handicapées en Valais. Aujourd'hui, je ne vous propose pas d'en rester à la formulation qui prévoit ces fameux 40 pour cent de la rente pour tous, pour tous les enfants, mais je vous propose un compromis pour deux raisons.

1. Comme père de famille de six enfants, j'ai fait l'expérience – et je la fais encore aujourd'hui – que les coûts que génèrent les deux premiers enfants sont en général beaucoup plus élevés que les coûts des troisième, quatrième et cinquième enfants. Ce n'est pas qu'on s'y habitue, mais c'est un constat que l'on doit faire lorsque l'on gère le budget d'un ménage, d'une famille nombreuse.

2. Le rapporteur a relevé, à juste titre, que depuis l'entrée en vigueur de cette loi, on a fait de nombreux progrès, notamment en matière sociale en ce qui concerne les allocations familiales et autres aides sociales pour les enfants. Je rappellerai ici que ces efforts n'ont pas été faits que pour les enfants d'invalides et que, finalement, les enfants de valides aussi bénéficient bien heureusement des avantages acquis pendant toutes ces années.

Bien sûr, j'ai bien pensé qu'en vous proposant d'en rester au texte actuel, je n'aurais pas l'occasion de réunir une majorité. C'est la raison pour laquelle je vous propose cette solution-ci, qui consiste à dire que, pour les deux premiers enfants qui coûtent effectivement plus cher au ménage, on maintient la rente pour enfant à 40 pour cent et que, pour les autres enfants, on suit la proposition de la commission qui prévoit 30 pour cent. C'est un compromis qui est à mon avis raisonnable et acceptable.

**Fetz Anita (S, BS)**: Der Kommissionssprecher hat mit Prozentzahlen ausführlich untermauert, dass diese Kürzung eigentlich ein Klacks sei. Es geht darum, die Kinderrente von 40 Prozent auf 30 Prozent oder, wenn beide Eltern IV-Leistungen beziehen, auf 22,5 Prozent der IV-Rente zu kürzen. Das sind eben die Prozentzahlen; das tönt ja nach nichts. In der Summe sind es aber 160 Millionen Franken, die so eingespарт werden bei Familien, die behinderte Mitglieder haben. Heute bezieht ein Viertel der IV-Rentnerinnen – das sind nicht sehr viele – eine Kinderrente, und davon haben fast 90 Prozent ein oder zwei Kinder. Der Antrag Fournier,

der mir sehr sympathisch ist, betrifft also noch die 13 Prozent der restlichen Rentnerinnen, die mehr Kinder haben. Wenn ich jetzt das Gefühl hätte, dass sich sämtliche Mitglieder der C-Gruppe wirklich für diesen Antrag engagieren, dann könnte ich problemlos meinen Antrag zurückziehen; ich werde dazu in der Debatte, die jetzt folgen wird, noch mehr hören. Übrigens bestehen die Überversicherungssituationen, die der Kommissionssprecher auch angetönt hat, seit der 5. IV-Revision nicht mehr. Diese haben wir damals abgeschafft; es ist also nicht mehr möglich, überdurchschnittlich viel zu erhalten. Bei mehr Kindern hat meines Wissens der Bundesrat auf Verordnungsstufe eine andere Regelungsmöglichkeit vorgesehen.

Aber schauen wir doch einmal die Ist-Situation an. So großzügig ist die Situation heute auch nicht, dass wir bei der IV-Kinderrente flott heruntersparen könnten. Eine minimale IV-Rente – ich habe Ihnen das schon bei der Begründung meines Rückweisungsantrages gesagt – beträgt 1160 Franken. Für ein Kind bekommt man noch 40 Prozent dazu, das sind plus 464 Franken. Das ergibt, bei einem Kind und bei einer nichtgekürzten Kinderrente, zusammen 1624 Franken. Bei zwei Kindern sind es dann 2088 Franken. Die Familie müssen Sie mir erst noch zeigen, die mit zwei Kindern von 2088 Franken im Monat leben kann. Es ist nicht so, dass enorm viele IV-Rentnerinnen und -Rentner eine Teilrente aus der zweiten Säule haben. Es ist nur eine Minderheit, die eine solche erhält.

Dessen muss man sich schon im Klaren sein, wenn man von einer kleinen, zehnpromzentigen Senkung spricht. Das tönt in Prozentzahlen nach wenig, in Franken ist es viel, und es wird wieder dazu führen, dass die Kosten auf die Ergänzungsleistungen und damit auf die Kantone verlagert werden. Die Kantone tun mir da wenig leid, sie hätten ja auch einmal Laut geben können. Wer mir leid tut, sind wirklich die Familien, die behinderte Angehörige haben. Ihnen geht es nämlich eh schon nicht besonders rosig.

Dann kommt noch Folgendes dazu: Diese Kinderrenten sozusagen auf Vorrat zu kürzen geht schon gar nicht – und das noch eine Woche vor Weihnachten, wenn Sie es noch getoppt haben wollen! Ich sage es nochmals, die IV schreibt jetzt das erste Mal wieder schwarze Zahlen. Die IV wird auch nach der Zusatzfinanzierung, Kollege Kuprecht, schwarze Zahlen schreiben, und zwar nachhaltig, so nachhaltig, dass sie auch Schulden zurückzahlen kann. Das hat uns das mittlere Szenario des Bundesrates gezeigt. Ich meine, dann brauchen wir nicht ausgerechnet bei den Kindern Einsparungen zu machen, bevor wir überhaupt wissen, ob solch rigide Sparmassnahmen überhaupt noch nötig sind.

Deshalb bitte ich Sie, dem Streichungsantrag unserer Minderheit zuzustimmen. Wenn Sie das Gefühl haben, der Antrag Fournier sei viel besser, dann sage ich: Jawohl, unterstützen Sie den! Das ist mir auch recht. Hauptsache ist, dass Sie die IV-Kinderrenten nicht drastisch kürzen.

**Maur Pasquier** (Liliane, S, GE): Je parlais tout à l'heure des membres les plus faibles de notre communauté. Les enfants en font assurément partie, même s'ils sont riches d'un potentiel immense. Ce potentiel, nous devons les aider à le développer. Ce n'est certainement pas en réduisant les rentes pour enfant de 40 à 30 pour cent de la rente d'invalidité du parent, voire à 22,5 pour cent de la rente principale si les deux parents sont rentiers, que l'on parviendra à ce but. Cette réduction serait justifiée notamment par l'introduction progressive d'autres prestations, telles que la rente pour enfant de la prévoyance professionnelle, les prestations complémentaires et les allocations familiales. Or ces diverses prestations ne visent ni le même but ni les mêmes personnes.

En ce qui concerne le but d'abord, les rentes pour enfant de l'AI ont pour objectif de donner aux personnes assurées les moyens nécessaires pour faire face aux coûts supplémentaires générés par la charge d'un ou de plusieurs enfants, alors que les allocations familiales, en particulier, concrétisent la reconnaissance de la société envers toutes les familles et ne

compensent que très partiellement les frais occasionnés par les enfants.

A but différent, public cible différent: les bénéficiaires d'allocations familiales ne sont pas forcément les mêmes que celles et ceux qui touchent des rentes pour enfant de l'AI ou de l'AVS, car la réduction proposée s'appliquera également aux bénéficiaires de rentes pour enfant de l'AVS. Or ceux-ci ne touchent précisément pas d'allocations familiales en vertu de l'article 16 lettre a de l'ordonnance sur les allocations familiales.

Ce n'est là qu'un exemple de cas, mais cela montre qu'on ne peut pas jouer l'une contre l'autre des prestations qui n'ont pas grand rapport entre elles, au risque d'aggraver la situation matérielle et sociale des enfants de personnes déjà durement touchées par le sort – ce qui a notamment été évoqué par Madame Fetz – et, en tout cas, au risque d'aggraver la dépendance de nombreuses familles aux prestations complémentaires dans une Suisse où le fait d'avoir des enfants constitue en général l'un des plus grands risques de pauvreté.

Afin de préserver les acquis de 86 pour cent des ménages qui touchent une rente AI et qui ont un ou deux enfants, je trouve la proposition Fournier intéressante. Elle n'a pas été présentée en commission, mais elle représenterait une proposition de compromis quant à la réduction du montant, avec une réduction des rentes seulement pour les enfants suivants les deux premiers. Toutefois, comme cette proposition n'a pas été discutée en commission, il est impossible pour moi d'évaluer réellement ses conséquences sur les familles qui ont plus de deux enfants à charge alors qu'un des parents est invalide. Je mets notamment cela dans la balance, quand on sait que, dans les familles touchées par la pauvreté, ce sont justement celles qui ont trois enfants et plus qui risquent d'être dans ce cas. De ce point de vue, je ne peux malheureusement pas juger des effets de la proposition Fournier sur cette catégorie de personnes.

C'est la raison pour laquelle je préférerais bien sûr sa solution à celle du Conseil fédéral, mais, si j'ai encore le choix avec la proposition de la minorité Fetz, je donnerai la préférence à cette dernière.

**Kuprecht Alex** (V, SZ), für die Kommission: Erlauben Sie mir, noch zwei Bemerkungen zu machen.

Frau Fetz hat meines Erachtens den gleichen Fehler gemacht, den man zu Beginn schon in der Kommission gemacht hat: Man hat die entsprechenden IV-Kinderrenten isoliert betrachtet, obwohl diese Renten eben nicht isoliert zu betrachten sind, sondern als Bestandteil einer gesamten Entschädigung zu werten sind, und zwar inklusive der entsprechenden Rentenbeiträge aus anderen Versicherungskanälen. Es stimmt eben nicht, dass nur ein kleiner Teil noch andere Renten erhält. Jeder, der arbeitet, ist obligatorisch in einer Pensionskasse versichert. Wenn man ein Einkommen über dem BVG-Minimum bezieht, gibt es auch dort entsprechende Kinderrenten. Die muss man dazuzählen und darf sie nicht einfach weglassen.

Zum Antrag Fournier: Herr Fournier möchte im Prinzip, dass man bei den ersten beiden Kindern keine Reduktion macht. Ich kann jetzt nicht aus dem Stegreif sagen, um wie viel die Einsparungen damit wieder reduziert würden. Es stimmt in der Tat, dass im Schnitt etwa zwei Kinder vorhanden sind; wenn jetzt bei den ersten zwei Kindern keine Kürzung gemacht würde, würden die Einsparungen um schätzungsweise 40 bis 50 Millionen Franken vermindert. Ich bin aber nicht sicher – der Herr Bundesrat wird es wahrscheinlich nachher noch sagen –; wahrscheinlich fallen die Beträge noch höher aus. Somit würde das Einsparungsziel verpasst. Wir müssen uns fragen, ob diese Revision effektiv noch Sinn macht, wenn wir mit einem Entscheid praktisch die Hälfte der Einsparungen, die wir ohnehin schon um 80 Millionen Franken reduziert haben, in Luft auflösen. Ich glaube, das wäre nicht zielführend, das sollten wir vermeiden.

Ich möchte Sie bitten, den Antrag der Minderheit, aber auch den Antrag Fournier abzulehnen und jetzt konsistent auf der Linie zu bleiben, die wir eingeschlagen haben.

**Burkhalter** Didier, conseiller fédéral: Il faut revenir à la situation telle qu'on la connaît actuellement. Cette assurance, qui doit être solide à long terme, qui joue un très grand rôle pour les personnes handicapées, a un déficit structurel de 1 milliard de francs par an. Il ne faut pas croire maintenant que tout va bien, je trouve que c'est incorrect: il y a 1 milliard de francs de déficit structurel par an! Pendant des années, on a tout laissé aller à vau-l'eau, et maintenant il s'agit de redresser la barre.

Le Conseil fédéral a proposé des mesures que le Parlement a voulues, et récemment, quand il vous a soumis la révision 6b, il a dû enregistrer nombre de critiques disant que ce n'était pas assez, pas assez courageux, qu'il fallait beaucoup plus de mesures. Maintenant, ce qui vous est proposé en particulier par Monsieur Fournier équivaut exactement à ce que propose la minorité, à 12 pour cent près: il y a 88 pour cent de rentiers handicapés qui ont un ou deux enfants, et 12 pour cent qui en ont davantage – c'est la réalité des faits. La proposition Fournier, comme la proposition de la minorité, consiste pratiquement à ne rien faire.

On peut estimer que la version du Conseil fédéral est trop dure. Premièrement, il ne s'agit pas d'une rente pour enfant, mais d'une rente complémentaire pour une personne handicapée qui a des enfants et qui reçoit déjà une rente, rente accordée pour tenir compte du fait qu'elle a des enfants. On peut rendre ridicule le fait qu'on fixe un pourcentage, mais ce montant de 30 pour cent est élevé, très élevé en comparaison internationale et en termes de normes sociales en Suisse. Aussi bien les normes de l'OCDE que celles de la Conférence suisse des institutions d'action sociale prévoient quelque chose de l'ordre de 20 à 31 pour cent. Or la loi prévoit 40 pour cent, et même 60 pour cent dans le cas où les deux parents sont handicapés.

On est donc dans une situation qui n'est pas mauvaise, qui est même bonne, qui a été prévue au départ comme cela. Mais petit à petit d'autres assurances sociales et d'autres prestations se sont greffées sur le dispositif initial, c'est une réalité, et en même temps on a continué d'utiliser l'assurance-invalidité pour à peu près tout, et on a creusé un trou. A un moment donné, on doit prendre des mesures. Le Parlement vote une loi en demandant de manière martiale: «Nous voulons des mesures du côté des dépenses!», et quand elles sont mises en oeuvre, on les estime d'abord trop faibles et ensuite on les biffe – il y a encore une proposition qui va affaiblir un peu plus le projet. Si vous commencez comme cela et que vous continuez de cette manière, vous n'atteindrez pas l'objectif. Il faut être clair: de cette façon, l'assurance-invalidité restera ce qu'elle est, c'est-à-dire une assurance qui n'est pas assainie financièrement. A un moment donné, si on fait cela dans l'ensemble des assurances sociales, la consolidation nécessaire pour qu'elles puissent réellement jouer leur rôle n'aura pas lieu.

Maintenant, on peut admettre que c'est une mesure trop dure, mais ce n'est pas vrai parce que, je le répète, dans les cas véritablement difficiles, les prestations complémentaires sont versées. Vous réutilisez cet argument des prestations complémentaires, et franchement je trouve cela incorrect, même si je l'ai déjà lu plusieurs fois, car les cantons n'ont pas à se plaindre de cet assainissement. Ce n'est pas parce qu'ils auront à payer un peu plus dans ces cas-là – quelques dizaines de millions de francs – qu'ils ne bénéficieront pas de toutes les économies sur les prestations complémentaires: je répète que l'assurance-invalidité, petit à petit, réintègre les personnes dans le marché du travail plutôt que de leur accorder des rentes trop facilement. Mais enfin, c'est bon pour tout le monde: et pour les cantons et pour l'assurance-invalidité. Dans quelques années, cette assurance sera à flot et sera solide. Elle versera des rentes justifiées, et ces compléments de rente pour personnes rentières qui ont des enfants seront à un niveau qui correspond tout à fait à ce qui se fait ailleurs et également aux normes suisses.

En conséquence, selon la version du Conseil fédéral, on évite la surindemnisation et également de réduire massivement les prestations, comme cela aurait pu se passer avec d'autres propositions discutées en commission. Dans les

cas difficiles, les prestations complémentaires interviendront, ce qui fait que pour la très grande majorité des cas il n'y a même pas de modification importante du montant en définitive; simplement, c'est vrai, l'assurance-invalidité fera des économies. Concrètement: on a parlé de 160 millions de francs, de fait ce seront 120 millions de francs par an, en moyenne, entre 2015 et 2025.

Si vous soutenez la proposition Fournier, on peut faire une règle de trois enfants et plus ou une règle de 88 pour cent, cela nous fait à peu près 100 millions de francs de moins d'économies. Cela veut dire quelque part que la mesure n'a pratiquement plus aucun impact. Donc la révision 6b sera sans impact. Alors vous devez choisir. Mais vous avez demandé par la loi une hausse de la TVA, et cette loi était connue du peuple au moment de voter la hausse temporaire des taux de la TVA – TVA qui est payée soit dit en passant par toutes les familles qu'elles aient un, deux ou six enfants; si vous avez décidé cela, vous devez être cohérents.

Le projet du Conseil fédéral relatif à la révision 6b n'est pas excessif. Il a même été critiqué parce qu'il n'était «pas assez excessif». Alors de grâce n'allez pas plus loin dans son affaiblissement, sinon nous ne parviendrons pas à assainir cette assurance, et cela, c'est une très mauvaise chose parce qu'un jour ou l'autre, on ne pourra tout simplement plus verser les rentes. On ne peut pas chaque année faire 1 milliard de francs de plus de dettes!

**Fetz** Anita (S, BS): Nachdem ich gehört habe, dass sämtliche familienfreundlichen Leute hier drin die Mehrheit unterstützen, ziehe ich meinen Minderheitsantrag zurück. Ich möchte einfach noch zuhänden des Amtlichen Bulletins feststellen: Die IV wird gemäss Ihren Rechnungen, Herr Bundesrat, im Jahr 2013 eine halbe Milliarde und im Jahr 2017 eine Milliarde Franken Überschuss machen. Auch nach der Zusatzfinanzierung wird sie nachhaltig im Plusbereich bleiben; das muss man schon auch mal sehen. Es ist ja nicht so, dass die letzten Revisionen nichts gebracht haben; sie haben extrem viel gebracht. Darum könnten wir jetzt etwas ruhiger vorgehen.

**Präsident** (Altherr Hans, Präsident): Der Antrag der Minderheit ist zurückgezogen worden.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 23 Stimmen

Für den Antrag Fournier ... 19 Stimmen

**Präsident** (Altherr Hans, Präsident): Das Wort hat noch kurz Herr Bundesrat Burkhalter.

**Burkhalter** Didier, conseiller fédéral: J'aimerais dire à votre conseil que, d'abord, ce sont des projections et qu'il s'agit d'un scénario, mais qu'il y en a plusieurs autres. Il y en a même un qui a été fait en fonction des années qui viennent maintenant, années qui ne seront peut-être pas aussi bonnes que l'on pense du point de vue économique.

Ensuite, je vous rappelle qu'il y a encore 15 milliards de francs de déficit à traîner qui sont un boulet pour l'AVS. Alors je sais que vous avez trouvé le remède miracle: il n'y a qu'à prendre 15 milliards ailleurs et le problème est réglé! Malheureusement, le Conseil fédéral n'est pas de cet avis. Il est donc nécessaire de prendre les mesures prévues.

Enfin, les premiers avant-projets mis en consultation prévoyaient des économies de l'ordre de 700 à 800 millions de francs par an. Le projet qui vous est soumis est nettement moins dur que les avant-projets. Il faut tenir compte de la situation. Si véritablement l'assainissement se fait plus vite, tant mieux, on pourra toujours revoir les choses, notamment sur le plan du taux de cotisation sur le salaire, ou peut-être trouver un moyen de faire un transfert pour financer l'AVS.

Mais, dans la situation actuelle, soyez prudents avec les assurances sociales et ne donnez pas l'impression que tout est gagné d'avance.

**Art. 38bis Abs. 3***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 38bis al. 3***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Dieser Artikel steht in direktem Zusammenhang mit dem eben behandelten Artikel bezüglich Kinderrenten. Hier besteht bereits heute eine Kürzungsregel, die auch in Zukunft unter dem übergeordneten Recht des ATSG zur Anwendung gelangen wird. Absatz 3 hätte aufgrund der Änderung des Rentensystems und des Wegfalls der bisherigen Rentenstufen eigentlich angepasst werden müssen. Die Delegationsnorm enthält nun aber keine eigentliche Rechtsetzungsbefugnis, sondern lediglich einen Auftrag zur Konkretisierung von Artikel 38 Absatz 1 hinsichtlich gewisser Spezialfälle. Aus diesem Grund ist die Bestimmung überflüssig geworden, zumal diese Fälle heute in der IV-Verordnung geregelt werden.

*Angenommen – Adopté***Art. 42 Abs. 3, 4, 4bis***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag Recordon**Abs. 3*

Als hilflos gilt ebenfalls eine Person, welche zu Hause lebt und wegen der Beeinträchtigung der Gesundheit dauernd auf lebenspraktische Begleitung angewiesen ist. Liegt ausschliesslich eine psychische Gesundheitsbeeinträchtigung vor, so gilt die Person nur als hilflos, wenn sie Anspruch auf eine Rente hat. Braucht eine Person ausschliesslich lebenspraktische Begleitung, so gilt die Hilflosigkeit als leicht. Artikel 42bis Absatz 5 bleibt vorbehalten.

**Art. 42 al. 3, 4, 4bis***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition Recordon**Al. 3*

Est aussi considérée comme impotente la personne vivant chez elle qui, en raison d'une atteinte à sa santé, a durablement besoin d'un accompagnement lui permettant de faire face aux nécessités de la vie. Si elle souffre uniquement d'une atteinte à sa santé psychique, elle doit toutefois avoir droit à une rente. Si une personne n'a besoin que d'un accompagnement pour faire face aux nécessités de la vie, l'impotence est réputée faible. L'article 42bis alinéa 5 est réservé.

**Recordon Luc (G, VD)**: Ici, on parle de chiffres beaucoup moins considérables que lors de la discussion qui vient de se tenir à propos des rentes pour enfant versées aux invalides. Lorsqu'on a introduit le type particulier de l'allocation pour impotent que je vise dans ma proposition, on pensait au départ que le montant concerné pouvait être de l'ordre de 56 millions de francs et viser une dizaine de milliers de personnes. Maintenant, il apparaît qu'il n'y en a que 3000 qui sont concernées, soit plus de trois fois moins, et que le montant en jeu est de 16 millions de francs. Cependant, la proposition que je vous soumets ne vise pas à supprimer une économie aussi importante.

Ce qui me paraît critiquable dans la version du Conseil fédéral, c'est le fait que l'on restreint l'application de cette rente aux seuls malades psychiques, alors qu'en réalité il y a un petit nombre, j'insiste sur les termes «petit nombre», de malades physiques ou polyhandicapés vraiment très touchés qui peuvent réellement avoir besoin de cette rente pour financer une aide directe ou indirecte. Le second point de la critique que j'adresse à la version du Conseil fédéral souli-

gne que l'aide directe est véritablement nécessaire pour ces gens, en très petit nombre mais dans une situation difficile. Il y a donc deux aspects qu'il faut corriger en revenant à la première phrase de l'alinéa 3 telle qu'elle existe dans le droit actuel: la question de l'aide directe et la restriction malheureuse aux seuls malades psychiques.

J'ajouterai qu'on a cru trouver une solution – mais c'est en réalité une pétition de principe – en nous disant que la rente pour impotent serait remplacée par la contribution d'assistance. Mais pour obtenir une contribution d'assistance, il faut précisément avoir une rente d'impotent. Donc si vous me permettez une expression plus familière que pétition de principe, c'est le serpent qui se mord la queue! La solution n'est pas ce que l'on aurait pu croire.

Cela dit, je crois que c'est une modeste demande qui est faite ici, pour des cas très douloureux, très dramatiques et qui ne sauraient mettre en péril l'effort d'assainissement auquel je suis tout à fait attaché, Monsieur le conseiller fédéral, en tant que président de Pro AI Vaud.

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Dieser Antrag lag in der Kommission nicht vor. Es ist relativ schwierig für mich, jetzt rasch, rasch zu entscheiden, welches die Kernelemente und deren Auswirkungen sind. Der Antrag bildet im Prinzip eine Mischung aus dem geltenden Recht, indem er den ersten Satz daraus übernimmt, und dem Entwurf des Bundesrates, indem er ab dem zweiten Satz, also in Bezug auf die psychischen Gesundheitsbeeinträchtigungen, diesen wieder übernimmt.

Ich kann Ihnen beim besten Willen nicht sagen, was jetzt besser ist. Ich möchte deshalb zuerst den Herrn Bundesrat bitten, die Sicht des Bundesrates darzulegen. Sonst würde ich Ihnen beantragen, diesem Antrag zuzustimmen und bereits hier eine Differenz zu schaffen, damit der Zweitrat diese Frage genauer prüfen kann.

**Burkhalter Didier**, conseiller fédéral: Je pense que vous pouvez adopter la version du Conseil fédéral et qu'on discutera cela dans le deuxième conseil de la même manière. Donc il est inutile d'adopter la proposition Recordon.

Ce que je crois – mais cela, il faudra le vérifier –, c'est que c'est plutôt une mauvaise compréhension. En fait, le législateur, lors de la 4e révision de l'AI, a souhaité très clairement dire ceci: «L'allocation pour impotent concerne toutes les personnes qui sont atteintes dans leur santé physique. Mais il y a un complément, qui est l'allocation pour impotent pour les circonstances 'Nécessités de la vie', qui est uniquement prévu pour les personnes qui ont des problèmes psychiques et mentaux.» C'est la volonté même du législateur.

C'est en tout cas clairement ce qui figure dans le message sur la 4e révision de l'AI, et c'est cela qui devait être fait. Le texte de loi ayant été rédigé de cette manière-là, il y a toujours eu en effet une confusion, et c'est pourquoi on a saisi l'occasion de cette révision, non pas tant pour chercher à faire des économies, mais bien plutôt pour revenir à une formulation précise qui était celle qui était voulue dans la 4e révision.

C'est pourquoi j'aimerais vous demander d'en rester là, en vous disant que nous discuterons en détail la chose dans le deuxième conseil.

C'est véritablement ce qui était souhaité par le Parlement dans la 4e révision de l'AI et c'est simplement une précision qui est faite ici que l'allocation complémentaire pour impotent pour faire face aux nécessités de la vie est uniquement prévue pour les assurés qui sont atteints dans leur santé mentale ou psychique et non pas pour l'ensemble des personnes atteintes dans leur santé physique. Dans ce cas-là, c'est l'allocation pour impotent elle-même qui intervient.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Kommission ... 21 Stimmen

Für den Antrag Recordon ... 18 Stimmen

**Art. 49***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 51***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Die Reisekosten im Zusammenhang mit Eingliederungsmassnahmen werden künftighin differenzierter geregelt. Die Vergütung wird neu jeweils bei den einzelnen Massnahmen geregelt, weshalb der bisherige Artikel gestrichen werden kann.

*Angenommen – Adopté***Art. 54a***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Die regionalen ärztlichen Dienste (RAD) wurden mit der 4. IV-Revision eingeführt. Sie wurden in Artikel 59 gemeinsam mit den Bestimmungen zur Organisation und zum Verfahren der IV-Stellen behandelt. Die Einbettung in diesem Sammelartikel 59 wird der Bedeutung der Aufgaben der RAD jedoch nicht gerecht. Aus diesem Grunde wird den RAD nun ein eigener Artikel gewidmet.

*Angenommen – Adopté***Art. 57 Abs. 1 Bst. d, i***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 57 al. 1 let. d, i***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Hier wird in Buchstabe d der Grundsatz der Beratung und Begleitung der versicherten Personen einerseits und der Arbeitgeber andererseits eingeführt. Diese Aufgabe wird analog der Berufsberatung und der Arbeitsvermittlung von den IV-Stellen wahrgenommen.

Buchstabe i enthält ebenfalls eine neue Aufgabe der IV-Stellen: Sie beraten und informieren die meldeberechtigten Stellen und Personen gemäss Artikel 3b in Fragen der Invalidenversicherung, insbesondere der Eingliederung. Das ist eine wichtige und zentrale Aufgabe im Sinne einer nachhaltigen niedrigeren Rentenquote.

*Angenommen – Adopté***Art. 57a***Antrag der Mehrheit**Abs. 1bis, 3*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*

(Maury Pasquier, Fetz)

*Abs. 1bis*

Streichen

**Art. 57a***Proposition de la majorité**Al. 1bis, 3*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Maury Pasquier, Fetz)

*Al. 1bis*

Biffer

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Dieser neue Absatz ist nicht isoliert anzusehen, sondern im Rahmen eines ganzen Pakets von Verfahrensbestimmungen, gerade auch der Massnahmen aufgrund von Erfahrungen bei der Betrugsbekämpfung. Es versteht sich von selbst, dass in der Regel den Betroffenen das rechtliche Gehör geschenkt werden muss. Wo jedoch Betrugsverdacht besteht und wo schnell gehandelt werden muss, ist es auch wichtig, dass in diesem Verfahrensabschnitt dieses rechtliche Gehör möglichst verkürzt bzw. gar nicht gegeben wird.

Die Kommission hat den Antrag Maury Pasquier in der Kommissionsberatung mit 5 zu 2 Stimmen abgelehnt.

**Maury Pasquier** Liliane (S, GE): Le Conseil fédéral et la majorité de la commission estiment que les prestations de l'AI doivent pouvoir être suspendues à titre provisionnel si l'assuré est soupçonné d'avoir perçu indûment des prestations ou de n'avoir pas respecté l'obligation de déclarer. Cette disposition est inscrite à l'article 52a de la loi fédérale sur la partie générale du droit des assurances sociales (LPGA).

Il s'agit de lutter contre la fraude à l'assurance, ce qui est bien sûr très important. La fraude se fait en effet aux dépens de tous ceux qui cotisent et de ceux qui perçoivent légitimement des prestations dont ils ont besoin pour vivre. La fraude péjore les finances de l'assurance et sape la confiance de la collectivité dans cette oeuvre sociale indispensable qu'est l'assurance-invalidité. Pour toutes ces raisons, la 5e révision de l'AI a établi les bases légales nécessaires pour exercer la surveillance des personnes fortement soupçonnées de fraude. Sur cette base, une nouvelle stratégie de lutte contre la fraude a été élaborée, qui est appliquée par les offices AI depuis le mois d'août 2008. Les offices identifient les cas suspects, mènent des enquêtes et font des examens approfondis, surveillent en dernier recours et le cas échéant, appliquent le droit des assurances et le droit pénal. Cette procédure, qui s'étend à l'étranger, s'applique à toute nouvelle demande de prestations et à chaque révision de rente.

Selon l'Office fédéral des assurances sociales, cette offensive est efficace: en 2010, 2250 cas suspects ont fait l'objet d'une enquête, qui a été bouclée pour 2010 d'entre eux. Les soupçons ont été confirmés dans 300 cas, et l'équivalent de 220 rentes entières a ainsi été économisé. Bref, de toute évidence, les instruments actuellement à disposition suffisent à combattre les abus. Il est donc inutile de prévoir une mesure supplémentaire, d'autant plus que la suspension des prestations à titre provisionnel pénaliserait pour rien un grand nombre de personnes, à en juger par les chiffres que je viens de donner.

En effet, en 2010, à peine 15 pour cent des enquêtes ont abouti à la confirmation des soupçons, ce qui signifie que 85 pour cent des personnes investiguées ont été soupçonnées à tort. Et il faudrait suspendre les prestations de ces personnes à titre provisionnel? Il faudrait geler la rente d'un père de famille qui a oublié de déclarer 1500 francs annuels à l'assurance? Cette disposition est non seulement inutile mais aussi injuste parce qu'elle a des conséquences graves et imméritées pour les assurés qui touchent dûment des prestations vitales et parce qu'elle va à l'encontre de la présomption d'innocence qui considère que toute personne suspecte est réputée innocente tant que sa culpabilité n'a pas été établie. C'est pourquoi la minorité de la commission vous invite instamment à biffer l'article 52a LPGA au chiffre 2 de la modification du droit en vigueur.

La présomption d'innocence n'est pas le seul principe fondamental de l'Etat de droit à être foulé aux pieds dans le présent projet. Revenons à la LAI. L'article 57a alinéa 1bis prévoit que les décisions relatives à la suspension des prestations à titre provisionnel sont prises sans préavis. Cette absence de préavis est contraire à ce qui se pratique pour toute autre décision de l'AI concernant les prestations. Elle est surtout contraire au droit de la personne d'être informée, puis d'être entendue. Le droit d'être entendu, vous le savez, est une garantie générale de procédure inscrite à l'article 29 de la Constitution fédérale. Or, le nouvel article 42 LPGA prévu dans ce projet stipule qu'il n'est pas nécessaire d'entendre les parties avant de prendre une décision de suspension des prestations à titre provisionnel. En outre, l'article 49a prévoit la possibilité pour l'AI de retirer l'effet suspensif en cas de recours contre une décision, même si cette décision porte sur une prestation pécuniaire, y compris donc dans les cas où il n'y a aucun soupçon de fraude.

Bref, les personnes qui auraient oublié de déclarer une somme même modique ou qui seraient suspectées d'abus se retrouveraient du jour au lendemain privées de prestations, sans avoir pu faire valoir leur point de vue – ce qui, soit dit en passant, permet pourtant de lever un certain nombre de malentendus et d'éviter des procédures coûteuses – sans avoir pu non plus anticiper les conséquences financières de la décision et sans qu'un éventuel recours leur permette de continuer à survivre jusqu'à ce que la vérité soit faite. Je vous rappelle que nous parlons là de personnes dont 85 pour cent se révèlent finalement innocentes de tout abus, qui sont donc des personnes durablement atteintes dans leur santé et en situation sociale précaire. Ce n'est pas là notre conception de l'Etat de droit, cela ne doit pas être le cas.

Existe-t-il un grave danger ou un simple intérêt public qui justifie la suppression de ces garanties procédurales? Est-ce le rôle d'une assurance sociale, oeuvre de solidarité collective, de se muer en instrument de soupçon, de délation et d'exclusion? Non, trois fois non, et ces restrictions sont contraires au bon sens, mais aussi au respect de la dignité humaine et au principe de proportionnalité, deux principes qui, je vous le rappelle, sont aussi inscrits dans notre Constitution, respectivement à l'article 7 et à l'article 5.

Pour toutes ces raisons, je vous prie, au nom de la minorité, de biffer également l'article 57a alinéa 1bis LAI ainsi que les articles 42, 49a LPGA et d'en rester là aussi au droit en vigueur.

**Burkhalter** Didier, conseiller fédéral: A l'article 57a, je vous demande de maintenir ces nouveaux alinéas dans le projet de révision parce qu'ils sont nécessaires en pratique. De quoi s'agit-il? Ce sont les cas où l'on a véritablement des soupçons sérieux que l'assuré a obtenu indûment les prestations ou qu'il n'a pas respecté l'obligation de communiquer. En pratique, les interprétations sont assez différentes selon les tribunaux et, selon l'alinéa 1bis qui prévoit que «les décisions relatives à la suspension des prestations à titre provisionnel sont prises sans préavis», on aurait la base légale claire pour le faire. Il faut agir rapidement, car dans la plupart des cas où les soupçons sont vraiment graves, si l'on poursuit l'enquête encore longtemps, il est très difficile de récupérer les montants obtenus indûment.

En pratique, il est important qu'on ait une base légale claire car, selon les tribunaux, c'est accepté ou cela ne l'est pas, parce qu'il n'y a précisément pas de base légale claire dans ces cas-là. Je le répète, ces cas sont précisément ceux qui sapent vraiment la confiance de la population dans les assurances sociales. S'il n'y a pas, en définitive, de fraude confirmée, le paiement des arriérés se fera, bien évidemment. Concernant les droits de l'assuré, ils sont entièrement garantis. Il s'agit uniquement de pouvoir agir vite, sans préavis en cas de suspension des prestations à titre provisionnel, mais les droits de l'assuré sont garantis, car, même en l'absence de préavis, les assurés peuvent recourir devant les tribunaux cantonaux qui ont pleine juridiction en la matière.

Ces éléments-là sont importants pour qu'on puisse réellement combattre les abus en pratique. C'est seulement pour cela et pas pour le faire quand il n'y a pas des soupçons graves. C'est à ce moment-là qu'intervient la suspension des prestations à titre provisionnel et sans préavis, car il s'agit d'aller vite et de ne pas verser des prestations qui ne pourront par la suite même pas être récupérées.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 30 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 12 Stimmen

**Art. 59 Titel, Abs. 2, 2bis; 60 Abs. 1 Bst. b, c; 66; 68bis Abs. 1 Bst. b**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 59 titre, al. 2, 2bis; 60 al. 1 let. b, c; 66; 68bis al. 1 let. b**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 68quinquies Titel, Abs. 1, 2**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 68quinquies titre, al. 1, 2**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Bei diesem Artikel geht es um die Frage der Haftung in einem Einsatzbetrieb. Diese Regelung tritt im Rahmen des Arbeitsversuches im Januar 2012 in Kraft. Hier soll diese Versicherung auf alle Massnahmen nach den Artikeln 14a und 18a ausgeweitet werden, die in den Einsatzbetrieben stattfinden.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 80**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 2, 4*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 3*

...

b. ... Rente entsprechen. (Rest streichen)

...

*Antrag der Minderheit I*

(Amstutz, Forster, Kuprecht)

*Abs. 2*

... nach Artikel 79 Absatz 3 notwendigen, dringlichen Massnahmen. Die Frist beträgt ein Jahr ab Veröffentlichung gemäss Artikel 108 Absatz 2 AHVG.

*Abs. 3 Bst. a*

Streichen

*Antrag der Minderheit II*

(Maury Pasquier, Fetz)

*Abs. 3*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit III*

(Amstutz, Altherr, Forster)

*Abs. 2bis*

Sinkt der Bestand der flüssigen Mittel und der Anlagen des IV-Ausgleichsfonds am Ende eines Rechnungsjahres unter 40 Prozent einer Jahresausgabe (Interventionsschwelle) und bleibt er auch im folgenden Jahr darunter, so trifft der Bundesrat folgende Massnahmen:

a. Er setzt die Anpassung der laufenden Renten an die Teuerung ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt aus und senkt die Renten mit Wirkung ab dem dritten Kalenderjahr nach

Erreichen der Interventionsschwelle so weit, dass das zu erwartende jährliche Betriebsdefizit um 75 Prozent reduziert wird.

b. Er senkt die Renten mit Wirkung ab dem fünften Kalenderjahr nach Erreichen der Interventionsschwelle so weit, dass das ohne diese Rentensenkung zu erwartende jährliche Betriebsdefizit voll ausgeglichen wird.

c. Er regelt die infolge der Rentenkürzung nötige Koordination mit anderen Sozialversicherungen.

d. Er unterbreitet der Bundesversammlung innerhalb eines Jahres ab Erreichen der Interventionsschwelle die zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts erforderlichen Gesetzesänderungen.

*Abs. 3*

Die Massnahmen nach Absatz 2 Buchstaben a bis c werden so lange angewendet, bis der Fondsbestand während zwei aufeinanderfolgenden Jahren wieder 40 Prozent einer Jahresausgabe erreicht hat.

*Abs. 4*

Streichen

*Antrag Zanetti*

*Abs. 3, 4*

Streichen

### **Art. 80**

*Proposition de la majorité*

*Al. 2, 4*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 3*

...

b. ... et survivants. (Biffer le reste)

...

*Proposition de la minorité I*

(Amstutz, Forster, Kuprecht)

*Al. 2*

... l'Assemblée fédérale les mesures urgentes nécessaires pour rétablir l'équilibre financier conformément à l'article 79 alinéa 3. Il dispose à cet effet d'un an à compter de la publication visée à l'article 108 alinéa 2 LAVS.

*Al. 3 let. a*

Biffer

*Proposition de la minorité II*

(Maury Pasquier, Fetz)

*Al. 3*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité III*

(Amstutz, Altherr, Forster)

*Al. 2bis*

Si, à la fin de l'année comptable, les avoirs du fonds de compensation de l'AI en liquidités et en placements sont inférieurs à 40 pour cent des dépenses annuelles (seuil d'intervention) et qu'ils le restent au cours de l'année d'après, le Conseil fédéral prend les mesures suivantes:

a. Il suspend, dès que possible, l'adaptation des rentes au renchérissement et diminue leur montant à compter de la troisième année suivant le franchissement du seuil d'intervention, afin que le déficit d'exploitation annuel prévu soit réduit de 75 pour cent.

b. Il diminue le montant des rentes à compter de la cinquième année suivant le franchissement du seuil d'intervention, afin de compenser entièrement le déficit d'exploitation annuel qui aurait été enregistré sans cette réduction.

c. Il règle la coordination avec les autres assurances sociales par suite de la réduction des rentes.

d. Il soumet à l'Assemblée fédérale, dans l'année qui suit le franchissement du seuil d'intervention, les modifications législatives permettant de rétablir l'équilibre financier.

*Al. 3*

Les mesures prévues à l'alinéa 2 lettres a à c sont applicables jusqu'à ce que le seuil de 40 pour cent des dépenses

annuelles soit à nouveau atteint pendant deux années consécutives.

*Al. 4*

Biffer

*Proposition Zanetti*

*Al. 3, 4*

Biffer

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Bei diesem Artikel handelt es sich um die Einführung eines sogenannten Interventionsmechanismus. Dieser hat zum Ziel, dass die Invalidenversicherung durch das frühzeitige Ergreifen von Massnahmen nicht mehr ins Ungleichgewicht mit entsprechenden Defiziten gerät und das Sozialversicherungswerk somit hinsichtlich seiner Aufgabe nachhaltiger wird. Einen ähnlichen Mechanismus kennen wir heute bereits bei der Arbeitslosenversicherung. Er hat vorbeugenden Charakter und soll zu Stabilität führen, insbesondere im Fall einer schwächeren Wirtschaftskonjunktur oder einer unerwarteten starken Zunahme der Anzahl Neurenten. Die Basis für ein Eingreifen gemäss diesem Interventionsartikel ist Artikel 79 Absatz 3 IVG, der per 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt wurde. Dieser besagt, dass der Bestand der flüssigen Mittel und der Anlagen des Ausgleichsfonds der IV in der Regel nicht unter 50 Prozent einer Jahresausgabe sinken darf, und lehnt sich stark an das AHV-Gesetz an.

Vorgesehen ist nun in diesem Interventionsartikel ein zweistufiges Verfahren mit sehr unterschiedlichen Massnahmen. Die erste Stufe sieht vor, dass der Bundesrat der Bundesversammlung für die Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes gemäss Artikel 79 Absatz 3 die erforderlichen Gesetzesänderungen vorzuschlagen hat. Er hat dies zwingend zu tun, sobald sich abzeichnet, dass der Bestand der flüssigen Mittel und der Anlagen des IV-Fonds innerhalb der nächsten drei Jahre während zweier aufeinanderfolgender Rechnungsjahre die Schwelle von 40 Prozent einer Jahresausgabe unterschreiten wird. Es handelt sich deshalb um eine die Exekutive zum Vorausschauen und zum Handeln verpflichtende Regelung. Das Parlament hat danach die Möglichkeit, für die notwendigen gesetzlichen Anpassungen zu sorgen und schlussendlich die Verantwortung für das Wiedererlangen der Stabilität zu übernehmen.

Artikel 80 Absatz 3 sieht aber auch eine zweite Stufe vor, die dann zur Anwendung gelangen soll, wenn der Bestand der flüssigen Mittel und Anlagen des IV-Ausgleichsfonds am Ende des Rechnungsjahres unter 40 Prozent einer Jahresausgabe gefallen ist oder wenn absehbar ist, dass er ein weiteres Jahr darunter liegen wird. In diesem Fall hat der Bundesrat zu intervenieren und folgende zwei Massnahmen einzuleiten: Er erhöht erstens den Beitragssatz nach Artikel 3 Absatz 1 um 0,1 Prozentpunkte und die Beiträge nach Artikel 3 Absatz 1bis; er sistiert zweitens in Abweichung von Artikel 37 die Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung. Als Schranke für diese Sistierung wirkt jedoch die AHV, indem die IV-Rente mindestens 95 Prozent der AHV-Rente betragen muss. Zudem ist vorgesehen, dass spätestens nach fünf Jahren die Invalidenrenten wieder an die Preisentwicklung angepasst werden. Quasi als Deckel über diese Interventionsmassnahmen ist in Absatz 4 festgehalten, dass die soeben aufgezeigten Massnahmen gleichzeitig in Kraft treten und so lange angewandt werden, bis der Bestand der flüssigen Mittel und Anlagen wieder 50 Prozent einer Jahresausgabe erreicht hat und es absehbar ist, dass dies auch im Folgejahr so bleibt. Dieser Interventionsmechanismus mit den entsprechend im Gesetz vorgesehenen Massnahmen kommt also nicht nur für die Bezüger von Leistungen zum Tragen, sondern verlangt durch die Erhöhung des Beitragssatzes auch eine Solidaritätsleistung von allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie von der Wirtschaft.

Die Kommission hat sich sehr intensiv und ausführlich mit diesem Interventionsartikel auseinandergesetzt und anerkennt diesen im Grundsatz als Notwendigkeit. Wie Sie der Fahne entnehmen können, haben sich im Verlauf der Dis-

kussion jedoch unterschiedliche Auffassungen in Bezug auf die Ausgestaltung und die Notwendigkeit der verschiedenen Massnahmen ergeben, die in den drei verschiedenen Minderheitsanträgen zum Ausdruck kommen:

Die Minderheit I, der ich ebenfalls angehöre, will im zweiten Satz von Absatz 2, der vom Bundesrat eingebracht wurde, das Wort «notwendig» aufnehmen. Es handelt sich also um eine punktuelle Änderung ohne grosse Auswirkung; es bleibt beim bestehenden Konzept, aber die Notwendigkeit der zu ergreifenden Massnahmen wird unterstrichen. Bei Absatz 3 beantragt die Minderheit I jedoch eine wesentliche, substantielle Änderung, indem sie mittels Streichung von Buchstabe a die Kompetenz zur Erhöhung des Beitragssatzes nicht an den Bundesrat delegieren will. Das Ziel dieser Kompetenzverweigerung besteht einerseits darin, den Bundesrat zu veranlassen, entsprechende Gesetzesänderungen dem Parlament frühzeitig zu unterbreiten, und andererseits das Parlament dadurch zu nachhaltigem und der Situation angepasstem Handeln zu zwingen. Sollte eine Beitragsanpassung effektiv notwendig sein, so liegt es am Parlament selbst, die notwendigen finanziellen Mittel auf der Basis eines demokratischen Entscheides zu bewilligen.

Die Minderheit II schliesst sich diesem Grundsatz an, will jedoch in Absatz 3 beim Konzept des Bundesrates bleiben und insbesondere den letzten Satz, im Gegensatz zur Mehrheit, beibehalten.

Die Minderheit III, deren Antrag in der Kommission mit 5 zu 4 Stimmen unterlegen ist, sieht grundsätzlich ein anderes Interventionskonzept vor. Ihr neuer Absatz 2bis unterscheidet sich von der Fassung des Bundesrates insofern, als die Massnahmen nicht erst dann greifen, wenn sich abzeichnet, dass die flüssigen Mittel des IV-Fonds innerhalb der nächsten drei Jahre während zwei aufeinanderfolgenden Jahren die Schwelle von 40 Prozent unterschreiten werden, sondern bereits dann, wenn diese Schwelle am Ende des Rechnungsjahres unterschritten wird. Die Interventionsschwelle ist also wesentlich restriktiver formuliert, und die Massnahme greift früher.

Zudem sieht der Bundesrat gemäss Minderheit III bei der Intervention ebenfalls andere Massnahmen vor: Die Anpassung der Renten an die Teuerung würde ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt ausgesetzt, und die Renten würden mit Wirkung ab dem dritten Kalenderjahr nach Erreichen der Interventionsschwelle so weit gesenkt, dass das zu erwartende jährliche Betriebsdefizit um 75 Prozent reduziert würde. Als zweite Massnahme würden die Renten mit Wirkung ab dem fünften Kalenderjahr nach Erreichen der Interventionsschwelle so weit gesenkt, dass das ohne die Rentensenkung zu erwartende Defizit voll ausgeglichen würde. Als dritte Massnahme müsste der Bundesrat innerhalb eines Jahres ab Erreichen der Interventionsschwelle dem Parlament entsprechende Gesetzesänderungen unterbreiten, die zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts notwendig wären. Zu guter Letzt sieht das Konzept der Minderheit III vor, dass diese Massnahmen so lange anzuwenden wären, bis der Fondsbestand während zweier aufeinanderfolgender Jahre 40 Prozent einer Jahresausgabe erreicht hätte. Dieses Konzept ist in seiner Ausgestaltung und Wirkung wesentlich strenger als dasjenige des Bundesrates und verlangt mehr Opfer von der Rentnerschaft. Absatz 4 der Vorlage wäre bei einer Zustimmung zu diesem Konzept nicht mehr notwendig.

Die Mehrheit hingegen bevorzugt das Konzept des Bundesrates, mit einer Einschränkung: Sie verlangt die Streichung des letzten Satzes von Absatz 3 Buchstabe b, wonach die Invalidenrenten spätestens nach fünf Jahren wieder an die Preisentwicklung angepasst werden. Buchstabe c hingegen würde beibehalten. Begründet wird die Streichung damit, dass der Druck auf die Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts wichtig sei und bei Buchstabe a, der ja die Beitragserhöhung vorsieht, auch keine zeitliche Befristung vorgesehen sei.

Der Interventionsmechanismus – ich betone das noch einmal – war in der Kommission grossmehrheitlich unbestritten.

Bestritten waren einzig das Wie und das Wann der Massnahmen, mit denen man interveniert.

Ich beantrage Ihnen namens der Kommissionsmehrheit, beim grundsätzlichen Konzept des Bundesrates zu bleiben und die Anträge der Minderheiten abzulehnen. Ich habe mir erlaubt, alle drei Minderheitsanträge zu erläutern, weil die meisten Vertreter dieser Minderheiten nicht mehr im Rat sind.

**Burkhalter** Didier, conseiller fédéral: Concernant l'alinéa 2, il y a tout de même une différence entre le projet du Conseil fédéral repris par la majorité et la proposition de la minorité I qui prévoit des «mesures urgentes» pour rétablir l'équilibre financier. Il ne s'agit pas forcément de dispositions légales, mais de mesures urgentes. S'il s'agit de dispositions légales, elles doivent être examinées dans le cadre du droit d'urgence.

A notre sens, on doit clairement admettre que si le fonds de compensation de l'AI se trouve dans une situation grave, le Parlement devra modifier la loi. Le Parlement ne souhaite en général pas de procédure d'urgence, mais une procédure complète avec un projet de modification de loi. On n'y coupera pas. En réalité, si on se trouve dans ce cas, cela signifie que la situation est vraiment très mauvaise pour l'assurance-invalidité et qu'une modification législative est nécessaire.

C'est pourquoi nous estimons que le projet du Conseil fédéral soutenu par la majorité à l'alinéa 2 est justifié.

**Maury Pasquier** Liliane (S, GE): L'article 80 définit le procédé qui permettra d'empêcher à l'avenir un nouvel endettement de l'AI, en tout cas si tout va bien. Comme vous le savez, je suis convaincue de l'importance de la prévention. Ce mécanisme d'intervention en cas de risque d'endettement me semble donc être une bonne idée même s'il semble logique que le Conseil fédéral et le Parlement prennent leurs responsabilités à temps pour éviter que la situation de l'AI ne se péjore par trop.

L'alinéa 3 prévoit les mesures d'intervention à appliquer si le fonds de compensation de l'AI devait tomber en dessous du seuil de 40 pour cent des dépenses annuelles. La version du Conseil fédéral est relativement équilibrée en ce sens qu'elle prévoit une symétrie des sacrifices. En effet, le taux de cotisation serait relevé de 0,1 point à la charge des cotisants et l'adaptation des rentes à l'évolution des salaires et des prix serait suspendue aux dépens des assurés jusqu'à ce que le fonds remonte au-dessus de 50 pour cent des dépenses annuelles.

Même si je suis très réservée par rapport à cette prétendue symétrie des sacrifices, que je ne retrouve pas vraiment quand je pense notamment au montant des rentes d'invalidité, je me suis montrée favorable à ce dispositif en commission.

Le Conseil fédéral prévoit que la suspension de l'adaptation des rentes s'applique pendant cinq ans au plus, l'adaptation devant ensuite intervenir au moins pour la part concernant l'évolution des prix. La majorité a décidé de biffer ce dernier point qui permet pourtant d'aller dans la direction de rentes qui couvriraient les besoins vitaux. Je vous rappelle que cette exigence est inscrite dans la Constitution, qui précise également que «les rentes sont adaptées au moins à l'évolution des prix» – article 112 alinéa 2 lettre d de la Constitution.

Les propositions de minorité qui proposent respectivement de ne pas relever le taux de cotisation et non seulement de geler les rentes, mais aussi de diminuer leur montant en cas de persistance d'un volume des avoirs du fonds inférieur à 40 pour cent des dépenses annuelles, chargent encore plus lourdement les personnes atteintes durablement dans leur santé et déséquilibrent le projet.

La version du Conseil fédéral représente un compromis qui est le maximum que je puisse personnellement accepter et qui ne pourra être appliqué que s'il en demeure ainsi. Dans le projet du Conseil fédéral, le relèvement du taux de cotisation, prévu dans le rapport explicatif à 0,2 pour cent, a déjà

été abaissé à 0,1 pour cent. La suspension de l'adaptation des rentes reste problématique. En outre, le projet ne fait aucune mention explicite de la nécessité, en cas de risque d'endettement, de fixer des mesures incitant les employeurs à engager davantage de personnes handicapées. Malgré cela, la minorité de la commission que je représente est prête à soutenir cette solution de compromis – mais vraiment juste ce point-là – et vous invite donc à adopter la version du Conseil fédéral.

**Zanetti Roberto (S, SO):** Wie Sie festgestellt haben, beantrage ich Ihnen die Streichung der zweiten Stufe des Interventionsmechanismus, also die Streichung der vorgeschlagenen Absätze 3 und 4.

Auf den ersten Blick erscheint die vom Bundesrat vorgeschlagene zweite Stufe durchaus fair und vernünftig. Es wird die Opfersymmetrie gewahrt, indem sowohl Mehreinnahmen als auch Leistungskürzungen vorgeschlagen werden. Zum einen sollen die Lohnbeiträge erhöht werden, zum anderen sollen die Renten nicht mehr der Lohn- und Preisentwicklung angepasst werden. Daraus resultieren Rechnungsverbesserungen von je 300 Millionen Franken, also insgesamt eine Verbesserung der IV-Rechnung um 600 Millionen, schön hälftig auf Einnahmen- und Ausgabenseite verteilt. Diese Massnahmen sollen so lange in Kraft bleiben, bis der Bestand des Fonds wieder auf die ursprüngliche Höhe gehoben werden kann.

Was auf den ersten Blick fair und vernünftig zu sein scheint, ist meines Erachtens bei einer etwas globaleren Sichtweise auf unsere Sozialversicherungen AHV und IV recht problematisch, und ich sehe, ehrlich gesagt, verfassungsrechtlich ein paar Probleme. Der Interventionsmechanismus, wie er vom Bundesrat vorgeschlagen wird, führt nämlich dazu, dass AHV- und IV-Renten auseinanderdriften. Die AHV-Renten werden weiterhin an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst, die IV-Renten hingegen sollen eingefroren, das heisst nicht mehr der Lohn- und Preisentwicklung angepasst werden. Sie sollen allenfalls nach fünf Jahren zwar wieder der Preisentwicklung, aber eben nicht der Lohnentwicklung angepasst werden. Das heisst klipp und klar: Mit diesem Mechanismus wird eine unterschiedliche Entwicklung der beiden Rentenfamilien vorgeschlagen, oder, um es ein bisschen drastischer zu sagen: Wir lassen die schwächsten Glieder unserer Gesellschaft am Wegrand stehen, wenn es darum geht, den Weg zu mehr gesellschaftlichem Wohlstand zu beschreiten.

Da stellen sich für mich zwei Fragen: Wollen wir das, und dürfen wir das überhaupt? Ob wir das wollen, muss jeder und jede für sich entscheiden. Ich will das ganz klar nicht, für mich ist das auch eine Frage der Fairness. Ob wir das aber dürfen, muss mit Blick auf die Bundesverfassung beurteilt werden. Ich erlaube mir deshalb, einen Blick in die Bundesverfassung zu werfen. Ich nehme nicht den Zweckartikel, der da sagt, die Schweizerische Eidgenossenschaft sei zur Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt verpflichtet. Ich wiederhole: zur Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt; da sind meines Erachtens auch IV-Rentnerinnen und IV-Rentner mitgemeint. Ich nehme bewusst nicht diesen Allerweltsartikel, sondern beziehe mich auf Artikel 112, auf die Grundlage der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung. Genau so wird der Artikel betitelt: «Artikel 112, Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung.» Für mich ergibt sich daraus, dass der Verfassungegeber die AHV und die IV als Einheit verstanden wissen will. Es ist gewissermassen eine sozialversicherungsrechtliche Dreieinigkeit, nämlich eben Alter, Hinterlassensein und Invalidität.

Das ergibt sich auch aus dem Wortlaut von Absatz 1 des genannten Artikels, der da heisst: «Der Bund erlässt Vorschriften über die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung.» Auch da werden AHV und IV in einem Atemzug genannt.

Absatz 2 macht es dann wirklich für jeden und jede klar. Er lautet nämlich: «Er» – der Bund – «beachtet dabei folgende Grundsätze: Die Versicherung ist obligatorisch.» Er spricht da von einer Versicherung in der Einzahl, aber er meint na-

türlich Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung. Das ist für den Verfassungegeber sogar eine einzige Versicherung. In Litera b von Absatz 2 heisst es: «Die Renten haben den Existenzbedarf angemessen zu decken.» Beim Leistungsziel der Renten wird in Litera b nicht zwischen AHV- und IV-Renten unterschieden.

Es ist deshalb absolut klar, dass sich der Gesetzgeber an den Willen des Verfassungegebers halten muss und im Rahmen der Ausführungsgesetzgebung diese siamesischen Drillinge – Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten – nicht auseinanderreißen kann.

Ein kleiner Hinweis noch auf Artikel 112 Absatz 2 Litera d der Bundesverfassung: Da werden dem Gesetzgeber ganz klare Handlungsanweisungen bezüglich Ausgleichsmechanismus der Renten, und zwar sowohl der AHV- wie auch der IV-Renten, gegeben. Diese Litera lautet nämlich: «Die Renten» – da steht die Mehrzahl, es sind also Renten der Alters-, der Hinterlassenen- und der Invalidenversicherung damit gemeint – «werden mindestens der Preisentwicklung angepasst.» Der Verfassungegeber will also zwei Sachen ganz klipp und klar darstellen: AHV und IV sind Zwillinge, die nicht auseinandergerissen werden können, und die Renten müssen mindestens der Preisentwicklung angepasst werden.

Ich bin überzeugt, dass Sie irgendwelche Spezialisten für Verfassungsrecht finden werden, die das anders interpretieren. Aber eine Verfassung ist kein Steinbruch für irgendwelche Rechtsgelehrte, die sich da ihre Gutachten zusammenschreiben können. Eine Verfassung ist erstens einmal eine Handlungsanleitung für uns als Gesetzgeber, und eine Verfassung ist insbesondere Garant für die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Deshalb werde ich keine Sekunde staunen, wenn Sie mir da irgendeinen Professor zitieren. Für mich gilt der Text der Verfassung, und es gelten nicht irgendwelche wilden Interpretationen.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass einige hier im Saal vor noch nicht allzu langer Zeit, andere vor etwas längerer Zeit einen Eid oder ein Gelübde abgelegt haben, wonach wir die Verfassung und die Gesetze beachten wollen. Wenn das ernst gemeint war, dann dürfen wir die Absätze 3 und 4 von Artikel 80 so nicht durchwinken. Ich muss dem Herrn Bundesrat Folgendes sagen: In der Botschaft heisst es unter Ziffer 5.1 auf Seite 5828 unter dem Titel «Verfassungs- und Gesetzmässigkeit»: «Die vorliegende Revision stützt sich auf Artikel 112 Absatz 1 BV und, soweit sie die Eingliederung betrifft, auf Artikel 112b Absatz 1 BV.» Das ist alles, was Sie zur Verfassungsmässigkeit sagen. Ich finde das, ehrlich gesagt, ein wenig dünn. Korrekterweise hätten Sie schreiben müssen, dass sich die vorliegende Revision auf Artikel 112 Absatz 1 stütze und ganz klar Artikel 112 Absatz 2 BV widerspreche. Als Gesetzgeber können wir dann entscheiden, ob wir diese Abenteuerfahrt machen wollen.

Meiner Meinung nach ist das eine Fehlentwicklung und würde Sprengstoff in unser Sozialversicherungssystem bringen. Ich bin überzeugt, dass diese Regelung zum Sargnagel der Vorlage wird, wenn sie dereinst in einen Referendums-kampf gehen muss. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wissen ganz genau, dass aufgrund dieses Interventionsmechanismus in der IV irgendeinmal, am Tage X, ein ähnliches Modell bei der AHV implementiert werden wird, sodass auch dort keine Anpassung an Lohn- und Preisentwicklungen mehr stattfinden wird. Ich bin überzeugt, dass die Schweizer Bevölkerung das nicht will, und bin auch überzeugt, dass die Verfassung das gar nicht zulässt. Deshalb befürchte ich, dass genau diese Regelung zum Stolperstein für die ganze Vorlage werden könnte.

Ich bin der Meinung, dass man vonseiten des Bundesrates im Rahmen der ersten Stufe des Interventionsmechanismus die Möglichkeit hat, uns Gesetzesänderungen vorzuschlagen, die sich an die Verfassung halten und die eine unterschiedliche Entwicklung der AHV- und der IV-Renten ausschliessen. Ich würde dem Herrn Bundesrat wirklich beliebt machen, sich nicht nur an die technischen Artikel der Bundesverfassung, sondern insbesondere auch an die Präambel der Bundesverfassung zu halten, die da sagt, dass sich

die Stärke des Volkes am Wohl der Schwachen misst. Wenn Sie sich an diesen Grundsatz halten, können Sie nicht fehlen, und dann werden Sie uns Gesetzesvorlagen unterbreiten, denen wir zustimmen können. Hier kann ich nicht zustimmen.

Ich bitte deshalb die Ratskolleginnen und Ratskollegen, meinem Einzelantrag zuzustimmen und die Absätze 3 und 4 von Artikel 80 zu streichen, um so der Vorlage in einem allfälligen Referendumskampf zumindest eine minimale Chance zu geben.

**Kuprecht Alex (V, SZ), für die Kommission:** Ich bitte Sie, den Antrag Zanetti abzulehnen. Warum? Schauen Sie einmal genau hin, was Herr Zanetti eigentlich möchte. Er möchte im Prinzip, dass dieser Interventionsartikel zum Rohrkrepierei verkommt. Warum? Mit der ersten Stufe hat der Bundesrat den Auftrag, dem Parlament entsprechende Gesetzesgrundlagen vorzuschlagen, damit die Stabilität der IV wieder gewährleistet ist. Was passiert, wenn die vorgeschlagenen Massnahmen zur Wiederherstellung der Stabilität im Parlament abgelehnt werden? Dann haben Sie keinen Interventionsmechanismus, der etwas zur Stabilität der IV beiträgt. Das ist doch die Problematik.

Wer die Absätze 3 und 4 nicht will, sollte sagen, dass wir auf einen Interventionsartikel verzichten sollten. Es besteht dann einfach die grosse Gefahr, dass die vorgeschlagenen Massnahmen, die wohl oder übel relativ hart sein müssen – sonst wird keine Stabilität erreicht –, abgelehnt werden. Wir haben dann den Status quo, und die Defizite werden weiter steigen. Genau das möchte dieser Interventionsartikel vermeiden; er möchte, dass die Defizite nicht mehr steigen. Handeln ist angesagt. Einerseits hat der Bundesrat die Möglichkeit, den Beitragssatz um 0,1 Prozentpunkte zu erhöhen, andererseits soll das Parlament in die Pflicht genommen werden, und es soll den Vorschlägen, die zur Stabilität führen sollen, auch zustimmen. Darum ist Absatz 2 ohne die Absätze 3 und 4 nichts wert.

Ich bitte Sie, dem Gesamtkonzept des Interventionsartikels zuzustimmen – inklusive Absatz 3, wie auch immer er aussehen wird – und den Antrag Zanetti abzulehnen.

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** Le danger, c'est quand les assurances sociales sont quasiment en situation de faillite. C'est à ce moment-là qu'elles peuvent mettre en danger les principes fondamentaux de la Constitution, qu'il s'agit de respecter. On le constate dans des pays situés pas très loin du nôtre: les assurances sociales sont dans un tel état de délabrement qu'elles ne peuvent plus répondre aux réelles demandes et aux réels besoins de ceux qui devraient être soutenus.

A Monsieur Zanetti, j'aimerais dire que le Conseil fédéral ne se réfugie pas derrière les avis des experts en droit constitutionnel – même s'il est toujours intéressant de lire les rapports des experts en droit constitutionnel. Mais il nous arrive aussi d'être humains et de lire tout simplement la Constitution. Cela m'arrive souvent: chaque fois que j'ai un doute sur un sujet, je consulte la Constitution et, en général, cela s'éclaire – elle n'est pas si mal que cela, notre Constitution. Donc je vous assure que nous ne recherchons pas du tout ce que vous affirmez. Néanmoins, j'aimerais remettre l'église au milieu du village. Nous nous situons au deuxième niveau du dispositif d'intervention, cela signifie que la situation de l'assurance-invalidité est catastrophique. Le fonds de compensation de l'AI a connu par le passé une mauvaise situation, nous sommes en train d'y remédier. Si jamais, cela devait à nouveau se passer de cette manière, le premier niveau du dispositif d'intervention devrait suffire – mais s'il ne suffit pas, comme l'a très bien dit Monsieur Kuprecht –, mais, selon votre proposition, nous n'avons plus d'instruments pour agir. Cela revient à dire que le Parlement n'arrive pas à se mettre d'accord, qu'il ne prend pas de mesures et que la situation finalement se dégrade sans que rien soit fait pour empêcher qu'elle se dégrade, et elle se dégrade tellement qu'il faut ensuite dix à quinze ans – comme dans la si-

tuation actuelle – pour remettre le bateau à peu près à flot. Et nous ne voudrions pas que cela se reproduise.

Maintenant répondons clairement aux différents problèmes. Y a-t-il un problème constitutionnel? La situation est la suivante. Il s'agit de la suspension de l'adaptation des rentes, et les modèles diffèrent selon les propositions présentées. Je rappelle que l'adaptation des rentes a lieu en fonction des salaires et des prix. Le Conseil fédéral dit: «Cette suspension de l'adaptation, on ne peut pas la faire ad aeternum; on ne peut pas ne pas prévoir un délai dans la loi.» Pourquoi? Parce que la Constitution, précisément, est formelle, et que nous l'avons lue sans l'aide d'experts – et nous sommes capables de la lire sans experts. L'article 112 alinéa 2 lettre d de la Constitution prévoit: «Les rentes sont adaptées au moins à l'évolution des prix.» La version du Conseil fédéral dispose qu'après cinq ans de suspension, elles sont adaptées à l'évolution des prix, pour respecter la disposition constitutionnelle précitée.

Cinq ans, est-ce trop ou trop peu? Nous avons posé la question à quelques experts de l'Office fédéral de la justice, qui ont répondu: «Cinq ans, c'est possible.» C'est une appréciation. Mais ce qui est impossible – désolé, Monsieur le représentant de la majorité de la commission –, c'est de ne pas prévoir de délai, c'est incompatible avec l'article 112 alinéa 2 lettre d de la Constitution. Si rien n'est inscrit dans la loi, cela signifie que la suspension pourrait continuer, et cela est en contradiction totale avec la Constitution. C'est pourquoi nous vous demandons de soutenir le Conseil fédéral et de maintenir le délai de cinq ans.

Monsieur Zanetti, ce que vous avez dit était intéressant. Vous avez parlé de l'AVS et de l'AI comme de jumeaux. Nous avons aussi raisonné de cette façon: il faut faire souffrir l'AVS autant que l'AI. Le dispositif d'intervention est conçu pour fonctionner lorsque le fonds de compensation de l'AI a de gros problèmes, mais cela ne veut pas forcément dire que l'AVS a les mêmes. La deuxième phase du dispositif d'intervention prévoit que, quand il y a le feu à la maison AI – pas à la maison AVS –, on prend des mesures, et que celles-ci doivent être conformes à la Constitution. Ce n'est pas une raison pour faire souffrir l'autre jumeau. Nous vous demandons de ne pas être plus royalistes que le roi, si vous me permettez d'utiliser cette expression, et de ne pas demander la parfaite symétrie avec l'AVS parce que les rentes de celle-ci continueront à être adaptées à l'indice des salaires et des prix.

Dans le cas de l'AI, la situation dans laquelle elle se trouve ne nous permet pas d'adapter les rentes à l'indice des salaires et des prix, mais on propose une solution qui respecte l'esprit et la lettre de la Constitution. Cela vaut tant pour la proposition de la majorité, que je vous demande de ne pas soutenir – je vous invite à suivre le Conseil fédéral –, que pour la proposition Zanetti qu'il faut rejeter, car nous n'aurions plus de possibilité d'intervenir rapidement au cas où le deuxième niveau nécessitant une intervention serait atteint. J'espère que nous ne devons jamais en arriver là. Si le Parlement prend ses responsabilités au premier niveau, cela ne se produira jamais.

Pour le reste, la minorité I propose de biffer la lettre a à l'alinéa 3. C'est un choix que vous devez faire. Cette proposition présente plusieurs problèmes à notre avis. Le système est moins équilibré puisqu'il est clair qu'il n'y aura pas de symétrie des sacrifices. Mais le Conseil fédéral craint que cela ne suffise pas, car ainsi le dispositif d'intervention n'est pas suffisamment fort au deuxième niveau. Il faut une intervention forte au deuxième niveau, et nous pensons que le dispositif est affaibli si la lettre a est biffée. Dans ce cas-là, une intervention plus importante des cantons sera nécessaire et les prestations complémentaires seront mises à rude épreuve. C'est pourquoi nous pensons que la solution du Conseil fédéral est meilleure et plus équilibrée.

Nous sommes bien conscients que dans le cas d'un éventuel référendum – dont vous nous parlez déjà et que nous estimons vraisemblable –, cet élément fera l'objet de discussions. C'est de la responsabilité des autorités de prévoir un dispositif d'intervention équilibré. Il l'est et il est en plus, à

notre sens, conforme à la lecture simple et humaine de la Constitution.

**Präsident** (Altherr Hans, Präsident): Ich gehe bei den nachfolgenden Abstimmungen davon aus, dass wir zwei Konzepte haben: das Konzept des Bundesrates und das Konzept der Minderheit III.

*Abs. 2 – Al. 2*

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 30 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit I ... 7 Stimmen

*Abs. 3 – Al. 3*

*Erste Abstimmung – Premier vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 34 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit I ... 8 Stimmen

*Zweite Abstimmung – Deuxième vote*

Für den Antrag der Minderheit II ... 27 Stimmen  
Für den Antrag der Mehrheit ... 15 Stimmen

*Abs. 2bis, 3, 4 – Al. 2bis, 3, 4*

*Erste Abstimmung – Premier vote*

Für den Antrag der Minderheit III ... 12 Stimmen  
Dagegen ... 31 Stimmen

*Zweite Abstimmung – Deuxième vote*

Für den Antrag Zanetti ... 11 Stimmen  
Dagegen ... 30 Stimmen

## **Ziff. II**

*Antrag der Mehrheit*

*Titel*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Bst. a Titel*

a. Anpassung laufender Renten von Rentenbezügerinnen und -bezügern, die das 55. Altersjahr noch nicht vollendet haben

*Bst. a Abs. 1*

Für Invalidenrenten, die vor Inkrafttreten dieser Änderung zu laufen begonnen haben, bleibt der bisherige Rentenanspruch bis zu einer Änderung des Invaliditätsgrades im nach Artikel 17 Absatz 1 ATSG festgelegten Ausmass bestehen.

*Bst. a Abs. 2*

Der bisherige Rentenanspruch bleibt auch nach einer Änderung des Invaliditätsgrades im nach Artikel 17 Absatz 1 ATSG festgelegten Ausmass bestehen, wenn die Anwendung von Artikel 28b IVG in der Fassung vom ... zur Folge hat, dass der bisherige Rentenanspruch bei einer Erhöhung des Invaliditätsgrades sinkt oder bei einem Sinken des Invaliditätsgrades ansteigt.

*Bst. a Abs. 3, Bst. b–e*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*

(Gutzwiller, Altherr, Amstutz, Germann, Forster, Kuprecht)

*Bst. a Titel, Abs. 1, 2*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*

(Fetz, Maury Pasquier)

*Bst. c*

Streichen

## **Ch. II**

*Proposition de la majorité*

*Titre*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Let. a titre*

a. Adaptation des rentes en cours pour les bénéficiaires âgés de moins de 55 ans

*Let a al. 1*

La quotité de la rente demeure inchangée pour les rentes d'invalidité octroyées avant l'entrée en vigueur de la présente modification, à moins que le taux d'invalidité du bénéficiaire de la rente ne subisse une modification notable au sens de l'article 17 alinéa 1 LPGA.

*Let. a al. 2*

La quotité de la rente reste également inchangée après une modification du taux d'invalidité au sens de l'article 17 alinéa 1 LPGA, si l'application de l'article 28b LAI dans la version du ... entraînerait une baisse de la rente en cas d'augmentation du taux d'invalidité ou une augmentation de la rente en cas de réduction.

*Let. a al. 3, let. b–e*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Gutzwiller, Altherr, Amstutz, Germann, Forster, Kuprecht)

*Let. a titre, al. 1, 2*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Fetz, Maury Pasquier)

*Let. c*

Biffer

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Wie Sie der Fahne entnehmen können, finden sich bei Ziffer II Buchstabe a der Schlussbestimmungen eine Mehrheit und eine Minderheit. Die Kommission hat mit 7 zu 6 Stimmen beschlossen, am Bundesratsentwurf in Bezug auf die Anpassung der laufenden Renten von Rentenbezügerinnen und Rentenbezügern eine grundlegende Änderung vorzunehmen.

Diese Änderung bedeutet, dass Rentenbezügerinnen und -bezügern, die weniger als 55 Jahre alt sind, die Rente weder gekürzt noch erhöht wird, solange nicht wegen einer erheblichen Änderung des Invaliditätsgrades eine Rentenrevision notwendig wird. Das bedeutet konkret, dass im Rahmen von Artikel 28b bei Rentnern mit einem Invaliditätsgrad zwischen 40 und 59 Prozent keine Anpassung der bestehenden Renten nach oben und bei Rentnern mit einem Invaliditätsgrad zwischen 60 und 79 Prozent keine Kürzung der Renten stattfinden wird, wie es gemäss dem neuen, stufenlosen Rentensystem vorgesehen wäre.

Mit dem Antrag der Kommissionsmehrheit werden gegenüber dem Entwurf des Bundesrates die Personen mit einem tieferen Invaliditätsgrad, die ja noch eine wesentlich bessere Restarbeitsfähigkeit haben, etwas schlechter- und die Personen mit einem höheren Invaliditätsgrad dagegen etwas bessergestellt. Mit dieser Änderung reduziert sich allerdings auch die angestrebte finanzielle Entlastung gegenüber der Botschaft des Bundesrates um rund 80 Millionen Franken auf noch 70 Millionen anstelle der geplanten 150 Millionen Franken. Das ist aus Sicht der Kommission eine wesentliche und substantielle Verbesserung für die bestehenden Rentnerinnen und Rentner. Aus Sicht der Kommissionsmehrheit ist diese Änderung auch vertretbar wegen des Grundsatzes, dass eine bestehende Rente als Versicherungsleistung nicht verändert werden sollte, ausser es gebe eine erhebliche Änderung im Invaliditätsgrad, wie es in Artikel 17 ATSG vorgesehen ist. Zudem wäre es im Vorfeld einer Referendumsabstimmung wohl schwer erklärbar, warum Rentnerinnen und Rentnern mit einem tieferen Invaliditätsgrad und somit einer grösseren Eingliederungs- und Restarbeitsfähigkeit die Renten erhöht und denjenigen, die einen höheren Invaliditätsgrad und eine geringere Restarbeitsfähigkeit haben und es somit schwerer haben, einen Arbeitsplatz zu finden, die Renten gekürzt würden.

Wenn heute eine Rentnerin oder ein Rentner mehr als 50 Jahre alt ist, dann gilt die Regelung, wie sie der Bundesrat in Buchstabe b vorschlägt. Diese besagt, dass für Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger, deren Rentenanspruch vor Inkrafttreten dieser Änderung entstanden ist und die bei Inkraftsetzung dieser Änderung das 55. Altersjahr

vollendet haben, das bisherige Recht gilt; somit wird keine Anpassung ihrer bisherigen Rente vorgenommen. Ich ersuche Sie deshalb, den Minderheitsantrag Gutzwiller abzulehnen und der Kommissionsmehrheit zu folgen. Sie schaffen damit sicherlich eine bessere Ausgangslage für die ohnehin schwierige bevorstehende Referendumsabstimmung.

**Gutzwiller Felix (RL, ZH):** Es wurde beim Eintreten schon einiges gesagt, und Herr Bundesrat Burkhalter hat auch schon Ausführungen dazu gemacht. Es scheint sehr wichtig, dass das neue System, dieses gleitende, stufenlose Rentensystem, das ja ein zentraler Teil der Vorlage ist, für alle Rentnerinnen und Rentner gelten soll, und zwar nicht primär, weil dadurch ein Spareffekt erzielt wird – das auch, aber nicht primär –, sondern weil dadurch für alle Rentnerinnen und Rentner die jetzigen, negativen Erwerbsanreize eliminiert werden. Da die gesamte Vorlage, die gesamten Revisionsanstrengungen klar auf ein Mehr an Integration abzielen, ist es sehr wichtig, dass auch hier dieses System umgesetzt wird und insgesamt für alle Rentnerinnen und Rentner Eingang findet. Wenn die Zahlen stimmen, die uns vorliegen, würden mit dem neuen System ungefähr 14 Prozent der Renten reduziert, 9 Prozent würden eher erhöht, und ungefähr 70 Prozent blieben gleich wie heute. Die Stufenproblematik mit ihren negativen Anreizen würde damit aber ausgemerzt.

Jetzt scheint es mir eben doch wichtig, beim Thema Reintegration am Arbeitsplatz auch zu bedenken, dass ein rechter Teil der IV-Renten, die aufgrund von psychischen Problemen ausgerichtet werden – das ist neben der Bewegungsapparatsproblematik die grösste Problematik –, an relativ junge Menschen geht, die potenziell noch ein langes Erwerbsleben vor sich haben. Deshalb ist es gerade hier besonders wichtig, negative Erwerbsanreize auszumerzen. Für diese Arbeitnehmer ist es von zentraler Bedeutung, dass sie in jedem Fall jede zusätzliche Arbeit annehmen und damit auch ein entsprechendes Salär beanspruchen können und nicht falschen Anreizen unterliegen. Wie ich schon beim Eintreten gesagt habe, wird auch zusätzlich investiert, um die Reintegration zu erleichtern. Ich mache mir keine Illusionen und weiss, wie schwierig es manchmal ist, eine geeignete Arbeitsstelle oder Teilzeitbeschäftigung zu finden. Aber man investiert ja zusätzlich – ich habe die Zahlen genannt – 40 Millionen Franken im Rahmen der Revision 6a und 60 Millionen Franken im Rahmen der Revision 6b.

Es scheint mir also wichtig, dass wir hier dem Antrag der Minderheit zustimmen. Damit bleiben wir beim Konzept des Bundesrates, und daraus ergibt sich ein willkommener Sparbeitrag – ich habe das festgehalten: Wir sind deutlich unter den ursprünglichen Sparabsichten –, aber vor allem werden die negativen Erwerbsanreize für alle Rentnerinnen und Rentner abgebaut, und das ist ja zusammen mit der Reintegration die Hauptzielsetzung der gesamten Reform, der gesamten Vorlage.

Ich bitte Sie also, der Minderheit zu folgen.

**Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG):** Bei Sozialversicherungsrevisionen ist es manchmal besser, wenn man den Spatz in der Hand hat als die Taube auf dem Dach. So kommt es mir hier vor.

Was wir hier vor uns haben, ist ein sehr entscheidender Eingriff in die Art und Weise, wie wir ein Sozialwerk revidieren. Es ist eine ungeschriebene Regel, dass man Renten nicht einfach so kürzt. Natürlich haben wir das Sparziel. Natürlich haben wir dieses in den vorangegangenen Vorlagen vom Volk absegnen lassen. Aber es nützt uns nichts, wenn wir die Vorlage nachher nicht durch eine Volksabstimmung bringen. Wie erklären Sie in einem Abstimmungskampf, dass man bei Rentenbezüglern mit kleineren Invaliditätsgraden am wenigsten kürzt und bei denjenigen, die wirklich behindert sind, am meisten kürzt? Das kann man den Leuten nicht klarmachen.

Diese Rentenformel ist zu Beginn bestechend, dieses Ausgleichen hat etwas für sich. Aber die Vorlage des Bundesrates ist in diesem Bereich nicht ausgereift. Wir haben in der

Kommission versucht, eine bessere Lösung zu finden. Es gibt vielleicht noch bessere, aber ich möchte hier einmal einen Pflock einschlagen und dem Nationalrat einen deutlichen Fingerzeig geben, dass die Art und Weise, wie hier gemäss Bundesrat angeglichen werden soll, schwierig durchsetzbar ist. Natürlich sparen wir dann weniger ein, aber ich denke, am Schluss können wir damit mehr gewinnen. Es ist auch nicht so, dass wir bei Sozialversicherungsrevisionen nie verschiedene Systeme gehabt hätten. Wir hatten das bei der AHV mit dem Kürzungssatz für vorzeitigen Rentenbezug auch, als wir das Rentenalter der Frauen erhöht haben. Es braucht dann eine gewisse Zeit, bis sich das wieder normalisiert hat und wir ein System für alle haben. Daran soll es nicht liegen, aber Renten auf diese Art und Weise zu kürzen, da, so muss ich Ihnen sagen, habe ich meine Hemmungen, und ich werde mit Überzeugung der Mehrheit der Kommission zustimmen.

**Schwaller Urs (CE, FR):** Ich werde es sehr kurz machen, um noch einmal zu unterstreichen, was der Kommissionssprecher und nun auch Frau Egerszegi bezüglich des Antrages der Mehrheit gesagt haben.

Man hat uns in der Kommission gesagt – auch der Bundesrat hat das gesagt –: Suchen Sie eine Lösung, ohne bereits an die Referendumsabstimmung zu denken. Ich bin aber überzeugt, dass das einer der Schlüsselartikel sein wird. Ich bin für die Einführung eines stufenlosen Systems. Dahinter stehe ich, und der Systemwechsel verdient Unterstützung. Aber überlegen Sie sich, was passiert, wenn wir einen Eingriff in laufende Renten machen. Herr Gutzwiller hat die Zahlen genannt. Wir erhöhen dann die Renten für Invaliditätsgrade zwischen 40 und 60 Prozent, und gleichzeitig verkleinern wir die Renten bei jenen IV-Rentnern, die einen Invaliditätsgrad zwischen 60 und 80 Prozent haben, also gerade bei jenen, bei welchen die Integration sicher schwieriger zu bewerkstelligen ist als bei jenen mit einem Invaliditätsgrad zwischen 40 und 60 Prozent.

Das war der Grund für die lange Diskussion auch in der Kommission. Nein, wir wollen keinen Eingriff in laufende Renten, mit den Einschränkungen, die Herr Kuprecht gemacht hat; dieses neue, stufenlose System soll nur für die Neurenten gelten. Das kann man dann auch sehr einfach erklären. Wenn Sie das Gegenteil beschliessen, wird das sehr, sehr schwer zu erklären sein, nicht nur im Hinblick auf die Schlussabstimmung, sondern spätestens im Vorfeld der Referendumsabstimmung.

Ich glaube, die Lösung der Mehrheit verhilft diesem Projekt zum Durchbruch, diesem vom Bundesrat angestrebten Systemwechsel, den ich unterstütze, wenn er sich auf die Neurenten beschränkt.

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** D'abord, le passage au système des rentes linéaire est visiblement bien accepté, c'est le point positif. Ensuite, la question se pose de savoir s'il faut intervenir sur les rentes en cours. Le Conseil fédéral, lorsqu'il a fait la pesée des intérêts entre toutes les mesures qui étaient à disposition pour atteindre l'objectif fixé, s'est aussi posé cette question et finalement il a maintenu l'objectif, avec des modalités claires. D'abord, l'adaptation a lieu dans les trois ans qui suivent l'entrée en vigueur de la modification; ensuite on tient compte des rentes qui correspondent à un taux d'invalidité d'au moins 50 pour cent; et enfin il y a les droits acquis pour les personnes de 55 ans et plus. Concrètement, il est vrai que le principe qui veut qu'on ne touche pas aux rentes est enfreint, mais en réalité cela concerne – et je confirme les chiffres qui ont été donnés tout à l'heure – les personnes suivantes: environ 77 pour cent des rentiers ne sont pas concernés; pour 9 pour cent, il y a une augmentation de la rente; et pour 14 pour cent, il y a une réduction. Il est vrai que cela peut poser des problèmes pour ces personnes, mais on peut aussi admettre que là aussi, il y a une possibilité d'intégration malgré tout, même si elle est difficile. J'aimerais ajouter que dans les 14 pour cent de rentiers qui subiront une réduction de leur rente, il y a pour à peu près un tiers des personnes concernées l'intervention

des prestations complémentaires. Donc, de fait, il y a un changement pour moins de 10 pour cent des rentiers, c'est la réalité.

C'est plus un débat de principe, visiblement: veut-on ou ne veut-on pas intervenir sur les rentes en cours? Nous avons maintenu notre choix d'intervenir, pour ne pas avoir deux systèmes pendant 45 ans. C'est un élément quand même réel: dès le moment où l'on maintient les anciennes rentes dans l'ancien système, l'ancien système dure encore pendant 45 ans parce que des gens très jeunes, qui ont obtenu une rente récemment, l'auront encore longtemps. Par ailleurs, il y a l'objectif de faire des économies. Clairement, la décision de la majorité diminue de 80 millions de francs par an en moyenne, entre 2015 et 2025, l'objectif de réaliser des économies qui a été fixé au départ de l'opération, et en conséquence, il est un peu plus difficile d'atteindre la suppression du déficit structurel en 2018. En revanche, pour l'endettement, cela n'a pas une très grande importance, c'est une question d'une année ou deux, mais on atteindra le désendettement avec environ une année de retard ou un peu plus.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 31 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 12 Stimmen

**Präsident** (Altherr Hans, Präsident): Der Minderheitsantrag zu Buchstabe c ist bereits bei Artikel 38 zurückgezogen worden.

#### **Ziff. III, IV**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Ch. III, IV**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

### **Änderung bisherigen Rechts Modification du droit en vigueur**

#### **Ziff. 1**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Ch. 1**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

#### **Ziff. 2**

*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*

(Maury Pasquier, Fetz)

*Art. 42*

Unverändert

*Art. 49a, 52a*

Streichen

#### **Ch. 2**

*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Maury Pasquier, Fetz)

*Art. 42*

Inchangé

*Art. 49a, 52a*

Biffer

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Die Regelung des Eintritts der aufschiebenden Wirkung einer allfälligen Beschwerde bei Verfügungen über Geldleistungen ist neu in Artikel 49a ATSG aufgenommen worden, weshalb die bisherige, spezialgesetzliche Regelung im AHV-Gesetz nicht mehr notwendig ist. Die neue ATSG-Bestimmung ist als übergeordnetes Recht gemäss Artikel 1 ATSG automatisch für die Alters- und Hinterlassenenversicherung anwendbar.

**Präsident** (Altherr Hans, Präsident): Wir haben über den Antrag der Minderheit bei Artikel 57a Absatz 1bis entschieden.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit  
Adopté selon la proposition de la majorité*

#### **Ziff. 3**

*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*

(Fetz, Maury Pasquier)

*Art. 35ter, Übergangsbestimmung*

Streichen

#### **Ch. 3**

*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Fetz, Maury Pasquier)

*Art. 35ter, disposition transitoire*

Biffer

**Präsident** (Altherr Hans, Präsident): Wir haben bei Artikel 38 über diese Bestimmungen entschieden.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit  
Adopté selon la proposition de la majorité*

#### **Ziff. 4**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Ch. 4**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Zu Artikel 2 Absatz 2: Diese Bestimmung wurde vom Gesetzgeber im Kontext der Diskussion zur IV-Zusatzfinanzierung eingebracht. Seither haben sich die Rahmenbedingungen geändert. Mit der 6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket, wurde die Voraussetzung für eine politisch machbare Sanierung geschaffen. Diese wird mit diesem zweiten Massnahmenpaket realisiert. Um vor dem Hintergrund eines solch veränderten Kontextes dem Willen des Gesetzgebers nach wie vor Rechnung zu tragen, wird in den vorliegenden Revisionen eine langfristige und wesentlich weiter gehende Entschuldung eingeführt, als es der entsprechende Artikel im Sanierungsgesetz vorsieht. Damit kann diese Zwischenlösung aufgehoben werden.

*Angenommen – Adopté*

#### **Ziff. 5**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Ch. 5**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 6***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates mit Ausnahme von:

*Übergangsbestimmungen Bst. a Titel*

a. Anpassung laufender Renten von Rentenbezügerinnen und -bezügern, die das 55. Altersjahr noch nicht vollendet haben

*Übergangsbestimmungen Bst. a Abs. 1*

Für Invalidenrenten, die vor Inkrafttreten dieser Änderung zu laufen begonnen haben, bleibt der bisherige Rentenanspruch bis zu einer Änderung des Invaliditätsgrades im nach Artikel 17 Absatz 1 ATSG festgelegten Ausmass bestehen.

*Übergangsbestimmungen Bst. a Abs. 2*

Der bisherige Rentenanspruch bleibt auch nach einer Änderung des Invaliditätsgrades im nach Artikel 17 Absatz 1 ATSG festgelegten Ausmass bestehen, wenn die Anwendung von Artikel 24a in der Fassung vom ... zur Folge hat, dass der bisherige Rentenanspruch bei einer Erhöhung des Invaliditätsgrades sinkt oder bei einem Sinken des Invaliditätsgrades ansteigt.

*Übergangsbestimmungen Bst. a Abs. 3*

Während der provisorischen Weiterversicherung nach Artikel 26a wird die Anwendung von Artikel 24a aufgeschoben.

*Übergangsbestimmungen Bst. b Titel*

b. Nichtanpassung laufender Renten von Rentenbezügerinnen und -bezügern, die das 55. Altersjahr vollendet haben

*Übergangsbestimmungen Bst. b Text*

Für Rentenbezügerinnen und -bezüger, deren Rentenanspruch vor Inkrafttreten dieser Änderung entstanden ist und die bei Inkrafttreten dieser Änderung das 55. Altersjahr vollendet haben, gilt das bisherige Recht.

*Antrag der Minderheit*

(Gutzwiller, Altherr, Amstutz, Germann, Forster, Kuprecht)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 6***Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral à l'exception de:

*Dispositions transitoires let. a titre*

a. Adaptation des rentes en cours pour les bénéficiaires âgés de moins de 55 ans

*Dispositions transitoires let. a al. 1*

La quotité de la rente demeure inchangée pour les rentes d'invalidité octroyées avant l'entrée en vigueur de la présente modification, à moins que le taux d'invalidité du bénéficiaire de la rente ne subisse une modification notable au sens de l'article 17 alinéa 1 LPGa.

*Dispositions transitoires let. a al. 2*

La quotité de la rente reste également inchangée après une modification du taux d'invalidité au sens de l'article 17 alinéa 1 LPGa, si l'application de l'article 24a LAI dans la version du ... entraînerait une baisse de la rente en cas d'augmentation du taux d'invalidité ou une augmentation de la rente en cas de réduction.

*Dispositions transitoires let. a al. 3*

L'application de l'article 24a est différée pendant la période de maintien provisoire de l'assurance conformément à l'article 26a.

*Dispositions transitoires let. b titre*

b. Exemption de l'adaptation des rentes en cours pour les bénéficiaires âgés de plus de 55 ans

*Dispositions transitoires let. b texte*

L'ancien droit s'applique aux bénéficiaires ayant 55 ans le jour où la présente modification entre en vigueur et dont le droit à la rente est entré en force avant cette date.

*Proposition de la minorité*

(Gutzwiller, Altherr, Amstutz, Germann, Forster, Kuprecht)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Präsident** (Altherr Hans, Präsident): Wir haben bereits im Rahmen der Behandlung des Bundesgesetzes über diese Anträge entschieden.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***Ziff. 7***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 7***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Präsident** (Altherr Hans, Präsident): Bevor wir zur Gesamtabstimmung kommen, gebe ich das Wort noch einmal dem Berichtersteller.

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Die Kommission hat sich während mehr als vierzehn Stunden mit der sehr komplexen Materie auseinandergesetzt und vom Bundesamt für Sozialversicherungen mehrere zusätzliche Berichte ausarbeiten lassen. So machten wir uns intensiv Gedanken über die finanzielle Lage der Invalidenversicherung, über die Kinderrenten und deren mögliche Überentschädigung, über die medizinische Behandlung von IV-Rentnerinnen und IV-Rentnern, über den Kostenanteil der Invalidenversicherung an der Spitalfinanzierung, generell über das Rentensystem und schlussendlich auch über die finanziellen Auswirkungen der Beschlüsse der Kommission.

Die Kommission ist sich bewusst, dass die nun vorliegende Sanierungsbotschaft und die soeben beschlossenen zusätzlichen Änderungen einen Einschnitt in dieses wichtige Sozialversicherungswerk bedeuten. Die intensiven Bemühungen der vergangenen Jahre, die Invalidenversicherung zu stabilisieren, zu sanieren und auch zugunsten der AHV zu entschulden, stellen diese für die Zukunft wieder auf gesunde Beine und verleihen ihr ein hohes Mass an Stabilität und Sicherheit. All die getroffenen Massnahmen sind zudem im Kontext aller Sozialversicherungen zu sehen, unter deren Aufbau noch das Auffangnetz der Ergänzungs- und Sozialhilfeleistungen gespannt ist. In diesem Sinne ist die Mehrheit der Kommission der klaren Auffassung, dass dieses zweite Massnahmenpaket zu verantworten ist und die Sanierung der Invalidenversicherung damit als abgeschlossen betrachtet werden kann.

Ich beantrage Ihnen im Namen der Kommission, die in der Gesamtabstimmung unter Berücksichtigung der vorgenommenen Änderungen mit 8 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Vorlage zugestimmt hat, sich diesem Beschluss anzuschliessen.

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Entwurfes ... 30 Stimmen

Dagegen ... 9 Stimmen

(4 Enthaltungen)

**2. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)****2. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, deuxième volet)**

**Präsident** (Altherr Hans, Präsident): Herr Kuprecht beantragt eine neue Vorlage 2. Er hat seinen Antrag im Rahmen der Behandlung von Artikel 14bis der Vorlage 1 begründet.

*Antrag Kuprecht**Titel*

2. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung

(6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)

Änderung vom ...

*Ingress*

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 11. Mai 2011, beschliesst:

*Ziff. I Einleitung*

Das Bundesgesetz vom 19. Juni 1959 über die Invalidenversicherung wird wie folgt geändert:

*Art. 14bis Titel*

Kostenvergütung für stationäre Massnahmen

*Art. 14bis Text*

Die Kostenvergütung für stationäre Massnahmen in einem Spital im Sinne von Artikel 14 Absätze 1 und 2 wird zu 80 Prozent durch die Versicherung und zu 20 Prozent durch den Wohnkanton des Versicherten geleistet. Der Wohnkanton entrichtet seinen Anteil direkt dem Spital.

*Ziff. II Abs. 1*

Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

*Ziff. II Abs. 2*

Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten

*Proposition Kuprecht**Titre*

2. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité

(6e révision de l'AI, deuxième volet)

Modification du ...

*Préambule*

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu le message du Conseil fédéral du 11 mai 20 111, arrête:

*Ch. I introduction*

La loi fédérale du 19 juin 1959 sur l'assurance-invalidité est modifiée comme suit:

*Art. 14bis titre*

Prise en charge des traitements stationnaires hospitaliers

*Art. 14bis texte*

Les frais des traitements au sens de l'article 14 alinéas 1 et 2, entrepris de manière stationnaire dans un établissement hospitalier sont pris en charge à hauteur de 80 pour cent par l'assurance et de 20 pour cent par le canton de résidence de l'assuré. Le canton de résidence verse sa part directement à l'hôpital.

*Ch. II al. 1*

La présente loi est sujette au référendum.

*Ch. II al. 2*

Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Entwurfes ... 33 Stimmen

Dagegen ... 1 Stimme

(6 Enthaltungen)

*Abschreibung – Classement**Antrag des Bundesrates*

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse

gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

*Proposition du Conseil fédéral*

Classer les interventions parlementaires

selon lettre aux Chambres fédérales

*Angenommen – Adopté*

## Zweite Sitzung – Deuxième séance

Mittwoch, 30. Mai 2012

Mercredi, 30 mai 2012

08.00 h

11.030

### 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket

#### 6e révision de l'AI. Deuxième volet

##### Zweitrat – Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 11.05.11 (BBl 2011 5691)  
Message du Conseil fédéral 11.05.11 (FF 2011 5301)

Ständerat/Conseil des Etats 19.12.11 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 30.05.12 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 01.06.12 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)

##### Antrag der Mehrheit Eintreten

*Antrag der Minderheit*  
(Cassis, de Courten, Hess Lorenz, Lohr, Moret, Schneeberger, van Singer, Weibel)  
Nichteintreten

*Antrag Gilli*  
Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat  
mit dem Auftrag:

1. in einer Übergangsregelung für zwei Jahre an der bisherigen dual-fixen Finanzierung zwischen Kantonen und IV festzuhalten;
2. die definitive Finanzierung nach einer Vernehmlassung bei den wesentlich betroffenen Kreisen in Form einer regulären Gesetzesvorlage vorzulegen.

##### Proposition de la majorité Entrer en matière

*Proposition de la minorité*  
(Cassis, de Courten, Hess Lorenz, Lohr, Moret, Schneeberger, van Singer, Weibel)  
Ne pas entrer en matière

*Proposition Gilli*  
Renvoyer le projet au Conseil fédéral  
avec mandat:

1. de maintenir pour une durée de deux ans, au moyen d'une réglementation transitoire, le système de financement dual fixe entre les cantons et l'AI;
2. de présenter le système de financement définitif dans un projet de loi ordinaire, après avoir consulté les principaux milieux concernés.

**Parmelin** Guy (V, VD), pour la commission: Le projet 2 concerne uniquement un article, le nouvel article 14bis décidé par le Conseil des Etats sur proposition de l'administration. De quoi s'agit-il?

L'assurance-invalidité prend en charge les traitements stationnaires des assurés jusqu'à l'âge de 20 ans. Il s'agit, entre autres, des traitements en relation avec les infirmités congénitales ou encore des traitements directement nécessaires à

la réadaptation des assurés et qui permettent d'améliorer leur capacité de gain.

Suite à un accord informel datant de 1987 entre la Conférence suisse des directrices et directeurs cantonaux de la santé (CDS), l'assurance-invalidité, l'assurance-accidents et l'assurance militaire, il a été convenu d'une répartition de ces frais pour 80 pour cent à charge de l'AI et pour 20 pour cent à charge du canton de résidence de l'assuré. En mai 2008, la CDS a dénoncé cet accord, les cantons ne voulant plus couvrir aucun des coûts liés aux traitements stationnaires des patients bénéficiaires de ces assurances.

Une nouvelle réglementation transitoire a toutefois été trouvée, faisant passer la charge de l'AI à 90 pour cent en 2012 et à 100 pour cent en 2013. Il s'agit pour l'AI d'une augmentation de charges de 40 millions de francs par année dès 2013, à laquelle s'ajoutent 20 millions de francs représentant les coûts d'investissement qu'elle doit assumer dans le cadre du nouveau financement hospitalier. Ne figurant pas dans le budget de l'AI, ces 60 millions de francs devront faire l'objet de mesures d'économie supplémentaires si le Conseil fédéral veut respecter l'objectif de désendettement qu'il s'est fixé pour l'horizon 2025. En effet, cumulés sur la durée, cela représente près de 1 milliard de francs.

Pour compléter ce tableau, il est important de rappeler que les Chambres fédérales ont accepté une motion Müller-Walter demandant une répartition du financement de ces frais non pas de 80 pour cent pour l'AI et de 20 pour cent pour les cantons, mais de 45 pour cent pour l'AI et de 55 pour cent pour les cantons. Cela représente un transfert de charges de 100 millions de francs par année.

C'est pour éviter un tel scénario que nous discutons de ce projet de base légale pour l'AI qui reprend, en quelque sorte, la situation initiale telle que prévue dans la convention dénoncée. Cette répartition de 80 pour cent pour l'AI et de 20 pour cent pour les cantons serait ainsi ancrée formellement dans la loi et mettrait fin à une insécurité malsaine pour toutes les parties.

La discussion sur l'entrée en matière ayant eu lieu globalement sur le projet 1, qui ne fait pas l'objet de nos débats aujourd'hui, et sur le projet 2, que nous traitons maintenant, je me concentrerai sur ce seul point.

La majorité de la commission a décidé de traiter en priorité le projet 2. Elle a fait sienne l'argumentation du Conseil fédéral quant à l'urgence de clarifier une situation malsaine en termes financiers. Elle relève que le nouvel article 14bis ne fait que reprendre la répartition prévue dans la convention dénoncée et qui n'a pas été contestée – j'insiste – pendant 21 ans. En ce sens, l'argument de la minorité qui voit un report de charges sur les cantons est fallacieux; il s'agit d'un simple retour au statu quo ante, ni plus ni moins, avec cette fois une base légale claire. Au contraire, une mise en oeuvre stricto sensu de la motion Müller-Walter aurait des conséquences autrement plus dommageables pour les cantons. Quant à entériner simplement le nouvel état de fait provoqué par la dénonciation de la convention, cela revient à remettre en question le rythme d'assainissement prévu et obligera à coup sûr à de nouvelles mesures de rigueur si l'on veut atteindre l'objectif prévu.

Un autre argument de la minorité est que le projet 2 serait contraire à la RPT. La majorité ne le voit pas ainsi; jamais le financement des hôpitaux n'a été thématiquement lié lors des débats en relation avec la RPT. De même, les éventuels préjudices que les cantons pourraient subir du fait de l'introduction des Swiss DRG ne concernent pas le financement de l'AI et ce n'est en tout cas pas à elle d'en subir les conséquences connexes. Il ne faut pas perdre de vue que l'augmentation de la TVA court jusqu'à fin 2017 et qu'il est essentiel, non seulement pour l'AI mais aussi pour l'AVS, que de nouvelles charges ne viennent pas remettre en question l'assainissement de l'AI tel qu'il a été adopté et mis en oeuvre jusqu'ici.

La commission, par 15 voix contre 8 et 1 abstention, vous prie donc d'entrer en matière et d'adopter le nouvel article 14bis, avec la modification rédactionnelle proposée qui a été acceptée par 22 voix contre 0 et 1 abstention.

**Humbel** Ruth (CE, AG), für die Kommission: In der Wintersession 2011 hat der Ständerat Artikel 14bis IVG mit 37 zu 2 Stimmen als Vorlage 2 in das zweite Massnahmenpaket, die IV-Revision 6b, aufgenommen. Die SGK unseres Rates hat an ihrer Märzsession einstimmig beschlossen, die Vorlage 2 des zweiten Massnahmenpakets vorzuziehen und sie Ihnen als separate Vorlage zur Beschlussfassung zu unterbreiten. Der Grund dafür liegt darin, dass derzeit eine gesetzliche Grundlage für die Kostenvergütung bei stationären Spitalaufenthalten von IV-Patienten fehlt.

Zur Ausgangssituation: Gestützt auf einen Beschluss der Schweizerischen Sanitätsdirektorenkonferenz, heute Gesundheitsdirektorenkonferenz, aus dem Jahr 1987 bezahlten die Kantone für Patienten der Unfallversicherung, der Militärversicherung und der IV bis zum letzten Jahr 20 Prozent der anrechenbaren Kosten. 80 Prozent gingen zulasten der Versicherungen, also auch zulasten der IV. Im Hinblick auf die Einführung der neuen Spitalfinanzierung per 1. Januar 2012 hat die GDK im Mai 2008 die Übereinkunft aufgelöst, weil die Kantone keinen Beitrag mehr an die stationäre Behandlung von IV-Patienten leisten wollten. Da der Kostenanteil der Sozialversicherer IV, Militärversicherung und Unfallversicherung im Gegensatz zu jenem der Krankenversicherer nicht im Gesetz festgehalten ist, kann nicht einseitig auf einer Kostenaufteilung beharrt werden. Bis Ende 2011 gingen 20 Prozent der in Spitälern anfallenden Kosten von IV-Patienten zulasten der Kantone, im laufenden Jahr übernehmen die Kantone 10 Prozent, im nächsten Jahr wollen sie nichts mehr bezahlen, was für die IV, gemessen an der Situation, wie sie bis 2011 bestand, eine zusätzliche Belastung von 60 Millionen Franken zur Folge hätte.

Die Mehrheit der SGK ist klar der Meinung, dass wir die IV im Hinblick auf das Sanierungsziel der 6. IV-Revision nicht mit einer zusätzlichen Ausgabe zugunsten der Kantone belasten dürfen. Es braucht daher rasch eine gesetzliche Grundlage für die IV, die den Kostenschlüssel der GDK-Übereinkunft von 1987 aufnimmt, d. h., dass 80 Prozent der Kosten durch die Versicherung und 20 Prozent durch den Wohnkanton gedeckt werden. Noch einmal: Das ist nichts Neues, sondern die Weiterführung des Status quo ante bei der Aufteilung der Spitalkostenfinanzierung.

Gemäss den Regeln der neuen Spitalfinanzierung gilt dieser Kostenschlüssel für alle IV-Patienten in Listenspitälern, und der Kantonsanteil wird durch den Wohnsitzkanton geleistet. Der Kantonsanteil wird also analog zum KVG vom Wohnsitzkanton des Patienten oder der Patientin und nicht vom Standortkanton des Spitals übernommen. Unter Berücksichtigung der Investitionskosten ist die neue Regelung gegenüber der heutigen sowohl für die Kantone als auch für die IV in etwa kostenneutral. Zudem haben wir damit vom Prinzip her eine Regelung, wie sie bei der Krankenversicherung gilt, wonach 55 Prozent der Kosten zulasten der Kantone und 45 Prozent zulasten der Krankenversicherer gehen.

Weil die Behandlung des zweiten Massnahmenpakets der 6. IV-Revision inklusive Differenzbereinigung sowie das bereits angekündigte Referendum noch längere Zeit in Anspruch nehmen dürften, beantragt Ihnen die Kommissionmehrheit, die Vorlage 2 separat beschleunigt zu behandeln. Die Differenz zum Ständerat ist nicht inhaltlicher Art, sondern betrifft eine Präzisierung: Der Kantonsanteil muss ausschliesslich in Listenspitälern vergütet werden. Auch dies entspricht der Regelung gemäss KVG.

Mit 17 zu 5 Stimmen hat die Kommission der Vorlage zugestimmt. Ich bitte Sie, dem Antrag der klaren Kommissionmehrheit zu folgen.

**Cassis** Ignazio (RL, TI): Nous traitons aujourd'hui une petite partie – mais une partie assez importante – du tout dernier paquet de la révision de l'assurance-invalidité. C'est une partie que nous avons décidé – même dans la minorité, je soutiens cette décision – de traiter en urgence, car elle aura des conséquences financières pour le budget des cantons et de la Confédération.

La minorité de la commission vous propose de ne pas entrer en matière, donc de rejeter ce financement dual fixe de

80 pour cent à la charge de l'AI et 20 pour cent à la charge des cantons.

Pourquoi cette proposition? Tout d'abord, parce que ce n'est pas un hasard: l'habitude qui existait jusqu'en 2008 de partager les frais hospitaliers entre l'AI et les cantons, à raison de 80 et 20 pour cent, a été dénoncée par les cantons en mai 2008, comme l'a justement souligné le rapporteur de la commission.

Pourquoi les cantons ont-ils dénoncé cet accord? Tout simplement parce qu'en 2008 est entrée en vigueur la nouvelle péréquation financière, qui a été une grande réforme des flux financiers entre Confédération et cantons. Cette nouvelle péréquation prévoyait tout simplement que les prestations collectives de l'AI étaient à la charge des cantons et que les prestations individuelles étaient à la charge de l'AI: les frais d'hospitalisation étant une prestation individuelle, ils devaient être à la charge de l'AI. Il était donc tout à fait logique que les cantons dénoncent cet accord, qui avait évidemment sa raison d'être, mais qui avec la nouvelle péréquation financière ne l'a plus.

Voilà donc la raison pour laquelle les cantons ont dénoncé cet accord. Le Conseil des Etats reprend cette ancienne idée et l'inscrit dans la loi. Pourquoi le fait-il? Il explique qu'il est nécessaire de soulager l'AI en transférant des coûts à la charge des cantons, comme c'était le cas jusqu'à présent. Je crois qu'il est faux, du point de vue de la politique financière, de procéder de cette manière: il n'y a pas besoin de modifier encore une fois la nouvelle péréquation financière alors que nous venons de l'adopter.

Le deuxième argument contraire est lié au fait que notre Parlement est en train d'aller dans la direction du financement moniste des hôpitaux dans le cadre de la LAMal. Pour l'AI, nous avons maintenant un financement moniste – par un seul organe, l'assurance-invalidité seule. Or nous sommes en train de faire machine arrière dans le cas de l'AI, alors même que nous avons exprimé maintes fois l'idée de prévoir un financement moniste dans la LAMal. Je crois qu'il faut un peu de cohérence dans notre manière de faire de la politique.

Le troisième élément est le suivant: les cantons ne sont pas du tout d'accord, et cela était peut-être un malentendu au Conseil des Etats. Les cantons nous ont adressé une lettre dans laquelle ils ont écrit qu'ils n'étaient pas d'accord de prendre en charge des frais supplémentaires. Il est vrai que ce n'est pas beaucoup, c'est de l'ordre de 40 millions de francs par année, mais ce ne sont pas non plus des «peanuts». Donc ce sont des frais au sujet desquels les cantons – justement – disent: «Nous ne voulons pas les prendre en charge à partir de 2013.» De plus, les cantons n'ont aucune marge de manoeuvre dans le pilotage de l'assurance-invalidité, et on les obligerait à payer quelque chose pour lequel ils n'auraient rien à dire, ce qui contrevient aux principes «qui paye commande» et «qui commande paye».

Je dis quelques mots au sujet de la motion Müller Walter 07.3430, «Frais et tarifs hospitaliers trop élevés pour les patients pris en charge par l'assurance-invalidité». Elle a souvent été évoquée, et même par le rapporteur de langue française. Je pense que ce dernier n'en a pas parlé tout à fait correctement. Cette motion, déposée le 21 juin 2007, visait le but suivant: il est incorrect que, pour la même prestation à l'hôpital, il y ait un tarif AI qui rembourse mieux et un tarif LAMal qui rembourse moins bien la même prestation. Evidemment, si je fais mesurer le taux de cholestérol, l'analyse a lieu dans le même laboratoire, et je ne vois pas pourquoi, selon l'assurance qui rembourse, je devrais la payer une fois 30 francs et une autre fois 40 francs.

Donc le sens de la motion Müller Walter était tout à fait correct. La motion a été adoptée par les deux chambres; mais elle est utilisée aujourd'hui pour dire qu'on doit réintroduire un financement dual fixe parce que c'est le modèle figurant dans la LAMal. Cette argumentation est fallacieuse et n'a rien à faire avec la motion Müller Walter.

Voilà les arguments pour lesquels je vous invite à soutenir ma proposition de minorité de ne pas entrer en matière. Concrètement cela signifie que le financement des hospitali-

sations individuelles reste entièrement à la charge de l'assurance-invalidité.

**Gilli Yvonne** (G, SG): Dass wir separat über diese Vorlage 2 des zweiten Massnahmenpaketes der 6. IV-Revision diskutieren, hat weniger damit zu tun, dass der Finanzierungsschlüssel zwischen der IV und den Kantonen Teil eines IV-Massnahmenpaketes ist. Es hat vielmehr damit zu tun, dass mit der Einführung der DRG eben die bisherige dual-fixe Finanzierung, also IV 80 Prozent der Kosten und Kantone 20 Prozent der Kosten, eine neue gesetzliche Grundlage braucht.

Der Ständerat als Erstrat hat, wie auch wir in der Mehrheit, der bundesrätlichen Vorlage zugestimmt. Der Ständerat tat dies jedoch noch in der Annahme, dass die Gesundheitsdirektoren mit dieser dual-fixen Lösung, bei der die Kantone 20 Prozent und die IV 80 Prozent der Kosten übernehmen, einverstanden seien; das wäre die Fortsetzung des bisherigen Kostenverteilers. Ungewöhnlich war – verständlich zwar wegen des Zeitdrucks, aber trotzdem unüblich und ungewöhnlich –, dass die Gesundheitsdirektorenkonferenz nicht in eine Vernehmlassung involviert gewesen war, obwohl die Gesundheitsdirektoren, wie Herr Cassis bereits gesagt hat, durch die neuen Kostenflüsse sehr direkt und in gewissen Kantonen auch wesentlich betroffen sind.

Die andere Seite, die Seite der Behindertenorganisationen und der IV, ist sehr besorgt über den Nichteintretensantrag der Minderheit Cassis, weil dessen Annahme bedeuten würde, dass der IV noch einmal zusätzliche Kosten überbürdet würden, und zwar etwa 60 Millionen Franken pro Jahr. Angesichts der doch immer noch hohen Schuldenlast, der nur übergangsweise beschlossenen zusätzlichen Finanzierung über die Mehrwertsteuer, der unsicheren zukünftigen finanziellen Belastung der IV, des Drucks auch, dem sie bereits jetzt ausgesetzt ist, ist es schwierig, der IV noch zusätzlich 60 Millionen Franken pro Jahr zuzuschieben. Es handelt sich bei diesen IV-Kosten, die bei Hospitalisierungen übernommen werden müssen, um Kosten, die durch Geburtsgebrechen bedingt sind.

Wir können heute davon ausgehen, dass die Informationen, aufgrund welcher der Ständerat entschieden hat, nicht korrekt waren; der Ständerat hatte angenommen, die GDK sei damit einverstanden. Es ist eine Frage der strategischen Einschätzung, ob wir, wenn wir jetzt der Mehrheit zustimmen, den bisherigen Kostenschlüssel beibehalten können. Ich beantrage Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und im Sinne eines Kompromisses meinem Rückweisungsantrag zu folgen. Das würde bedeuten, dass die bisherige Finanzierung – 80 Prozent würden von der IV und 20 Prozent vom Kanton übernommen – für eine Übergangszeit beibehalten würde. In dieser Zeit würde der Bundesrat eine Vernehmlassung bei den wesentlich betroffenen Parteien durchführen. Damit würden die Kantone eben in die Entscheidung mit einbezogen, sind sie doch heute besser in der Lage, integral beurteilen zu können, welche allfälligen Mehrkosten ihnen als Folge der DRG und der neuen Pflegefinanzierung in Zukunft erwachsen werden. Die Behindertenverbände wären bei Annahme des Rückweisungsantrages mindestens nicht damit konfrontiert, dass die IV bereits zu diesem Zeitpunkt der Beratung aufgrund eines Nichteintretensentscheides 100 Prozent dieser Hospitalisierungskosten tragen müsste. In diesem Sinne sehe ich meinen Rückweisungsantrag als Kompromiss. Ich bitte Sie, ihm zuzustimmen. Die grüne Fraktion ist hinsichtlich Eintreten gespalten, wird aber meinem Rückweisungsantrag zustimmen.

**Ingold Maja** (CE, ZH): Die Vorlage 2 ist eine separate Vorlage zur Spitalfinanzierung. Mit unserer Zustimmung bestätigen wir den Beschluss des Ständerates zur Änderung von Artikel 14bis, der die Kostenvergütung für stationäre Massnahmen festlegt. Der Kostenschlüssel soll weiterhin wie folgt sein: Kantone 20 Prozent, IV 80 Prozent. Das bedeutet, dass die Kantone im selben Umfang wie bei der bisherigen Aufteilung beitragen müssen. Sie haben in den letzten Jahren immer ungefähr 20 Prozent bezahlt. Dass es nicht ein-

heitlich war, störte schon Walter Müller, der 2007 mit der Motion 07.3430 unter anderem diesbezüglich eine Änderung forderte. Nun soll der Kostenteiler mit diesem Beschluss klar und präzise festgelegt werden.

Gegen die Kostenpflicht der Kantone gibt es praktisch-finanzielle und grundsätzliche Argumente. Die praktischen Argumente liegen auf der Hand: Die Kantone könnten 60 Millionen Franken sparen und möchten das natürlich tun. Zu den grundsätzlichen Argumenten, die die Systematik betreffen, nur ein paar Stichworte: Die Aufteilung entspreche nicht den Grundsätzen des NFA und sei systemwidrig. Für die CVP/EVP-Fraktion ist das kein stichhaltiges Argument, um ein System umzukehren, das bis jetzt auch beim NFA funktioniert hat; es ist auch nicht die einzige Systeminkongruenz beim NFA.

Ein weiterer Einwand lautet, man habe viel Sympathie für eine monistische Finanzierung im KVG und vor diesem Hintergrund sei ein System mit einer dual-fixen Spitalfinanzierung wie in dieser Vorlage – 80 bzw. 20 Prozent – im IVG ein Rückschritt. Das ist so, zugegeben. Auch dass die Kostenpflicht der Kantone zwar buchhalterisch zur Sanierung der IV beiträgt, aber gesamtwirtschaftlich betrachtet einfach eine Kostenverschiebung zulasten der Steuergelder der Kantone ist, trifft zu und muss beachtet werden. Aber es braucht eine vernünftige Güterabwägung, und unser vorrangiges Ziel in dieser Revision ist jetzt halt doch die Sanierung.

Eine jede dieser 60 Millionen müsse wieder an einem anderen Ort, z. B. bei den Kinder- oder anderen Renten, geholt bzw. eingespart werden. Hier setzt die CVP/EVP-Fraktion die Priorität anders und nimmt in Kauf, dass der Beschluss für die Kantone keine Entlastung bringt – er bringt aber immerhin auch keine Mehrbelastung. Wir haben in dieser IVG-Revision verschiedene Wirkungsmechanismen, die dann für andere Kostenträger, Kantone und Gemeinden, direkt zu einer finanziellen Mehrbelastung führen. Wo z. B. all jene 17 000 ehemaligen Rentner landen, die dann doch nicht wie geplant einen Job im ersten Arbeitsmarkt finden und wirtschaftlich selbstständig werden, ist nicht schwer zu erraten: eben im letzten Netz, in der Sozialhilfe der Gemeinden. Solche Umverteilungen müssen wir vermeiden; aber hier ist die 20-Prozent-Kostenbeteiligung zu verantworten, weil sie im gleichen Verhältnis anfällt wie bisher. Das ist angesagt. Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt den Beschluss des Ständerates und will eintreten.

**Weibel Thomas** (GL, ZH): Wir beraten mit der Vorlage 2 heute einen kleinen Teil der IV-Revision 6b. Gemäss Beschluss des Ständerates soll ein neuer Artikel 14bis in das IVG eingefügt werden. 20 Prozent der Spitalkosten sollen von der IV auf die Wohnkantone abgewälzt werden. Der Bundesrat hatte in dieser Sache keinen Antrag gestellt, unterstützt aber den ständerätlichen Entscheid. Aufgrund der besonderen Entstehungsgeschichte der Regelung wurde keine Vernehmlassung durchgeführt. Das ist mit ein Grund, dass sich die Kantone mit dem Schreiben der Gesundheitsdirektorenkonferenz und der Finanzdirektorenkonferenz direkt an uns Parlamentarier richten. Sie fordern uns auf, den Artikel abzulehnen.

Die geplante Aufteilung widerspricht den Grundsätzen des NFA. Mit dem NFA wurden im Jahr 2008 die Aufgaben und finanziellen Zuständigkeiten zwischen Bund und Kantonen neu aufgeteilt. Es ist unredlich, nach wenigen Jahren den NFA zum einseitigen Vorteil des Bundes zu ändern. Zudem ist am 1. Januar 2012 die neue dual-fixe Spitalfinanzierung gemäss KVG in Kraft getreten. Diese Änderung bewirkt für die Kantone Mehrkosten von etwa einer Milliarde Franken. Im Jahr 2008 hat die Gesundheitsdirektorenkonferenz im Hinblick auf die Einführung der neuen Spitalfinanzierung und aufgrund der damals fehlenden Rechtsgrundlage die informelle Übereinkunft mit den Versicherern, unter ihnen die IV, betreffend die Übernahme von 20 Prozent der anfallenden Spitalkosten aufgehoben und diesen Entscheid auch kommuniziert. Die aktuellen Budgets und Finanzpläne der Kantone enthalten daher keine Mittel mehr für die Mitfinanzierung von Spitalaufhalten von IV-Patientinnen und IV-

Patienten. Das Einführen eines weiteren Kostenteilers bei der Spitalfinanzierung schränkt die Übersichtlichkeit bei der heute schon sehr komplexen Spitalfinanzierung ein und ergibt auch bei den Spitälern einen nicht zu unterschätzenden administrativen Mehraufwand. Die 6. IV-Revision soll dazu beitragen, die Finanzen der IV ins Lot zu bringen. Der beantragte Kostenteiler ist aber eine reine Kostenverschiebung auf die Kantone und somit nur eine Scheinlösung zur Sanierung der IV.

Die grünliberale Fraktion will den NFA nicht durch die Hintertür ändern und unterstützt deshalb den Minderheitsantrag Cassis auf Nichteintreten. Sollte dieser nicht mehrheitsfähig sein, unterstützen wir im Sinne eines Kompromisses den Rückweisungsantrag Gilli.

**Schenker Silvia** (S, BS): Bundesrat Berset hat es anlässlich der Beratung in der Kommission auf den Punkt gebracht: Es ist ein politischer Entscheid, wer die Kosten bei stationären Aufenthalten im Rahmen von medizinischen Massnahmen der IV übernimmt. Wir haben einen Nichteintretensantrag der Minderheit Cassis. Das ist eine klare Sache. Wir haben den Antrag der Mehrheit, auf die Vorlage einzutreten und sie zu verabschieden, ebenfalls eine klare Sache. Und wir haben neu noch einen Rückweisungsantrag Gilli, der einen dritten Weg aufzeigen soll. Das tut er aber nicht. Es gibt keinen dritten Weg in dieser Frage.

In der Kommission lagen alle Fakten auf dem Tisch, und die unterschiedlichen Meinungen wurden ausgetauscht. Das lässt sich auch in den entsprechenden Protokollen nachlesen. Auch die Haltung der GDK war der Kommission bekannt. Vertreter der GDK waren in der Kommission anwesend. Die Sache ist auch nicht kompliziert. Es gibt also keinen einzigen Grund, der eine Rückweisung an den Bundesrat rechtfertigen würde, ausser vielleicht den, dass man nicht den Mut hat, diesen politischen Entscheid zu treffen. Wir sollten diesen Mut haben, dafür sind wir gewählt.

Worum geht es? Wenn jemand mit einem von der IV anerkannten Geburtsgebrechen oder im Hinblick auf die Eingliederung stationär behandelt werden muss, werden die dadurch anfallenden Kosten zum grössten Teil durch die IV gedeckt. Von 1987 bis 2011 wurden die Kosten für diese Aufenthalte zwischen der IV und den Kantonen mit dem Kostenteiler 80 zu 20 aufgeteilt. 80 Prozent bezahlte die IV, 20 Prozent bezahlten die Kantone. Im Jahr 2008 hat die GDK die Vereinbarung einseitig aufgekündigt, die vorher während zwanzig Jahren gegolten hatte. Ziel der Kantone bzw. der GDK war es, im laufenden Jahr, also 2012, den Kostenanteil der Kantone auf 10 Prozent zu senken und im Jahr 2013 auf null herunterzufahren. Für die IV würden zusätzliche Kosten in der Höhe von 60 Millionen Franken pro Jahr entstehen, Kosten, die andernorts wieder eingespart werden müssten.

Dann gab es die Motion Müller Walter 07.3430, welche vom Bundesrat verlangte, die Regelung betreffend stationäre Aufenthalte von IV-Bezüglerinnen und IV-Bezügern auf eine neue Basis zu stellen und eine Gleichbehandlung von IVG und KVG herzustellen. Herr Müller hatte in der Begründung seiner Motion explizit auf die schwierige finanzielle Lage der IV hingewiesen. Gleichbehandlung bei stationären Spitalaufenthalten würde bedeuten, dass die IV nur noch 45 Prozent übernehme, die Kantone hingegen 55 Prozent. Das ist die Ausgangslage.

Der Ständerat hat die Beratung der IV-Revision 6b, also dieses zweiten Massnahmenpakets, dazu benutzt, eine Rechtsgrundlage für die Finanzierung der stationären Aufenthalte zu schaffen. Er hat sich dabei am Kostenteiler orientiert, der während 14 Jahren gegolten hat. Die Frage stellt sich nun, ob diese Kostenverteilung gerecht ist oder nicht. Das kommt auf den Blickwinkel an. Ist man wie die Minderheit der Meinung, ein stationärer Aufenthalt im Rahmen einer medizinischen Massnahme sei ausschliesslich in der Verantwortung der IV, dann ist dieser Kostenteiler ungerecht. Ist man jedoch der Meinung, ein stationärer Aufenthalt sei ein stationärer Aufenthalt und sollte eigentlich über die Krankenversicherung abgewickelt werden, dann ist die vorge-

schlagene Aufteilung der Kosten ungerecht, aber hier gegenüber der IV.

Wer den Kostenteiler von 80 zu 20 Prozent infrage stellt, ist bereit, die IV mit mindestens 60 Millionen Franken pro Jahr zusätzlich zu belasten. Wo und auf wessen Kosten diese 60 Millionen Franken eingespart würden, wissen wir nicht; das kann aber eigentlich nur auf Kosten der Behinderten und ihrer Angehörigen geschehen.

Ich appelliere an die Grünen, den Rückweisungsantrag noch einmal zu überdenken.

**Hess Lorenz** (BD, BE): Der Auslöser für beide Anträge, die wir jetzt auf dem Tisch haben, Nichteintretensantrag und Rückweisungsantrag, ist eigentlich der gleiche. Es ist so, dass schon in der Vorphase, auch in der Phase der Kommissionsarbeit der Eindruck entstanden ist, dass der Einbezug der Kantone zwar nicht ausgeblieben, aber zumindest mangelhaft erfolgt sei. Von daher gilt es, kurz die Seite der Kantone zu beleuchten.

Ein Aspekt, der hier wichtig zu sein scheint, ist sicher derjenige, dass die Einführung dieses «neuen» Kostenverteilens im Umfeld der Spitalfinanzierung zu einer grösseren Komplexität führt, was am Ende wiederum zu einem grösseren administrativen Aufwand führt, gerade auch für die Leistungserbringer und für die Kantone. Dies ist sicher ein Nebeneffekt, der hier nicht gewollt ist. Ganz grundsätzlich ist auch dem Kritikpunkt der Kantone Rechnung zu tragen, wonach sie im Bereich der Invalidenversicherung keine echten Möglichkeiten haben einzugreifen, also keine sogenannten Steuerungsmöglichkeiten haben, aber dann mit einem fixen neuen Kostenschlüssel an der Finanzierung beteiligt sind. Das entspricht, wie uns schon schriftlich mitgeteilt worden ist, nicht der sonst hochgehaltenen fiskalischen Äquivalenz. Man kann auch durchaus darüber diskutieren, ob mit den 20 Prozent – faktisch sind das 60 Millionen Franken – nicht eine Grenze überschritten wird, wenn man bedenkt, was schon mit der neuen Spitalfinanzierung auf die Kantone zugekommen ist, nämlich Mehrkosten in der Höhe von einer Milliarde Franken. Es ist klar, dass hier hinsichtlich Belastung für die Kantone, die mehrheitlich in eher schwierigen Finanzlagen sind, eine Grenze erreicht worden ist.

Was nun die erwähnten beiden Anträge anbelangt, die auf dem Tisch sind: Die BDP-Fraktion ist geteilter Meinung. Ein Teil der Fraktion unterstützt den Nichteintretensantrag der Minderheit; dieser wurde zwangsläufig eingereicht, bevor der Rückweisungsantrag auf dem Tisch lag. Wie gesagt, unterstützt die Fraktion teilweise den Nichteintretensantrag, sie unterstützt jedoch klar den Rückweisungsantrag Gilli, der mit einem entsprechenden Auftrag verbunden ist.

**Stahl Jürg** (V, ZH): Die SVP-Fraktion wird auf diese Revision eintreten. Ich bin überzeugt, dass der Rat entscheidungsreif ist. Die Fakten lagen in der Kommission auf dem Tisch, es fanden Anhörungen statt, und die GDK konnte sich dort auch einbringen. Wir sehen nicht ein, warum wir uns jetzt vor einem Entscheid in diesen Belangen drücken sollten. Der Status quo wird gesichert; wir haben das vom Kommissionsprecher und von der Kommissionsprecherin gehört. Wir können in der laufenden Revision der IV dann die strukturellen Massnahmen, die aus unserer Sicht zwingend nötig sind, weiter verfolgen.

Wenn wir jetzt diesen Entscheid aufschieben, wenn wir nicht eintreten oder wenn wir hier Unsicherheiten im Raume stehen lassen, laufen wir Gefahr, dass wir mittelfristig das Defizit von knapp einer Milliarde Franken in der Invalidenversicherung weiter vorantreiben. Wir haben damals in der Abstimmung zur Mehrwertsteuererhöhung dem Volk klar und deutlich gesagt, dass diese Massnahme zeitlich befristet sei. Es wäre fatal, wenn man sich schon jetzt auf eine Fortführung dieser Massnahme einstellen würde; diese Sorge haben wir. Wir waren dezidiert gegen diese Steuererhöhung und werden das auch in Zukunft sein. Die IV muss strukturell revidiert werden.

Noch ein Wort zum Brief der GDK, der uns sehr kurzfristig erreicht hat: Wir haben im Jahre 2007 eine Motion von Kol-

lege Müller Walter (07.3430) angenommen. Darin wurde das erste Mal auf diese Problematik, vor allem auf den unterschiedlichen Tarif für IV-Patienten und KVG-Patienten, hingewiesen. Es ist aufgrund der angenommenen Motion an der Zeit, diese Problematik fundiert anzugehen. Ein Rückweisungsantrag und ein Nichteintretensantrag entschärfen aber die Situation keinesfalls.

Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, auf diese Revision einzutreten und die Anpassungen, die Ihre Kommission gemacht hat, zu übernehmen. Ich bitte Sie in diesem Sinne, den Antrag der Minderheit Cassis und den Rückweisungsantrag Gilli abzulehnen.

**Berset Alain**, conseiller fédéral: J'aimerais vous inviter au nom du Conseil fédéral à rejeter la proposition de renvoi Gilli, à entrer en matière sur ce projet et à l'accepter.

Et il vaut la peine de revenir brièvement sur le contexte. Le contexte, depuis des années, est celui d'un assainissement de l'assurance-invalidité, avec plusieurs réformes qui se sont succédé, avec actuellement la révision 6b, qui est pendante devant le Conseil national. Et ne pas entrer en matière sur ce projet, ou le renvoyer au Conseil fédéral, ou ne pas suivre le Conseil des Etats dans ce domaine, revient à travailler à l'encontre de ces efforts d'économies.

Cela a été rappelé à plusieurs reprises ce matin: il existait un accord entre les cantons et la Confédération, datant de 1987, qui prévoyait un financement à 80 pour cent par la Confédération, à 20 pour cent par les cantons. Cet accord a été unilatéralement dénoncé par les cantons en 2008. Monsieur Cassis nous a dit que c'était suite à la décision sur la nouvelle péréquation financière. Monsieur Cassis, permettez-moi de vous contredire sur ce point: le financement hospitalier de l'AI n'a jamais fait partie des discussions de la nouvelle péréquation financière. C'est une construction qui vient maintenant expliquer la raison pour laquelle on pourrait ne pas demander aux cantons de participer à hauteur de 20 pour cent au financement, mais ce n'est pas une explication qui tient compte de la réalité des discussions dans le cadre de la nouvelle péréquation financière.

Suite à cette dénonciation unilatérale par les cantons, en 2008, les trois assurances et la Conférence suisse des directrices et directeurs cantonaux de la santé se sont mises d'accord sur une nouvelle réglementation avec un délai transitoire, qui prévoit un financement par l'AI à 90 pour cent pour 2012 et à 100 pour cent à partir de 2013. Le compte est très simple: si l'on tient compte des augmentations de charges pour l'AI et de la question des coûts d'investissement, ce sont 60 millions de francs par année dont on parle maintenant; 60 millions par année qui étaient financés entre 1987 et 2011 par les cantons; et 60 millions qui seraient à l'avenir, en cas de non-entrée en matière, à charge de l'assurance-invalidité.

Ces 60 millions de francs par année représentent environ 1 milliard de francs sur les quinze prochaines années, 1 milliard de francs supplémentaires à la charge de l'assurance-invalidité jusqu'au moment où l'on devrait être complètement sorti de l'endettement de l'assurance-invalidité. Il faut que ce soit clair: ce milliard de francs n'est aujourd'hui pas financé et s'il faut le financer sur les quinze prochaines années, cela signifiera des mesures à prendre dans l'assurance-invalidité. Au moment de prendre une décision, il faut que vous soyez bien conscients de cela.

Je ne reviens pas sur la motion Müller Walter 07.3430, dont il a été également abondamment question ce matin.

Dans le fond, il s'agit ce matin de décider si vous souhaitez modifier ce qui a prévalu entre 1987 et 2008. Faut-il le faire en s'appuyant sur une interprétation de la nouvelle péréquation financière ou non? Je le laisse à votre appréciation. Ayez simplement clairement en tête, au moment de décider, que ces 60 millions de francs par année ne sont pas financés, qu'il faudra prendre des mesures et que cela représente environ 1 milliard de francs jusqu'en 2025. Cet élément très important me conduit à vous inviter à rejeter la proposition de renvoi Gilli.

Je vous invite à suivre la commission et le Conseil des Etats et à entrer en matière sur ce projet.

**Humbel Ruth** (CE, AG), für die Kommission: Ich möchte zwei Aussagen von Befürwortern des Minderheitsantrages noch ins rechte Licht rücken.

Herr Weibel hat gesagt, er wolle keine Kostenverschiebung auf die Kantone. Was er sagte, stimmt natürlich nicht: Es geht nicht um eine Kostenverschiebung auf die Kantone; es geht um die Erhaltung des Status quo. Ich habe bei der Eintretensdebatte gesagt, dass die Kantone von 1987 bis 2011, gestützt auf eine Vereinbarung der Schweizerischen Sanitätsdirektorenkonferenz, 20 Prozent der Spalkosten von IV-Patienten bezahlt haben. Das heisst, bis Ende 2011 hat die IV 80 Prozent der Kosten bezahlt. Es ist nun schon etwas erstaunlich, wenn die Kantone nichts von diesen restlichen 20 Prozent wissen, die sie offenbar über Defizitdeckung bezahlt haben. Neu wird das natürlich etwas transparenter, wie es generell mit der neuen Spalkfinanzierung bei der Krankenversicherung der Fall ist.

Die Motion Müller Walter 07.3430 wurde erwähnt, welche 2007 vom Nationalrat und 2008 vom Ständerat angenommen worden war. Diese Motion verlangt die Anpassung der gesetzlichen Grundlage, wonach den Patienten der IV die gleichen Tarife und Kosten wie den Krankenversicherungspatienten verrechnet werden. Die Idee der generellen Verlagerung der Gesundheitsbehandlungskosten von der IV auf die Krankenversicherung haben wir in der Kommission auch diskutiert. Das hätte dann zur Folge, dass die Kantone 55 Prozent der Kosten übernehmen müssten und nicht nur 20 Prozent, wie das jetzt der Fall ist. Die Kantone bemühen nun den NFA. Ich glaube, dieses Argument ist nicht stichhaltig, denn bis 2011 – da war der NFA bereits in Kraft – haben die Kantone einen Kostenanteil von 20 Prozent bezahlt.

Zum Rückweisungsantrag von Frau Gilli: Dieser Rückweisungsantrag lag der Kommission nicht vor. Ich möchte Sie bitten, ihn abzulehnen. Was will dieser Antrag? In Punkt 1 verlangt er, die bisherige dual-fixe Finanzierung weiterzuführen, d. h. entweder 20 Prozent/80 Prozent oder 10 Prozent/90 Prozent, wie es derzeit gilt – 2012 bezahlen die Kantone nur 10 Prozent. Was wollen wir jetzt? Sollen die Kantone 10 oder 20 Prozent bezahlen? In Punkt 2 wird die Unterbreitung einer gesetzlichen Grundlage verlangt. Diese gesetzliche Grundlage liegt nun vor.

Ich gehe nicht davon aus, dass ein Vernehmlassungsverfahren bei den Kantonen, die übrigens in der Kommission am Hearing vertreten waren, zu einem Meinungsumschwung führen würde. Ich erinnere Sie daran, dass die Ständekammer in der Wintersession diese Vorlage mit 37 zu 2 Stimmen gutgeheissen hat, und ich möchte jetzt einfach an Sie appellieren: Es geht um die Sanierung der IV! Wollen wir die IV mit 60 Millionen Franken mehr belasten?

Ich möchte Ihnen nahelegen, das nicht zu tun und der Kommissionsmehrheit zu folgen.

**Parmelin Guy** (V, VD), pour la commission: C'est quand même un peu le monde à l'envers! C'est bien le Conseil des Etats, lequel est plutôt chatouilleux lorsqu'on touche aux intérêts des cantons en général, qui a pris l'initiative de rédiger cette base légale pour ancrer dans la loi une pratique en vigueur depuis 21 ans. S'il l'a fait, c'est parce qu'il savait que des discussions avaient eu lieu entre l'ancien et l'actuel président de la Conférence suisse des directrices et directeurs cantonaux de la santé, le Conseil fédéral et les représentants de l'Office fédéral des assurances sociales. Il ressortait de ces discussions que les représentants avaient admis que cette pratique pouvait être perpétuée. Là où il y avait plus de problèmes au niveau des cantons, c'est dans des reports en ce qui concerne les prestations complémentaires – mais c'est un autre sujet qui doit être traité dans le cadre de la révision du deuxième paquet de l'AI.

Cela a été rappelé plusieurs fois clairement par de nombreux orateurs à la tribune: un refus d'entrée en matière ou un renvoi risque de compromettre le but d'assainissement de cette assurance, à moins que de nouvelles mesures de

restriction soient proposées pour compenser cette perte. Et là je pense que ce sera extrêmement difficile d'avoir des majorités pour trouver 60 millions pérennes supplémentaires en faveur de l'AI pour compenser la perte issue de la non-entrée en matière sur ce projet.

Je vous invite donc fermement, au nom de la majorité, à voter l'entrée en matière et à rejeter la proposition de renvoi Gilli.

**Präsident** (Walter Hansjörg, Präsident): Wir stimmen zuerst über den Nichteintretensantrag der Minderheit Cassis ab.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/7383)

Für Eintreten ... 133 Stimmen

Dagegen ... 42 Stimmen

**Präsident** (Walter Hansjörg, Präsident): Wir stimmen nun über den Rückweisungsantrag Gilli ab.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/7384)

Für den Antrag Gilli ... 70 Stimmen

Dagegen ... 108 Stimmen

## **2. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)**

### **2. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, deuxième volet)**

*Detailberatung – Discussion par article*

#### **Titel und Ingress; Ziff. I Einleitung**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Titre et préambule; ch. I introduction**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 14bis**

*Antrag der Kommission*

*Titel*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Text*

... Massnahmen im Sinne von Artikel 14 Absätze 1 und 2, die in einem nach Artikel 39 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung zugelassenen Spital erbracht werden, wird zu ...

#### **Art. 14bis**

*Proposition de la commission*

*Titre*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Texte*

... stationnaire dans un hôpital admis au sens de l'article 39 de la loi fédérale du 18 mars 1994 sur l'assurance-maladie sont pris en charge ...

*Angenommen – Adopté*

#### **Ziff. II**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Ch. II**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/7385)

Für Annahme des Entwurfes ... 135 Stimmen

Dagegen ... 36 Stimmen

11.030

**6. IV-Revision.  
Zweites Massnahmenpaket  
6e révision de l'AI.  
Deuxième volet**

*Differenzen – Divergences*

Botschaft des Bundesrates 11.05.11 (BBl 2011 5691)

Message du Conseil fédéral 11.05.11 (FF 2011 5301)

Ständerat/Conseil des Etats 19.12.11 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 30.05.12 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 01.06.12 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)s

Nationalrat/Conseil national 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)

---

**2. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
2. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, deuxième volet)**

**Art. 14bis**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Es handelt sich bei Artikel 14bis um einen vorgezogenen Teil der 6. IV-Revision. Unser Rat hat diesen Teil bereits verabschiedet, und zwar in der Wintersession. Der Nationalrat hat jetzt eine Differenz geschaffen, indem er eine Präzisierung bezüglich der Frage hineingebracht hat, bei welchen Spitälern dann dieser Teiler von 80 und 20 Prozent erfolgen soll. Wir waren immer der Meinung, dass dies eigentlich für diejenigen Spitäler gelten soll, die auf den Listen sind. Der Nationalrat hat dies jetzt entsprechend präzisiert.

Ich beantrage Ihnen, hier dem Nationalrat zu folgen. Es handelt sich nicht um eine inhaltliche Änderung, sondern lediglich um eine Präzisierung. Mit der Zustimmung wäre die Differenzbereinigung in Bezug auf die Vorlage 2 erledigt, sodass die Schlussabstimmung erfolgen könnte.

Ich bitte Sie deshalb, dem Beschluss des Nationalrates zuzustimmen.

*Angenommen – Adopté*

11.030

**6. IV-Revision.  
Zweites Massnahmenpaket  
6e révision de l'AI.  
Deuxième volet**

*Schlussabstimmung – Vote final*

Botschaft des Bundesrates 11.05.11 (BBl 2011 5691)

Message du Conseil fédéral 11.05.11 (FF 2011 5301)

Ständerat/Conseil des Etats 19.12.11 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 30.05.12 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 01.06.12 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)s

Nationalrat/Conseil national 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 2 (BBl 2012 5931)

Texte de l'acte législatif 2 (FF 2012 5473)

---

**2. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-  
Revision, zweites Massnahmenpaket)  
2. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de  
l'AI, deuxième volet)**

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/7686)

Für Annahme des Entwurfes ... 153 Stimmen

Dagegen ... 36 Stimmen

11.030

**6. IV-Revision.  
Zweites Massnahmenpaket  
6e révision de l'AI.  
Deuxième volet**

*Schlussabstimmung – Vote final*

Botschaft des Bundesrates 11.05.11 (BBl 2011 5691)  
Message du Conseil fédéral 11.05.11 (FF 2011 5301)

Ständerat/Conseil des Etats 19.12.11 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 30.05.12 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 01.06.12 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)s

Nationalrat/Conseil national 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 2 (BBl 2012 5931)

Texte de l'acte législatif 2 (FF 2012 5473)

---

**2. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-  
Revision, zweites Massnahmenpaket)  
2. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de  
l'AI, deuxième volet)**

*Abstimmung – Vote*

Für Annahme des Entwurfes ... 38 Stimmen

Dagegen ... 1 Stimme

(2 Enthaltungen)

11.030

## 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket 6e révision de l'AI. Deuxième volet

### Fortsetzung – Suite

Botschaft des Bundesrates 11.05.11 (BBI 2011 5691)  
 Message du Conseil fédéral 11.05.11 (FF 2011 5301)  
 Ständerat/Conseil des Etats 19.12.11 (Erstrat – Premier Conseil)  
 Nationalrat/Conseil national 30.05.12 (Zweitrat – Deuxième Conseil)  
 Ständerat/Conseil des Etats 01.06.12 (Differenzen – Divergences)  
 Ständerat/Conseil des Etats 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)  
 Nationalrat/Conseil national 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)  
 Text des Erlasses 2 (AS 2012 5559)  
 Texte de l'acte législatif 2 (RO 2012 5559)  
 Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)  
 Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)  
 Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)

### 1. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)

#### 1. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, deuxième volet)

#### Antrag der Mehrheit Eintreten

*Antrag der Minderheit*  
 (Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Piller Carrard, Rossini, Steiert)  
 Nichteintreten

*Antrag der Minderheit*  
 (Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Ingold, Lohr, Piller Carrard, Rossini, Steuer, van Singer)  
 Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat  
 Die Vorlage «IV-Revision 6b» ist auf der Basis der ersten Evaluation zur 5. IV-Revision sowie der ersten Erkenntnisse aus der Umsetzung der Revision 6a zu überarbeiten. Dabei sollen zwei Fragen im Vordergrund stehen:  
 1. Welche Instrumente zur Förderung der Wiedereingliederung in der Praxis erweisen sich als wirkungsvoll?  
 2. Welche zusätzlichen Massnahmen zur Unterstützung von Menschen mit psychischen Krankheiten sind notwendig?

*Antrag der Minderheit*  
 (Ingold, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Hardegger, Lohr, Schenker Silvia, Schmid-Federer, Steiert, van Singer)  
 Rückweisung der Vorlage 3 an die Kommission  
 und Beratung, sobald signifikante und aussagekräftige Ergebnisse der Evaluation zu den Revisionen 5 und 6a vorliegen.  
 (betrifft folgende Bestimmungen: Art. 14 Abs. 2bis, 2ter; 14a Abs. 2bis; 17 Abs. 3; 21 Abs. 2bis; 28; 38 Abs. 1, 1bis; 38bis Abs. 3; 51; Ziff. II Bst. c; Änderung bisherigen Rechts Ziff. 3 Art. 35ter, Übergangsbestimmung)

*Proposition de la majorité*  
 Entrer en matière

*Proposition de la minorité*  
 (Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Piller Carrard, Rossini, Steiert)  
 Ne pas entrer en matière

*Proposition de la minorité*  
 (Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Ingold, Lohr, Piller Carrard, Rossini, Steuer, van Singer)  
 Renvoyer le projet au Conseil fédéral  
 avec mandat de remanier le projet de révision 6b de l'AI sur la base de la première évaluation de la 5e révision de l'AI et des premières constatations résultant de la mise en oeuvre de la révision 6a. A cette fin, il convient de répondre essentiellement à deux questions:  
 1. Quels outils destinés à encourager la réadaptation sont efficaces?  
 2. Quelles mesures supplémentaires visant à soutenir les personnes qui souffrent de maladies psychiques sont nécessaires?

*Proposition de la minorité*  
 (Ingold, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Hardegger, Lohr, Schenker Silvia, Schmid-Federer, Steiert, van Singer)  
 Renvoyer le projet 3 à la commission  
 et examen aussitôt que l'évaluation des révisions 5 et 6a aura fourni des résultats significatifs.  
 (concerne les dispositions suivantes: art. 14 al. 2bis, 2ter; 14a al. 2bis; 17 al. 3; 21 al. 2bis; 28; 38 al. 1, 1bis; 38bis al. 3; 51; ch. II let. c; modification du droit en vigueur ch. 3 art. 35ter, disposition transitoire)

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Wir werden sowohl den Antrag der Minderheit Schenker Silvia auf Nichteintreten, den Antrag der Minderheit Schenker Silvia auf Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat als auch den Antrag der Minderheit Ingold, welche bestimmte Artikel der Vorlage 1, insbesondere die Frage der Reisekosten und der Kinderrente, in eine Vorlage 3 überführen und diese Vorlage an die Kommission zurückweisen will, in der Eintretensdebatte gemeinsam behandeln.

**Humbel** Ruth (CE, AG), für die Kommission: Wir beraten heute den letzten Schritt des Sanierungsplans der Invalidenversicherung. Ein kurzer Rückblick zur Ausgangssituation sowie zu den bisherigen Sanierungsetappen: Nach Jahren der Misswirtschaft hat die IV ein Loch von 15 Milliarden Franken in den AHV-Fonds gerissen. Seit 2006 hat sich das Defizit bei rund 1 Milliarde Franken pro Jahr stabilisiert. Dank der Zusatzfinanzierung hat die IV im letzten Jahr eine ausgeglichene Rechnung erzielt. Ohne die Mehrwertsteuer hätte sie noch immer ein Defizit von gegen 1 Milliarde Franken ausgewiesen. Es braucht daher diesen letzten, unbequemen Schritt des Plans zur Sanierung dieses wichtigen Sozialwerkes. Nur eine Sozialversicherung auf solider finanzieller Basis gewährleistet den Menschen mit Behinderungen auch in Zukunft die ihnen zustehenden Leistungen.  
 Ein erster Revisionschritt wurde vom Volk am 17. Juni 2007 mit der Annahme der 5. IV-Revision eingeleitet. Die 2008 in Kraft getretenen Massnahmen zur Früherfassung und Frühintervention sowie neue Integrationsmassnahmen werden in

der Praxis zum Nutzen und Vorteil behinderter Menschen, insbesondere psychisch Behinderter, erfolgreich eingesetzt. Zudem konnte das Defizit stabilisiert werden.

Am 27. September 2009 haben Volk und Stände den zweiten Schritt des Sanierungsplans angenommen, die Zusatzfinanzierung der IV. Mit der auf sieben Jahre bis 2017 befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte wird das Defizit der IV vorübergehend beseitigt. Seit dem 1. Januar 2011 verfügt die IV über einen eigenen Fonds mit einer Kapitalbasis aus der AHV von 5 Milliarden Franken. Die AHV muss folglich nicht mehr für Fehlbeträge der IV aufkommen, und die Aushöhlung der AHV-Reserve durch die IV bei der AHV wurde gestoppt. Während der Dauer der Zusatzfinanzierung übernimmt der Bund die Schuldzinsen der IV von rund 160 Millionen Franken jährlich.

Mit der dem Volk unterbreiteten Finanzierungsvorlage wurde der klare politische Wille zum Ausdruck gebracht, dass bis zum Auslaufen der befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer das Betriebsdefizit eliminiert und die entsprechende Betriebsrechnung, also das Verhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen, durch weitere Gesetzesrevisionen in die dringend notwendige Balance gebracht werden soll. Genau dafür braucht es dieses zweite Massnahmenpaket der 6. IV-Revision.

Die 6. IV-Revision wurde also in zwei Massnahmenpakete aufgeteilt. Die IV-Revision 6a ist seit Anfang 2012 in Kraft und umfasst im Wesentlichen folgende Massnahmen: eingliederungsorientierte Rentenrevision, Einführung des Assistenzbeitrages, neuer Finanzierungsmechanismus für den Bundesbeitrag und Preissenkungsmassnahmen bei den Hilfsmitteln. Das nun vorliegende, zweite Massnahmenpaket der 6. IV-Revision soll die Sanierung der IV mit folgenden Massnahmen vervollständigen:

Die erste Massnahme besteht in der Einführung eines stufenlosen Rentensystems zur Stärkung des Grundsatzes «Arbeit muss sich lohnen». Das verfeinerte Rentensystem eliminiert den falschen Anreiz, dass die Rente bei verbesserter Arbeitsfähigkeit stärker reduziert wird, als sich das Arbeitseinkommen erhöht. Um diesen Schwelleneffekt zu eliminieren, wird dem Invaliditätsgrad eine bestimmte Rentenhöhe zugeordnet. Versicherte, welche eine Erwerbstätigkeit aufnehmen oder ihr Arbeitspensum erhöhen, werden künftig nicht mehr finanziell bestraft. Ab einem Invaliditätsgrad von 80 Prozent – anstatt wie heute von 70 Prozent – wird eine volle Rente gewährt. Für Rentnerinnen und Rentner ab 55 Jahren ist der Besitzstand gewahrt. Gleichzeitig soll dieses Rentensystem auch bei der zweiten Säule eingeführt werden. Mit dieser Massnahme sollen rund 150 Millionen Franken eingespart werden, 70 Millionen bei neuen Renten und 80 Millionen bei laufenden Renten.

Die zweite Massnahme soll zu einer verstärkten Eingliederung und zum Verbleib im ersten Arbeitsmarkt führen. Obwohl die vorliegende Gesetzesänderung Massnahmen für alle Versicherten vorsieht, ist sie in der Praxis vor allem auf Menschen mit einer psychischen Behinderung ausgerichtet, welche die grösste Gruppe der IV-Rentnerinnen und -Rentner ausmachen. Einerseits wird die Früherfassung erweitert, und andererseits wird die zeitliche Befristung von Integrationsmassnahmen aufgehoben, da bei Menschen mit einer psychischen Behinderung die Eingliederung länger dauern kann als bei anderen Versicherten. Die IV-Stellen können zur besseren Prävention von Invalidität sämtlichen Behinderter und Arbeitgebern Beratungen und Begleitungen anbieten, ungeachtet einer anderen Leistung der IV und ohne dass eine Anmeldung bei der IV erforderlich ist.

Die dritte Massnahme sieht eine Reduktion der Höhe der sogenannten Kinderrente bzw. der Zulage an Eltern mit einer AHV- oder IV-Rente von bisher 40 Prozent auf 30 Prozent der Grundrente vor. Damit soll eine Anpassung an die tatsächlichen, durch die Kinder verursachten prozentualen Zusatzkosten gemäss den Äquivalenzskalen der OECD und der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe erfolgen.

Als vierte Massnahme sieht die Vorlage eine neue Regelung der Reisekosten vor. Damit soll die Kostenübernahme auf die vom Gesetzgeber ursprünglich vorgesehenen Leistun-

gen begrenzt werden, d. h. auf die Übernahme der behinderungsbedingt notwendigen Kosten bzw. Mehrkosten.

Als fünfte Massnahme soll die Bekämpfung des Versicherungsmissbrauchs verstärkt werden. Die Rechtsgrundlagen wurden ursprünglich mit der 5. IV-Revision geschaffen. Die vorliegende Revision bringt eine weitere Verbesserung der Abläufe, um auch bei anderen Sozialversicherungen eine wirksame Bekämpfung von Betrug erzielen zu können.

Mit der sechsten Massnahme wird ein Modus für die Entschuldung der IV und den Schuldenabbau gegenüber der AHV vorgeschlagen. Wie bereits angesprochen, hat die IV im Moment bei der AHV eine Darlehensschuld von rund 15 Milliarden Franken. Seit 2011 und bis zum Ablauf der Zusatzfinanzierung Ende 2017 übernimmt der Bund die Verzinsung. Danach muss die IV diese Schuld sukzessive abbauen und dem AHV-Fonds zurückbezahlen. Die Vorlage sieht deshalb eine an den Bestand der flüssigen Mittel und der Anlagen des IV-Fonds gekoppelte Rückzahlung vor. Macht der Anteil dieser Mittel mehr als 50 Prozent einer Jahresausgabe aus, so wird dieser Überschuss vollumfänglich zur Schuldentilgung an den AHV-Fonds überwiesen.

Zu guter Letzt schlagen Bundesrat und Ständerat einen Interventionsmechanismus vor zur künftigen Verhinderung von Defiziten und einer erneuten Verschuldung der IV nach Ende 2017. Bei einem bedrohlichen Absinken der Mittel im IV-Ausgleichsfonds unterbreitet der Bundesrat der Bundesversammlung Gesetzesänderungen, welche zur langfristigen Sicherstellung des finanziellen Gleichgewichts notwendig sind.

Entgegen dem Ständerat will die klare Kommissionsmehrheit hingegen nichts von einer automatischen Anpassung auf der Ausgaben- und Einnahmenseite im Sinne einer Opfersymmetrie wissen, sofern der IV-Fonds unter 40 Prozent einer Jahresausgabe fällt. Die Kommission will dann eine politische Diskussion im Parlament und keinen Automatismus.

Ihre SGK hat diese komplexe Vorlage zwischen Februar und Oktober 2012 an sechs Sitzungen beraten, nachdem der Ständerat die Vorlage vor einem Jahr, in der Wintersession 2011, mit 33 zu 1 Stimmen bei 6 Enthaltungen verabschiedet hatte.

Die von der Kommission beschlossenen Einsparmassnahmen belaufen sich auf zirka 360 Millionen Franken, das sind zirka 115 Millionen Franken mehr, als der Ständerat beschlossen hat. Damit liegt die SGK auf der Linie des Bundesrates, der im Gegensatz zum Ständerat auch laufende Renten dem linearen Rentensystem unterstellen möchte. Im Weiteren hat die knappe Kommissionsmehrheit gegenüber der ständerätlichen Fassung Mehreinsparungen von zirka 20 Millionen Franken durch verschiedene zusätzliche Kürzungen bei den Reise- und Verpflegungskosten beschlossen.

Die SGK ist am 29. März 2012 mit 15 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung auf die Vorlage eingetreten. Den Rückweisantrag hat sie mit 13 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Den Antrag auf Teilung und Rückweisung hat die SGK an ihrer Sitzung vom 11. Oktober mit 13 zu 12 Stimmen abgelehnt. Gleichentags hat die Kommission der Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 14 zu 11 Stimmen zugestimmt.

Diese Gesetzesrevision ist der letzte Schritt im Rahmen der notwendigen Sanierungsmassnahmen der IV. Es braucht sie, um die Invalidenversicherung als wichtiges Sozialversicherungswerk wieder auf eine solide, dauerhafte Basis zu stellen, und es braucht sie ebenso zur Stabilisierung der AHV, der Schwesterversicherung der ersten Säule.

Im Namen der Kommissionsmehrheit bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen der Kommissionsmehrheit zu folgen.

**Cassis** Ignazio (RL, TI), pour la commission: L'Al, l'assurance-invalidité, est malade. Ce pilier social est important et il mérite d'être soigné et guéri. Nous débattons aujourd'hui du dernier morceau d'un paquet de réformes mises au point il y a dix ans. Les 4e et 5e révisions, entrées en vigueur en 2004

et 2008, ont stabilisé l'accroissement du déficit annuel. La révision 6a de l'AI est entrée en vigueur au 1er janvier 2012 et permet une meilleure intégration des handicapés et un examen régulier des rentes. A ces réformes s'ajoute, depuis janvier 2011, le financement additionnel par la TVA, limité à sept ans. Celui-ci rapporte environ 1 milliard de francs par an à l'assurance-invalidité, jusqu'en 2017.

Il ne nous reste que ce dernier morceau, la révision 6b, qui nous permettra d'équilibrer les comptes de l'AI de manière durable, même si l'équilibre interviendra seulement à partir de 2025 à 2030, ce qui nous obligera à faire payer les dettes à la prochaine génération. L'AI a vu sa situation financière continuer à se dégrader depuis bientôt 40 ans. La politique a observé impuissante cette évolution jusqu'à l'an 2000. Il est donc temps d'agir pour rembourser la dette actuelle de 15 milliards de francs supportée par l'AVS.

Les médias, les associations de personnes handicapées et la gauche nous demandent d'arrêter l'exercice, vu le bénéfice de 500 millions de francs prévu cette année. Mais il faudrait avoir un bénéfice identique pendant 30 ans pour rembourser la dette de 15 milliards auprès de l'AVS! Et l'AVS est aussi sous pression, à cause du vieillissement de la population. Il est donc temps d'agir pour désendetter cette assurance.

Cette révision apporte les adaptations nécessaires au système, de manière à éliminer ses effets pervers et à améliorer sa structure. Ces adaptations sont les suivantes:

1. renforcement de la réadaptation et des mesures de maintien en emploi, notamment pour les personnes souffrant d'un handicap psychique;
2. renforcement de la lutte contre la fraude;
3. introduction d'un système de rentes linéaire;
4. création d'un mécanisme d'intervention garantissant l'équilibre financier à long terme;
5. adaptation des rentes complémentaires versées aux bénéficiaires de rentes avec enfant;
6. nouvelle réglementation des frais de voyage.

Ces mesures permettent de stabiliser la situation financière, même à partir de 2018, lorsque le financement additionnel de l'AI par un relèvement temporaire des taux de la TVA prendra fin. Nous demandons des sacrifices à tout le monde pour assainir cette assurance, aux bien-portants comme aux bénéficiaires de rentes AI. Nous savons que ces mesures sont désagréables, mais, je le répète, il s'agit du destin de cet important pilier social, de notre destin à tous, bien portants, malades, invalides.

Une minorité Schenker Silvia ne voit pas la nécessité d'agir et demande donc de ne pas entrer en matière. La commission vous invite, par 15 voix contre 8 et 1 abstention, à entrer en matière. Le besoin d'assainissement est donc reconnu.

Une deuxième minorité Schenker Silvia souhaite renvoyer le projet au Conseil fédéral, en le chargeant de le remanier pour en réduire les économies. La commission vous invite, par 13 voix contre 10 et 1 abstention, à rejeter cette proposition.

Une dernière minorité, défendue par Madame Ingold, demande de séparer les deux points, rente complémentaire pour invalide avec enfant et frais de voyage, du reste de l'objet et de les renvoyer à votre commission dans le but de suspendre le débat en attendant de connaître l'évolution financière de l'AI.

A une courte majorité de 13 voix contre 12, la commission vous invite à rejeter cette proposition de séparation des projets.

Enfin, le projet du Conseil fédéral prévoyait des économies de 325 millions de francs. La version élaborée par le Conseil des Etats, en décembre 2011, en prévoyait de 250 millions de francs, et la version de la commission prévoit maintenant des économies de 360 millions de francs.

Si vous adoptez la proposition de la minorité Ingold, qui a pour but de diviser le projet en deux parties, le montant des économies sera de 105 millions de francs au lieu de 360 millions et le désendettement de l'assurance durera quatre ans de plus.

**Schenker Silvia (S, BS):** Es war so, es ist so, und es wird immer so sein: Nicht die Personen, die einen Antrag stellen, entscheiden darüber, ob sie eine IV-Rente erhalten oder nicht: Es sind die IV-Stellen oder im Falle eines Rekurses die Gerichte. Es ist also ungerecht und geradezu zynisch, wenn in erster Linie und fast ausschliesslich die Betroffenen die Lasten der IV-Revisionen zu tragen haben. Sie sind nicht diejenigen, welche die Verantwortung für die finanzielle Situation der IV tragen. Eine IV-Revision jagt die andere. Kein anderes Sozialwerk wurde in so rascher Folge revidiert wie die IV. Wenn es einen anderen Bereich gibt, in dem ebenso hektisch Revisionen durchgeführt werden, dann ist es der Asylbereich.

Die diversen IV-Revisionen wurden immer unter dem Titel «Stärkung der Integration» verkauft. Aber gleichzeitig wurden jedes Mal mehr oder weniger happige Spar- oder Abbaumassnahmen beschlossen; zum Beispiel bei der 5. IV-Revision. Früherfassung und Frühintervention haben sich als wirkungsvolle Instrumente erwiesen. Aber – und davon wird heute wenig gesprochen – die 5. IV-Revision hat auch zur Folge, dass der Zugang zu einer IV-Rente deutlich erschwert wurde. Heute werden 47 Prozent weniger Neurenten gesprochen als im Jahr 2003. Selbstverständlich freue ich mich über jede gelungene Integration eines Menschen mit Behinderung im ersten Arbeitsmarkt. Doch ob wirklich alle, die gemäss heutiger Praxis und Rechtsprechung keine IV-Rente erhalten, an einem Arbeitsplatz integriert sind, bezweifle ich stark.

Mit der IV-Revision 6a sollen 17 000 Personen aus der Rente in den Arbeitsmarkt integriert werden. Auch das ist ein Beispiel dafür, dass die Betroffenen mit Unsicherheit und Druck konfrontiert sind. Wen trifft es? Wie wird ihm oder ihr geholfen? Gibt es wirklich einen Arbeitsplatz, und schafft er oder sie es wirklich auf Dauer, dort die geforderte Leistung zu erbringen? Dies nur zwei Beispiele dafür, dass in erster Linie Menschen mit Leistungseinschränkungen die Last der vergangenen IV-Revisionen tragen.

Mit meinem Nichteintretensantrag möchte ich einen Marschhalt erwirken. Nicht nur die Betroffenen, sondern auch die IV-Stellen standen und stehen vor grossen Herausforderungen, sowohl bei der Umsetzung der 5. IV-Revision als auch bei der Umsetzung der IV-Revision 6a. Damit die Wirkungen dieser beiden Revisionen wirklich seriös evaluiert werden können, braucht es Zeit. Ebenso braucht es Zeit, damit allfällige neue Instrumente zur Unterstützung der Integration gesucht und gefunden werden können.

Eines meiner Kernanliegen ist seit vielen Jahren die Frage, wie Menschen mit psychischen Erkrankungen einen Platz in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft finden. Trotz der guten Zahlen, die in den letzten Wochen präsentiert wurden, gibt es im Bereich der Integration von psychisch Kranken viel Handlungsbedarf. Gefragt ist aber nicht mehr Handlung, es braucht neue Ideen. Es braucht zuallererst die Erkenntnis, dass wir hier noch viele offene Fragen und viele ungelöste Probleme haben.

Im Gegensatz zu den Betroffenen werden die Arbeitgeber nach wie vor sehr pfleglich behandelt: Bei ihnen spricht man vom «Beseitigen von Hürden», man spricht von «Anreizen», man spricht von «Sensibilisierung», obwohl alle wissen, dass es vor nicht allzu langer Zeit noch so war, dass für die Arbeitgeber die Invalidenversicherung ein gutes Gefäss war, um Arbeitnehmende loszuwerden, ohne die Verantwortung für deren materielle Not übernehmen zu müssen.

Wenn Ihnen der Nichteintretensantrag meiner Minderheit zu weit geht, können Sie den Rückweisantrag meiner Minderheit unterstützen. Mit dem Rückweisantrag wird wenigstens Tempo aus den Revisionen genommen und dem Bundesrat der klare Auftrag gegeben, zuerst die 5. IV-Revision zu evaluieren, erste Resultate der Revision 6a abzuwarten und die bereits eingeführten Instrumente in Bezug auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Die Revision 6b ist nicht notwendig. Gemäss den Szenarien des Bundesrates wird die IV auch ohne diese Revision positive Abschlüsse vorweisen. Sogar eine Entschuldung ist gemäss den Berechnun-

gen möglich. Es gibt also keinen Grund für Rentenkürzungen.

Ich bitte Sie, meinen Minderheitsanträgen zu folgen.

**Ingold Maja (CE, ZH):** Ich beantrage Ihnen, das zweite Massnahmenpaket der 6. IV-Revision in zwei Vorlagen zu splitten: Die Vorlage 1 beinhaltet die wichtige Änderung des Rentensystems, die verstärkte Eingliederung, die Betrugsbekämpfung, die Entschuldung der IV sowie die Einführung eines Interventionsmechanismus. Inhalt der Vorlage 3 sind dann die Änderungen bei der Kinderrente und bei den Reisekosten. Sie wird erst beraten, wenn aussagekräftige Kennzahlen zu den Ergebnissen der bisherigen drei Revisionen vorliegen.

Meine Begründung: Der Bundesrat zielte darauf ab, dem Parlament eine Revision zu unterbreiten, mit der die IV saniert werden kann, und zwar einerseits mit einer Systemverbesserung und andererseits mit einer weiteren Reduktion der Ausgaben, was vor allem heisst: der Renten. Hier liegt das grösste Sanierungspotenzial. Die Kürzung der Renten, vor allem kumuliert mit den gekürzten Kinderrenten, ergeben im Worst Case einschneidende Einbussen. Sie sagen, es treffe ja nur wenige. Aber für jene, die zu diesen Wenigen gehören, ist es eine harte Realität. Der Bundesrat ist in seiner Botschaft vor bald zwei Jahren davon ausgegangen, dass nichts daran vorbeiführt und dieses Sanierungsvolumen zur Entschuldung nötig ist, wenn wir erfüllen wollen, was wir dem Volk bei der Abstimmung über die Zusatzfinanzierung versprochen haben. Aber nun hat der Bundesrat neue Zahlen gebracht. Die Sanierungsstrategie der vorangegangenen Revisionen erweist sich als wirkungsvoll, und dank der Zusatzfinanzierung und den greifenden Sparmassnahmen schreibt die IV positive Rechnungsüberschüsse, mit welchen sie bis 2018 die AHV-Schuld reduzieren kann. Und nach Ablauf des Mehrwertsteuerzuschlages kann sie mit Überschüssen die Schuld weiter abzahlen, sodass diese bis 2029 mit den bisher in Kraft gesetzten Massnahmen vollumfänglich abgetragen sein wird.

Den Finanzperspektiven des Bundesrates liegen die neuesten demografischen, wirtschaftlichen und invaliditätsbezogenen Szenarien zugrunde. Wir können diese nun einfach ignorieren und die ganzen Rentenkürzungen durchziehen – d. h., das ganze Sanierungspotenzial realisieren, bis und mit Kinderrenten und Reisekosten –, mit der Begründung, dass wir auf der sicheren Seite sein wollen. Oder wir können einen Teil der umstrittensten Entscheide verschieben, bis Ergebnisse und zumindest aussagekräftige Hinweise vorliegen, wie die in Kraft gesetzten Revisionen umgesetzt werden. Es reicht nicht, finanziell auf der sicheren Seite sein zu wollen, wo es um die Existenzgrundlagen für behinderte Menschen geht. Wir sind es ihnen schuldig, genau hinzuschauen und erst dann auf ihre Kosten allfällige einschneidende Massnahmen zu ergreifen, wenn es notwendig sein sollte. Die Verschiebung der Entscheide über Kinderrenten und Reisekosten nimmt dem sicheren Referendum der Behindertenorganisationen die Spitze. Es dürfte nämlich schwierig werden, dem Schweizervolk plausibel zu machen, dass es einschneidende Rentenkürzungen bei Schwerbehinderten und deren Familien beschliessen soll, mit dem einzigen Ziel, die Schulden gerade mal vier Jahre früher abzutragen.

Im Falle einer Ablehnung des ganzen Massnahmenpaketes versenken wir die wichtige und sinnvolle stufenlose Rentensystematik. Zurück auf Feld eins wäre ein Rückschritt für die IV, den ich verhindern will. Damit wäre auch die Verminderung der Schwelleneffekte, der Negativanreize zur Arbeitsintegration, nicht realisierbar. Wir haben das Ziel, dass sich Arbeit lohnen muss. Deshalb sind die Massnahmen zur Eingliederung aus der Rente vor allem für psychisch Behinderte für den Erfolg von fundamentaler Bedeutung. Mit dem Splitten und der Rückweisung der Vorlage 3 entschärfen wir diese Revision und schaffen taktisch gesehen bessere Voraussetzungen für die Erreichung des Reformziels. Dieser Meinung sind auch der Bundesrat, die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren, die Konfe-

renz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren, der Schweizerische Städteverband und der Schweizerische Gemeindeverband. Sie alle begrüssen diese Strategie, weil sie von dem, was wir auf Bundesebene legiferieren, betroffen sind.

Ich ersuche Sie, meinem Minderheitsantrag zuzustimmen – mit Blick auf die Auswirkungen auf die anderen politischen Ebenen und mit einer gesellschaftspolitischen, nicht nur finanzpolitischen Sicht.

**Schmid-Federer Barbara (CE, ZH):** Die einen wollen die Revision der Invalidenversicherung stoppen; zu rasch, zu viel werde auf dem Rücken der Betroffenen gespart. Die anderen mahnen, ohne die scharfe Weiterführung der Sanierung wäre das Werk per se in seiner Existenz bedroht. Die Wahrheit liegt wie immer in der Mitte. Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt die drei Leitsätze für die 6. IV-Revision: Eingliederung vor Rente, Integration aus der Rente sowie lohnende Arbeit.

Die IV-Sanierung befindet sich jetzt in der letzten Etappe. Einerseits ist unbestritten, dass gewisse strukturelle Elemente der Revision 6b wichtig und notwendig sind, auf der anderen Seite hören wir nicht nur von der Bevölkerung, sondern auch von Kantonen, Sozialdirektoren und Finanzdirektoren zunehmend den Ruf nach einer Verlangsamung der fortlaufenden Revisionen. Immerhin haben wir es hier mit einer ungewöhnlichen Sanierung zu tun, denn sie muss in diesem Fall von Menschen mit Handicap, von Menschen mit zum Teil schwersten Behinderungen mitgetragen werden. Das ist für viele von ihnen schwer, zum Teil sogar unmöglich. Diese letzte Sanierungsphase ist deshalb mit besonderer Vorsicht anzugehen. Die unbestrittenen strukturellen Anpassungen der Revision 6b sollen möglichst rasch und effizient durchgeführt werden. Sie dürfen nicht Gefahr laufen, abgelehnt zu werden, weil beim kommenden Referendum das Kind mit dem Bad ausgeschüttet wird.

Unbestritten sind einerseits der Übergang zum linearen Rentenmodell, die erweiterte Früherfassung und die Fortsetzung der Betrugsbekämpfung. Andererseits wurde von verschiedener Seite – von Behindertenverbänden, von der Sozialdirektorenkonferenz, von der Finanzdirektorenkonferenz – die dringende Bitte an uns gerichtet, diejenigen Artikel, welche über das Sanierungsvolumen bestimmen, vorläufig zu sistieren. Dieser Meinung ist auch der Bundesrat. Der meistgenannte Grund dafür waren die fehlenden Zahlen der 5. Revision sowie der Revision 6a.

Im Verlauf der Beratungen sind tatsächlich neue Zahlen, neue Indizien, aber auch neue Fakten aufgetaucht. Aufgrund all dieser neuen Zahlen – Frau Ingold hat schon Zahlen erwähnt und wird noch mehr davon erwähnen – hat sich die CVP/EVP-Fraktion grossmehrheitlich für die Variante Splitting, also den Antrag der Minderheit Ingold, ausgesprochen. Die Kürzungen der Zulage für Erwachsene, der Kinderrenten und der Reisekosten werden somit sistiert, während die strukturell relevanten Veränderungen vorgenommen werden können. Damit würde sich die Entschuldung der IV gemäss vorsichtiger Berechnung um zwei Jahre verzögern.

**Ingold Maja (CE, ZH):** Für die CVP/EVP-Fraktion sind diejenigen Massnahmen wichtig, die eine strukturelle Verbesserung und damit mehr Wirkung bringen und/oder zur Erreichung des Sanierungsziels beitragen. Die verstärkte Eingliederung und der Verbleib im Arbeitsmarkt sind Massnahmen, die die schon mit den IV-Revisionen 5 und 6a eingeführten Instrumente optimieren sollen. Sie sind in der Revision 6b vor allem auf Menschen mit einer psychischen Behinderung ausgerichtet, weil diese die grösste Gruppe der Rentnerinnen und Rentner ausmachen.

Das Stichwort für die 5. Revision war «Eingliederung vor Rente»; für diese Revision gilt «Eingliederung aus der Rente». Die Weiterentwicklung geschieht in der Früherfassung und im Beratungsangebot zur Eingliederung für die Arbeitgeber. Ein weiteres Element der Anpassung des Rentensystems ist der Übergang vom Treppensystem zum stufenlosen Rentensystem, das die unerwünschten Schwelleneffekte

fekte mindert und die Arbeitsanreize stärkt. Es sind vor allem diese systemischen Verbesserungen, die die Wirksamkeit der letzten Revision optimieren; sie sind sehr wichtig für den Sanierungserfolg bei der IV. Schon deshalb will die CVP/EVP-Fraktion auf die Vorlage eintreten.

Mit der hier beantragten neuen Systematik erfolgen aber auch teils massive Renteneinbrüche, indem nämlich erst ab einer 80-prozentigen Invalidität eine volle Rente gewährt werden soll und nicht, wie bisher, ab 70 Prozent. Dies schafft schwere Vorbehalte, vor allem bei den Fraktionsmitgliedern, die die gesellschaftliche und arbeitsmarktliche Realität der Rentenbezügerinnen und -bezüger kennen. Diese Realität heisst: Die Chance, dass mit einer kleinen Restarbeitsfähigkeit eine Erwerbsarbeit gefunden werden kann, ist praktisch null. Deshalb ist das Konzept der Kompensation der gekürzten Rente mit Erwerbsarbeit sehr zweischneidig, wenn nicht zynisch. Deshalb wird die Fraktionsminderheit den Antrag der Minderheit Lohr unterstützen.

Auch die Kürzung der Kinderrenten und die neue Regelung der Reisekosten sind Massnahmen, die vor allem dem Erreichen des Sanierungsziels dienen. Die Sozialverträglichkeit dieser Massnahmen wird allerdings von den Familienparteien CVP und EVP als heikel beurteilt. In ihrer Vernehmlassungsantwort hat die CVP geschrieben, sie widersetze sich der Reduktion der Kinderrenten von 40 auf 30 Prozent «mit Nachdruck». Vor allem die Kürzung der Kinderrenten kann zu kumulierten Kürzungen der Gesamrente von mehr als einem Drittel führen. An diesem Punkt spätestens muss man nochmals fragen: Braucht es dieses Sanierungsvolumen wirklich? Man muss eine ehrliche Neubeurteilung machen, diesen Gedanken legen die neuen Zahlen des Bundesrates nahe.

Vieles am Wirkungsmechanismus ist noch unklar. Aber klar ist, dass man mehr aussagekräftige Ergebnisse der in Kraft getretenen Revisionen kennen muss, um abschätzen zu können, ob das Sanierungsziel gemäss der Botschaft des Bundesrates, die fast zwei Jahre alt ist, noch richtig ist. Es kommt dazu, dass die Hochrechnungen der Behindertenverbände und die Hochrechnungen, die der SGK vorgelegt wurden, weit auseinanderlagen, sodass eine Interpretation und seriöse Schlussfolgerung schwierig wurde. Deshalb hat eine Mehrheit unserer SGK-Delegation sogar die Rückweisung unterstützt.

Seither haben wir aber neue Erkenntnisse. Die neuen Zahlen und Diagramme zum Sanierungsplan für die IV schaffen eine neue Situation. Sie beruhen auf einem vorsichtigen Szenarium. Man kann dem Bundesrat glauben oder nicht – es ist sogar von Kaffeesatzlesen gesprochen worden –, aber auf jeden Fall kann diese Entschuldungskurve nicht ignoriert werden. Schauen wir doch, wie sich die Prognose hält, und schaffen wir mit dem Interventionsmechanismus ein zuverlässiges Instrument, welches das finanzielle Gleichgewicht der IV und die Aussicht auf Entschuldung im Falle einer Entgleisung sicherstellt. Das heisst: Verschieben wir einen Teil der umstrittensten und sozialpolitisch heikelsten Artikel in die Vorlage 3.

Die CVP/EVP-Fraktion wird grossmehrheitlich meinen Minderheitsantrag unterstützen, verbunden mit einer Stärkung des Interventionsmechanismus. So wird die Erreichung des Sanierungsziels dennoch gewährleistet.

**Pezzatti Bruno (RL, ZG):** Die FDP-Liberale Fraktion wird für Eintreten stimmen, den Rückweisungsantrag der Minderheit Schenker Silvia sowie das Splitting der Vorlage und die Rückweisung der Vorlage 3 gemäss Minderheit Ingold ablehnen.

Zur Begründung: Die finanzielle Situation der IV ist trotz des wahrscheinlich positiven Rechnungsabschlusses im zu Ende gehenden Rechnungsjahr weiterhin besorgniserregend. Das diesjährige, positive Rechnungsergebnis ist nur dank der jährlichen Mehreinnahmen der bis und mit 2017 befristeten Mehrwertsteuererhöhung möglich. Der in den Vorjahren angehäufte Schuldenberg der IV bei der AHV beträgt exorbitante 15 Milliarden Franken. Der von Bundesrat und Parlament beschlossene Sanierungsplan ist deshalb

konsequent zu Ende zu führen. Genau das wurde dem Steuerzahler in der Abstimmung über die befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer versprochen. Versprechen gilt es einzuhalten.

Der Plan besteht bekanntlich aus drei Schritten. Im ersten Schritt ging es darum, das jährliche IV-Defizit mit der 4. und 5. IV-Revision, welche seit 2004 respektive seit 2008 in Kraft sind, zu stabilisieren. 2009 nahmen bekanntlich das Schweizer Stimmvolk und die Stände den umstrittenen zweiten Schritt des Sanierungsplans an, sprich eine befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent. Mit dieser Steuererhöhung kann das jährliche Defizit der IV vorübergehend beseitigt werden, bei gutem Wirtschaftsverlauf wie in diesem Jahr kann wahrscheinlich allenfalls ein Einnahmenüberschuss für erste Schuldentilgungen erzielt werden.

Die Steuererhöhung, welche der IV immerhin rund 1,2 Milliarden Franken pro Jahr an Zusatzeinnahmen generiert, plus das 2011 hinzugekommene Startkapital der AHV für den IV-Ausgleichsfonds von 5 Milliarden Franken sowie die Übernahme der Schuldzinsen durch den Bund sind in der Volksabstimmung nur deshalb klar angenommen worden, weil die damalige Vorlage mit einem Versprechen und einem Auftrag an Bundesrat und Parlament verbunden wurde, nämlich dass der dritte Schritt des Sanierungsplans, d. h. die 6. IV-Revision, später auch vollumfänglich umgesetzt wird.

Das verlangt die Umsetzung des bereits realisierten ersten Teils und die Umsetzung des heute zur Diskussion stehenden zweiten Teils mit den Sparmassnahmen für die vollständige Rückzahlung der 15 Milliarden Franken an die AHV bis spätestens zum Jahr 2025, also ohne zeitliche Verschiebung. Die Sparmassnahmen der heute zur Diskussion stehenden IV-Revision sind dringend nötig. Sie dürfen nicht hinausgeschoben werden, weil aufgrund der demografischen Entwicklung und der schwierigen Finanzmarktsituation heute schon absehbar ist, dass die AHV 2018 oder 2020 ebenfalls in die roten Zahlen kommen wird. Der Handlungsbedarf ist offensichtlich und ein Vertagen eines Teils der Revision unverantwortlich.

Die Sparmassnahmen zielen nicht auf die Schwerstbehinderten. Die Sparmassnahmen sind, wie in der Botschaft des Bundesrates festgehalten, ausgewogen und sozialverträglich. Bei der sogenannten Kinderrente geht es ja nicht um Renten für behinderte Kinder, sondern um Zusatzleistungen für IV-Rentnerinnen und IV-Rentner, die Kinder haben. Diese Zulagen für behinderte Eltern fallen in der Schweiz grosszügig aus. Wie ich in der Detailberatung noch ausführen werde, sind im Zusammenhang mit diesen Zulagen auch die ordentlichen Familien- bzw. Kinderzulagen und die Kinderzulagen nach BVG zu berücksichtigen, die bei Berufstätigen, bei Rentnern und bei Ehepartnern von Behinderten noch hinzukommen. In diesen Fällen muss eindeutig von ausserordentlich grosszügigen Regelungen bzw. von Überversicherungen gesprochen werden.

Der Bundesrat beantragte deshalb in der Botschaft zu Recht eine Senkung der Zulage für Eltern respektive der Kinderrenten von 40 auf 30 Prozent. Auch bei der Vergütung der Reisekosten soll gemäss Botschaft und Antrag des Bundesrates nur bei heute grosszügig vergüteten Kosten gespart werden, nämlich bei denjenigen, die nicht behinderungsbedingt sind.

Ich komme zum Schluss. Niemand kann von einer übermässigen, unausgewogenen Vorlage sprechen. Ich erinnere daran: Gemäss Vernehmlassungsvorlage sollten noch 800 Millionen Franken gespart werden. Der Bundesrat buchstabierte dann in der Botschaft bereits auf 325 Millionen Franken zurück. Gemäss den Anträgen der Kommissionminderheit und dem plötzlich geänderten Antrag des Bundesrates würde noch ein Sparbetrag von 210 Millionen Franken resultieren. Das ist keine Sanierung der IV-Schulden mehr, sondern Politik nach dem Prinzip Hoffnung, das heisst das Hoffen darauf, dass die Wirtschaft unabhängig von Europas Krise weiterwachse, dass es nicht mehr Arbeitslose und dass es weniger Behinderte geben werde usw. Diese Haltung hat uns bereits den Schuldenberg von 15 Milliarden

Franken gebracht und setzt somit ganz eindeutig falsche Leitlinien.

Wir stehen heute in der Pflicht. Es geht um die Glaubwürdigkeit der Politik, es geht um unsere Glaubwürdigkeit. Haben wir im Jahr 2018 noch ein Defizit und sind im Jahr 2025 die Schulden der AHV nicht zurückbezahlt, haben wir ein Versprechen gegenüber dem Volk gebrochen. Dann hätten jene Recht, welche vorhergesagt haben, dass die Politiker ihre Versprechen nicht würden einhalten können. Das Volk zahlt seit 2011 seinen Beitrag in Form von erhöhten Mehrwertsteuern; leisten wir heute den unsrigen, stimmen wir dem letzten nötigen Reformschritt ohne Verzögerung zu.

Im Namen der FDP-Liberalen Fraktion bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten und den Antrag der Kommissionmehrheit zu unterstützen. Lehnen Sie das Splitting der Vorlage ebenso wie die Anträge der Minderheit Schenker Silvia auf Nichteintreten und Rückweisung ab und nehmen Sie die Sparmassnahmen einschliesslich einer glaubwürdigen Schuldenbremse an.

**Moret** Isabelle (RL, VD): Pourquoi réviser encore une fois l'assurance-invalidité? C'est pour accompagner le retour des personnes handicapées sur le marché du travail et ne plus les pénaliser lorsqu'elles retrouvent un emploi.

Le premier bilan de la 5e révision est positif, les efforts accrus de réadaptation portent leurs fruits. Maintenant, il faut que travailler soit financièrement attractif pour les assurés!

Comment y parvenir? Par un nouveau système de rentes linéaire: plus juste et plus compréhensible. Actuellement, l'AI verse quatre types de rentes: quart de rente, demi-rente, trois quarts de rente et rente entière. A la clé, il y a une grande différence entre chaque palier. Avec le nouveau système, c'est fini. A chaque personne son propre taux d'invalidité et donc son propre niveau de rente. Plus le taux d'invalidité est élevé, plus le niveau de la rente sera élevé. Mais dès 80 pour cent d'invalidité, une rente entière sera versée.

Biffer l'effet de seuil permet aussi de corriger une faille du système actuel. En effet, une personne handicapée qui trouve un travail, fréquemment à temps partiel, voit souvent sa rente diminuer plus fortement que son salaire. Elle travaille, mais à la fin du mois, elle a moins d'argent dans son porte-monnaie. Cette iniquité touche aussi les assurés qui augmentent leur taux d'occupation. Avec le nouveau système de rentes linéaire, ce ne sera plus le cas.

Voilà pourquoi le groupe libéral-radical entrera en matière, rejettera toute proposition de renvoi ou de splitting et soutiendra dans l'ensemble les propositions de la commission.

Toutefois, deux points sont essentiels pour une minorité du groupe libéral-radical. Tout d'abord, personne ne doit voir sa rente AI existante diminuée par cette révision. Le nouveau système de rentes linéaire ne doit donc pas s'appliquer aux personnes déjà au bénéfice d'une rente AI, et ce pour éviter une baisse de revenu à près de 26 000 bénéficiaires. Ensuite, les rentes pour enfants de parents handicapés ne doivent pas non plus être réduites. Derrière les chiffres et les pour cent, il y a des gens qui n'ont pas choisi leur situation et qui ont besoin de cette assurance pour avoir une vie décente. Le premier but de cette révision doit être de moderniser l'AI, pas d'aboutir à des millions de francs d'économies.

Voilà pourquoi une minorité du groupe libéral-radical soutiendra la proposition de la minorité IV (Fehr Jacqueline) à l'article 38 et, dans les dispositions transitoires, la proposition de la minorité qui soutient la version du Conseil des Etats.

Cette révision marque la fin d'un grand chantier pour moderniser l'AI et réparer son trou béant de 15 milliards de francs de dettes: dix ans, trois révisions et une augmentation provisoire de la TVA acceptée par le peuple. Chacun y aura mis du sien.

L'augmentation provisoire de la TVA aura rapporté près de 8 milliards de francs d'ici 2017. Ce prélèvement ne doit pas être prolongé. Comment en être certain? En introduisant un mécanisme d'intervention automatique, un mécanisme qui oblige le monde politique à intervenir dès que l'AI plonge dans les chiffres rouges. C'est ce que demande la proposi-

tion de la minorité Schneeberger à l'article 80 alinéa 3 que le groupe libéral-radical vous invite à soutenir, indispensable aussi pour garantir les rentes dans le futur. N'oublions pas que l'AI nous protège tous, car tous, un jour ou l'autre, nous pouvons avoir besoin de ce filet social qui marque la solidarité des Suisses.

**Gilli** Yvonne (G, SG): In dieser politischen Diskussion um die laufende IV-Revision haben wir einen Konsensus: Es ist unsere Pflicht, die Schulden zu sanieren und die Finanzierung langfristig zu sichern. Die 6. IV-Revision ist der dritte und letzte Schritt dieses Plans, die IV zu sanieren, die milliarden-schwer verschuldet ist. Es wurde bereits viel getan. Zu den Massnahmen, die bereits beschlossen worden sind, gehört die Senkung der Anzahl Neuberentungen durch Eingliederungsmassnahmen um fast die Hälfte; dazu gehören auch die befristete Zusatzfinanzierung über die Mehrwertsteuer sowie die Schaffung eines AHV-unabhängigen Ausgleichsfonds.

Heute wissen wir, dass die Sanierungsmassnahmen greifen. Die Zahl der Neurenten ging wie gesagt fast um die Hälfte zurück. Mit dem geltenden Recht können gemäss den aktuellen Auswertungen die Schulden ohne weitere Spassmassnahmen – Spass? Ich meinte natürlich Sparmassnahmen, und die sind kein Spass! – bis 2029 getilgt werden. Es würde also höchstens drei bis vier Jahre länger dauern als mit den zusätzlichen Sparmassnahmen, über die Sie heute entscheiden.

Bevor Sie heute also weiter hart beschliessen und in erster Linie Familien und Menschen mit einem hohen Invaliditätsgrad treffen, sollten Sie sich noch einmal auf den Zweck des IV-Gesetzes gemäss Artikel 1a besinnen: Dieses Gesetz soll erstens die Invalidität mit Eingliederungsmassnahmen verhindern, zweitens die wirtschaftlichen Folgen der Invalidität durch eine angemessene Deckung des Existenzbedarfs ausgleichen und drittens ein eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Leben der Betroffenen unterstützen. Anhand dieses Zweckartikels haben wir das zweite Massnahmenpaket der 6. IV-Revision zu bewerten.

Um die Finanzierung nachhaltig sicherzustellen, ist nicht nur der bereits verzeichnete Erfolg bei der Verhinderung von Neurenten wichtig, sondern auch die beschlossene Wiederintegration von IV-Rentnern ins Berufsleben. Dieser Plan ist ambitionös: Insgesamt wollen wir in sechs Jahren 17 000 IV-Empfängerinnen und -Empfänger wieder in den Arbeitsmarkt eingliedern. Hier wissen wir zurzeit noch nicht, wie erfolgreich wir sein werden, denn diese Aufgabe braucht nicht nur den Willen und den Mut der IV-Rentner, wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig zu sein; es braucht dazu auch den Willen und die Möglichkeit der Arbeitgeber, Arbeitsstellen für diese Menschen bereitzustellen.

Die Grünen beantragen Ihnen Nichteintreten auf dieses zweite Massnahmenpaket der 6. IV-Revision, weil die Wirksamkeit der Beschlüsse zur Wiedereingliederung von Rentnern zuerst überprüft und gegebenenfalls weitere Massnahmen zu beschliessen sind, um dieses wichtigste und nachhaltigste Ziel zu erreichen. Es darf nicht sein, dass IV-Rentner und IV-Rentnerinnen wegen weiteren Sparmassnahmen wirtschaftlich noch mehr bedroht sind und sich gleichzeitig Gesellschaft und Unternehmungen der Verantwortung entziehen können. Wir beantragen Ihnen auch Nichteintreten, weil in den letzten Jahren der prozentuale Anteil der IV-Rentner, die Ergänzungsleistungen beziehen müssen, laufend gestiegen ist. Das heisst nichts anderes, als dass die Renten den Existenzbedarf nicht angemessen decken. Das widerspricht einerseits dem Zweck des IV-Gesetzes und verursacht andererseits eine Verlagerung der Kosten auf Kantone und Gemeinden. Das Erstere ist nicht menschenwürdig, das Letztere nicht zielführend.

Wir fordern Sie deshalb auf, die Entscheide der Kommission zu überdenken – ja, jetzt mit dem Beschluss auf Nichteintreten eine Denkpause einzulegen. Die Grünen sind der Meinung, dass dieses letzte Massnahmenpaket zum falschen Zeitpunkt und in nichtakzeptabler Härte vor uns liegt. Beschliessen Sie trotzdem Eintreten, so bitten wir Sie um Un-

terstützung des Antrages der Minderheit Schenker Silvia auf Rückweisung an den Bundesrat. Sollten Sie auch dieser Minderheit nicht folgen, unterstützen Sie das Splitting der Vorlage gemäss Minderheit Ingold.

Die Grünen anerkennen, dass durch dieses Splitting gewichtige Sparmassnahmen zulasten von Familien mit behinderten Kindern aktuell nicht beschlossen würden und dass auch auf die Kürzung der Kinderrenten aktuell verzichtet würde. Die Grünen machen aber darauf aufmerksam, dass eine zentrale und für uns unhaltbare Sparmassnahme, nämlich die Rentenkürzungen bei Menschen mit hohem Invaliditätsgrad, trotzdem beraten würde. Zudem beantragt eine Mehrheit der Kommission den Tabubruch, auch laufende Renten zu kürzen. Auch davor bewahrt uns das Splitting der Vorlage nicht. Unter diesen Umständen bleiben einige Ratskollegen, die sich für das Splitting aussprechen, weiterhin dem Verdacht ausgesetzt, dass sie dieses Splitting schlussendlich für eine Salamtaktik instrumentalisieren, um damit trotzdem sämtliche Sparmassnahmen umsetzen zu können, aber der Vorlage im Hinblick auf ein mögliches Referendum die Zähne zu ziehen.

Wir hoffen, dass Sie sich im Rahmen dieser Detailberatung mit uns gegen diese drastischen und schwerwiegenden Rentenkürzungen aussprechen. Denn dieses Gesetz soll auch in finanziell schwierigen Zeiten invaliden Menschen den Existenzbedarf angemessen decken und ihnen eine menschenwürdige und selbstbestimmte Lebensführung erlauben.

**van Singer Christian (G, VD):** Le groupe des Verts ne conteste pas la nécessité d'assainir l'AI et de moderniser sa structure et son fonctionnement, mais il conteste le paquet de mesures qui nous est proposé. Nous ne connaissons pas encore tous les effets de la 5e révision et de la révision 6a; et pourtant, on nous propose encore des économies au détriment des plus faibles de notre société. On nous propose des reports de charges non seulement sur ces familles, mais aussi sur les cantons et les communes, l'aide sociale devant souvent fournir ce que l'AI ne permettrait plus, à savoir de poursuivre une vie dans la dignité.

Vous avez entendu: adopter ce paquet de mesures signifie que la dette serait réduite à zéro en 2025 au lieu de 2029. Vaut-il la peine de prendre ces mesures qui ne feraient qu'avancer de trois ou quatre ans l'assainissement de l'AI? Le groupe des Verts répond: «Sûrement pas!» C'est pourquoi il vous demande de suivre la minorité Schenker Silvia qui demande le renvoi de ce projet au Conseil fédéral.

A défaut, une possibilité serait d'accepter la proposition de la minorité Ingold, c'est-à-dire séparer les mesures structurelles qui sont compréhensibles, qui sont peut-être utiles à l'AI, telles qu'introduire un système de rentes linéaire plutôt qu'un système par paliers pour tenir compte du degré d'invalidité. Mais il faudrait encore que ces mesures ne péjorent pas la situation des handicapés.

Alors, pour qu'elles ne la péjorent pas, nous devrions aussi accepter la proposition de la minorité Lohr qui prévoit qu'une rente de 100 pour cent soit accordée à partir d'un degré d'invalidité de 70 pour cent et non de 80 pour cent. D'où vient cette proposition et pourquoi est-elle entièrement justifiée? C'est parce que les personnes qui ont un degré de handicap très élevé ont énormément de mal à trouver un travail. Ce n'est pas qu'elles ne le veulent pas, mais c'est que l'économie n'offre pas suffisamment de places de travail à ces personnes lourdement handicapées. La proposition de la minorité Lohr est donc tout à fait justifiée. Nous ne devons pas péjorer la situation des personnes qui ont un lourd handicap et qui ne trouvent pas de travail pour cette raison.

En résumé, le groupe des Verts vous recommande de ne pas entrer en matière et, si le conseil décide quand même d'entrer en matière, d'adopter alors la proposition de la minorité Ingold, complétée par les propositions de la minorité Lohr.

**Rossini Stéphane (S, VS):** L'assurance-invalidité est un instrument essentiel à la construction de la solidarité et de la

cohésion sociale de ce pays. C'est un instrument important, faisant le lien entre la société et l'économie, par la pratique de l'intégration professionnelle qu'elle induit. C'est un instrument important de lutte contre la pauvreté, par les revenus de substitution qu'elle octroie aux rentiers.

Comme tous les régimes sociaux, cette assurance sociale a connu, connaît et connaîtra encore une évolution étroitement liée à la situation économique. Si des personnes ont bénéficié de ces prestations, des entreprises ont aussi largement profité au cours des années 1990 de cette assurance pour permettre une sortie du marché du travail, parfois à des parts non négligeables, de leurs employés, y compris dans l'administration publique – la Confédération avait d'ailleurs été montrée du doigt par la Commission de gestion du Conseil des Etats.

La révision 6b que nous entamons aujourd'hui doit être appréhendée en regard de ce contexte et en regard de ces évolutions. Pour comprendre notre opposition à l'entrée en matière qui a été présentée tout à l'heure par Madame Schenker, il ne faut pas oublier que cette révision est un pas de plus – et certainement un pas de trop – pour les assurés dans ce processus d'assainissement en cours. En effet, d'où vient-on? En 2004, avec la 4e révision, nous avons supprimé les rentes complémentaires pour le conjoint et la rente pour cas pénibles; nous avons aussi introduit le trois quarts de rente. En 2008, avec la 5e révision, nous avons formulé un objectif arbitraire de réduction de l'octroi de nouvelles rentes de 20 pour cent. On en est aujourd'hui, depuis 2003, à une baisse de 45 pour cent de ces nouvelles rentes. Nous avons rendu l'accès à la rente plus difficile, en relevant la durée minimale de cotisation.

Nous avons transféré les mesures médicales de réadaptation professionnelle à la charge de l'assurance-maladie. Nous avons supprimé le supplément de carrière et supprimé des rentes complémentaires en cours. Avec la révision 6a, depuis cette année, nous avons durci encore la pratique d'octroi des rentes et la pratique de révision des rentes axées sur la réadaptation. Nous avons procédé à la révision des rentes octroyées en raison d'un syndrome sans pathogenèse ni étiologie claires et sans constat de déficit organique. Des dizaines de milliers de personnes se sont vu exclure de l'AI ou de l'accès à ce régime. En conséquence, depuis le processus de révisions qui s'est mis en route en 2004, nous avons diminué drastiquement le nombre de nouvelles rentes. Nous avons pris des mesures qui produiront des effets économiques sur l'assainissement de l'AI à l'horizon 2025–2030.

Par conséquent, aujourd'hui, je crois qu'on ne peut tout simplement pas appréhender cette révision de manière stricte ou exclusivement comptable. On ne peut pas l'appréhender sans tenir compte de ce qui a été fait, et surtout sans oublier – ou plutôt sans penser – que freiner l'accès au régime, ou exclure des gens du régime, ne résoudra pas les problèmes de ces personnes. Plus on sera dur dans ce processus de révision 6b, plus on enverra de gens à l'aide sociale, et plus on procédera à des transferts de charges aux cantons.

Je crois que ces éléments doivent aussi être pris en considération dans cette décision d'entrer ou non en matière.

Au nom du groupe socialiste, je vous propose de soutenir les minorités Schenker Silvia. Aujourd'hui ce processus est en route, ce processus va se poursuivre et il permettra d'assainir véritablement l'AI. Deux ans de plus ou de moins, ce n'est pas important, mais ce l'est pour les personnes concernées aujourd'hui par les prestations de cette assurance.

**Fehr Jacqueline (S, ZH):** Wer aufgrund einer psychischen, geistigen oder körperlichen Behinderung nicht in der Lage ist, selber für sein Leben aufzukommen, hat Anrecht auf die Unterstützung der Gesellschaft. Dieses Recht einzulösen ist unsere Verantwortung. Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen, wie es am Anfang unserer Bundesverfassung heisst.

Unterstützung heisst, Behinderte sollen Zugang zu Gesellschaft und Arbeitsmarkt haben. Sie sollen darin unterstützt

werden, soweit es ihnen möglich ist, eine aktive Rolle in der Familie, auf dem Arbeitsmarkt und in ihrem Privatleben zu spielen. Technisch heisst das: Eingliederung vor Rente, und zeitgeistig heisst das: Arbeit muss sich lohnen.

Hinter diesen Grundsätzen steht die SP. Leider stellen wir fest, dass es viel zu oft bei den Worten bleibt. Wo nach Integration gerufen wird, ist die Ausgrenzung in der Regel nicht weit. Mit der Revision 6b soll die Sanierung der IV abgeschlossen werden. Die rasche Folge der Revisionen und der Vorlage über die Zusatzfinanzierung erschwert den Überblick. Eine Revision jagt die andere, neue Massnahmen werden in Kraft gesetzt, bevor klar ist, wie die bisherigen Neuerungen gewirkt haben. Der Bundesrat schlägt unter dem neuen Sozialminister deshalb vor, das Tempo zu drosseln und die Reformen gestützt auf Erkenntnisse und nicht einfach ins Blaue hinaus umzusetzen. Auswertungen der 5. IV-Revision zeigen nämlich, dass das Sanierungsziel erreicht werden kann, ohne dass es zu weiteren drastischen Rentenkürzungen kommen muss. Er unterstützt deshalb eine Teilung der Vorlage.

Vor diesem Hintergrund stellt sich eine interessante Frage, die wir alle beantworten müssen: Geht es uns um die Sanierung, oder geht es um puren Sozialabbau? Wem es um die Sanierung geht, der sagt Ja zur Aufspaltung der Vorlage und verzichtet auf die Kürzung der Kinderrente und der Reisekosten. Wem es um Sozialabbau geht, drückt diese Kürzungen durch, im Wissen, dass sie für die Sanierung nicht mehr nötig sind.

Die SP-Fraktion wird die Aufteilung der Vorlage, die Massnahmen zur Arbeitsmarktintegration und die Betrugsbekämpfung unterstützen. Im Gegenzug werden wir all jene Vorschläge bekämpfen, die zu dauerhaften Verschlechterungen für die Behinderten und ihre Angehörigen führen. Völlig inakzeptabel sind für uns Kürzungen der laufenden Renten, die Kürzung der Taggelder auf 70 Prozent sowie der Rentenabbau für Schwerbehinderte beim linearen Rentensystem. Diese Massnahmen sind für uns inakzeptabel, weil die Sanierung ohne diese Massnahmen möglich ist. Die Erreichung des Sanierungsziels wird nämlich beim Verzicht auf diese Abbaumassnahmen nur gerade um etwa drei Jahre hinausgeschoben. Diese drei Jahre stehen dauerhaften Kürzungen von Renten gegenüber.

Wenn wir zwischen diesen beiden Wirkungen entscheiden müssen – also das Sanierungsziel ein paar Jahre früher zu erreichen, drei Jahre konkret, und Renten für Behinderte dauerhaft zu kürzen –, dann stellt sich die SP auf die Seite der Behinderten. Dies umso mehr, als uns allen klar ist: Die langfristige Sanierung der IV gelingt nur dann, wenn der Arbeitsmarkt Menschen, die nicht zu 100 Prozent leistungsfähig sind, anständig beschäftigt. Knapp 250 000 Menschen in der Schweiz sind auf eine IV-Rente angewiesen. Sehr viele wurden bei der Arbeit invalid. Jährlich kommen rund 15 000 Neurenten dazu, und die Vorlagen 6a und 6b haben das Ziel, 17 000 Menschen wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Diese Zahlen sagen viel, und sie zeigen vor allem eines: Der Schlüssel jeder IV-Sanierung liegt im Arbeitsmarkt und damit ganz wesentlich bei den Arbeitgebern. Deshalb unterstützt die SP-Fraktion auch den Einzelantrag Weibel, der die Grossunternehmen in dieser Hinsicht in die Pflicht nehmen will. Drücken sich die Arbeitgeber, und da meine ich durchaus auch die öffentlichen, vor dieser Aufgabe, wird die IV früher oder später wieder in Schwierigkeiten geraten. Wenn wir das Übel nicht an der Wurzel packen, nicht von den Arbeitgebern eine verbindlichere Mitarbeit fordern und stattdessen die Renten kürzen, ist das zynische Symptompolitik auf dem Buckel jener Menschen, die uns unsere Bundesverfassung zu unterstützen mahnt. Die SP-Fraktion macht hier nicht mit. Ich bitte Sie, die Anträge der Minderheit Schenker Silvia und der Minderheit Ingold zu unterstützen.

**Weibel Thomas (GL, ZH):** Was sind die wichtigsten Neuerungen der Revision mit dem Motto «Eingliederung vor Rente»? Ein lineares Rentensystem soll die Viertelsrentenabstufung ablösen. Die IV-Rente soll künftig dem IV-Grad entsprechen.

Bisher gilt, dass bei einem IV-Grad ab 40 Prozent eine Viertels-, ab 50 Prozent eine Halb-, ab 60 Prozent eine Dreiviertels- und ab 70 Prozent eine Vollrente entrichtet wird. Neu soll ab 40 Prozent bis – je nach Antrag – 70 oder 80 Prozent die dem IV-Grad entsprechende Rente ausgerichtet werden. Erst darüber wird eine Vollrente ausbezahlt.

Neu ist auch eine Schuldenbremse vorgesehen. Renten werden nicht mehr der Lohn- und Preisentwicklung angepasst, falls die IV in eine finanzielle Schieflage gerät, und es sollen zusätzliche Einnahmen generiert werden. Damit ist auch bereits vorweggenommen, dass die Grünliberalen einer Schuldenbremse in der Ausgestaltung von Bundesrat und Ständerat zustimmen werden. Weiter ist der Ausbau der Beratung und Begleitung von Arbeitgebern zu nennen. Zentrales Anliegen ist die Prävention, damit es zu weniger Ausgliederungen und zu weniger Invalidisierungen kommt. Die IV selber und insbesondere ihre Sanierung ist eine komplexe Angelegenheit. Makroökonomische, also volkswirtschaftliche Überlegungen sind ebenso einzubeziehen wie mikroökonomische Betrachtungen der Auswirkungen auf einzelne Haushalte und auf einzelne Personen.

Generationenverträglich ist eine Sozialversicherung nur dann, wenn sie finanziell auf gesunden Füßen steht. Dies ist bei der IV noch lange nicht der Fall. Selbst optimistische Modelle gehen davon aus, dass die IV erst im Jahre 2025 ihre Schulden bei der AHV abgebaut haben wird. Mit den Sanierungsentscheiden bis hin zur Revision 6a haben wir uns der Bevölkerung gegenüber zu weiteren Etappen verpflichtet. Seit 2011 erhält die IV rund 850 Millionen Franken jährlich aus den Mehrwertsteuererträgen. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist bis und mit 2017 begrenzt. Die IV wird dieses Jahr 430 Millionen Franken Überschuss erzielen – dies gegenüber einem budgetierten Überschuss von «nur» 300 Millionen Franken.

Was sind die Gründe für diese positivere Entwicklung? Es gibt zwei Erklärungen: Einerseits sind dafür die bisher in Kraft gesetzten Revisionen 4 und 5 mit der verstärkten Eingliederungsanstrengung der IV verantwortlich. Die Wirkung der Revision 6a kann noch nicht beurteilt werden, da ihre Massnahmen erst seit Anfang dieses Jahres in Kraft sind. Andererseits sind auch neue Eckwerte zu verzeichnen. Der Wanderungssaldo der Arbeitskräfte aus dem Ausland ist rund doppelt so hoch, wie in den Prognosen angenommen worden ist. Zudem bewegt er sich in einem höheren Lohnsegment als angenommen; das gibt zusätzliche Gelder in die Kasse. Auch die Finanzkrise bremst bisher die Wirtschaft nicht im prognostizierten Ausmass.

Wir Grünliberalen haben die Frage, ob bereits ab 70 oder erst ab 80 Prozent eine Vollrente ausgerichtet werden soll, intensiv diskutiert. Dabei sind wir noch zu keinem abschliessenden Ergebnis gekommen. Die mikroökonomische Betrachtung der Auswirkungen auf Einzelschicksale ergibt ein unklares Bild. Dazu sind aus unserer Sicht weitere Abklärungen notwendig. Deshalb wollen wir mit der Unterstützung der Minderheit Lohr eine Differenz zum Ständerat schaffen. Das bedeutet nicht eine grundsätzliche Unterstützung der Grenze von 70 Prozent. Vielmehr erwarten wir vom Ständerat, dass er die offenen Fragen klärt und auch einen Kompromisswert von 75 Prozent prüfen wird.

Ein zentraler Punkt der Vorlage ist die Eingliederung von Menschen mit einer IV-Rente ins Erwerbsleben. Dies kann nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn Wirtschaft und Gewerbe auch entsprechende Jobs anbieten. Untersuchungen zeigen, dass Kleinbetriebe diesbezüglich ihre Verantwortung wahrnehmen. Anders sieht es bei Grossbetrieben, auch bei bundesnahen Betrieben, aus. Deshalb fordere ich mit meinem Einzelantrag in den Übergangsbestimmungen, Grossbetriebe zu verpflichten, 1 Prozent der Stellen für Personen bereitzustellen, die von der 6. IV-Revision betroffen sind. Ein identischer Antrag wurde bereits in der SGK gestellt und diskutiert. Da ich den Antrag leider nicht selber vertreten konnte, hat man vergessen, einen Minderheitsantrag einzureichen. Ich danke Ihnen für das Verständnis, dass ich diesen Antrag nun als Einzelantrag zur Diskussion stelle.

Wir Grünliberalen stellen fest, dass auch beim schlechtesten Szenario, das vom Bundesamt für Sozialversicherungen untersucht wurde, das Umlageergebnis nie mehr negativ sein wird. Aktuell rechtfertigt der finanzielle Druck schmerzhaftes Sparmassnahmen nicht mehr. Solche schmerzhaftes Massnahmen werden mit dem Minderheitsantrag Ingold in eine separate Vorlage ausgegliedert und an die Kommission zurückgewiesen. Sie haben es bereits gehört: Dies betrifft die Reisekosten und die Kinderrenten. Mit dieser Auslagerung wird die Entschuldung gegenüber dem AHV-Fonds um zwei Jahre hinausgezögert. Für uns Grünliberale ist das vertretbar. Wir sind gewillt, die IV zu sanieren, aber wir wollen dies sozialverträglich tun. Deshalb werden wir auf die Vorlage eintreten und dem Antrag, die Vorlage sei zu teilen, zustimmen.

Erfahrungen mit Paketlösungen, beispielsweise bei der Managed-Care-Vorlage zum Krankenversicherungsgesetz, zeigen, dass wir letztlich nach einem mehrjährigen Prozess mit leeren Händen dastehen können. Das Teilen der Vorlage erhöht die Chance, dass zumindest der erste Teil der Revision 6b nicht Schiffbruch erleiden wird. Das ist ein weiteres Argument für die Zustimmung zur Teilung. Mit dem Splitting bleibt der Ball im Spiel. Damit bieten wir Hand, die Entwicklung vertieft zu beobachten, zu analysieren, zu hinterfragen und zu verifizieren. Sollten danach weitere Sanierungsmassnahmen angezeigt sein, werden die Grünliberalen sie auch unterstützen.

**Bortoluzzi Toni (V, ZH):** Der Invalidenversicherung wurden seit 1990, ohne die an den Ausgaben orientierten prozentualen Beiträge der öffentlichen Hand, etwa 20 Milliarden Franken an zusätzlichen Mitteln zugestanden, vor allem durch eine Verschiebung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen aus der Erwerbsersatzordnung, und dann wurde die Erwerbsersatzordnung weiter belastet, indem man Mittel aus ihrem Fonds der IV zukommen liess. Zudem entwickelten sich die Einnahmen in den letzten Jahren recht gut. 2010 zum Beispiel wuchsen die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern um 4,6 Prozent. Von 2005 bis 2010 waren es 18 Prozent oder rund 700 Millionen Franken mehr, die die IV pro Jahr einnahm. Trotzdem hat sich der Schuldenberg auf 15 Milliarden aufgetürmt, und zurückbezahlt ist von diesen Schulden auch in diesem Jahr noch gar nichts. Es wird Ende Jahr sein, wenn die ersten Beträge an die AHV zurückbezahlt werden können. In diesen gut zwanzig Jahren hat sich zudem die Anzahl der Rentenbezüger praktisch verdoppelt. Nach wie vor macht diese Entwicklung eine Antwort notwendig. Diese Antwort ist bisher noch nicht gegeben worden.

Die schrittweise Sanierung zeigt, vor allem mit der 5. Revision, einen gewissen Erfolg. Interessanterweise wird dieser Erfolg von denen besonders gefeiert, die diese Revision damals bekämpft und zur Ablehnung empfohlen haben. Aus meiner Sicht ist das Ergebnis der 5. Revision allerdings zu bescheiden. Die Gesetzesänderung wird von einigen IV-Stellen zu wenig konsequent umgesetzt. Der Grund mag im Umstand liegen, dass dank der neuen Einnahmen bereits ein positives Rechnungsergebnis in Aussicht steht. Der Wille zur Sanierung erlahmt, so stelle ich fest, auf allen Ebenen. Die Zahl der Neurenten war im Jahre 2011 gegenüber dem Vorjahr bereits wieder leicht am Anwachsen. Persönlich überrascht mich das nicht. Es ist genau das eingetroffen, was ich im Vorfeld der Erhöhung der Mehrwertsteuer prognostiziert habe: Der Wille zur Strukturveränderung, der Wille, die IV zu sanieren, erlahmt.

In die Beurteilung müssen Sie beispielsweise auch einbeziehen, dass zurzeit im Rahmen der Rentenzusprechung noch rund 20 000 Gerichtsfälle hängig sind. Wie diese 20 000 Fälle dann ausgehen, bleibt nach wie vor offen. Das Ergebnis könnte sich gewaltig verändern. Der Bundesrat hatte einmal das Ziel, mit dieser Vorlage Einsparungen von 700 Millionen Franken zu erreichen; das hat er auch noch bei der Vernehmlassung als notwendig erachtet. In der Vorlage selbst waren es dann noch 320 Millionen. Der Ständerat hat den Betrag nochmals reduziert, auf 250 Millionen. Nun gibt sich der Bundesrat zusammen mit der Kommissionsminder-

heit mit 180 Millionen zufrieden. Statt sich nun endlich konsequent auf strukturelle Korrekturen zu konzentrieren, wird bereits wieder mit Beitragserhöhungen geliebäugelt. Der Beitragssatz soll nach Bundesrat und Ständerat erhöht werden, wenn der Fondsbestand unter 40 Prozent sinkt. Wenn sich nun Bundesrat und Kommissionsminderheit mit dem Splitting der Vorlage durchsetzen, wird das schnell der Fall sein. Der Bundesrat zielt mit der Schuldenbremse offensichtlich vor allem darauf ab, Mehreinnahmen zu generieren.

Wir beantragen Ihnen, der Mehrheit der Kommission zu folgen. Die Chance, eine Sanierung der IV zu erreichen, ist damit am ehesten gewährleistet, auch wenn man aufgrund unsicherer Prognosen auf fünfzehn Jahre hinaus daran zweifeln kann; Zweifel sind durchaus auch berechtigt.

Aus sozialpolitischen Gründen ist der in dieser Revision eingeschlagene Weg aus unserer Sicht richtig. Korrekturen bei den vergüteten Reisekosten und ein stufenloses Rentensystem sind an sich überfällige Massnahmen, um falschen Anreizen endlich wirksam zu begegnen. Die verstärkte Eingliederung, die hier wieder aufgegriffen wird, ist ja unbestritten. Die Kinderzulagen für Rentenbezüger – fälschlicherweise immer als Kinderrenten bezeichnet; es geht gar nicht um eine Rente, es geht um eine Kinderzulage für Rentner – führen oftmals zu mit normalem Erwerb nicht zu erzielenden Einkünften. Auch bei der beruflichen Vorsorge sind 20 Prozent der Rente dann wieder Kinderzulage. Dazu kommt für Nichterwerbstätige eine Zulage aus dem Familienzulagen-gesetz. Das hätte eigentlich schon lange zu einer Korrektur bei den Kinderzulagen in der IV führen müssen.

Wenn Sie es ausrechnen, stellen Sie fest, dass sich der Korrekturbetrag bei durchschnittlich 540 Franken Zulage pro Monat auf rund 140 Franken beläuft. Es ist also wesentlich weniger als die vor zwei Jahren mit dem Familienzulagen-gesetz dazugekommenen 200 Franken. Die Frage, die sich bei dieser Revision generell stellt, lautet: Ist die Leistungskorrektur aus sozialer Sicht vertretbar? Sie haben ja viele Zuschriften erhalten, offensichtlich lanciert von einem der vielen Behindertenverbände, die es gibt, alle mit mehr oder weniger gleichem Text. Wie sind diese einzuordnen? Diese Frage stellt sich natürlich.

Es ist richtig: Das neue Rentensystem und die Neuordnung der Kinderzulagen für Rentenbezüger führen zu einer teilweisen Verschiebung der Aufwendungen zu den Ergänzungsleistungen. Das ist nicht zu vermeiden, wenn man korrigieren will. Es ist auch klar, dass die Kantone hier intervenieren, weil sie keine Freude an der neuen Belastung bei den Ergänzungsleistungen haben, die auf sie zukommt, wenn es auch «nur» 20 Millionen Franken sind. Wenn man aber von einer Massnahme spricht, die unzulässig und unsozial sei, verkennt man die Aufgabe einer staatlichen Sozialversicherung. Die Mindestabsicherung durch die gesetzlichen Leistungen darf nicht besser sein als die Entlöhnung für einen Angestellten bei einer 100-Prozent-Arbeitsstelle. Das ist die Ausgangslage. Die bisher teilweise möglichen Überentschädigungen, gerade durch die Kinderzulagen verursacht, haben den Anstieg der Anzahl Rentenbezüger in den letzten zwanzig Jahren begünstigt. Sie sind zweifellos mit ein Grund für den Zuspruch bei der IV.

Korrekturbedarf ist dringend gegeben, auch weil die IV als Sozialversicherung viel an Glaubwürdigkeit eingebüsst hat. Wichtig ist bei einer Sozialversicherung, dass die Solidarität funktioniert und dass sie auch von denen akzeptiert wird, die bezahlen, nicht nur von denen, die bekommen. Wenn Sie jegliche Härten in Einzelfällen vermeiden wollen – und solche gibt es, das ist zuzugeben –, müssen Sie diese Revision vergessen. Dann müssen Sie jede Revision der Sozialversicherung vergessen, dann begeben Sie sich auf den Pfad, welcher ja bei einigen europäischen Staaten zu besonderen Massnahmen geführt hat. Ein konsequenter Abschluss der Sanierungsarbeiten ist aber unumgänglich. Nur so kann sichergestellt werden, dass die befristete Zusatzfinanzierung 2017 aufgehoben werden kann.

Ich möchte Sie also bitten, die Nichteintretens- und Rückweisungsanträge abzulehnen und im Wesentlichen der Mehrheit zu folgen.

**Hess Lorenz** (BD, BE): Bei allen unseren Sozialwerken herrscht Handlungsbedarf. Das ist, denke ich, zumindest in den meisten Fraktionen unbestritten. Sehr wahrscheinlich auch unbestritten ist, dass im Rahmen der IV-Revision die Diskussionen und die Debatten in den Fraktionen besonders intensiv geführt wurden, weil es sich dabei oft um schwere Entscheidungen mit Auswirkungen bis hin zum Individuum handelt. Warum sind es schwierige Entscheide, die es zu diskutieren gab oder heute und morgen noch zu diskutieren gibt? Im Gegensatz zu anderen Politikbereichen, wo man nach dem Parteibuch oder nach dem strengen Links-rechts-Schema gehen kann, handelt es sich hier eben um Schicksale, um einzelne Betroffene. Eine ähnliche Situation werden wir vielleicht in etwas abgeschwächter Form dereinst auch bei der AHV haben, wenn es darum geht, dann dort über geeignete Massnahmen zu sprechen, um das Werk auf Kurs zu halten.

Es ist deshalb auch verständlich, dass grosses Lobbying betrieben wurde, das ist in allen Fragen so. Kollege Bortoluzzi hat gesagt, es sei bisweilen schwierig gewesen, dieses Lobbying klar einzuschätzen. Persönlich frage ich mich, ob hier nicht in einigen Fällen manchmal fast ein bisschen eine gegenteilige Wirkung erzielt wurde. Mit den Anfang 2011 in Kraft getretenen Zusatzfinanzierungen kommt die IV in den Genuss zusätzlicher Mittel, die es ihr wirklich ermöglichen, Defizite zu verhindern und die aufgelaufenen Schulden zumindest in Teilen abzubauen. Die strukturellen Probleme der IV bestehen aber weiter. Werden nicht rechtzeitig weitere Korrekturen eingeleitet, muss nach dem Auslaufen der Zusatzfinanzierung Ende 2017 mit erneuten Defiziten gerechnet werden. Hinzu kommt, und das wird oft vergessen, der Schuldenberg von über 10 Milliarden Franken, den es abzutragen gilt. Angesichts dieser Ausgangslage ist es aus Sicht der BDP-Fraktion unabdingbar, dass weitere Massnahmen eingeleitet werden, mit denen die Ausgaben der IV substantiell gesenkt werden können.

Es gilt in dieser Frage abzuwägen zwischen der Berücksichtigung der Auswirkungen auf einzelne Betroffene auf der einen Seite und dem Erreichen des übergeordneten Ziels auf der anderen Seite. Das übergeordnete Ziel heisst Sanierung der IV – was am Schluss wiederum den Bezüglern zugutekommt. Nur ein gesundes Sozialwerk ist imstande, die nötigen Leistungen für die Betroffenen zu erbringen. Diese Abwägung macht die Diskussion nicht einfacher und führt zwangsläufig dazu, dass halt auch innerhalb der Fraktionen nicht ganz einheitliche Positionen auszumachen sind.

Grundsätzlich sieht die BDP Handlungsbedarf zur Sanierung. Dies trotz des Evaluationsberichtes, den wir zur Kenntnis nehmen konnten; dies auch trotz des positiven Ergebnisses in diesem Jahr, das auch den Eindruck erwecken könnte, es bestehe kein Handlungsbedarf mehr. Deshalb ist die BDP-Fraktion für Eintreten und mehrheitlich gegen das Splitten der Vorlage. Im Wissen, dass das Referendum so oder so ergriffen wird, kann man sich tatsächlich die Frage stellen, ob mit dem Splitten das Referendum, ich sage es mal salopp, tatsächlich weniger «heftig» ergriffen würde. Angesichts der geballten Opposition und der starren Positionen, die wir im Vorfeld durch alle Zuschriften und das Lobbying erfahren haben, ist es fraglich, ob mit dem Splitten tatsächlich, wie man so schön sagt, noch etwas gerettet werden kann, ob man am Schluss wenigstens noch den Spatz in der Hand hat, wenn schon nicht die Taube auf dem Dach.

In den substantiellen Fragen spricht sich die BDP-Fraktion für die Einführung des linearen Systems aus, dies aber ohne Einwirkungen auf die bestehenden Renten. Weiter sehen wir Handlungsbedarf und Sparpotenzial im Bereich der Reisekosten. Für uns ist auch der Schuldenbremsenmechanismus unbestritten.

Wir bitten Sie deshalb einzutreten, die Vorlage nicht zurückzuweisen und – mehrheitlich – die Vorlage nicht zu splitten.

**Berset Alain**, conseiller fédéral: La révision 6b de l'assurance-invalidité, sur laquelle vous vous prononcez aujourd'hui, est la quatrième étape du plan d'assainissement de l'assurance.

Il y a eu d'abord la 5e révision de l'AI, le financement additionnel et la révision 6a, qui est en vigueur depuis le début de cette année. Nous savons maintenant que ces mesures, et notamment les révisions structurelles, portent leurs effets – j'y reviendrai tout à l'heure.

La révision 6b a deux objectifs: tout d'abord, éliminer les incitations négatives et renforcer la réadaptation, mais aussi permettre d'éviter durablement tout déficit et garantir un remboursement de la dette envers l'AVS.

Les principales idées qui sont dans cette révision sont les suivantes. La première est que la réadaptation professionnelle prime sur la rente, qui doit être renforcée, de même que la prévention. Il y a déjà beaucoup de mesures de réadaptation qui ont été prises depuis 2007. En 2007, nous avions 5800 personnes qui étaient réintégrées dans le marché primaire du travail, grâce à l'étroite collaboration entre les offices AI et les employeurs – et là le rôle de l'économie est évidemment très important. En 2011, quatre ans plus tard, on en compte 11 500. Cela signifie que le nombre de personnes réintégrées dans le marché primaire du travail a doublé en l'espace de quatre ou cinq ans et nous souhaitons garantir la poursuite de ces processus.

La deuxième idée importante, c'est la réduction des incitations négatives. Ces incitations négatives vont à l'encontre de la réadaptation des personnes assurées et il s'agit, en particulier avec ça, de supprimer les effets de seuil.

J'en viens maintenant aux mesures. La première mesure, très importante, est le nouveau système de rentes linéaire. Le Conseil fédéral est d'avis que cette mesure est nécessaire pour moderniser l'AI et qu'elle devrait être prise même si l'AI ne rencontrait pas de problèmes financiers. Il s'agit là d'éliminer les incitations négatives, les effets de seuil, et de limiter ou supprimer ce paradoxe qui veut que le travail ne paie pas toujours, parce que la réadaptation peut parfois aboutir à des situations dans lesquelles les assurés sont moins bien lotis en reprenant une activité professionnelle qu'en percevant une rente.

La deuxième mesure, c'est le renforcement de la réadaptation, en particulier avec un accent mis sur les assurés présentant un handicap psychique qui représentent 40 pour cent des bénéficiaires de rentes.

La troisième mesure, c'est le renforcement de la lutte contre la fraude, non seulement dans l'assurance-invalidité, mais également dans les autres assurances sociales.

La quatrième mesure, c'est le désendettement de l'assurance et le mécanisme d'intervention. Comme vous le savez, l'assurance-invalidité a aujourd'hui une dette envers l'AVS, de 15 milliards de francs. Il faut garantir que cette dette puisse être épongée dans les prochaines années et il y a donc un mécanisme d'intervention qui est prévu dans le projet du Conseil fédéral, qui prévoit tout d'abord, dans un premier seuil d'intervention, l'obligation pour le Conseil fédéral de faire des propositions. Il y a ensuite un deuxième seuil d'intervention, avec d'une part les rentes qui sont touchées, c'est-à-dire adaptées, et avec d'autre part une contribution complémentaire qui est prévue et qui garantit donc un certain équilibre. Ce mécanisme d'intervention comporte deux phases: il agit aussi bien sur les recettes que sur les dépenses. C'est donc une mesure équilibrée.

Voilà quelles sont les principales mesures structurelles nécessaires dans cette révision 6b pour garantir qu'on aille jusqu'au bout de ce travail, qui a maintenant été entrepris depuis des années et qui permet de garantir que les engagements qui ont été pris pour réformer l'assurance-invalidité puissent effectivement être remplis.

A côté de cela, il y a des mesures d'ordre financier, avec notamment ce qu'on appelle la rente pour enfant. On peut discuter longtemps pour savoir exactement de quoi il s'agit. C'est une rente qui est versée aux personnes handicapées qui ont des enfants, pour aider et accompagner les enfants et les familles dans leur développement. Et il y a également une réduction qui était prévue pour les frais de voyage.

Avant d'en venir aux différentes propositions qui ont été déposées, et notamment sur les propositions de ne pas entrer en matière, de renvoyer le projet au Conseil fédéral, ou de

suivre l'ensemble du projet, ou de le scinder en deux – splitting –, j'aimerais encore revenir brièvement, parce que ça a été mentionné, sur le transfert des coûts de l'aide sociale vers les prestations complémentaires.

Ce qu'on peut dire ici, c'est que les mesures qui sont proposées ont probablement peu d'effet, peu d'impact sur l'aide sociale, puisque les prestations complémentaires garantissent le minimum vital et que peu de personnes, environ 330 personnes en 2009, perçoivent des prestations d'aide sociale l'année qui suit celle de l'extinction du droit à une rente invalidité. Ce chiffre n'a que peu ou pas varié durant la période d'observation de 2005 à 2009.

Par contre, il y a un certain transfert de charges vers les prestations complémentaires – c'est inévitable –, qui est partiellement compensé par la diminution visée du nombre de nouvelles rentes. D'après le message du Conseil fédéral, ce transfert serait en moyenne de 35 millions de francs entre 2015 et 2025. Selon la répartition des coûts, trois huitièmes reviennent aux cantons et cinq huitièmes à la Confédération. Quelques mots sur les évaluations qui ont été réalisées.

1. Vous savez que la 5e révision de l'AI est en vigueur depuis un certain temps et les premières évaluations sont disponibles. Elles ont été récemment publiées. La première chose, peut-être la plus importante: le renforcement de la réadaptation est mis en oeuvre et produit ses effets. Je peux vous le dire ici clairement: le changement de culture a bel et bien eu lieu.

2. L'assurance-invalidité intervient plus rapidement et plus tôt.

3. Les perspectives de réadaptation des cas les plus lourds ont été largement améliorées.

4. Le nombre de nouvelles rentes a diminué de près de moitié depuis 2003. Souvenez-vous, tout à l'heure je vous ai dit que le nombre de personnes réintégrées dans le marché primaire du travail avait doublé en quatre ans. Ajoutez à cela le fait que le nombre de nouvelles rentes a été divisé par deux en dix ans! Vous pouvez mesurer à quel point l'évolution qu'a connue l'AI a été extrêmement importante ces dernières années, une évolution qui était souhaitée sur le plan politique.

Nous n'avons pas encore d'évaluation pour les effets de la révision 6a. Elle est en vigueur depuis le début de cette année. Mais les évaluations sont sur les rails et nous serons en mesure, dans quelques années, de donner une position par rapport à cette révision.

J'en viens maintenant à l'entrée en matière sur le projet. Trois propositions vous sont soumises: la première prévoit de ne pas entrer en matière et de stopper la révision 6b; la deuxième prévoit d'entrer en matière et de poursuivre la révision 6b jusqu'à son terme, complètement; et il y a une troisième proposition qui prévoit d'entrer en matière mais de diviser cette révision en deux parties. Et la question à laquelle vous devez répondre ce matin, et à laquelle le Conseil fédéral souhaite que vous répondiez avec lui, est la suivante: comment garantir l'assainissement, comment garantir la réalisation effective de ce qui a été annoncé et entrepris depuis des années?

L'assurance-invalidité a besoin de soutien; elle a besoin aussi de réalisme, et quand les conditions changent, alors il faut en tenir compte. C'est ce qu'a fait le Conseil fédéral en se penchant à nouveau sur la situation de ladite assurance dans le courant de cet automne. Une fois qu'il s'est penché sur la situation de l'assurance-invalidité, le Conseil fédéral a décidé de soutenir le chemin le plus sûr, celui qui offre les meilleures garanties de succès pour réaliser la modernisation de cette assurance, qui est nécessaire.

Il a été question de chiffres ce matin. Vous saviez par exemple que les chiffres proposés par le Conseil fédéral il y a maintenant quelques années mentionnaient pour 2012 un résultat positif de 350 millions de francs, évidemment grâce au financement additionnel aussi, c'est clair. Or à la fin 2012, nous ne sommes pas à 350 millions, mais à 500 millions de francs.

Les perspectives se sont nettement améliorées parce que les mesures portent véritablement leurs fruits. Ce que nous

voyons aujourd'hui, c'est qu'à partir de 2018, à la fin du financement additionnel de l'AI par la TVA, les comptes de l'AI vont rester largement positifs même sans financement additionnel et continuer à croître, pour aboutir au désendettement de l'AI. Les perspectives actuelles montrent que nous aurons, dans quelques années, un désendettement complet de l'AI sans que le Fonds de compensation de l'assurance-invalidité soit jamais passé au-dessous de 5 milliards de francs. Nous sommes donc du bon côté. La situation a évolué. Il faut pouvoir en tenir compte.

Le Conseil fédéral s'oppose donc à la proposition de la minorité Schenker Silvia qui prévoit de ne pas entrer en matière et il s'oppose à la proposition de la minorité Schenker Silvia qui a pour but de renvoyer le dossier au Conseil fédéral, parce que nous avons besoin de mesures structurelles, nous avons besoin de terminer le travail en ce qui concerne le système de rentes linéaire, la meilleure intégration des personnes handicapées, la lutte contre la fraude et le mécanisme d'intervention. Nous avons besoin de ces éléments.

Par contre, le Conseil fédéral soutient la proposition de la minorité Ingold en faveur d'un splitting, pour tenir compte de l'évolution de la réalité et mettre toutes les chances du bon côté, pour garantir que le travail puisse arriver à son terme et pour avoir une révision 6b, dont nous avons besoin, autrement dit éviter l'aventure que représente le risque de ne rien faire, éviter l'aventure que représente le risque de tout faire comme si rien n'avait changé depuis l'élaboration du message et de mettre donc en danger, plus qu'il n'est nécessaire, la réalisation des mesures structurelles de l'assurance-invalidité.

Le Conseil fédéral soutient donc la voie médiane, celle qui souhaite mettre la révision 6b de l'AI sur un chemin sûr. Nous avons des réformes qui sont délicates à mener dans les assurances sociales.

Nous savons que les majorités devant le peuple ne sont jamais certaines. Et la séparation du projet en deux parties nous donne le maximum de chances de pouvoir réaliser les mesures structurelles qui sont nécessaires dans l'assurance-invalidité. Je vais vous le dire clairement: cette version permet de remplir complètement les engagements qui ont été pris. Les engagements qui ont été pris avec la réforme de l'assurance-invalidité sont complètement tenus avec la séparation du projet et avec la version 6b qui présente les réformes structurelles.

Par contre, ces engagements ne seraient pas tenus s'il n'y avait rien à la fin! Soit que le Parlement rejette l'intégralité de la révision 6b – ce que ne souhaite pas le Conseil fédéral –, soit parce que, en cas de référendum, on courrait le risque de voir la totalité de la révision disparaître, ce que ne souhaite pas non plus le Conseil fédéral.

Donc, entre ces deux propositions, tout ou rien, le Conseil fédéral vous propose une voie médiane, qui tient compte de la réalité, qui respecte les engagements pris, qui donne les meilleures garanties de pouvoir terminer les réformes structurelles de l'assurance-invalidité.

Je vous invite donc, au nom du Conseil fédéral, à entrer en matière sur le projet et à adopter la proposition de la minorité Ingold et à rejeter la proposition de la minorité Schenker Silvia.

**Humbel Ruth (CE, AG), für die Kommission:** «Die IV-Revision ist nicht notwendig!» Diesen Satz der Sprecherin der Minderheit, die Nichteintreten beantragt, haben wir schon bei der 5. Revision gehört, und wir haben ihn bei der Revision 6a gehört. Wenn wir den entsprechenden Anträgen gefolgt wären, hätten wir nichts. Wir hätten auch die Zusatzfinanzierung nicht, weil die Zusatzfinanzierung Teil des Konzepts ist und so auch vom Volk akzeptiert worden ist.

Ich habe beim Eintreten auf das dreistufige bzw. dreieinhalb- bis vierstufige Sanierungskonzept für die IV hingewiesen – ein Beispiel einer realistischen, fairen und sorgfältigen Gesetzgebung –, nämlich die 5. IV-Revision, die Zusatzfinanzierung, die Revision 6a und die Revision 6b. Es kann also keineswegs von Hektik oder von übertriebenem Aktivismus

bei der IV die Rede sein, sondern es ist eine Strategie, ein Konzept.

Zu den Wirkungen der Revisions Schritte: Wir haben am Freitag eine Evaluation zur 5. IV-Revision präsentiert bekommen, welche positiv ausfällt. Zweifellos darf es positiv gewürdigt werden, wenn ein Gesetz, wie im Abstimmungskampf angekündigt, Versprechen erfüllt; das ist ja nicht immer der Fall. Möglicherweise zeigen sich viele deshalb so überrascht, insbesondere eben auch die einstigen Gegner der 5. IV-Revision, welche nun die Resultate dieser Auswertung gegen die Revision 6b bemühen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass sich bei dieser Evaluation ein vorläufiger Erfolg der Eingliederung ergeben hat; es gibt in dieser Auswertung durchaus auch sehr kritische Bemerkungen, auf die ich jetzt nicht weiter eingehen kann.

Verschiedentlich wurden die veränderte Situation und die neuen Zahlen angesprochen. Für die Kommissionsmehrheit sind diese neuen Trends eher eine neue Art der Interpretation der Zahlen und Entwicklungen. Wirksam ist nämlich auf jeden Fall die befristete Zusatzfinanzierung, welche der IV jährlich eine Milliarde Franken mehr in die Kasse schwemmt. Das hat im letzten Jahr zu einer roten Null geführt, und es dürfte dieses Jahr, wie wir gehört haben, ein Plus von geschätzten 500 Millionen Franken bringen.

Auf Seite 5834 der Botschaft wird ein Plus von 351 Millionen Franken prognostiziert. Es ist erfreulich, dass das diesjährige Umlageergebnis besser ausfallen wird als prognostiziert. Aber auch da gilt: Eine Schwalbe macht noch keinen Frühling.

Niemand reduziert gerne Leistungen, auch wenn sie – wie beispielsweise bei den Zulagen für Rentnerinnen und Rentner, bei den sogenannten Kinderrenten – relativ grosszügig angesetzt sind und sozialverträglich abgebaut, also von 40 auf 30 Prozent reduziert werden können. Ich habe schon darauf verwiesen, dass die Zusatzleistungen im Vergleich zu Äquivalenzskalen der OECD und auch der Skos als relativ grosszügig berechnet bezeichnet werden. Zudem wird mit der Kürzung auch dem Umstand Rechnung getragen, dass seit der Einführung der Kinderrenten neue zusätzliche Leistungen für Familien hinzugekommen sind, sei es in der beruflichen Vorsorge oder auch bei den Ergänzungsleistungen, aber vor allem auch durch die gesamtschweizerisch einheitlichen Familienzulagen, welche seit drei Jahren gelten. Wir haben damals bei der Beratung dieser Familienzulagen darauf hingewiesen, dass ein Koordinationsbedarf mit Blick auf die Kinderrenten bei der IV bestehe. Es ist nun dieser Teil der Vorlage, den wir da nachvollziehen würden.

Für die Kommissionsmehrheit ist es übrigens auch störend, dass ein Haushalt im Rentenfall durch die Kumulation der verschiedenen Leistungen, insbesondere auch durch die Kinderrenten, zu einem höheren Einkommen kommen kann, als wenn die Erwerbstätigkeit noch gegeben wäre. Dieser Aspekt reduziert auch die Motivation für eine Reintegration. Im Vernehmlassungsverfahren zur 6. IV-Revision ging der Bundesrat davon aus, dass es Einsparungen von 720 Millionen Franken braucht, um die IV nachhaltig zu sanieren. Mit der Botschaft hat der Bundesrat 325 Millionen Franken vorgeschlagen. Und nach der ständerätlichen Debatte sind es nun noch 245 Millionen Franken. Nun sind wir mit der 5. IV-Revision auf Kurs und dürften dank der guten Wirtschaftslage gut 100 Millionen Franken über dem in der Botschaft budgetierten Betrag liegen. Diese Ausgangslage kann die gemilderte Lösung des Ständerates rechtfertigen, darf uns aber nicht dazu verleiten, nichts mehr zu tun – jedenfalls nicht diejenigen, welche die IV nachhaltig sanieren wollen.

Die IV-Revision 6a ist seit Anfang Jahr in Kraft. Über deren Wirkung können wir daher noch keine Aussagen machen. Das Ziel der IV-Revision 6a ist es, 17 000 Rentnerinnen und Rentner wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, ist völlig offen und keineswegs sichergestellt. Wir haben es gehört: Zahlreiche Verfahren sind vor Versicherungsgericht hängig, und es hat sich noch keine Gerichtspraxis entwickeln können. Neben diesen noch ungewissen Wirkungen des ersten Pakets der 6. IV-Revision gibt es noch weitere ungewisse Faktoren mit Ein-

fluss auf IV und AHV. So kann man fragen: Bleibt das wirtschaftliche Umfeld in den nächsten Jahren so stabil wie jetzt? Finanz- und Wirtschaftskrisen in den EU-Ländern dürften die Schweiz ja nicht unberührt lassen. Dann stellt sich die Frage, ob die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften hoch bleibt; diese bezahlen zurzeit mehr Sozialversicherungsabgaben, als sie Leistungen beziehen.

Mit dem Ende der Zusatzfinanzierung muss die IV auch die Schuldzinsen gegenüber der AHV selber finanzieren; derzeit sind das 160 Millionen Franken jährlich. Dieser Betrag dürfte sich mit dem Abbau der Schulden zwar reduzieren, aber er ist von der IV zu übernehmen. Gemäss bundesrätlichen Leitlinien zur Reform der Altersvorsorge 2020 dürfte die AHV ab 2020 durch das aktuelle System nicht mehr gedeckt sein. Also braucht es dann zusätzliche Mittel. Wenn wir die Schulden bis dahin noch nicht zurückbezahlt haben bzw. wenn wir ein paar Jahre mehr dazugeben, kann das für die AHV riskant werden.

Abschliessend möchte ich auf die Versprechungen anlässlich der Volksabstimmung vom 27. September 2009 über die IV-Zusatzfinanzierung hinweisen, und zwar auf die Aussage im Abstimmungsbüchlein: «Die 6. IV-Revision wird während der Zusatzfinanzierungsperiode in die Wege geleitet. Ihr Ziel ist eine dauerhaft ausgeglichene IV-Rechnung. Damit die Massnahmen sozialverträglich sind, wird die Revision in zwei Etappen in Kraft treten, und zwar wahrscheinlich 2012 und 2013.»

Gemessen an den Versprechungen, die man dem Volk gemacht hat, sind wir in Verzug, weshalb keineswegs von Hektik die Rede sein kann. Die Kommissionsmehrheit ist der Ansicht, dass eine Trennung der Vorlage die Chance für eine wirkungsvolle Sanierung vergibt, weil mit der Rückzahlung der Schuld an die AHV zugewartet wird, obwohl die AHV dieses Geld ab 2020 selber benötigt.

Im Namen der Kommissionsmehrheit bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten und die Rückweisungsanträge abzulehnen. Ich erinnere an das Resultat im Ständerat vor einem Jahr, der der Vorlage mit 33 zu 1 Stimmen bei 6 Enthaltungen zugestimmt hat. Zur Erinnerung auch nochmals die Abstimmungsergebnisse in Ihrer Kommission: Mit 15 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung hat sie Eintreten auf die Vorlage beschlossen. Den Rückweisungsantrag der Minderheit Schenker Silvia hat sie mit 13 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt, den Rückweisungsantrag der Minderheit Ingold zur Teilung der Vorlage knapp, mit 13 zu 12 Stimmen.

**Cassis Ignazio (RL, TI), pour la commission:** «Circulez, il n'y a rien à voir», «Tout va très bien, Madame la Marquise», voilà ce qu'on a entendu de la part des représentantes des minorités qui estiment qu'il n'est pas nécessaire d'agir. La majorité de la commission est convaincue, au contraire, qu'il est nécessaire d'agir.

Les minorités disent que les comptes de l'AI affichent cette année un bénéfice de 500 millions de francs, donc que tout va bien. Je vous rappelle que le bénéfice des comptes 2012 de l'AI est de 500 millions de francs, mais que sa dette se monte à 15 milliards: un bénéfice de 500 millions pour une dette de 15 000 millions! C'est déjà un peu plus compréhensible. Il faudra trente ans avec un bénéfice annuel du même montant pour assainir la dette de cette assurance sociale. Et, à partir du 1er janvier 2018, il y aura plus le milliard de francs provenant de l'élévation du taux de la taxe sur la valeur ajoutée. Ces quelques chiffres pour vous dire toute l'importance que la majorité de la commission accorde à cette réforme.

Il faut donc entrer en matière. Il ne faut pas renvoyer l'objet au Conseil fédéral, mais il faut au contraire le traiter aujourd'hui.

La proposition de la minorité Ingold qui demande de scinder le projet et d'en renvoyer une partie à la commission répond à une préoccupation tactique. Je vous rappelle les six points de la présente révision de l'AI: le renforcement de la réadaptation et de la réinsertion professionnelle – tout le monde est d'accord sur ce point; le renforcement de la lutte contre la fraude – tout le monde est d'accord sur ce point; l'introduc-

tion du système de rentes linéaire – on est d'accord ou pas d'accord sur cette mesure, selon qu'elle est mise en oeuvre de façon à respecter ou non la neutralité des coûts; la création d'un mécanisme d'intervention pour garantir l'équilibre financier à long terme, qu'on appelle aussi frein à l'endettement – sur ce point aussi on est plus ou moins d'accord selon sa formulation concrète.

Jusqu'ici, nous sommes dans la partie structurelle. A ces quatre points s'en ajoutent deux autres: les allocations parentales, qui sont aujourd'hui appelées rentes pour enfant – qui ne sont pas des rentes pour enfant mais qui sont des rentes complémentaires pour les parents –, qui devraient être réduites de 40 pour cent d'une rente entière à 30 pour cent d'une rente entière; une nouvelle réglementation des frais de voyage, qui oblige la personne handicapée qui assume des frais de voyage à démontrer que ses frais de voyage sont justifiés par son handicap.

Si tel est bien le cas, ces frais seront payés. Imaginez par exemple des invalides psychiques, qui sont tout à fait capables de prendre le bus ou le train, d'aller et venir pour se faire soigner, pour se rendre aux rendez-vous. C'est le renversement du fardeau de la preuve: la personne handicapée doit démontrer que ses frais sont justifiés, au lieu de se les faire payer automatiquement par l'AI.

Ces deux derniers points – les allocations parentales et les frais de voyage – représentent de véritables diminutions de prestations. Ils vont donc évidemment se heurter à une très importante opposition populaire, puisque personne n'est content qu'on réduise des prestations. L'idée de la minorité Ingold – qui a été soutenue entre-temps par le Conseil fédéral – est de sortir ces deux derniers éléments de la révision, ce qui nous facilitera la tâche pour faire passer les quatre premiers éléments en cas de référendum. Si cette réflexion est tout à fait compréhensible, il est évident que la portée des économies qui découlent de la séparation de ces deux derniers points serait mineure, et donc l'assainissement de l'AI plus long.

C'est pour cette raison que la commission, à une courte majorité de 13 voix contre 12, vous invite à ne pas séparer ces points-là, à les laisser examiner avec le reste du projet, puisqu'il est urgent d'assainir l'assurance-invalidité.

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Wir stimmen zuerst über den Antrag der Minderheit Schenker Silvia auf Nichteintreten ab.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/8350)

Für Eintreten ... 126 Stimmen

Dagegen ... 60 Stimmen

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Wir stimmen nun über den Antrag der Minderheit Schenker Silvia auf Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat ab.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/8351)

Für den Antrag der Minderheit Schenker Silvia ... 60 Stimmen

Dagegen ... 125 Stimmen

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Nun stimmen wir über den Antrag der Minderheit Ingold ab, welche bestimmte Artikel der Vorlage 1 in eine Vorlage 3 überführen und diese Vorlage an die Kommission zurückweisen will. Der Bundesrat unterstützt den Antrag dieser Minderheit.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/8352)

Für den Antrag der Minderheit Ingold ... 97 Stimmen

Dagegen ... 90 Stimmen

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Der Rat hat somit der Teilung der Vorlage in eine Vorlage 1 und in eine Vorlage 3

sowie der Rückweisung der Vorlage 3 an die Kommission zugestimmt.

## 1. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)

### 1. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, deuxième volet)

*Detailberatung – Discussion par article*

**Art. 14 Abs. 2bis, 2ter; 14a Abs. 2bis; 17 Abs. 3; 21 Abs. 2bis; 28; 38 Abs. 1, 1bis; 38bis Abs. 3; 51; Ziff. II Bst. c; Änderung bisherigen Rechts Ziff. 3 Art. 35ter, Übergangsbestimmung**

*Antrag der Minderheit*

(Ingold, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Hardegger, Lohr, Schenker Silvia, Schmid-Federer, Steiert, van Singer)

Streichen (siehe Vorlage 3)

**Art. 14 al. 2bis, 2ter; 14a al. 2bis; 17 al. 3; 21 al. 2bis; 28; 38 al. 1, 1bis; 38bis al. 3; 51; ch. II let. c; modification du droit en vigueur ch. 3 art. 35ter, disposition transitoire**

*Proposition de la minorité*

(Ingold, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Hardegger, Lohr, Schenker Silvia, Schmid-Federer, Steiert, van Singer)

Biffer (voir projet 3)

*Angenommen gemäss Antrag der Minderheit*

*Adopté selon la proposition de la minorité*

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Um dieses Geschäft möglichst noch in dieser Session zu Ende beraten zu können, führen wir die Detailberatung in sechs Blöcken durch. Sie haben eine schriftliche Übersicht zum Inhalt dieser Blöcke erhalten.

## Block 1 – Bloc 1

**Schenker Silvia** (S, BS): In meinem ersten Votum habe ich bereits auf die Ungleichbehandlung von Arbeitgebern und Versicherten hingewiesen. Bei den Versicherten, bei den Betroffenen gibt es mehr Pflichten, mehr Mitwirkung, mehr Druck, mehr Anstrengung. Bei den Arbeitgebern ist es mehr Unterstützung durch die IV, mehr Sensibilisierung usw. Was hier die Mehrheit durchgeboxt hat, das ist jedoch – es tut mir leid, ich kann es nicht anders sagen – einfach lächerlich.

Der Bundesrat verankert erstmals im Gesetz einen Mitwirkungsartikel für die Arbeitgeber. So weit, so gut. Dann laden die IV-Stellen die Arbeitgeber ein, das Arbeitsverhältnis nicht aufzulösen, wenn jemand in einer Frühinterventions- oder Eingliederungsmassnahme der IV steckt. Es gibt keine Verpflichtung, keine Forderung, keine Muss-Bestimmung – nur eine Einladung, und das geht den Bürgerlichen zu weit. Dafür fehlt mir jedes Verständnis. Natürlich können Sie jetzt sagen, der Artikel bringe ja sowieso nichts, also könne man ihn auch streichen. Vielleicht ist es tatsächlich so. Aber indem Sie den Artikel streichen, geben Sie ihm ein ganz grosses Gewicht. Diese Streichung hat einen hohen Symbolgehalt. Sie zementieren damit etwas, was die Diskussion um die IV-Revisionen in den letzten Jahren geprägt hat: Mit der Streichung dieses Artikels zeigen Sie, dass die Arbeitgeber weiterhin geschont werden sollen und wir weit davon entfernt sind, sie in die Pflicht zu nehmen. Lassen Sie diese Bestimmung im Gesetz. Zeigen Sie damit den Arbeitgebern, dass man auf sie zählt und dass sie ihren Teil beitragen müssen, wenn die Integration von Menschen mit Leistungseinschränkungen gelingen soll.

Vielleicht erinnern Sie sich noch, dass wir bei der IV-Revision 6a die Frage einer Quote diskutiert haben. Die Quote fand keine Mehrheit, kam aber doch schon zu deutlich mehr Stimmen, als dies früher der Fall war. Wenn Sie nicht einem kleinsten Schritt wie dem in Artikel 7c zustimmen, werden Sie früher oder später mit der Einführung einer Quote kon-

frontiert sein. Die Integration von Menschen mit Leistungseinschränkungen in die Arbeitswelt kann ohne die Mitwirkung der Arbeitgeber nicht funktionieren. Irgendwann ist die Zeit der Freiwilligkeit vorbei, oder aber die Arbeitgeber verlieren jegliche Legitimation, nach einer Sanierung der IV zu rufen.

Ich bitte Sie wirklich dringend, bei Artikel 7c meiner Minderheit zu folgen.

**Ingold Maja (CE, ZH):** Integrationsmassnahmen können mehrmals gesprochen werden. Ich beantrage Ihnen den folgenden Nachsatz: «... sofern sie ab dem zweiten Jahr im allgemeinen Arbeitsmarkt erfolgen und die gesamte Dauer von zwei Jahren nicht übersteigen.» Integrationsmassnahmen sind die Türöffner zum ersten Arbeitsmarkt. Sie müssen mehrmals gesprochen werden können, weil der erste Versuch vielleicht misslingt, weil der Schritt zu gross ist, um in einer Erwerbsarbeit Fuss zu fassen, weil die Arbeitgeber noch viel zu wenig damit vertraut sind, mit Behinderten und erst recht mit psychisch Kranken zu arbeiten. Man muss sich klar sein, dass der Abstand meist sehr gross ist, wenn Rentnerinnen und Rentner jahrelang vom Arbeitsmarkt und vom Erwerbsleben weg gewesen sind. Man muss auch noch die Jahre der Arbeitslosigkeit und Krankheit nach der letzten konstanten Erwerbsarbeit dazurechnen. Dann ist der Weg zurück in den Arbeitsmarkt lang. Vor allem das Engagement der grossen Unternehmen, in die Wiedereingliederung von Behinderten und psychisch Kranken zu investieren, ist bisher minimal; auch da ist der Weg lang. Deshalb ist es so wichtig, dass die integrationswilligen Rentnerinnen und Rentner bald ins Erwerbsumfeld hineinkommen.

Ich selbst kenne die Arbeitsbiografien von Leuten in Arbeitsintegrationsprogrammen und stelle fest: Je näher bzw. je schneller sie am realen Arbeitsmarkt sind, desto grösser sind die Chancen, dass die Wiedereingliederung gelingt. Natürlich sind die Integrationsprogramme, die Förder- und Aufbauprojekte unabdingbar. Aber wenn die Kandidatinnen und Kandidaten zu lange in diesem geschützten Umfeld arbeiten, sinkt ihre Motivation eher, wirklich hinauszutreten, und sie können nicht mit der Arbeitskultur auf dem Markt vertraut werden. Meine Erfahrung ist, dass sowohl für die anstellende Firma wie auch für die zukünftigen Mitarbeiter das Dazugehören und der Eintritt in ein reales Arbeitsumfeld mit anderen Erwerbstätigkeiten enorme Impulse gibt. Deshalb beantrage ich in meinem Nachsatz, dass das zweite Jahr im Arbeitsmarkt stattfinden soll. Wenn das dann scheitert, vielleicht nach mehreren erfolglosen Anläufen, muss man auch dazu stehen, dass jemand nicht oder nicht mehr für den ersten Arbeitsmarkt geschaffen ist, eine berufliche Integration nicht möglich ist und eine soziale Integration, eine Beschäftigung, eine gute Tagesstruktur genügen müssen und die Person die Rente braucht und sonst auch in Ruhe gelassen wird.

Die ganze Wiedereingliederung ist für alle ein anspruchsvoller Prozess. Er soll klar befristet sein, und zum allfälligen Scheitern soll man dann auch stehen. Die ambitionösen Fristen von einem Jahr und insgesamt zwei Jahren für die Zielerreichung bilden für die IV-Stellen auch einen Anreiz, das Management einer Arbeitsintegration zielgerichtet anzugehen und den Kandidatinnen und Kandidaten einen Rahmen zu geben, in dem ihr eigenes Engagement herausgefordert wird.

Ich bitte Sie, bei Artikel 14a dem Minderheitsantrag mit diesem kleinen, aber wichtigen Zusatz zuzustimmen.

**Heim Bea (S, SO):** In Artikel 16 geht es um die Kosten für die berufliche Ausbildung von Versicherten, die noch nicht erwerbstätig gewesen sind. Es geht also um die erstmalige berufliche Ausbildung. Alle hier im Saal, die Kinder haben, wissen, dass damit erhebliche Kosten für die Familien verbunden sind. Heute übernimmt die IV diejenigen Kosten, die bei der Erstausbildung infolge der Invalidität zusätzlich entstehen. Sie übernimmt sie aber nur dann, wenn Kosten in wesentlichem Umfang entstehen. Es besteht also schon

eine sehr restriktive Regelung, die den Betroffenen erhebliche Eigenleistungen abfordert.

Die Mehrheit der SGK will nun offenbar noch restriktiver sein, als es die heutige Gerichtspraxis und Durchführung sind. Sie will noch schärfere Restriktionen, indem sie im gleichen Artikel quasi nachdoppelt und beantragt, dass bei Versicherten, für die infolge Invalidität bei der Ausbildung zusätzliche Kosten entstehen, nur die Kosten übernommen werden, die behinderungsbedingt entstehen. Dazu ist zu sagen:

1. Es geht in Artikel 16 um die erstmalige berufliche Ausbildung, und damit geht es immer um behinderungsbedingte Mehrkosten.

2. Es entspricht der Gerichtspraxis und der Durchführung, dass die Mehrkosten einer Erstausbildung übernommen werden.

3. Zu Ihrer Orientierung: Artikel 5 Absatz 2 der Verordnung definiert heute, was unter zusätzlichen Kosten «in wesentlichem Umfang» zu verstehen ist. Solche gibt es, wenn die Kosten für die Ausbildung wegen Invalidität jährlich um 400 Franken höher ausfallen, als sie ohne Invalidität ausfallen würden. Artikel 16 gemäss Antrag der Mehrheit ist also bereits in der Verordnung enthalten. Für Dinge, die bereits in der Gerichtspraxis und in der Verordnung geregelt sind, muss nicht noch per Gesetz nachgedoppelt werden.

Der Antrag der Mehrheit aber will noch mehr, er will, dass das Ganze minutiös aufgedröselst und dass noch restriktiver gehandelt wird, was behinderten Menschen an Berufsausbildung zugestanden werden soll. Dazu möchte ich Folgendes sagen: Erstens wird der Aufwand dafür für die IV so gross sein, dass schliesslich Mehrkosten und keine Einsparungen resultieren werden. Zweitens errichten wir damit für behinderte Menschen noch mehr Hürden, diesmal finanzieller Art. Drittens möchte ich Sie daran erinnern, was Sinn und Zweck dieser IV-Revision ist. Das ist die Eingliederung, die Verbesserung der Chancen für Menschen mit Handicap im Arbeitsleben, die Verbesserung ihrer Chancen, in der Gesellschaft ihren Platz einzunehmen. Ihre Chancen wollen wir gemeinsam verbessern, und wir wollen nicht die Hürden dafür erhöhen.

Darum bitte ich Sie, meinem Minderheitsantrag zu Artikel 16 zu folgen und es beim geltenden Recht zu belassen.

**Stahl Jürg (V, ZH):** In Block 1 gibt es bekanntlich verschiedene Elemente, welche diese Revision beeinflussen. Die SVP-Fraktion wird mit einer Ausnahme die Mehrheitsanträge unterstützen.

In Block 1 befinden sich aus meiner Sicht nicht die grossen Brocken, welche zur Stabilisierung der finanziellen Situation der Invalidenversicherung beitragen; die Mehrheitsanträge sind jedoch wegweisend und in sich konsequent. Den grossen Brocken haben Sie mit Ihrem Entscheid vorhin auf der Seite gelassen. Es kann ja nicht sein, dass eine behinderte Person bei der Vergütung des Aufwandes und der Reisekosten bessergestellt wird als andere Menschen, welche sich in einem Arbeitsintegrationsprozess befinden. Darum ist die Formulierung mit den «behinderungsbedingten Mehrkosten» richtig; sie entspricht der Idee der strukturellen Sicherung dieses Sozialwerks.

Bei Artikel 7c bitte ich Sie, dem Beschluss des Ständerates zu folgen. Hier macht es Sinn, den bundesrätlichen Entwurf zu streichen. Seine Fassung ist zu schwammig und greift zu stark in die Unternehmensfreiheit ein.

Artikel 14 Absatz 2bis und Artikel 17 Absatz 3 entfallen. Diese Bestimmungen haben Sie mit Ihrem Teiltrückweisungsentscheid gestrichen bzw. zurückgewiesen.

Bei Artikel 14a Absatz 3 bitte ich Sie, die Minderheit Ingold zu unterstützen. Dieser Minderheitsantrag basiert auf der Erfahrung in der Praxis und entspricht dem Ziel, Integrationsmassnahmen auch im allgemeinen Arbeitsmarkt zu fördern. Artikel 16 Absatz 1 betrifft wiederum die behinderungsbedingten Mehrkosten und entspricht dem Konzept der Kommissionsmehrheit. Wenn Sie hier der Mehrheit folgen, bleiben Sie konsequent und tragen dazu bei, dass wir hier kleine Schritte in die richtige Richtung machen können.

Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, die Anträge der Mehrheit – mit einer Ausnahme, dem Minderheitsantrag Ingold – zu unterstützen.

**Moret** Isabelle (RL, VD): Le groupe libéral-radical vous invite à suivre la majorité à tous les articles de ce bloc.

A l'article 7c, nous vous invitons à suivre le Conseil des Etats et donc à biffer l'alinéa 2. Une minorité Schenker Silvia souhaite soutenir le projet du Conseil fédéral. La formulation vague de cet alinéa laisse le groupe libéral-radical perplexé; il est peu commun de voir l'Etat, l'office AI le cas échéant, inviter une entreprise à faire quelque chose. Par ailleurs, quelle est la portée du mot «invite»? Est-ce contraignant ou non pour l'employeur? Trop de questions se posent au sujet de cet alinéa et ce sont autant d'interprétations qui peuvent en découler.

Pour le groupe libéral-radical, la formulation du droit en vigueur est suffisante. Pour mémoire: l'employeur doit collaborer activement avec l'office AI et doit contribuer à la mise en oeuvre d'une solution appropriée s'inscrivant dans les limites du raisonnable. Cette formulation laisse une marge de manoeuvre suffisante aux offices AI.

A l'article 14a alinéa 3, le groupe libéral-radical vous invite à suivre la majorité et le Conseil fédéral. Les mesures de réinsertion peuvent être accordées plusieurs fois. La minorité Ingold est trop limitative en regard de l'objectif de cette révision; fixer comme condition sine qua non la mise en oeuvre des mesures de réinsertion sur le marché ordinaire du travail à partir de la deuxième année n'est pas correct, cette condition ne tenant pas compte de tous les cas d'invalidité assurés. Dans l'assurance-invalidité, les situations individuelles n'évoluent pas de manière linéaire. La réalité se doit de primer sur la volonté de limiter les mesures de réinsertion. Lorsqu'il s'agit d'un cas de handicap psychique, le temps requis pour une réinsertion peut s'avérer plus long que d'ordinaire. De même, une réinsertion dans le marché primaire du travail n'est pas forcément envisageable dans l'immédiat.

Si nous voulons renforcer l'assurance-invalidité en l'axant prioritairement sur la réinsertion des bénéficiaires, alors nous ne pouvons pas conditionner les mesures de réinsertion comme le propose la minorité Ingold. Avec de telles conditions, certaines réinsertions, faute de respecter les conditions fixées par cette minorité, seraient vouées à l'échec. Cela impliquerait de ne pas permettre à de nombreux bénéficiaires de sortir de l'assurance-invalidité et, de ce fait, appeler cette dernière à verser des rentes pour une longue période. Il est par contre évident pour le groupe libéral-radical que les réinsertions sur le marché du travail primaire doivent être privilégiées à chaque fois que cela est possible, mais sans limitation arbitraire définie dans la loi.

A l'article 16 alinéa 1, le groupe libéral-radical vous invite à rejeter la proposition de la minorité Heim. Les frais supplémentaires remboursés par l'assurance doivent être ceux induits par le handicap spécifique du bénéficiaire. Les remboursements de frais ne doivent pas être automatiques. Ils doivent être en lien avec la situation de l'assuré, en l'occurrence son handicap. Par ailleurs, je tiens à rappeler que cette modification n'induit pas de changement dans la pratique car le droit en vigueur va déjà dans ce sens en mentionnant le remboursement des frais beaucoup plus élevés du fait de l'invalidité de l'assuré.

**Weibel** Thomas (GL, ZH): Zu Artikel 7c Absatz 2, zur Mitwirkung des Arbeitgebers: Diese Mitwirkung ist aus Sicht der Grünliberalen ganz klar gegeben; wir fordern sie auch ein. Aber es ist eher eine moralische Pflicht, so wie es im Antrag der Mehrheit formuliert ist, weil es keine verbindliche Regelung ist: «Ordnet die IV-Stelle Frühinterventions- oder Eingliederungsmassnahmen an, so lädt sie den Arbeitgeber ein, das Arbeitsverhältnis mit der versicherten Person nicht aufzulösen, ohne mit der IV-Stelle Rücksprache genommen zu haben.» Diese Formulierung ist also in keiner Art und Weise eine Arbeitsplatzgarantie. Sie fördert aber die Kontaktaufnahme vor der Auflösung eines Arbeitsverhältnisses. Damit erhält die IV-Stelle gleichzeitig die Möglichkeit, allen-

falls weitere Massnahmen zu prüfen. Aus Sicht von uns Grünliberalen ist diese Massnahme verhältnismässig und die Empfehlung an die Arbeitgeber absolut zumutbar.

Bei Artikel 14a Absatz 3 unterstützen wir die Minderheit Ingold. Sie beantragt folgende Fassung: «Integrationsmassnahmen können mehrmals gesprochen werden, sofern sie ab dem zweiten Jahr im allgemeinen Arbeitsmarkt erfolgen und die gesamte Dauer von zwei Jahren nicht übersteigen.» Frau Ingold hat es bereits ausgeführt: Wichtig ist, die Leute möglichst schnell in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu führen und sie dort nachhaltig einzugliedern. Wir sehen zwar auch, dass die Kontrolle dieses Systems, wie es von der Minderheit angestrebt wird, einen gewissen administrativen Aufwand mit sich bringt. Dieser ist aber verhältnismässig und lässt sich vertreten. Durch die Regelung der Minderheit werden auch die Anreize zur Integration in den Arbeitsmarkt verstärkt. Würde die Minderheit abgelehnt, so käme die Regelung der Mehrheit zum Tragen, und dann könnten Integrationsmassnahmen wiederholt und somit fast unbeschränkt zugesprochen werden. Diese Lösung ist nicht ehrlich gegenüber der Gesellschaft, nicht ehrlich aber auch gegenüber den Betroffenen, denn mit Integrationsmassnahmen wird auch eine gewisse Integrationsfähigkeit vorgegaukelt. Diese wäre bei wiederholten Massnahmen nicht mehr gegeben, da muss man ehrlich sein, auch zu sich selbst. Unterstützen Sie also auch hier den Antrag der Minderheit.

Anders sehen wir es bei Artikel 16 mit den behinderungsbedingten Mehrkosten: Hier unterstützen wir den Antrag der Kommissionsmehrheit, was wir mit der Gleichstellung und der Gleichberechtigung begründen. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb Personen, die nicht von einer Invalidität betroffen sind, ihre Ausbildung oder die damit verbundenen Reisekosten selber bezahlen sollen, während denjenigen Personen, die von einer Invalidität betroffen sind, die gesamten Kosten zurückerstattet werden. Der Antrag der Mehrheit ist keine Regelung, die sich gegen die Integrationsbemühungen des Gesamtpakets richtet, sondern eine Regelung, die eine saubere Trennung und auch eine faire Lösung anstrebt.

Ich danke Ihnen, wenn Sie bei Artikel 16 den Antrag der Kommissionsmehrheit unterstützen.

**Schmid-Federer** Barbara (CE, ZH): Ich rede zuerst zur Minderheit Ingold zu Artikel 14a: Integrationsmassnahmen sind das Instrument zur Vorbereitung auf die berufliche Eingliederung. Der Anspruch besteht für versicherte Personen, welche aus vorwiegend psychischen Gründen seit sechs Monaten oder mehr zu mindestens 50 Prozent arbeitsunfähig sind. Schon Bundesrat Burkhalter war der Meinung, man solle die Dauer der Integrationsmassnahmen nicht beschränken, insbesondere im Hinblick auf die Situation von psychisch erkrankten Menschen; um diese geht es hier ja im Wesentlichen. Bei psychisch Kranken ist mit Rückfällen zu rechnen. Es gibt Fälle, in denen Massnahmen wiederholt werden müssen und man nicht sagen kann, über welche Zeitspanne sich diese erstrecken werden. Wir alle erwarten, dass Integrationsmassnahmen greifen. Es wird auch alles dafür getan. Wenn das Parlament nun aber fixe Zeitlimiten einsetzt, dann können viele Integrationsmassnahmen gar nicht seriös umgesetzt werden. Um da zu dauerhaften Lösungen zu kommen, braucht es flexible Strukturen. Auch der Ständerat wollte zuerst zeitliche Limiten einführen, liess sich dann aber überzeugen, dass dies im gegebenen Kontext falsch ist. Sollen Limiten Einsparungen bringen? Genau das wird nicht der Fall sein. Es würde zum Gegenteil der Mission führen, die hier erfüllt werden muss. Ich bitte Sie daher, der Mehrheit zu folgen.

Nun zur Minderheit Heim: Gemäss Gerichts- und Durchführungspraxis geht es bei den zusätzlichen Kosten, die in Artikel 16 Absatz 1 erwähnt werden, immer nur um jene Kosten, welche einer Person infolge Invalidität zusätzlich entstehen, um sogenannte behinderungsbedingte Mehrkosten. Dieser Grundsatz ist im geltenden Artikel 16 mit aller Klarheit festgehalten: «Versicherte, die noch nicht erwerbstätig waren und denen infolge Invalidität bei der erstmaligen beruflichen

Ausbildung in wesentlichem Umfang zusätzliche Kosten entstehen ...» In Artikel 5 Absatz 2 der Verordnung heisst es dazu: «Einem Versicherten entstehen aus der erstmaligen beruflichen Ausbildung oder Weiterbildung in wesentlichem Umfang zusätzliche Kosten, wenn seine Aufwendungen für die Ausbildung wegen der Invalidität jährlich um 400 Franken höher sind, als sie ohne Invalidität gewesen wären.» Das ist eine klare Abgrenzung.

Die Kommissionsmehrheit beantragt nun, zusätzlich zu erwähnen, dass nur «Anspruch auf Ersatz der behinderungsbedingten Mehrkosten» besteht. Es bleibt unerfindlich, weshalb die Kommissionsmehrheit diesen Zusatz verlangt, obwohl er bereits im Gesetz und in der Verordnung steht. Ich weiss nicht, was genau sie damit festhalten will. Auf jeden Fall ist der Zusatz aus unserer Sicht überflüssig. Was die Mehrheit vorschlägt, ist bereits geregelt.

Ich bitte Sie demnach, dem Antrag der Minderheit Ingold zuzustimmen.

Zu Artikel 7c: Dieser Artikel enthält einen Begriff, der in der Rechtsetzung nicht üblich ist; das Wort «einladen» beinhaltet keine Verpflichtung, sondern einen Wunsch. Niemand weiss so genau, was damit gemeint ist. Nach der Prüfung verschiedener Formulierungen ist die Kommission des Ständerates zum Entscheid gelangt, dass dieser Absatz zu streichen und durch keine andere Formulierung zu ersetzen sei. Die Mehrheit stimmt dem zu.

Im Namen der CVP/EVP-Fraktion bitte ich Sie, bei Artikel 7c der Mehrheit zu folgen.

**Steiert** Jean-François (S, FR): Die SP-Fraktion wird mit einer Ausnahme die Minderheitsanträge unterstützen; die Ausnahme ist Artikel 14a.

Ich bin mit Jürg Stahl, dem Sprecher der SVP-Fraktion, in einem Punkt einig: In Block 1 geht es nicht um die zentralen Fragen. Umso erstaunlicher ist es für uns, dass mit den Anträgen, die wir hier diskutieren und die der Integration letztlich nicht förderlich sind, zusätzliche Differenzen zum Ständerat geschaffen werden sollen. Es sind zusätzliche Stolpersteine auf dem Weg zum erklärten Ziel dieser Revision, nämlich zu einer besseren Integration.

Was Artikel 7c und den Minderheitsantrag Schenker Silvia betrifft, sind wir mit dem Bundesrat und einer sehr starken Minderheit der Meinung, es sei eine Rücksprache zwischen Arbeitgeber und IV-Stelle nötig, bevor ein Arbeitsverhältnis aufgelöst wird, wenn von der IV-Stelle Frühinterventions- oder Eingliederungsmassnahmen angeordnet werden. Die vom Ständerat vorgeschlagene Streichung dieses Artikels schadet der Zusammenarbeit zwischen IV-Stelle und Arbeitgeber, die von zentraler Bedeutung ist, wenn es darum geht, möglichst gute Voraussetzungen für einen Verbleib in der Arbeitswelt zu schaffen. Wenn der Rat der Mehrheit folgt und nicht der Minderheit und damit dem Bundesrat, wird nicht die Bereitschaft der Betroffenen gefördert, sich motiviert an Frühinterventions- oder Eingliederungsmassnahmen zu beteiligen, sondern ohne Not die Arbeitsplatzsicherheit destabilisiert. Die Streichung ist umso unverständlicher, als die Bestimmung – wie von Vorrednerinnen bereits erwähnt – nicht einen Zwang vorsieht, sondern eine blosser Anregung, die zu keiner Verpflichtung der Arbeitgeber führen wird. Konkrete Pilotprojekte zeigen heute schon, dass enge Diskussionen zwischen IV-Stelle und Arbeitgeber den Verbleib der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen an ihrer bisherigen Stelle massiv fördern. Deshalb ist es besonders unverständlich, dass dieser Passus gestrichen werden soll.

Die Gegner des Artikels haben richtigerweise betont, dass die Interventionen der IV-Stellen zugunsten des Verbleibs an der Arbeitsstelle auch ohne diesen Artikel erfolgen können und dass eine Streichung nicht unter dem Vorzeichen erfolgt, diese Kompetenz zu streichen. Die SP-Fraktion ist trotzdem der Meinung, dass dieser Passus aufrechterhalten werden soll, weil nur damit gewährleistet werden kann, dass die guten Interventionen der IV-Stellen zugunsten des Verbleibs am Arbeitsplatz auch systematisch erfolgen.

Bei Artikel 14a Absatz 3 empfehlen wir, der Mehrheit zu folgen.

Le groupe socialiste suivra ici la majorité pour les raisons suivantes. Certes, les mesures de réinsertion doivent être limitées à celles qui donnent des chances réelles d'arriver au but et qui ne sont pas de simples mesures d'occupation. En pratique, la limite n'est pas toujours facile à établir et surtout pas en amont de la mesure. Les critères de différenciation peuvent rapidement prendre des formes arbitraires et ainsi empêcher une personne de pouvoir bénéficier de mesures et surtout de pouvoir réintégrer le marché du travail. Ce constat vaut tout particulièrement pour les handicaps psychiques, dont il est connu et reconnu qu'ils peuvent donner lieu à des durées de traitement et de suivi qui peuvent varier fortement.

La proposition de la minorité nous fait courir le risque de mener à l'échec certaines réinsertions qui auraient pu réussir. Par rapport aux coûts économisés par une réinsertion réussie, les coûts éventuels économisés par la proposition de la minorité sont par ailleurs marginaux. La minorité donne ici de fausses incitations, c'est la raison principale pour laquelle nous soutiendrons le projet initial du Conseil fédéral, comme le propose la majorité de la commission.

En ce qui concerne l'article 16 alinéa 1, nous soutiendrons la minorité Heim. La modification introduite à la plus courte des majorités possibles de la commission ne change absolument rien à la pratique. L'administration a confirmé à la commission que d'ores et déjà seuls les coûts supplémentaires dus à un handicap sont pris en considération. La modification proposée est donc superflue. C'est la raison pour laquelle nous vous recommandons d'y renoncer, ce qui réduira d'une unité au moins le nombre de divergences avec le Conseil des Etats.

Nous vous recommandons de suivre les minorités à l'article 7c alinéa 2 et à l'article 16 alinéa 1, et de suivre la majorité à l'article 14a alinéa 3.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen  
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr  
La séance est levée à 13 h 00*

## Zwölfte Sitzung – Douzième séance

Mittwoch, 12. Dezember 2012

Mercredi, 12 décembre 2012

15.00 h

11.030

### 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket

#### 6e révision de l'AI. Deuxième volet

*Fortsetzung – Suite*

Botschaft des Bundesrates 11.05.11 (BBl 2011 5691)

Message du Conseil fédéral 11.05.11 (FF 2011 5301)

Ständerat/Conseil des Etats 19.12.11 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 30.05.12 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 01.06.12 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 2 (AS 2012 5559)

Texte de l'acte législatif 2 (RO 2012 5559)

Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)

#### 1. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)

##### 1. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, deuxième volet)

*Block 1 (Fortsetzung) – Bloc 1 (suite)*

**Gilli Yvonne (G, SG):** Ich spreche zuerst zu den Artikeln 7 und 7c, zu den Pflichten der versicherten Person und zur Mitwirkung des Arbeitgebers. Die Grünen bitten Sie um Unterstützung der Minderheit Schenker Silvia, welche, wie auch der Bundesrat, verlangt, dass ein Arbeitgeber eingeladen ist, bei Massnahmen im Rahmen von Frühintervention oder Frühintegration das Arbeitsverhältnis nicht ohne Rücksprache mit der IV-Stelle zu kündigen. Ich möchte hier noch einmal aufmerksam machen auf das Wording: Der Arbeitgeber ist eingeladen, nicht verpflichtet. Das ist ein Minimum an Engagement, das für die Arbeitgeberseite vorausgesetzt werden darf, und es ist eigentlich fast schon eine Schande, dass dieses Minimum von Gesetzes wegen eingefordert werden muss.

Ich bitte Sie deshalb, der Minderheit Schenker Silvia zuzustimmen.

Bei Artikel 14a bitten wir Sie um Unterstützung der Mehrheit, welche dem Bundesrat folgt und festlegt, dass Integrationsmassnahmen mehrmals gesprochen werden können. Die Minderheit Ingold schränkt die Möglichkeit der Wiederholung von Integrationsmassnahmen ein und spezifiziert sie, was für gewisse Fälle bewirken kann, dass erfolversprechende Integrationsmassnahmen nicht finanziert werden können. Eine solche Einschränkung mag auf dem Papier vordergründig Sinn machen, in der Praxis wird sie sich aber nicht bewähren und läuft dem Integrationsgedanken zuwider.

Sie wissen bereits, dass es sich hier, bei dieser Gruppe von Betroffenen, vor allem um chronisch psychisch kranke Menschen mit einem wellenförmigen Krankheitsverlauf handelt. Es ist eben durchaus möglich, dass es Sinn macht, auch nach mehr als einem Jahr noch Integrationsmassnahmen zu finanzieren, auch wenn diese nicht im ersten Arbeitsmarkt

geleistet werden können, weil der Weg zurück oft lang und zeitlich nicht zum Voraus berechenbar ist und ein stufenweises Vorgehen erfordert.

Zu Artikel 16, «Erstmalige berufliche Ausbildung»: Wir Grünen bitten Sie bei Absatz 1 um Unterstützung der Minderheit Heim, die beim geltenden Recht bleibt. In der Botschaft weist der Bundesrat ausdrücklich darauf hin, dass es gar keine Neuformulierung braucht, sondern dass sich die heute praktizierte Lösung bereits auf die Finanzierung der behinderungsbedingten Mehrkosten beschränkt. Dies ist auch im Gesetz formuliert, einfach mit der Wortwahl «zusätzliche Kosten» anstelle von «Mehrkosten». Es handelt sich hier also um eine unnötige Zusatzformulierung, die die Kommission gewählt hat. Sie bewirkt inhaltlich, materiell keine Änderung.

**Berset Alain, conseiller fédéral:** Dans ce bloc sont traitées les mesures qui visent la réadaptation et le maintien sur le marché du travail. J'ai eu l'occasion lors du débat d'entrée en matière de vous dire qu'il s'agissait d'un des éléments importants de la révision 6b de l'assurance-invalidité. L'idée est ici de poursuivre sur cette voie qui veut que «la réadaptation prime la rente», une voie qui a été ouverte lors de la 5e révision afin que l'assurance-invalidité passe d'une assurance de rentes à une assurance axée sur la réadaptation.

Il s'agit tout d'abord d'optimiser et de flexibiliser les instruments qui ont été mis en place lors de la 5e révision de l'AI et également de mettre en place de nouveaux instruments qui doivent permettre de gagner en efficacité, notamment en ce qui concerne la pratique avec les assurés souffrant d'un handicap psychique, qui représentent tout de même, avec 40 pour cent, le plus grand groupe de bénéficiaires de l'assurance-invalidité.

Parmi ces instruments, il y a la détection précoce. Les critères actuels, à savoir une incapacité de travail ininterrompue de 30 jours ou des absences répétées, ne sont pas absolument efficaces et entraînent souvent une communication trop tardive. Il s'agit donc d'étendre la détection précoce. La collaboration des employeurs est importante également – je l'ai mentionné dans le débat d'entrée en matière. Dans le projet du Conseil fédéral, nous souhaitons qu'il soit possible à l'office AI d'inviter les employeurs à ne pas résilier les rapports de travail les liant à leurs employés lorsque des mesures d'intervention précoce ou de réadaptation sont mises en oeuvre, sans qu'il y ait eu d'abord une discussion.

Le Conseil fédéral prévoit ensuite de supprimer la limite temporelle, à savoir un an, voire deux ans au maximum dans les mesures de réinsertion, pour ne pas freiner la réadaptation, car elle peut prendre plus de temps chez les assurés souffrant notamment d'un handicap psychique, public cible de cet instrument introduit par la 5e révision.

Je vous invite simplement et dans tous les cas à suivre le projet du Conseil fédéral aux articles 7c, 14a alinéa 3 et 16 alinéa 1. Je vous invite donc, au nom du Conseil fédéral, à adopter les propositions, soit de majorité soit de minorité, qui correspondent au projet du Conseil fédéral.

**Humbel Ruth (CE, AG), für die Kommission:** Zuerst zu Artikel 7c Absatz 2, «Mitwirkung des Arbeitgebers»: Der Begriff «einladen» hat in der SGK wie zuvor schon im Ständerat zu Diskussionen Anlass gegeben. «Einladen» ist kein Begriff in der Rechtsetzung. Das Wort «einladen» enthält keine Verpflichtung, sondern den Wunsch an die Arbeitgeber, einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter nicht während einer Massnahmenphase zu kündigen. Für eine Einladung braucht es daher nach Ansicht der Kommission keine gesetzliche Grundlage. Frühinterventions- oder Integrationsmassnahmen bei einem Arbeitgeber können ohne ihn gar nicht durchgeführt werden. Deshalb braucht es Gespräche, und es wird eine Zielvereinbarung zwischen der IV-Stelle und dem Arbeitgeber abgeschlossen.

Die knappe Mehrheit der SGK – das Abstimmungsergebnis lautete 12 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung – folgt dem Ständerat, weil eine Gesetzesbestimmung ohne Verbindlichkeit deklaratorisch sein mag, aber nicht wirksam ist.

Zu Artikel 14a Absatz 3, zur Dauer der Integrationsmassnahmen: Integrationsmassnahmen der 5. IV-Revision sind insbesondere für Menschen mit psychischen Problemen gedacht. In der Praxis hat sich gezeigt, dass die geltende gesetzliche Regelung nicht genügt, weil die Limitierung auf höchstens zwei Jahre bei Menschen, die psychisch labil sind, nicht reicht. Gerade junge Menschen mit psychischen Leiden müssen zielführend gefördert werden, um sie nicht im jungen Alter zu Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger zu machen. Integrationsmassnahmen sollen Menschen für eine eigentliche berufliche Massnahme fit machen, sei es durch eine Ausbildung oder eine Umschulung. Heute findet ein grosser Teil solcher Massnahmen im institutionellen Rahmen statt, weshalb die Kommissionsmehrheit der Ansicht ist, dass die Verlängerungsmöglichkeit nicht bloss für den ersten Arbeitsmarkt gelten soll.

Kurz zu den Kosten: Für berufliche Massnahmen werden pro Jahr insgesamt rund 500 bis 540 Millionen Franken ausgeben; davon entfallen rund 24 Millionen Franken auf diese Integrationsbestimmung gemäss Artikel 14a Absatz 3. Diese Zahlen belegen, dass mit dem Instrumentarium vorsichtig umgegangen wird und die Leistungen spezifisch auf die Person abgestimmt werden.

Ich bitte Sie daher im Namen der Kommissionsmehrheit – der Entscheid fiel mit 12 zu 10 Stimmen –, dem Ständerat zu folgen.

Zu Artikel 16 Absatz 1: Es mag da als Inkonsequenz erscheinen, dass die Frage der behinderungsbedingten Mehrkosten nicht in das dritte Paket verschoben worden ist. Das ist nämlich der einzige der heute zur Diskussion stehenden Artikel, in dem von behinderungsbedingten Mehrkosten die Rede ist. Aber hier geht es um die erstmalige berufliche Ausbildung, also um Versicherte, die noch nicht erwerbstätig waren und denen infolge Invalidität bei der erstmaligen beruflichen Ausbildung in wesentlichem Umfang zusätzliche Kosten entstehen. Diese haben Anspruch auf Ersatzleistungen bezüglich der behinderungsbedingten Mehrkosten.

Die Kommission entschied mit 13 zu 12 Stimmen, die behinderungsbedingten Mehrkosten in das Gesetz aufzunehmen.

**Cassis Ignazio (RL, TI)**, pour la commission: L'article 7c alinéa 2 traite de la question de la collaboration de l'employeur: il indique aux offices AI ce qu'ils doivent faire lorsque des mesures d'intervention précoce ou de réadaptation sont en cours. Les offices AI doivent inviter les employeurs à ne pas résilier les contrats de travail, ce qu'ils pourraient aussi très bien faire si cet alinéa n'existait pas. Cet alinéa a par contre comme but d'obliger les offices AI à prendre contact avec les employeurs lorsqu'ils mettent en place des mesures. Les offices AI ne peuvent évidemment pas obliger les employeurs à ne pas résilier le rapport de travail avec l'assuré; contraindre les employeurs irait bien au-delà de la portée de cette loi.

Voilà pourquoi, par 12 voix contre 11 et 1 abstention, la commission vous invite à suivre le Conseil des Etats et à biffer cette disposition, jugée inutile et peu claire.

A l'article 14a alinéa 3, il s'agit de la durée des mesures de réinsertion, mesures qui coûtent environ 24 millions de francs par année. Les mesures de réinsertion préparent à la réadaptation professionnelle et ont été créées par la 5e révision. Elles sont spécifiquement destinées aux assurés souffrant d'un handicap psychique. L'expérience a toutefois déjà montré que cet instrument pouvait encore être optimisé pour atteindre efficacement son but. Voilà pourquoi le Conseil fédéral veut permettre de rallonger la durée des mesures de réinsertion et biffer la limitation à un an ordonnée par le droit en vigueur. La minorité Ingold veut que cette levée de la limitation temporelle à partir de la deuxième année puisse avoir lieu seulement si les efforts de réinsertion sont réalisés sur le marché ordinaire du travail. La réinsertion prime la rente: c'est la devise de toutes ces révisions.

Voilà pourquoi votre commission vous recommande, par 15 voix contre 10 et 2 abstentions, de rejeter la limitation proposée par la minorité Ingold.

Et pour finir, à l'article 16, «Formation professionnelle initiale», la commission, par 13 voix contre 12, a soutenu cette modification, qui prévoit que seuls les frais supplémentaires dus spécifiquement au handicap doivent être remboursés à l'assuré qui n'a pas encore eu d'activité lucrative et qui est en train de suivre sa formation initiale.

Une minorité Heim vous demande de biffer cet ajout, c'est-à-dire d'en rester au droit en vigueur.

Je vous invite, au nom de la commission, à suivre la majorité.

### **Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Ersatz eines Ausdrucks**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

### **Titre et préambule, ch. I introduction, remplacement d'un terme**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

### **Art. 3 Abs. 1bis**

*Antrag der Kommission*

Die Nichterwerbstätigen entrichten einen Beitrag nach ihren sozialen Verhältnissen. Der Mindestbeitrag beträgt pro Jahr 65 Franken, wenn sie obligatorisch, und 130 Franken, wenn sie freiwillig nach Artikel 2 AHVG versichert sind. Der Höchstbeitrag entspricht dem 50-fachen Mindestbeitrag der obligatorischen Versicherung. Artikel 9bis AHVG gilt sinngemäss.

### **Art. 3 al. 1bis**

*Proposition de la commission*

Les personnes n'exerçant aucune activité lucrative paient une cotisation en fonction de leur condition sociale. La cotisation minimale s'élève à 65 francs par an pour l'assurance obligatoire et à 130 francs pour l'assurance facultative au sens de l'article 2 LAVS. La cotisation maximale correspond à 50 fois la cotisation minimale de l'assurance obligatoire. L'article 9bis LAVS est applicable par analogie.

*Angenommen – Adopté*

### **Gliederungstitel vor Art. 3a; Art. 3a; Gliederungstitel vor Art. 3abis; Art. 3abis; 3b Abs. 2 Bst. f, g; 7 Abs. 2 Bst. d; 7abis**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

### **Titre précédant l'art. 3a; art. 3a; titre précédant l'art. 3abis; art. 3abis; 3b al. 2 let. f, g; 7 al. 2 let. d; 7abis**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

### **Art. 7c Abs. 2**

*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit*

(Schenker Silvia, Carobbio Guscetti, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Ingold, Rossini, Steiert, van Singer, Weibel)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

### **Art. 7c al. 2**

*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition de la minorité*

(Schenker Silvia, Carobbio Guscetti, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Ingold, Rossini, Steiert, van Singer, Weibel)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Abstimmung – Vote*(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/8353)

Für den Antrag der Mehrheit ... 111 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 72 Stimmen

**Art. 8 Abs. 3 Bst. b***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 8 al. 3 let. b***Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Art. 14a***Antrag der Mehrheit**Abs. 3, 5*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit*

(Ingold, Aeschi Thomas, Borer, Bortoluzzi, de Courten, Frehner, Hess Lorenz, Parmelin, Stahl)

*Abs. 3*

Integrationsmassnahmen können mehrmals gesprochen werden, sofern sie ab dem zweiten Jahr im allgemeinen Arbeitsmarkt erfolgen und die gesamte Dauer von zwei Jahren nicht übersteigen.

**Art. 14a***Proposition de la majorité**Al. 3, 5*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition de la minorité*

(Ingold, Aeschi Thomas, Borer, Bortoluzzi, de Courten, Frehner, Hess Lorenz, Parmelin, Stahl)

*Al. 3*

Les mesures de réinsertion peuvent être accordées plusieurs fois pour autant qu'elles soient mises en oeuvre sur le marché ordinaire du travail à partir de la deuxième année et qu'elles n'excèdent pas la durée de deux ans au total.

*Abstimmung – Vote*(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/8354)

Für den Antrag der Mehrheit ... 101 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 82 Stimmen

**Art. 16 Abs. 1***Antrag der Mehrheit*

... Anspruch auf Ersatz der behinderungsbedingten Mehrkosten, sofern ...

*Antrag der Minderheit*

(Heim, Bulliard, Carobbio Guscetti, Gilli, Ingold, Lohr, Roscini, Schenker Silvia, Schmid-Federer, Steiert, van Singer)

Unverändert

**Art. 16 al. 1***Proposition de la majorité*

... a droit au remboursement des frais supplémentaires dus spécifiquement à son handicap ...

*Proposition de la minorité*

(Heim, Bulliard, Carobbio Guscetti, Gilli, Ingold, Lohr, Roscini, Schenker Silvia, Schmid-Federer, Steiert, van Singer)

Inchangé

*Abstimmung – Vote*(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/8355)

Für den Antrag der Mehrheit ... 112 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 71 Stimmen

**Art. 18abis***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Block 2 – Bloc 2**

**Gilli Yvonne (G, SG):** Wir sprechen über die Hilflosenentschädigung. Artikel 42 behandelt den Anspruch; Absatz 3 besagt, unter welchen Umständen Personen, die zu Hause leben, als hilflos gelten. Gemäss geltendem Recht sind dies Personen, die dauernd auf eine lebenspraktische Begleitung angewiesen sind. Das geltende Recht schliesst in diesem Sinn psychisch Kranke ein, sofern ihnen mindestens eine Viertelrente zugesprochen wurde.

Gemäss Antrag der Mehrheit und Entwurf des Bundesrates wird der Personenkreis neu definiert. Mit der neuen Definition wird der Kreis auf Personen mit psychischer oder geistiger Gesundheitsbeeinträchtigung eingeschränkt. Zudem ist die lebenspraktische Begleitung neu auf indirekte Hilfe beschränkt. Diese Einschränkungen sind aus praktischer Sicht nicht zweckmässig. Direkte und indirekte Hilfe können in der Praxis nicht eindeutig voneinander abgegrenzt werden. Sie gehen nicht nur ineinander über, sie können auch von Tag zu Tag schwanken, je nach aktueller Verfassung der hilflosen Person. Die Einschränkung auf die Diagnostizierung von psychischer oder geistiger Beeinträchtigung klammert aus, dass es sich gerade bei dieser Personengruppe oft um Mehrfachbehinderte handelt. Auch da wird das Auseinanderdividieren einzig einen unverhältnismässigen Verwaltungsaufwand kreieren.

Es ist mir bewusst, dass die neue Definition und explizite Beschränkung auf indirekte lebenspraktische Hilfe auf präjudizierende Bundesgerichtsurteile Bezug nimmt und auf der Befürchtung beruht, dass die Kosten genau in diesem Bereich überproportional steigen könnten. Ich anerkenne, dass wir hier sind, um die IV zu sanieren; ich möchte aber betonen, dass wir auch hier sind, um praktikable und zweckmässige Lösungen zu finden. In diesem Fall mag die Intention zwar gut sein, die Lösung ist aber nicht zweckmässig und nur mit verwaltungsintensiver Kreativität umsetzbar. Weniger Kosten werden nicht anfallen, allenfalls werden sie verlagert. Ob am Tag X die mehrfach geistig und körperlich behinderte Person zum Einkaufen aufgefordert werden muss oder ob sie wegen schwererer körperlicher Beschwerden am Tag Y die Schuhe nicht selber binden und die Tasche nicht selbst tragen kann, das macht es aus, ob man von direkter bzw. indirekter Hilfe spricht. Diese Unterscheidung für die IV-Finanzierung ins Gesetz zu schreiben ist absurd.

Ich bitte Sie deshalb, auf der Basis des gesunden Menschenverstands meine Minderheit zu unterstützen.

**Lohr Christian (CE, TG):** Das Taggeld besteht aus zwei Komponenten, aus einer Grundentschädigung, auf die Versicherte Anspruch haben, die Eingliederungsmassnahmen absolvieren, und aus einem Kindergeld, nur für Versicherte mit Kindern. Die Taggelder ergänzen die Eingliederungsmassnahmen der IV. Sie sollen sicherstellen, dass die Existenzkosten während der Dauer der Eingliederungsmassnahmen gedeckt sind.

In Artikel 23 Absatz 1a sprechen wir von der Grundentschädigung. Für die Berechnung der Höhe dieser Grundentschädigung wird der Basisverdienst herangezogen. Gemeint ist also das letzte Einkommen, welches ohne gesundheitliche Einschränkungen erzielt worden ist. Dieses ist bei Menschen mit einer Behinderung oft tief. Viele leben bereits vor Beginn der Eingliederungsmassnahmen in vergleichsweise prekären finanziellen Verhältnissen. Sie haben vielleicht nur eine Attestlehre absolvieren können und sind beruflich nicht in der Lage gewesen, wirklich eine Karriere zu machen. Sie haben aus eigenem Antrieb häufig die Stelle gewechselt, um

einer Arbeit nachgehen zu können, die ihren Einschränkungen entspricht, und sie haben dabei immer wieder Verdiensteinbussen in Kauf nehmen müssen.

Auch in Fällen, in denen die Invaliddität nicht plötzlich eintritt, sondern als langjähriger, schleichtender Prozess, der mit Lohneinbussen einhergeht, ist der Basisverdienst in der Praxis oft sehr tief; denn es wird ja einfach nur der letzte Lohn eingesetzt, den eine Person bei einem 100-Prozent-Pensum verdient hat. Das führt dazu, dass die Grundentschädigung der IV schon heute oft sehr knapp ausfällt und etliche Versicherte kaum in der Lage sind, damit ihren Lebensbedarf ohne Verschuldung zu decken.

Nun ist es zwar so, dass der Antrag der Kommissionsmehrheit ein Mindesttaggeld von 101 Franken garantiert. Gerade in städtischen Umgebungen mit hohen Mietzinsen und hohen Lebenskosten wird aber auch ein solches Taggeld vielfach nicht genügen, um die laufenden Kosten während einer längeren Eingliederungsmassnahme wirklich zu decken.

Vor diesem Hintergrund ist eine Kürzung der Grundentschädigung bei Personen ohne Unterhaltspflichten von 80 Prozent auf 70 Prozent des letzten ohne gesundheitliche Einschränkung erzielten Erwerbseinkommens klar abzulehnen. Das ist der falsche Ansatz. Meiner Ansicht nach ist das auch Augenwischerei. Würde die Grundentschädigung auf 70 Prozent gesenkt, so hätte das zur Folge, dass viele Versicherte bei einer Eingliederungsmassnahme in noch grössere finanzielle Schwierigkeiten geraten würden.

Es gibt einen weiteren Grund, dem Antrag der Minderheit, also dem Beschluss des Ständerates, zuzustimmen. Die vorgeschlagene Senkung der Grundentschädigung würde dazu führen, dass eine Person, welche bisher ein Krankenversicherungstaggeld von 80 Prozent erhalten hat, mit einer Leistungskürzung bestraft würde, sobald sie sich Eingliederungsmassnahmen der IV unterzieht. Das muss ja als Widerspruch empfunden werden. Ziel muss es aber sein, dass sich Personen mit Leistungseinschränkungen möglichst schnell wieder in einen Eingliederungsprozess begeben. Eine Kürzung der Grundentschädigung würde sie aber animieren, sich so lange wie möglich nicht in einen Eingliederungsprozess zu begeben. Um die Eingliederungsorientierung der IV zu unterstützen, muss sich das Taggeld der IV wie bis anhin an den Taggeldern der Kranken- und der Unfallversicherung, nicht aber an jenem der Arbeitslosenversicherung orientieren.

Der Antrag der Kommissionsmehrheit ist auch systematisch nicht kohärent. Versicherte, die über 20 Jahre alt sind und sich in der erstmaligen beruflichen Ausbildung befinden, erhalten heute ein Taggeld von Fr. 103.80. Weshalb sollen dann Versicherte, die während Jahren erwerbstätig gewesen sind, unter Umständen ein Taggeld von nur 101 Franken erhalten? Das ist für mich nicht verständlich.

Mein Fazit ist klar: Der Bundesrat legt den Fokus auch bei der IV-Revision 6b auf die berufliche Eingliederung, doch mit diesem Antrag der Kommissionsmehrheit wird dieses Ziel nicht erreicht.

**Moret Isabelle (RL, VD):** A l'article 23 alinéa 1a, le groupe libéral-radical vous invite à suivre la majorité et à rejeter la proposition de la minorité Lohr. Il s'agit ici de se rapprocher de la situation existant dans le cadre de l'assurance-chômage. En effet, dans ce cadre-là, on tient compte pour la fixation de l'indemnité de l'existence ou de l'absence d'une obligation d'entretien envers des enfants.

A l'article 42 alinéa 2, le groupe libéral-radical vous invite à suivre la majorité, c'est-à-dire à adopter le projet du Conseil fédéral, et à rejeter de ce fait la proposition de la minorité Gilli qui prévoit d'en rester au droit en vigueur. Pour mémoire, a droit à une allocation pour impotent «toute personne qui, en raison d'une atteinte à sa santé, a besoin de façon permanente de l'aide d'autrui ou d'une surveillance personnelle pour accomplir des actes élémentaires de la vie quotidienne»; c'est l'article 9 LPG. En plus de ces personnes, d'autres personnes peuvent recevoir une allocation pour impotent: ce sont les personnes qui vivent chez elles et qui, en raison d'une atteinte à leur santé psychique, ont du-

blement besoin d'un accompagnement sous la forme d'une aide indirecte pour faire face aux nécessités de la vie. C'est-à-dire que ces personnes sont capables physiquement par exemple de se doucher ou de cuisiner, mais qu'elles ne le font pas forcément d'elles-mêmes. Il faut que quelqu'un passe de temps en temps chez elles pour leur dire par exemple: «Aujourd'hui, il faut prendre une douche.» C'est cela, l'accompagnement par une aide indirecte.

Je rappelle que les personnes qui ont besoin d'une aide directe pour les assister dans leur quotidien peuvent, elles, bénéficier encore de la contribution d'assistance prévue à l'article 42quater.

**Schmid-Federer Barbara (CE, ZH):** Zu Artikel 23 Absatz 1a: Herr Lohr hat Ihnen bereits erklärt, worum es in seinem Minderheitsantrag geht. Wir unterstützen ihn. Anders als Bundesrat und Ständerat schlägt die Kommissionsmehrheit vor, die Grundentschädigung an Personen ohne Unterhaltspflichten zu kürzen, auf 70 statt wie bisher 80 Prozent des letzten ohne gesundheitliche Einschränkung erzielten Erwerbseinkommens. Dieser Ansatz entspräche der Regelung in der Arbeitslosenversicherung.

Der Antrag der Mehrheit ist abzulehnen, weil er der so wichtigen Eingliederungsorientierung der IV zuwiderläuft. Die vorgeschlagene Senkung würde dazu führen, dass eine Person, welche bisher ein Krankenversicherungstaggeld von 80 Prozent erhalten hat, mit einer Leistungskürzung bestraft würde, sobald sie sich Eingliederungsmassnahmen der IV unterzieht. Ziel muss es aber sein, dass sich Personen mit Leistungseinschränkungen möglichst schnell in einen Eingliederungsprozess begeben. Eine Kürzung der Grundentschädigung, wie sie von der Kommissionsmehrheit beantragt wird, würde sie aber lange davon abhalten. Um die Eingliederungsorientierung der IV zu unterstützen, muss sich das Taggeld der IV wie bis anhin an den Taggeldern der Kranken- und der Unfallversicherung orientieren und nicht an jenem der Arbeitslosenversicherung. Der Bundesrat legt den Fokus auch bei der IV-Revision 6b auf die berufliche Eingliederung. Das macht Sinn, auch im Hinblick auf eine nachhaltige Sanierung der IV. Mit der beantragten Kürzung der Grundentschädigung wird ein negativer Anreiz gesetzt, der die Eingliederung erschwert, anstatt sie zu fördern. Das läuft gegen die Eingliederungsorientierung und gegen die Sanierung der IV und ist daher abzulehnen.

Ich bitte Sie, hier die Minderheit zu unterstützen.

Dann noch zu Artikel 42 Absatz 3, zur Hilflosenentschädigung: Hier unterstützt die CVP/EVP-Fraktion die Mehrheit. Die Hilflosenentschädigung für lebenspraktische Begleitung wurde im Jahr 2004 im Rahmen der 4. IV-Revision eingeführt. Ziel war es, für Personen mit psychischer oder leichter geistiger Beeinträchtigung den Zugang zu einer Hilflosenentschädigung zu öffnen, weil das damalige System der Hilflosenentschädigung auf Menschen mit einer körperlichen Beeinträchtigung zugeschnitten war. Absicht des Bundesrates und Gegenstand der politischen Diskussion war es, auch für Personen mit psychischer und geistiger Beeinträchtigung, welche die Tätigkeiten zwar körperlich ausführen können, es aber aus psychischen Gründen nicht machen, eine Hilfe anzubieten. Es geht dabei um eine Begleitung, damit die Menschen alleine wohnen können, für den Fall, dass sie nicht in der Lage sind, die Wohnung alleine zu verlassen, oder dass sie sich dauerhaft isolieren würden. Es geht also um eine indirekte Hilfe. Unglücklicherweise ist der entsprechende Gesetzestext sehr vage formuliert. Das Bundesgericht hat deshalb den Anspruch auch für körperlich behinderte Menschen und auch auf die direkte Hilfe angewendet. Es geht hier also nicht um den Abbau von Leistungen, sondern es geht um das Vermeiden nichtbeabsichtigter künftiger Mehrkosten, welche durch den Bundesgerichtsentscheid entstehen. Die Mehrheit will das, was man im Rahmen der 4. IV-Revision diskutiert hat, im Gesetz richtig notieren. Ich bitte Sie daher, der Mehrheit zu folgen.

**Carobbio Guscetti Marina (S, TI):** Bei Artikel 23 geht es eigentlich um einen erschwerten Zugang zum Rentenan-

spruch, ohne dass dem Prinzip «Eingliederung vor Rente» Rechnung getragen würde. Dass eine Eingliederung einer Rente vorgezogen wird, befürwortet die SP-Fraktion, aber dies soll angemessen geschehen, und berechnete Anliegen sollen erfüllt werden. Beim genannten Artikel ist dies nicht der Fall. So hat die Mehrheit der Kommission bei Artikel 23 Absatz 1a entschieden, dass die Grundentschädigung in der IV, das IV-Taggeld, für versicherte Personen ohne Unterhaltspflichten in Anlehnung an die Regelung in der Arbeitslosenversicherung bei 70 Prozent statt 80 Prozent festgelegt wird; das ist de facto eine Reduktion des IV-Taggelds.

Die Anlehnung an die Arbeitslosenversicherung könnte logisch erscheinen, in der Realität wird diese Massnahme aber zu einer Ungleichbehandlung führen: Personen, die in einer Eingliederungsmassnahme der IV stehen und da Tagelder erhalten, werden in Zukunft weniger bekommen als diejenigen, die eine Teilrente haben, noch arbeitsfähig, aber arbeitslos sind und Arbeitslosengeld erhalten. Die Arbeitslosenversicherung macht in der Tat eine Ausnahme bei den Bezüglern einer Rente von 70 Prozent Taggeld, wenn eine IV-Rente von mindestens 40 Prozent ausgerichtet wird. Die Folge dieses Antrages der Mehrheit ist ein Negativanreiz zur Eingliederung. Diese Kürzung wird nach Angabe der Verwaltung 11 000 Versicherte betreffen und 1,3 Millionen Franken Mehrausgaben bei den Ergänzungsleistungen verursachen. Um die Ungleichbehandlung zu vermeiden und um zu vermeiden, dass Menschen mit Behinderung in Schwierigkeiten geraten, bitte ich Sie, den Minderheitsantrag Lohr zu Artikel 23 Absatz 1a zu unterstützen, denn zu weiteren inakzeptablen Kürzungen bei dieser Revision kommt noch die Kürzung der Tagelder hinzu.

Im Namen der SP-Fraktion beantrage ich ebenfalls, den Minderheitsantrag Gilli zu Artikel 42 Absatz 3 zu unterstützen.

Was vom Bundesrat und von der Mehrheit der Kommission vorgeschlagen wird, ist für uns nicht akzeptabel. Um finanzielle Einsparungen zu erreichen, werden – versteckt hinter dem beschönigenden Ausdruck «Vermeiden von künftigen Mehrkosten» – Leistungen gekürzt. Dies bedeutet, dass behinderte Menschen von nötiger Hilfe ausgeschlossen werden und dass eine Trennung zwischen körperlich und psychisch Behinderten geschaffen wird. Die Erschwerung des Zugangs zur Rente oder die Einschränkung der Hilflosenentschädigung bedeutet Einsparungen auf dem Rücken der Betroffenen und erleichtert die Integration von behinderten Menschen nicht.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion, die Minderheitsanträge bei den Artikeln 23 und 42 zu unterstützen.

**de Courten Thomas (V, BL):** Ziel der heute diskutierten Revision ist die nachhaltige Sanierung der IV. Selbstverständlich ist es auch eine Gelegenheit, die Leistungen der IV dahingehend zu überprüfen, ob sie jenen Benachteiligten unserer Gesellschaft zugutekommen, die sie auch wirklich benötigen, und in dem Umfang, in dem dies tatsächlich notwendig ist. Diesem zentralen Grundsatz unserer Sozialversicherungssysteme muss mit der vorliegenden Revision auch in der IV wieder Geltung verschafft werden.

Mit Artikel 23 Absatz 1a, wie ihn die Mehrheit Ihrer Kommission vorschlägt, wird die Grundentschädigung für Versicherte ohne Unterhaltspflicht von 80 Prozent des Taggelds nach Artikel 24 Absatz 1 auf 70 Prozent abgesenkt. Das ist erstens eine Angleichung an die Arbeitslosenversicherung, die ebenfalls eine Unterscheidung vornimmt zwischen unterhaltspflichtigen Personen, die zusätzlich Kindergeld oder weitere Leistungen erhalten und auch erhalten sollen, und Personen, die keine Unterhaltspflichten haben. Es ist für mich nicht einsichtig, wieso da bisher ein Unterschied zwischen der Arbeitslosenversicherung und der IV bestand. Ich kann zweitens auch das Argument nicht nachvollziehen, das sei ein falscher Anreiz zur Integration. Ich bin von der gegenseitlichen Position überzeugt. Ich finde, dass es ein zusätzlicher Anreiz ist, wieder ins Erwerbsleben einzusteigen. Es ist drittens eine Anpassung, die keinem wirklich wehtut. Dennoch ist das Einsparpotenzial mit rund 38 Millionen Franken erheblich. Es macht Sinn, davon auszugehen, dass diejeni-

gen Personen, die keine Unterhaltspflichten haben, weniger Geld benötigen als unterhaltspflichtige. Die sozialpolitische Abfederung ist mit den Buchstaben a und b jedenfalls gewährleistet.

Ich bitte Sie deshalb, bei Artikel 23 Absatz 1a dem Antrag der Mehrheit zu folgen.

Zu Artikel 42 Absatz 3: Die geltende Formulierung von Absatz 3 erlaubt es nicht, den ursprünglich eng gefassten Ansatz umzusetzen, der vorsah, den Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung für lebenspraktische Begleitung auf Personen mit psychischer oder geistiger Beeinträchtigung zu begrenzen, das heisst auf diejenigen, die indirekte Hilfe benötigen. Steht die Leistung Menschen offen, deren körperliche Gesundheit beeinträchtigt ist, wird der ursprüngliche und einzige Zweck der lebenspraktischen Begleitung entfremdet. Körperlich beeinträchtigte Personen haben seit Inkrafttreten des IVG, also seit dem 1. Januar 1960, ohne Einschränkung Anspruch auf Hilflosenentschädigung. Deshalb muss wieder das im Rahmen der 4. IV-Revision ausgearbeitete Modell Gültigkeit haben, und die Leistungsempfänger müssen eindeutig benannt werden.

Mit dieser Ergänzung wird beabsichtigt, den ursprünglichen Willen des Gesetzgebers klar und eindeutig im Gesetz festzuhalten. Zudem soll verhindert werden, dass es aufgrund der bisher erfolgten Rechtsprechung zu einer ungewollten Mengenausweitung und damit auch zu einem erheblichen Anstieg der Kosten bei diesen Leistungen kommt.

Ich beantrage Ihnen namens der SVP-Fraktion, auch hier der Mehrheit und dem Bundesrat zu folgen.

**Schenker Silvia (S, BS):** Herr de Courten, können Sie mir sagen, wie Sie zur Einschätzung kommen, dass es niemandem wehtut, wenn die Tagelder von 80 auf 70 Prozent gekürzt werden?

**de Courten Thomas (V, BL):** Frau Kollegin, ich habe Ihnen dargelegt, dass es einen Unterschied gibt zwischen Personen, die unterhaltspflichtig sind, und solchen, die es nicht sind. In diesem Sinn finde ich es ungerechtfertigt, wenn in der IV diese Unterscheidung nicht gemacht wird, während sie bei der ALV eben gemacht wird. Es ist der richtige Weg, dass bei beiden Sozialversicherungswerken der gleiche Ansatz gilt.

**Gilli Yvonne (G, SG):** Ich spreche nur noch zu Artikel 23 Absatz 1a. Die grüne Fraktion bittet Sie, der Minderheit Lohr zu folgen und beim geltenden Recht zu bleiben.

Für uns macht es keinen Sinn, die Grundentschädigung um 10 Prozentpunkte, nämlich von 80 auf 70 Prozent des vor der Invalidität erreichten Einkommens zu kürzen, und zwar aus zwei Gründen:

Zum Ersten führt diese Massnahme wohl zu Kosteneinsparungen bei der IV, jedoch eher durch Kostenverlagerungen zur Sozialhilfe oder zu Ergänzungsleistungen. Damit verlagern wir die Kosten vom Bund zu den Kantonen und Gemeinden. Das scheint uns keine geeignete Massnahme zu sein, um die Finanzen der IV zu sanieren.

Zum Zweiten schaffen wir mit der Kürzung der Taggeldleistungen für Betroffene ohne Unterhaltspflichten nicht nur eine weitere Abstufung, sondern, im Vergleich zu anderen Versicherungsnormen, beispielsweise der Arbeitslosenversicherung, auch eine rechtliche Ungleichbehandlung. Und insbesondere treffen diese Massnahmen Menschen in Eingliederung, die keinen Anspruch auf Ergänzungsleistungen haben. Sie sind somit ein negativer Anreiz, ein Anreiz gegen die Eingliederung – genau das Gegenteil dessen also, was eigentlich die Intention dieses Gesetzes ist.

Wir bitten Sie deshalb, der Minderheit Lohr zu folgen.

**Berset Alain, conseiller fédéral:** Tout d'abord, en ce qui concerne la proposition de la minorité Lohr, je souligne que l'indemnité journalière de l'assurance-invalidité sert à compenser une partie au moins de la perte de revenu que l'assuré subit le temps pendant lequel il suit une mesure de réadaptation. La 4e révision de l'assurance-invalidité avait été l'oc-

casation de repenser le système des indemnités journalières en l'ajustant, à quelques détails près, au système en vigueur dans l'assurance-accidents obligatoire. Tous les assurés perçoivent en principe la même indemnité de base, équivalente à 80 pour cent du revenu que l'assuré percevait pour la dernière activité exercée sans restriction due à des raisons de santé.

La proposition que fait maintenant votre commission de différencier le montant des indemnités journalières en fonction d'une obligation d'entretien s'inspire d'un autre système d'indemnité, celui de l'assurance-chômage. Ce que le Conseil fédéral souhaite en premier lieu, c'est très clairement maintenir l'encouragement de la réadaptation, en suivant le principe «la réadaptation prime la rente». Nous savons que l'indemnité journalière peut influencer directement la motivation des assurés. Nous craignons qu'une diminution des indemnités à 70 pour cent du gain assuré ait un effet contre-productif et ait pour effet une baisse de la motivation à travailler, sans tenir compte du fait que cela compliquerait le système de l'assurance-invalidité, en introduisant des distinctions qui aujourd'hui n'existent pas.

Avec cette argumentation, je vous prie, au nom du Conseil fédéral, d'en rester au projet du Conseil fédéral et donc de soutenir la proposition de la minorité Lohr.

Par contre, à l'article 42 alinéa 3, je vous invite à suivre la majorité de votre commission. En effet, la modification qui est apportée n'a pas pour but de réduire les dépenses courantes, mais elle vise à garantir la mise en oeuvre de la volonté initiale du législateur. Le message sur la 4e révision de l'assurance-invalidité se réfère uniquement aux personnes souffrant d'une atteinte à la santé psychique ou mentale, alors que la loi, elle, utilise la formulation générale «atteinte à la santé». Cette formulation ne permet pas de mettre en oeuvre l'approche initiale qui avait été souhaitée, qui était restrictive et qui visait à limiter le droit à l'allocation pour impotent pour faire face aux nécessités de la vie uniquement aux assurés atteints dans leur santé mentale ou psychique qui ont besoin d'une aide indirecte, à savoir de prestations de conseil et d'accompagnement. Le but est ici d'expliquer et de montrer à la personne concernée comment remplir l'acte, comme cela a été rappelé.

Au moment de déterminer le droit à cette prestation, on peut distinguer clairement si la personne assurée a besoin d'une aide directe ou indirecte. Le nouveau texte limite ce droit à une allocation, en raison d'un besoin d'accompagnement pour faire face aux nécessités de la vie. Désormais, seules les personnes atteintes dans leur santé psychique ou mentale pourront en bénéficier.

Si une telle prestation est accordée à des personnes atteintes dans leur santé physique, le but initial et unique de l'accompagnement pour faire face aux nécessités de la vie est détourné. Les personnes atteintes dans leur santé physique bénéficient en effet sans restriction de l'allocation pour impotent telle qu'elle existe depuis l'entrée en vigueur de la loi sur l'assurance-invalidité en 1960. De plus, la révision 6a de l'assurance-invalidité, qui est en vigueur depuis le début de cette année, met en place la contribution d'assistance s'ajoutant à l'allocation pour impotent et à l'aide prodiguée par les proches, pouvant se substituer à l'aide institutionnelle.

Je vous invite donc, au nom du Conseil fédéral, à adopter la proposition de la minorité Lohr et, à l'article 42 alinéa 3, à suivre la proposition de la majorité de la commission.

**Humbel Ruth** (CE, AG), für die Kommission: Ich spreche zuerst zu Artikel 23 Absatz 1a, zur Grundentschädigung. Heute ist das Taggeldsystem der IV an dasjenige der Unfallversicherung angelehnt. Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen, einen Wechsel zu machen und das Taggeldsystem an dasjenige der Arbeitslosenversicherung anzugleichen. Das würde bedeuten, dass Versicherte, welche keine Unterhaltspflichten gegenüber Kindern unter 25 Jahren haben oder eine Grundentschädigung von nicht mehr als 101 Franken bekommen, Anspruch auf eine Grundentschädigung von 70 Prozent ihres ursprünglichen Einkom-

mens haben. Die Kommissionsmehrheit erachtet eine Angleichung der Systeme in der Arbeitslosen- und in der Invalidenversicherung als sozial vertretbar, zumal ja das minimale Taggeld 101 Franken betragen würde.

Die Kommission hat mit 13 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung entschieden. Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Zu Artikel 42 Absatz 3, zur Hilflosenentschädigung: Ursprünglich war die Hilflosenentschädigung auf Personen mit einer körperlichen Behinderung zugeschnitten, die alltägliche Verrichtungen, also Verrichtungen wie Aufstehen, Waschen, Kochen usw., nicht selber erbringen können. Die Hilflosenentschädigung für Personen, die zu Hause leben, wird in drei Stufen zwischen 450 Franken und 1850 Franken im Monat ausgerichtet. Mit der 4. IV-Revision hat man eine neue Hilfe für Menschen mit psychischen oder geistigen Behinderungen eingeführt. Die Idee war, ihnen eine Hilfe zu geben, damit sie mit einer relativ geringen Unterstützung trotzdem alleine leben können. Aus der Gesetzesformulierung geht nicht hervor, welche Zielgruppe man konkret im Auge hatte, obwohl die Stossrichtung im Parlament klar war. Nun hat es Fälle vor Bundesgericht gegeben, und das Bundesgericht hat festgehalten, dass im Gesetz nicht stehe, dass dies nur für psychisch oder geistig behinderte Menschen Gültigkeit habe. Diesen Mangel möchten wir nun beheben. Mit dieser Änderung wird die normale Hilflosenentschädigung nicht tangiert, aber es geht darum, dass man die Schwelle klar definiert und der Bestimmung im ursprünglichen Sinn der 4. IV-Revision Nachachtung verschafft. Die Leistung der lebenspraktischen Begleitung erfährt im Moment eine Zunahme von rund 20 Prozent pro Jahr. Das hat mit dem Einführungseffekt zu tun, aber auch mit dem Entscheid des Bundesgerichtes.

Mit dieser Bestimmung wird keine finanzielle Einsparung erzielt. Vielmehr geht es darum, künftige Mehrkosten zu verhindern und den ursprünglichen Sinn der Bestimmung der 4. IV-Revision durchzusetzen.

Die Kommission hat mit 14 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen entschieden. Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

**Cassis Ignazio** (RL, TI), pour la commission: Je parle tout d'abord de l'article 23 alinéa 1a qui concerne l'indemnité journalière de base. Cette indemnité s'élève, selon l'alinéa 1 du droit en vigueur, à 80 pour cent du revenu que l'assuré percevait pour la dernière activité lucrative exercée en bonne santé. La commission, par 13 voix contre 11 et 1 abstention, vous propose d'ajouter un alinéa 1a dans lequel ce pourcentage de 80 est réduit à 70 si la personne n'a pas d'obligation d'entretien envers des enfants de moins de 25 ans ou si cette personne bénéficie d'une indemnité journalière élevée, c'est-à-dire de plus de 101 francs par jour.

Ce choix, la commission le justifie par le désir d'utiliser le même barème que celui de l'assurance-chômage – qui fait la distinction entre personnes seules et personnes avec des enfants à charge –, et non le barème de l'assurance-accidents. C'est un changement de comparaison. La commission, par 13 voix contre 11, a fait ce choix; voilà pourquoi je vous demande de suivre la majorité.

Venons-en maintenant à l'article 42 alinéa 3, qui concerne le droit à l'allocation pour impotent. Alors que le message concernant la 4e révision de l'AI mentionne uniquement les personnes souffrant d'une atteinte à la santé psychique ou mentale, le texte de loi utilise la formulation générale «atteinte à la santé»: cette notion peut se référer non seulement aux atteintes psychiques et mentales, mais aussi aux atteintes physiques. La formulation actuelle de la loi ne permet pas de mettre en oeuvre l'approche initiale restrictive qui visait à limiter le droit à l'allocation pour impotent afin de faire face aux nécessités de la vie uniquement pour les assurés atteints dans leur santé psychique ou mentale qui ont besoin d'une aide indirecte.

Plusieurs arrêtés du Tribunal fédéral se basant sur l'égalité de traitement confirment qu'il n'est pas permis d'exclure un groupe de personnes sans une base légale claire. Le com-

plément que le Conseil fédéral propose et que la commission accepte, par 14 voix contre 8 et 2 abstentions, vise à inscrire dans la loi de façon claire et distincte la volonté initiale du législateur. Il doit aussi empêcher que la jurisprudence développée jusqu'ici n'aboutisse à une extension des prestations qui n'était pas voulue et ne fasse ainsi augmenter considérablement le coût de ces prestations. Une minorité Gilli s'y oppose, mais je vous invite à suivre la majorité.

#### Art. 22 Abs. 1

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### Art. 22 al. 1

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

#### Art. 23 Abs. 1a

*Antrag der Mehrheit*

Die Grundentschädigung beträgt 70 Prozent des letzten ohne gesundheitliche Einschränkung erzielten Erwerbseinkommens, jedoch nicht mehr als 80 Prozent des Höchstbetrages des Taggeldes nach Artikel 24 Absatz 1, für Versicherte, die:

- keine Unterhaltspflicht gegenüber Kindern unter 25 Jahren haben; und
- eine Grundentschädigung von mehr als 101 Franken erreichen.

*Antrag der Minderheit*

(Lohr, Carobbio Guscetti, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Humbel, Ingold, Rossini, Schenker Silvia, Schmid-Federer, Steiert) Streichen

#### Art. 23 al. 1a

*Proposition de la majorité*

L'indemnité de base s'élève à 70 pour cent du revenu que l'assuré percevait pour la dernière activité lucrative exercée sans restriction due à des raisons de santé, mais à 80 pour cent au plus du montant maximum de l'indemnité journalière fixée à l'article 23 alinéa 1 pour les assurés qui:

- n'ont pas d'obligation d'entretien envers des enfants de moins de 25 ans; et
- bénéficient d'une indemnité journalière entière dont le montant dépasse 101 francs.

*Proposition de la minorité*

(Lohr, Carobbio Guscetti, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Humbel, Ingold, Rossini, Schenker Silvia, Schmid-Federer, Steiert) Biffer

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 11.030/8356)

Für den Antrag der Minderheit ... 90 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 90 Stimmen

*Mit Stichentscheid der Präsidentin*

*wird der Antrag der Minderheit angenommen*

*Avec la voix prépondérante de la présidente*

*la proposition de la minorité est adoptée*

#### Art. 42

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 3, 4, 4bis*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit*

(Gilli, Carobbio Guscetti, Heim, Rossini, Schenker Silvia, Steiert, van Singer)

*Abs. 3*

Unverändert

#### Art. 42

*Proposition de la majorité*

*Al. 3, 4, 4bis*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition de la minorité*

(Gilli, Carobbio Guscetti, Heim, Rossini, Schenker Silvia, Steiert, van Singer)

*Al. 3*

Inchangé

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 11.030/8357)

Für den Antrag der Mehrheit ... 122 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 61 Stimmen

#### Block 3 – Bloc 3

**Schenker Silvia** (S, BS): Ich verstehe das Grundanliegen des Bundesrates. Man hat festgestellt, dass es im heutigen, vierstufigen Rentensystem zu sogenannten Schwelleneffekten kommt. Das heisst, mit einem erzielten Zusatzeinkommen bleibt unter dem Strich je nachdem weniger als ohne dieses Zusatzeinkommen. Damit lohne sich, so wurde uns gesagt, für die Versicherten die Arbeit nicht. Mit einem neuen, linearen Rentensystem will man diese Schwelleneffekte beseitigen.

Die Kommission hat sich sehr lange und sehr intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt. Es wurden verschiedenste Modelle durchgerechnet und geprüft. Wir haben ausführliche Berichte und schöne Diagramme erhalten. Dabei hat sich eines gezeigt: Es gibt kein System, das nicht wieder Schwelleneffekte hat oder andere Nachteile mit sich bringt.

Ihnen stehen heute zwei Varianten zur Auswahl. Beide sind nach dem gleichen Prinzip aufgebaut. Sie unterscheiden sich eigentlich nur in der Frage, ab welchem Invaliditätsgrad eine volle Rente ausgerichtet wird, wenn kein Erwerbseinkommen erzielt wird.

Mit meiner Minderheit beantrage ich Ihnen, beim heutigen System zu bleiben; dies aus zwei Gründen:

1. Alle Varianten, die heute zur Auswahl vorliegen, haben Rentenkürzungen zur Folge. Rentenkürzungen sind für mich inakzeptabel. Keine der bisherigen IV-Revisionen hatte eine Kürzung der eigentlichen Rente zur Folge. Zusatzrenten für Ehepartnerinnen wurden gestrichen, sogenannte Karrierezuschläge wurden gestrichen, aber die Kernrenten blieben bis anhin unangetastet. Das soll weiterhin so sein.

2. Der Bundesrat blendet meiner Meinung nach eines der wesentlichen Probleme aus. Immer wieder wird davon gesprochen, dass sich Arbeit für IV-Rentnerinnen und -Rentner lohnen müsse und dass man deshalb die Schwelleneffekte beseitigen müsse. Nie oder kaum erwähnt wird, wie es mit der Verfügbarkeit solcher Teilzeitarbeitsplätze steht. Wenn IV-Rentnerinnen und -Rentner kein Zusatzeinkommen erzielen, dann liegt es in vielen Fällen daran, dass sie keinen entsprechenden Arbeitsplatz finden. Ich kenne viele IV-Rentnerinnen und -Rentner, die noch so gerne einer Arbeit nachgehen würden. Sie verzweifeln daran, dass sie keine Chance bekommen. Sie fühlen sich in unserer so von der Arbeit dominierten und geprägten Welt wertlos, wenn sie in der Arbeitswelt keinen Platz finden. Wir müssen also sehr aufpassen, dass wir nicht zynisch werden, wenn wir von Anreizen sprechen. Die Realität ist für ganz viele IV-Rentnerinnen und -Rentner eine ganz andere.

Ich verschliesse mich nicht grundsätzlich einem neuen Rentensystem. Ich bin aber dezidiert der Meinung, dass man ein solches erst dann einführen soll, wenn alle anderen Veränderungen der Invalidenversicherung umgesetzt worden sind. Ob man ein System findet, das nicht wieder Schwelleneffekte aufweist, wage ich zu bezweifeln.

Was ich dagegen ganz dezidiert ablehne – und jetzt komme ich zu meiner zweiten Minderheit in diesem Block –, ist die Anwendung des linearen Rentensystems auf laufende Renten. Meine grundsätzlichen Bedenken gegenüber dem line-

aren System habe ich schon geäussert. Vielleicht können Neurentnerinnen und Neurentner noch eine Arbeit finden, mit der sie ihre Teilrente ergänzen können. Sicher jedoch wird das für Menschen, die seit einer mehr oder weniger langen Zeit schon eine Rente haben, praktisch unmöglich. Der Aufwand, auch für die IV-Stellen, für eine teilweise Eingliederung wäre so gross, dass Aufwand und Ertrag in keinem günstigen Verhältnis stehen würden. Wenn Sie der Schlussbestimmung, Buchstabe a, gemäss Mehrheit und Bundesrat zustimmen, hat das für sehr viele Betroffene Rentenkürzungen zur Folge. Darüber müssen Sie sich im Klaren sein, und dazu müssen Sie im Fall einer eventuellen Referendumsabstimmung stehen können.

**Lohr Christian (CE, TG):** Was ich mit meinem Minderheitsantrag möchte, ist nicht unanständig. Ich möchte mit meinem Antrag vor allem auch an das erinnern, was wir als Versprechen abgegeben haben. Ich bin heute Morgen mehrfach von Rednerinnen und Rednern darauf aufmerksam gemacht worden, dass wir das Versprechen abgegeben haben, die IV zu sanieren. Zu diesem Versprechen stehe ich auch. Ich habe aber hier in diesem Rat vor gut einem Jahr auch ein Versprechen abgegeben, als ich den Eid auf die Bundesverfassung abgelegt habe, und zwar auf die Bundesverfassung, in der in der Präambel steht, dass die Stärke des Volkes sich am Wohl der Schwachen misst. Dieses Versprechen möchte ich ebenso einlösen, wie ich auch ganz bewusst sagen möchte, dass ich ein Interesse daran habe, dass die IV für die Zukunft nachhaltig saniert werden kann, damit wir die Sicherung dieses äusserst wichtigen Sozialwerks gewährleisten können.

Was würden wir auslösen, wenn wir heute diese Grenze auf 80 Prozent setzen würden? Wir würden Schwerstbehinderte mit einem Invaliditätsgrad von 70 Prozent, die kaum eine realistische Chance auf einen Platz im Arbeitsmarkt haben, derart bestrafen und plagen, dass wir ihnen einen Drittel des bisherigen Einkommens mit einem einfachen Entscheid wegstreichen würden. Stellen Sie sich einmal vor, was ein Drittel bedeutet. Sagen wir doch einfach einmal: ein Drittel unseres Tageshonorars. Würden Sie das auch so ohne Weiteres akzeptieren und damit leben können? Ein Drittel bedeutet bei einem IV-Einkommen von 1800 Franken, dass man auf einmal auf 1200 Franken unten steht. Einen Drittel können Sie nicht kompensieren, indem Sie locker einen Kaffee weniger trinken oder – um jetzt auch wieder auf unsere Ebene zu kommen – bei einem Apéro ein Glas Wein weniger trinken. Das läuft nicht so. Ein Drittel weniger heisst nichts anderes als andere, schlechtere Lebensumstände, schlechtere Lebensqualität. Dazu müssen wir stehen, wir müssen auch die moralische Verantwortung für einen solchen «Missentscheid» übernehmen. Wenn man schon von «Misspolitik» redet: Das ist ein «Missentscheid», nicht eine Misswirtschaft, aber ein «Missentscheid», den wir zu tragen bereit sein müssen.

Wir können nicht ein System umsetzen, bei dem wir einfach auf die Schwächsten losgehen. Wenn man den Anreiz verbessern will, muss man auch die Arbeitsplätze bieten können, und da müssen wir einfach ehrlich sein: Die Realität sieht anders aus. Wissen Sie, was wir machen, wenn wir diese Grenze heute auf 80 Prozent setzen? Dann begeben wir uns auf das Niveau der Bankrottstaaten Griechenland und Spanien, die momentan genau auf diese Art und Weise politisieren und in ihrem Land für einen Riesenaufruhr sorgen. Bei diesen beiden Staaten muss man sagen, dass sie dies tun müssen; wir aber müssen das nicht tun, denn unsere Zahlen sehen anders aus, und auch unser politischer Verstand sieht, so denke ich, anders aus. Wir müssen gut überlegen, was wir jetzt machen. Es ist der falsche Ansatz, die Schwächsten zu prügeln.

Ich beantrage Ihnen deshalb, das neue, lineare Rentensystem einzuführen und damit auch den vom Bundesrat gewünschten Weg zu gehen, die Vollrente aber weiterhin ab einem Invaliditätsgrad von 70 Prozent zu zahlen.

**Blocher Christoph (V, ZH):** Das ist eine Sanierungsvorlage. Sie sind damals vors Volk getreten und haben erklärt: «Für acht Jahre brauchen wir eine Mehrwertsteuererhöhung von 0,4 Prozentpunkten, und wir werden die IV so sanieren, dass nach diesen acht Jahren die Rechnung ausgeglichen ist.» Damals haben Sie die Rechnung vorgelegt: Es brauche 1,1 Milliarden, damit die Rechnung ausgeglichen sei. Der Bundesrat ging bei dieser Vorlage mit 700 Millionen Franken Einsparungen jährlich in die Vernehmlassung und erklärte: «Unter diesen Voraussetzungen und mit der 5. Revision mit zusätzlichen 500 Millionen Einsparungen können wir das Ziel erreichen, selbstverständlich später.» Dann kam die Vorlage des Bundesrates vors Parlament, und da betrug die Einsparung nur noch 325 Millionen Franken. Aus dem Ständerat ist die Vorlage mit einer Einsparung von noch 265 Millionen zu uns gekommen. Und heute haben Sie die Vorlage geteilt, und der Bundesrat schreibt auf Französisch: «La scission permet de réaliser des économies de l'ordre de 105 millions de francs par année.» Jetzt sind wir also noch bei 105 Millionen Franken! Wenn es bei 700 Millionen acht Jahre dauert, bis die Rechnung ausgeglichen ist, dauert es bei 105 Millionen folglich 56 Jahre, bis Sie eine ausgeglichene Rechnung haben. Solchen Humbug treiben wir!

Heute ist gesagt worden, das seien griechische Verhältnisse, wenn man kürze. So, wie es vorgesehen ist, kommen Sie in griechische Verhältnisse! Das ist doch keine Sanierung einer Versicherung! Sie haben bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer nichts anderes gemacht als von morgens bis abends mit gezinkten Karten gespielt, um die Bürger faustdick anzulügen. Wir werden bei der neuen Mehrwertsteuererhöhung daran denken.

Zur Ratsmitte, die heute der Aufteilung der Vorlage zugestimmt hat: Sie können Ihre Vorlage in der Volksabstimmung dann mit Ihren linken Freunden, mit denen Sie sie heute aufgeteilt haben, durchtragen – die Linke gegen die Mitte.

Wir werden uns der Stimme enthalten müssen; wir können nicht einer Vorlage zustimmen, mit der die IV erst nach 56 Jahren saniert ist.

Der Minderheitsantrag, den ich hier stelle, übernimmt das lineare Rentensystem, wie es der Bundesrat ursprünglich vorgeschlagen hat. Das ergibt eine Verbesserung von etwa 200 Millionen Franken. Man hat von 300 Millionen gesprochen; ich bin etwas vorsichtig, weil die Ärzte da nicht immer genau jedes Prozent aufrechnen werden. Das heisst nichts anderes, als dass jemand, der 57 Prozent invalid ist, 57 Prozent bekommt; und das geht weiter bis 100 Prozent.

Und wenn Sie die Invaliden eingliedern wollen – das sage ich Ihnen als Industrieller –, kommen Sie nicht darum herum, das Arztgeheimnis aufzuheben. Es geht nicht, dass wir die Leute eingliedern sollen und nicht wissen dürfen, was die Leute haben. So können wir sie nicht einstellen. Ich bringe Ihnen ein kleines Beispiel von einem Mann, der invalid ist, und zwar geistig invalid. Für eine einfache Arbeit müssen Sie wissen, ob er Absenzen hat, ob er sich nicht lange konzentrieren kann usw. Wenn man Ihnen das nicht sagt, können Sie die Verantwortung für einen solchen Mitarbeiter nicht übernehmen. Ich bitte Sie, den Alltag anzuschauen: In allen Betrieben arbeiten heute relativ viele invalide Leute, auch solche, die gar nicht in der Invalidenversicherung sind. Aber Sie müssen wissen, was die Leute haben.

Ich bitte Sie, wenigstens diesem Anträgelein, das meine Minderheit hier gestellt hat, zuzustimmen, damit Sie auf Ihrer Unwahrheitsskala nicht immer weiter hinuntergeraten.

**Kessler Margrit (GL, SG):** Als Patientenvertreterin möchte ich Sie Folgendes fragen, Herr Blocher: Sie möchten der Landwirtschaft Millionen verteilen und gleichzeitig bei den Invaliden sparen?

**Blocher Christoph (V, ZH):** Erstens muss ich Ihnen sagen, dass wir bei der Landwirtschaft viel gespart haben. Zweitens: Wissen Sie, warum ich diese Subventionen bei der Landwirtschaft bewillige? Damit wir eine Landwirtschaft mit all diesen landesweiten Aufgaben haben; wir machen sie nicht aus Liebe zu jemand anderem.

Drittens will ich, dass die Invaliden recht behandelt werden. Ich will aber auch diese ganze Ausnützung rückgängig machen, beispielsweise bei den Zulagen für Kinder. Sie wissen ganz genau, dass wir Invalide mit mehreren Kindern haben, namentlich aus den Ostländern, die mit den Zulagen wesentlich mehr bekommen, als wenn sie arbeiten würden. Das muss man unterbinden, sonst schafft man einen falschen Anreiz – und das ist möglich.

Nicht ich habe die Einsparungen, die ich heute genannt habe, versprochen, sondern der Bundesrat und die ganze Parteienlandschaft haben sie bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer versprochen. Sie wollen wahrscheinlich den Leuten mit der Mehrwertsteuer noch mehr Geld wegnehmen; das ist auch nicht sehr sozial. Und dagegen wehre ich mich.

**Ingold** Maja (CE, ZH): Arbeit muss sich lohnen; das ist das Ziel, das man mit dem Wechsel zu einem stufenlosen Rentensystem erreichen will. Wegen der Abstufung der Renten auf der 10-Prozent-Stufen-Treppe führt eine Arbeitsintegration heute oft dazu, dass sich die Rente durch die Arbeitsaufnahme mehr reduziert, als sich das Erwerbseinkommen erhöht, sodass die arbeitsfähige und arbeitswillige IV-versicherte Person am Schluss zwar eine Stelle hat, aber weniger im Portemonnaie.

Dass man diese Schwelleneffekte mit den negativen Arbeitsanreizen abschaffen muss, darüber sind sich in der CVP/EVP-Fraktion fast alle einig. Versicherte, die eine Erwerbstätigkeit aufnehmen und ihr Arbeitspensum erhöhen, sollen künftig finanziell nicht bestraft werden. Deshalb wird jedem Invaliditätsgrad linear eine bestimmte Rentenhöhe zugeordnet.

Diese Systemverbesserungen sind unbedingt zu sichern. Damit werden die Ziele erreicht, die man sich in Bezug auf die Behebung der unerwünschten Negativanreize versprochen hat, nämlich den Erfolg der Eingliederung aus der Rente – das ist der Fokus dieser Revision. Dass man diese Systemkorrektur mit einer der potenziell ergiebigsten Sparmassnahmen verbunden hat, bedingt sich nicht gegenseitig. Die neue Systematik ist nicht zwingend an die Formel «80 Prozent Invalidität gleich 100 Prozent Rente» gebunden. Genauso gut könnte mit 75 Prozent oder eben, wie es der Antrag der Minderheit I (Lohr) tut, mit 70 Prozent gerechnet werden. Die Vorteile der Systematik werden dabei nicht angetastet. Die CVP/EVP-Fraktion ist mit dem Bundesrat der Meinung, dass dieser Systematik unbedingt zum Durchbruch verholfen werden muss und dass nicht Widerstände gegen die Renten Kürzungen am Ende die ganze Verbesserung zunichtemachen dürfen.

Der neuen Systematik gemäss wurde nun aber die Sparmassnahme eingebaut, dass die neue Kurve die 100-Prozent-Rente erst bei 80 Prozent anstatt bei 70 Prozent auflöst. Da aber auf dem Arbeitsmarkt nachweislich nicht mehr Arbeitgeber Behinderte mit kleinen Pensen einstellen, heisst das: Die Rentenbezüger werden auf einer Reduktion sitzenbleiben, weil sie keine Jobs finden, um das zu kompensieren oder daraus ein Mehreinkommen zu generieren. Diesem Umstand hat Christian Lohr Rechnung getragen, indem er in seinem Minderheitsantrag das stufenlose Rentensystem befürwortet, aber die Formel «80 Prozent Invalidität gleich 100 Prozent Rente» ändert und den Wert wieder auf 70 Prozent zurückfährt. Die CVP/EVP-Fraktion wird ihm teilweise folgen.

Wer hier jetzt zum Wert von 80 Prozent Ja sagt, sollte auch Ja dazu sagen, dass Arbeitgeber mehr als nur freiwillig verpflichtet werden, wie bei der Revision 6a hoch und heilig bezeugt wurde. Wir werden noch den Antrag Weibel beraten, der genau das erreichen will.

Bei der Festlegung des Rentenanspruchs folgt die CVP/EVP-Fraktion voll dem Bundesrat bzw. dem Ständerat. Ebenso unbestritten ist die Anpassung laufender Renten von Rentenbezügerinnen und Rentenbezügern, die das 55. Altersjahr noch nicht vollendet haben. Der Bundesrat hat für Rentnerinnen und Rentner ab 55 Jahren eine Besitzstandswahrung vorgesehen. Die Mehrheit der SGK hat diese essenzielle Bestimmung des Ständerates gestrichen.

Das heisst, alle Renten von über 50 Prozent würden innert drei Jahren angepasst werden. Das trägt die CVP/EVP-Fraktion nicht mit; sie wird mit der Minderheit stimmen.

**Schneeberger** Daniela (RL, BL): Die FDP-Liberale Fraktion unterstützt den Antrag der Mehrheit.

Das vom Bundesrat vorgeschlagene, stufenlose Rentensystem ist richtig und vernünftig und geht konform mit vergleichbaren Abstufungen anderer wesentlicher Versicherungen. Jedem Invaliditätsgrad wird durchgehend eine bestimmte Rentenhöhe zugeordnet, sodass die bisherigen Schwellenwerte entfallen. Diese haben regelmässig zu Problemen und Ungerechtigkeiten geführt; unzählige Fälle aus der Praxis belegen dies. Im Besonderen soll es in Zukunft nicht mehr möglich sein, dass eine Rentenreduktion höher ausfällt als das zusätzliche Arbeitseinkommen, wenn ein IV-Rentner eine Erwerbstätigkeit aufnimmt oder seinen bisherigen Beschäftigungsgrad erhöht. Wir meinen, dass es angemessen ist, jemandem, der zu 50 Prozent eingeschränkt ist, auch eine 50-Prozent-Rente zu bezahlen usw. Dieses System kennt die Unfallversicherung, und es soll auch in der zweiten Säule konsequent eingeführt werden.

Mit dem vom Bundesrat vorgeschlagenen, stufenlosen Rentensystem erreichen wir, dass Sozialversicherungen mit Renten ein gleiches System haben und somit Konformität hergestellt wird. Das bisherige System bestrafte zum Teil IV-Rentner, die arbeiteten oder arbeiten wollten. Sie waren die Dummen im Vergleich zu denjenigen, die nicht oder weniger arbeiteten, obwohl sie eigentlich zu einem höheren Beschäftigungsgrad hätten tätig sein können. Das bisherige System war insofern absurd und verhinderte zum Teil die Weiterbildung oder die Wiedereingliederung.

Wir sind klar der Meinung, dass sich Arbeit lohnen soll und muss, und insofern brauchen wir auch ein System, das klare Anreize schafft, damit IV-Rentner sich bis zu einem zumutbaren, für sie vernünftigen Grad weiterbeschäftigen lassen oder sich später entsprechend wiedereingliedern lassen. Das neue, stufenlose Rentensystem eliminiert die bisherigen, mehrheitlich kontraproduktiven Schwelleneffekte und verstärkt den Arbeitsanreiz.

Zu den Schlussbestimmungen: Die FDP-Liberale Fraktion schliesst sich der Kommissionsmehrheit und damit der Fassung des Bundesrates an. Wir lehnen den Minderheitsantrag und damit die Fassung des Ständerates ab. Mit der von der Kommissionsminderheit und dem Ständerat vorgesehenen Besitzstandswahrung würden wir das stufenlose Rentensystem, welches das zweite Massnahmenpaket richtiger und notwendigerweise vorsieht, unterlaufen. Ansonsten sind wir aber klar der Meinung, dass das neue, stufenlose System konsequent greifen muss. Dabei geht es nicht um den Einspareffekt, sondern es geht vielmehr um eine Frage der Gerechtigkeit und der Konsequenz. Grundsätzlich muss für alle IV-Bezüger dasselbe Rentensystem gelten. Würde das neue System nur bei Neurentnern umgesetzt, würden wir unweigerlich neue Ungerechtigkeiten und vor allem zwei Klassen von Rentnern schaffen.

Die FDP-Liberale Fraktion bittet Sie, die Kommissionsmehrheit und somit den Entwurf des Bundesrates zu unterstützen.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen  
Le débat sur cet objet est interrompu*

11.030

## 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket 6e révision de l'AI. Deuxième volet

*Fortsetzung – Suite*

Botschaft des Bundesrates 11.05.11 (BBl 2011 5691)  
Message du Conseil fédéral 11.05.11 (FF 2011 5301)

Ständerat/Conseil des Etats 19.12.11 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 30.05.12 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 01.06.12 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 2 (AS 2012 5559)

Texte de l'acte législatif 2 (RO 2012 5559)

Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)

### 1. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket) 1. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, deuxième volet)

*Block 3 (Fortsetzung) – Bloc 3 (suite)*

**Weibel** Thomas (GL, ZH): In Artikel 28a geht es darum, Sie wissen es, ob bereits bei einem Invaliditätsgrad von 70 oder von 80 Prozent eine Vollrente ausgerichtet werden soll. Wir Grünliberalen unterstützen, wie ich heute Vormittag in der Eintretensdebatte ausgeführt habe, die Minderheit I (Lohr); dies nicht aufgrund der Überzeugung, dass 70 Prozent der bessere Wert ist als 80 Prozent, um die Vollrente auszulösen. Wir sind diesbezüglich noch nicht zu einem abschliessenden Entscheid gekommen. Die Analyse der Auswirkungen auf Haushaltsebene, auf Einzelschicksale, ergibt ganz unklare Ergebnisse. Da brauchen wir mehr Informationen und weitere Abklärungen. Mit der Unterstützung der Minderheit I schaffen wir eine Differenz zum Ständerat. Dies bedeutet nicht eine grundsätzliche Unterstützung der Grenze von 70 Prozent. Wir erwarten vielmehr vom Ständerat, dass er unsere offenen Fragen klärt und gleichzeitig bei seinen Arbeiten einen Kompromisswert von 75 Prozent prüft. Artikel 28b soll das stufenlose, lineare Rentensystem einführen. Das stufenlose Rentensystem beseitigt Schwelleneffekte, Sie haben es bereits mehrfach gehört. Diese Schwelleneffekte sind immer auch mit Fehlanreizen verbunden.

Beispiele wurden genannt: Wenn man mehr arbeitet, hat man unter dem Strich weniger Geld auf dem Konto. Das führt zu Ungerechtigkeiten, die beseitigt werden müssen. Wir stehen mit voller Überzeugung hinter diesem linearen Rentensystem.

Wir sind aber auch der Meinung, dass die Mehrheit der Kommission einen sozial verantwortbaren Mittelweg beschlossen hat. Der Antrag der Minderheit III (Blocher) entspricht, wie Herr Blocher ausgeführt hat, der Version, welche der Bundesrat in die Vernehmlassung geschickt hat. Damit würden mehr Einsparungen erzielt, aber es würden auch mehr Härtefälle generiert, es würden mehr soziale Probleme entstehen. Das können wir nicht mittragen. Entsprechend lehnen wir die Anträge der Minderheiten II und III bei Artikel 28b ab und unterstützen die Mehrheit.

Bei den Schlussbestimmungen, Buchstabe a, unterstützen die Grünliberalen den Antrag der Mehrheit. Wir sind der Meinung, dies sei eine akzeptable, faire und zumutbare Regelung. Würde man der Minderheit und damit auch der Lösung des Ständerates zustimmen, würde mit der Revision über Jahrzehnte nur ein Teil der Anreize zur Integration in die Arbeitswelt auch tatsächlich entwickelt. Das würde zu Ungerechtigkeiten, zu einem Zweiklassensystem führen. Das möchten wir möglichst rasch verhindern. Wir Grünliberalen wollen Anreize möglichst stark ausbilden und stimmen deshalb der Mehrheit zu.

**Rossini** Stéphane (S, VS): Nous discutons ici d'un article central, et au niveau économique et au niveau social. La question de la mesure de l'invalidité et sa conséquence, à savoir la détermination du niveau des rentes, suscite quelques réflexions et quelques positionnements quant au principe.

Quand on entend Monsieur Blocher s'exprimer sur son «remède de cheval» avec une économie de plus de 300 millions de francs, on pourrait se dire que l'on joue avec un système sans penser que derrière se trouvent des personnes. Il n'est pas inutile de rappeler que la rente n'est pas un choix de l'assuré: elle est le résultat d'un long processus, parfois – j'ai même envie de dire toujours – difficile pour la personne concernée et représente l'ultime conséquence de l'échec des mesures de réadaptation professionnelle. La rente ne va donc intervenir qu'en ultime recours. Ensuite, ce revenu de substitution que constitue la rente – et il faut rappeler que les rentes AI sont équivalentes aux rentes AVS – est à un niveau de prestations modeste pour des personnes qui n'ont pas d'autres revenus. Ce niveau de rente amène toute une série de personnes concernées à la limite du seuil de pauvreté ou, au mieux, au niveau du seuil de précarité.

Par conséquent, il faut agir dans cette discussion avec beaucoup de prudence et en recherchant un certain équilibre. On a des propositions pour changer de système, mais on ne doit pas changer de système en réalisant, en plus de ce changement de système, des économies supplémentaires. Oui, on peut changer de système en préservant des droits acquis; non, on ne change pas de système en jouant sur une piste de billard à plusieurs bandes, avec à la fois le changement de système et des mesures d'économie. En effet les propositions de la commission produiront en plus du changement de système 150 millions de francs d'économies. Le Conseil des Etats avait été beaucoup plus raisonnable avec des économies de l'ordre de 70 millions de francs.

Au nom du groupe socialiste, je vous invite bien évidemment à ne pas soutenir cette proposition de minorité Blocher qui est un véritable jeu de massacre dans une telle révision. Je vous invite aussi à rejeter la proposition de la commission en ce qui concerne les dispositions transitoires.

Le Conseil des Etats a recherché, dans cette révision, un certain équilibre. Il propose, au cœur de ce processus de transformation du système de rentes, de préserver des droits acquis. La décision du Conseil des Etats est une version raisonnable qui protège notamment les personnes de plus de 55 ans. Je crois qu'il vaut la peine, en ultime recours, dans la chaîne des décisions que nous aurons à prendre

tout à l'heure, d'être très attentifs et de soutenir cette formulation du Conseil des Etats en suivant la minorité Schenker Silvia. Evitons de n'avoir qu'un raisonnement systémique, qu'un raisonnement macroéconomique en termes de régime global et pensons qu'à ce stade, lorsque l'on parle des rentes, on parle directement du niveau de vie des personnes concernées. Certaines de nos décisions, si elles vont trop loin, vont générer directement non seulement de la précarité, mais de la pauvreté. Et qui va payer la facture? Les prestations complémentaires, les systèmes cantonaux d'aide sociale, avec une forte dimension d'humiliation, que les personnes ne souhaitent pas subir.

Par conséquent, je vous invite à suivre la minorité Lohr et, en fonction du résultat, la minorité Schenker Silvia.

**van Singer Christian (G, VD):** Deux dispositions sont très importantes dans ce bloc. Tout d'abord, par rapport aux économies, il faut rappeler aux collègues qui auraient tendance à réfléchir plus avec leur porte-monnaie qu'avec leur coeur et leur tête, que les mesures déjà prises par les révisions mises en oeuvre assureront à terme l'assainissement de l'AI. Il est donc inutile de chercher à réaliser encore des centaines de millions de francs d'économies supplémentaires, parce que cela représente des centaines de millions de francs de réduction de rentes pour les assurés, pour les invalides; cela veut dire des centaines de millions de francs d'économies faites sur le dos des plus faibles et des moins chanceux parmi nous.

Cela étant dit, revenons aux dispositions concrètes. A l'article 28, il s'agit de savoir si, comme maintenant, l'assuré a un plein droit à une rente à partir de 70 ou de 80 pour cent d'invalidité. Si vous discutez avec les personnes concernées, ou avec les associations qui soutiennent les invalides, tous vous diront qu'à partir d'un taux d'invalidité de 70 pour cent – et même à partir d'un taux plus bas – il est très difficile, voire impossible, de trouver du travail. Il est très difficile, voire impossible, de trouver du travail avec de tels taux d'invalidité! Qu'est-ce que cela veut dire? Cela veut dire qu'en décidant de donner droit à une rente entière à partir d'un taux d'invalidité de 80 pour cent seulement, on va péjorer la vie de personnes dont le taux d'invalidité est déjà élevé, plus particulièrement à partir de 70 pour cent. Ce n'est pas possible! Ce serait véritablement ne pas tenir compte des différents cas et réfléchir seulement en termes de chiffres et d'économies à faire. On ne réfléchit pas aux personnes concernées; on ne réfléchit pas à ce que signifie pour ces personnes-là de voir leur rente réduite et de devoir recourir, même si elles sont assurées, à des aides des cantons ou des communes, ce qui est tout autre chose.

Je vous invite ardemment, au nom du groupe des Verts, à adopter la proposition de la minorité I (Lohr) à l'article 28a alinéa 1bis, qui prévoit qu'«un revenu d'invalidité inférieur ou égal à 30 pour cent du revenu sans invalidité n'est pris en compte que si le calcul de l'invalidité se base sur un revenu effectivement perçu». C'est un premier point très important.

Un deuxième point très important dont on va discuter est celui des dispositions transitoires. Le Conseil des Etats a trouvé un bon compromis, une bonne disposition, qui consiste à préserver les droits acquis. Selon le Conseil des Etats, ce n'est pas seulement à partir de 55 ans que les nouvelles dispositions ne s'appliqueraient pas. C'est une bonne chose: il est très difficile de changer de situation, de tenir compte d'incitations, à partir d'un certain âge; on le sait très bien. Même pour les personnes qui ne sont pas invalides, à partir d'un certain âge, il est très difficile de retrouver du travail.

Au nom du groupe des Verts, je vous invite aussi à suivre la minorité Schenker Silvia aux dispositions finales.

Voilà deux points qui sont très importants, deux points qui vont déterminer l'attitude du groupe des Verts lors du vote final, deux points qui risquent de déterminer s'il y aura ou non un référendum contre ces dispositions; deux points qui, s'ils étaient acceptés, permettraient au Conseil fédéral pratiquement à coup sûr d'introduire les améliorations structurelles qu'il souhaite inscrire dans cette loi.

**Bortoluzzi Toni (V, ZH):** Ich bin ein bisschen stolz, wenn ich hier vorne stehe: Ich habe das Trauerspiel, das Sie bei dieser Sanierungsvorlage darbieten, in der Diskussion um die Erhöhung der Mehrwertsteuer vorausgesagt. Ich bin überzeugt: Wenn man Geld spricht, dann ist man – mindestens der grosse Teil der Menschen – nicht mehr fähig, Sanierungen, Strukturbereinigungen durchzuziehen. Das ist das, was eigentlich hier passiert. So gesehen bin ich eben nicht überrascht. Vielmehr ist es das, was ich eigentlich erwartet habe. Nun zum neuen Rentensystem: Man muss diesem zugestehen, dass es die Schwellen von Viertel-, halben und Dreiviertelrenten und damit einen Fehlanreiz, der heute besteht, beseitigt. Es beseitigt die Benachteiligung beim Erwerb. Es ist also eine neue Entwicklung, die an sich gut ist. Aber man muss sich daran erinnern: Die Invalidenversicherung unterliegt auch einem Wandel der gesellschaftlichen Vorstellungen. Vor fünfzig Jahren war sie einmal klar ausgerichtet: auf Leute, die erwerbsunfähig sind. Das war die Idee der Invalidenversicherung. Heute ist wohl beim grösseren Teil der 250 000 bis 300 000 Rentenbezüger eine gewisse Restarbeitsfähigkeit gegeben, sodass sie mindestens teilweise einer Tätigkeit nachgehen können.

Wir würden trotzdem das System vorziehen, welches der Bundesrat in der Vernehmlassung beantragt hat und welches nun von der Minderheit III (Blocher) beantragt wird. Wir würden dieses System vorziehen, weil damit auch diese Benachteiligung beseitigt wird. Aber es erfolgt linear, also ist es so gesehen konsequenter. Allerdings ist damit – und das ist natürlich das Verlockende – eine wesentlich grössere Ersparnis verbunden: Insgesamt wären es dann etwa 360 Millionen Franken. Herr Blocher hat es etwas vorsichtig ausgedrückt. Ich nehme die Zahl, die damals in der Vernehmlassung gebraucht wurde. Jetzt, mit dieser Übung hier, sind es noch gut 100 Millionen Franken. Die Glaubwürdigkeit der Sanierung würde mit diesem Minderheitsantrag also mindestens ein Stück weit wieder zurückgegeben.

Dem Antrag der Minderheit I (Lohr), diese Schwelle auf 70 Prozent festzulegen, könnte man zustimmen. Aber ohne Einsparungen wird die Sanierung natürlich endgültig zur Farce. Das wäre dann die Erledigung der Vorlage, würde ich sagen. Man kann immer wieder sagen, man solle keine Härten verursachen. Wenn Sie sanieren wollen, kommen Sie nicht um gewisse Härten herum. Ich habe es beim Eintreten gesagt, und ich wiederhole es: Wir sprechen von Sanierung, und wenn wir sanieren wollen, gibt es solche Härten. Sie werden aber aufgefangen, es gibt einen Rechtsanspruch für die Betroffenen, sie können Ergänzungsleistungen beantragen und bekommen diese auch, gemäss Verfassung. Sie bewegen sich auf bescheidenem Niveau, aber man kann nicht von einer Verarmung der Betroffenen sprechen.

Ich bitte Sie also, hier mindestens der Mehrheit zu folgen, lieber aber der Minderheit III (Blocher).

Bei der Anpassung der laufenden Renten bitte ich Sie auch, bei der Mehrheit zu bleiben, weil so die Konsequenz sichergestellt wird, dass die Gerechtigkeit vorhanden ist. Die Leute werden gleichbehandelt – sonst haben wir über lange Zeit eine Ungleichbehandlung. Ich bitte Sie also, diesen Anträgen zuzustimmen.

**Gysi Barbara (S, SG):** Geschätzter Kollege Bortoluzzi, Sie sagen, dass ein grosser Teil der Rentenbezüger noch über eine gewisse Restarbeitsfähigkeit verfüge. Sagen Sie mir bitte, wo diese Personen, die vielleicht 5 oder 10 Prozent sogenannte Restarbeitsfähigkeit haben, aber seit Jahren in Rente sind, arbeiten sollen! Welche Arbeitgeber sind bereit, diesen Personen eine Anstellung zu geben? Ich denke, wir sollten dafür schauen, dass wir wenigstens Arbeitsplätze haben für diejenigen, die jetzt invalid werden. Aber wir müssen bei denen, die schon Renten haben, ein bisschen anders vorgehen.

**Bortoluzzi Toni (V, ZH):** Ich befasse mich seit Jahrzehnten mit Sozialpolitik, auf bürgerlicher Seite. Ich stelle fest, dass ich selbst als Arbeitgeber – seit 36 Jahren übrigens – in diesem Jahr erstmals von einer IV-Stelle eine Broschüre erhal-

ten habe, die dazu übergeht, den Arbeitgebern IV-Bezüger, also Rentenbezüger, anzubieten. Das ist der sozialpolitische Wandel, der mit der 4. IV-Revision begonnen und mit der 5. IV-Revision – endlich, sage ich – vollzogen wurde. Viel zu lange haben Sie, gerade Ihre Fraktion, dafür gesorgt, dass man die Probleme mit Geld zugedeckt hat. Man hat Rentenleistungen gesprochen, wo sie nicht nötig waren; man hat die Menschen mit Geld versorgt und zur Ruhe gestellt. Das ist eine schlechte Sozialpolitik!

Die IV-Stellen müssen in Zukunft dafür besorgt sein, dass diese Leute Arbeit bekommen. Wir haben beispielsweise in Artikel 18 – das sehen Sie, wenn Sie die Fahne anschauen – dafür gesorgt, dass Organisationen, Arbeitsvermittlungsbüros eingeschaltet werden, damit die Situation verbessert werden kann. Die IV-Stellen machen nach wie vor einen ungenügenden Job; ich habe das schon beim Eintreten gesagt. Herr Ritter und die Leute der Verwaltung wissen es. Sie wissen auch, dass es nicht in allen Teilen gut läuft. Das muss sich ändern!

Die Arbeitgeber sind zu sensibilisieren. Sie sind daran interessiert, denn im Rahmen der beruflichen Vorsorge kostet sie ein schlechtes Einbeziehen der Invaliden viel Geld. Davon könnten Sie sich eine Scheibe abschneiden und die Leute besser integrieren; damit sparen Sie. Aber man muss die Arbeitgeber darauf aufmerksam machen, denn kein Arbeitgeber sucht jemanden, der nicht 100 oder 120 Prozent arbeitsfähig ist. Man muss diesen Leuten beistehen. Das ist eine gute Sozialpolitik, und das, was in den letzten Jahren geschehen ist, ist eine schlechte Sozialpolitik.

**Berset Alain**, conseiller fédéral: «Il doit valoir la peine de travailler», voilà le coeur ou le mot d'ordre de cette mesure. Il est paradoxal aujourd'hui de constater que les bénéficiaires de rentes qui reprennent une activité lucrative ou qui augmentent leur taux d'occupation sont fréquemment pénalisés. L'échelonnement actuel des rentes a pour conséquence qu'en cas de succès de la réadaptation, la réduction de la rente est dans de nombreux cas plus importante que l'augmentation du revenu du travail, si bien qu'au bout du compte il n'y a pas d'intérêt réel à travailler, parce que l'assuré a moins d'argent. C'est ce que l'on appelle les effets de seuil. Cette situation n'est pas une situation qui peut perdurer; elle n'est pas saine à long terme pour une assurance sociale, surtout pas au regard de l'objectif de réadaptation que poursuit l'assurance-invalidité, un objectif qui a été répété durant toutes les révisions précédentes, la 5e et la révision 6a. La proposition du Conseil fédéral est donc de passer à un système de rentes linéaire, un système qui prévoit qu'à chaque taux d'invalidité correspond un niveau de rente spécifique, ce qui a pour conséquence de supprimer les effets de seuil. Cela doit renforcer la motivation des assurés à exercer une activité, augmenter leur taux d'occupation ou alors s'orienter vers une profession qui est mieux payée, afin de gagner davantage d'argent.

En plus, pour tenir compte du fait qu'à partir d'un certain taux d'invalidité, la capacité de gain résiduelle n'est que très difficilement exploitable, une rente entière sera en principe octroyée pour un taux d'invalidité d'au moins 80 pour cent, au lieu de 70 pour cent selon le système actuel.

Si, cependant, un assuré présentant un taux d'invalidité d'au moins 80 pour cent réalise un revenu d'activité, celui-ci est pris en compte dans le calcul du taux d'invalidité et l'assuré ne perçoit alors que la rente partielle correspondante.

Je ne vais pas vous redonner en détail l'explication sur le système de rentes linéaire, mais enfin, c'est un système dans lequel la quotité de la rente correspond au taux d'invalidité. Ainsi, un taux d'invalidité de 50 pour cent donne droit à 50 pour cent d'une rente entière, un taux de 66 pour cent à 66 pour cent d'une rente entière. Ce principe ne s'applique cependant pas aux taux d'invalidité de 40 à 49 pour cent – 40 pour cent donne en effet droit à un quart de rente – et ne s'applique pas non plus pour les taux d'invalidité en dessous de 79 pour cent. En effet, à partir de 80 pour cent, c'est une rente entière qui est versée.

Le passage au système de rentes linéaire, en soi, ne semble pas contesté. Il est d'ailleurs assez peu contestable, dans la mesure où, précisément, il vise à supprimer les effets de seuil. Vous savez comme moi que les effets de seuil, c'est toujours un problème dans ce type d'assurance et c'est quelque chose que tout le monde souhaite pouvoir corriger.

Le Conseil des Etats a apporté des modifications au projet du Conseil fédéral. Il souhaite notamment que les rentes en cours ne soient soumises au nouveau système qu'en cas de modification du taux d'invalidité de 5 points de pourcentage au moins. C'est donc, dans tous les cas où rien ne change, un système qui ne s'appliquerait pas, dans la version du Conseil des Etats, aux rentes qui sont actuellement en cours.

Cela a évidemment des conséquences financières. Avec le modèle du Conseil des Etats, cela signifie que les économies qui peuvent être envisagées sont moindres que ce qui est prévu dans le projet du Conseil fédéral. Cela dit, il nous paraît que l'on peut aller dans le sens de ce que souhaite le Conseil des Etats, vu aussi les résultats financiers de l'assurance-invalidité ces dernières années. Je vous inviterai tout à l'heure à suivre une seule minorité pour les quatre propositions qui vous sont soumises, la minorité Schenker Silvia, aux dispositions finales de la loi sur l'assurance-invalidité.

J'en viens maintenant aux propositions qui concernent l'article 28a. La proposition de la minorité I (Lohr) tend à ce qu'aussi longtemps qu'un revenu effectif ne peut être réalisé par l'assuré, une rente entière soit versée à partir d'un taux d'invalidité de 70 pour cent.

Cette proposition conduit à ce qu'il n'y ait aucune économie possible par rapport à la situation actuelle, parce que c'est précisément la situation actuelle. Elle est donc neutre au niveau des coûts.

Je vous invite, au nom du Conseil fédéral, à suivre sur ce point la majorité de la commission.

La proposition de la minorité II (Schenker Silvia) prévoit d'en rester au droit en vigueur, avec les seuils. Je ne peux pas d'un côté faire toute une intervention pour expliquer qu'on veut supprimer les effets de seuil, et d'un autre ne pas vous dire ensuite qu'il faut rejeter la proposition de la minorité II parce que précisément la minorité II souhaite maintenir les seuils.

Je vous invite aussi, sur cette proposition, à suivre la majorité de la commission.

La proposition de la minorité III (Blocher) reprend la formulation envoyée en consultation. Si précisément le Conseil fédéral a proposé des modifications, c'est parce que les résultats de la consultation ont été très défavorables à cette formulation. Il faut donc tenir compte de ce fait; c'est à cela que servent les consultations. Si nous organisons une consultation pour faire ensuite comme si elle n'avait pas eu lieu et pour garder le même système, on pourrait faire au Conseil fédéral le reproche de ne pas tenir compte de la réalité et des voix qui se sont exprimées dans le pays.

Je vous invite dans ce cadre également à suivre la majorité de la commission et non pas la minorité III. La proposition de la minorité III aurait par ailleurs des conséquences assez importantes en termes de report de charges sur les cantons et sur le régime des prestations complémentaires. Cela doublerait le report de charges sur les prestations complémentaires, alors que les cantons, selon la présente formulation, ne sont pas absolument enthousiastes et craignent déjà un certain report de charges.

Je vous invite donc à suivre la majorité de la commission dans tous les cas sauf au chiffre II dispositions finales lettre a, où je vous invite à soutenir la proposition de la minorité Schenker Silvia, c'est-à-dire à adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Il a été question dans différentes interventions de ce qui avait été indiqué il y a huit ans et de ce qui est fait aujourd'hui. Qu'est-ce qui a été fait entre 2004 et 2012? Huit ans se sont écoulés. Qu'est-ce qui a changé durant ces huit années? Durant ces huit années, nous avons connu une division par deux du nombre de nouvelles rentes AI. Et, seulement ces quatre dernières années, nous avons connu un

doublément du nombre de personnes qui sont effectivement intégrées dans le marché du travail. Il n'y a pas seulement huit ans qui se sont écoulés; il y a également eu une transformation très importante de l'assurance-invalidité. S'occuper d'assurances sociales et de politique sociale, c'est aussi tenir compte de la réalité quand elle va moins bien, mais aussi quand elle s'améliore.

Pour cette raison, le Conseil fédéral vous invite à suivre la majorité de la commission dans tous les cas sauf un: la proposition de la minorité Schenker Silvia qui concerne les dispositions finales; sur ce point, nous vous invitons à suivre le Conseil des Etats.

**Humbel Ruth** (CE, AG), für die Kommission: Mit diesem Block sind wir beim Kernstück der Revision, beim Wechsel zum linearen Rentensystem. Zwei Zielsetzungen wurden damit insbesondere verfolgt: das Eliminieren von falschen Anreizen sowie Einsparungen mit sozialverträglichen Rentenanpassungen.

Das heutige System weist im Wesentlichen folgende drei Problemsituationen auf:

1. Durch die Abstufung kommt es zu negativen Schwelleneffekten.
2. Bei einem IV-Grad von 40 und einem solchen von 70 Prozent, d. h. bei einem Unterschied der Invalidität von 30 Prozentpunkten, entspricht der Rentenunterschied jenem zwischen einer Viertelrente und einer Vollrente, d. h., es besteht ein Rentenunterschied von 75 Prozentpunkten.
3. Das Einkommensmaximum wird heute bei einem IV-Grad von 70 Prozent erreicht.

Wird eine Verbesserung erzielt, können diese Schwellenwerte also zu einer finanziellen Schlechterstellung führen. Mit der Einführung des stufenlosen Rentensystems sollen diese unerwünschten Schwelleneffekte beseitigt werden. Gemäss Artikel 28a Absatz 1 beginnt die Bemessung der Invalidität bei einem Invaliditätsgrad von 20 Prozent. Ein Invalideneinkommen bis zu 20 Prozent des Valideneinkommens wird nur berücksichtigt, wenn tatsächlich ein Einkommen erzielt wird.

Zur Begriffsklärung: Beim Invalideneinkommen handelt es sich um dasjenige Einkommen, das die Person nach Abschluss der Eingliederungsmassnahmen voraussichtlich verdienen kann. Das Valideneinkommen hingegen ist dasjenige Einkommen, das die Person verdiente, bevor sie krank wurde, bzw. das sie mit grosser Wahrscheinlichkeit verdient hätte, wäre keine gesundheitliche Einschränkung eingetreten.

Artikel 28a Absatz 1bis garantiert ab einem Invaliditätsgrad von 80 Prozent eine ganze Rente, ausser man erwirtschaftet tatsächlich ein Einkommen. Der Antrag der Minderheit I (Lohr) möchte ab einem Invaliditätsgrad von 70 Prozent eine volle Rente. Die Kommissionsmehrheit ist sich mit dem Bundesrat und dem Ständerat einig, dass eine Erhöhung des Anspruchs auf eine Vollrente von heute 70 auf 80 Prozent zumutbar ist, zumal heute 30 Prozent der Rentnerinnen und Rentner bei einem Invaliditätsgrad zwischen 70 und 79 Prozent trotz ganzer Rente bezogen, festgelegt sind. Der Anteil der Ergänzungsleistungsbezügerinnen und -bezüger ist bei dieser Rentenstufe mit 30 Prozent vergleichsweise tief – im Vergleich zu den 38 Prozent an Ergänzungsleistungsbezügerinnen und -bezügern, bezogen auf alle Rentnerinnen und Rentner.

Artikel 28b ist die neue Grundlage für das stufenlose Rentensystem und regelt die Festlegung der Höhe des Rentenanspruchs. Neu bestimmen die Absätze 1 und 2, wie aufgrund des Invaliditätsgrads die Höhe des Rentenanspruchs, auf eine ganze Rente bezogen, festgelegt wird. Für die Invaliditätsgrade ab 50 Prozent entspricht die Rente neu einem dem Invaliditätsgrad entsprechenden Anteil in Prozent einer ganzen Rente. Eine 60-prozentige Invalidität wird künftig eine Rente von 60 Prozent auslösen, während es bisher eine Dreiviertelrente, also 75 Prozent, war. Der Systemwechsel kann daher gegenüber heute zu tieferen, aber auch zu höheren Renten führen. Eine 59-prozentige Invalidität bedeutet heute eine halbe Rente, während sie künftig 59 Pro-

zent betragen wird. Im vorgeschlagenen, stufenlosen Rentensystem entsprechen sich Invaliditätsgrad und Rentenanspruch. Diese Übereinstimmung zwischen dem Grad der Erwerbsfähigkeit und der Rentenhöhe sowie eine Abstimmung des Systems mit der beruflichen Vorsorge und der Unfallversicherung sind wichtig.

Zum Antrag der Minderheit III (Blocher): Er nimmt den ursprünglichen Vorschlag des Bundesrates auf, der in der Vernehmlassung auf breite Ablehnung gestossen ist, und zwar von Behindertenverbänden bis zu Arbeitgeberverbänden und Pensionskassen. Die Kritik lag vor allem darin, dass bei der IV ein anderes Rentenbemessungssystem gelten würde als bei der beruflichen Vorsorge und bei der Unfallversicherung. Die Sache würde verkompliziert und wäre nicht erklärbar. Kritisiert wurde aber auch das Ausmass der Rentenkürzung in der IV von rund 335 Millionen Franken sowie die zu erwartenden Mehrkosten für die Ergänzungsleistungen von rund 90 Millionen Franken.

Zu den Schlussbestimmungen, Buchstabe a: Mit 13 zu 12 Stimmen beantragt Ihnen die Kommission, beim ursprünglichen Konzept des Bundesrates zu bleiben, wonach bisherige Renten von Personen, die unter 55 Jahre alt sind, dem neuen, linearen System unterstellt werden sollen.

Die knappe Minderheit der Kommission schliesst sich dem Ständerat an, insbesondere wegen des Grundsatzes des Vertrauensschutzes, wonach eine bestehende Rente als Versicherungsleistung nicht verändert werden sollte, ausser, es würde eine erhebliche Änderung im Invaliditätsgrad geben, wie das in Artikel 17 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vorgesehen ist.

Die Kommissionsmehrheit gewichtet hingegen die Gleichbehandlung aller Rentnerinnen und Rentner stärker und erachtet es als problematisch, wenn bisherige und künftige Rentnerinnen und Rentner unterschiedlich behandelt werden. Zudem will die Kommissionsmehrheit das Sparziel der IV nicht unterlaufen. Rentnerinnen und Rentner, welche älter als 55 Jahre sind, werden auf jeden Fall nicht dem neuen System unterstellt. Das betrifft rund 124 000 Personen. Die Folgen für die laufenden Renten: Insgesamt bleiben von den 280 000 laufenden Renten 216 000 Renten oder 77 Prozent unverändert. 23 000 Renten oder 9 Prozent würden erhöht, und 41 000 Renten oder 14 Prozent würden nach unten angepasst.

Zu den Kostenfolgen bzw. zu den Einsparungsmöglichkeiten: Der Antrag der Minderheit III (Blocher) würde Einsparungen von 335 Millionen Franken erzielen; der Antrag der Mehrheit Ihrer Kommission ergäbe Einsparungen von 170 Millionen Franken, dies durch die Anpassung der neuen und bisherigen Renten; der Beschluss des Ständerates würde zu Einsparungen von 70 Millionen Franken führen; der Antrag der Minderheit I (Lohr) wäre kostenneutral. Der Antrag der Minderheit II (Schenker Silvia) hätte natürlich keinen Spareffekt und würde zudem im entscheidenden Punkt den Systemwechsel nicht realisieren; das heisst, dass das bisherige System mit falschen Anreizen und negativen Schwelleneffekten weitergeführt würde, was weder im Interesse der behinderten Menschen noch im Interesse des Systems sein kann.

Ich fasse die Beschlüsse der Kommission zusammen: Der Antrag der Minderheit I (Lohr) ist mit 14 zu 11 Stimmen abgelehnt worden; der Antrag der Minderheit II (Schenker Silvia) ist mit 15 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt worden; der Antrag der Minderheit III (Blocher) ist mit 13 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt worden; und bei der Schlussbestimmung hat die Kommission mit 13 zu 12 Stimmen gegen die ständerätliche Fassung gestimmt.

Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

**Cassis Ignazio** (RL, TI), pour la commission: Nous sommes ici en présence de trois propositions. En ce qui concerne l'article 28a, on peut dire de manière simplifiée qu'il s'agit de définir qu'à partir d'un taux d'invalidité dépassant 80 pour cent, la rente doit être entière, les personnes ne présentant plus qu'une faible capacité de travail résiduelle, pas toujours

exploitable sur un marché du travail équilibré. Cependant, dans certains cas, il est permis de supposer que même une capacité de travail résiduelle réduite est encore exploitable, et si l'assuré réalise effectivement un revenu, celui-ci doit pouvoir être pris en compte. Il s'agit donc du seuil à partir duquel nous considérons que la personne invalide a encore une chance de travailler dans un marché du travail ordinaire. La commission, par 15 voix contre 9, estime que ce seuil doit se situer à 80 pour cent. La minorité I (Lohr) l'estime à 70 pour cent, c'est-à-dire qu'à partir d'un degré d'invalidité de 70 pour cent, on doit considérer qu'une personne n'a plus la possibilité concrète de trouver un travail. La proposition de la minorité II (Schenker Silvia), comme bien d'autres propositions de minorité Schenker, a pour but de ne rien changer et d'en rester au droit en vigueur.

A l'article 28b, on est au cœur du changement structurel de cette loi. Les alinéas 1 et 2 fixent un nouveau mode de calcul de la quotité de la rente en fonction du taux d'invalidité. Dans le nouveau système de rentes, les échelons de rente actuels seront supprimés. Pour un taux d'invalidité à partir de 50 pour cent, la quotité de la rente correspondra au taux d'invalidité. Cela signifie, si nous adoptons la proposition de la commission à l'article 28a, qu'un taux d'invalidité de 52 pour cent, par exemple, donnera droit à une rente à 52 pour cent d'une rente entière, un taux d'invalidité de 64 pour cent à 64 pour cent d'une rente entière et un taux d'invalidité de 75 pour cent à 75 pour cent d'une rente entière. Le règlement spécial à l'article 28a fixe justement ce taux à partir duquel la rente est entière. L'article 28b alinéa 3 règle le droit à une rente pour un taux d'invalidité inférieur à 50 pour cent. Pour les taux entre 40 et 49 pour cent, la quotité de la rente n'est pas équivalente au taux d'invalidité.

Nous avons ici différentes propositions. La minorité II (Schenker Silvia) propose, comme à l'article 28a, de biffer les alinéas 1, 2 et 3, et d'en rester au droit en vigueur. Le projet du Conseil fédéral prévoit une linéarité de 50 à 80 pour cent et a été soutenu par la majorité de la commission. Il permet de faire des économies annuelles de 150 millions de francs, mais seulement si on l'applique aux rentes en cours et aux nouvelles rentes. Si, comme l'a demandé le Conseil des Etats, on l'applique uniquement aux nouvelles rentes, les économies ne seront plus de 150 millions, mais de 70 millions de francs.

La proposition de la minorité III (Blocher), à l'article 28b, était à l'origine la proposition du Conseil fédéral. C'est une proposition structurellement similaire, mais un peu plus dure du point de vue des économies. Avec la minorité III, on peut réduire les dépenses de 335 millions de francs et, si l'on se limite aux rentes en cours, de 150 millions de francs.

Enfin, la minorité I (Lohr), à l'article 28a alinéa 1bis, demande de mettre en place un système de rentes linéaire, mais d'accorder une rente entière à partir d'un taux d'invalidité de 70 pour cent. Là, il s'agit d'un changement structurel qui est, comme on dirait en allemand, «kostenneutral»: il n'augmente pas les dépenses, mais il ne permet pas de faire des économies.

La commission a rejeté la proposition défendue par la minorité II (Schenker Silvia) qui prévoit de biffer cette disposition, c'est-à-dire d'en rester au droit en vigueur, celle soutenue par la minorité I (Lohr) qui prévoit d'abaisser le seuil donnant droit à une rente entière à 70 pour cent et celle défendue par la minorité III (Blocher), estimant que celle-ci conduirait à faire des sacrifices trop importants. Elle vous demande de suivre la majorité et de soutenir le projet du Conseil fédéral. Le tout dernier point concerne les dispositions finales. C'est assez simple: pour les invalides âgés de plus de 55 ans, rien ne change. Sur ce point, tout le monde est d'accord. Pour les invalides âgés de moins de 55 ans, il y a deux concepts: celui du Conseil fédéral, qui a été soutenu par une courte majorité de la commission, par 13 voix contre 12, et qui prévoit l'application de cette révision de la loi. Evidemment, appliquer ce concept à toutes les personnes de moins de 55 ans permettrait de faire des économies. Mais cela signifierait aussi pour quelques personnes des réductions de la rente ou, pour d'autres personnes – celles qui reçoivent

entre 40 et 50 pour cent d'une rente – des augmentations de la rente. Il y a donc des perdants et des gagnants dans le système. A ce concept, qui est celui de la majorité de la commission, s'oppose celui du Conseil des Etats, qui refuse de toucher aux rentes existantes. Il reconnaît en quelque sorte aux invalides un droit acquis et prévoit d'appliquer cette nouvelle réglementation uniquement aux nouvelles rentes. C'est bien sûr moins douloureux mais, je le répète, cela réduit la possibilité de faire des économies et donc d'assainir l'assurance.

Votre commission, par 13 voix contre 12, vous propose de biffer ces dispositions, c'est-à-dire d'en rester au projet du Conseil fédéral et de rejeter la décision du Conseil des Etats.

**Poggia Mauro** (–, GE): Monsieur Cassis, la linéarisation des rentes a pour but avoué l'incitation à la reprise d'une activité professionnelle pour les personnes invalides. Ma question est la suivante: ne voyez-vous pas une contradiction à vouloir promouvoir la réadaptation professionnelle et donc la réinsertion, qui impliquent une adéquation avec le marché du travail réel, tout en continuant à déterminer le degré d'invalidité sur une fiction, qui est ce marché du travail équilibré, avec une double pénalisation pour les personnes qui sont invalides entre 60 et 79 pour cent, donc les degrés les plus élevés, qui vont évidemment avoir le plus de difficultés à trouver un nouvel emploi?

**Cassis Ignazio** (RL, TI), pour la commission: Monsieur Poggia, introduire un système de rentes linéaire, c'est-à-dire inciter à travailler davantage sans subir de perte de revenu, est l'une des motivations. Mais il ne faut pas oublier les effets de seuil. Ceux-ci étaient probablement les éléments les plus importants à éliminer parce qu'ils ont des conséquences perverses sur la relation entre le médecin et le patient, puisqu'on considère davantage les conséquences économiques de la décision médicale que le véritable aspect médical.

Maintenant, s'agissant de votre question, on ne peut tout simplement pas gérer l'assurance-invalidité en partant de la situation du marché du travail. L'assurance-invalidité n'a pas été créée pour faire face aux fluctuations du marché du travail. Ce n'est pas son but, c'est celui de l'assurance-chômage. L'assurance-invalidité part de l'idée qu'il y a un marché du travail correct. Elle a même été élaborée à un moment où l'on imaginait le plein emploi. Aujourd'hui, on sait que tel n'est pas le cas, mais on a malgré tout tenu compte d'un marché du travail qui fonctionne plus ou moins bien, avec un taux de chômage bas. Evidemment, si le marché du travail n'est pas comme on l'imagine, toute la stabilité de cette loi est mise en danger.

**Humbel Ruth** (CE, AG), für die Kommission: Herr van Singer hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass ich Abstimmungsergebnisse aus der Kommission falsch zitiert habe. Die Kommission hat den Antrag Lohr mit 14 zu 11 Stimmen und den Antrag Schenker Silvia mit 15 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

**Schenker Silvia** (S, BS): Herr Bortoluzzi hat es ein Trauerspiel genannt. Ich nenne das, was Sie bis jetzt in der IV-Debatte gemacht haben, eine Politik mit Augenmass. Ich möchte gerne einen Beitrag leisten, damit Sie weiter auf diesem Kurs bleiben können. Ich möchte darum den Antrag meiner Minderheit zu Artikel 28a Absätze 1 und 1bis zugunsten des Antrages der Minderheit I (Lohr) zurückziehen. Es ist klar, dass auch das System, wie es der Antrag der Minderheit I fordert, zu Rentenkürzungen führt. Aber es ist ganz sicher das Beste von allem, was zur Auswahl steht. Ich ziehe darum meinen Minderheitsantrag zu Artikel 28a zurück. Meinen Minderheitsantrag zu den Schlussbestimmungen ziehe ich hingegen sicher nicht zurück.

#### **Art. 28a**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 1, 1bis, 4*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit I*

(Lohr, Fehr Jacqueline, Gilli, Hardegger, Heim, Ingold, Schenker Silvia, Schmid-Federer, Steiert, Rossini, van Singer)

*Abs. 1bis*

... bis zu 30 Prozent des ...

*Antrag der Minderheit II*

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Hardegger, Heim, Lohr, Steiert)

*Abs. 1*

Unverändert

*Abs. 1bis*

Streichen

**Art. 28a***Proposition de la majorité**Al. 1, 1bis, 4*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition de la minorité I*

(Lohr, Fehr Jacqueline, Gilli, Hardegger, Heim, Ingold, Schenker Silvia, Schmid-Federer, Steiert, Rossini, van Singer)

*Al. 1bis*

... ou égal à 30 pour cent du revenu ...

*Proposition de la minorité II*

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Hardegger, Heim, Lohr, Steiert)

*Al. 1*

Inchangé

*Al. 1bis*

Biffer

**Art. 28b***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit II*

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Hardegger, Heim, Lohr, Steiert)

Streichen

*Antrag der Minderheit III*

(Blocher, Borer, Bortoluzzi, de Courten, Frehner, Müri, Parmelin, Pezzatti)

*Abs. 1*

Die Höhe des Rentenanspruchs wird gestützt auf den Invaliditätsgrad festgelegt.

*Abs. 2*

Bei einem Invaliditätsgrad von 40 Prozent besteht Anspruch auf 25 Prozent der ganzen Rente.

*Abs. 3*

Jeder zusätzliche Prozentpunkt des Invaliditätsgrades erhöht den Rentenanspruch um 1,25 Prozent einer ganzen Rente.

**Art. 28b***Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition de la minorité II*

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Hardegger, Heim, Lohr, Steiert)

Biffer

*Proposition de la minorité III*

(Blocher, Borer, Bortoluzzi, de Courten, Frehner, Müri, Parmelin, Pezzatti)

*Al. 1*

La quotité de la rente est fixée en fonction du taux d'invalidité.

*Al. 2*

Un taux d'invalidité égal à 40 pour cent donne droit à 25 pour cent de la rente entière.

*Al. 3*

Chaque augmentation de 1 pour cent du taux d'invalidité augmente la rente de 1,25 pour cent de la rente entière.

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit II (Schenker Silvia) wurde zurückgezogen.

*Erste Abstimmung – Premier vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/8358)

Für den Antrag der Mehrheit ... 123 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit III ... 58 Stimmen

*Zweite Abstimmung – Deuxième vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/8359)

Für den Antrag der Minderheit I ... 95 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 87 Stimmen

**Art. 31 Abs. 1***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 31 al. 1***Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. II Bst. a, b***Antrag der Mehrheit**Bst. a*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Bst. b*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit*

(Schenker Silvia, Carobbio Guscetti, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Humbel, Ingold, Lohr, Rossini, Schmid-Federer, Steiert, van Singer)

*Bst. a*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Ch. II let. a, b***Proposition de la majorité**Let. a*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Let. b*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition de la minorité*

(Schenker Silvia, Carobbio Guscetti, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Humbel, Ingold, Lohr, Rossini, Schmid-Federer, Steiert, van Singer)

*Let. a*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Die folgende Abstimmung gilt auch für die Änderung bisherigen Rechts, Ziffer 6, Übergangsbestimmungen.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/8361)

Für den Antrag der Mehrheit ... 107 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 72 Stimmen

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Wir haben heute für die Beratung der 6. IV-Revision weniger Zeit benötigt, als vorgesehen war. Ich habe daher in Absprache mit den beiden Vizepräsidenten beschlossen, morgen Donnerstag noch das Geschäft 11.057, «Versicherungsvertragsgesetz. Totalrevi-

sion», auf die Traktandenliste zu setzen. Ich danke Ihnen für Ihr Verständnis.

#### Block 4 – Bloc 4

**Fehr** Jacqueline (S, ZH): Wir haben in der Kommission viele Stunden damit verbracht, uns zu überlegen, ob der Begriff «Kinderrente» passend sei für das, was sich dahinter verbirgt, nämlich Beiträge an Eltern, die selber invalid sind. Diese Beiträge sollten ihnen helfen, ihre Unterhaltsaufgaben gegenüber ihren Kindern, die nicht invalid sind, wahrzunehmen. Es wurde moniert, dass in einer möglichen Volksabstimmung der Begriff «Kinderrente» falsch verstanden würde. Denn darunter könne verstanden werden, dass diese Renten direkt an Kinder gingen, die selber invalid seien. Aber das ist eben nicht der Fall, denn es sind Renten, die an Erwachsene gehen, die invalid sind.

Ich halte es etwas wie Frau Schenker: Wir sind nach der Aufteilung der Vorlage und diesen letzten Beschlüssen auf einem Kurs, der doch hoffen lässt, dass wir eine gemeinsame Lösung finden. Ich möchte die Diskussion deshalb nicht in die Länge ziehen, sondern meinen Minderheitsantrag zurückziehen. Es wurde viel Lärm um sehr wenig gemacht; der Begriff «Kinderrente» ist etabliert, er wird auch weiterhin gebraucht werden. Wenn er im Gesetz anders umschrieben ist, können wir damit leben.

Ich ziehe meinen Minderheitsantrag zurück.

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Sie haben es gehört: Der Antrag der Minderheit zu Artikel 38 auf Beibehaltung des Ausdrucks «Kinderrente» ist zurückgezogen worden.

**Steiert** Jean-François (S, FR): Ich spreche zu Artikel 38 Absatz 1ter für die Minderheit. Eine starke Minderheit der Kommission beantragt Ihnen, dem Ständerat und dem Bundesrat zu folgen und beim bisherigen Recht zu bleiben. Das Anliegen der Kommissionsmehrheit, das auf einen Antrag von Kollege Roland Borer zurückgeht, wurde bereits bei zahlreichen Gelegenheiten im Rat und in der Kommission diskutiert. Die Idee, für im Ausland wohnende Kinder die Kinderrenten der dort tieferen Kaufkraft anzupassen, mag auf den ersten Blick gerecht erscheinen. Sie wirft allerdings mehr Probleme auf, als sie allenfalls lösen könnte. Auch deshalb hat sich immer wieder die Mehrheit in der Kommission und im Rat gegen solche Lösungsansätze entschieden.

Die vorgeschlagene Reduzierung der Kinderrenten schafft mehr Ungleichheiten, als sie beseitigt, indem sie für eine begrenzte Kategorie von Versicherten – es geht hier um diejenigen, die erstens im Ausland wohnhaft sind und die sich zweitens in einem Land niedergelassen haben, das weder im EU-/Efta-Raum liegt noch mit der Schweiz ein bilaterales Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen hat – vom Beitragsprinzip absieht und ein gruppenspezifisches Bedarfprinzip für diese Rentenart einführt. Der Vorschlag ist doppelt inkohärent, weil er vom Beitragsprinzip nur in eine Richtung absieht, nämlich nach unten. Die Renten sollen also in bestimmten Staaten an die Lebenshaltungskosten angepasst werden, aber nur, wenn diese Lebenshaltungskosten tiefer liegen als in der Schweiz. Wohnt ein Versicherter beispielsweise in einem ostasiatischen Staat mit höheren Lebenshaltungskosten wie z. B. Singapur, gilt das Prinzip der Kaufkraftparität plötzlich nicht mehr.

Nebst diesen grundsätzlichen und systemischen Gründen sprechen auch praktische Gründe für die Ablehnung: Von 640 Millionen Franken, die jährlich für Kinderrenten ausgerichtet werden, bleiben 550 Millionen in der Schweiz. 70 Millionen gehen in den EU-/Efta-Raum, wo die Renten nicht gekürzt werden können, solange wir nicht den bilateralen Weg zugunsten der totalen Isolation aufgeben wollen. Vielleicht besteht ja hier eine kleine Nebenintention des Antragstellers. Nur 20 Millionen Franken gehen in andere Länder. Von diesem Betrag ist höchstens ein Drittel betroffen, weil mit zahlreichen Nicht-EU-Staaten bilaterale Verträge bestehen,

die neu verhandelt werden müssten, mit Staaten, die das sicher nicht ohne Gegenleistung machen würden.

Da stellt sich auch die Frage der Verhältnismässigkeit der Kosten der Massnahme in Bezug auf den Ertrag. Letzterer wird allerhöchstens 1 Prozent der Kinderrenten – eine kleine einstellige Zahl in Millionen Franken – ausmachen, das gegenüber vermutlich gleich hohen oder höheren Kosten für die Neuverhandlung von rund zwanzig internationalen Verträgen mit ebenso vielen Staaten, die alle für eine von uns verlangte Änderung eine Gegenleistung verlangen werden. Nicht inbegriffen sind dabei die eigentlichen Verhandlungskosten.

Der mutmasslich einzusparende Betrag wird noch dadurch reduziert, dass die ins Ausland ausbezahlten Renten schon heute deutlich tiefer sind als die in der Schweiz bezahlten, unter anderem weil die rentenberechtigten Versicherten oft nur wenige Jahre in der Schweiz lebten. Materiell mag hier noch erwähnt werden, dass die tieferen Lebenshaltungskosten im Ausland bei zahlreichen Versicherten auch dadurch bereits berücksichtigt sind, dass die Betroffenen im Gegensatz zu den in der Schweiz wohnhaften Versicherten keinen Anspruch auf Ergänzungsleistungen haben.

Als Letztes möchte ich noch die Umsetzungsschwierigkeiten hervorheben:

Erstens ist es schon heute nicht immer einfach nachzuprüfen, ob der angegebene Wohnort auch dem tatsächlichen entspricht. Mit der vorgeschlagenen Neuerung würde der Anreiz, mit regelmässigen Reisen das Wohnortprinzip zu umgehen, gemäss Aussagen des Bundesamtes massiv verstärkt. Eine entsprechende Kontrolle wäre wohl nur mit sehr hohem administrativem Aufwand einigermaßen effizient zu organisieren.

Zweitens entspricht die Ermittlung der Kaufkraftverhältnisse mit Dutzenden von verschiedensten, zum Teil sehr kleinen Staaten, die weit weg von uns sind, für wenige Einzelfälle in Sachen Bürokratie dem, was die Exponentinnen und Exponenten verschiedener politischer Lager hier im Saal unter anderen Umständen zu Recht als ineffiziente bürokratische Abläufe bezeichnen würden.

Wir sind für Gerechtigkeit, wir sind für Kohärenz und gegen Bürokratie. Deshalb empfehlen wir Ihnen, hier der Minderheit zu folgen.

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Herr Weibel verzichtet auf ein Votum für die grünliberale Fraktion.

**Pezzatti** Bruno (RL, ZG): Ich kann mich bei diesem Block 4 kurzhalten. Nachdem heute Vormittag die Ratsmehrheit den Entscheid zum Splitten getroffen und die eigentlichen Sparmassnahmen der Vorlage an die Kommission zurückgewiesen hat – davon sind vor allem auch die Kinderrenten betroffen, bei denen der Bundesrat ja ursprünglich selber einen Sparantrag gestellt hat –, können wir uns jetzt bei diesem Punkt ganz kurz halten.

Es geht um den Begriff «Kinderrente». Im Namen der FDP-Liberalen Fraktion beantrage ich Ihnen, den Begriff gemäss Antrag der Kommissionsmehrheit zu ändern. Der Begriff der Kinderrente ist im Bereiche der Invalidenversicherung tatsächlich missverständlich und irreführend. Es geht hier ja nicht um Leistungen an behinderte Kinder, sondern um zusätzliche Leistungen für behinderte Eltern mit Kindern. Der von der Kommissionsmehrheit auf Vorschlag des Bundesamtes für Sozialversicherungen nunmehr vorgeschlagene neue Begriff «Zulage für Eltern» ist deshalb klarer und sagt deutlich aus, dass es hier nicht um Leistungen an behinderte Kinder geht, sondern eben um Leistungen an Eltern mit Kindern.

Ich ersuche Sie deshalb, hier der Mehrheit zu folgen.

Beim Minderheitsantrag Steiert ist darauf hinzuweisen, dass der Antrag der Kommissionsmehrheit wahrscheinlich nur sehr kleine, geringfügige Wirkung erzielen wird, auf der anderen Seite aber doch einen grösseren administrativen und organisatorischen Aufwand nach sich ziehen wird, weshalb unsere Fraktion – wir haben das jetzt nicht explizit besprochen – hier geteilt abstimmen und wahrscheinlich diesem

Minderheitsantrag teilweise zustimmen wird. Das zu unserer Position.

**de Courten** Thomas (V, BL): Angesichts der Situation muss man auch erwähnen: Wer den Rappen nicht ehrt, ist des Frankens nicht wert. Es geht zugegebenermassen mittlerweile um einen relativ kleinen Betrag, aber immer noch um einen Betrag in Millionenhöhe. Ich möchte darum zu Beginn auch kurz aufzeigen, in welchen Dimensionen wir uns hier bewegen.

Es geht um Rentenzulagen von Eltern, die Kinder haben. Die Elternzulage kann heute zwischen 464 und 928 Franken pro Kind und Monat betragen – dies in Abhängigkeit von der Hauptrente. Im Durchschnitt werden in der IV Renten pro Kind und Monat von 530 Franken ausbezahlt. Es handelt sich um 60 000 IV-Rentenbezüger mit rund 100 000 Kindern. Insgesamt werden also über 600 Millionen Franken an Elternzulagen ausgerichtet. Von diesen 600 Millionen Franken gehen rund 18 Prozent, also fast jeder fünfte Unterstützungsfranken, ins Ausland. Insgesamt sind dies im Jahr rund 3500 Kinderrenten, wovon zwei Drittel an ausländische Staatsangehörige im Ausland ausbezahlt werden und ein Drittel an Schweizer Staatsbürger, die sich als IV-Rentenbezüger im Ausland niedergelassen haben.

Es ist offensichtlich, dass in Thailand, in Brasilien, in Mexiko, in Marokko oder in der Türkei – um nur ein paar Beispiele zu nennen – die Kaufkraft dieser IV-Renten wesentlich höher ist als in der Schweiz. Wer kinderreich mit Schweizer IV-Renten in diesen Ländern lebt, residiert in aller Regel als Krösus – im krassen Gegensatz zur örtlichen, einheimischen Bevölkerung, die nicht die Möglichkeit hat, auch mit harter Arbeit nicht, einen entsprechenden Jahreslohn zu erarbeiten. Es ist deshalb dringend erforderlich, die Rentenhöhe an die Kaufkraft anzupassen – zumindest bei den Rentenzulagen. Dass dies schwierig ist, wurde von Herrn Steiert bereits erwähnt. Die entsprechenden Staatsverträge, die die Schweiz eingegangen ist, binden sie ja fest. Wir haben unseren Handlungsspielraum in dieser Frage so bereits stark eingeschränkt. Aber dort, wo wir es tun könnten, dort, wo keine solchen Abkommen bestehen, sollten wir es wenigstens machen. Ich habe es vorhin gesagt: Auch dabei geht es immer noch um Millionen.

Das Argument betreffend die zusätzliche Administration, das vonseiten der FDP-Liberalen Fraktion und von Herrn Steiert erwähnt wurde, zählt in keinem Fall. Die Liste der Kaufkraftparitäten ist beim IWF abrufbar; Sie können sie jederzeit abrufen, aktualisiert für den jeweiligen Wohnort. Damit ist der ganze bürokratische Zusatzaufwand, den Sie hier geltend machen, ein einfacher Dreisatz, mit dem der Bundesrat die Kinderrenten im Ausland entsprechend anpassen könnte.

**Heim** Bea (S, SO): Was haben wir in der Kommission über die Begriffe «Kinderrente», «Kinderzusatzrente», «Elterngeld», «Kindergeld» oder eben jetzt «Zulage die Eltern» diskutiert! Das Ringen der Politik um einen Begriff, der allen passt, zeigt mit Sicherheit eines auf: Es geht um einen höchst heiklen Punkt. Eine Kürzung der Renten auf Kosten der Kinder ist ein Tabu, und so muss es bleiben, auch wenn dieser Teil der Vorlage jetzt in die Kommission zurückgeht.

Lassen Sie mich hier als Sprecherin der SP-Fraktion in aller Öffentlichkeit aufzeigen, warum das ein Tabu ist: Es ist ein Tabu, weil das IV-Ersatzeinkommen von 60 Prozent des früheren Einkommens schlicht nicht genügt, wenn man Kinder hat; weil Eltern mit Behinderungen finanziell eine weit grössere Belastung haben als Eltern ohne Beeinträchtigung. Es kann nicht das Ziel sein, die IV auf Kosten der Kantone und Gemeinden zu sanieren, und schon gar nicht auf Kosten der Kinder. Wir sind auf dem Sanierungsweg; Kinderrenten zu kürzen ist aber der falsche Weg. Ich sage Ihnen das in aller Öffentlichkeit. Genau jenen Kolumnisten, der in der «NZZ» vom 8. Dezember 2012 behauptet, die IV-Zulagen für Eltern seien äusserst grosszügig, möchte ich hier öffentlich fragen, ob er sich allen Ernstes vorstellen könnte, mit zwei Kindern von 2088 Franken im Monat zu leben. Das wäre nämlich die Auswirkung einer 10-prozentigen Kürzung. Es ist darum gut,

dass die Kommission hier noch einmal über die Bücher gehen muss.

Zum Antrag der Mehrheit, die Kinderrenten für Eltern im Ausland seien der Kaufkraft im jeweiligen Land anzupassen: Der Antrag war zu erwarten. Was würde er aber bedeuten? Er würde zu Neuverhandlungen über die ganzen Abkommen mit EU und Efta und zu Neuverhandlungen über die zwanzig bestehenden Sozialabkommen mit anderen Ländern führen, wohl ohne dass neue Lösungen gefunden würden. Denn die Antragsteller machen sich die Illusion, gerade mit Blick auf die EU- und Efta-Staaten, dass da etwas zu machen wäre. Dabei gilt die Personenfreizügigkeit; hier haben wir keinerlei Spielraum, wenn wir nicht unsere anderen Interessen bei anderen Abkommen – Freihandelsabkommen, Stromabkommen usw. – gefährden wollen.

Der Antragsteller hat zudem übersehen, dass Schweizerinnen und Schweizer, wie es Jean-François Steiert schon gesagt hat, mit IV im Ausland keine Ergänzungsleistungen bekommen. Die Frage ist auch, wie viele Eltern mit Handicap tatsächlich im Ausland leben. Ich bezweifle die Zahlen, die Herr de Courten hier präsentiert hat, denn Eltern wollen für ihre Kinder eine gute Ausbildung, und die guten Bildungschancen hier in der Schweiz sind vielen viel wert.

Der Antrag der Mehrheit bringt also viel Aufwand, neue Schwierigkeiten und insgesamt eigentlich – gemessen an den doch sehr geringen Einsparungen, die zu erwarten sind – nur Nachteile.

Darum lehnt die SP-Fraktion den Antrag der Mehrheit ab und bittet Sie, dem Beschluss des Ständerates bzw. dem Entwurf des Bundesrates zu folgen.

**Berset** Alain, conseiller fédéral: Il y a deux propositions sur lesquelles nous devons encore discuter. Il s'agit notamment de l'adaptation des rentes pour enfant au pouvoir d'achat le plus faible lorsque l'enfant vit à l'étranger. Il faut voir qui cette disposition concerne et dans quels cas elle peut être appliquée. 96 pour cent des rentes sont versées à des parents dont les enfants vivent en Suisse ou dans l'Union européenne: 85 en Suisse et 11 pour cent dans l'Union européenne et l'AELE. Il y a donc seulement 4 pour cent des rentes pour enfant qui sont versées en dehors de la Suisse, de l'Union européenne ou de l'AELE.

La Suisse a en outre conclu des conventions bilatérales de sécurité sociale avec 15 pays qui portent sur 13 millions de francs. Il reste donc environ 7 millions de francs de rentes qui sont versés dans des Etats non membres de l'Union européenne et de l'AELE, avec lesquels aucune convention n'a été conclue. Dans ces cas-là, 90 pour cent des rentes pour enfant sont versés à des citoyennes et des citoyens suisses. Cela a donc pour conséquence que seul un nombre très limité de rentes pour enfant versées à l'étranger pourraient être adaptées au pouvoir d'achat du pays dans lequel elles sont versées et cela concernerait quasiment exclusivement des ressortissantes et ressortissants suisses qui vivent dans ces pays.

Pour cette raison, je vous invite, au nom du Conseil fédéral, à soutenir la minorité Steiert. Il ne me semble pas que ce soit un pas qu'il faille aujourd'hui faire que de prétérer très peu de monde, quasiment exclusivement des citoyennes et des citoyens suisses qui vivent à l'étranger.

L'autre question concerne la terminologie «rente pour enfant», qui a occupé votre commission, qui y voit un risque de confusion.

Et il est vrai qu'en réalité ce qu'on appelle «rente pour enfant» n'est pas une rente pour les enfants handicapés. Il s'agit d'un complément à la rente octroyée à l'un des deux parents qui serait invalide et qui a des enfants. On peut donc discuter d'un changement de terminologie, mais celle qui est proposée par votre commission, «allocation parentale», pourrait aussi porter à confusion, en raison du terme «allocation», un terme qui n'est pas très précisément défini, mais qui est quand même utilisé dans d'autres domaines et notamment pour les allocations familiales. C'est pourquoi, si déjà l'on souhaitait avoir une modification de cette terminologie, il vaudrait mieux parler peut-être de «complément de

rente pour parent» plutôt que d'«allocation parentale». Mais c'est une discussion qui devra encore être menée si vous suivez votre commission. En l'absence d'une décision définitive sur cette question, nous allons naturellement continuer à parler dans le débat de «rente pour enfant», comme cela a été fait largement aujourd'hui.

Il y a une question importante que j'aimerais encore traiter avec vous, qui concerne la surindemnisation, ou la surassurance. Avec les décisions que vous avez prises aujourd'hui, il peut arriver un certain nombre de cas – c'est le cas aujourd'hui, et nous souhaitons le corriger – dans lesquels des familles avec enfants perçoivent un revenu plus important à la suite de la réalisation des risques invalidité ou vieillesse. Il y a déjà quelques règles qui permettent d'agir contre une surindemnisation et, indépendamment de ce que vous avez décidé aujourd'hui, il est également possible d'agir par voie d'ordonnance, là où c'est possible, et c'est quelque chose qui va également être envisagé. C'est une information que je souhaitais également vous donner à ce stade.

Je vous invite donc à suivre la proposition de la minorité Steiert et dans le cas contraire, si vous souhaitez modifier la terminologie «rente pour enfant», vous pouvez le faire, mais je crois que ce qui est proposé par votre commission n'est pas dénué non plus de toute ambiguïté.

**Humbel Ruth (CE, AG)**, für die Kommission: Nachdem der Antrag der Minderheit Fehr Jacqueline zurückgezogen worden ist, spreche ich noch zu Artikel 38 Absatz 1ter: Die Kommissionsmehrheit möchte für die im Ausland wohnenden Kinder die Kinderrente der tieferen Kaufkraft anpassen. Sie haben die Zahlen schon gehört, es geht um relativ wenige Fälle. Von den rund 600 Millionen Franken für Elternzulagen geht es um 20 Millionen Franken, über die wir so verfügen könnten.

Wir können nicht Rentenanpassungen für Kinder von Eltern im EU-/Efta-Raum vornehmen, da dort Abkommen bestehen; der Export findet überall und ungekürzt statt. Es geht also um Leistungen an Eltern ausserhalb des EU-/Efta-Raums. Es geht da um ein Volumen von 20 Millionen Franken, d. h., man rechnet mit einem möglichen Einsparvolumen von 5 Millionen Franken. Das ist wenig und mag im Verhältnis zum Aufwand unverhältnismässig erscheinen.

Die Kommissionsmehrheit vergleicht und gewichtet jedoch die Einkommenssituationen. Für Eltern mit der vollen IV-Rente liegt die Zulage zwischen 468 und 936 Franken pro Monat. Dieser Frankenbetrag ist in Ländern wie Thailand, Brasilien usw. ein sehr grosses Einkommen im Vergleich zu demjenigen der einheimischen Bevölkerung. Die Kommissionsmehrheit erachtet es auch im Sinne der Gerechtigkeit gegenüber der dortigen einheimischen Bevölkerung als nicht gerechtfertigt, wenn derart grosszügige Leistungen ausgeschüttet werden.

Die Kommission hat mit 11 zu 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen entschieden, diese Ergänzung zu machen.

**Cassis Ignazio (RL, TI)**, pour la commission: La question de la terminologie a été réglée, dans le sens où la proposition de la minorité Fehr Jacqueline ayant été retirée, on décide tacitement de ne plus parler de «rente pour enfant», mais d'«allocation parentale». Ceci crée une divergence avec le Conseil des Etats, qui aura donc la possibilité de réexaminer la question. Nous avons entendu de la part de Monsieur le conseiller fédéral Berset que même le terme «allocation parentale» pose quelques problèmes. Mais, comme il n'y a pas de proposition de minorité, il sera inscrit dans la loi.

En ce qui concerne l'article 31 alinéa 1ter, la rente pour enfant versée à l'étranger, vous avez entendu les chiffres. Cette disposition a surtout un caractère symbolique puisqu'elle a pour but d'adapter le montant de la rente pour enfant au pouvoir d'achat à l'étranger. Il s'agit de 13 millions de francs qui peuvent faire l'objet d'une adaptation. Cela concerne dans 90 pour cent des cas des citoyens suisses qui vivent à l'étranger.

Ceci dit, la majorité de votre commission est persuadée qu'il serait bon de donner ce signal symbolique. Donc, je vous in-

vite à soutenir la proposition de la majorité de la commission et à rejeter la proposition de la minorité Steiert.

### **Ersatz eines Ausdrucks vor Art. 38**

#### *Antrag der Mehrheit*

Im ganzen Erlass wird «Kinderrente» durch «Zulage für Eltern» ersetzt. Die mit der Begriffsänderung zusammenhängenden grammatikalischen Änderungen sind vorzunehmen.

#### *Antrag der Minderheit*

(Fehr Jacqueline, Gilli, Hardegger, Heim, Steiert, Rossini, van Singer)  
Streichen

### **Remplacement d'une expression précédant l'art. 38**

#### *Proposition de la majorité*

Dans toute la loi, l'expression «rente pour enfant» est remplacée par «allocation parentale». On procédera aux modifications grammaticales qui en découlent.

#### *Proposition de la minorité*

(Fehr Jacqueline, Gilli, Hardegger, Heim, Steiert, Rossini, van Singer)  
Biffer

**Präsidentin (Graf Maya, Präsidentin)**: Der Antrag der Minderheit ist zurückgezogen worden. Der Beschluss gilt auch für die Ziffern 3, 5 und 6 der Änderung bisherigen Rechts.

#### *Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*

#### *Adopté selon la proposition de la majorité*

### **Art. 38 Abs. 1ter**

#### *Antrag der Mehrheit*

Für im Ausland wohnende Kinder sind die Kinderrenten der tieferen Kaufkraft anzupassen. Der Bundesrat bestimmt die Kürzungen.

#### *Antrag der Minderheit*

(Steiert, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Piller Carrard, Schenker Silvia, van Singer, Weibel)  
Streichen

### **Art. 38 al. 1ter**

#### *Proposition de la majorité*

Lorsque l'enfant vit à l'étranger, la rente pour enfant est adaptée au pouvoir d'achat le plus faible. Le Conseil fédéral définit les réductions.

#### *Proposition de la minorité*

(Steiert, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Piller Carrard, Schenker Silvia, van Singer, Weibel)  
Biffer

**Präsidentin (Graf Maya, Präsidentin)**: Die grüne Fraktion und der Bundesrat unterstützen den Antrag der Minderheit.

#### *Abstimmung – Vote*

#### (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/8363)

Für den Antrag der Mehrheit ... 116 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 56 Stimmen

**Art. 49; 54a; 57 Abs. 1 Bst. d, i; 57a Abs. 1bis, 3; 59 Titel, Abs. 2, 2bis; 60 Abs. 1 Bst. b, c; 66; 68bis Abs. 1 Bst. b; 68quinquies Titel, Abs. 1, 2**

#### *Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 49; 54a; 57 al. 1 let. d, i; 57a al. 1bis, 3; 59 titre, al. 2, 2bis; 60 al. 1 let. b, c; 66; 68bis al. 1 let. b; 68quinquies titre, al. 1, 2**

#### *Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

#### *Angenommen – Adopté*

## Block 5 – Bloc 5

**Frehner Sebastian** (V, BS): Namens der Minderheit beantrage ich Ihnen, Artikel 74 mit einem neuen Absatz 1bis wie folgt zu ergänzen: «Die Beiträge dürfen insgesamt 2 Prozent der gesamten jährlichen Rentenleistungen der Invalidenversicherung nicht übersteigen.» In diesem Artikel wird festgelegt, dass die Organisationen der privaten Invalidenhilfe Beiträge von der IV bekommen, weil sie gewisse Aufgaben wie Eingliederungsarbeiten usw. für die Invalidenversicherung übernehmen. Diese Organisationen bekommen jährlich etwa 180 Millionen Franken für ihre Arbeit. Mit diesem Antrag möchten wir diese Beiträge auf 2 Prozent der Ausgaben für Rentenleistungen der Versicherung begrenzen. Die Rentenleistungen betragen etwa 5 Milliarden Franken. 2 Prozent sind also immer noch zirka 100 Millionen Franken, aber eben doch wesentlich weniger als die heutigen 180 Millionen Franken.

Diese Invalidenhilfsorganisationen machen sicher nicht nur schlechte Arbeit, aber es gibt doch einiges zu bemängeln. Das Hauptproblem ist, dass durch das viele Geld, das verteilt wird, ein grosses Angebot an Dienstleistungen für die IV entstanden ist. Überall dort, wo im Sozialbereich zu viel Geld ausgeschüttet wird, entstehen solche Industriezweige. So gibt es in der Schweiz eine Asylindustrie, eine Bildungsindustrie, eine Drogenentzugsindustrie, eine Ausländerintegrationsindustrie usw. – und eben auch eine IV-Industrie. Bei gewissen Anbietern muss man sich wirklich die Frage stellen, ob sie tatsächlich Leistungen erbringen, die im Sinne der IV sind, oder ob es vor allem darum geht, einen möglichst grossen Anteil aus dem Geldtopf «abzugarnieren». Das Problem ist beispielsweise auch, dass viele dieser Organisationen nicht dadurch glänzen, dass sie Invalide anstellen; der Anteil ist insgesamt wohl unter 10 Prozent anzusiedeln. Es stellt sich die Frage, weshalb dies so ist. Gerade diese Organisationen müssten sich doch eigentlich bemühen, IV-Bezüger zu berücksichtigen.

Wir möchten mit diesem Minderheitsantrag die Ausgaben auf ein Mass reduzieren, welches die Effizienz dieser Organisationen steigern hilft, und wir möchten, dass die Regeln für die Ausrichtung, für die Eingliederung und für die Hilfe der Betroffenen zukünftig klar festgelegt werden. Deshalb bitten wir Sie, diesem Minderheitsantrag zuzustimmen.

**Rossini Stéphane** (S, VS): Monsieur Frehner, vous parlez de l'industrie de l'assurance-invalidité et de l'inefficacité de ces associations. Pourriez-vous nous donner des exemples concrets d'associations qui sont inefficaces et qui utilisent mal l'argent?

**Frehner Sebastian** (V, BS): Schauen Sie, ich war lange Mitglied der Finanzkommission im Kanton Basel-Stadt. Wir haben zuhauf solche privaten Organisationen untersucht und haben beispielsweise geschaut, wie viel Geld sie erhalten, wie viel Geld auch in die Saläre fliesst. Wir haben bei verschiedenen Organisationen festgestellt, dass viele dieser Beiträge in die Administration fliessen und eben gar nicht für eine Besserstellung oder Integration der IV-Versicherten zur Verfügung gestellt werden.

**Nussbaumer Eric** (S, BL): Herr Frehner, Sie haben jetzt wieder ausgeführt, dass Sie solche Beispiele zuhauf untersucht hätten. Sind Sie in der Lage, uns ein konkretes Beispiel zu erläutern?

**Frehner Sebastian** (V, BS): Ich erinnere mich an viele, aber im Kanton Basel-Stadt gilt das Kommissionsgeheimnis – ich weiss nicht, wie das bei Ihnen ist. Ich kann mich deshalb hier nicht dazu äussern.

**Schneeberger Daniela** (RL, BL): Das BSV schliesst mit den Behindertenorganisationen jeweils mehrjährige Leistungsvereinbarungen ab. Dieses System und die Zusammenarbeit zwischen BSV und Behindertenorganisationen haben

sich bewährt und sind sehr gut eingespielt. Die Einführung einer Plafonierung auf 2 Prozent der gesamten jährlichen Rentenleistungen, wie das die Kommissionsminderheit verlangt, würde zur Folge haben, dass entweder nur noch jährliche Leistungsvereinbarungen abgeschlossen werden könnten oder mehrjährige Vereinbarungen jeweils jährlich hinsichtlich der Höhe überprüft werden müssten. So oder so würde dies zu einem erheblichen administrativen Aufwand führen, der wiederum auch Mittel binden würde.

Wir meinen, wir sollten hier nicht an einem gut eingeführten System rütteln. Abgesehen davon ist es dem Bund respektive dem BSV unbenommen, die Höhe der gesamten Beiträge an die privaten Organisationen jeweils von Leistungsperiode zu Leistungsperiode anzupassen. Soviel ich weiss, ist dies in der Vergangenheit auch geschehen, und dabei haben die Beiträge insgesamt nicht zugenommen.

In der Kommission haben wir uns ausführlich über die Zusammenarbeit und die Leistungen der privaten Organisationen unterhalten. Wir meinen, dass all die angesprochenen Punkte wie die Beschäftigung von Behinderten oder der strikt zweckgebundene Einsatz von BSV-Mitteln im Rahmen der erwähnten Leistungsvereinbarungen klipp und klar festgelegt werden müssen. Allenfalls besteht hier in Einzelfällen noch Nachholbedarf, und gewisse Bedingungen müssten klarer formuliert werden. Gerade die Zweckbestimmung des Mitteleinsatzes scheint uns wichtig zu sein. Es kann tatsächlich nicht sein, dass schliesslich mit Bundesgeldern Politlobbying, Referendumskämpfe oder Abstimmungskampagnen in diesem Bereich finanziert werden. Insofern ist die Kontrolle über die Verwendung der BSV-Gelder und die Qualität der erbrachten Leistungen ein ganz zentraler Punkt.

Ich kenne Organisationen in meiner Region, die auch BSV-Gelder erhalten und damit eine hervorragende Leistung erbringen. In einem Fall weist die fragliche Selbsthilfeorganisation in ihrem Transportbereich sogar eine Beschäftigung von Menschen mit einer Behinderung respektive Leistungsbeeinträchtigung von über 50 Prozent auf. Ich will damit nur aufzeigen, dass wir trotz der berechtigten Einschränkungen hier nicht alle Organisationen über einen Kamm scheren dürfen. Es gibt im Rahmen von Artikel 74 zweifellos sehr viele Organisationen, die einen einwandfreien Job machen und die erhaltenen Gelder nicht zweckentfremden.

Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit abzulehnen. Die FDP-Liberale Fraktion lehnt ihn ebenfalls ab.

**Weibel Thomas** (GL, ZH): Ein ganz wichtiger Aspekt der Tätigkeit der Behindertenorganisationen ist die Hilfe zur Selbsthilfe. Behinderte Menschen, die dazu bewegt werden, ihr Leistungsdefizit eigenständig zu kompensieren, verursachen weniger externe Kosten. Gerade in diesem Bereich liegt eine der Stärken der Organisationen der privaten Behindertenhilfe. Ausserdem orientieren und sensibilisieren die Behindertenorganisationen die Bevölkerung in Fragen der Behinderung, was eine wichtige Grundlage für die Integration darstellt. Damit tragen die Organisationen wesentlich zur Entlastung der IV bei. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Behindertenorganisationen verantwortungsvoll mit den ihnen zugesprochenen Mitteln umgehen. Die Leistungsmengen und die Qualität werden in Vereinbarungen mit dem BSV vorgegeben und auch kontrolliert.

Die Fachkompetenzen der Organisationen der privaten Behindertenhilfe sind unentbehrlich. Mit den ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln erbringen die Behindertenorganisationen notwendige und wichtige Leistungen. Eine Kürzung um beinahe 20 Prozent würde die Eingliederung behinderter Menschen massiv beeinträchtigen. Das hätte eine bedeutende Erhöhung der Kosten bei anderen Kostenträgern zur Folge. Private Invalidenhilfe ist in der Regel auch kostengünstiger. Eine Deckelung und Begrenzung des Anteils ist deshalb sicher nicht zielführend.

Stimmen Sie bitte wie die Grünliberalen dem Antrag der Mehrheit zu.

**Carobbio Guscetti Marina** (S, TI): A nome del gruppo socialista intervengo per invitarvi a respingere la minoranza Freh-

ner che chiede di ridurre del 12 a 15 per cento i contributi alle associazioni – quanto proposto dalla minoranza è doppiamente pericoloso. Tagliando i contributi alle associazioni che si occupano di persone disabili si mette in discussione il ruolo importante che le stesse assumono nel far sì che le persone portatrici di handicap possano essere reinserite e mantenere un certo grado d'autonomia – penso agli interventi e consulenze, che non possono spesso essere assunti dagli uffici dell'assicurazione invalidità e che sono quindi delegati alle associazioni. Tagliare i mezzi finanziari alle organizzazioni significa anche di fatto trasferire i costi su altri ambiti: sulle misure mediche, sui mezzi ausiliari e più in generale sull'assicurazione invalidità. Gli interventi delle organizzazioni nell'ambito della consulenza delle persone disabili e delle loro famiglie, nel sostegno e nell'integrazione permettono di fatto di diminuire i costi dell'assicurazione invalidità. Tagliarli, come proposto dalla minoranza Frehner, sarebbe controproducente non solo nei confronti delle persone disabili ma anche del finanziamento dell'assicurazione invalidità. Die Behindertenorganisationen spielen, wie ich eben gesagt habe, bei der Reintegration und der Beratung von Behinderten und ihrer Angehörigen eine wichtige Rolle. Die Behindertenorganisationen übernehmen in Ergänzung zu den IV-Stellen an sie delegierte Aufgaben.

Diese Organisationen haben bereits eine Kürzung der IV-Beiträge hinnehmen müssen. Im Zuge der Zusatzfinanzierung der IV über eine zeitlich befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer wurde die Anpassung an die Teuerung sistiert. Die Beiträge wurden ab 2011 auf dem Stand des Jahres 2010 eingefroren. Für die Organisationen der privaten Behindertenhilfe heisst das, dass sie für die Erfüllung der an sie delegierten Aufgaben bis 2017 rund 30 Millionen Franken weniger zur Verfügung haben. Wenn jetzt erneut Beiträge gekürzt werden, wird die Fachkompetenz der Organisationen der privaten Behindertenhilfe infrage gestellt.

Das Gesetz definiert in Artikel 74 Absatz 1 die Leistungen der Organisationen, mit welchen Leistungsaufträge abgeschlossen werden. Die Minderheit will die Leistungsaufträge infrage stellen und ein neues System einführen. Der Betrag für die Organisationen soll an die Rentenausgaben geknüpft werden, das heisst, er soll höchstens 2 Prozent der Rentenausgaben betragen. Eine solche Kürzung würde die Eingliederung behinderter Menschen massiv beeinträchtigen.

Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, den Antrag der Minderheit abzulehnen.

**van Singer Christian (G, VD):** Etonnante, cette proposition des commissaires membres du groupe UDC! Ils proposent en effet de réduire très fortement les contributions à des associations qui facilitent la réinsertion et la prise en charge des invalides.

Si vous connaissez un peu ces associations, vous savez que, souvent, s'y engagent aussi bénévolement de nombreux invalides. Vous savez qu'elles facilitent grandement le travail de tous les organismes sociaux, notamment de l'AI. Réduire drastiquement les contributions à ces associations aurait pour conséquence d'augmenter les frais administratifs de l'AI, d'augmenter les frais des assurances sociales. Est-ce que c'est ça que vous voulez? Assurément pas!

Vraiment, on ne comprend pas cette proposition de minorité: elle est absurde. Même dans l'optique du groupe UDC, elle ne devrait pas être formulée, car elle aboutit à renforcer le rôle de l'Etat, à réduire le travail d'associations privées; si elle était adoptée, elle aurait pour effet de décourager l'engagement bénévole de nombreuses citoyennes et de nombreux citoyens.

Au nom du groupe des Verts, je vous demande de repousser cette proposition de minorité Frehner.

**Borer Roland F. (V, SO):** Ja, es ist so: Die Behindertenorganisationen haben eine hervorragende Arbeit geleistet! Dank ihres Lobbyings ist die Einsparungsseite nach Ihren heutigen Entscheiden auf null gesunken, obwohl wir einen anderen Auftrag hatten, obwohl auch der Bundesrat andere Ab-

sichten hat. Ich überlasse es aber Ihnen zu beurteilen, ob das der richtige Weg ist.

Selbstverständlich wird die SVP-Fraktion die Minderheit Frehner unterstützen, bei der es darum geht, Beiträge von heute 161,5 Millionen Franken pro Jahr auf etwa 120 Millionen zu reduzieren. Es ist eigentlich aus den verschiedensten Gründen nachvollziehbar, warum man das tun sollte. Ich gebe Ihnen ein paar Beispiele: Es ist z. B. nicht nachvollziehbar, warum rund ein Fünftel dieser 161 Millionen Franken an die Blinden- und Sehbehindertenverbände geht. Sind denn ein Fünftel der Behinderten in der Schweiz Sehbehinderte oder Blinde? Die Beantwortung dieser Frage überlasse ich Ihnen. Weiter ist z. B. auch nicht nachvollziehbar, warum reine Berufsverbände mit Geldern der IV unterstützt werden. Ein Beispiel dafür ist die Fondation Suisse pour les Téléthèses, eine Organisation, die Gelder erhält und nebenbei noch mit Hilfsmitteln für Behinderte handelt. Ist es denn die Aufgabe der IV, dies mit Beiträgen zu finanzieren?

Weiter ist nicht nachvollziehbar, warum die Vereinigung In-sos Schweiz, die entgegen Artikel 74 IVG Gelder an Unterverbände verteilt, Gelder erhält. Es heisst nämlich in diesem Artikel klipp und klar: Die Gelder sind für schweizerische Organisationen und für Organisationen in den Sprachregionen bestimmt. Diese Gelder werden dann aber einfach über diese Stelle weiterverteilt. Herr Bundesrat, wollen Sie es weiterhin akzeptieren, dass jeder, der es will, in die Kasse der IV greifen und sich selbst bedienen kann?

Geradezu unverständlich ist im Weiteren der Umstand – Herr Frehner hat es angetönt –, dass die Organisationen, welche doch für die Behinderten so viel Gutes tun wollen, selber weniger als 10 Prozent ihrer Angestellten aus dem Bereich der Behinderten rekrutieren. Warum denn ist die Beschäftigungsrate dieser Kategorie dort nicht um ein Vielfaches höher? Die IV ist dazu da, behinderten Mitmenschen zu helfen – und nicht denen zu helfen, die vorgeben, Gutes zu tun für die Behinderten, notabene auf Kosten anderer. Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit Frehner zu unterstützen, wie das die SVP-Fraktion tun wird.

**Berset Alain, conseiller fédéral:** L'article 74 prévoit une mesure importante en faveur des personnes handicapées. Il s'agit de la mise à disposition des organisations d'aide de subventions leur permettant d'offrir des prestations de conseil, de formation, de soutien à l'intégration des personnes concernées. Actuellement, il s'agit de 134 millions de francs par année. Ce montant reste bloqué à 134 millions de francs et ne sera pas adapté, pas même au renchérissement, durant la période de financement additionnel, soit jusqu'à fin 2017.

La minorité Frehner, que vous avez examinée aujourd'hui, prévoit de limiter le montant total des subventions à 2 pour cent du montant annuel des rentes. Cette proposition pose un problème parce qu'elle contribue, précisément là où nous souhaitons diminuer les montants qui sont globalement versés sous forme de rentes, à diminuer l'aide pour la réintégration, la réinsertion, et toutes les aides qui sont essentielles pour que cela fonctionne. C'est une proposition qui va donc dans la mauvaise direction, parce que ces organisations font un travail très important pour l'intégration, pour la réinsertion des personnes concernées.

Pour ces raisons, je vous invite, au nom du Conseil fédéral, à suivre la majorité de la commission.

**Rossini Stéphane (S, VS):** Monsieur le conseiller fédéral, tout à l'heure, Monsieur Frehner, en défendant sa proposition de minorité, s'est référé au secret de fonction par rapport à des évaluations qui auraient été faites dans son canton.

Ma question est la suivante: est-ce que cela signifie que les commissions des cantons qui observeraient des situations inadéquates dans l'AI devraient transmettre l'information à l'Office fédéral des assurances sociales ou au département concerné pour qu'une clarification soit apportée?

**Berset Alain, conseiller fédéral:** Monsieur Rossini, nous souhaitons en effet clarifier cette situation. Je vais me rensei-

gner à l'issue de la séance. Je ne suis pas en mesure d'apporter plus d'informations pour l'instant.

**Humbel Ruth** (CE, AG), für die Kommission: Die Minderheit Frehner will die Beiträge an die private Invalidenhilfe auf 2 Prozent der gesamten jährlichen Rentenleistungen der Invalidenversicherung beschränken. Aktuell werden jährlich insgesamt knapp 175 Millionen Franken aus der AHV/IV und den Ergänzungsleistungen an Organisationen der privaten Behindertenhilfe ausbezahlt. 2011 wurden mit gut 6 Milliarden Franken ordentliche und ausserordentliche Renten bezahlt. Mit dem Antrag der Minderheit Frehner würden die Beiträge an diese Organisationen daher um nahezu einen Drittel gekürzt. Die Kommissionsmehrheit lehnt dies insbesondere aus folgenden zwei Gründen ab:

1. Die Organisationen der privaten Invalidenhilfe arbeiten mit Leistungsaufträgen und übernehmen wichtige Aufgaben im Bereich der Beratung und Betreuung Invalider sowie von deren Angehörigen.

2. Eine Koppelung der Beiträge an die Renten dürfte ein falsches Signal sein. Je mehr sich eine Organisation einsetzt, um Versicherte am Arbeitsplatz zu halten und sie nicht zu berenten, desto tiefer würde der Beitrag ausfallen. Ein solcher Anreizwechsel würde den Zielen der IV-Revision gerade entgegenstehen.

Die Kommission beantragt Ihnen daher mit 17 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Kommissionsmehrheit zu folgen und den Antrag der Minderheit Frehner abzulehnen.

**Cassis Ignazio** (RL, TI), pour la commission: L'article 74 règle le mandat constitutionnel fixé à l'article 112c alinéa 2 de la Constitution: «La Confédération soutient les efforts déployés à l'échelle nationale en faveur des personnes âgées et des personnes handicapées.» Il s'agit donc d'un mandat constitutionnel, qui est mis en oeuvre par cet article 74, sur lequel la minorité Frehner désire intervenir.

Les soutiens financiers sont alloués, par le canal de l'Office fédéral des assurances sociales, à toute une série d'associations qui offrent des services de conseil, de soutien, qui favorisent le développement des aptitudes des invalides, etc. Il y a une longue tradition à ce propos en Suisse. Il s'agit d'activités en partie financées par des fonds publics, en partie par des collectes de fonds privées et en partie par le travail de bénévoles.

Je me permets d'exprimer une certaine compréhension par rapport à la réaction exprimée tout à l'heure dans cette salle par Messieurs Frehner et Borer quand on voit la pression des lobbyistes à laquelle nous avons toutes et tous été soumis au cours des deux ou trois dernières semaines. Je crois qu'effectivement il y a une réaction un peu épidermique qui se manifeste. On parle souvent du lobby des paysans, du lobby de l'industrie pharmaceutique; là nous avons subi le lobbyisme des associations des invalides qui, effectivement, n'est pas positif. Cela dit, je crois qu'il serait faux d'arriver à la conclusion qu'il faut donc supprimer les aides financières que ces associations reçoivent pour faire face aux tâches qui sont les leurs et que nous avons inscrites dans notre Constitution.

Je fais confiance à l'Office fédéral des assurances sociales pour qu'il contrôle de manière stricte les collaborations avec toutes les organisations concernées.

C'est forte de cette confiance que la commission, par 17 voix contre 7 et 1 abstention, vous demande d'en rester au droit en vigueur et de rejeter la proposition de la minorité Frehner, qui vise à réduire d'environ un tiers les quelque 160 millions de francs qui sont alloués aujourd'hui à ces associations.

#### **Art. 74 Abs. 1bis**

##### *Antrag der Minderheit*

(Frehner, Blocher, Borer, Bortoluzzi, de Courten, Müri, Parmelin)

Die Beiträge dürfen insgesamt 2 Prozent der gesamten jährlichen Rentenleistungen der Invalidenversicherung nicht übersteigen.

#### **Art. 74 al. 1bis**

##### *Proposition de la minorité*

(Frehner, Blocher, Borer, Bortoluzzi, de Courten, Müri, Parmelin)

Au total, les subventions ne doivent pas dépasser 2 pour cent du montant annuel des rentes de l'assurance-invalidité.

##### *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 11.030/8364)

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

Dagegen ... 117 Stimmen

#### **Block 6 – Bloc 6**

**Schneeberger Daniela** (RL, BL): Um die IV auf lange Sicht sanieren zu können und um sie vor einer erneuten Schuldenspirale zu bewahren, braucht es eine Schuldenbremse und griffige Stabilisierungsmechanismen. Mit dem Antrag der Kommissionsminderheit erreichen wir dies. Die Fassung der Mehrheit der Kommission stellt hingegen keinen griffigen Automatismus dar. Sie dämpft zwar die Probleme, doch sie verhindert ein mögliches Abgleiten in eine neue Schuldenspirale nicht.

Der Einzelantrag Müller Leo belastet im Besonderen die Wirtschaft mit zusätzlichen Abgaben. Wir meinen, dass sich erforderliche Sanktionsinstrumente primär ausgabenseitig auswirken müssen und nicht einfach zu Mehreinnahmen führen dürfen, d. h., sie müssen sich an den für die IV zur Verfügung stehenden Mitteln orientieren. Eine wirksame Schuldenbremse verdient ihren Namen nur dann, wenn nicht mehr Geld ausgegeben wird, als vorhanden ist.

Zudem braucht es griffige Druckmittel, damit die Politik gezwungen ist, frühzeitig zu reagieren. Mit unserem Minderheitsantrag wollen wir dies erreichen. Im Idealfall kommt die Schuldenbremse so gar nicht zum Tragen. Gleichzeitig wollen wir aber auch verhindern, dass über Renten Kürzungen weitere Gelder geäufnet werden; deshalb müssen Sofortmassnahmen bereits bei 40 Prozent und nicht erst bei 50 Prozent des Fondsbestands rückgängig gemacht werden.

Es geht auch um die Glaubwürdigkeit der Politik. Bei der Einführung des Mehrwertsteuerprozents zugunsten der IV haben wir dem Volk und der Wirtschaft verbindliche Versprechungen abgegeben: Diese Massnahme ist einmalig und bis 2017 befristet. Daran müssen wir uns halten. Hinzu kommt, dass wir mit zusätzlichen Lohnabzügen unsere Wirtschaft, ihre Wettbewerbsfähigkeit, schwächen. Auch gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von solchen Automatismen ebenfalls betroffen wären, können wir uns dies schlicht nicht leisten.

Ich bitte Sie, einer griffigen Interventionsregel und damit dem Antrag der Kommissionsminderheit zuzustimmen.

**Schenker Silvia** (S, BS): Mit meiner Minderheit beantrage ich Ihnen, dass der Bund auch nach Abschluss der Zusatzfinanzierung die Zinsen der IV-Schuld bei der AHV übernimmt. Mit dem Ende der Zusatzfinanzierung würde die Übernahme der Schuldzinsen durch den Bund wegfallen. Damit wäre für die IV eine zusätzliche finanzielle Belastung verbunden – eine Belastung, die wiederum die Behinderten zu tragen hätten. Es wäre verkraftbar und vertretbar, dass der Bund weiterhin die Zinsen der IV-Schuld übernimmt. Für den Bund wäre damit keine neue, zusätzliche Belastung verbunden, sondern die Belastung würde einfach weitergehen. Aber statt dass der Bund Bereitschaft signalisiert, weiterhin die Zinsen zu übernehmen, hat er im Rahmen eines Sparpakets beschlossen, den Zins ab 2014 zu senken und nicht die ursprünglich vereinbarten 2 Prozent zu bezahlen.

Eigentlich wäre ich gerne noch weiter als diese Minderheit gegangen. Ich hätte gerne zur Diskussion gestellt, ob der Bund nicht besser die ganze IV-Schuld übernehmen sollte. Damit wäre der AHV geholfen, es wäre aber auch der IV geholfen, und der Bund müsste auf dem Kapitalmarkt erst noch weniger Zinsen bezahlen. Mit einer Interpellation habe ich

vor einem Jahr gefragt, ob ein solches Vorgehen sinnvoll wäre (11.4152). Wenn ich mich nicht täusche, habe ich vor ein paar Tagen gelesen, dass die Idee auch von einem SVP-Nationalrat aufgenommen wurde. Vielleicht kommen wir in dieser Frage noch zu einem gemeinsamen Vorgehen.

Vorerst bleibe ich jedoch bei meinem Antrag, dass der Bund zumindest die Schuldzinsen übernehmen soll. Ich habe heute Morgen gesagt, dass am wenigsten die Betroffenen selber die Schuld für die Situation der IV tragen. Sie sind es aber, die die Rechnung zu bezahlen haben. Der Bund trägt einen Teil der Verantwortung und soll deshalb ebenfalls und weiterhin seinen Beitrag leisten.

Ich bitte Sie, meiner Minderheit zu folgen.

**Ingold Maja (CE, ZH):** Zum Antrag Weibel: Er ist die direkte Folge der befürchteten ersten Berichte und Ergebnisse der Arbeitsintegration der 17 000 Rentnerinnen und Rentner, die vom ersten Arbeitsmarkt aufgenommen werden müssten – eine Forderung der Revision 6a. Die Arbeitgebervertretungen haben damals hoch und heilig versprochen, es gehe auch freiwillig. Das zeichnet sich bis jetzt nicht ab, und dafür gibt es keine Indizien. Offensichtlich geht es doch nicht ohne Verpflichtung, irgendwann oder eben heute. Unsere Fraktion hatte nicht die Zeit, den Antrag zu diskutieren.

Zur Einführung des Interventionsmechanismus: Er soll das finanzielle Gleichgewicht der IV langfristig sicherstellen, und er soll gewährleisten, dass die Massnahmen des Pakets mit einer zweistufigen Korrektur so gesteuert werden können, dass am Schluss die IV entschuldet und im finanziellen Gleichgewicht ist. Die CVP/EVP-Fraktion stimmt dem im Grundsatz zu, weil sie das Versprechen, das dem Stimmvolk gegeben worden ist, unbedingt halten will. Das gehört zu einer glaubwürdigen, verlässlichen Politik.

Der Interventionsmechanismus kann verschieden ausgestaltet sein. Die Konzepte liegen vor: der Antrag der Mehrheit der SGK, die es dem Bundesrat überlassen will, der Antrag der Minderheit Schneeberger und dazwischen neu der Antrag Müller Leo, der die Ständeratsfassung beantragt. Welches Modell man wählt, hängt von den vorher beschlossenen Massnahmen ab, die das Risiko bergen, nicht die gewünschte Wirkung zu bringen.

Nun hat die CVP/EVP-Fraktion die Teilung der Vorlage mitgetragen und ist bereit, klar sparrorientierte Massnahmen zuzulasten der Rentnerinnen und Rentner auszusetzen und aufzuschieben. Es braucht als Gegenstück zum Verzicht auf die harten Kürzungsmassnahmen einen besonders griffigen Interventionsmechanismus, um das Sanierungsziel sicher zu erreichen. Für die CVP/EVP-Fraktion ist diese Korrelation essenziell, denn sie nimmt das Versprechen ernst, das dem Stimmvolk im Zusammenhang mit den Massnahmen zur Entschuldung der IV gegeben worden ist.

**Müller Leo (CE, LU):** Ich spreche zum Thema Schuldenbremse, und ich bitte Sie namens der CVP/EVP-Fraktion, meinen Einzelantrag zu Artikel 80 Absätze 3 und 4 zu unterstützen und diesem zuzustimmen.

Ich rufe nochmals in Erinnerung: Wir sind angetreten, die IV mit griffigen Massnahmen zu sanieren. Wir haben die Mehrwertsteuer erhöht. Diese Erhöhung gilt noch bis zum 31. Dezember des Jahres 2017. Wir haben ohne diese Zusatzfinanzierung auch im laufenden Jahr mehrere Hundert Millionen Franken Defizit bei der IV. Wir haben auch den IV-Fonds geäuft, mit 5 Milliarden Franken à fonds perdu. Dieses Geld ist bereits im IV-Fonds.

Heute haben wir verschiedene Massnahmen herausgebroschen oder zurückgestellt; umso wichtiger ist es, dass Massnahmen getroffen werden. Mit einem automatischen Mechanismus soll das sichergestellt werden. Mein Antrag nimmt den Entwurf des Bundesrates bzw. den Beschluss des Ständerates auf, und dieser sieht eine Opfersymmetrie vor. Das heisst, dass Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Rentenbezüger daran teilhaben bzw. einen Beitrag daran leisten sollen.

Es gibt einen anderen Antrag, nämlich den Antrag Fischer Roland. Dieser sieht eine Nuance vor, das heisst, dass diese Schuldenbremse nur gelten soll, bis die Reserven wieder bei

40 Prozent einer Jahresausgabe sind. Wenn man diesem Antrag zustimmen würde, würde das heissen, dass die Schuldenbremse in Kraft treten würde, dann wären die 40 Prozent erreicht, ein Jahr würde diese dann wieder nicht greifen, man würde wieder unter die 40 Prozent fallen, und das nächste Jahr müsste diese Schuldenbremse wieder in Kraft gesetzt werden.

Mit dem Vorschlag des Bundesrates und des Ständerates ist ein Mechanismus vorgesehen, dass man eine kleine Reserve schafft und bis 50 Prozent einer Jahresausgabe geht. Wenn die Schuldenbremse dann ausser Kraft tritt, hat man eine Reserve, sodass im nächsten Jahr die Schuldenbremse nicht gleich wieder in Kraft treten würde.

Ich bitte Sie nochmals, diesem Mechanismus zuzustimmen und demzufolge meinen Einzelantrag gutzuheissen.

**Weibel Thomas (GL, ZH):** Bereits beim Eintreten habe ich festgehalten, dass die Grünliberalen eine Schuldenbremse, wie vom Bundesrat vorgeschlagen, als absolut notwendig erachten und deshalb auch befürworten. Der Interventionsmechanismus soll zweistufig sein. In der ersten Stufe muss der Bundesrat innert Jahresfrist eine Vorlage unterbreiten. Verschlechtert sich dann die finanzielle Situation weiter, so tritt ein Automatismus in Kraft. Wichtig ist aus unserer Sicht die sogenannte Opfersymmetrie. Der Automatismus soll Massnahmen sowohl auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite berücksichtigen. Wir wehren uns gegen einseitige Werkzeuge, egal welcher Art.

Beim Unterschreiten des Schwellenwerts der Anlagen des Ausgleichsfonds von 40 Prozent einer Jahresausgabe muss der Bundesrat handeln. Die Massnahmen sollen in Kraft bleiben, bis der Bestand des Fonds wieder auf 50 Prozent einer Jahresausgabe aufgestockt ist; das hat Kollege Leo Müller eben umschrieben. Das kann aber dazu führen, dass man nicht mehr aus diesen Notmassnahmen herauskommt.

Stellen Sie sich folgendes Szenario vor: Die Anlagen des Fonds liegen unter 40 Prozent, die Schuldenbremse wirkt, die Massnahmen werden in Kraft gesetzt, und wir bringen den Bestand des Fonds auf 47 Prozent. Aufgrund einer Wirtschaftskrise verschlechtert sich die Situation des Fonds wieder, und er fällt wieder unter 40 Prozent. Was gilt jetzt? Muss die Schuldenbremse ein zweites Mal in Kraft gesetzt werden, oder müssen wir neue Werkzeuge erarbeiten? Mit den unterschiedlichen Schwellenwerten von 40 Prozent und 50 Prozent schaffen wir Unsicherheit. Diese Unsicherheit will der Einzelantrag Fischer Roland beheben.

Gleiche Schwellenwerte von je 40 Prozent liegen übrigens auch dem Antrag der Minderheit Schneeberger zugrunde. Die Minderheit hat das offenbar gleich verstanden.

Unterstützen Sie aus dieser Sicht bitte den Einzelantrag Fischer Roland.

Bezüglich Schuldzinsen ist für uns ganz klar: Die IV soll möglichst rasch ihre Zinslast wieder selber tragen. Es ist nicht zulässig, dass die Steuerzahler länger als versprochen für diese Zinsen einstehen müssen. Deshalb werden wir den Antrag der Minderheit Schenker Silvia ablehnen.

Ich komme zu den Schlussbestimmungen und zu meinem Einzelantrag. Sie haben die ausführliche Begründung zusammen mit dem Antrag erhalten. Da Untersuchungen zeigen, dass im Unterschied zu Kleinbetrieben Grossbetriebe – und dazu gehören viele private Betriebe, aber auch bundesnahe Betriebe wie die SBB oder die Swisscom – ihre Verantwortung bezüglich Integration von Behinderten nicht wahrnehmen, sind wir Grünliberalen bereit, zeitlich befristet Grossbetriebe ab 250 Mitarbeitende in die Pflicht zu nehmen.

Ich bitte Sie, meinem Einzelantrag zuzustimmen.

**Schneeberger Daniela (RL, BL):** Ich spreche zum Antrag Weibel. Die FDP-Liberale Fraktion lehnt diesen Einzelantrag ab.

Die Frage der Quoten wurde anlässlich der Revisionen 5 und 6a diskutiert. Mit diesen Revisionen hat man bei der Wiedereingliederung von Invaliden auf Anreize gesetzt. Ausserdem hat unter den Arbeitgebern ein Sensibilisierungspro-

zess stattgefunden, der eine weitere Verbesserung der Eingliederung möglich macht. Wir sind überzeugt, dass man den beschrittenen Weg der Revisionen 5 und 6a in dieser Art und Weise weiterverfolgen sollte. Die Aussagen der Verwaltung bestätigen diesen Trend. Die Eingliederungen funktionieren. Lassen wir doch den Arbeitgebern die Zeit zu zeigen, dass sie bereit und imstande sind, zu Lösungen Hand zu bieten, und das in freiwilliger Manier. Wenn sich die Eingliederungen negativ entwickeln sollten, haben wir ja noch Buchstabe e in den Schlussbestimmungen, wonach der Bundesrat uns die erforderlichen Gesetzesänderungen zur Einführung von Anreizen für Arbeitgeber, damit diese vermehrt Personen anstellen, die IV-Renten beziehen, vorschlagen kann.

In diesem Sinn empfehle ich Ihnen, den Antrag Weibel abzulehnen.

**Pezzatti Bruno (RL, ZG):** Die FDP-Liberale Fraktion wird für den Minderheitsantrag Schneeberger stimmen und den zahnlosen und arbeitsmarkt- wie unternehmensfeindlichen Finanzierungsmechanismus, wie ihn der Bundesrat und die Mehrheit der Kommission beantragen, ablehnen. Sinkt der Bestand des IV-Ausgleichsfonds am Ende eines Rechnungsjahres unter 40 Prozent einer Jahresausgabe und bleibt er auch im folgenden Jahr darunter, so hat der Bundesrat ausgabenseitige – und nur ausgabenseitige – Massnahmen zu treffen. Dies verlangt der Minderheitsantrag Schneeberger.

Eine Erhöhung von Beiträgen und Lohnprozenten lehnen wir wie erwähnt ab, vor allem aufgrund der dadurch erhöhten Lohnkosten und der dadurch verursachten Verschlechterung der Wettbewerbssituation unserer Unternehmen.

Auch die Einzelanträge Müller Leo und Fischer Roland wird die FDP-Liberale Fraktion ablehnen, ebenso den Minderheitsantrag Schenker Silvia.

**van Singer Christian (G, VD):** Le groupe des Verts donne la préférence à la proposition Müller Leo par rapport à la proposition Fischer Roland. Pour le reste, il vous demande de suivre la proposition de la majorité de la commission.

En effet, il est tout à fait correct de donner au Conseil fédéral la compétence de prendre les mesures nécessaires «si, dans les trois ans, les avoirs du fonds de compensation de l'AI en liquidités et en placements risquent d'être inférieurs à 40 pour cent des dépenses annuelles pour deux années comptables consécutives». Il n'y a pas besoin pour autant de donner des précisions. Et surtout, il n'y a pas besoin, comme le propose la minorité, de réduire essentiellement l'adaptation des rentes. Il faut qu'il y ait un équilibre entre les différentes mesures qui seront prises. Si le cas prévu à l'article 80 alinéa 2 précité se présente, on doit faire confiance au Conseil fédéral pour prendre les mesures nécessaires.

**Schenker Silvia (S, BS):** In diesem Block geht es um zwei ganz wichtige und grundsätzliche Fragen. Es geht um den sogenannten Interventionsmechanismus und mit dem Einzelantrag Weibel um die Frage, ob für grosse Unternehmen eine Quote für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung eingeführt werden soll.

Zuerst zur Frage des Interventionsmechanismus: Was ist das überhaupt, ein Interventionsmechanismus? Es geht darum, dass im Gesetz festgehalten werden soll, was passiert, wenn der Stand des IV-Fonds unter einen bestimmten Prozentsatz fällt. Der Bundesrat hat vorgesehen, und der Ständerat ist ihm in diesem Punkt gefolgt, dass ein zweistufiges Modell zum Tragen kommt. Zuerst soll der Bundesrat dem Parlament Sanierungsvorschläge unterbreiten. Wenn diese nicht rechtzeitig greifen, kommt die zweite Stufe zum Tragen. Diese Stufe würde bedeuten, dass einerseits die Lohnzüge erhöht werden und andererseits die Renten nicht mehr gemäss Mischindex der Teuerung und der Lohnentwicklung angepasst werden.

Der Interventionsmechanismus, wie ihn der Bundesrat vorschlägt und wie ihn der Ständerat unterstützt, wird von der SP abgelehnt. Dies aus folgenden Gründen: Wenn der Inter-

ventionsmechanismus greifen muss, bedeutet das, dass sich die IV-Renten anders entwickeln als die AHV-Renten. Die SP ist entschieden der Meinung, dass dies falsch ist und nicht der Idee entspricht, dass AHV und IV zusammen die erste Säule unseres Sozialversicherungssystems bilden. Die Rentenhöhen, die Entwicklung der Renten, sind bis jetzt immer gleichgeschaltet gewesen. Dies soll auch in Zukunft so bleiben. Zudem ist der Spielraum, in dem sich der Interventionsmechanismus bewegt, sehr eng. Sinkt der Stand unter 40 Prozent, spielt der Mechanismus. Alles, was über 50 Prozent ist, fliesst an die AHV zurück. Der Stand des IV-Fonds würde sich also immer zwischen diesen beiden Polen bewegen.

In der Kommission hat sich nun die Auffassung durchgesetzt, dass nur die erste Stufe des Interventionsmechanismus im Gesetz festgeschrieben werden soll. Der Bundesrat müsste dem Parlament also Vorschläge unterbreiten, wie die IV saniert werden kann. Namens der SP-Fraktion beantrage ich Ihnen, der Mehrheit zu folgen. Der Antrag der Minderheit Schneeberger ist nicht akzeptabel. Wenn ein Interventionsmechanismus ins Gesetz geschrieben wird, dann muss er zumindest symmetrisch ausgestaltet sein. Ein Mechanismus, der ausschliesslich Rentenkürzungen beinhaltet, legt die Last ausschliesslich auf die Schultern von Menschen mit Behinderungen. Das darf nicht sein!

Auch der Einzelantrag Fischer Roland ist nicht zielführend. Ich würde sogar sagen: Er kann gar nicht funktionieren. Aber dazu wird sich der Bundesrat sicher noch äussern.

Noch etwas zum Einzelantrag Weibel: Ich muss mich leider wiederholen. Die Integration von Menschen mit Behinderungen in die Arbeitswelt funktioniert nur, wenn die Arbeitgeber ihren Teil der Verantwortung übernehmen und entsprechende Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Die Realität zeigt, dass solche Arbeitsplätze nicht in genügender Zahl vorhanden sind. Herr Weibel möchte mit seinem Antrag für grosse Betriebe festschreiben, dass sie einen Prozentsatz von Arbeitnehmenden beschäftigen müssen, die eine Teil- oder eine ganze Rente haben. Tun sie dies nicht, müssen sie eine Abgabe entrichten, die für Eingliederungsmassnahmen eingesetzt wird. Ich bitte Sie namens der SP-Fraktion, diesem Einzelantrag zuzustimmen.

Die Position der SP-Fraktion zusammengefasst: Beim Interventionsmechanismus folgen wir der Mehrheit, selbstverständlich wird mein Minderheitsantrag unterstützt, und wir unterstützen den Einzelantrag Weibel.

**Blocher Christoph (V, ZH):** Ich habe vor zwei Stunden hier gesprochen und Ihnen dargelegt, dass der Sanierungsbeitrag von 700 Millionen Franken, den Sie versprochen haben, auf 105 Millionen Franken geschmolzen ist. Es ist jetzt zwei Stunden später; Sie sind jetzt bei null. Sie haben es fertiggebracht, eine Sanierungsvorlage zu gestalten, bei der am Schluss nichts – gar nichts mehr! – herauskommt. Das ist ja das Taggeld nicht wert, das wir hier beziehen.

Ein Teil unserer Fraktion hat in der Kommission bei Artikel 80 für den Antrag der Mehrheit gestimmt. Wir haben gesagt: Wir wollen hier nicht den Streit über die künftige Sanierung führen. Nachdem wir jetzt aber bei null sind, kommt es wahrscheinlich schnell zu einer Sanierungsvorlage – schneller, als wir wollen. Deshalb stimmen wir dem Antrag der Minderheit Schneeberger voll zu.

Frau Schenker, ich muss Ihnen sagen: Es war immer unser Anliegen, dass die Schulden der IV bei der AHV in der Höhe von 15 Milliarden Franken beim Bund sein sollen und dass sie dort bleiben sollen. Bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt haben Sie dem Volk gesagt, dieses Geld gehöre in die AHV. Davon haben Sie aber gegen unseren Willen 17 Prozent in die Bundeskasse geschickt; das wollen wir alles nicht. Wenn Sie jetzt mitmachen, bei den 15 Milliarden Franken, dann brauchen Sie auch die Mehrwertsteuererhöhung um 0,4 Prozentpunkte nicht. Wir haben damals Ihrem erst heute genannten Konzept zugestimmt. Heute, wo es zu spät ist, kommen Sie darauf zurück. Der Fraktionspräsident wird jetzt anschliessend hoffentlich eine gute Schlussbetrachtung machen.

**Amstutz** Adrian (V, BE): Was Sie heute vollbracht haben, ist wahrlich ein Meisterstück. Das Ziel des Bundesrates war es einmal, ein Sparpotenzial von 700 Millionen Franken zu schaffen. Die Botschaft sah noch eines von 328 Millionen vor. Mit dem Splitting der Kinderrente haben Sie 156, mit den Reisekosten 20 und mit der Rentensystemkorrektur 140 Millionen wegradiert. Es verbleibt die Eingliederung mit 28 Millionen; davon gehen wegen der Personalkosten 15 Millionen verloren. Es bleiben also noch 13 Millionen Franken, und diese gehen dann aufgrund der Mehrkosten der Umsetzung flöten.

Der dem Volk im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuererhöhung versprochene ausgabenseitige Sanierungsbeitrag hat sich heute in Luft aufgelöst. Das ist keine zielführende Politik. Und das dicke Ende kommt noch: Die Rückzahlung der Schulden bei der AHV bis zum Zeitpunkt, an dem dort die negative Rechnung eintrifft, werden Sie so nicht erreichen können. Sie brechen hier ein Versprechen nach dem andern, die Sie dem Volk im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuererhöhung gegeben haben. Das ist ein Affront gegenüber all denjenigen, die dereinst die Zeche bezahlen müssen. Dieses unwürdige Spiel auf Kosten künftiger Generationen macht die SVP-Fraktion nicht mit. Wir werden die Vorlage ablehnen.

**Berset** Alain, conseiller fédéral: Je vais plutôt m'exprimer sur le bloc en question et sur le mécanisme d'intervention que sur l'appréciation générale – c'est encore une autre chose. Les débats qui ont eu lieu au sein de cette commission au sujet du mécanisme d'intervention montrent bien la difficulté qu'il y a à se mettre d'accord sur ce qu'est un mécanisme d'intervention, et sur la manière dont il doit s'appliquer. J'ai pu constater qu'il n'y avait pas véritablement d'unité sur ce que cela signifie et sur la manière dont on doit le mettre en oeuvre.

Pour ma part, j'aimerais simplement vous inviter à revenir au projet du Conseil fédéral soutenu par la proposition Müller Leo. Cette proposition a le mérite de la clarté et de l'efficacité. Elle prévoit deux étapes: une première étape dans laquelle le Conseil fédéral doit faire des propositions, lesquelles doivent être débattues au Parlement, et ce dernier a alors la possibilité de prendre des mesures pour rétablir la situation. S'il ne le fait pas, une deuxième étape intervient alors; elle consiste en un gel automatique des rentes. Il y a donc une conséquence directe sur les rentes et une contribution de 0,1 pour cent supplémentaire sur les salaires; c'est donc une contribution complémentaire. C'est précisément cet équilibre que le Conseil fédéral a souhaité dans les propositions pour un mécanisme d'intervention en deux étapes, sans nier à la politique la possibilité d'agir, mais avec une deuxième étape qui s'applique automatiquement et qui le fait de manière équilibrée des deux côtés si c'est nécessaire.

J'aimerais vous inviter à adopter le projet du Conseil fédéral, à savoir à suivre la décision du Conseil des Etats – et donc à adopter la proposition Müller Leo.

J'aimerais vous inviter à rejeter aussi bien la proposition Fischer Roland – elle va naturellement poser des problèmes, parce que 40 pour cent, c'est trop faible pour garantir une situation saine et cela pourrait vider de son sens une des deux étapes du mécanisme d'intervention – que la proposition Weibel, qui ne nous paraît pas appropriée aujourd'hui.

Vous avez donc une décision à prendre sur ce mécanisme d'intervention. C'est un test assez intéressant pour le Parlement de savoir sur quoi vous arrivez à vous mettre d'accord. Est-ce qu'il y a avec ça un certain équilibre qui est possible, dans le sens de ce que souhaite le Conseil fédéral?

La proposition de minorité, quant à elle, est, du point de vue du Conseil fédéral, beaucoup trop unilatérale pour avoir une quelconque chance de montrer que, quand un mécanisme d'intervention doit être mis en place et doit agir, une certaine symétrie des sacrifices est nécessaire! Sans symétrie des sacrifices, pas de mécanisme d'intervention efficace, raison pour laquelle le Conseil fédéral vous invite à rejeter la proposition de minorité, à suivre la proposition Müller Leo et à voter dans le fond pour la décision du Conseil des Etats.

Et maintenant, si vous me le permettez, parce que c'est probablement la dernière fois que je vais m'exprimer aujourd'hui sur ce projet, vous avez pris aujourd'hui toute une série de décisions qui ne vont pas dans le sens de ce que souhaitait le Conseil fédéral, qui ne vont pas non plus dans le sens de ce que souhaitait votre commission. Et il y a eu une intervention tout à l'heure qui a détaillé cette situation.

J'aimerais vous indiquer maintenant quelles sont les possibilités qui s'offrent à nous pour faire une révision 6b de l'assurance-invalidité qui soit efficace. Vous avez deux possibilités: vous pouvez accepter le projet tel qu'il ressort de vos délibérations – vous avez discuté longtemps aujourd'hui pour prendre ces décisions – et le transmettre au Conseil des Etats pour un tour supplémentaire – il y a toute une série de divergences. Cela permettrait certainement d'avancer un peu plus rapidement et il vous restera la possibilité, tout à la fin du processus, de juger si cette révision vaut la peine ou s'il faut la rejeter. Et vous avez une deuxième option, qui est de dire non aujourd'hui. Et dire non aujourd'hui revient à prendre une décision de non-entrée en matière. Le Conseil national indiquerait ainsi qu'il n'y a pas de nécessité d'agir. Et cela contribuerait plutôt à freiner les débats qu'à les accélérer.

Vous aurez encore dans tous les cas la possibilité de vous exprimer sur ce projet. Et j'aimerais vous inviter, même si le Conseil fédéral ne l'a pas emporté sur toute la ligne, même si plusieurs décisions paraissent au Conseil fédéral ne pas être tombées du bon côté, même si cette situation est encore ouverte – nous sommes dans le débat parlementaire –, j'aimerais vous inviter à ne pas cesser l'exercice aujourd'hui, à accepter le projet tel qu'il vous est présenté, même s'il est encore nécessaire de le corriger, et à profiter de l'autre conseil pour qu'il fasse ces corrections, ce que je m'engage à faire, selon la ligne du Conseil fédéral.

**Humbel** Ruth (CE, AG), für die Kommission: Bundesrat und Ständerat schlagen in Artikel 80 einen zweistufigen Interventionsmechanismus vor, der für ein finanzielles Gleichgewicht sorgen und gleichzeitig verhindern soll, dass die Invalidenversicherung wieder ins Defizit rutscht.

Die erste Stufe sieht vor, dass der Bundesrat der Bundesversammlung für die Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts die erforderlichen Gesetzesänderungen vorzuschlagen hat. Er hat dies zwingend zu tun, sobald sich abzeichnet, dass der Bestand der flüssigen Mittel und der Anlagen des IV-Fonds innerhalb der nächsten drei Jahre während zweier aufeinanderfolgender Rechnungsjahre die Schwelle von 40 Prozent einer Jahresausgabe unterschreiten wird.

Artikel 80 Absatz 3 sieht gewissermassen als Sicherheitsventil eine zweite Stufe vor, die greifen soll, wenn der Bestand der flüssigen Mittel und Anlagen des IV-Fonds am Ende eines Rechnungsjahres unter 40 Prozent einer Jahresausgabe gefallen ist und wenn absehbar ist, dass er ein weiteres Jahr darunterliegen wird. In diesem Fall hat der Bundesrat zu intervenieren, und zwar mit folgenden zwei Massnahmen: erstens mit einer Erhöhung des Beitragssatzes um 0,1 Lohnprozente und zweitens, in Abweichung von Artikel 37, mit der Sistierung der Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung. Im Sinne einer Opfersymmetrie müssen die beiden Massnahmen gemäss Bundesrat und Ständerat gleichzeitig in Kraft treten.

Ihre SGK beantragt, nur dem ersten Teil des Interventionsmechanismus zuzustimmen, welcher den Bundesrat verpflichtet, erforderliche Gesetzesbestimmungen zu unterbreiten, um das finanzielle Gleichgewicht des Fonds wiederherzustellen, sofern dieser während zweier Jahre innerhalb von drei Jahren unter 40 Prozent einer Jahresausgabe zu fallen droht. Die zweite Stufe mit der automatischen Sicherung über 0,1 Lohnprozente und eine Sistierung der Rentenanpassung hatte in Ihrer SGK keine Chance. Die einen wollten keinen Automatismus zur Generierung neuer Einnahmen, die anderen wehrten sich gegen eine Sistierung der Rente.

Mit 19 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen lehnte die SGK das Konzept von Bundesrat und Ständerat und damit auch den Antrag Müller Leo ab.

Den Antrag Fischer Roland haben wir in der SGK nicht diskutiert. Ich kann daher nicht im Namen der SGK Stellung nehmen. Ich möchte aber doch vor der Aufnahme dieser Bestimmung warnen, denn sie würde einen Jo-Jo-Effekt bewirken, brächte keine Sicherheit, keine Verlässlichkeit und vor allem keine Stabilität, weil sich der Fondsbestand immer um die 40 Prozent bewegen würde und Massnahmen in Kraft gesetzt und wieder aufgehoben werden müssten.

Der Minderheitsantrag Schneeberger will nur einen Automatismus bei den Einsparungen, das heisst in einer ersten Phase die Sistierung der Renten Anpassung und in einer zweiten Phase eine Senkung der Renten zum Ausgleich des Defizits. Dieser Antrag unterlag in der Kommission mit 15 zu 5 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Zu Artikel 3, «Schuldzinsen», des Bundesgesetzes über die Sanierung der Invalidenversicherung und damit zum Antrag der Minderheit Schenker Silvia: Diese Minderheit will, dass der Bund auch nach der Zusatzfinanzierung den jährlichen Zinsaufwand für das IV-Defizit bis zur vollständigen Entschuldung der IV übernimmt. Das würde ab 2018 einem zusätzlichen Aufwand von rund 70 Millionen Franken für den Bund entsprechen, insgesamt also rund 650 Millionen Franken. Eine dauerhafte und vollständige Übernahme der Schuldzinsen durch den Bund wäre eine Kostenverlagerung auf den Bund und würde eine Änderung der Spielregeln während des Spiels bedeuten. Der Antrag steht auch ziemlich im Widerspruch zur optimistischen Einschätzung der Finanzierungsperspektiven der IV, über die wir heute so viel gehört haben, und relativiert die zweckoptimistischen Einschätzungen auf die vorsichtige Beurteilung dieser Revision in der Botschaft.

Die Kommission beantragt Ihnen mit 16 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung, den Antrag der Minderheit Schenker Silvia abzulehnen.

Noch eine Bemerkung zum Einzelantrag Weibel: Herr Weibel will für grössere Unternehmen eine Quote bezüglich der Beschäftigung von Behinderten einführen. Diesen Antrag haben wir in der 5. IV-Revision wie auch bei der IV-Revision 6a beraten und beide Male abgelehnt. Er stand auch in der Kommission zur Diskussion. Dort haben wir ihn mit 14 zu 11 Stimmen abgelehnt. Es ging wie schon bei den vorangehenden Revisionen darum, dass wir mit Anreizen, Unterstützung und Beratung die Unternehmen motivieren wollten, Behinderte anzustellen. Wie wir heute Morgen gehört haben, ist das mit der 5. IV-Revision auf gutem Weg, sodass die Kommission auch jetzt diesen Antrag ablehnt.

Zusammenfassend bitte ich Sie, den Anträgen der Kommissionmehrheit zuzustimmen.

**Cassis** Ignazio (RL, TI), per la commissione: Arriviamo alla fine di questo dibattito fiume sulla 6a revisione dell'assicurazione invalidità, la revisione 6b. Ci occupiamo dell'articolo 80.

L'article 80 concerne le mécanisme d'intervention, synonyme de frein à l'endettement ou de règle fiscale. Votre commission approuve le fait qu'il faille prévoir un mécanisme d'intervention; il s'agit maintenant de savoir lequel.

Le Conseil fédéral en a proposé un qui était équilibré. Lorsqu'un certain seuil est atteint, il y a dans une première phase une action politique, et si celle-ci n'apporte pas le résultat souhaité, des automatismes entrent en vigueur; le Conseil fédéral peut prendre des mesures qui, d'une part, bloquent en partie les sorties d'argent, gèlent l'indexation des rentes, et d'autre part, augmentent les rentrées d'argent par une augmentation des cotisations. Votre commission a peut-être oublié de faire examiner cette question par son conseil en déposant une proposition de minorité, mais on peut aujourd'hui considérer la proposition Müller Leo comme une proposition de minorité de la commission.

Votre commission a, par 15 voix contre 5, soutenu un frein à l'endettement qui se compose uniquement de la première phase, c'est-à-dire de la phase de l'action politique. Elle a

supprimé toute action automatique du Conseil fédéral de façon que celui-ci puisse intervenir si l'action politique n'a pas réussi.

La minorité Schneeberger propose un automatisme qui intervient uniquement en réduisant les sorties d'argent, mais n'intervient pas sur les rentrées.

Par 15 voix contre 5 et 5 abstentions, la commission a rejeté cette proposition.

En ce qui concerne la proposition Fischer Roland, la commission n'a pas pu en débattre, parce qu'elle a été déposée hier seulement. Il est donc difficile de s'exprimer sur cette proposition d'amendement. C'est pour cette raison que je vous invite à la rejeter.

Quant à la proposition Weibel, elle reprend une idée qui avait déjà été discutée de manière approfondie lors de la révision 6a, à savoir l'introduction d'un système de quotas pour les grandes entreprises. Cette proposition semble intéressante à première vue. Cependant, après avoir approfondi la question lors du débat sur la révision 6a, nous étions arrivés à la conclusion que le système prévu était inadéquat pour la Suisse, puisque notre pays se porte plutôt bien en comparaison internationale alors même qu'il a choisi un système qui fonctionne sur la base d'une action volontaire. Je vous rappelle que les petites et moyennes entreprises, qui représentent 99 pour cent de nos entreprises, nous avaient communiqué à l'époque qu'une introduction de ce type-là n'était pas imaginable et pourrait même créer des effets pervers pour les plus grandes entreprises, néfastes par rapport au but ultime, qui est celui de réinsérer les handicapés dans le monde du travail.

Ma toute dernière remarque concerne la minorité Schenker Silvia, à propos de la loi fédérale sur l'assainissement de l'assurance-invalidité. La minorité Schenker Silvia demande que la Confédération paie les intérêts de la dette de l'AI – qui se monte à 15 milliards de francs – non seulement de 2011 à 2017, mais qu'elle continue à les payer jusqu'à la fin, c'est-à-dire jusqu'au désendettement de l'AI, donc probablement jusqu'en 2026 ou 2030, ce qui évidemment représente un transfert de charges financières de la caisse de l'assurance-invalidité à la caisse fédérale et donc un changement des règles du jeu.

C'est pour cette raison que la commission vous invite, par 16 voix contre 8 et 1 abstention, à rejeter la proposition de la minorité Schenker Silvia.

#### **Art. 80**

##### *Antrag der Mehrheit*

###### *Abs. 2*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

###### *Abs. 3, 4*

Streichen

##### *Antrag der Minderheit*

(Schneeberger, Borer, Bortoluzzi, Cassis, de Courten, Frehner, Moret, Müri, Pezzatti)

###### *Abs. 3*

Sinkt der Bestand der flüssigen Mittel und der Anlagen des IV-Ausgleichsfonds am Ende eines Rechnungsjahres unter 40 Prozent einer Jahresausgabe (Interventionsschwelle) und bleibt er auch im folgenden Jahr darunter, so trifft der Bundesrat folgende Massnahmen:

a. Er setzt die Anpassung der laufenden Renten an die Teuerung ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt aus und senkt die Renten mit Wirkung ab dem dritten Kalenderjahr nach Erreichen der Interventionsschwelle so weit, dass das zu erwartende jährliche Betriebsdefizit um 75 Prozent reduziert wird.

b. Er senkt die Renten mit Wirkung ab dem fünften Kalenderjahr nach Erreichen der Interventionsschwelle so weit, dass das dann ohne diese Rentensenkung zu erwartende jährliche Betriebsdefizit voll ausgeglichen wird.

c. Er regelt die infolge der Rentenkürzung nötige Koordination mit anderen Sozialversicherungen.

d. Er unterbreitet der Bundesversammlung innerhalb eines Jahres ab Erreichen der Interventionsschwelle die zur Wie-

derherstellung des finanziellen Gleichgewichts erforderlichen Gesetzesänderungen.

*Abs. 4*

Die Massnahmen nach Absatz 3 Buchstaben a bis c werden so lange angewendet, bis der Fondsbestand während zwei aufeinanderfolgenden Jahren wieder 40 Prozent einer Jahresausgabe erreicht hat.

*Antrag Fischer Roland*

*Abs. 3*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 4*

... bis der Bestand wieder 40 Prozent einer Jahresausgabe erreicht hat ...

*Schriftliche Begründung*

Gemäss den Anträgen von Bundesrat und Ständerat ist der in Artikel 80 Absätze 3 und 4 vorgesehene Interventionsmechanismus asymmetrisch ausgestaltet. Die Massnahmen nach Artikel 80 Absatz 3 treten in Kraft, wenn der Bestand der flüssigen Mittel und der Anlagen des IV-Fonds unter 40 Prozent einer Jahresausgabe fällt und es absehbar ist, dass er auch im Folgejahr unter diesem Stand liegen wird. Die Aufhebung der Massnahmen ist jedoch gemäss Bundesrat und Ständerat erst dann vorgesehen, wenn der Bestand der flüssigen Mittel und der Anlagen des IV-Fonds wieder 50 Prozent einer Jahresausgabe erreicht. Mit dieser asymmetrischen Regelung besteht die Gefahr, dass – sofern der Gesetzgeber keine diskretionären Massnahmen gemäss Artikel 80 Absatz 2 ergreift – die automatisch in Kraft getretene Beitragserhöhung und die Sistierung der Rentenanpassungen über eine längere Zeit hinweg Bestand haben. Da zudem die ausgabenseitigen Massnahmen gemäss Absatz 3 teilweise zeitlich begrenzt sind – die Invalidenrenten werden spätestens nach fünf Jahren wieder an die Preisentwicklung angepasst –, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass der Interventionsmechanismus mittelfristig schwergewichtig über eine Erhöhung der Lohnbeiträge wirkt. Der Antrag sieht deshalb eine symmetrische Ausgestaltung des Interventionsmechanismus vor. Analog dem Antrag von Bundesrat und Ständerat treten die Massnahmen in Kraft, wenn der Bestand der flüssigen Mittel und der Anlagen des IV-Fonds unter 40 Prozent einer Jahresausgabe fällt. Sie werden jedoch spätestens dann wieder ausser Kraft gesetzt, wenn der IV-Fonds wieder den Stand von 40 Prozent einer Jahresausgabe erreicht hat.

*Antrag Müller Leo*

*Abs. 3, 4*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Schriftliche Begründung*

Die Sanierung der IV darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Mit der Zusatzfinanzierung über die Mehrwertsteuer, die bis 31. Dezember 2017 befristet ist, und mit verschiedenen weiteren Massnahmen erhoffte sich der Gesetzgeber, die IV sanieren zu können, sodass die heute noch bestehende Schuld von 15 Milliarden Franken abgebaut werden kann. Im Moment ist nicht mit Sicherheit abzuschätzen, ob die eingeleiteten und noch einzuleitenden Massnahmen diese Zielsetzung erreichen lassen. Der Einbau eines Mechanismus im Sinne einer Schuldenbremse gibt die Gewissheit, dass das Sanierungsziel erreicht werden kann. Sollten die eingeleiteten Massnahmen ausreichen, kommt die Schuldenbremse nicht zum Zug. Die Schuldenbremse stellt eine letzte Sicherungsmassnahme dar. Der Mechanismus, wie ihn Bundesrat und Ständerat vorschlagen, basiert auf einer Opfersymmetrie: Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Leistungsbezüger leisten je ihren Beitrag.

**Art. 80**

*Proposition de la majorité*

*Al. 2*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 3, 4*

Biffer

*Proposition de la minorité*

(Schneeberger, Borer, Bortoluzzi, Cassis, de Courten, Frehner, Moret, Müri, Pezzatti)

*Al. 3*

Si à la fin de l'année comptable, les avoirs du fonds de compensation de l'AI en liquidités et en placements sont inférieurs au seuil de 40 pour cent des dépenses annuelles (seuil d'intervention) et s'ils restent inférieurs à ce seuil l'année suivante, le Conseil fédéral prend les mesures suivantes:

a. il suspend au plus tôt l'adaptation des rentes en cours au renchérissement et, dès la troisième année civile qui suit le moment où le seuil d'intervention a été atteint, réduit les rentes afin que le déficit d'exploitation annuel attendu diminue de 75 pour cent;

b. avec effet dès la cinquième année civile qui suit le moment où le seuil d'intervention a été atteint, il réduit les rentes de manière à combler entièrement le déficit d'exploitation annuel escompté sans cette réduction des rentes;

c. il règle la coordination avec les autres assurances sociales rendue nécessaire par la réduction des rentes;

d. il soumet à l'Assemblée fédérale, dans un délai d'un an à compter du moment où le seuil d'intervention a été atteint, les modifications de loi nécessaires au rétablissement de l'équilibre financier.

*Al. 4*

Les mesures visées à l'alinéa 3 lettres a à c sont maintenues jusqu'à ce que l'état du fonds corresponde de nouveau sur deux années consécutives à 40 pour cent des dépenses annuelles.

*Proposition Fischer Roland*

*Al. 3*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 4*

... applicables jusqu'à ce que le seuil de 40 pour cent des dépenses annuelles soit ...

*Proposition Müller Leo*

*Al. 3, 4*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Erste Abstimmung – Premier vote*

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 11.030/8365)

Für den Antrag Müller Leo ... 160 Stimmen

Für den Antrag Fischer Roland ... 15 Stimmen

*Zweite Abstimmung – Deuxième vote*

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 11.030/8366)

Für den Antrag Müller Leo ... 94 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 82 Stimmen

*Dritte Abstimmung – Troisième vote*

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 11.030/8367)

Für den Antrag der Mehrheit ... 136 Stimmen

Für den Antrag Müller Leo ... 42 Stimmen

**Ziff. II Bst. d, e**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Ch. II let. d, e**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Adopté*

**Ziff. II Bst. f**

*Antrag Weibel*

*Titel*

f. Verpflichtung von Grossunternehmen zur Beschäftigung von wiedereingegliederten IV-Rentnern

*Abs. 1*

Beitragspflichtige private und öffentliche Unternehmen, die 250 oder mehr Arbeitnehmende beschäftigen, müssen nach

einer Übergangszeit mindestens 1 Prozent Arbeitnehmende beschäftigen, deren IV-Rente herabgesetzt oder aufgehoben wurde. Teilzeitstellen werden voll angerechnet.

**Abs. 2**

Unternehmen, welche ihrer Verpflichtung gemäss Absatz 1 nicht nachkommen, bezahlen eine zweckgebundene Abgabe in der Höhe einer minimalen jährlichen Invalidenrente. Die Abgabe ist geschuldet für jeden Arbeitsplatz gemäss Absatz 1, der nicht besetzt ist.

**Abs. 3**

Der Ertrag der Abgaben gemäss Absatz 2 wird für die Finanzierung der Eingliederungsmassnahmen der Versicherung sowie für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Personen, welche eine IV-Rente beziehen oder bezogen haben, sowie für Personen, welche von Invalidität bedroht sind, verwendet.

**Abs. 4**

Die Verpflichtung der Unternehmen gemäss Absatz 1 gilt so lange, bis der Rentenbestand aufgrund von Massnahmen zur Wiedereingliederung gegenüber dem 1. Januar 2012 um 5 Prozent gesunken ist.

**Abs. 5**

Der Bundesrat regelt die Umsetzung.

**Schriftliche Begründung**

Es ist dafür zu sorgen, dass die aufgrund der Revision 6a einzugliedernden Personen auch tatsächlich einen Job finden. Zudem müssen diejenigen, denen die Rente mit der Revision 6b gekürzt wird, ihr Einkommen mit vermehrter (Teil-)Erwerbstätigkeit aufbessern können. Sobald dieses Ziel erreicht ist, kann die Verpflichtung aufgehoben werden, da davon auszugehen ist, dass es sich bei dieser Wiedereingliederung um einen einmaligen Effort handelt. Es geht nicht darum, ein allgemeines Quotensystem einzuführen. Es geht vielmehr um die Wiedereingliederung einer klar definierten Gruppe von Leuten. Ziel ist es, dass die Leute nach dem Absolvieren der Massnahmen zur Wiedereingliederung (Revision 6a) tatsächlich auch eine Arbeitsstelle finden und von den ausgebauten Erwerbsanreizen (Revision 6b) profitieren können. Im Gegensatz zum Ausland soll es auch keinen spezifischen Kündigungsschutz für diese Personengruppe geben. Dies würde Akzeptanz und Erfolg der Massnahme vermindern. Der Arbeitsmarkt bleibt liberal und flexibel. Die grossen Betriebe müssen nur die mit 1 Prozent bescheiden ausgestaltete Quote einhalten. Umfragen und Studien zeigen, dass insbesondere Grossbetriebe zu wenig behinderte Menschen eingliedern. In KMU mit bis 9 Mitarbeitern liegt der prozentuale Anteil über 4 Prozent, in Grossbetrieben jedoch bei nur 1,25 Prozent. Grossbanken, Grossverteiler, Grosskonzerne und auch die grossen staatsnahen Betriebe zeigen sich wenig interessiert, diesbezüglich mehr Verantwortung zu übernehmen. Da sie über professionelle Personalabteilungen mit dem notwendigen Know-how verfügen, ist eine stärkere Verpflichtung angezeigt und zumutbar. Gemäss den Revisionen 6a und 6b können sie ja von einem umfangreichen Unterstützungsangebot und von Beratung durch die IV profitieren.

**Ch. II let. f**

**Proposition Weibel**

**Titre**

f. Obligation pour les grandes entreprises d'engager des rentiers AI ayant suivi des mesures de réadaptation

**Al. 1**

Les entreprises privées et publiques qui sont tenues de payer des cotisations et qui emploient 250 personnes ou plus doivent, après une période transitoire, engager au moins 1 pour cent de travailleurs dont la rente AI a été réduite ou supprimée. Les postes à temps partiel sont comptés en plein.

**Al. 2**

Les entreprises qui ne satisfont pas à l'obligation visée à l'alinéa 1 paient une taxe affectée à des fins déterminées, dont le montant correspond à une rente d'invalidité annuelle minimale. La taxe est due pour chaque poste de travail qui devrait être attribué en vertu de l'alinéa 1 et qui ne l'est pas.

**Al. 3**

Le produit de la taxe visée à l'alinéa 2 est consacré au financement des mesures de réadaptation prescrites par l'assurance et à la mise en place de postes de travail destinés aux personnes qui perçoivent ou ont perçu une rente AI ainsi qu'à celles qui risquent de devenir invalides.

**Al. 4**

L'obligation qui incombe aux entreprises en vertu de l'alinéa 1 est applicable jusqu'à ce que les rentes aient diminué, grâce à des mesures de réadaptation, de 5 pour cent par rapport à la situation au 1er janvier 2012.

**Al. 5**

Le Conseil fédéral règle l'application.

**Abstimmung – Vote**

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/8369)

Für den Antrag Weibel ... 70 Stimmen

Dagegen ... 108 Stimmen

**Ziff. III, IV**

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Ch. III, IV**

**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Angenommen – Adopté**

**Änderung bisherigen Rechts**

**Modification du droit en vigueur**

**Ziff. 1, 2, 3 Art. 97**

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Ch. 1, 2, 3 art. 97**

**Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Angenommen – Adopté**

**Ziff. 4**

**Antrag der Mehrheit**

Art. 2 Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Antrag der Minderheit**

(Schenker Silvia, Carobbio Guscetti, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Rossini, Steiert, van Singer)

**Art. 3**

... vom 1. Januar 2011 bis zur vollständigen Entschuldung der IV den jährlichen Zinsaufwand ...

**Ch. 4**

**Proposition de la majorité**

Art. 2 al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Proposition de la minorité**

(Schenker Silvia, Carobbio Guscetti, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Rossini, Steiert, van Singer)

**Art. 3**

... supporte, depuis le 1er janvier 2011 jusqu'au désendettement complet de l'AI, la charge annuelle ...

**Abstimmung – Vote**

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/8368)

Für den Antrag der Mehrheit ... 123 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 54 Stimmen

**Ziff. 5; Ziff. 6 Art. 24 Titel, Abs. 1; 24a; 24b; 26b**

**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Ch. 5; ch. 6 art. 24 titre, al. 1; 24a; 24b; 26b***Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Ziff. 6 Übergangsbestimmungen***Antrag der Mehrheit**Bst. a*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Bst. b Titel*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Bst. b Abs. 1*

Unter Vorbehalt von Übergangsbestimmung c gilt für Invalidenrenten, die vor Inkrafttreten dieser Änderung zu laufen begonnen haben, Artikel 24a, wenn sich der Invaliditätsgrad:

a. in dem Ausmass ändert, dass die Anwendung von Artikel 24 Absatz 1 in der Fassung vom 3. Oktober 2003 eine Anpassung der Rente zur Folge hätte, oder

b. in dem nach Artikel 17 Absatz 1 ATSG festgelegten Ausmass ändert und Buchstabe a Absatz 2 der Schlussbestimmungen zur Änderung des IVG vom ... nicht anwendbar ist.

*Bst. b Abs. 2, 3*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Bst. b Abs. 4*

Bei Änderungen des Invaliditätsgrades, die nicht unter Absatz 1 fallen, gilt für Invalidenrenten, die vor Inkrafttreten dieser Änderung zu laufen begonnen haben, das bisherige Recht.

*Bst. c Titel*

c. Nichtanpassung laufender Renten von Rentenbezügerinnen und -bezüger, die das 55. Altersjahr vollendet haben

*Bst. c Text*

Für Rentenbezügerinnen und -bezüger, deren Rentenanspruch vor Inkrafttreten dieser Änderung entstanden ist und die bei Inkrafttreten dieser Änderung das 55. Altersjahr vollendet haben, gilt das bisherige Recht.

*Antrag der Minderheit*

(Schenker Silvia, Carobbio Guscetti, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Humbel, Ingold, Lohr, Rossini, Schmid-Federer, Steiert, van Singer)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Ch. 6 dispositions transitoires***Proposition de la majorité**Let. a*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Let. b titre*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Let. b al. 1*

Sous réserve la lettre c des dispositions transitoires, les rentes d'invalidité ayant pris naissance avant l'entrée en vigueur de la présente modification sont régies par l'article 24a:

a. si le taux d'invalidité a subi une modification telle que celle-ci entraînerait une adaptation de la rente, conformément à l'article 24 alinéa 1 de la version du 3 octobre 2003 ou

b. si le taux d'invalidité a subi une modification au sens de l'article 17 alinéa 1 LPGA et que la lettre a alinéa 2 des dispositions finales du ... de la LAI n'est pas applicable.

*Let. b al. 2, 3*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Let. b al. 4*

En cas de modifications du degré d'invalidité qui ne tombent pas sous le coup de l'alinéa 1, les rentes d'invalidité en cours ayant pris naissance avant l'entrée en vigueur de la présente modification sont régies par l'ancien droit.

*Let. c titre*

Exemption de l'adaptation des rentes en cours pour les bénéficiaires ayant 55 ans

*Let. c texte*

L'ancien droit s'applique aux bénéficiaires ayant 55 ans le jour où la présente modification entre en vigueur et dont le droit à la rente est entré en force avant cette date.

*Proposition de la minorité*

(Schenker Silvia, Carobbio Guscetti, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Humbel, Ingold, Lohr, Rossini, Schmid-Federer, Steiert, van Singer)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit wurde bereits bei Ziffer II Buchstabe a IVG abgelehnt.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***Ziff. 7***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Ch. 7***Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble**(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/8370)*

Für Annahme des Entwurfes ... 93 Stimmen

Dagegen ... 80 Stimmen

*Abschreibung – Classement**Antrag des Bundesrates*

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse

gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

*Proposition du Conseil fédéral*

Classer les interventions parlementaires

selon lettre aux Chambres fédérales

*Angenommen – Adopté*

## Sechste Sitzung – Sixième séance

Dienstag, 12. März 2013

Mardi, 12 mars 2013

08.15 h

11.030

### 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket

#### 6e révision de l'AI. Deuxième volet

##### Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 11.05.11 (BBI 2011 5691)

Message du Conseil fédéral 11.05.11 (FF 2011 5301)

Ständerat/Conseil des Etats 19.12.11 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 30.05.12 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 01.06.12 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 2 (AS 2012 5559)

Texte de l'acte législatif 2 (RO 2012 5559)

Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 12.03.13 (Differenzen – Divergences)

### 1. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)

#### 1. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Il presidente** (Lombardi Filippo, presidente): Diamo il benvenuto al consigliere federale Alain Berset, che ci accompagna durante il trattamento degli oggetti di stamattina.

Iniziamo i nostri lavori con il primo oggetto. Per chiarezza: ci troviamo davanti ad un disegno 1 e nella documentazione trovate un disegno 3 ma non vi è il disegno 2. Questi è stato già accettato nella sessione estiva 2012. Del disegno 3 oggi non ce ne occuperemo; raccoglie tutto ciò che è in corso di elaborazione nella Commissione della sicurezza sociale e della sanità del Consiglio nazionale.

Come sentirete fra poco dalla relatrice la maggioranza della commissione ha voluto separare il disegno 1 in due parti e, appunto, spostare in un disegno 3 tutta una serie di articoli. Per cui faremo la votazione di principio sulla separazione o meno del disegno 1 abbastanza presto, al momento del trattamento dell'articolo 14; a partire da questa decisione lavoreremo poi sulla base della decisione della maggioranza della commissione.

Ricordo inoltre che siamo già entrati in materia sull'oggetto, visto che stiamo eliminando le divergenze.

**Egerszegi-Obrist** Christine (RL, AG), für die Kommission: Nachdem der Nationalrat in der Wintersession 2012 die Vorlage mit 93 zu 80 Stimmen verabschiedet hatte und mit der Verschiebung bestimmter Artikel in einen separaten Teil 3 wesentliche Veränderungen beschlossen hatte, befasste sich die SGK an ihren Sitzungen vom 21. Januar und 11. Februar dieses Jahres mit diesem Geschäft.

Zur Erinnerung: Dieser Teil der Revision soll sicherstellen, dass die IV ab Ende der befristeten Mehrwertsteuererhöhung, also ab 2018, finanziell auf eigenen Beinen stehen kann. Sie enthält die Einführung eines stufenlosen Rentensystems, Massnahmen zur verstärkten Eingliederung und

zum Verbleib im Erwerbsleben, verbesserte Betrugsbekämpfung, eine Schuldenbremse zur langfristigen Sicherung, eine Reduktion der Kinderrenten und der Reisekosten. Der Ständerat hatte dieses Geschäft in der Wintersession 2011 verabschiedet. Die grösste Differenz zur Vorlage des Bundesrates beschloss er, indem er das neue, lineare Rentensystem nur für Neurenten einführen wollte. Der Nationalrat hat nun die Vorlage geteilt und die neue Regelung für Rentnerinnen und Rentner mit Kindern sowie die Frage der Rückerstattung der Reisekosten in einen Teil 3 verschoben. Dieser betrifft im Invalidenversicherungsgesetz Artikel 14 Absätze 2bis und 2ter, Artikel 14a Absatz 2bis, Artikel 17 Absatz 3, Artikel 21 Absatz 2bis, Artikel 28, Artikel 38 Absätze 1, 1bis und 3, Artikel 51 sowie Ziffer II Buchstabe c. Ferner sind im AHV-Gesetz, das im Anhang unter Ziffer III aufgeführt ist, Artikel 35ter und die Übergangsbestimmung betroffen.

Der Bundesrat hat sich in seiner Sitzung vom 10. Oktober dieser Verschiebung, aber dann bei der Rentenformel der Version des Ständerates angeschlossen. Wir werden also erstmals bei der Bereinigung von Artikel 14 über das Splitting entscheiden müssen.

Das waren meine Einführungsbemerkungen.

#### Art. 3 Abs. 1bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

#### Art. 3 al. 1bis

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

**Egerszegi-Obrist** Christine (RL, AG), für die Kommission: Hier geht es lediglich um die nachträgliche Anpassung an das neu geltende Recht; das Recht ist im Rahmen der AHV-Revision für die Verbesserung der Durchführung angepasst worden. Die Kommission ist dem Nationalrat gefolgt.

Angenommen – Adopté

#### Art. 14 Abs. 2bis, 2ter

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit

(Kuprecht, Eberle, Eder, Gutzwiller)

Festhalten

#### Art. 14 al. 2bis, 2ter

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité

(Kuprecht, Eberle, Eder, Gutzwiller)

Maintenir

**Egerszegi-Obrist** Christine (RL, AG), für die Kommission: Hier müssen wir über das Splitting entscheiden. Mit dem Nationalratsbeschluss zur Verschiebung der Einsparung bei den Kinderrenten und den Reisekosten in einen Teil 3 hat sich die SGK intensiv befasst, weil sie sicherstellen will, dass die Finanzierung der IV ab dem Jahre 2018 gewährleistet ist. Sie verlangte einen Bericht, der aufzeigen musste, weshalb der Sparbedarf seit der vom Volk genehmigten Zusatzfinanzierung so stark abgenommen hat beziehungsweise weshalb die Vorschläge des Bundesrates zur 6. IV-Revision nicht mehr vollständig umgesetzt werden sollten.

Diesem Bericht haben wir entnommen, dass seit dem Jahr 2012 die Entwicklung des Umlageergebnisses der IV dank der Umsetzung der bisherigen Revisionen positiv ist und sich nach dem heutigen Wissensstand bis zum Jahr 2030 noch weiter verbessern wird. Das Wegfallen der Mehrwertsteueranteile – das wird am 31. Dezember 2017 sein – wird im Ergebnis zwar eine Baisse ergeben. Diese Baisse kann aber aufgefangen werden, und wir werden auch nach dem

Jahr 2018 eine ausgeglichene Rechnung haben. Gleichzeitig hat uns der Bericht aufgezeigt, dass der Schuldenabbau der IV absolut realistisch bleibt. Gemäss der Botschaft wäre die IV 2027 schuldenfrei, gemäss dem Beschluss des Nationalrates vier Jahre später, gemäss dem jetzigen Beschluss des Ständerates zwei Jahre später. Es zeigt sich nun, dass die bisherigen Revisionen offensichtlich besser wirken als vorgesehen. Zwischen 2002 und 2011 gab es fast eine Halbierung der Anzahl Neurentnerinnen und Neurentner. Damit kam es zu einer starken Verminderung der für diese Personen benötigten Mittel.

Nun hat sich der Nationalrat nicht entschlossen, auf die beiden Sparbeiträge – Senkung der Kinderrenten und Rückerstattung derjenigen Reisekosten, die behinderungsbedingt entstehen – zu verzichten. Er hat diese Massnahmen in die Vorlage 3 verschoben und diese an die Kommission zurückgewiesen, die die Beratung nachholen soll, sobald signifikante und aussagekräftige Ergebnisse der Evaluation zu den Revisionen 5 und 6a vorliegen.

Mit dieser Art Sicherheitsnetz für die Zukunft der Finanzierung der IV war es für die Mehrheit der Kommission verantwortlich, einem Splitting, wie es vom Nationalrat und vom Bundesrat vorgeschlagen wurde, zuzustimmen, vor allem auch, weil es für die IV wichtig ist, die neue Rentenformel durchzubringen. Die Kommission hat sich mit 8 zu 5 Stimmen mehrheitlich für das Verschieben des erwähnten Artikels in die Vorlage 3 ausgesprochen, und ich bitte Sie, sich der Mehrheit der SGK anzuschliessen.

Ich habe Ihnen aus den Unterlagen der Kommission eine Übersicht mit Varianten zur IV-Revision austeilen lassen. Da sehen Sie, was die einzelnen Beschlüsse des Nationalrates und Ständerates rein finanziell ergeben würden. Sie können daraus Ihre Schlüsse ziehen.

Im Namen der Mehrheit der Kommission bitte ich Sie, dem Splitting zuzustimmen.

**Kuprecht Alex (V, SZ):** Bevor man sich dieser Differenzbereinigung zuwendet, muss man sich nochmals bewusstwerden, was in der Vergangenheit bei der Invalidenversicherung eigentlich genau passiert ist. Ich möchte dies hier und heute nicht im Sinne einer nochmaligen Eintretensdebatte tun, sondern einfach nochmals die harten Fakten zu diesem Sozialwerk vor Augen führen. Dies erscheint mir umso wichtiger, als der Nationalrat das vom Ständerat in der Winter-session 2011 verabschiedete Sanierungspaket zerzaust, die getroffenen Massnahmen pulverisiert und wichtige Bereiche handstreichartig in einer Vorlage 3 an seine Kommission zurückgewiesen hat. Man muss davon ausgehen, dass diese Vorlage 3 inhaltlich nie mehr behandelt und schon bald aus den Augen verloren wird. Nicht einmal eine verbindliche Limite oder ein Grenzwert zur Wiederaufnahme dieses Revisonsteils wurden festgelegt.

Die Botschaft des Bundesrates vom 11. Mai 2011 basierte auf rund 15 Milliarden Franken Darlehensschulden beim AHV-Ausgleichsfonds, einem Defizit von über 1 Milliarde Franken pro Jahr und einer befristeten Mehrwertsteuererhöhung von 0,4 Prozentpunkten bis Ende 2017. Sie war die Ausgangslage für diese Revisionsvorlage. Dabei hat man 2009 in der Abstimmung zur Zusatzfinanzierung dem Stimmbürger und der Stimmbürgerin klar versprochen, dieses Sozialwerk jetzt auch ausgabenseitig fundamental zu sanieren, sodass künftig keine weiteren zusätzlichen finanziellen Mittel mehr notwendig sein würden und die Betriebsrechnung ausgeglichen sein würde. Der positive Ausgang der Abstimmung war nur gerade einem einzigen Kanton zuzuschreiben – aus heutiger Sicht vielleicht ein Kanton zu viel –, ansonsten wäre die Zusatzfinanzierung am Ständemehr gescheitert.

Beim ersten Massnahmenpaket war man sich bewusst, dass neben der Einführung der neuen Assistenzleistung auch markante Einsparungen erzielt werden könnten. Das Defizit reduzierte sich danach auf rund 700 Millionen Franken pro Jahr. Erfreulicherweise reduzierte sich seit der 5. IV-Revision auch die Zahl der Neurentner um rund 45 bis 50 Prozent,

was spürbare Auswirkungen auf die Umlagerechnung von heute und morgen haben wird.

Dieser Effekt wurde jedoch beim zweiten Paket und bei dessen zusätzlichen Massnahmen bereits eingerechnet. Unser Rat hat diesem dringenden Sanierungskonzept am 19. Dezember 2011 mit lediglich einer Gegenstimme zugestimmt; er reduzierte die Sanierungsmassnahmen und den vom Bundesrat vorgesehenen Betrag von 325 Millionen Franken auf 250 Millionen Franken. Doch aus Sicht des Nationalrates scheint sich der Bedarf in Luft aufzulösen; anders ist die weitere Reduktion von 250 auf noch knapp 40 Millionen Franken nicht zu erklären.

Was ist in diesen Jahren eigentlich passiert, was nicht schon in der Revisionsvorlage eingerechnet war? Ich erinnere mich als damaliger Kommissionspräsident sehr gut an die Erläuterungen, die ich vom BSV auf die Frage erhalten habe, wie denn die Reduktion des Restdefizits von 500 Millionen Franken auf 325 Millionen Franken zu rechtfertigen sei. Man sagte mir damals, dass diese Differenz in der längerfristigen Betrachtung durch die Reduktion der Neurenten auf 50 Prozent zu verantworten und dass die Differenz eingerechnet sei. Übrigens hatten im BSV damals die gleichen Personen wie heute die entsprechenden Funktionen inne.

Wenn ich die Protokolle und das Amtliche Bulletin des Nationalrates lese, so sehe ich, dass nun auch die von unserem Rat vorgesehenen 250 Millionen Franken nicht mehr notwendig sind. Ich frage mich: Wie kann das sein? Haben wir 2011 bei der Kommissionsberatung falsche Zahlen erhalten, oder sind die Massnahmen so erfolgreich umgesetzt worden, dass man schlicht alles vergessen kann? Auf die in der Kommission gestellte Frage konnte man uns keine klaren Fakten präsentieren. Obwohl die Wirksamkeitsberichte der 5. IV-Revision dem Amt bekannt waren und die angestrebten Ziele mehrheitlich erreicht wurden, erscheint dieses durch den Bundesrat anscheinend abgesegnete Splitting mehr als seltsam.

Die vorgelegte Grafik zeigt klar auf, dass die Schuldenrückzahlung einfach von 2025/26 auf 2030/31 verschoben wird. So einfach lässt es sich wirtschaften. Das vermag aber aus meiner Sicht überhaupt nicht zu überzeugen; es ist Ausdruck von politischem Opportunismus und der Angst vor einem möglichen Referendum.

Die Argumentation seitens des Departementes und des BSV basiert im Prinzip lediglich auf Hoffnungen, Erwartungen und Vermutungen. Der Goodwill des Souveräns und der nochmalige Übertrag von 5 Milliarden Franken als Schwankungsreserve in den neugeschaffenen IV-Ausgleichsfonds interessieren heute niemanden mehr. Der nun eingeschlagene Kurs ist gemäss meiner Überzeugung überhaupt nicht vertretbar und nicht mit dem vereinbar, was man dem Stimmbürger und der Stimmbürgerin versprochen hat. Hier muss der politische Alzheimer Einzug gehalten haben. Mit dem zur Sanierung der IV eingeschlagenen Kurs hat dies jedenfalls nichts mehr zu tun. Es kommt hinzu, dass die vom BSV vorgelegten Finanzperspektiven mit erheblichen konjunkturellen Risiken verbunden sind. Ich bin der Überzeugung, dass dieses Sozialwerk auf diese Weise kaum wird saniert werden können. Darüber darf auch der zu erwartende Umlage-Nettoertrag in der IV-Rechnung für das letzte Jahr nicht hinwegtäuschen.

Die Ausgliederung und Rückweisung verschiedener Sanierungsmassnahmen in Vorlage 3 macht diese Revision eigentlich zur Farce. Effektive Zeitlimiten, die festlegen, wann denn die Revision 6b wieder durch die Kommission beraten werden soll, wurden nicht aufgenommen, ich habe es bereits erwähnt; sie existieren auch gar nicht. Der Rückweisungsauftrag an die SGK-NR wird zudem so formuliert, dass diese Vorlage kaum mehr beraten werden wird. Festzuhalten ist zudem, dass die Evaluation zu 5. IV-Revision abgeschlossen ist und die entsprechenden Berichte vorliegen – Sie wurden ebenfalls damit bedient. Sicher ist, dass eine Erweiterung der mit der Revision 6a eingeführten Assistenzbeiträge, wie sie schon mehrmals verlangt wurde, so kaum möglich sein wird, auch wenn sie berechtigt wäre.

Die effektive Sanierung inklusive Schuldenrückzahlung – das, was wir neu vor uns haben – entspricht nicht mehr dem, was wir mit der entsprechenden Botschaft angepackt haben. Es weicht auch von dem ab, was wir dem Volk vor der Abstimmung zur Zusatzfinanzierung versprochen haben: die strukturelle Sanierung inklusive Schuldentilgung bis 2025. Das ist übrigens der Zeitpunkt, zu dem die AHV dieses Darlehen dringend wieder zurückhaben muss. Ein Splitting der Revisionsvorlage mit einer Vorlage 3 entzieht ihr wichtige Revisionsbereiche und weist diese Vorlage 3 auf den Sankt-Nimmerleins-Tag an die Kommission des Nationalrates zurück.

Ich beantrage Ihnen deshalb, an den Beschlüssen unseres Rates vom 19. Dezember 2011 im Sinne der Botschaft des Bundesrates vom 11. Mai 2011 festzuhalten und auf das davon abweichende Splitting zu verzichten.

**Schwaller Urs (CE, FR):** Mit den Beschlüssen vom Dezember 2011 hat der Ständerat klar zum Ausdruck gebracht, dass die finanzielle Sanierung der IV und die Garantie von deren Leistungsfähigkeit auch in der nächsten Generation erste Priorität haben. Das war ja auch die Begründung für die zeitlich befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte. Selber bin ich froh, dass sie nicht am Ständemehr gescheitert, sondern tatsächlich durchgekommen ist.

Erstens: An der Zielsetzung einer Entschuldung und einer ausgeglichenen jährlichen Rechnung der IV hat sich nichts geändert. Neu an der Diskussion ist, dass der Bundesrat letzten Sommer mit erhärteten Zahlen bestätigt hat, dass sich die Situation der IV rascher als erwartet verbessert hat. Die Neurenten – es wurde kurz angesprochen – konnten seit 2003 bis heute um fast die Hälfte gesenkt werden. Sie gehen nach wie vor leicht zurück. Die Anzahl der Neurentner liegt seit drei Jahren bei rund 15 000. Es ergibt dies eine Abnahme gegenüber 2003/04 von rund 43 Prozent.

Zum Zweiten: Auch der Gesamtbestand der Rentner sinkt seit 2006 und verringert sich weiter.

Drittens – auch das ist zu sagen, wir haben ja einige Revisionen hinter uns – hat die Eingliederung schweizweit zugenommen. Menschen mit gesundheitlichen Problemen sind heute schneller, früher bei der IV, womit auch vermehrt eingeschritten und Invalidität vermieden bzw. der Arbeitsplatz gehalten werden kann.

Als Folge dieser Zahlen liess uns dann der Bundesrat im November 2012 wissen, dass auch die Rechnung mit einem Ertragsüberschuss – ich weiss nicht, ob sich dieser in der Zwischenzeit bestätigt hat – von rund einer halben Milliarde Franken abschliessen würde, was dann auch heisst, dass sich die Gesamtschuld von 15 auf 14,5 Milliarden Franken verringern würde.

In Anbetracht dieser Zahlen unterstütze ich die vom Gesamtbundesrat vorgeschlagene Aufteilung der Vorlage. Ich unterstütze diese Aufteilung erstens, weil es finanziell nicht mehr vordringlich ist. Ich unterstütze sie, weil zweitens mit dem Verzicht auf die Reduktion der Renten für Kinder von Behinderten und drittens mit dem Verzicht auf die Verlagerung der Reisekosten auf Kantone und Gemeinden – wogegen sich diese unter der Federführung von Kollege Germann ja zur Wehr gesetzt haben, sie unterstützen auch eine Aufteilung – die Chancen wesentlich steigen, dass die strukturellen Verbesserungen dann referendumsresistenter werden. Diese Verbesserungen sind das stufenlose Rentensystem, die Elimination von Schwelleneffekten und Fehlanreizen, die Schuldenbremse, die bessere Eingliederung und auch die Betrugsbekämpfung.

Gerade nach dem, was ich in den letzten Wochen erlebt habe – Sie werden ebenso viele Zuschriften erhalten haben wie ich –, gehe ich davon aus, dass ein Referendum nicht ausgeschlossen ist, was auch immer wir machen werden. Dann will ich aber mindestens eine gute Ausgangslage für die Abstimmung schaffen. Ich bin überzeugt, dass gerade auch im Zusammenhang mit den Kinderrenten, also wenn es darum gehen wird, diese Kürzung zu verteidigen, die Po-

dien sehr leer bleiben werden, auch was die Präsenz der Parlamentarier anbelangt.

Die schlechteste aller Lösungen ist die, wenn beim Auslaufen der Mehrwertsteuererhöhung jede strukturelle Verbesserung fehlt, weil wir nichts gemacht haben. So, wie uns nun die aufgeteilte Vorlage unterbreitet ist, können wir die Versprechungen für eine finanzielle Sanierung, die wir abgegeben haben, einhalten; ich spreche von den Versprechungen, die wir 2009 am Vorabend der Volksabstimmung abgegeben haben, bei welcher es darum ging, die Mehrwertsteuer während sieben Jahren um 0,4 Prozentpunkte zu erhöhen. Die volle Entschuldung – das ist für mich entscheidend – verschiebt sich letztlich einzig von 2026 auf 2028/29; das ist im Bereich der möglichen Schätzgenauigkeit auch annehmbar. In diesem Sinne lade ich Sie ein, für die Aufteilung der Vorlage zu stimmen und alsdann die Positionen der Mehrheit zu unterstützen, welche einerseits immer darauf ausgerichtet sind, den Behinderten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die aber andererseits das Ziel anvisieren, jedes Jahr eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen und die Entschuldung der IV weiter voranzutreiben.

**Bruderer Wyss Pascale (S, AG):** Ich kann hier nahtlos ans Votum von Kollege Schwaller anknüpfen und möchte auch meinerseits sagen: Wahrscheinlich gilt es, den Eindruck, welchen das Votum von Herrn Kuprecht hinterlässt, zu korrigieren. Denn die Aufteilung der Vorlage, die hier von der Kommissionsmehrheit empfohlen wird, ist wirklich kein Handstreich: Sie ist vielmehr die Folge einer sachlichen Evaluation der finanziellen Entwicklung in der IV, die uns allen am Herzen liegt. Die entsprechenden Zahlen – der Vorredner hat es soeben ausgeführt – liegen vor, ich brauche sie nicht zu wiederholen, und wir kriegen sie sicher auch noch im Votum des Bundesrates bestätigt.

Der Bundesrat hat ausführlich erläutert, wie sich die Entwicklung präsentiert. Er hat dies im Nationalrat getan, er hat dies in unserer Kommission getan, und wir haben uns in der Kommission ja nicht blindlings entschieden, uns für diese Aufteilung auszusprechen, sondern nach eingehender Diskussion; dies zur jüngeren Geschichte dieser Vorlage.

Wenn wir, wie es Herr Kuprecht auch gemacht hat, ein bisschen weiter in die Geschichte der IV zurückgehen, was angesichts dieser Vorlage wichtig und richtig ist, dann möchte ich in Erinnerung rufen, dass das Versprechen anlässlich der Zusatzfinanzierung eigentlich ein doppeltes Versprechen war: Es braucht nämlich die ausgabenseitigen Anpassungen, um eben – das gehört auch dazu – die IV auf finanziell gesunde Beine zu stellen. Ich stehe voll und ganz zu diesem Versprechen, und ich glaube, wir haben uns auch danach zu richten. Gerade deshalb sind ja die Entwicklungen, wie sie sich jetzt präsentieren, auch so wichtig, und gerade deshalb haben diese dazu geführt, dass diese Aufteilung der Vorlage vorgeschlagen wird.

Wenn wir uns die Revisionen 5 und 6a vor Augen führen, dann müssen wir schon sagen, dass es auch dort Anpassungen gab, die für gewisse Betroffene schmerzlich waren. Sie selber kennen entsprechende Beispiele sicher auch, ich brauche diese nicht auszuführen. Aber es ist wichtig, dass wir das im Auge behalten.

Es hat sich einiges verändert im Bereich der IV, und es gab schmerzliche Einbussen, welche die Betroffenen hinnehmen mussten, einerseits basierend auf Gesetzesanpassungen, Verordnungsanpassungen, Kreisschreiben usw., andererseits aber aufgrund einer schärferen Praxis der entscheidenden Stellen. Ich habe einen Grossteil dieser Anpassungen auch mitgetragen, und im persönlichen Gespräch mit Betroffenen bin ich auch dazu gestanden, dass es eben wichtig sei, diese Schritte vorzunehmen, um die IV – das ist wichtig für unser Sozialwesen – wieder auf gesunde Beine zu stellen. Genau das sollte eigentlich die Leitlinie sein.

Deshalb finde ich es wichtig, dass wir den Zahlen Rechnung tragen, die jetzt eine nachhaltige positive Entwicklung zeigen. Ich bin auch froh, dass uns auf Antrag der Kommissionspräsidentin und Kommissionssprecherin ein Teil der Dokumente nochmals ausgeteilt wurde. Ich finde also gerade, dass es

angesichts unserer Versprechen in der Vergangenheit richtig ist, diese Aufteilung vorzunehmen. Vielleicht muss man auch noch erwähnen – wir kommen ja nachher bei der Detailberatung dann intensiver dazu –, dass wir auch mit dieser Aufteilung nochmals substanzielle Veränderungen an diesem IV-System vornehmen, z. B. über eine Anpassung des Rentensystems, das neu stufenlos sein wird. Wir gehen aber gezielt vor, ohne weitgehende Sparmassnahmen, welche die Betroffenen wirklich nochmals schmerzlich treffen und auch – Herr Schwaller hat das ebenfalls in Erinnerung gerufen – zu einer Verschiebung der Belastung in andere Gefässe unseres Sozialwesens führen würden.

Ich bitte Sie also, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

**Keller-Sutter Karin (RL, SG):** Ich möchte Sie bitten, der Minderheit Kuprecht zuzustimmen, und zwar deshalb: Er hat ausgeführt, dass die Einsparungen, wie sie einmal in Aussicht gestellt wurden, nicht mehr erreicht werden. Wenn man die Botschaft des Bundesrates, die damalige Vernehmlassungsvorlage, nimmt, waren das 700 Millionen, dann noch 325 Millionen Franken. Der Nationalrat ist bei 40 Millionen und die ständerätliche Kommission, je nach Rechnungsart – das ist ja auch etwas umstritten –, bei 150 Millionen Franken. Herr Kollege Schwaller hat ausgeführt, dass der Sanierungspfad doch noch erreicht werde, wie man sehe, wenn man die aktuellen Berechnungen anschaut. Aber dabei wird einfach verkannt, dass die vom BSV vorgelegten Finanzperspektiven auch mit Risiken verbunden sind. Es könnte ja durchaus sein, dass die Zuwanderung tiefer ausfällt, es könnte auch sein, dass die wirtschaftliche Entwicklung schwächer ist oder dass die Integrationsziele der IV-Revision 6a nicht erreicht werden.

Ich bin der Meinung, dass wir mit dem eingeschlagenen Kurs, mit diesem Splitting, die Sanierung der IV nicht erreichen. Aber es gibt für mich ein wesentliches politisches Argument, und darum habe ich mich auch gemeldet. Anlässlich der Abstimmung über die benötigte Erhöhung der Mehrwertsteuer wurde dem Volk versichert, dass die Sanierung der IV mit Integrations- und Sparmassnahmen konsequent zu Ende geführt würde. Konkret sollte bis Ende 2017 die IV-Rechnung ohne Sonderfinanzierung ausgeglichen werden, und zwischen 2025 und 2028 sollte die Schuld der IV gegenüber dem AHV-Fonds getilgt werden. Für mich ist das schon etwas eine Vertrauensfrage.

Wir haben weitere Vorhaben vor uns. Herr Bundesrat Berset hat angekündigt, dass er bis Mitte 2013 eine Gesamtschau der ersten und der zweiten Säule bringen wird. Wir wissen nicht, wie es dann zumal, wenn wir diese Vorlage beraten, aussehen wird. Es wurde ja auch schon darüber gesprochen, dass allenfalls dann wieder die Mehrwertsteuer beansprucht werden muss, weil es wahrscheinlich einen Mix zwischen Ausgaben- und Einnahmenseite brauchen wird.

Ich denke beispielsweise – das ist eine ganz andere Baustelle – an die Fabi/Step-Vorlage. Dort haben wir auch von 3,5 auf 6,4 Milliarden Franken aufgestockt. Wir sagen, dass der Bahnausbau mit 0,1 Prozent Mehrwertsteuer mitfinanziert werden soll.

Wie wollen wir dann das Vertrauen des Volkes für weitere Vorhaben gewinnen, wo wir allenfalls auf Mehreinnahmen angewiesen sind, wenn wir hier unser Versprechen brechen? Ich denke, dass sich dieses Splitting – ich nehme an, es hat eine Mehrheit, wie es im Nationalrat auch eine Mehrheit hatte – durchaus zu einem Pyrrhussieg entwickeln könnte, wenn wir das Vertrauen eben nicht mehr haben. Die Glaubwürdigkeit leidet hier eben schon massgeblich. Ich kann mich – ich war noch nicht Ständerätin, ich war Regierungsrätin – an die Abstimmung über jene Vorlage erinnern. Ich kann mich erinnern, dass es nicht einfach war, in den Parteiversammlungen zu erklären, dass man jetzt die Mehrwertsteuer erhöhen müsse. Aber man hat auf der anderen Seite versprochen, dass man Sanierungsmassnahmen treffen würde, und dieses Versprechen, finde ich, sollte eingehalten werden, zumal – ich wiederhole es – die Finanzper-

spektiven durchaus mit Risiken und Unsicherheiten behaftet sind.

**Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG), für die Kommission:** Ich kann Herrn Kuprecht und Frau Keller-Sutter beruhigen: Die Mehrheit war durchaus skeptisch. Deshalb haben wir in der Sitzung vom 21. Januar einen Bericht verlangt, den «Bericht zu den finanziellen Auswirkungen der verschiedenen Varianten der IV-Revision 6b». Und das hat, wenn ich Herrn Kuprecht richtig verstanden habe, nichts mit beginnendem Alzheimer zu tun, auch nicht am Tag des Gehirns, sondern einfach mit der Fähigkeit zu lesen. In diesem Bericht haben wir ganz klar gesehen – es ist Unterlage Nummer 7.27 für diejenigen, die das nachlesen wollen –: Mit der Finanzierung, wie sie die Botschaft vorschlägt, sind wir im Jahr 2026 schuldenfrei; mit dem Beschluss des Nationalrates vier Jahre später, also 2030; mit dem Beschluss des Ständerates 2028. In unserer Diskussion über das Splitting geht es also um den Schuldenabbau zwei Jahre früher. Ich war damals auch bei jenen, die für die Zusatzfinanzierung kämpften. Wir mussten ja mit jeder Revision in ein Referendum gehen. Und ich muss Ihnen sagen: Es ist wichtig, dass wir diese Schuldenfreiheit herstellen können. Die Mehrwertsteueranteile werden Ende 2017 auf jeden Fall wegfallen.

Es ist auch so, dass wir die Risiken sehen. Der Teil 3, also die Fragen der Kinderrenten und der Reisekosten, die wir verschieben, ist ja nicht vom Tisch. Er ist so angelegt, dass wir diese Fragen noch einmal ansehen können, wenn die Auswirkungen der früheren Revisionen auf dem Tisch sind.

Ich weiss auch, dass die Kommission für die Rückweisung einen etwas anderen Wunsch hatte. Sie hätte die Rückweisung gerne mit der Auflage verbunden, dass die Beratung der Massnahmen der Vorlage 3 spätestens dann wieder aufgenommen wird, wenn das Umlageergebnis ein Jahr nach Ablauf der Zusatzfinanzierung durch die Mehrwertsteuer ein Defizit aufweist und/oder wenn die Schuld gegenüber dem AHV-Fonds trotz positivem Umlageergebnis per 31. Dezember 2024 nicht mindestens unter 5 Milliarden Franken sinkt. Wir konnten diesen Aspekt nicht einbringen, weil man formal nicht zwei verschiedene Rückweisungsanträge machen kann. Aber das Parlament hat alle Möglichkeiten offen, wenn wir dann zumal – das wird kaum mehr unsere Crew betreffen – in Schwierigkeiten sind. Angesichts all dieser Erwägungen bin ich überzeugt, dass wir bisher in der Mehrheit hinsichtlich der IV ein gutes Gespür gehabt haben für die Balance zwischen Einsparungen, gesellschaftlichen Neuerungen, zumutbaren Einschränkungen, aber auch der Anerkennung der Bedürfnisse der Behinderten. So haben wir jedes Referendum gewonnen.

Mit der Version, die Ihnen die Mehrheit vorschlägt, können wir, denke ich, hier nahtlos anknüpfen. Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen.

**Berset Alain, conseiller fédéral:** Si le Conseil fédéral s'est penché sur cette question suite aux débats qui ont eu lieu au Conseil national et a décidé de soutenir la séparation du projet en deux, ce n'est pas un hasard. Ce n'est pas le fruit du hasard, c'est le résultat d'une analyse approfondie de la situation et c'est le résultat de la prise en compte d'une évolution assez importante ces dernières années, sur laquelle je vais revenir. Mais j'aimerais avant cela vous rappeler que dans ce projet 6b, il y a deux sortes d'éléments: d'une part, ceux de nature financière et, d'autre part, ceux de nature structurelle, comme l'introduction – enfin! – d'un système de rentes linéaire, pour éviter ces escaliers, ces effets de seuil, qui nous posent des problèmes et créent des injustices et des incompréhensions face au système, le renforcement de la réadaptation, le renforcement de la lutte contre la fraude et le mécanisme d'intervention dans l'assurance-invalidité. Ce sont aussi des points très importants, à côté des éléments de nature financière.

Quand une situation change, il faut en tenir compte. Mais il faut évidemment en tenir compte de manière appropriée, de manière sereine et prudente. Qu'est-ce qui a changé depuis une année, lorsque vous vous êtes penchés sur ce projet, la

dernière fois en décembre 2011? Ce qui a changé, ce sont les publications sur les évaluations concrètes, réelles de la 5e révision de l'assurance-invalidité. Ce qui a changé, c'est qu'en huit ans, entre 2003 et 2012 plus précisément, nous avons 50 pour cent de moins de nouvelles demandes de rente. Est-ce qu'au moment des débats sur la 5e révision de l'assurance-invalidité on disait que l'objectif était la réduction de moitié des nouvelles demandes de rentes? Personne n'a dit cela. Les résultats sont donc meilleurs que ce qui avait été attendu, discuté à l'époque. Et parce que ces résultats sont plus importants, les perspectives financières sont naturellement aussi différentes.

Monsieur Schwaller a posé une question très précise: quel a été le résultat en 2012? Le résultat qui avait été calculé tenait compte évidemment de la TVA, de tous les éléments qui sont actuellement en cours – il est clair que nous travaillons sur 20 à 25 ans avec des hypothèses.

Tenant compte de ces hypothèses – et les bases de calcul n'ont pas changé, ce sont les mêmes depuis des années –, ce qui était attendu avant pour 2012 était un chiffre positif de 400 millions de francs. En 2012, j'ai pu annoncer en commission que nous serions un peu en dessus de ces 400 millions de francs et que nous serions plutôt proches des 500 millions de francs. Aujourd'hui, début mars 2013, je peux vous dire que nous avons le résultat et que le montant est de 600 millions de francs. Voilà la réalité.

Alors bien sûr, Madame Keller-Sutter, cette réalité dépend de la situation économique, évidemment des questions migratoires à long terme et évidemment aussi des questions d'adaptation des prix. Mais, le plus important, c'est que les hypothèses soient toutes les mêmes dans les différents scénarios et elles le sont. Nous travaillons évidemment avec des hypothèses; vous avez raison d'insister sur ce point. Il y a donc bien sûr une certaine insécurité à faire des prévisions à 15 ou à 20 ans. C'est le cas dans tous les domaines des assurances sociales.

Pour ces hypothèses, nous nous fondons sur des chiffres largement reconnus qui viennent du SECO et d'autres instituts de recherche. Il faut accepter de travailler avec des hypothèses. L'important est qu'elles soient les mêmes pour tous les différents scénarios.

La situation a donc évolué positivement. En soi, c'est réjouissant. On constate que la 5e révision de l'assurance-invalidité et peut-être les premiers effets de la révision 6a sont plus forts qu'attendus. Nous avons maintenant aussi lancé des études pour évaluer les effets de la révision 6a et nous allons suivre cela avec naturellement beaucoup de soin et beaucoup d'intérêt.

L'automne dernier est apparu un élément qui n'est en réalité pas nouveau pour ceux et celles qui se sont penchés ou qui travaillent sur ces chiffres depuis longtemps. Le Conseil des Etats et le Conseil national ont travaillé sur différentes hypothèses et on constate divers éléments dans les versions présentées. Avec la version du Conseil des Etats de décembre 2011 sans la révision 6b, c'est-à-dire en cas de rejet de cette révision par le Parlement ou par le peuple, la différence pour le désendettement, selon des hypothèses qui sont identiques pour les différents scénarios, est de trois ans jusqu'en 2030. La question s'est donc posée de savoir comment l'on peut faire dans une votation populaire, si l'on admet qu'il y en ait une, pour expliquer qu'il y a encore des mesures qui sont prévues, qui doivent toucher des rentes en cours dans l'assurance-invalidité, alors qu'entre 2003 et 2013 il y a déjà une division par deux du nombre des nouvelles rentes, alors que le résultat pour 2012 est de 50 pour cent supérieur à ce qui était attendu, et alors que la différence entre la révision 6b selon le Conseil des Etats et rien du tout n'implique que trois ans de retard dans le désendettement dans 18 ans. Je pense qu'il est relativement difficile d'expliquer cela et pourquoi il faut faire des coupes aujourd'hui pour corriger un retard de trois ans dans 18 ans. On vous dira la même chose que ce que disait Madame Keller-Sutter, à savoir que le désendettement dépend de facteurs que l'on ne maîtrise pas à long terme. Donc, pour l'instant, ces trois ans sont un peu de la théorie; cela peut être plus, cela peut être

moins. Personne n'est devin et ne peut prévoir l'évolution de la migration, de l'économie et des prix au-delà des années 2020.

C'est parce qu'il faut absolument pouvoir faire aboutir à la réforme structurelle de l'assurance-invalidité qu'il est nécessaire de la faire aujourd'hui. Je regarde Monsieur Fournier et je me rappelle que quand on marche en montagne, il faut assurer chaque pas si l'on ne veut pas tomber. Dans cette situation, c'est la même chose: il faut assurer chaque pas si l'on veut pouvoir aboutir à cette révision qui est une réforme structurelle de l'assurance-invalidité et qui est nécessaire.

Certains d'entre vous ont utilisé des mots assez durs dans le débat. J'entends parler de «farce», j'entends parler de «renoncement au désendettement», alors que la seule question qui se pose, c'est celle relative aux deux à trois ans d'écart vers 2027 à 2030 selon les hypothèses que nous connaissons, alors qu'aujourd'hui la situation de l'assurance-invalidité est réjouissante, elle est meilleure que ce qui était attendu. Il faut donc être relativement prudent aussi avec le vocabulaire que l'on utilise.

Une autre chose a souvent été dite dans ce débat et sur laquelle j'aimerais revenir parce que cela m'a beaucoup occupé. Il est question de «Wortbruch», de promesses qui ne seraient pas tenues. Je peux vous dire, comme membre du Conseil fédéral, la chose suivante: si c'est le cas, cela me préoccupe au plus haut point. En commission, c'était une part importante du débat: plusieurs intervenants l'ont mentionné. De mon côté, j'ai relu les comptes rendus des débats, des discussions et les documents qui avaient été publiés avant la votation sur l'augmentation de la TVA en faveur de l'assurance-invalidité, et je dois vous dire que je n'ai rien trouvé qui dise ce qui allait précisément être atteint: il y avait l'engagement de présenter et de mettre en oeuvre le projet 6b afin d'achever l'assainissement de l'assurance-invalidité – c'est le cas; il y avait l'engagement d'élaborer un projet 6b qui modernise aussi les structures de l'assurance-invalidité – c'est le cas.

En commission j'ai demandé à celles et ceux qui s'exprimaient dans ce sens de me donner des exemples, parce que je voulais en avoir connaissance. J'aurais naturellement été préoccupé s'il y avait eu des chiffres très précis qui avaient été donnés ou si des promesses expresses avaient été données. On ne m'a rien livré: j'ai donc pris, de mon côté, la peine de rechercher les éléments du débat de l'époque: oui, il a été promis de préparer un projet 6b; oui, il a été promis d'aboutir à la réforme de l'assurance-invalidité; oui, il a été promis de désendetter l'assurance-invalidité, mais il n'a pas été promis de la désendetter à telle ou telle date. Il faut donc faire attention quand on parle de promesses non tenues; il faut être relativement prudent; c'est un reproche qui est malgré tout assez sévère. Si l'on avance ce genre d'argument, alors il faut pouvoir donner des exemples précis. Peut-être qu'ils existent; moi, je ne les ai pas trouvés; j'ai pris la peine de les rechercher et je n'ai rien trouvé de concluant.

Le dernier élément concerne le relèvement de 0,4 pour cent de la TVA jusqu'en 2017 pour réduire la dette de l'assurance-invalidité. Bien sûr qu'il y a d'autres projets. C'est vrai, on va devoir discuter de la TVA dans d'autres cadres; votre conseil a décidé d'accorder un pourcentage de la TVA au domaine des infrastructures. J'ai entendu que certaines voix s'étaient exprimées pour récupérer – si je peux le formuler ainsi – les 0,4 pour cent de TVA de l'assurance-invalidité au profit d'autres tâches. Il faudra évidemment mener ce débat. Ce qui est clair, c'est qu'à partir de la fin de l'année 2017, il n'y aura plus 0,4 pour cent de TVA destinés à l'assurance-invalidité. Cela a été voté et nous avons fait tous les calculs en tenant compte de la fin du financement additionnel de l'assurance-invalidité par ces 0,4 pour cent de TVA fixée en 2017. Tous les scénarios dont nous disposons aujourd'hui montrent que malgré la fin de ce financement, avec la version de votre commission, il subsisterait en 2018, en 2019 et dans les années suivantes un résultat nettement positif qui doit permettre de poursuivre le désendettement de l'assurance-invalidité. C'est donc parce que la situation a changé

que le Conseil fédéral s'est penché à nouveau sur cette situation.

Il appartient à la politique de tenir compte de la réalité quand elle évolue. C'est la raison pour laquelle je vous invite à suivre la majorité de votre commission. Que ce soit clair une fois pour toutes, je le fais au nom du Conseil fédéral et non pas en mon nom propre. C'est une décision que le Conseil fédéral a aussi prise. Je vous inviterai pour la suite à suivre également les majorités de votre commission dans le reste du débat – mais j'aurai l'occasion de le redire tout à l'heure.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 28 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit ... 14 Stimmen

**Art. 14a Abs. 2bis**

*Antrag der Mehrheit*  
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Antrag der Minderheit*

(Kuprecht, Eberle, Eder, Gutzwiller)  
Festhalten

**Art. 14a al. 2bis**

*Proposition de la majorité*  
Adhérer à la décision du Conseil national

*Proposition de la minorité*

(Kuprecht, Eberle, Eder, Gutzwiller)  
Maintenir

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*

*Adopté selon la proposition de la majorité*

**Art. 16 Abs. 1**

*Antrag der Kommission*  
Unverändert

**Art. 16 al. 1**

*Proposition de la commission*  
Inchangé

**Egerszegi-Obrist** Christine (RL, AG), für die Kommission: Die Kommission beantragt hier Festhalten am Entwurf des Bundesrates. Der Nationalrat wollte hier eine Präzisierung vornehmen, aber das ist nicht notwendig, weil in Artikel 16 nur die behinderungsbedingten Mehrkosten zum Zug kommen. Der Beschluss des Nationalrates wäre aber nicht einfach eine Verdoppelung der Aussage in der bestehenden Gesetzgebung. Denn mit diesem Beschluss wären alle behinderungsbedingten Mehrkosten mit einbezogen, mit dem Entwurf des Bundesrates nur ein Teil, nämlich die in wesentlichem Umfang entstehenden Kosten.

Deshalb haben wir hier einstimmig festgehalten.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 17 Abs. 3; 21 Abs. 2bis**

*Antrag der Mehrheit*  
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Antrag der Minderheit*

(Kuprecht, Eberle, Eder, Gutzwiller)  
Festhalten

**Art. 17 al. 3; 21 al. 2bis**

*Proposition de la majorité*  
Adhérer à la décision du Conseil national

*Proposition de la minorité*

(Kuprecht, Eberle, Eder, Gutzwiller)  
Maintenir

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*

*Adopté selon la proposition de la majorité*

**Art. 28**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 1*  
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates  
*Abs. 2*  
Aufheben

*Antrag der Minderheit*

(Kuprecht, Eberle, Eder, Gutzwiller)  
Festhalten

**Art. 28**

*Proposition de la majorité*

*Al. 1*  
Adhérer à la décision du Conseil national  
*Al. 2*  
Abroger

*Proposition de la minorité*

(Kuprecht, Eberle, Eder, Gutzwiller)  
Maintenir

**Egerszegi-Obrist** Christine (RL, AG), für die Kommission: Über Artikel 28 können wir eigentlich erst entscheiden, wenn wir über Artikel 28a entschieden haben. Wenn wir dort der Mehrheit folgen, dann müsste dieser Absatz 2 aufgehoben werden.

*Verschoben – Renvoyé*

**Art. 28a Abs. 1bis**

*Antrag der Mehrheit*  
Festhalten

*Antrag der Minderheit*

(Maury Pasquier, Bruderer Wyss, Rechsteiner Paul, Stöckli)  
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Art. 28a al. 1bis**

*Proposition de la majorité*  
Maintenir

*Proposition de la minorité*

(Maury Pasquier, Bruderer Wyss, Rechsteiner Paul, Stöckli)  
Adhérer à la décision du Conseil national

**Egerszegi-Obrist** Christine (RL, AG), für die Kommission: Hier wird über das neue Rentensystem entschieden. Es betrifft wiederum verschiedene Artikel. Der Entscheid betrifft Artikel 28a Absatz 1bis, Artikel 28b, Ziffer II Buchstabe a, Änderung bisherigen Rechts Ziffer 6 und die Übergangsbestimmungen.

Der Nationalrat hat – im Gegensatz zu unserer Fassung im Ständerat – das bundesrätliche Konzept des stufenlosen Rentensystems übernommen. Allerdings hat er beschlossen, eine ganze Rente bereits ab 70 Prozent Invalidität zu geben und nicht erst ab 80 Prozent. Die Korrekturen der laufenden Renten sollen gemäss System des Nationalrates ebenfalls angepasst werden. Im Unterschied dazu hat der Ständerat erst die Neurenten dem neuen System unterstellt. Die SGK hat die verschiedenen Systeme noch einmal gründlich geprüft, aber beschlossen, am früheren Beschluss festzuhalten. Das heisst, dass in unserer Version erst ein Invaliditätsgrad ab 80 Prozent eine ganze Rente ergibt, dass bei einem Invaliditätsgrad zwischen 40 und 50 Prozent und zwischen 50 und 60 Prozent eine höhere Rentenleistung entstehen kann als heute, dass es aber eine Senkung der Rentenleistung bei einem Invaliditätsgrad zwischen 60 und 79 Prozent geben kann.

Ich muss Ihnen jetzt sagen, dass alle Artikel und die Zuschriften, die Sie erhalten haben, so nicht fair sind, da sie den Tatsachen nicht entsprechen. Im «Blick» von gestern heisst es: «IV-Revision kostet sie ein Drittel ihrer Rente»; in der «Aargauer Zeitung» heisst es: «Behinderten droht Rentenkürzung um bis zu 30 Prozent». Laufende Renten wer-

den aber gemäss der Version des Ständerates nicht gekürzt. Und wenn es bei einer laufenden Rente so wäre, wenn da also gekürzt würde, kämen die Ergänzungsleistungen zum Zug.

An dieser Revision lautet der gute Anteil, dass Erwerbsarbeiten nicht mehr zu einer Minderung der Rente führen, es besteht vielmehr ein Anreiz, noch etwas dazuzuverdienen, wenn das möglich ist; die Betroffenen können das dann behalten. Die Musiklehrerin, die Sie in Ihren Beispielen aufgeführt haben, kann ihren Verdienst im neuen System behalten. Wir haben uns leicht geärgert, denn man muss schon alle Aspekte miteinander beziehen.

Einsparungen gäbe es bei der Anpassung der laufenden Renten. Es wären 80 Millionen Franken, wenn man das machen würde. Bei den neuen Renten sind es 70 Millionen Franken. Deshalb spart man gemäss Ständerat weniger ein, als das gemäss der Botschaft der Fall gewesen wäre. Das Modell des Nationalrates aber ist kostenneutral: Es wird gar nichts eingespart. Das war für uns finanziell, aber auch in der Wirkung, in der gesellschaftlichen Anpassung, in der Modernisierung des Systems nicht das Richtige.

Gemäss Ständerat hätten 20 Prozent der Betroffenen eine tiefere Rente, gemäss Nationalrat wären es 11 Prozent. Wichtig ist, dass mit dem Systemwechsel ein Erwerbsanreiz einhergeht. Das heisst, praktisch jeder Franken, der dazuverdient wird, kann mitgenommen werden. Das ist eine Neuerung, die auch von den Invalidenverbänden immer wieder gewünscht und angeregt worden ist. Man muss sehen, dass die meisten Rentenkürzungen durch allfällige Ergänzungsleistungen kompensiert werden können. Was man ebenfalls nicht ganz ausblenden kann: Die Invalidenversicherung leistet nur einen Teil, sie ist die erste Säule für den Fall einer Erwerbsbehinderung. Es gibt dann noch die zweite Säule, und es kommen auch noch andere Sozialversicherungen zum Zuge.

Ich bitte Sie, am Beschluss des Ständerates festzuhalten.

**Maury Pasquier** (Liliane, S, GE): A quoi doit servir l'échelonnement plus fin du système de rentes AI? A mieux adapter les rentes à la réalité. Aujourd'hui en effet, la pluralité des situations de vie et l'offre de mesures de réadaptation impliquent cette modernisation du système. En adaptant le montant de la rente au degré d'invalidité, et en prenant en compte d'éventuels salaires, le nouveau système proposé doit servir à créer des incitations à la réadaptation. La linéarité des rentes, c'est donc une mesure qui doit être prise indépendamment de toute considération financière, comme l'a souligné Monsieur le conseiller fédéral Berset au Conseil national.

En revanche, la linéarité des rentes ne doit pas servir à péjorer la situation de personnes qui, rappelons-le, vivent déjà avec des contraintes physiques et/ou psychiques très fortes; de personnes qui se débrouillent déjà avec des ressources qui sont faibles – c'est d'ailleurs aussi une des raisons pour lesquelles on ne doit pas toucher aux rentes actuelles; de personnes qui n'ont aucune possibilité réaliste et concrète de trouver un emploi; de personnes qui, justement, ne sont pas «personne».

De cela, le nouveau système de rentes tient compte dans une certaine mesure. En effet, l'effet incitatif de la linéarité diminue avec la hausse du degré d'invalidité; le système propose l'octroi d'une rente complète, en l'absence d'autres revenus, à partir d'un certain seuil. Or, ce seuil n'est pas anodin. En proposant de n'octroyer des rentes complètes qu'aux personnes invalides à 80 pour cent ou plus, la majorité de la commission vise à faire des économies sur le dos déjà bien chargé d'environ 40 000 personnes dont le taux d'invalidité est compris entre 70 et 79 pour cent. A titre d'exemple, vous avez sans doute tous vu ces chiffres dans les jours précédents: une personne ayant un degré d'invalidité de 72 pour cent ne toucherait plus que 1296 francs par mois au lieu de 1800 actuellement, ce qui équivaut à une baisse de près de 30 pour cent. Or, on sait qu'à partir d'un taux d'invalidité de 60 pour cent déjà, il est très difficile de trouver un emploi sur un marché du travail où même des gens en pleine santé ont

de la peine à s'insérer, où le seul fait d'avoir plus de cinquante ans constitue déjà un obstacle presque insurmontable.

En fixant ce seuil à un degré d'invalidité de 70 pour cent, la minorité de la commission, comme le Conseil national, propose de limiter la casse sur le plan humain et social. Les personnes ayant un degré d'invalidité compris entre 60 et 69 pour cent continueront de subir une perte de prestation d'environ 15 pour cent, et c'est préoccupant. Mais, au total, cette variante est neutre en termes de coûts pour l'AI. Cette neutralité est tout à fait acceptable vu les perspectives financières de l'AI – rappelées ici à l'instant – qui, quelle que soit la variante adoptée, restera dans les chiffres noirs au-delà de la période de financement additionnel à hauteur d'excédents de plusieurs centaines de millions de francs, ce grâce aux mesures d'économies déjà adoptées, dont certaines n'ont sans doute pas encore déployé tous leurs effets, à l'instar de celles prises dans le cadre de la révision 6a. Dans ces conditions, la révision 6b a pour objectif financier non pas de sauver l'assurance-invalidité dans la précipitation et à n'importe quel prix, mais simplement – et c'est important, c'est sûr – d'améliorer les comptes et notamment de rembourser la dette envers l'AVS, ce qui sera, vous l'avez entendu, de toute façon le cas d'ici la fin des années 2020 d'après les chiffres et les scénarios dont on dispose.

Ce que signifie notre proposition, c'est que la linéarité des rentes ne doit pas avoir pour but premier de faire des économies. C'est une mesure de modernisation et d'incitation à la réadaptation. Ce n'est pas une mesure qui doit réduire les personnes lourdement invalides à quérir, comme dans le passé, l'aide sociale des communes et des cantons. Et à ce propos, même la demande de prestations complémentaires est une démarche autrement stigmatisante que le droit de bénéficier de l'AI, ce pilier social fédéral, cette grande oeuvre collective de protection contre les risques de la vie qui, faut-il le rappeler, menacent tout un chacun.

Pour toutes ces raisons, je vous invite à suivre le Conseil national et à adopter ma proposition de minorité.

**Kuprecht** (Alex, V, SZ): Bei der Invalidenversicherung geht es ja primär darum, dass die Leute, die eine Krankheit oder einen Unfall erlitten haben, eine entsprechende Entschädigung erhalten, sofern sie nicht mehr arbeiten können. Das primäre Interesse liegt im Prinzip darin, die Leute so lange wie möglich im Arbeitsprozess zu halten. Alle Bemühungen der 5. Revision, der 6. Revision gingen in diese Richtung.

Wenn nun jemand eine Beeinträchtigung hat, sagen wir mit einem Invaliditätsgrad von 60 oder 70 Prozent, dann müssen wir nicht nur immer von der vollen Rente im Rahmen einer vollen Erwerbsunfähigkeit sprechen, sondern neben der vollen Erwerbsunfähigkeit gibt es auch noch eine Resterwerbsfähigkeit. Wenn also jemand einen Invaliditätsgrad von 70 Prozent hat und erwerbsunfähig ist, dann besitzt er eine Resterwerbsfähigkeit von 30 Prozent. Diese Vorlage sieht nun vor, dass die volle Rente erst dann gewährt wird, wenn die Resterwerbsfähigkeit nur noch 20 Prozent beträgt; es geht also um eine Steigerung von 10 Prozent bei der Erwerbsfähigkeit.

Ich habe in den letzten vier, fünf Wochen verschiedene Vorträge in Bezug auf die Reintegration nach der Rentensprechung gehalten. Ich habe auch im April wieder sechs derartige Veranstaltungen, die primär bei Arbeitgebern aus Gewerbe und Industrie stattfinden. Ich stelle fest, dass gerade diese Unternehmen sehr wohl bereit sind, Menschen mit einer körperlichen Beeinträchtigung im Rahmen ihrer Resterwerbsfähigkeit in den Arbeitsprozess zu reintegrieren. Der Grossteil der erwerbsunfähigen Rentenbezüger sind Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung, nicht unbedingt mit einer körperlichen. Körperlich ist sehr oft sofort sichtbar, ob eine Reintegration möglich ist oder nicht. Wenn man aber mit den genannten Arbeitgebern spricht, so merkt man, dass bei ihnen natürlich der Mut schwindet, wenn man ihnen sagt, jetzt bekomme man bereits mit 70 Prozent Erwerbsunfähigkeit und 30 Prozent Restarbeitsfähigkeit eine

volle Rente. Das Interesse schwindet dann natürlich irgendwann, auch bei diesen Arbeitgebern, Leute zu reintegrieren. Ich glaube, wir müssen aufpassen, dass wir nicht nur immer von der Erwerbsunfähigkeit sprechen, sondern wir sollten uns auch Gedanken über die Resterwerbsfähigkeit machen. Wenn wir jetzt wieder auf diese 70 Prozent reduzieren, dann wird dieses wichtige Argument – das ist ein Bestandteil, die Reintegration dieser Menschen – beeinträchtigt. Wir laufen Gefahr, dass wir das angestrebte Ziel, nämlich 17 000 Rentnerinnen und Rentner zu reintegrieren oder 12 500 gewichtete Renten, also 100-prozentige Renten, nicht mehr erreichen, weil die Arbeitgeber irgendeinmal sagen, jetzt sei fertig, da machten sie nicht mehr mit.

In Bezug auf die Rentenkürzung – die Frau Kommissionspräsidentin hat es gesagt – tasten wir im Prinzip die laufenden Renten nicht an. Es gibt eine Ausnahme, das müssen wir ehrlicherweise auch sagen: Kein Rentner hat eine Rente auf immer und ewig garantiert. Rentenrevisionen konnten, können und werden immer stattfinden, in der Vergangenheit, heute und auch morgen. Die Erfahrung zeigt, dass rund ein Drittel der Revisionen mit tieferen Renten berechnet wird, ein Drittel in etwa mit den gleichen Renten und etwa ein Drittel sogar mit höheren Renten. Das müssen wir uns fairerweise auch zu Gemüte führen. Es ist nicht so, dass keine Rentenkürzungen mehr stattfinden, sondern Rentenkürzungen können stattfinden, wenn aufgrund von Revisionen ein tieferer Erwerbsunfähigkeitsgrad festgelegt wird. Das hat mit dieser Vorlage nichts zu tun, aber es muss gesagt sein; es kann immer stattfinden, schon heute, unter dem jetzigen Regime.

Ich möchte Sie bitten, wenn jetzt die Bereitschaft, auch seitens des Gewerbes, schon steigt, derartige Personen mit körperlicher oder psychischer Beeinträchtigung wieder zu integrieren, dem hier nicht noch entgegenzuarbeiten. Ich möchte Sie bitten, bei unserer Fassung zu bleiben. Die Resterwerbsfähigkeit von 20 Prozent entspricht in etwa einem Tag oder zwei halben Tagen Arbeit pro Woche, je nach den Möglichkeiten. Ich glaube, das ist verantwortbar.

**Bruderer Wyss Pascale (S, AG):** Ich möchte betonen, dass ich den Umbau des Rentensystems für sehr wichtig und richtig halte. Mit einem linearen Rentensystem werden nämlich Fehlanreize, die auch von der Präsidentin und Sprecherin unserer Kommission erwähnt worden sind, wirklich ausgemerzt – Fehlanreize, die es heute tatsächlich gibt. Ich bin also eine Befürworterin dieses Systemwechsels.

Jetzt geht es hier aber bei diesem Artikel 28a Absatz 1bis, was die Minderheit Maury Pasquier betrifft, darum, wie man konkret dieses neue Rentensystem ausgestaltet und wie man Härtefälle abfedert. Ich danke Frau Maury Pasquier herzlich für ihre ausführlichen Erläuterungen. Sie hat wirklich aufgezeigt, warum wir uns hier gut überlegen müssen, wo wir ansetzen. Ich möchte drei Aspekte hervorheben:

1. Wen betrifft die Änderung hier? Der bundesrätliche Entwurf betrifft in erster Linie Menschen mit einem hohen Invaliditätsgrad zwischen 60 und 79 Prozent. Wir müssen uns die Situation dieser Menschen vergegenwärtigen, wenn wir darüber diskutieren, wie wir das Rentensystem in Bezug auf diese Menschen anpassen. Bei diesen Menschen kann diese Änderung zu Renten führen, die bis zu 30 Prozent unter dem heutigen Rentenniveau liegen. Das sind massive Veränderungen.

2. Der zweite Aspekt hängt ganz konkret mit dem ersten zusammen – da möchte ich auch auf das Votum von Kollege Kuprecht Bezug nehmen –: Es geht um die Frage der Arbeitsfähigkeit. Ich möchte wirklich betonen, dass auch ich es wichtig finde, dass wir auf die Potenziale, auf die Erwerbsfähigkeit, eben auf das Potenzial der Menschen achten, anstatt auf die Behinderung oder die Einschränkungen. Wir müssen uns ganz offen eingestehen, dass es für Menschen mit schweren und schwersten Behinderungen auch bei theoretischer Resterwerbsfähigkeit ungeheuer schwer ist – ungeheuer schwer! –, eine Arbeitsstelle zu finden. Ich kenne sehr viele Menschen, welche noch so gerne arbeiten würden. Es ist dann jeweils ein bisschen zynisch, wenn wir da-

von reden, wie viele Menschen in den kommenden Jahren neu in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen, wir aber gleichzeitig ja wissen, wie unglaublich schwierig es sein wird, effektiv – nicht theoretisch, sondern effektiv – eine Stelle für diese Menschen zu finden. Das müssen wir auch im Auge behalten, wenn es um diesen Entscheid hier geht.

3. Es wird zu Härtefällen führen – mit der Variante der Minderheit zu weniger Härtefällen als mit der Variante der Mehrheit. Und es ist so, dass das, was wir als Entlastung für die IV bezeichnen, durchaus zu einer Belastung in anderen Gefässen führen kann, nämlich bei den Gemeinden; auch die Kantone werden das spüren. Diesen Aspekt müssen wir auch im Auge behalten.

Ich möchte Ihnen aufgrund dieser drei Punkte empfehlen, sich der Minderheit Maury Pasquier anzuschliessen und für die Version des Nationalrates zu stimmen.

**Germann Hannes (V, SH):** Obwohl Mehrheit und Minderheit scheinbar klar aufgeteilt sind, werde ich mich der Minderheit, also dem Nationalrat, anschliessen. Sie mögen darüber staunen. Ich bin sonst immer dafür zu haben, wenn es um Sanierungen von Systemen geht, wenn es um bessere Lösungen geht. Ich bin auch mit Kollege Kuprecht absolut einig, was die Integrations- und Reintegrationsbemühungen anbelangt. Sie sind wirklich absolut notwendig. Aber der Teil des Systems, der in den Artikeln 28a ff. vorgeschlagen wird, überzeugt mich nicht.

Es ist bereits angetönt worden: Betroffen sind die Rentenbeziehenden mit einem Invaliditätsgrad von 60 bis 79 Prozent. Eine ganze Rente gäbe es künftig erst ab einem Invaliditätsgrad von 80 anstatt, wie heute, 70 Prozent. Damit schaffen Sie zwei Kategorien, und das ist ohnehin störend; das ist in der Diskussion vielleicht etwas zu kurz gekommen. Gerade die Kategorie der Behinderten mit hohem Behinderungsgrad hat es schwer, ein Erwerbseinkommen zu erzielen. Im Nationalrat hat Herr Christian Lohr mit einem Antrag verlangt, dass die heutige Lösung – eine ganze Rente ab einem Invaliditätsgrad von 70 Prozent – beibehalten wird. Dieser Antrag ist angenommen worden – zugegebenermassen knapp, mit 95 zu 87 Stimmen. Sie wollen nun aber bei 80 Prozent bleiben.

Ich mache noch auf ein Faktum aufmerksam. Invaliditätsgrad zwischen 70 und 79 Prozent, das bedeutet: Es wären 15 Prozent der Invaliden betroffen. 1415 Franken beträgt die durchschnittliche IV-Rente in der Schweiz; das war der Stand Dezember 2011. Und 40 Prozent – 40 Prozent! – der IV-Rentenbeziehenden sind bereits heute auf Ergänzungsleistungen angewiesen, um über die Runden zu kommen. Gerade mal 47 Prozent der IV-Rentenbeziehenden beziehen eine BVG-Rente.

Wenn nun also im Zuge der Einführung eines neuen Rentensystems bei den Schwer- und Schwerstbehinderten die Rente gekürzt wird – um bis zu 30 Prozent, Kollegin Bruderer hat es jetzt auch noch einmal betont –, dann wird der Anteil der Rentenbeziehenden mit Ergänzungsleistungen weiter zunehmen. Das von der Mehrheit Ihrer Kommission jetzt favorisierte Rentensystem trifft diejenigen frontal, die auf dem Arbeitsmarkt die schlechtesten Chancen haben.

Was mich an dieser Erhöhung der Grenze für die Vollrente von 70 auf 80 Prozent Invaliditätsgrad aber am allermeisten stört, das sind die Kostenverschiebungen. Herr Schwaller hat mich angesprochen, ich bin Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbandes. Dieser prüft die Vorlagen jeweils nicht nur in materieller Hinsicht, sondern vielmehr eben auch mit Blick auf die Finanzströme. Wir können auf Bundesebene schon mehr Millionen pro Jahr sparen. Aber was passiert dann? Sie schieben diese Leute einfach in den Bereich der Ergänzungsleistungen oder der Sozialhilfe ab. Ich meine, wenn jemand auf eine IV-Rente angewiesen ist, dann ist er bestraft genug damit; da soll nicht auch noch der Gang aufs Sozialamt folgen. Wir sollten das in Grenzen halten. Es droht etwas Ähnliches wie bei der Pflegefinanzierung. Wiederum ist es gut gemeint, aber es führt letzten Endes zu Kostenverschiebungen von der einen föderativen Ebene zur anderen. Am Schluss ist es für uns ein Nullsum-

menspiel, gewonnen haben wir nichts. Die grossen Verlierer sind aber die Behinderten. Darum bitte ich Sie, hier der Minderheit zu folgen.

**Engler Stefan (CE, GR):** Ich bin kein Spezialist, was die Politik der Sozialversicherungen angeht, das möchte ich vorausschicken. Trotzdem möchte ich eine Aussensicht zu bedenken geben.

Wir diskutieren darüber, ab wann in Zukunft eine volle IV-Rente gerechtfertigt ist, ob dafür ein Invaliditätsgrad von 70 Prozent, wie dies heute der Fall ist, oder neu ein solcher von 80 Prozent benötigt wird. Aus meinen Erfahrungen, die ich vor allem an den Gerichten gemacht habe, möchte ich davor warnen, die Bemessung der Invalidität und damit auch die Beurteilung des Invaliditätsgrades auf eine mathematische Formel zu reduzieren, indem nämlich ein hypothetisches Valideneinkommen einem hypothetischen Invalideneinkommen gegenübergestellt wird und davon der Invaliditätsgrad abgeleitet wird. Die Berechnung dieser Einkommen basiert auf einer Vielzahl von Annahmen und nimmt oftmals zu wenig Rücksicht auf individuelle Perspektiven, aber auch auf die Einschränkungen, die eine Person mit einer Behinderung zu erleiden hat.

Ich stelle fest, dass die bestehenden Renten nicht angetastet werden sollen. Wer heute bei einem Invaliditätsgrad von 70 Prozent eine volle Invalidenrente erhält, behält diese; ich finde das richtig und gut so. Ich unterstütze weiter auch die stufenlose Rentenberechnung, diese verhindert Ungerechtigkeiten an den Rändern, Ungerechtigkeiten aufgrund von starren Beitragsstufen.

Nun konnte mir bis jetzt aber noch niemand erklären – auch wenn Kollege Kuprecht einen Ansatz für eine solche Erklärung geliefert hat –, weshalb eine Person im Schwer- und Schwerstbehindertenbereich in Zukunft leichter eingegliedert werden kann, als dies in der Vergangenheit der Fall war, und weshalb man einer Person mit einem Invaliditätsgrad von 70 bis 79 Prozent in Zukunft eine höhere Resterwerbsfähigkeit zumutet als in der Vergangenheit. Kollege Kuprecht hat gesagt, das Gewerbe suche solche Leute und sei auch bereit, solche Leute einzustellen. Wenn dem so wäre und dies in einer Vielzahl von Fällen umgesetzt würde, könnte dies ein Grund sein, solche Anreize zu unterstützen und zu schaffen. Ich zweifle aber an dieser These, weil es sich, wie Herr Kollege Germann gesagt hat, um Menschen handelt, die aufgrund einer schweren Beeinträchtigung schwer eingliederbar sind. Dies mit folgender Konsequenz: Wenn die Eingliederung nicht gelingt, haben die Kantone Ergänzungsleistungen auszurichten, womit eine Verlagerung von der IV zu den Ergänzungsleistungen stattfindet.

In meiner Bilanz ziehe ich das heutige System «Volle Rente bei 70 Prozent Invalidität» dem Versuch vor, Menschen mit einem Invaliditätsgrad von 70 bis 79 Prozent eingliedern zu wollen.

**Eberle Roland (V, TG):** Das Votum von Kollege Germann hat mich etwas provoziert: Jede Grenzzinie bringt Kategorien, ob sie bei 70 oder bei 80 Prozent liegt; dieses Problem lösen wir hier nicht.

Weshalb ich für die 80-Prozent-Regelung bin und damit auch in Kauf nehme, dass gewisse Verschiebungen in Richtung Ergänzungsleistungen stattfinden, hat folgenden Hintergrund: Aus meiner langjährigen Erfahrung auch als Sozialdirektor habe ich festgestellt, dass der betroffene Mensch überall dort, wo er nahe an seiner Community, an seiner Gemeinde lebt, eine höhere Integrationschance hat, als wenn er auf Bundesebene über eine IV-Rente quasi abgehakt wird. Das ist nach meinem Dafürhalten durchaus gewollt; das Subsidiaritätsprinzip in unserer Verfassung kann auch hier greifen. Je näher der Fall bei der lokalen Behörde ist, desto besser gelingt die Integration, die Reintegration. Ich denke, dass das der wichtigste Punkt ist. Es geht nicht nur um eine Prozentzahlen-Klauberei, sondern es geht darum, die Rahmenbedingungen möglichst optimal zu gestalten, damit überhaupt eine solche Restarbeitsfähigkeit ermöglicht wird.

Frau Bruderer hat darauf hingewiesen: Das Erstrebenswerteste für invalide Menschen ist, dass sie ihre Restarbeitszeit auch leisten können. Wenn wir hier weitere Bestrebungen machen wollen, dann müssen wir die Systeme vereinfachen, damit die Wahrscheinlichkeit höher wird, dass diese Restarbeitszeit tatsächlich sinnvoll genutzt werden kann. Das ist der beste Beitrag. Ich bin bei der Stiftung Kartause Ittingen mit ihren über sechzig IV-Heimplätzen als Präsident engagiert. Ich weiss, was für einen Wert diese Restarbeitsmöglichkeit für Menschen mit Behinderungen hat.

Ich möchte in diesem Sinne für 80 Prozent votieren, damit wir möglichst nahe bei den Mitmenschen, die betroffen sind, arbeiten können und damit die kommunalen Behörden hier ihren Beitrag leisten.

**Fournier Jean-René (CE, VS):** Au moment de traiter ces divergences, je pense qu'il est bon de garder à l'esprit les ordres de grandeur et les proportions dont il est question. Il est bon, par exemple, de se rappeler que les effets d'économie recherchés dans le cadre de la consultation en 2009 se montaient à plus de 700 millions de francs. Le message du Conseil fédéral de 2008 s'achevait sur des propositions d'économies de 325 millions de francs. Le premier passage devant le Conseil des Etats réduit cette ambition d'économie à 250 millions de francs. Aujourd'hui, après la division du projet et le renvoi des mesures purement économiques, les effets de réduction de dépenses se chiffrent entre 40 et 110 millions de francs, selon les variantes que nous allons choisir. Mais 110 millions, cela reste tout de même le 0,001 pour cent du total des dépenses de l'assurance-invalidité.

La mise en relation proportionnelle de ces chiffres doit nous rendre modestes et surtout raisonnables. La décision du Conseil national d'amortir les cas de rigueur résultant du modèle de rentes linéaire en prévoyant d'accorder aux personnes sans salaire une rente entière déjà à partir d'un taux d'invalidité de 70 pour cent induit bien sûr un coût supplémentaire de près de 70 millions de francs. Le maintien des rentes acquises qui figure dans le projet du Conseil fédéral et que notre commission propose d'adopter a également un coût. Et ce coût a été estimé à 80 millions de francs.

La réelle différence entre la décision du Conseil national et le projet du Conseil fédéral réside dans la population d'invalides touchée par ces mesures. Le projet du Conseil fédéral, que la majorité de la commission propose d'adopter, prévoit qu'un revenu d'invalide inférieur ou égal à 20 pour cent du revenu sans invalidité n'est pris en compte que si le calcul de l'invalidité se base sur un revenu effectivement perçu. La décision du Conseil national, reprise par la minorité Maury Pasquier, fait passer ce revenu à 30 pour cent.

Or, la vraie question que nous devons vraiment nous poser est: qui engage un invalide disposant d'une capacité résiduelle de travail située entre 20 et 30 pour cent? Je ne suis pas aussi optimiste que certains de mes collègues dans cette salle. Je pense que de poser la question, c'est presque déjà y répondre.

En gardant à l'esprit les proportions des montants qui sont en jeu – 70 millions de francs, c'est le 0,0007 pour cent des dépenses –, mais aussi en considérant les efforts qu'exige des rentiers en situation de handicap la solution prônée par la majorité, je vous propose d'adopter la proposition de la minorité.

**Kuprecht Alex (V, SZ):** Erlauben Sie mir, Herrn Engler kurz eine Antwort zu geben:

Wir müssen natürlich festhalten, dass wir mit der 5. und insbesondere mit Teil a der 6. IV-Revision eigentlich einen Paradigmenwechsel eingeleitet haben. Bis zur 6. Revision, Teil a haben wir nie davon gesprochen, bestehende Rentnerinnen und Rentner wieder in den Wirtschaftskreislauf zu integrieren. Es gab zahlreiche Hindernisse vor allem versicherungs- und arbeitsrechtlicher Natur, die natürlich die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber davon abgehalten haben, Menschen mit einer Beeinträchtigung zu reintegrieren. Mit der 5. und 6. Revision haben wir diese Hürden beiseitegeschafft.

Im Rahmen eines Trainingsarbeitsplatzes ist es jederzeit möglich, die betreffende Person wieder in die alte Rente zurückzuführen, wenn es nicht funktioniert. Das hat man früher nicht gemacht. Insofern ist es eben ein Paradigmenwechsel, der jetzt dazu führt, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sich natürlich eher bereiterklären, jemanden zurückzunehmen, als dies früher der Fall war. Das ist völlig logisch.

Ich habe versucht, dieses Problem bei meinem Arbeitgeber – immerhin eine grosse Assekuranz mit etwa 3000 Mitarbeitern mit Hauptsitz am Rheinknie – ebenfalls einzubringen, weil ich der Auffassung war, dass wir vorangehen sollten. Die Geschäftsleitung hat dann entschieden, dass man drei Trainingsarbeitsplätze schafft. Das ist ein Bestandteil dieses Systems. Bei der Ausschreibung innerhalb des Konzerns haben sich sieben Abteilungsleiter bereiterklärt, solche Trainingsarbeitsplätze einzufügen. Die Geschäftsleitung hat dann entschieden, auf die Anzahl von sieben solcher Plätze hinaufzugehen. Ich muss Ihnen sagen, dass die ersten Erfahrungen, die wir gemacht haben – da gehört auch die Schulung der Mitarbeiter dazu, die dann mit diesen Personen zusammenarbeiten –, äusserst positiv waren, nicht nur bei denen, denen man einen Trainingsjob angeboten hat, sondern auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auch hier, stelle ich fest, findet ein Paradigmenwechsel im Denken statt: Man ist sich bewusst, dass man diese Leute reintegrieren muss. Es geht ja nicht nur um eine ökonomische Reintegration, sondern auch um eine Reintegration in das Gesellschaftsleben dieses Landes; das scheint mir genauso wichtig zu sein.

Genau diese Erfahrung – ich habe es vorhin schon erklärt – mache ich jetzt als Präsident des Vereins «Netzwerk Arbeit» des Kantons Schwyz: Wir haben in nur einem Jahr 70 Betriebe gefunden, die diesem Netzwerk beigetreten sind und diese Plattform jetzt nutzen, um Erfahrungen auszutauschen und entsprechend Menschen mit Behinderungen zu reintegrieren. Das ist ein positiver Ansatzpunkt. Wenn alle Kantone sich dieser Problematik so annehmen würden wie derjenige, den ich hier vertrete, dann wären wir wahrscheinlich diesem Ziel, Arbeitsplätze im Umfang von 12 500 gewichteten Renten zu schaffen, um wesentliche Schritte näher gekommen.

Es bleibt noch viel zu tun, nicht nur von bürgerlicher Seite, sondern vielleicht auch von Ihrer Seite, nämlich hinauszutreten, dafür zu sorgen und da mitzuhelfen, entsprechend hier einen Beitrag zu leisten. Ich werde meinen Beitrag leisten, das kann ich Ihnen sagen, und ich habe schon jetzt einige Unternehmer gesehen, die bereit sind, Personen mit Behinderung wieder zurückzuführen und entsprechend in ihren Betrieben einzustellen. Sie sind sich auch bewusst, dass sie ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen müssen. Es geht ebenfalls, da müssen wir uns auch nicht ein X für ein U vormachen, um ökonomische Fragen. Wenn diese Unternehmer nämlich nicht bereit sind, diese Aufgabe wahrzunehmen, dann werden sie künftig mit Beitragserhöhungen rechnen müssen und im schlimmsten Fall sogar noch mit einer Quote. Das möchten sie eben auch nicht, und sie sind bereit, entsprechend ihren Beitrag zu leisten. Wir sollten alle helfen, das auch zu unterstützen. Dies ist eben ein Paradigmenwechsel – das nochmals, Herr Kollege Engler –, der jetzt stattfindet und der jetzt so richtig anläuft. Wir haben noch Zeit bis 2017, aber ich glaube, der Wagen wird schnell rollen, als wir uns das vorstellen können.

**Stadler Markus (GL, UR):** Wir sprechen über schwerbehinderte Menschen mit einer Resterwerbsfähigkeit von 20 bis 30 Prozent. Ich gehöre zu jenen, die in der Regel – nicht im Einzelfall – an der Vermittelbarkeit zweifeln. Und denken wir auch daran: Es kann Zeiten geben, die wirtschaftlich schwächer sind als jetzt, und dann wird die Situation für diese Menschen entsprechend gravierender werden. Aus einer gewissen Logik heraus wird man dann auch die Unternehmungen verstehen, die weniger bereit sein werden, solche Menschen anzustellen.

Es sind eigentlich drei Gründe, die mich dazu führen, der Minderheit Maury Pasquier bzw. dem Nationalrat zuzustimmen.

Zum Ersten: Aufgrund der Revisionen 5 und 6a und auch der strukturellen Massnahmen, über die wir heute sprechen, werden die künftigen Rentenentscheide strenger sein, wesentlich strenger sein, als das früher der Fall war. Zum Zweiten sollten wir keine finanzpolitische Problemverschiebung in die Ergänzungsleistungen und in die Sozialhilfe, also zulasten der Kantone, vornehmen. Und zum Dritten orientieren sich die Kinderrenten an den Grundrenten. Wenn wir also im Bereich «Invaliditätsgrad 70 bis 80 Prozent» zu Kürzungen in der Grundrente von bis zu 30 Prozent kommen, werden sich die Kinderrenten an diesen Kürzungen orientieren und entsprechend tiefer ausfallen, denn 40 Prozent von 100 sind 40, und 40 Prozent von 70 sind dann 28. Also auch die Kinderrenten werden noch um einen Drittel gekürzt werden.

**Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG), für die Kommission:** Ich mache einfach noch eine kurze Zusammenfassung: Alle hier in diesem Saal sind für das stufenlose System. Alle sind dafür, auch die Behindertenverbände. Wenn Sie dem System unseres Rates folgen, gibt es keine Rentenkürzungen. Sie müssen dem aber bei den weiteren Artikeln zustimmen.

70 Prozent Invalidität heisst eben umgekehrt 30 Prozent Erwerbsfähigkeit. Wir haben von Kollege Kuprecht gehört, dass hier ein Paradigmenwechsel vollzogen worden ist. Sie können sich noch an die Zeiten erinnern, da man jemanden, der im Betrieb die erwartete Leistung nicht brachte, invalid schrieb. Bei der Gemeinde hat man, wenn jemand immer wieder krank war, z. B. ein Familienvater mit Kindern, versucht, eine Rente zu generieren. Dann hatte man keine Sozialhilfekosten mehr. Dieser Paradigmenwechsel ist bei den vorhergehenden Revisionen vollzogen worden, und die Arbeitgeber boten auch Hand dazu, weil in der zweiten Säule die Invaliditätsfälle krass zu Buche schlugen und die Prämien sehr hoch stiegen. Deshalb war man auch von dieser Seite her bereit, etwas zu tun.

Herr Germann, die Ergänzungsleistungen betragen 40 Prozent. Es stimmt, das kann die öffentliche Hand belasten. Aber auf der anderen Seite ist die Sozialhilfequote – wenn Sie die Statistik anschauen, sehen Sie das – sehr tief, es gibt fast keine Fälle. Es ist ein vernachlässigbarer Prozentsatz, es sind weniger als 5 Prozent, die eine erste Rente haben, da die Ergänzungsleistungen gut wirken. Jetzt stellt sich die Frage: Wollen wir bei allen bessere Verhältnisse, oder wollen wir sie bei denjenigen, die es nötig haben? Ergänzungsleistungen sind nicht stigmatisierend, der Anspruch ist in der Verfassung begründet: Wenn die erste Säule nicht reicht, kommen die Ergänzungsleistungen zum Zug. Dass man da seine Vermögensverhältnisse offenlegen muss, ist halt eine Realität; das erfolgt im Interesse aller anderen, die diese Gelder bezahlen.

Es handelt sich hier nicht um Schwerstbehinderte, Frau Bruderer. Es sind solche Personen, die noch mindestens einen Tag erwerbstätig sein könnten. Das System, das Ihnen die Kommission vorschlägt – dass die laufenden Renten unangetastet bleiben, dass man das Einkommen mit einer Erwerbstätigkeit behalten kann –, ist verantwortbar. Wir haben das geprüft.

Deshalb bitte ich Sie, hier der Mehrheit zu folgen.

**Berset Alain, conseiller fédéral:** Je vous invite à suivre la majorité de la commission.

De nombreux arguments plaident en faveur de la solution de la majorité et contre celle de la minorité. Je vais essayer maintenant d'amener encore quelques éléments. Je ne veux pas redire ce qui a été présenté par les intervenants qui ont parlé au nom de la majorité, notamment la présidente de la commission, mais peut-être ajouter les choses suivantes.

Vous avez en fait deux concepts, qui ne concernent pas que cet article, mais aussi le fait de savoir si les rentes en cours doivent être touchées ou non. Il y a d'abord le concept du Conseil national: à partir de 70 pour cent, une rente complète, mais les rentes en cours sont aussi touchées, sauf pour les personnes de plus de 55 ans – j'y reviendrai. Puis il y a le concept du Conseil des Etats: 80 pour cent, mais seu-

lement pour les nouvelles rentes et les rentes en cours ne sont pas touchées, sauf si, Monsieur Kuprecht l'a rappelé, dans le cas d'une réévaluation, on arrive à la constatation qu'il y a une différence qui justifie naturellement d'en tenir compte. Cela reste, naturellement.

Or il existe maintenant – j'ai cru le comprendre dans la discussion – une sorte de troisième concept qui serait: 70 pour cent et uniquement pour les nouvelles rentes. Mais là, j'aimerais vous signaler que cela ferait quand même pas mal de différence par rapport à la situation actuelle, en tout cas pour ce qui est chiffré. C'est un concept qui, pour l'instant, n'a jamais été discuté.

Quelle est la différence entre 70 et 80 pour cent? Quels sont les buts de cette réforme? Je l'ai indiqué: l'un des buts de cette réforme est de soutenir l'intégration et la réintégration, ainsi que les efforts qui sont faits dans ce domaine. Poser la barre à 70 pour cent implique que, dans une certaine partie des cas où la réintégration est possible, on ne parlera plus de réintégration. Et cela a des conséquences, non seulement pour le concept général d'intégration, mais aussi pour les personnes concernées. On essaie aujourd'hui de soutenir, là où c'est possible, les mesures de réintégration, et à l'avenir, cet effort ne sera plus réalisé. Nous estimons aujourd'hui qu'il existe des possibilités pour les personnes qui ont une capacité résiduelle de travail de 30 pour cent de se réintégrer, que le marché du travail le permet et que ça va dans le sens de ce qui a été souhaité dans les réformes précédentes également, avec le soutien à la réintégration.

C'est clairement un soutien qui interpelle aussi l'économie et les entreprises. Cela ne peut pas se faire sans un travail très étroit avec elles. Mais aujourd'hui, avec un taux de 70 pour cent d'invalidité pour l'octroi des nouvelles rentes entières, vous donneriez un signal qui pourrait être un peu contradictoire par rapport à cela.

De plus, la proposition de la minorité crée pas mal d'insécurité pour beaucoup de monde si on prend son concept général et qu'ensuite on touche également les rentes en cours. Je sais que ce n'est pas ce que vous voulez, Madame Maury Pasquier, mais alors une majorité pourrait se dégager qui souhaiterait, comme au Conseil national, qu'on touche également les rentes en cours pour les personnes en dessous de 55 ans. Il faut être conscient que cette décision implique que 155 000 personnes touchant actuellement une rente verraient leur situation automatiquement soumise à un nouvel examen. Il faut donc imaginer qu'avec 70 pour cent de taux d'invalidité et l'application aux rentes en cours, comme l'a décidé le Conseil national, il y a 155 000 personnes de moins de 55 ans qui bénéficieraient aujourd'hui d'une rente qui seraient automatiquement soumises à un réexamen. Je vous laisse imaginer le volume de travail d'une part, mais aussi l'insécurité que cela représente pour les personnes concernées d'autre part. En passant, je peux vous dire qu'il y a également 123 000 personnes qui dans ce cas ne seraient pas touchées parce qu'elles ont plus de 55 ans et que le Conseil national avait fixé cette limite. Voilà!

Encore quelques mots sur les chiffres: j'ai demandé des clarifications complémentaires à l'Office fédéral des assurances sociales, parce que des calculs ont dû être effectués pour estimer les conséquences de la décision du Conseil national de décembre 2012. Les chiffres qui sont actuellement sur la table montrent que cette décision a des effets qui sont neutres. On m'a communiqué hier que cela pourrait être un peu différent. J'ai donc demandé des clarifications complémentaires à l'Office fédéral des assurances sociales. En fait, c'est aussi un argument qui plaiderait plutôt en faveur de la proposition de la majorité. Il faut nous laisser le temps, en maintenant une divergence, de pouvoir encore clarifier cette question. Mais enfin, ce n'est pas le seul argument. L'argument pour lequel le Conseil fédéral vous demande de soutenir la proposition de la majorité n'est pas technique, mais de fond. Nous souhaitons que le signal donné avec cette révision 6b aille dans la direction d'un soutien à l'intégration et à la réintégration.

Evidemment, le Conseil fédéral est aussi d'accord avec votre commission de fixer 80 pour cent de taux d'invalidité

uniquement pour les nouvelles rentes, sauf s'il y a un changement du taux d'invalidité qui justifie qu'on rediscute des rentes en cours. C'est le seul concept – je dois quand même vous le dire ici – qui permet de donner la garantie qu'en principe, sauf s'il y a un nouvel élément, les rentes en cours ne sont pas touchées. C'est quand même un élément relativement important à mettre dans la balance.

Je vous invite donc à suivre la proposition de la majorité de la commission.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 25 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 19 Stimmen

#### *Art. 28*

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*

*Adopté selon la proposition de la majorité*

#### **Ersatz eines Ausdrucks vor Art. 38**

*Antrag der Kommission*

Streichen

*Eventualantrag Egerszegi-Obrist*

(falls die Vorlage nicht geteilt wird)

Streichen

#### **Remplacement d'une expression précédant l'art. 38**

*Proposition de la commission*

Biffer

*Proposition subsidiaire Egerszegi-Obrist*

(au cas où le projet ne serait pas scindé)

Biffer

**Egerszegi-Obrist** Christine (RL, AG), für die Kommission: Mein Eventualantrag wäre nur zum Zuge gekommen, wenn wir nicht gesplittet hätten. Wir haben aber gesplittet, so ist das erledigt. Diese Diskussion wird dann bei Vorlage 3 geführt werden.

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission*

*Adopté selon la proposition de la commission*

#### **Art. 38**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 1, 1bis*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Abs. 1ter*

Streichen

*Antrag der Minderheit*

(Kuprecht, Eberle, Eder, Gutzwiller)

*Abs. 1, 1bis*

Festhalten

*Eventualantrag der Minderheit*

(Kuprecht, Eberle, Keller-Sutter)

(falls die Vorlage geteilt wird)

*Abs. 3*

Der nach den Absätzen 1 und 2 ermittelte Betrag wird um die gemäss dem Bundesgesetz über die Familienzulagen (FamZG) oder dem Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft für das gleiche Kind ausgerichtete Kinder- oder Ausbildungszulage gekürzt. Die Kürzung erfolgt im Umfang des Mindestbetrags gemäss Artikel 5 FamZG.

#### **Art. 38**

*Proposition de la majorité*

*Al. 1, 1bis*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Al. 1ter*

Biffer

*Proposition de la minorité*

(Kuprecht, Eberle, Eder, Gutzwiller)

Al. 1, 1bis

Maintenir

*Proposition subsidiaire de la minorité*

(Kuprecht, Eberle, Keller-Sutter)

(au cas où le projet serait scindé)

Al. 3

Le montant visé aux alinéas 1 et 2 est réduit du montant de l'allocation pour enfants et de formation versée pour le même enfant en vertu de la loi sur les allocations familiales (LAFam) et de la loi sur les allocations familiales dans l'agriculture. Le montant est réduit jusqu'à concurrence du montant minimal prévu par l'article 5 LAFam.

**Kuprecht Alex (V, SZ):** Die Entschädigungshöhe der Kinderrenten hat die Kommission in ihrer damaligen Zusammensetzung schon in der letzten Legislatur ganz wesentlich beschäftigt. Sie hatte dazu vom BSV am 19. August und am 21. Oktober 2011 einen speziellen Bericht zur Überentschädigung bei den Kinderrenten erstellen lassen. Diese Berichte befassten sich explizit auch mit der Überversicherungsregel, mit fixen und von den IV-Renten abhängigen Zusatzrenten für Kinder. Erst an der letzten Sitzung hat sich damals eine klare Mehrheit zur Kürzung der Zusatzrenten für Kinder von IV-Rentnerinnen und -Rentnern durchgerungen.

Es wurde damals auch klar ersichtlich, dass zum Beispiel das Haushalteinkommen einer alleinerziehenden Person mit einem Kind bei einem Invaliditätsgrad von 50 Prozent, aber mit einer Kürzung der Kinderrente von 40 auf 30 Prozent bis zu 117 Prozent des Einkommens vor dem Eintritt der Invalidität ausmacht. Die Familienzulagen spielen dabei eine zentrale Rolle. Beim damaligen Fallbeispiel, mit Leistungen der Unfallversicherung gemäss UVG und einem Invaliditätsgrad von 70 Prozent, reduzierte sich das Haushalteinkommen – das ist matchentscheidend –, unter Berücksichtigung der Kürzung, marginal um 1 Prozent von 110 auf 109 Prozent. Praktisch bei allen uns damals vorgelegten Beispielen lag das Haushalteinkommen nach Eintritt der Invalidität im Vergleich zu vorher zwischen 90 und 119 Prozent. Bei den verschiedenen betrachteten Invaliditätsgraden von 50 Prozent bis 100 Prozent und den Zusatzrenten für Kinder nach altem und neuem Modell lag das Haushalteinkommen praktisch nie unter 80 Prozent.

Es steht wohl ausser Zweifel und kann nicht wegdiskutiert werden, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne eine gesundheitliche Beeinträchtigung schon nur durch die Abzüge durch AHV, IV, EO, ALV und BVG massive Gehaltsreduktionen verzeichnen und meistens die Schwelle von 90 Prozent und weniger des Bruttogehalts erreichen. Erzielen nun Bezüger einer Invalidenrente, inklusive aller Leistungen und Zulagen, gegenüber ihrem Gehalt vor dem Eintritt der Invalidität über 100 Prozent, ja gar bis zu 116 Prozent ihres Einkommens – Sozialabzüge haben sie ja bekanntlich keine mehr zu entrichten –, so ist das gegenüber denjenigen ohne Leistungen aus der Invalidenversicherung ungerecht.

Unser Rat hat dieses Problem seinerzeit erkannt und deshalb dieser Kürzung zugestimmt. Der nun vorliegende Eventualantrag der Minderheit versucht nach Ausgliederung von Artikel 38 Absätze 1 und 1bis eine mögliche Koordination mit den Familien- und Ausbildungszulagen herbeizuführen und so für eine gewisse Gerechtigkeit zu sorgen. Absatz 3 basiert gemäss Eventualantrag auf der Möglichkeit, dass die IV-Stellen auf das Familienzulagenregister Zugriff nehmen und so auf eine relativ einfache Art koordinativ eine berechnete Korrektur bei den IV-Leistungen vornehmen können.

Mit Datum vom 11. Februar 2010 wurden im Rahmen des uns zugesandten Berichtes in erster Linie Argumente vorgebracht, die mit dem eigentlichen Problem im Grunde nichts zu tun haben. Unter Punkt 1.6 hält der Bericht allerdings klarerweise fest, dass beim Zusammenfallen von AHV- oder IV-Renten mit mehreren Kinderrenten der ersten und zweiten Säule häufig eine Überentschädigung entstehe, die korri-

giert werden müsse – so der Bericht des BSV. Bei der Koordination dieser Versicherungsleistungen wird nicht in Erwägung gezogen bzw. mitberücksichtigt, dass noch mindestens 200 Franken pro Kind hinzukommen. Im Kanton Wallis ist diese Kinderzulage wesentlich höher, als es im schweizerischen Durchschnitt der Fall ist.

Betrachte ich den Bericht noch vertieft, so muss ich leider feststellen, dass er in einem Masse von Korrekturunwillen geprägt ist, wie ich es so von den sachlichen Berichten des BSV in der Vergangenheit nicht gekannt habe. Er strotzt meines Erachtens vor politischem Opportunismus. Wer so argumentiert, ist gewillt, diese Ungerechtigkeit in Bezug auf den Unterschied zwischen dem effektiv verfügbaren Einkommen von den Personen, die eine Rente beziehen, und jenem von den Personen, die keine Rente beziehen, bewusst zu unterstützen und zu zementieren. Wer nicht versucht, irgendeinen gerechten Weg zu suchen oder dazu Hand zu bieten, brüskiert alle täglich einer Arbeit nachgehenden, IV-Abzüge bezahlenden Menschen.

Ich vergönne absolut niemandem etwas, aber es kann doch nicht sein, dass IV-Rentenbezügerinnen und -Rentenbezüger inklusive aller Zulagen ein wesentlich, ja teilweise ein bis zu 30 Prozent höheres Nettohaushalteinkommen verfügbar haben als Nichtrentenbezüger. Dieses Problem muss dringend gelöst werden, wenn nicht mit der Kürzung der Zusatzrente, wie es vorgesehen war, dann wenigstens durch die Koordinationsregel, wie sie in Artikel 38 gemäss dem Eventualantrag meiner Minderheit vorgesehen ist. Diese Koordinationsregel wurde nicht von mir erarbeitet, sondern von Praktikern, die sich täglich mit diesem Problem auseinandersetzen und die die Materie sowohl bei den Familienzulagen wie auch bei der Invalidenversicherung bestens kennen.

Ich möchte Sie deshalb bitten, sich dieses Problems anzunehmen und dieser Regel zuzustimmen, damit wir eine gerechte Lösung erhalten. Ich bitte Sie deshalb, der Minderheit zu folgen.

**Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG), für die Kommission:** Ich bitte Sie, hier der Mehrheit zu folgen. Bei der erstmaligen Behandlung dieser Vorlage hat die SGK die Frage der Kinderrentenkürzung intensiv diskutiert; Sie haben das bereits von Herrn Kuprecht gehört. Sie war ja dann auch der Meinung, dass die durch den Bundesrat vorgeschlagene Reduktion gerechtfertigt sei, weil seit der Revision die Familienzulagen erhöht worden sind, und so wäre eigentlich eine Kompensation verständlich.

Die Mehrheit der Kommission kann zwar dieser Begründung folgen, will aber diese Ecke, die ja ganz bewusst jetzt in Teil 3 verfrachtet worden ist, nicht aus den Kinderrenten herausbrechen. In der Kommission waren wir aber der Meinung, dass wir die Frage der Auswirkungen der erhöhten Kinder- und Ausbildungszulagen auf die Sozialversicherungen – nicht nur jetzt auf die IV, sondern generell – noch einmal traktandieren werden, um zu sehen, ob es da weiteren Handlungsbedarf gibt, damit nicht Eltern mit Kinderrentenleistungen bessergestellt werden gegenüber Eltern ohne Sozialversicherungsleistungen, die sich den Lebensunterhalt selber verdienen. Aber hier ist die Mehrheit der Kommission – das Verhältnis war 7 zu 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen – überzeugt, dass man diese Ecke nicht aus dem Ganzen herausbrechen sollte.

Deshalb bitte ich Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

**Berset Alain, conseiller fédéral:** Monsieur Kuprecht, vous avez eu à nouveau des mots assez durs envers l'Office fédéral des assurances sociales. Peut-être qu'il faudra que nous clarifions cela une fois directement, mais je dois vous dire que je n'ai pas le moindre élément qui me permette de douter de la qualité et de l'objectivité du travail effectué. Je comprends que pour des raisons politiques vous affirmiez le contraire, mais mener ce débat ici, publiquement, ne me paraît pas le lieu adéquat. Mais je suis disposé à ce qu'on puisse en discuter de manière bilatérale; ce serait peut-être une bonne chose.

Je constate quand même, pour vous le dire franchement, que cette proposition n'est pas apparue au Conseil des Etats lors du premier débat. Elle n'est apparue que comme la conséquence de la décision de séparer le projet en deux. Monsieur Kuprecht, si c'était un enjeu aussi important depuis de si longues années, j'aurais de la peine à comprendre que cela n'ait pas été thématiquement la première fois. Je l'interprète comme étant une réaction – vous me permettrez aussi de faire de la politique – à la décision de la commission de proposer la séparation du projet en deux. C'est le débat que nous avons mené tout à l'heure.

Cela dit, menons ce débat. Vous amenez un sujet de discussion qui est légitime, et dont on doit pouvoir discuter. La proposition de la minorité Kuprecht veut mélanger le système de la rente pour enfant et le système des allocations familiales. Ce sont deux systèmes différents qui ont aussi des logiques différentes. On peut mener cette discussion, mais je dois vous dire les craintes que j'ai quant à l'insécurité que cela peut générer dans les deux systèmes, aussi bien celui de la rente pour enfant que celui des allocations familiales. Cela a des conséquences. Une des conséquences, c'est de créer une nouvelle inégalité de traitement entre les rentiers vivant en Suisse et les rentiers vivant à l'étranger: de désavantager les rentiers qui sont en Suisse et de donner un avantage comparatif aux rentiers qui sont à l'étranger. Si c'est ce que vous souhaitez, parlons-en. Ce n'est pas ce que souhaite le Conseil fédéral. Pourquoi est-ce le cas? Parce que les allocations pour enfant ne sont pas exportées à l'étranger, cela signifie donc que les assurés qui résident à l'étranger pourraient continuer de bénéficier de la rente pour enfant sans aucune réduction, alors que pour les rentiers qui vivent en Suisse une réduction serait effectuée.

C'est une conséquence de la proposition de la minorité que vous formulez, Monsieur Kuprecht, et peut-être que cette conséquence mérite aussi qu'on s'y arrête un instant.

L'autre élément, ce sont les conséquences financières. Une estimation qui a été réalisée par l'Office fédéral des assurances sociales montre qu'avec votre proposition de minorité, nous aboutirions en moyenne, entre 2015 et 2025, à 155 millions de francs d'économies dans l'assurance-invalidité et à 15 millions de francs dans le domaine de l'AVS, ce qui fait 170 millions de francs de coupes dans ce domaine-là. C'est plus que ce qui aurait été concerné par la diminution de la rente pour enfant. Encore une fois, votre proposition de minorité – je crois qu'on peut le dire – est une conséquence directe de la décision de la commission, maintenant confirmée par le conseil, de séparer le projet.

S'ajoute encore à cela que les systèmes d'allocations familiales varient d'un canton à l'autre. Des cantons ont des systèmes plus généreux que d'autres et donc les conséquences sont aussi différentes en fonction des cantons. On ne génère pas seulement des inégalités de traitement en faveur des rentiers à l'étranger et en défaveur des rentiers en Suisse, mais on génère aussi des différences et des inégalités entre les cantons, parce que dans certains cas, la rente pourrait être réduite plus fortement que dans d'autres. Et puis, selon notre analyse, cette proposition de minorité pénaliserait surtout les assurés à bas revenus puisque la proportion de la réduction serait évidemment plus importante pour eux. Ce n'est pas sûr que ce soit une bonne idée de pénaliser précisément les assurés à bas revenus dans ce domaine.

Menons cette discussion! On peut aussi la tenir en parallèle, si vous le souhaitez, mais avec ces arguments et en se basant sur le rapport de l'Office fédéral des assurances sociales et sur le débat qui a été mené en commission, le Conseil fédéral vous invite à suivre la majorité de la commission.

*Abs. 1, 1bis, 1ter – Al. 1, 1bis, 1ter*

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*

*Adopté selon la proposition de la majorité*

*Abs. 3 – Al. 3*

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 26 Stimmen

Für den Eventualantrag der Minderheit ... 16 Stimmen

**Art. 38bis Abs. 3; 51**

*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Antrag der Minderheit*

(Kuprecht, Eberle, Eder, Gutzwiller)

Festhalten

**Art. 38bis al. 3; 51**

*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Proposition de la minorité*

(Kuprecht, Eberle, Eder, Gutzwiller)

Maintenir

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*

*Adopté selon la proposition de la majorité*

**Art. 80**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 3, 4*

Festhalten

*Antrag der Minderheit I*

(Rechsteiner Paul, Maury Pasquier, Stöckli)

*Abs. 3 Bst. b, c*

Streichen

*Antrag der Minderheit II*

(Rechsteiner Paul, Maury Pasquier, Stöckli)

*Abs. 3, 4*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Art. 80**

*Proposition de la majorité*

*Al. 3, 4*

Maintenir

*Proposition de la minorité I*

(Rechsteiner Paul, Maury Pasquier, Stöckli)

*Al. 3 let. b, c*

Biffer

*Proposition de la minorité II*

(Rechsteiner Paul, Maury Pasquier, Stöckli)

*Al. 3, 4*

Adhérer à la décision du Conseil national

**Egerszegi-Obrist** Christine (RL, AG), für die Kommission: Hier geht es um einen Interventionsmechanismus für den Fall, dass die IV wiederum defizitär werden sollte. Dabei gibt es mehrere Stufen.

Gemäss Absatz 2, der bereits von beiden Räten genehmigt wurde, muss der Bundesrat zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes die erforderlichen Gesetzesänderungen vorlegen, wenn der Bestand der flüssigen Mittel und der Anlagen des IV-Ausgleichsfonds innerhalb der nächsten drei Jahre während zweier aufeinanderfolgender Rechnungsjahre unter 40 Prozent einer Jahresausgabe liegt.

In Absatz 3 werden konkrete Massnahmen für den Fall geregelt, dass es absehbar ist, dass sich die Lage nicht verbessern wird. Dabei geht es in Buchstabe a um die Erhöhung des Beitragssatzes um 0,1 Prozentpunkte, in Buchstabe b um die Sistierung der Rentenanpassung an die Lohn- und Preisentwicklung für höchstens fünf Jahre und unter der Voraussetzung, dass die IV-Rente mindestens 95 Prozent einer AHV-Rente entspricht; in Buchstabe c geht es um die Koor-

dination mit der AHV für die Berechnung der Ehepaar-, Kinder- und Waisenrenten in einem solchen Fall.

In Absatz 4 wird die Befristung der Massnahmen geregelt. Sie sollen gelten, bis der Fonds wieder 50 Prozent einer IV-Jahresausgabe enthält und voraussichtlich auch noch im folgenden Rechnungsjahr so hoch bleiben wird.

Die Mehrheit ist für diese Massnahmen und hält daran fest. Die Minderheit I (Rechsteiner Paul) will bei einer Unterdeckung nur die Lohnprozente erhöhen, bis der Fondsbestand wieder auf 50 Prozent gestiegen ist. Die Minderheit II (Rechsteiner Paul) will, wie es der Nationalrat beschlossen hat, weder eine Erhöhung der Lohnprozente noch irgendwelche anderen Massnahmen.

Die Kommission hat sich mit 8 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen für Festhalten ausgesprochen, weil die Schuldenbremse eine vernünftige Balance zwischen den Einnahmen und den Ausgaben herstellen kann. Ich bitte Sie, hier der Mehrheit zu folgen.

**Rechsteiner Paul (S, SG):** Es geht hier bei diesem Artikel nicht um eine Differenz bezüglich des Interventionsmechanismus – das in Nuancierung zur Vorrednerin, zur Kommissionsprecherin –, der Interventionsmechanismus ist unbestritten, die Absätze 1 und 2 dieser Bestimmung werden nicht infrage gestellt. Es ist also nicht infrage gestellt, dass dann, wenn der Fondsbestand unter ein bestimmtes Niveau sinkt, Massnahmen getroffen werden. Bestritten ist – und hier liegt die Differenz zur Mehrheit, ich folge hier dem Beschluss des Nationalrates – aber der automatische Eingriff in die Renten. Unbestritten ist, dass der Bundesrat bei einem Absinken des Fondsbestands unter eine bestimmte Grenze eine Vorlage präsentieren muss; das ist das bewährte Modell der Arbeitslosenversicherung, kombiniert mit einer Beitragserhöhung. Das respektiert die üblichen Regeln, respektiert den Gang der Demokratie, indem in einer solchen Situation der Gesetzgeber die Massnahmen treffen kann, die geeignet sind, eine Unterdeckung zu beheben.

Was hier nun aber seitens der Mehrheit und auch seitens des Bundesrates vorgeschlagen wird, ist der Automatismus eines Eingriffs in die Renten. Das ist präzedenzlos in unserem Sozialversicherungssystem, das gibt es nicht und gab es bisher nicht. Die IV-Renten würden, wenn diese Bestimmung durchkäme, automatisch abgesenkt, indem sie nicht mehr mit dem Mischindex angepasst würden. Das würde zur Situation führen, dass sich die IV-Renten von den AHV-Renten abkoppeln würden und das Niveau des Anspruchs der Existenzsicherung absinken würde. Das wäre eine fatale Konsequenz dieses Automatismus.

Es kann auch nicht verschwiegen werden, dass Sie hier – und das ist ja mit ein Hauptziel der Urheber dieser Idee, automatisch in die Renten einzugreifen – eine Pilotbestimmung für die AHV schaffen wollen. Die AHV-Renten stehen aus denselben Gründen unter Druck. Man versucht, den Automatismus «Eingriff in die AHV-Renten» einzuführen, wobei das hier die Pilotbestimmung sein soll, weil es bei der IV vielleicht einfacher ist.

Ich möchte Sie einfach daran erinnern: Es gab bis jetzt eine einzige Volksabstimmung zu diesem Thema, 2004 im Rahmen der Erstaufgabe der 11. AHV-Revision. Der Eingriff in die Renten war damals einer der massgebenden Gründe, weshalb diese Vorlage in der Volksabstimmung hochkant verworfen wurde. Ich bin überzeugt, dass, wenn diese Frage der automatischen Absenkung der Renten wiederum dem Volk vorgelegt würde, diese Massnahme nicht gutgeheissen würde.

Sie müssen auch die Verfassung beachten. Das ist hier bis jetzt nicht gestreift worden. Die Verfassung schreibt in Artikel 112 Absatz 2 Buchstabe d vor, dass die Renten mindestens der Preisentwicklung folgen müssen, dass sie der Preisentwicklung angepasst werden müssen. Das ist mit diesem automatischen Eingriff in die IV-Renten nicht mehr der Fall. Man mag sagen, bei tiefen Teuerungsraten, wie wir sie gerade im Moment haben, spiele das vielleicht materiell nicht so eine grosse Rolle. Aber sobald die Teuerung wieder ansteigt, ist das sehr empfindlich, und ich meine, dass Arti-

kel 112 der Bundesverfassung in einem solchen Fall verletzt ist. Man müsste also, bevor man eine solche Bestimmung macht, die einen automatischen Eingriff in die Renten bringt, Artikel 112 der Bundesverfassung korrigieren.

Aus all diesen Gründen möchte ich Sie bitten, hier doch vorsichtig zu sein, die Systemeffekte mit zu bedenken. Wenn man die IV-Renten in ihrer Höhe gewährleisten will, muss man dem Verfassungsauftrag nachkommen und auf diesen Eingriff verzichten, das Niveau der Renten langfristig mit empfindlichen Folgen abzusenken. Das sind Folgen, die doch empfindliche Auswirkungen haben, die nicht in Kauf genommen werden sollten. Ich meine, dass es richtig wäre, dem System der Arbeitslosenversicherung zu folgen: Beitragserhöhung kombiniert mit der unbestrittenen Verpflichtung des Bundesrates, eine Vorlage zu bringen, über die dann wiederum beraten werden kann. Im Eventualfall bitte ich Sie, dem Nationalrat zu folgen, der diese Bestimmung in Bezug auf die Renten, nicht in Bezug auf die Verpflichtung des Bundesrates, eine Vorlage zu bringen, gestrichen hat. Diese Empfehlung entspricht auch den Empfehlungen der Behindertenverbände.

**Gutzwiller Felix (RL, ZH):** Ich möchte Ihnen sehr empfehlen, hier der Mehrheit zu folgen.

Dieser Interventionsmechanismus, wie Kollege Rechsteiner das gerade gesagt hat, ist in der Tat etwas Neues, aber das ist gerade das Positive daran. Ich muss Sie hier nicht daran erinnern, wie sich die Schuldenbremse bezüglich der Staatshaushaltkrise in den letzten Jahren in der Schweiz positiv ausgewirkt hat, welchen Zuspruch sie in der Bevölkerung hat. Wir haben aber keine schuldenbremsenähnlichen Mechanismen in den Sozialversicherungen, und deshalb ist es ausserordentlich wichtig, dass wir hier einen ersten Schritt machen. Ich jedenfalls bin überzeugt, dass die Bevölkerung diese sehr heilsame Erfahrung der Schuldenbremsenthematik auch auf die Sozialversicherungen ausgeweitet sehen will. Das heisst allerdings, dass Sie, wie die Mehrheit das vorschlägt, eine klare Vorstellung von den Mechanismen haben müssen, die in Kraft treten, wenn eben eine gewisse Unterdeckung da ist, in diesem Falle der IV, damit dann mit einem gewissen Automatismus die entsprechenden Massnahmen in Gang gesetzt werden können. Diese Massnahmen müssen notwendigerweise ausgewogen sein, können also nicht nur die Einnahmenseite betreffen, wie das die eine Minderheit will, sondern müssen einnahmen- und ausgabenseitig wirken können.

Es ist ja auch klar, dass der weitere Antrag der Minderheit, der dann vom Bundesrat eine Vorlage will, nicht wirklich taugt, um die Mechanik des Interventionsmechanismus voranzubringen, denn gerade in der Krise ist es ja sehr oft so, dass die Reformen sehr schwierig sind, dass die Reformen blockiert werden können. Deshalb muss man vorsorgen und sicherstellen, dass bei einer entsprechenden Krise ein ausgeglichenes Massnahmenpaket greifen kann. Das tut man hier, und deshalb sollten Sie der Mehrheit folgen.

**Schwaller Urs (CE, FR):** Wir sind uns einig, und heute Morgen haben wir dies in unseren Entscheiden auch bestätigt: Wir wollen die IV nachhaltig sanieren, wir wollen jährliche ausgeglichene Rechnungen garantieren, wir wollen die 15 Milliarden Franken Schulden abbauen, und das Wichtigste müsste eigentlich sein: Wir wollen vor allem nicht wieder neue Schuldenberge auftürmen, wir wollen nicht wiederum eine IV mit über 15 Milliarden Franken Schulden haben. Das zu verhindern ist die Idee dieser Schuldenbremse. Eine Schuldenbremse oder ein Interventionsmechanismus kann für mich nur funktionieren und ist nur akzeptabel, wenn er einnahmen- und ausgabenseitig greift. Das ist hier der Fall. Nur einfach einnahmenseitig korrigieren zu wollen greift zu kurz. Das kann ich nicht unterstützen, und ich ersuche Sie, diesen Mechanismus so, wie er Ihnen hier jetzt vorliegt, auch zu unterstützen.

Ich sage gleich noch: Es ist auch ein bisschen eine Testabstimmung für die Schuldenbremsen, die im Bereich der AHV mit Motionen gefordert worden sind. Wir werden darüber zu

diskutieren haben, ob wir diese Mechanik in den Sozialversicherungen einführen wollen. Ich bin davon überzeugt, dass eine Schuldenbremse, die sich in der allgemeinen Finanzverwaltung des Bundes und auch der Kantone bewährt hat, ihren Platz auch in den Sozialversicherungen hat, aber noch einmal: einnahmen- und ausgabenseitig.

Die vorliegende Variante ist meines Erachtens zu unterstützen, und ich lade Sie ein, hier der Mehrheit zu folgen.

**Rechsteiner Paul** (S, SG): Gestatten Sie mir noch eine kurze Replik: Ich muss Sie noch einmal daran erinnern, dass es hier um einen Testlauf für die Sozialversicherungen geht. Automatische Eingriffe in die Renten sind in den Sozialversicherungen präzedenzlos. Es gibt Interventionsmechanismen in den Sozialversicherungen. Die bewährte Variante, die sich als erfolgreich erwiesen hat, die vom Parlament verabschiedet worden ist, ist jene der Arbeitslosenversicherung. Es ist die Variante, die von der Minderheit I aufgenommen wird, d. h. Beitragserhöhung plus Verpflichtung des Bundesrates, eine Vorlage zu bringen, wie das in Absatz 2 dieser Bestimmung vorgesehen ist. Aber automatische Eingriffe in die Renten – das ist präzedenzlos.

Sie sind dem Problem ausgewichen – vielleicht wollen Sie es auch nicht sehen –, dass es hier um die erste Säule des Sozialstaates geht. AHV und IV müssen der Existenzsicherung dienen. Sie haben nach Artikel 112 der Bundesverfassung bestimmte Zwecke und müssen bestimmten Ansprüchen genügen. Dazu gehört auch die reale Werterhaltung dieser Renten. Wenn man daran etwas ändern wollte, müsste man die Verfassung ändern. Man müsste das Prinzip der Sozialversicherungen in der ersten Säule neu definieren. Das geschieht hier nicht, sondern auf dem Weg des Gesetzes wird jetzt bei der Invalidenversicherung dieses Pilotprojekt eines automatischen Eingriffs in die Renten gemacht, einer Absenkung des Rentenniveaus – das ist präzedenzlos. Unbestritten ist, dass die Invalidenversicherung andere Finanzprobleme hat als die AHV. Allerdings, wenn jetzt wieder diese Schuld von 15 Milliarden Franken erwähnt worden ist, dann muss daran erinnert werden, dass das nicht die Schuld der AHV war, sondern letztlich des Bundesgesetzgebers. Es hätte andere Möglichkeiten gegeben, und es gäbe andere Möglichkeiten, damit umzugehen. Der Bund kann sich heute zu Negativzinsen verschulden, wir haben diese aussergewöhnliche Situation immer noch. Hier gäbe es andere Mittel im Umgang mit dieser Schuld. Ein Eingriff in die Existenzsicherung aber, ein automatischer Eingriff in die Invalidenrenten mit diesem neuen Mechanismus hat, wie man sieht, wenn man das langfristig betrachtet, fatale Wirkungen.

**Egerszegi-Obrist Christine** (RL, AG), für die Kommission: Es geht hier schon auch noch um einen anderen Aspekt. Sie erinnern sich: Wir haben mit dem Ja der Bevölkerung zur Zusatzfinanzierung der IV, das relativ knapp ausgefallen ist, das Versprechen abgegeben, dass wir von unserer Seite alles tun werden, damit die IV nicht mehr in diesen Zustand gerät. Die Kommission hat sich diese Version ja nicht aus den Fingern gesogen: Es war die Vorlage des Bundesrates; wir haben uns überzeugen lassen, dass sie richtig ist, und zwar einfach deshalb, weil die Schuldenbremse Druck macht. Wir haben dies in den letzten Revisionen immer wieder gespürt. Den einen ging die 11. AHV-Revision zu weit, den anderen zu wenig weit; am Schluss sagten sie Nein dazu, und wir sind keinen Schritt vorwärtsgekommen. Das ist auch eine Folge der Erfahrungen, die man gemacht hat. Man baut auf verschiedenen Ebenen, von verschiedenen Seiten Druck auf gegen Lohnprozente bei den Arbeitgebern, bei den Arbeitnehmenden; es wird aber auch von den Verbänden Druck für höhere Leistungen aufgebaut. Das führt dazu, dass wir alles unternehmen müssen, um Lösungen zu finden, damit hier nicht das Gleiche passiert. Es geht nicht um automatische Rentenkürzungen, sondern es ist eine Art Drohfinger. Wir müssen uns einigen, damit diese sehr unangenehmen Konsequenzen nicht eintreffen. Deshalb bitte ich Sie, hier der Mehrheit zu folgen und die Minderheitsanträge abzulehnen.

**Berset Alain**, conseiller fédéral: Je vous invite à suivre la majorité de votre commission et j'aimerais ajouter quelques éléments pour alimenter ce débat.

La première chose est que ce qui est prévu à l'article 80 est d'abord une étape où la politique doit agir. Le Conseil fédéral est interpellé, il doit faire des propositions; le Parlement doit en discuter et prendre les mesures nécessaires, précisément ce qui a été fait ces dernières années avec la situation de l'assurance-invalidité. Sans avoir ce mécanisme, qui est intervenu tard – trop tard, il est vrai –, ce travail a été réalisé et cette première étape invite le politique à agir.

Il y a ensuite une deuxième étape où, si les choses ne se passent pas comme prévu, alors des mesures interviennent. Ces mesures sont censées agir un peu comme un aiguillon sur le volet politique, pour dire qu'il serait mieux que le gouvernement et le Parlement se mettent au travail afin d'éviter que des automatismes ne soient générés.

Une des difficultés que nous rencontrons – il faut en être conscient – est que ce système ne génère pas toujours les mêmes incitations pour les mêmes acteurs. Si nous sommes dans une période de haute conjoncture et d'inflation modérée et que donc, la menace de geler l'adaptation a des effets plus importants, les incitations à agir ne sont pas les mêmes que si nous sommes dans une période de basse conjoncture avec une adaptation des prix pratiquement égale à zéro. C'est naturellement l'une des difficultés de ce système. Mais, de l'avis du Conseil fédéral, il convient de poser un aiguillon et des accents pour soutenir une action.

Deuxièmement, j'ai quand même dû constater au Conseil national qu'il n'était pas si évident que cela de trouver des majorités qui acceptent de mettre en place des automatismes. Ces automatismes reviennent au fond à déclencher des conséquences directes si le monde politique ne se met pas d'accord. J'ai été assez frappé – mais j'en ai pris connaissance – du résultat au Conseil national, qui a adopté la première étape, donc une action de type politique, mais pas la deuxième étape de type automatique. Nous verrons quelles seront vos décisions. Si vous décidez de confirmer votre première décision, les divergences seront maintenues et le débat se poursuivra.

Je ne crois pas non plus que ce système soit transposable à l'AVS et j'aimerais quand même vous le dire ici: la situation n'est pas identique. L'assurance-invalidité a une dette qui correspond à deux ans et demi de rentes. L'AVS n'est pas dans cette situation. On serait dans une situation comparable si nous avions actuellement dans l'AVS plus de 100 milliards de francs d'endettement. Heureusement, la situation n'est pas identique. Parce qu'il n'y a pas que la comparaison entre les systèmes d'assurance, il y a aussi les montants. 15 milliards de francs de dettes, c'est beaucoup; 100 milliards de francs, ce serait immense. Donc la comparaison ne peut pas se faire automatiquement. Ce que je veux dire par là, c'est que l'AVS n'est pas en phase de récupération d'une situation très difficile, contrairement à l'assurance-invalidité, raisons pour lesquelles il a aussi été prévu de mettre toutes les garanties possibles pour rembourser cette dette et régler le problème.

Un élément encore: le mécanisme d'intervention qui est prévu ici suit toute une série de révisions – il y a eu la 5e, la 6a, maintenant la 6b – et s'insère dans un ensemble de mesures de nature institutionnelle qui doivent permettre à l'avenir de maintenir et de développer l'assurance dans un cadre institutionnel clair. Ce n'est donc pas un élément qui apparaît de manière isolée ou prématurée, ce qui est évidemment relativement important. Madame Egerszegi-Obrist rappelait que des promesses avaient été faites. C'est fou toutes les promesses qui ont été faites! C'est d'ailleurs l'un des problèmes aussi des réformes par étapes: on promet des choses et après le peuple décide; ce n'est pas toujours si évident que cela de «lier» le peuple avec les promesses.

Des indications claires avaient été données pour dire que le financement additionnel permettrait de garantir que, sur le plan financier, l'assurance soit sur de bons rails pour l'avenir et qu'on puisse maîtriser cette situation très particulière avec une dette – je le répète – qui atteint un montant correspon-

dant à presque trois ans de rentes. On a actuellement 6 milliards de francs de dépenses pour les rentes dans l'assurance-invalidité. Ces 15 milliards de francs de dette qui diminuent représentent presque trois fois cette somme, ce qui est très important.

Voilà ce que je souhaitais encore apporter dans ce débat, en vous invitant, au nom du Conseil fédéral, à soutenir la majorité de la commission.

*Erste Abstimmung – Premier vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 28 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 11 Stimmen

*Zweite Abstimmung – Deuxième vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 28 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 12 Stimmen

**Ziff. II**

*Antrag der Mehrheit*

*Bst. a*

Festhalten

*Bst. c*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Antrag der Minderheit*

(Kuprecht, Eberle, Eder, Gutzwiller)

*Bst. c*

Festhalten

**Ch. II**

*Proposition de la majorité*

*Let. a*

Maintenir

*Let. c*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Proposition de la minorité*

(Kuprecht, Eberle, Eder, Gutzwiller)

*Let. c*

Maintenir

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*

*Adopté selon la proposition de la majorité*

**Änderung bisherigen Rechts**

**Modification du droit en vigueur**

**Ziff. 3**

*Antrag der Mehrheit*

*Ersatz eines Ausdrucks*

Streichen

*Art. 35ter; Übergangsbestimmung*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Antrag der Minderheit I*

(Kuprecht, Eberle, Eder, Gutzwiller)

*Art. 35ter*

Festhalten

*Eventualantrag der Minderheit II*

(Kuprecht, Eberle, Keller-Sutter)

(falls die Vorlage geteilt wird)

*Art. 35ter Abs. 2*

Der nach Absatz 1 ermittelte Betrag wird um die gemäss dem Bundesgesetz über die Familienzulagen (FamZG) oder dem Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft für das gleiche Kind ausgerichtete Kinder- oder Ausbildungszulage gekürzt. Die Kürzung erfolgt im Umfang des Mindestbetrags gemäss Artikel 5 FamZG.

*Eventualantrag Egerszegi-Obrist*

(falls die Vorlage nicht geteilt wird)

*Ersatz eines Ausdrucks*

Streichen

**Ch. 3**

*Proposition de la majorité*

*Remplacement d'une expression*

Biffer

*Art. 35ter; disposition transitoire*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Proposition de la minorité I*

(Kuprecht, Eberle, Eder, Gutzwiller)

*Art. 35ter*

Maintenir

*Proposition subsidiaire de la minorité II*

(Kuprecht, Eberle, Keller-Sutter)

(au cas où le projet serait scindé)

*Art. 35ter al. 2*

Le montant visé à l'alinéa 1 est réduit du montant de l'allocation pour enfants et de formation versée pour le même enfant en vertu de la loi sur les allocations familiales (LAFam) et de la loi sur les allocations familiales dans l'agriculture. Le montant est réduit jusqu'à concurrence du montant minimal prévu par l'article 5 LAFam.

*Proposition subsidiaire Egerszegi-Obrist*

(au cas où le projet ne serait pas scindé)

*Remplacement d'une expression*

Biffer

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*

*Adopté selon la proposition de la majorité*

**Ziff. 5**

*Antrag der Kommission*

Streichen

*Eventualantrag Egerszegi-Obrist*

(falls die Vorlage nicht geteilt wird)

Streichen

**Ch. 5**

*Proposition de la commission*

Biffer

*Proposition subsidiaire Egerszegi-Obrist*

(au cas où le projet ne serait pas scindé)

Biffer

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission*

*Adopté selon la proposition de la commission*

**Ziff. 6**

*Antrag der Kommission*

*Ersatz eines Ausdrucks*

Streichen

*Übergangsbestimmungen Bst. a*

Festhalten

*Übergangsbestimmungen Bst. b Abs. 1, 4, Bst. c*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Eventualantrag Egerszegi-Obrist*

(falls die Vorlage nicht geteilt wird)

*Ersatz eines Ausdrucks*

Streichen

**Ch. 6**

*Proposition de la commission*

*Remplacement d'une expression*

Biffer

*Dispositions transitoires let. a*

Maintenir

*Dispositions transitoires let. b al. 1, 4, let. c*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Proposition subsidiaire Egerszegi-Obrist  
(au cas où le projet ne serait pas scindé)  
Remplacement d'une expression  
Biffer*

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission  
Adopté selon la proposition de la commission*

## Zweite Sitzung – Deuxième séance

Dienstag, 4. Juni 2013

Mardi, 4 juin 2013

08.00 h

11.030

### 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket

#### 6e révision de l'AI. Deuxième volet

##### Différences – Divergences

Botschaft des Bundesrates 11.05.11 (BBl 2011 5691)

Message du Conseil fédéral 11.05.11 (FF 2011 5301)

Ständerat/Conseil des Etats 19.12.11 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 30.05.12 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 01.06.12 (Différences – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 2 (AS 2012 5559)

Texte de l'acte législatif 2 (RO 2012 5559)

Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 12.03.13 (Différences – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 04.06.13 (Différences – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 11.06.13 (Différences – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 13.06.13 (Différences – Divergences)

Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 19.06.13

Ständerat/Conseil des Etats 19.06.13 (Différences – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 19.06.13 (Différences – Divergences)

### 1. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)

#### 1. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, deuxième volet)

##### Art. 16 Abs. 1; 28 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

##### Art. 16 al. 1; 28 al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

##### Art. 28a Abs. 1bis

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Lohr, Carobbio Guscetti, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Ingold, Rossini, Schenker Silvia, Schmid-Federer, Steiert, van Singer, Weibel)

Festhalten

##### Art. 28a al. 1bis

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

##### Proposition de la minorité

(Lohr, Carobbio Guscetti, Fehr Jacqueline, Gilli, Heim, Ingold, Rossini, Schenker Silvia, Schmid-Federer, Steiert, van Singer, Weibel)

Maintenir

**Lohr Christian (CE, TG):** Ich bin froh, dass ich heute noch einmal die Möglichkeit habe, diesen Minderheitsantrag zu begründen und zu erklären. Der Rat hatte einen gleichen Minderheitsantrag ja schon an seiner Sitzung vom 12. Dezember 2012 vorliegen und stimmte diesem auch zu.

Ich möchte Ihnen erklären, worum es in diesem Antrag geht und worum es eben nicht geht. Dieser Antrag ist klar ein Bestandteil des ganzen Revisionspaketes. Man darf also nicht die Behauptung aufstellen, mit diesem Antrag würde die Revision ausgehebelt; in gewissen Kreisen wurde gar behauptet, mit diesem Antrag würde die ganze Revision kastriert. Dies ist nicht der Fall, denn mit dem Antrag, dass die Vollrente bereits ab 70 Prozent Invalidität gewährt werden soll, bleibt man nicht einfach bei der bisherigen Lösung. Man muss ganz klar festhalten: Es ist ein Übergang in ein lineares Rentensystem, das heisst in ein System, in dem Änderungen im Einkommen eben ihre Auswirkungen haben. Das heisst, dass das System aktiv reagiert, so, wie wir das mit dieser Revision ja anstreben.

Des Weiteren muss man festhalten und betonen: Auch mit dem Antrag, den ich gestellt habe, werden Rentnerinnen und Rentner betroffen sein. Es wird schon hier zu Rentenkürzungen kommen; wir machen den unschönen Schritt, dass Renten angepasst werden müssen, schon bei dieser Regelung.

Was ganz klar ist: Wenn ich den Antrag stelle, eine Vollrente ab 70 Prozent Invalidität zu gewähren, dann möchte ich, dass diese Schmerzgrenze nicht weiter überschritten wird, dass Menschen, die mit einer schweren Einschränkung leben und somit in ihrer Lebenssituation betroffen sind, nicht zusätzlich belastet werden.

Ganz wichtig festzustellen ist, dass wir heute eine andere Ausgangslage haben als noch am 12. Dezember 2012 oder auch am 12. März 2013, als der Ständerat seine letzte Entscheidung traf: Das BSV hat feststellen und zugeben müssen, dass gewisse Zahlen, die uns vorgelegt worden waren, nicht korrekt waren. Es waren nicht einfach Nachbesserungen in den Zahlen, die hier geliefert wurden, sondern es wurden realistische Zahlen aufgezeigt, nämlich Zahlen, die belegen, dass eben auch bei dieser Lösung ein Sparpotenzial vorhanden ist, dass 45 Millionen Franken eingespart werden, weil Einkommen, die bei dieser Lösung erzielt werden können, durchaus angerechnet werden. Es ist sehr, sehr wichtig, dass Sie das zur Kenntnis nehmen und nicht einfach nicht akzeptieren wollen.

Jetzt ist es mir ein wichtiges Anliegen, dass wir diese Zahlen realistisch anschauen. Die Zahlen belegen eben auch, dass wir nur noch eine Differenz von 15 Millionen Franken gegenüber der Version des Ständerates haben. Diese 15 Millionen Franken machen in Bezug auf die Gesamtsumme der Ausgaben der IV gerade noch 1,5 Promille aus. Das ist eine kleine Zahl im Verhältnis zu dem, was wir bewirken oder auslösen, wenn wir heute die Verschiebung der Vollrente von 70 auf 80 Prozent machen. Wir ändern damit die Lebenssituation, die Lebensbedingungen von Menschen mit starken Behinderungen und starken Einschränkungen, von Menschen, die wohlgerne kaum eine Chance oder gar keine haben, auf unserem Arbeitsmarkt, wie er sich heute darstellt, auch nur einen kleinen Teilzeitjob zu erhalten.

Dies unterstreichen übrigens auch Befragungen, die wir bei grösseren Unternehmungen in der Schweiz gemacht haben. Ab und zu lese oder höre ich irgendwo, man wolle mit diesem neuen System, wenn man also von 70 auf 80 Prozent geht, Anreize schaffen, damit Schwerstbehinderte mehr Anstrengungen unternehmen, um Arbeit zu erhalten. Das sind zynische Bemerkungen. Die Realität sieht ganz anders aus. Ich möchte Ihnen beliebt machen, meinem Minderheitsantrag zuzustimmen. Sehen Sie das auch in einem gesamtgesellschaftlichen Rahmen. Wir werden in den nächsten Tagen

und Wochen hier im Parlament über den Steuerdeal diskutieren, der Auswirkungen in Milliardenhöhe hat. Wir werden über Rüstungsbeschaffungen diskutieren, die Milliarden ausmachen. Wir werden andere Geschäfte angehen, die ebenfalls riesige Summen ausmachen. Ich meine, bei diesem Geschäft, das wir heute Morgen hier besprechen, müssen wir Augenmass halten. Wir müssen das richtig einzuordnen wissen. Es wäre ethisch unwürdig, unanständig und verantwortungslos, hier Nein zu sagen.

**Ingold Maja** (CE, ZH): Soll wie bisher ein Invaliditätsgrad von 70 Prozent zu einer vollen Rente berechtigen oder einer von 80 Prozent? Die Vernehmlassungsvorlage hat mit dem ganzen Paket des stufenlosen Rentensystems auch diesen Systemwechsel eingebaut. Der Ständerat hat dies entgegen der Mehrheit des Nationalrates bestätigt, welche in der letzten Abstimmung dem Minderheitsantrag Lohr gefolgt ist. Da seither mit den korrigierten Zahlen des BSV in Bezug auf das Einsparvolumen im Vergleich zum Ansatz von 80 Prozent nicht einmal mehr 20 Millionen Franken zusammenkommen, muss man schon noch einmal die grundsätzliche Frage stellen: Wie begründet man diese Verschlechterung für die betroffenen Rentnerinnen und Rentner?

Diese Schlüsselfrage wurde auch im Ständerat gestellt. Wenn bisher ein Invaliditätsgrad von 70 Prozent zu einer vollen Rente berechtigt hat, stellt sich die Frage: Was hat sich seither geändert, das rechtfertigt, dass all die vielen schwerbehinderten Menschen mit einem Invaliditätsgrad zwischen 70 und 79 Prozent nun neu keine ganze Rente mehr bekommen sollen? Können sie heute mit ihrer Restarbeitsfähigkeit besser in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden und diese Lücke mit Erwerbsarbeit füllen? Gibt es heute bessere Perspektiven, dass sie wirklich angestellt werden und ihre Restarbeitsfähigkeit von 20 bis 30 Prozent nutzen können?

Wenn das nicht nachgewiesen werden kann, gibt es keine Begründung für den Systemwechsel, sondern nur die Forderung einer Sparübung auf dem Buckel der Behinderten. Wir wissen alle, dass die Chancen im Arbeitsmarkt nicht besser sind. Im Gegenteil, die Nachfrage von Kollegin Kessler hat Erschreckendes offengelegt: Menschen mit Handicap werden sogar bei den SBB und der Post lediglich im Promillebereich angestellt, und auch die Post hat keinerlei Konzept, Menschen mit Behinderungen zu integrieren. Also sinkt einfach für vier Fünftel die Rente.

Die beste Ausrede, um es nicht offen sagen zu müssen, sind noch die Ergänzungsleistungen: Wenn die IV nicht reicht, springen die Ergänzungsleistungen ein. Aber eine Revision, die keine praktikable Lösung fertigbringt, eine Revision, die schon primär und im Ansatz auf das nächste Sicherheitssystem setzt, ist keine gute Revision, sondern unfaire Sankt-Florians-Politik.

Die Kantone und vor allem die Gemeinden, die ja im Falle von Ergänzungsleistungen häufig als dritte Träger mitzahlen, versorgen, nach den drei in Kraft getretenen Revisionen, heute schon alle Langzeitarbeitslosen, die zu gesund sind, um eine IV-Rente zu bekommen, aber zu krank, um eine Arbeitsstelle zu finden. Dieser unauffhaltsam steigende Sockel der Langzeitarbeitslosen bei der Sozialhilfe ist jetzt schon die Kehrseite des Erfolges der Rentenrevisionen. Die Ergänzungsleistungen können also nicht die Antwort sein.

Das Sparvolumen ist marginal. Verlassen wir doch diese unwürdige Diskussion, die Menschen mit Behinderung schwer trifft und auch verletzt!

Die CVP/EVP-Fraktion bleibt mehrheitlich bei der Minderheit Lohr und hält damit am nationalrätlichen Entscheid fest.

**Pezzatti Bruno** (RL, ZG): Die FDP-Liberale Fraktion wird den Anträgen der Mehrheit folgen, allerdings bei Artikel 80 Absätze 3 und 4, bei der Schuldenbremse, den Antrag der Minderheit Hess Lorenz und bei den Schlussbestimmungen Buchstabe f den Antrag der Minderheit Bortoluzzi unterstützen. Bei den zwei anderen wichtigen Differenzen zum Ständerat unterstützen wir zum einen bei Artikel 28a Absatz 1bis, den wir nun debattieren, das bundesrätliche Konzept des stufenlosen Rentensystems; das heisst, dass eine ganze

Rente erst ab einer Invalidität von 80 Prozent gewährt werden soll und nicht, wie von unserem Rat bei der ersten Lesung mit einem knappen Zufallsabstimmungsergebnis beschlossen, bereits ab 70 Prozent. Wir sind hier weiterhin klar für die Limite von 80 Prozent. Ich werde das später noch näher begründen.

Bei der vom Ständerat beschlossenen Ausklammerung der laufenden Renten von den Reformmassnahmen erachtet es die FDP-Liberale Fraktion nach einer eingehenden erneuten Abwägung aller Argumente als richtig, dass sich der Nationalrat auch bei dieser Differenz dem Ständerat anschliesst, dies vor allem auch im Hinblick auf ein allfälliges Referendum, bei welchem für das Stimmvolk das Verschonen von bestehenden Renten ein wichtiges Argument für die Unterstützung der Reform sein wird.

Nun zu Artikel 28a Absatz 1bis: Es liegt mir daran, noch einmal in Erinnerung zu rufen, dass es bei der Bereinigung der Differenzen auch darum geht, vor dem Stimmvolk zumindest teilweise wieder glaubwürdig zu werden und endlich das Vertrauen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zurückzugewinnen. Auch wenn die IV-Rechnung im Rechnungsjahr 2012 inklusive der befristeten Mehrwertsteuer-Zusatzeinnahmen etwas besser ausfiel als budgetiert und ein Einnahmenüberschuss von rund 600 Millionen Franken resultierte, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die verbliebenen 14,4 Milliarden Franken an IV-Schulden immer noch schwer wiegen und bis zum Jahr 2025 abgebaut werden müssen. Das wurde dem Stimmvolk bei der befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer im Jahre 2009 versprochen, und Versprechen sind auch von Politikern einzuhalten.

Unser Rat sollte deshalb heute nach der enttäuschenden ersten Lesung, wo hier praktisch alle versprochenen Sanierungsmassnahmen abgelehnt wurden – wenn auch zum Teil nur sehr knapp –, den Tatbeweis erbringen, dass er die versprochenen Sanierungs- und Sparmassnahmen bei der massiv verschuldeten IV zumindest bei den wesentlichsten Punkten doch noch an die Hand nimmt. Dazu gehört ein Invaliditätsgrad von 80 Prozent für den Erhalt einer vollen IV-Rente. Bei diesem Punkt gilt es nebst den finanzpolitischen Überlegungen zum einen zu berücksichtigen, dass von dieser Reformmassnahme nicht die erwerbsunfähigen Schwerstbehinderten betroffen sind, sondern Behinderte mit einer Restarbeitsfähigkeit von 20 bis 30 Prozent. Zum andern ist daran zu erinnern, dass bei der 5. und der 6. IV-Revision ein Paradigmenwechsel vorgenommen wurde und wird, der darauf hinausläuft, dass die Reintegration von teilweise Behinderten in die Arbeitswelt vom Bund mit aktiven Fördermassnahmen vorangetrieben wird.

Beim bereits beschlossenen Teil 6a der Vorlage steht bekanntlich die Wiedereingliederung aus der Rente im Vordergrund. Mit den Massnahmen im vorliegenden Teil 6b der IV-Reform sollen die von der 5. IV-Revision geschaffenen Integrationsinstrumente optimiert und flexibler gestaltet werden, um damit besonders den Bedürfnissen von Menschen mit psychischen Behinderungen noch stärker gerecht werden zu können. Dabei geht es um Massnahmen zugunsten der Versicherten sowie auch zugunsten der Arbeitgeber. Für die Reintegration sind ab 2018 denn auch rund 250 Millionen Franken vorgesehen. Ich konnte mich kürzlich bei einem Round Table der Zentralschweizer Handelskammer davon überzeugen, dass viele Arbeitgeber die gesellschaftliche Verpflichtung zur Wiedereingliederung von Menschen mit Behinderung tatkräftig unterstützen. Es liegt nun an uns, diese Anstrengungen nicht zu untergraben, sondern weiter zu unterstützen. Der bundesrätliche Vorschlag, wonach Behinderte mit einem Invaliditätsgrad von 70 bis 80 Prozent keine volle Rente erhalten sollen, sondern in den Arbeitsprozess zu integrieren sind, geht deshalb in die richtige Richtung und ist zu unterstützen.

**Weibel Thomas** (GL, ZH): Unbestritten ist und war der Wechsel von einem Stufensystem zu einem stufenlosen System, um die Schwelleneffekte auszumerzen. Die zentrale Frage, Sie haben es bereits in den Vorvoten gehört, lautet: Ab welchem Invaliditätsgrad soll eine volle Rente ausgerichtet wer-

den? Wir haben im Nationalrat in der ersten Lesung der Limite von 70 Prozent zugestimmt und damit in Kauf genommen, dass keine Einsparungen resultieren werden. In meinem damaligen Votum habe ich den Ständerat aufgefordert, eine Kompromisslösung von 75 Prozent zu prüfen, um eben auch noch Einsparungen für das System zu erzielen. Der Ständerat hat diesen Ball nicht aufgenommen und hat an seinen 80 Prozent festgehalten. Aber das Bundesamt für Sozialversicherungen hat einen Berechnungsfehler festgestellt, leider erst am Vorabend der Ständeratssitzung, d. h., der Ständerat kannte die neuen Zahlen zum Zeitpunkt seines Beschlusses nicht. Aufgrund dieser Zahlen ist die Lösung gemäss Minderheit nicht kostenneutral, wie wir meinten, sondern sie bringt Einsparungen von jährlich 45 Millionen Franken gegenüber den 60 Millionen Franken gemäss Ständerat und Kommissionsmehrheit. Diese doch recht kleine Differenz rechtfertigt es für uns Grünliberale nicht, Härtefälle in Kauf zu nehmen und das Risiko eines Referendums einzugehen.

Welches sind die Auswirkungen der neuen Zahlen auf die Bilanzierung? Die Entschuldung erfolgt gemäss Bundesrat im Jahr 2025, gemäss Ständerat im Jahr 2028 und gemäss Variante Lohr kurz danach; es werden nämlich Ende 2028 noch 82 Millionen Franken übertragen. Für uns Grünliberale sind diese Varianten somit bezüglich Entschuldung absolut gleichwertig. Bei der Berechnung bleibt aber ein schaler Nachgeschmack. Wir sind verunsichert und wissen nicht, ob die vorgelegten Zahlen richtig sind. Da uns keine Fakten vorliegen, die das widerlegen, bleibt uns nichts anderes übrig, als daran zu glauben, auch wenn nicht alle Zweifel ausgeräumt sind.

Aber wir Grünliberalen werden die Minderheit Lohr unterstützen.

**Kessler Margrit (GL, SG):** Wir diskutieren heute, ob wir den Schwächsten unserer Gesellschaft noch weitere Sparmassnahmen zumuten wollen oder nicht. Wir wollen Behinderte in den Arbeitsprozess reintegrieren. Damit wären wahrscheinlich auch die Betroffenen einverstanden – nur: Niemand will sie. So habe ich den SBB, der Post und der Swisscom, den grossen Betrieben, die dem Bund nahestehen, einen Brief geschrieben und ihnen die Frage gestellt, wie viele Arbeitsplätze zu 30 Stellenprozenten sie den behinderten Menschen zur Verfügung stellen. Die drei Betriebe stellen der Bevölkerung insgesamt gegen 80 000 Stellen zur Verfügung. Sie sind wohl bemüht, den Menschen, die während des Arbeitsprozesses behindert werden, einen entsprechenden Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Die Post stellt 2,4 Prozent ihrer Arbeitsplätze behinderten Menschen zur Verfügung. Das muss gelobt werden. Sie ist aber auch der einzige Betrieb, der bereit ist, 20 Stellen für Behinderte, die von aussen kommen, zur Verfügung zu stellen. Wohin schicken wir die restlichen 12 000 Behinderten? Es ist doch sinnlos, die Behinderten in die Ergänzungsleistungen und die Sozialfürsorge abzuschieben, nur um der AHV die IV-Schulden einige Monate früher zurückbezahlen zu können. Bestimmt fragen Sie sich, weshalb das Wunder «IV-Revision» so schnell vor sich geht. Ich kann Sie aufklären. Die medizinischen Abklärungsstellen haben vor zehn Jahren den Auftrag erhalten, unsere Wirtschaft zu sanieren. Menschen, die hinderlich waren, wurden mit der IV berentet. Nachdem es bei der IV zu einem Schuldenloch gekommen ist, haben die unabhängigen Abklärungsstellen den Auftrag erhalten, mit der Rentenvergabe restriktiv umzugehen. Diesen Auftrag haben die medizinischen Abklärungsstellen wahrgenommen und viele Renten gekürzt oder nicht vergeben. Diese unabhängigen Abklärungsstellen arbeiten bis zu 85 Prozent für die IV und möchten ihren Brotgeber nicht verlieren, der ausgezeichnet bezahlt; für ein einfaches Gutachten sind es 9000 Franken, für ein kompliziertes 16 000 Franken. Eine Gutachterstelle in Zürich hat es laut «Tages-Anzeiger» auf 500 Gutachten pro Jahr gebracht. Das sind richtige Geldmaschinen, die ihre Einkünfte nicht so einfach aufs Spiel setzen und den Auftrag der IV wahrnehmen wol-

len. Wir Politiker haben es gar nicht nötig, eine Korrektur vorzunehmen; diese wurde bereits eingeleitet. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag der Minderheit Lohr zuzustimmen. Wir wollen doch nicht die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft im Stich lassen!

**Schenker Silvia (S, BS):** Die Differenz bei diesem Artikel ist für das weitere Schicksal der Vorlage von grosser Tragweite. Es geht um die Frage, ab welchem Invaliditätsgrad die Versicherten eine ganze Rente erhalten, wenn sie mit der verbleibenden Erwerbsfähigkeit kein Einkommen erzielen können. Es handelt sich also nicht um einen Giesskannenartikel.

Um was für Menschen geht es bei diesem Artikel? Es geht um Menschen mit einem hohen Invaliditätsgrad, das heisst, wenn man den Ausdruck verwenden will, um Schwer- oder Schwerstbehinderte. Dass diese Menschen auf dem Arbeitsmarkt nur wenig Chancen haben, wissen alle Betroffenen und auch alle Fachleute, welche Behinderte bei der Arbeitssuche und bei der Eingliederung unterstützen.

Der Ständerat beharrt auf seinem Standpunkt und unterstützt damit die Position des Bundesrates. Mit dieser Fassung würden Behinderte erst ab einem Invaliditätsgrad von 80 Prozent eine ganze Rente erhalten. Sie haben bei der ersten Beratung einen Minderheitsantrag Lohr unterstützt, der zur Folge hätte, dass bereits ab 70 Prozent eine volle Rente ausbezahlt würde. Herr Pezzatti hat es als Zufallsresultat bezeichnet; ich bin aber der Meinung, dass sehr bewusst so entschieden wurde.

Ich bitte Sie namens der SP-Fraktion, bei Ihrem damaligen Entscheid zu bleiben und die Kommissionsminderheit zu unterstützen.

Sie haben es schon gehört: In der Kommission wurden uns neue Zahlen präsentiert. Aufgrund falscher Berechnungen ging man bis anhin davon aus, dass mit dem Antrag Lohr – volle Rente ab 70 Prozent – bei der Invalidenversicherung keine Einsparungen möglich seien. Nun ist der Berechnungsfehler entdeckt worden, und wir wurden darüber informiert, dass auch mit dieser Variante Einsparungen gemacht werden können. Im Bericht des BSV ist von möglichen Einsparungen in der Höhe von 45 Millionen Franken die Rede. Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, dass für die Betroffenen Einsparungen immer Leistungsverminderungen bedeuten, in diesem Fall Kürzungen von Renten.

Mit anderen Worten: Die Ausgangslage hat sich gegenüber der ersten Beratung hier im Rat verändert. Damals gingen wir davon aus, dass der Antrag der Minderheit Lohr sogenannte kostenneutral ist, das heisst für die IV zu keinen Mehrkosten, aber auch zu keinen Einsparungen führt. Schon damals folgte die Mehrheit des Rates dem Antrag der Minderheit Lohr. Es gibt also keinen Grund, wirklich keinen, dies heute nicht ebenfalls wieder zu tun.

Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, dass das neue Rentensystem auch mit dem Antrag der Minderheit Lohr und auch wenn Sie keine laufenden Renten antasten, zu tieferen Renten und damit zu Einsparungen aufseiten der IV führt. Das kann nicht genug betont werden. Ich bitte Sie dringend: Bleiben Sie bei Ihrem Entscheid, und geben Sie damit dem Ständerat ein klares Signal. Es soll und darf nicht sein, dass vor allem die Menschen, welche einen hohen Invaliditätsgrad haben, den Preis für die Einführung des neuen, linearen Rentensystems bezahlen.

Folgen Sie bitte dem Antrag der Minderheit!

**Gilli Yvonne (G, SG):** Sie haben es gehört: Es geht heute darum zu entscheiden, ob Menschen, die auf eine Invaliditätsrente angewiesen sind, eine Vollrente bekommen, wenn sie nur noch zu 20 Prozent oder schon wenn sie noch zu 30 Prozent arbeitsfähig sind. Wir haben unter zwei Gesichtspunkten darüber zu entscheiden: Der eine ist der wirtschaftliche Gesichtspunkt; von diesem haben praktisch alle meine Vorrednerinnen und Vorredner gesprochen. Es geht um die Sanierung der IV und damit auch um die Tilgung der Schuldenlast und letztendlich um die Garantie, dass die IV auch in Zukunft Menschen mit Behinderung zugutekommt. Daneben haben wir aber auch ein soziales Anliegen, nämlich dass

diejenigen Menschen, die als Folge von Behinderung, Krankheit oder Unfall auf eine Invaliditätsrente angewiesen sind, ein würdiges, selbstbestimmtes und wirtschaftlich gesichertes Leben führen können.

Wenn wir jetzt über den Minderheitsantrag Lohr entscheiden, ist es wichtig zu wissen, dass dieser beide Anliegen unterstützt. Er ist kostenbewusst – er ergibt sogar noch Einsparungen von ungefähr 45 Millionen Franken –, und er trägt der Tatsache Rechnung, dass es für Menschen, die auf der Basis von Invalidität eine Arbeitsfähigkeit von 20 bis 30 Prozent haben, ausserordentlich schwierig bis unmöglich ist, noch eine Arbeit zu finden. Sie wissen auch, dass im Laufe der bisher umgesetzten IV-Revisionen in diesem Bereich bereits weniger Renten gesprochen werden. Das heisst aber nicht unbedingt, dass die betroffenen Menschen jetzt im Arbeitsprozess tätig sind. Das heisst eben auch, dass diese Menschen – Menschen mit einer Invalidität von 70 bis 80 Prozent –, wenn sie Neurentner sind, einfach nur noch eine Rente von beispielsweise 50 Prozent zugesprochen erhalten und auf weitere Sicherheitssysteme der schweizerischen Sozialpolitik angewiesen sind, nämlich meistens zuerst auf Ergänzungsleistungen und anschliessend dann auch noch auf Sozialhilfe.

Nun ist es aber sowohl wirtschaftlich ein Blödsinn, eine solche Verlagerung in die Wege zu leiten – die Gemeinden und Kantone warnen auch davor und bitten uns ebenfalls, die Minderheit Lohr zu unterstützen –, als auch sozialpolitisch, weil es nämlich die betroffenen Menschen zu einem Spiessrutenlauf bei verschiedenen Ämtern zwingt, damit sie ihre wirtschaftliche Sicherheit erlangen. Das ist zwar noch möglich, aber es ist kränkend, und das Leben, das sie infolge dieser Massnahme zu führen haben, ist weniger selbstbestimmt.

Die grüne Fraktion bittet Sie deshalb dringend, der Minderheit Lohr zu folgen, das heisst, ab einer Invalidität von 70 Prozent eine volle Rente zu sprechen.

**Bortoluzzi Toni (V, ZH):** Es geht hier um die Ausgestaltung eines neuen Rentensystems. In diesem Zusammenhang gilt es, auch die Übergangsbestimmungen mit einzubeziehen. Für bestehende oder laufende Renten hat diese Ausgestaltung nicht die gleiche Wirkung wie für neue Renten. So werden z. B. über 55-Jährige, die bereits eine Rente beziehen, von diesem neuen, stufenlosen System ausgenommen. Es geht bei den 70 oder 80 Prozent nicht in erster Linie darum, Einsparungen in der Invalidenversicherung zu erzielen. Es ist eine Strukturkorrektur – das muss man hier in den Mittelpunkt stellen –, um den Grundsatz «Eingliederung vor Rente» zu stärken.

Die Ausführungen vieler Vorrednerinnen und Vorredner, die hier für den Antrag der Minderheit Lohr argumentieren, erinnern mich sehr stark an jene der Gegner der damaligen 5. IV-Revision. Es sind natürlich teilweise auch die gleichen Personen. Auch damals haben sie mit dem Schreckgespenst «Verschiebung in die Ergänzungsleistungen», «unanständige Herausforderung für Betroffene» und damit, dass Arbeitsplätze nicht zur Verfügung stehen würden, argumentiert. Heute argumentieren die gleichen Leute mit dem Erfolg der 5. IV-Revision. Das ist an sich komisch, da sie damals eigentlich mit den gleichen Argumenten diese 5. IV-Revision bekämpft haben.

Die Möglichkeiten für Betroffene sind nicht so schwierig, wie diese Leute sie darstellen. Ich spreche ihnen zum Teil den Willen ab, die Ziele der Sozialpolitik konsequent anzustreben. Es geht darum, die Betroffenen in der Eigenständigkeit zu stärken. Wenn man ein neues System ins Leben ruft, dann sollte man auch die Möglichkeiten dieses neuen Systems in vollem Umfang nutzen. Ich kann es nur wiederholen: Die Möglichkeit der Eingliederung ins System wird durch den Entscheid, auf 80 Prozent zu gehen, gestärkt.

Ich denke auch, dass die Vorlage mit diesem Minderheitsantrag nicht grundsätzlich besser wird. Das Ziel der IV-Sanierung wird damit aus unserer Sicht auch nicht erreicht. Immerhin sollte aber eine strukturelle Neuerung diesen Namen auch verdienen. Irgendwann müsste man ansonsten sagen:

«Ausser Spesen nichts gewesen.» Dann könnte man es auch beim Bestehenden belassen. Der Aufwand für die Korrektur wäre ansonsten plötzlich grösser als der Ertrag, was ja nicht das Ziel einer Revision sein kann, die sich an der Sanierung der Sozialversicherung orientieren sollte.

Ich bitte Sie, hier der Mehrheit zu folgen, dem Beschluss des Ständerates zuzustimmen und diese Differenz zu beseitigen.

**van Singer Christian (G, VD):** Monsieur Bortoluzzi, vous dites que vous voulez avant tout une modification de la structure. Alors pourquoi vouloir péjorer le sort des personnes dont le taux d'invalidité se situe entre 70 et 80 pour cent? Pourquoi voulez-vous reporter ces charges sur les communes et les cantons?

**Bortoluzzi Toni (V, ZH):** Herr Kollege, es geht mir natürlich vor allem um Folgendes: Wenn man ein neues System einführt, sollte dieses auch konsequent zur Anwendung gebracht werden. Das ist die Botschaft. Hier geht man etwas weiter als mit den heutigen 70 Prozent, und ich glaube, vor allem für Neurentner ist es auch eine Chance, sich mit einem kleinen Rest an Kompetenz einzubringen und sich zu bemühen, in der Arbeitswelt Aufnahme zu finden. Gerade die 5. Revision, Herr Kollege, hat bestätigt, dass die Wirtschaft eben durchaus bereit ist, zu Lösungen Hand zu bieten. Es ist falsch, wenn man einfach vorweg immer wieder behauptet, es gäbe keinen Platz für diese Leute. Es ist zweifellos nicht einfach. Aber nur, weil etwas nicht einfach ist, sollte man es nicht beiseiteschieben. Man muss den Mut haben, auch schwierige Probleme anzugehen. Es liegt im Interesse der betroffenen Personen – davon bin ich überzeugt –, dass man ihnen hilft, auch einen gewissen Teil ihrer Kompetenzen in der Arbeitswelt einzubringen.

**Hess Lorenz (BD, BE):** Die BDP-Fraktion hat im Rahmen der Vorbereitung dieser Differenzbereinigung ausgiebige Diskussionen geführt und auch diverse Anhörungen durchgeführt. Wir werden am Schluss als Fazit mehrheitlich den Antrag der Minderheit Lohr unterstützen, dies in erster Linie aufgrund der neuen Unterlagen, was das Zahlenmaterial anbelangt, vor allem aber auch aufgrund von Abklärungen, die wir in Bezug auf die Möglichkeiten der Schwerbehinderten auf dem Arbeitsmarkt vorgenommen haben. Wir sind der Überzeugung, dass wir damit nicht oder zumindest nicht in einem unververtretbaren Mass von der grundsätzlichen Sanierungslinie abweichen.

Wichtig scheint uns, dass wir mit dem linearen System, das ja nicht bestritten ist, trotzdem Einsparungen haben. Auch dort gibt es eine stattliche Anzahl von betroffenen Menschen, die hier Einbussen in Kauf nehmen müssen. Nun fragt sich, ob wir diese Einsparungen von 15 Millionen Franken mit der Heraufsetzung des Invaliditätsgrades von 70 auf 80 Prozent noch einmal im Bereich von einigen Tausend Betroffenen machen wollen oder nicht. Entscheidend dabei ist tatsächlich die Frage, ob es diesen Personen möglich ist, im Arbeitsmarkt Fuss zu fassen. Man kann sagen, man müsse es versuchen. Wenn das Angebot nicht vorhanden ist, ist es aber relativ schwer, das zu versuchen. So stellt sich schliesslich die Frage, ob es es wert ist – bei der Sanierung ist jeder Betrag viel wert; 15 Millionen betragen etwa ein Promille des IV-Volumens –, auf dem Buckel der Schwerbehinderten diese Summe noch einsparen zu wollen.

Wir sind der Meinung, dass sich das nicht lohnt. Auch aus der Sicht der Gemeinde- und Städtvertreter – ich muss es noch einmal wiederholen, auch wenn es bereits erwähnt wurde – ist es tatsächlich so, dass halt schlussendlich zumindest die grösste Zahl der betroffenen Personen im Bereich der Sozialhilfe bzw. bei den Ergänzungsleistungen landen wird, und das ist auch nicht im Sinne eines Gemeinde-, Kantons- oder Staatshaushalts.

Aufgrund dieser Überlegungen werden wir mehrheitlich dem Antrag der Minderheit Lohr zustimmen und empfehlen Ihnen, dasselbe zu tun.

**Berset** Alain, conseiller fédéral: Au nom du Conseil fédéral, je vous invite à soutenir la majorité de votre commission à l'article 28a alinéa 1bis.

Mes arguments sont les suivants. Si vous lisez bien cet article, vous verrez qu'il n'est pas question de 20 ou 30 pour cent de taux d'emploi, mais de 20 ou 30 pour cent du revenu d'une activité, ce qui peut signifier un taux d'emploi plus élevé. Le Conseil fédéral estime donc qu'avec sa version, soutenue par la majorité de la commission, on a un meilleur équilibre et on permet également un meilleur soutien aux personnes qui souhaitent, ou doivent, pouvoir travailler. Le Conseil fédéral est d'avis qu'il existe des places de travail pour les personnes qui sont concernées.

Un mot encore pour qu'il n'y ait pas de doutes à ce sujet sur le potentiel d'économies et la différence entre la proposition de la majorité et celle de la minorité Lohr. Dans les estimations chiffrées que nous avons, la différence est du simple au triple, si l'on tient compte de la proposition de la majorité de votre commission, à savoir appliquer ce système uniquement aux nouvelles rentes. Pour les nouvelles rentes, avec la proposition de la majorité de la commission, nous pouvons attendre une économie de 60 millions de francs par année; cette économie ne serait que de 20 millions de francs par année pour les nouvelles rentes en suivant la proposition de la minorité. Cela dit, je dois évidemment aussi donner raison sur ce point à Monsieur Bortoluzzi: il s'agit là de l'avenir, d'un changement de système, et ce n'est que dans la pratique qu'on pourra effectivement voir quelles seront les économies effectives qui pourront être réalisées. Nous prévoyons aujourd'hui, avec cette proposition, 60 millions de francs d'économies par année. Nous prévoyons au total, avec la proposition de votre commission, 95 millions de francs d'économies par année.

Si on prend en compte les dix prochaines années, on pourra s'attendre, avec la proposition de la majorité, à des économies pour un montant de presque un milliard de francs pour l'assurance-invalidité à la suite de la révision 6b. On ne peut pas dire aujourd'hui qu'un milliard de francs supplémentaire d'économies ne soit rien du tout. C'est nécessaire pour la santé financière de l'assurance-invalidité. Il faudra bien à un moment donné décider si ce milliard de francs doit être économisé ou non.

Avec ces arguments, je vous invite à suivre la majorité de la commission.

**Humbel** Ruth (CE, AG), für die Kommission: Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen, bei Artikel 28a Absatz 1bis Ständerat und Bundesrat zu folgen und ab einem Invaliditätsgrad von 80 Prozent eine ganze Rente zu gewähren.

Die Kommissionsmehrheit, der Bundesrat und der Ständerat sind sich einig, dass eine Erhöhung von heute 70 auf 80 Prozent für den Anspruch auf eine Vollrente zumutbar ist, zumal heute 30 Prozent der Rentnerinnen und Rentner mit einem Invaliditätsgrad zwischen 70 und 79 Prozent trotz ganzer Rente einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Es gehe um Schwerstbehinderte, um Schwächste, haben wir auch heute wieder verschiedentlich gehört. Ich erinnere Sie daran, dass die Menschen, um die es geht, mindestens einen Tag pro Woche arbeiten können. Schwerstbehinderte hingegen haben einen Invaliditätsgrad von 100 Prozent und sind zu 100 Prozent erwerbsunfähig. Das sind insgesamt 38,8 Prozent der IV-Bezügerinnen und IV-Bezüger. 18,8 Prozent der IV-Bezüger haben einen Invaliditätsgrad von 80 bis 99 Prozent. Wenn von Schwerstbehinderten gesprochen wird, geht es um insgesamt über die Hälfte, um gegen 58 Prozent der Menschen, die IV beziehen. Diese können als schwerstbehindert bezeichnet werden, und deren Vollrente wird in keiner Art und Weise tangiert.

Die Ergänzungsleistungen wurden auch verschiedentlich bemüht. Ich möchte darauf hinweisen, dass der Anteil der Ergänzungsleistungsbezügerinnen und -bezüger in der Rentenstufe von 70 bis 79 Prozent mit 30 Prozent vergleichsweise tief ist, denn in Bezug auf alle IV-Bezügerinnen und IV-Bezüger beträgt er 38 Prozent.

Artikel 28a Absatz 1bis steht in Zusammenhang mit Buchstabe a der Übergangsbestimmung. Der Bundesrat wollte ursprünglich das stufenlose System mit einer Vollrente ab einem Invaliditätsgrad von 80 Prozent für neue und laufende Renten. Das hätte Einsparungen von 120 Millionen Franken gegeben. Der Ständerat will das neue System nur auf neue Renten anwenden, was Einsparungen von 60 Millionen Franken zur Folge hätte. Der Nationalrat hat zwar das lineare Rentensystem in der Wintersession beschlossen, wollte aber bei einer Vollrente ab 70 Prozent bleiben und das lineare System auch auf bisherige Renten anwenden. In der Wintersession wurde diese Variante als «kostenneutral» bezeichnet. Inzwischen geht man gemäss den neuen Zahlen von einem Einsparpotenzial von 20 Millionen Franken bei Neurenten und von 25 Millionen Franken bei bisherigen Renten aus; das heisst also, dass es, wenn in der Übergangsbestimmung auch bisherige Renten von den Einsparungen tangiert würden, Einsparungen von insgesamt 45 Millionen Franken gäbe.

Es geht hier aber um ein Gesamtkonzept. Wenn Ihnen Ihre Kommission vorschlägt, bei 80 Prozent eine Vollrente auszurichten, dann hat sie gemäss Ständerat auch darauf verzichtet, bei bisherigen Renten dieses Niveau anzuheben. Ihre Kommission schlägt Ihnen vor, hier dem Ständerat zu folgen, die Vollrente ab einem Invaliditätsgrad von 80 Prozent zu beschliessen und das neue System nur auf Neurenten anzuwenden.

Ich möchte nochmals kurz auf die Entwicklung dieser Vorlage und auf die Verflüchtigung des Sparwillens hinweisen. Die Vorlage wurde als letzter Schritt der IV-Revision nach der 5. Revision und nach der Zusatzfinanzierung als Sparvorlage mit sozialverträglichen Sparmassnahmen angekündigt. In der Vernehmlassungsvorlage sprach man von Einsparungen von 720 Millionen Franken. Aus der Botschaft des Bundesrates resultierten noch 395 Millionen Franken. Der Ständerat fasste im Dezember 2011 einen Beschluss über Einsparungen von 245 Millionen Franken. Und ein Jahr später, also im Dezember 2012, ging es im Nationalrat noch um rund 35 Millionen Franken. Der Ständerat hat nun in der Frühjahrsession Einsparungen in der Höhe von 95 Millionen Franken beschlossen; davon gehen 60 Millionen Franken auf die Neuerung des Rentensystems zurück. Wenn wir nun dem Antrag der Minderheit Lohr folgen, so ist es gemäss den Zahlen der Wintersession kostenneutral; gemäss den neuen Zahlen gäbe es Einsparungen von 20 Millionen Franken.

Der Entscheid für die Schwelle von 80 Prozent fiel in der Kommission äusserst knapp mit 13 zu 12 Stimmen. Ich bitte Sie aber, der Kommissionsmehrheit zu folgen und einen minimalen Rest an sozialverträglichen Sparmassnahmen in der Vorlage zu belassen.

**Cassig** Ignazio (RL, TI), pour la commission: Cet article traite du seuil d'invalidité à partir duquel on a droit à une rente entière. Ce seuil a été fixé par la majorité à 80 pour cent et à 70 pour cent par la minorité Lohr.

Il faut considérer le fait que nous parlons par commodité du seuil de 70 pour cent, respectivement 80 pour cent; en réalité la loi parle d'un revenu d'invalidité inférieur ou égal à 20 pour cent, respectivement 30 pour cent – comme l'a rappelé Monsieur le conseiller fédéral Berset. Le revenu d'invalidité n'est pas identique au taux d'invalidité; il faut considérer que ce sont deux choses différentes. Un revenu d'invalidité de 20 pour cent peut signifier un taux d'invalidité même plus élevé que 80 pour cent.

En quoi consiste la différence entre la majorité et la minorité? La majorité veut une rente entière à partir d'un taux d'invalidité de 80 pour cent; ceci s'applique aux nouvelles rentes. La minorité veut une rente entière à partir d'un taux d'invalidité de 70 pour cent; ceci s'applique aussi aux nouvelles rentes.

Le but de la 6e révision est de réduire la dette de 15 milliards de francs qui grève l'assurance-invalidité. Mais cet exercice est en train de produire un maigre résultat. Je vous rappelle que cette révision, dans sa première version, avait promis

une réduction des dépenses de 720 millions de francs, que le message relatif à la modification de la loi fédérale sur l'assurance-invalidité publié en 2011 par le Conseil fédéral avait par la suite ramené ces économies à 325 millions de francs, que le Conseil des Etats a réduites à 250 millions en décembre 2011, et que notre conseil a réduites à 45 millions en décembre dernier. Vous le voyez, on est passé d'un exercice prévoyant 720 millions de francs d'économies à 40 millions finalement.

Aujourd'hui, nous avons le choix entre la version de la majorité, qui permet des économies de 60 millions de francs, et celle de la minorité, qui réduit ces économies à 20 millions de francs. Veuillez noter que la version de la minorité prévoit des économies encore plus légères aujourd'hui que celle que notre conseil a votée en décembre dernier, qui prévoyait 45 millions de francs, parce qu'elle s'applique uniquement aux nouvelles rentes, alors qu'en décembre dernier notre conseil avait décidé de l'appliquer également aux rentes en cours, c'est-à-dire à 155 000 assurés de moins de 55 ans qui seraient soumis à une révision de leur situation sur trois ans.

Les économies résultant de l'adoption de la proposition de la minorité Lohr sont donc aujourd'hui encore plus réduites que ce qui était prévu par notre conseil en décembre dernier.

Si à cette époque-là la décision de notre conseil avait été considérée comme neutre d'un point de vue financier, l'administration fédérale a entre-temps corrigé ses chiffres et nous a dit que notre décision de décembre dernier avait non seulement pu être neutre, mais avait également permis de réaliser quelques économies. Mais encore une fois, attention: la proposition de la minorité Lohr que le Conseil national avait acceptée alors est différente de celle qui est soumise aujourd'hui, et les économies ne sont plus celles qui nous avaient été communiquées.

Le nombre de personnes avec un taux d'invalidité entre 70 et 79 pour cent a diminué de 7300 entre 2009 et 2012; 20 pour cent d'entre elles travaillent et génèrent un revenu annuel d'au moins 10 000 francs. Les réformes 4, 5 et 6a ont demandé des investissements importants – des millions de francs – pour améliorer l'intégration professionnelle des invalides, et nous sommes aujourd'hui contents que ces mesures commencent à porter leurs fruits, avec des retombées sur le plan financier.

La commission, par 13 voix contre 12, vous invite à poursuivre ces efforts et à adopter la proposition de la majorité à cet alinéa.

#### *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/8881)

Für den Antrag der Minderheit ... 108 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 78 Stimmen

#### **Ersatz eines Ausdrucks vor Art. 38**

*Antrag der Kommission*

Festhalten

#### **Remplacement d'une expression précédant l'art. 38**

*Proposition de la commission*

Maintenir

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 38 Abs. 1ter**

*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit*

(Bortoluzzi, Blocher, Borer, de Courten, Frehner, Parmelin, Stahl)

Festhalten

#### **Art. 38 al. 1ter**

*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

#### *Proposition de la minorité*

(Bortoluzzi, Blocher, Borer, de Courten, Frehner, Parmelin, Stahl)

Maintenir

**Bortoluzzi** Toni (V, ZH): Es geht hier um Kinderrenten, um Zulagen, die an IV-Rentner für im Ausland lebende Kinder ausbezahlt werden. Zur Erinnerung: Eine durchschnittliche Kinderzulage der IV beträgt zurzeit monatlich etwa 540 Franken, der Monatslohn in verschiedenen Ländern ist tiefer als die von der Schweiz ausbezahlte Summe für Kinder von IV-Rentenbezüglern im Ausland – damit können Sie erkennen, wie die Situation ist.

Da geht es auch weniger um eine wesentliche Verbesserung der IV-Rechnung, es geht um ein paar wenige Millionen Franken. Bei Schulden von 14,5 Milliarden ist das ja keine entscheidende Einsparung. Es geht aber darum, bei der IV einen falschen Anreiz zu beseitigen. Der Missbrauch, der seit einigen Jahren erfolgreich angegangen wird, wäre zweifellos weniger gross gewesen, wenn die Kaufkraftregelung bei den Kinderzulagen in der Fassung, wie sie der Nationalrat in der ersten Lesung beschlossen hat, bereits zu einem früheren Zeitpunkt Bestand gehabt hätte. Aber das war nicht der Fall.

Für Leute, die wenig Respekt gegenüber staatlichen Sozialeinrichtungen kennen, sind solche Verhältnisse geradezu eine Einladung, sich die Leistungen in irgendeiner Art und Weise zu ergattern.

Ich bitte Sie also, an Ihrem Entscheid festzuhalten und der Minderheit zu folgen.

**Gilli** Yvonne (G, SG): Die grüne Fraktion bittet Sie, dem Antrag der Minderheit Bortoluzzi nicht zuzustimmen und somit dem Ständerat zu folgen. Ich kann die Argumentation des Ständerates übernehmen: Diese Änderung ist u. a. nicht sinnvoll, weil ein grosser Apparat in Gang gesetzt wird, um die gesprochenen Renten zu differenzieren; es entsteht ein Verwaltungsaufwand, ohne dass diesem ein entsprechender Ertrag gegenüberstehen würde. Zahlreiche Länder sind von dieser Veränderung nämlich gar nicht betroffen, weil wir mit diesen Ländern bereits Vereinbarungen haben, die uns daran hindern würden, diesen Absatz 1ter umzusetzen.

Dieser Minderheitsantrag ist sowohl aus Gründen der systemischen Logik wie auch aus Gründen des unverhältnismässigen Aufwandes bei einem geringen Ertrag ein Blödsinn. Dies ist insbesondere der Fall, wenn man dann noch betrachtet, was das materiell bedeutet: Heute sind genau 850 Kinderrenten davon betroffen, und es betrifft einen Betrag von 7 Millionen Franken, wobei noch zu beachten ist, dass 90 Prozent dieser Kinderrenten Schweizer Kinder betreffen, die im Ausland leben.

Wir bitten Sie deshalb, nicht der Minderheit Bortoluzzi, sondern dem mit Vernunft gefällten Entscheid des Ständerates zu folgen.

**Steiert** Jean-François (S, FR): Le groupe socialiste vous propose de suivre le Conseil des Etats et de biffer l'alinéa 1ter de l'article 38, c'est-à-dire d'en rester au droit en vigueur.

L'idée d'adapter les rentes des enfants domiciliés à l'étranger au coût de la vie souvent plus bas des pays concernés peut paraître juste à première vue. Mais cette idée soulève beaucoup plus de problèmes qu'elle ne peut éventuellement en résoudre.

Non seulement la proposition de la minorité vise à réduire les rentes pour enfant, mais elle crée surtout de nouvelles inégalités. Tout d'abord, elle abandonne le principe de la contribution au profit du principe du besoin pour une petite catégorie limitée d'assurés. Ce sont des gens domiciliés à l'étranger, et non seulement ils sont domiciliés à l'étranger, mais en outre ils vivent dans des pays non membres de l'AELE, des pays qui n'ont pas signé d'accord bilatéral sur les assurances sociales avec la Suisse. Ce sont donc de très petits groupes de personnes qui seraient concernés. Ils seraient traités selon un principe, alors que tous les assurés

domiciliés dans d'autres pays étrangers seraient traités d'après un autre principe.

Il y a une deuxième incohérence. La proposition de la minorité Bortoluzzi prévoit d'adapter les rentes au coût de la vie, mais seulement dans un sens: au pouvoir d'achat le plus faible. Par contre, si le coût de la vie est plus élevé dans un pays – c'est le cas par exemple en Norvège, au Japon, à Singapour, etc. –, il faudrait renoncer à adapter les rentes pour enfant. On prévoit une adaptation, mais uniquement là où cela nous arrange; là où cela ne nous arrange pas, on y renonce. C'est une manière relativement peu cohérente et peu logique de faire de la politique.

En ce qui concerne les résultats de l'opération, nous avons actuellement 640 millions de francs qui sont versés chaque année pour des rentes pour enfant, dont 550 millions en Suisse, 70 millions dans des pays de l'AELE, et 20 millions seulement dans d'autres pays. Sur ces 20 millions de francs, deux tiers sont versés dans des pays avec lesquels nous avons des accords bilatéraux. Si nous voulons baisser les rentes dans ces pays, nous devons abandonner notre stratégie d'accords bilatéraux, entrer donc dans une isolation complète – c'est peut-être une intention secondaire du camp duquel vient cette proposition, mais je suppose que ce n'est pas sérieusement que ces gens-là envisagent de telles propositions.

Il reste donc au maximum 1 pour cent de l'ensemble des rentes pour enfant, c'est-à-dire un petit nombre à un chiffre de millions que l'on peut éventuellement économiser de manière brute. Mais cette économie potentielle est théorique, dans la mesure où il faut lui opposer le coût de renégociation des accords avec toute une série de pays, si nous voulons aller dans cette direction, et aussi le fait que les pays concernés exerceraient certainement une pression sur ce dossier ou sur d'autres dossiers, ce qui engendrerait des coûts pour la Suisse.

Enfin l'effet supposé est encore réduit par le fait que le montant moyen des rentes dans les pays concernés est généralement plus bas que le montant moyen des rentes en Suisse, dans la mesure où les salaires qui permettent d'atteindre ces montants sont généralement plus bas que ceux qui permettent d'atteindre les montants des rentes en Suisse.

La dernière difficulté se trouve dans l'application d'une telle proposition. Aujourd'hui déjà, il n'est pas toujours évident de vérifier quel est effectivement le domicile d'un assuré. Avec la proposition de la minorité Bortoluzzi, l'incitation à contourner le principe de domicile, par exemple par des voyages un peu plus fréquents, serait encore plus importante. Il y a donc une incitation au délit dans cette proposition qui va à l'encontre de tous les objectifs que nous nous sommes fixés pour cette révision.

Ce sont les raisons pour lesquelles nous vous recommandons de soutenir la proposition de la majorité de la commission et la décision du Conseil des Etats.

**Stahl Jürg (V, ZH):** Im Dezember des vergangenen Jahres hat unser Rat dieser jetzt zum Minderheitsantrag mutierten Bestimmung in Artikel 38 Absatz 1ter mit 116 zu 56 Stimmen zugestimmt. Aufgrund der Deutlichkeit jener Abstimmung bin ich schon etwas überrascht, dass sich nur eine verhältnismässig kleine Minderheit an der Willenskundgebung des Rates orientiert.

Nach der Diskussion in der Wintersession gibt es keine neuen Erkenntnisse. Die Argumente liegen auf dem Tisch; es gibt keine neuen Argumente. Es ist in der Tat ein verhältnismässig kleiner Millionenbetrag. Trotzdem ist die Symbolik nicht zu unterschätzen: Der Antrag der Minderheit Bortoluzzi ist ein klares Zeichen, hier keine Kaufkraftunterschiede gegenüber den im Ausland lebenden Kindern und zulasten der in der Schweiz lebenden Kinder zuzulassen. Es lohnt sich, sich am Mehrheitsbeschluss der Wintersession zu orientieren. Auch wenn es sich um einen kleinen Betrag handelt, bin ich überzeugt, dass es genau dieses Zeichen braucht, um weiterhin gegen Missbrauch und Ungleichheiten antreten zu können.

Ich bitte Sie namens der SVP-Fraktion, dem Antrag der Minderheit Bortoluzzi zuzustimmen und sich am deutlichen Mehrheitsbeschluss der Wintersession zu orientieren.

**Berset Alain, conseiller fédéral:** J'aimerais vous inviter à suivre ici la majorité de votre commission.

Tous les arguments ont effectivement été présentés. Cette mesure ne permettrait d'adapter qu'une extrême minorité des rentes pour enfant qui sont versées à l'étranger, parce que, pour l'immense majorité de ces rentes, nous avons des accords bilatéraux soit avec l'Union européenne et l'AELE, qui empêchent une adaptation, soit avec une quinzaine d'autres pays, qui empêchent également une adaptation. On pourrait certes toujours les renégocier, mais enfin, ce serait quand même un assez gros travail. Là où il n'y a pas d'accord, il y aurait une possibilité de le faire.

Il reste au total 850 rentes pour enfant – c'est donc le total – pour un montant de 7 millions de francs. Et, comme cela a déjà été mentionné, à 90 pour cent ce sont des enfants suisses de citoyens suisses qui seraient touchés par cette mesure. Cela nous semble donc être une mesure qui ne permet pas d'atteindre le but qu'elle se fixait – à savoir de réaliser des économies. On pourrait réaliser quelques économies sur ce montant de 7 millions de francs, mais enfin, ce n'est pas quelque chose de suffisamment important pour créer ici une inégalité de traitement qui serait également difficile à justifier.

Je vous invite donc, au nom du Conseil fédéral, à suivre sur ce point la majorité de la commission.

**Humbel Ruth (CE, AG), für die Kommission:** Trotz des klaren Entscheides in der Wintersession beantragt Ihnen Ihre Kommission, in diesem Punkt dem Ständerat zu folgen und diese Differenz auszumergen. Kinderrenten können nur in Ländern ausserhalb des EU-/Efta-Raumes kaufkraftbereinigt gekürzt werden, und zwar nur in denjenigen Ländern, mit denen die Schweiz kein Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen hat.

Betroffen sind insgesamt 850 Kinderrenten mit Kosten von 7 Millionen Franken. Bei 90 Prozent der Bezugsberechtigten handelt es sich um Schweizer Bürger, die im Ausland wohnen.

Aus diesen Gründen sieht die Kommission hier kein essenzielles Sparpotenzial im Vergleich zum administrativen Aufwand. Sie beantragt Ihnen mit 16 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen, dem Ständerat zu folgen.

**Cassis Ignazio (RL, TI), pour la commission:** Cette disposition, qui avait été adoptée par notre conseil en décembre dernier, a encore été l'objet d'une réflexion un peu plus approfondie au sein de la commission. Celle-ci a décidé, par 16 voix contre 7 et 3 abstentions, de vous proposer de la biffer.

C'est une disposition qui ne s'appliquerait qu'à des pays situés en dehors de l'Union européenne et de l'AELE, et à des pays qui, en dehors de ces deux entités, n'auraient pas de convention avec la Suisse. Finalement, il y a très peu de pays pour lesquels cette disposition serait applicable. Vous l'avez entendu, il s'agit globalement de 850 rentes pour enfant, pour un coût de 7 millions de francs suisses, et qui concernent à 90 pour cent des citoyens suisses à l'étranger. Sur la base de cette analyse plus détaillée, la majorité de la commission vous recommande de suivre sa proposition et de biffer cette disposition.

*Abstimmung – Vote*

*(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/8882)*

Für den Antrag der Mehrheit ... 107 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 74 Stimmen

**Art. 80**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 3, 4*

Festhalten

*Antrag der Minderheit*

(Hess Lorenz, Candinas, Cassis, Humbel, Ingold, Moret, Weibel)

*Abs. 3*

...

b. ... an die Preisentwicklung angepasst und die Erhöhung des Beitragssatzes nach Artikel 80 Absatz 3 Buchstabe a wieder aufgehoben.

...

*Abs. 4*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 80***Proposition de la majorité**Al. 3, 4*

Maintenir

*Proposition de la minorité*

(Hess Lorenz, Candinas, Cassis, Humbel, Ingold, Moret, Weibel)

*Al. 3*

...

b. ... adapté à l'évolution des prix et le relèvement du taux de cotisation visé à l'article 80 alinéa 3 lettre a est supprimé.

...

*Al. 4*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Wir führen hier auch eine Diskussion über den Antrag der Minderheit Bortoluzzi zu Ziffer II Buchstabe f.

**Hess Lorenz** (BD, BE): Die Minderheit bittet Sie, Absatz 3 von Artikel 80 beizubehalten und, anders als von der Mehrheit beantragt, nicht zu streichen. Es geht hierbei um die Schuldenbremse für die IV. Die Minderheit bittet Sie also, diesen Absatz nicht zu streichen und auch die Ergänzung zu Buchstabe b anzunehmen.

Der Mechanismus sieht Massnahmen vor für eine Situation, in welcher die IV in eine finanzielle Schieflage gerät. Das heisst, dass der Bestand der flüssigen Mittel und der Anlagen im IV-Ausgleichsfonds am Ende eines Jahres unter 40 Prozent einer Jahresausgabe liegt und absehbar ist, dass der Bestand auch im folgenden Jahr darunterliegen wird. Sinken also die Mittel unter diese Grenze, muss der Bundesrat den Beitragssatz um 0,1 Prozentpunkte erhöhen. Zudem wird die Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung sistiert. Die IV-Rente muss jedoch dem Betrag von 95 Prozent der von der AHV entrichteten Rente entsprechen.

Wir sind der Meinung, dass am Mechanismus, wie er in Artikel 80 Absatz 3 beschrieben ist, auch im Sinne einer gewissen Opfersymmetrie festgehalten werden sollte. Demzufolge bitten wir Sie, auch den Zusatz zu Buchstabe b anzunehmen.

**Bortoluzzi Toni** (V, ZH): Sie haben diese Vorlage – eine ursprünglich als Sanierungsvorlage konzipierte Revision – zu einem bescheidenen «Strukturreformli» reduziert. Die Strukturkorrekturen sind zwar nicht völlig falsch, das muss man sagen. Allerdings machen wir diese Korrekturen zwanzig oder dreissig Jahre zu spät. Es wird aus meiner Sicht mit den bisher bereinigten Artikeln völlig unmöglich sein, die IV bis zum Auslaufen des Mehrwertsteuerbeitrags und der Zinsleistung des Bundes – das ist etwa in fünf Jahren – mit einer ausgeglichenen Rechnung zu versehen. Ich meine, das ist eine Illusion.

Diese IV-Vorlage entspricht nicht den grossspurigen Versprechen, die vor der befristeten Mehrwertsteuererhöhung gemacht wurden. Die Medienmitteilung der CVP, nachdem der Beschluss zur Mehrwertsteuer zustande kam, lautete: «Denn die Finanzierung der IV bei einer Annahme der Vorlage» – jener zur Mehrwertsteuer – «ist lediglich bis 2017 sichergestellt. Eine Sanierung bleibt also prioritär. Dabei wird man um weitere Leistungskürzungen nicht herumkommen.»

Das war die Medienmitteilung der CVP. CVP-Fraktionschef Schwaller sagte am 27. Mai 2008 in der Debatte: «Wir von der Mehrheit» – er meinte die Kommissionsmehrheit – «wollen erstens einmal dem Stimmbürger klar sagen: Wir machen eine 6. IV-Revision, diese wird ausgabenseitig sein.» (AB 2008 S 299) Herr Schwaller hat auf irgendeine Art und Weise die Seite gewechselt, aber das sind wir ja von der CVP gewohnt. In ihrer Medienmitteilung blies die GLP damals ins gleiche Horn; ich lese Ihnen jetzt diese Zeilen nicht vor, aber es tönte in etwa gleich.

Der Ständerat macht mit der Schuldenbremse, wie er sie beschlossen hat, wieder den gleichen Fehler wie damals bei der befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer: Man sagt, man nehme zuerst einmal neue Einnahmen und dann schaue man wieder. Ich kann Ihnen das Gleiche garantieren, was ich Ihnen schon vor fünf oder sechs Jahren hier garantiert habe: Wenn Sie nun zusätzliche Einnahmen in Aussicht stellen, dann wird man diese zuerst realisieren, und alles andere wird hinausgeschoben – so, wie Sie hier auch diese Vorlage behandeln.

Ich bitte Sie also, bei Artikel 80 der Kommissionsmehrheit zu folgen und dazu dem Antrag der Minderheit bei den Schlussbestimmungen zuzustimmen. Das ist eine Schuldenbremse, die den Versprechungen, die vor der Erhöhung der Mehrwertsteuer gemacht wurden, gerecht wird. Das, was der Ständerat beschlossen hat, ist ein Ausweichen und eine Vermeidung von tatsächlichen Sanierungen. Der Bundesrat wird einerseits beauftragt, mit einer Vorlage aktiv zu werden; das wird in Artikel 80 von der Mehrheit beantragt. Die Minderheit, die ich vertrete, beantragt andererseits eine zusätzliche Massnahme: Sie verlangt bei einer schlechten Entwicklung der IV-Rechnung die Aussetzung der Rentenanpassungen und eine Reduktion der Kinderzulagen um einen Viertel. Das heisst, dass die durchschnittliche Kinderzulage für Rentner statt 540 Franken immer noch 410 Franken betragen würde. Das ist eine zumutbare Massnahme. Sie ist übrigens ursprünglich vom Bundesrat so vorgesehen worden; es ist so gesehen nichts Neues.

Es müsste den Befürwortern der Auftrennung der ursprünglichen Vorlage an sich leichtfallen, diesem Konzept zuzustimmen, weil sie ja immer wieder zum Ausdruck bringen, die IV sei auf Sanierungspfad und weiter gehende Änderungen seien nicht notwendig. Wenn dem so wäre, könnten Sie diesem Konzept, so, wie es die Minderheit beantragt, zustimmen, weil es ja dann gar nie in Kraft treten würde und nicht angewendet werden müsste.

Ich bitte Sie, hier zum Schluss die Sanierung nicht völlig aus den Augen zu verlieren und bei den Schlussbestimmungen dem Antrag meiner Minderheit zuzustimmen.

**Ingold Maja** (CE, ZH): Die CVP/EVP-Fraktion hat sich schon in der Detailberatung der Vorlage im Grundsatz zu folgendem Tandem bekannt: einerseits Warten auf die Erfolge der Entschuldung der IV mit den drei schon in Kraft gesetzten Revisionen und andererseits Zustimmung zur Verschiebung des Teils der Revisionsvorlage mit den Kinderrenten und Reisekosten. Das heisst, hier ein kalkuliertes Risiko einzugehen, dass im schlechten Fall die positiven Zahlen nicht eintreffen und der vorläufig ausgesetzte Teil der Revision dann doch behandelt werden muss, mit dem Ziel eines grösseren nötigen Beitrages an die Revision 6b. Also haben wir hier das kalkulierte Risiko und auf der anderen Seite – das betrifft Artikel 80 – einen griffigen Interventionsmechanismus, dessen Lasten möglichst symmetrisch auf Arbeitgeber- und Rentnerschultern verteilt werden und dessen Eckwerte schon jetzt ins Gesetz geschrieben werden.

Die CVP/EVP-Delegation hat deshalb in der Kommission den Antrag Hess Lorenz unterstützt und ist überzeugt, dass der austarierte, griffige Interventionsmechanismus als Konsequenz zur Teilung der Vorlage und als einstweiliger Verzicht auf grosse Sparvolumen in die ganze Revision gehört. Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt die jetzige Minderheit Hess Lorenz. Ihr Antrag gewährleistet, dass nach diesen maximal fünf Jahren, in denen die Lohn- und Preisentwicklung bei den Renten sistiert werden kann, die Renten wieder

an die Preisentwicklung angepasst werden und dass sie nicht stagnieren und am Ende für die Berechnung der Ehepaar-, Kinder- und Waisenrenten nicht mehr mit der AHV mithalten können.

Ich habe an der Sitzung der SGK beim Bundesrat genau nachgefragt, was nach fünf Jahren mit den Renten passiert. Sie werden angepasst, ohne die Sistierung mittragen zu müssen, und sie werden wieder mit der AHV zusammengehen. Diese Koordination wird sichergestellt. Damit ist auch die Symmetrie gewährleistet, dass die für fünf Jahre getroffenen Einschränkungen auf beiden Seiten aufgehoben werden – ohne Folgen der sistierten Anpassungen. Die CVP/EVP-Fraktion steht zu dieser Lösung als vorgegebenem, austariertem, fairem Mechanismus.

**de Courten** Thomas (V, BL): Der Ständerat beharrt bei Artikel 80, wie der Bundesrat und die Minderheit Hess Lorenz, auf einem zweistufigen Interventionsautomatismus, der die Invalidenversicherung künftig vor finanziellen Schiefen bewahren soll. In einer ersten Stufe ist vorgesehen, dass der Bundesrat der Bundesversammlung die erforderlichen Gesetzesänderungen vorzuschlagen hat. Das ist der richtige und übliche Weg, deshalb ist dieser Ansatz auch nicht bestritten. Das hat der Bundesrat auch zwingend zu tun, sobald sich abzeichnet, dass gemäss Absatz 2 «der Bestand der flüssigen Mittel und der Anlagen des IV-Ausgleichsfonds innerhalb der nächsten drei Jahre während zweier aufeinanderfolgender Rechnungsjahre» die Schwelle von 40 Prozent einer Jahresausgabe unterschritten wird. So weit zu diesem Teil der Schuldenbremse, in den die Bundesversammlung eingebunden ist und der genau deshalb unbestritten ist. In Absatz 3 folgt jedoch der umstrittene Automatismus, der mit dem Abschluss des Parlamentes verbunden ist. Prophylaktisch soll hier bereits vorausseilend festgelegt werden, wie das Stopfen künftiger Finanzierungslöcher funktionieren soll: erstens über eine Erhöhung der Beiträge zulasten der beitragspflichtigen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, also primär einnahmenseitig, und zweitens, quasi sekundär, über eine Deckelung des Teuerungsausgleichs bei der Anpassung der Renten an die Preisentwicklung. Mehreinnahmen und Deckelung der Ausgaben, das soll künftig das gesetzlich verbriefte Sanierungskonzept sein. Mit diesem Mechanismus bleibt ausser Acht, dass es für die Sanierung einer künftig vielleicht wieder defizitären IV noch zahlreiche andere Möglichkeiten gäbe: eine ausgabenseitige Sanierung ohne eine Erhöhung der Beitragssätze beispielsweise, eine Eingrenzung der IV-Berechtigungen, gezielte Kürzungen der Renten oder eine konsequentere Missbrauchsbekämpfung. Von der linken Ratshälfte werden sicher noch weitere Sanierungskonzepte vorgeschlagen werden. Nur: Solange der Bundesrat nicht selbst auf diese Ideen kommt und sie dem Parlament vorschlägt, bleibt nichts anderes als der in Absatz 3 festgeschriebene Sanierungsautomatismus. Dieses Konzept der Schuldenbremse lehnen wir ab. In den Schlussbestimmungen schlagen wir dem Rat aber vor, was als Sofortmassnahme vorzusehen ist, falls die eidgenössischen Räte sich nicht einigen können; Herr Bortoluzzi hat seinen Minderheitsantrag bereits vertreten. Ich bitte Sie, in diesem Punkt der Minderheit zu folgen. Bei Artikel 80 Absatz 3 unterstützen wir aber die Mehrheit, die am bisherigen Beschluss des Nationalrates festhalten will. Ich bitte Sie folglich, konsequent bei Ihren bisherigen Entscheidungen zu bleiben.

**Weibel** Thomas (GL, ZH): Die Minderheit Hess Lorenz nimmt die Lösung von Bundesrat und Ständerat auf. Sie präzisiert mit ihrer Formulierung, dass auch die Erhöhung der Lohnbeiträge nach fünf Jahren wieder aufgehoben wird. Die Mehrheit will keine Schuldenbremse. Die einen, sie haben es gehört, wollen keine zusätzlichen Lohnbeiträge, die anderen wollen keine Leistungseinschränkungen. Wir Grünliberalen sind überzeugt, dass alle Sozialwerke eine Schuldenbremse brauchen. Wir sind aber auch überzeugt, dass derart drastische Massnahmen, wie es die Automatismen der Schuldenbremse sind, ausgewogen sein müssen. Der

Automatismus soll symmetrisch ansetzen, sowohl auf der Ausgabenseite wie auch auf der Einnahmenseite, und die Massnahmen sollen gleichzeitig wieder aufgehoben werden. Ausgewogen bedeutet übrigens nicht, dass auf beiden Seiten identische Sparbeiträge erzielt werden müssen.

Der Antrag der Minderheit Hess Lorenz entspricht diesen Forderungen an die Ausgestaltung der Schuldenbremse. Deshalb werden wir Grünliberalen ihn unterstützen. Konsequenterweise lehnen wir den Antrag der Minderheit Bortoluzzi ab. Ich empfehle Ihnen, dasselbe zu tun.

**Pezzatti** Bruno (RL, ZG): Bei der Schuldenbremse unterstützt die FDP-Liberale Fraktion den Antrag der Minderheit Hess Lorenz und grundsätzlich auch das vom Bundesrat beantragte zweistufige Vorgehen, d. h. in einer ersten Phase die Unterbreitung von Massnahmen an die Bundesversammlung zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts der IV gemäss Artikel 80 Absatz 2.

Liegt der Bestand der flüssigen Mittel und der Anlagen des IV-Ausgleichsfonds am Ende eines Rechnungsjahres unter 40 Prozent einer Jahresausgabe, ist in der zweiten Phase nicht nur die vorgesehene Sistierung der Teuerungsanpassung der IV-Renten auf längstens fünf Jahre zu begrenzen, sondern ebenso die einnahmenseitige Erhöhung der Beitragssätze um 0,1 Lohnprozente. So verlangt es der Minderheitsantrag Hess Lorenz, dies im Sinne einer glaubwürdigen Schuldenbremse, die ausgewogen sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen ansetzt. Dies entspricht im Übrigen auch dem von der FDP-Liberalen Fraktion verlangten Sicherheitsnetz vor der anstehenden AHV-Reform. Auch dort braucht es eine glaubwürdige Schuldenbremse, die gleichermassen bei den Ausgaben und Einnahmen greift und die vor allem verhindern soll, dass im Falle eines Politversagens respektive bei einem Scheitern der AHV-Reform ab 2019 Schuldenberge in Milliardenhöhe wie bei der IV anfallen.

Wir werden ebenfalls bei den Schlussbestimmungen bei Buchstabe f den Minderheitsantrag Bortoluzzi, auch im Sinne eines nachträglichen Sicherheitsnetzes, unterstützen.

**Schenker** Silvia (S, BS): Auch dieser Artikel ist ein Schicksalsartikel für die Vorlage. Es geht darum, was geschieht, wenn der Sanierungspfad, wie er bis jetzt eingeschlagen worden ist, nicht zum Erfolg führt und demzufolge nach Ablauf der IV-Zusatzfinanzierung bei der IV wieder Defizite anfallen.

Der Bundesrat hat ein zweistufiges Vorgehen vorgeschlagen. Die erste Stufe beinhaltet den üblichen politischen und parlamentarischen Prozess: Der Bundesrat schlägt Massnahmen vor und legt diese anschliessend dem Parlament zur Beratung und zum Entscheid vor.

Die zweite Stufe – ebenfalls bereits im Gesetz enthalten – würde bedeuten, dass auf der einen Seite die Lohnbeiträge angehoben würden und auf der anderen Seite die Anpassung der Renten ausgesetzt würde. Wir haben von unserer Seite her wiederholt auf die problematischen Aspekte dieses Mechanismus aufmerksam gemacht. Ich halte sie noch einmal kurz fest: Kommt die Stufe 2 zum Tragen, bedeutet dies, dass die IV-Renten nicht mehr dem gleichen Anpassungsmechanismus folgen wie die AHV-Renten. Die AHV und die IV bilden gemeinsam die erste Säule unseres Vorsorgesystems. Die Nebenwirkungen und die langfristigen Effekte einer unterschiedlichen Entwicklung der IV- und AHV-Renten wurden aus unserer Sicht zu wenig geprüft. Deshalb lehnen wir dieses Vorgehen ab.

Sicher käme es mit dem Zünden der Stufe 2 zu Rentenkürzungen. Nach wie vor sind die IV- und auch die AHV-Renten nicht existenzsichernd, obwohl die Bundesverfassung dies so vorsieht. Mit Rentenkürzungen entfernen wir uns also noch weiter von dem, was in der Bundesverfassung steht. Dass Rentenkürzungen zu Mehrausgaben bei den Ergänzungsleistungen führen, sei der Vollständigkeit halber ebenfalls noch erwähnt. Ausserdem erachten wir es als problematisch, dass sich der IV-Ausgleichsfonds, bedingt durch die noch länger andauernde Schuldenrückzahlung und den ge-

planten Interventionsmechanismus, in einem sehr engen Korsett befindet: Was über 50 Prozent ist, muss an die AHV bezahlt werden, und wenn der Fondsstand unter 40 Prozent ist, kommt der Interventionsmechanismus zum Tragen.

Ihr Rat hat diesen Mechanismus in der ersten Lesung aus unserer Sicht zu Recht abgelehnt. Wir sollen und müssen politisch aushandeln, welche Massnahmen die geeigneten sind, um zu reagieren, sollte die IV wieder in ein Ungleichgewicht kommen.

Ich bitte Sie, Ihren Entscheid noch einmal zu bestätigen, hier der Mehrheit zu folgen und den Antrag der Minderheit Hess Lorenz abzulehnen.

Dezidiert abzulehnen ist der Antrag der Minderheit Bortoluzzi. Er will einen Interventionsmechanismus, der ausschliesslich auf der Ausgabe Seite greift. Folgen Sie der Minderheit Bortoluzzi, würden einerseits durch die Hintertüre wieder Kürzungen der Kinderrenten zum Thema, andererseits würden wiederum die IV-Renten nicht mehr angepasst. So, wie es hier formuliert ist, würden die Renten weder der Teuerung noch der Lohnentwicklung angepasst. Das bedeutet noch stärkere Kürzungen, als sie der Bundesrat vorgeschlagen hat.

Zusammenfassend bitte ich Sie, von einem wie auch immer ausgestalteten Mechanismus abzusehen. Folgen Sie bitte in beiden Punkten der Mehrheit.

**van Singer** Christian (G, VD): Tout d'abord, il est évident que nous devons rejeter la proposition Bortoluzzi au chiffre II lettre f. Nous avons voulu scinder ce paquet de mesures en deux parties: une partie qui touche les structures, les améliorations structurelles – et cette partie, nous l'approuvons – et une partie qui aurait causé de graves péjorations pour les personnes concernées, notamment la réduction des rentes pour enfant: cette partie, nous avons voulu l'aborder dans un deuxième temps au cas où les dispositions prises ne suffiraient pas à assainir dans un délai raisonnable la situation financière de l'AI. Or la proposition Bortoluzzi voudrait réintroduire de façon automatique, sans qu'il y ait de discussion au Parlement, ces dispositions. C'est pourquoi, je vous demande – et le groupe des Verts également – de suivre la majorité et de rejeter cette proposition Bortoluzzi.

En ce qui concerne la proposition Hess Lorenz à l'article 80 alinéas 3 et 4, nous vous demandons aussi de suivre la majorité. Pourquoi? Parce qu'il nous paraît important d'une part qu'il n'y ait pas d'écart qui se creuse entre ce qui est prévu pour l'AVS et pour l'AI et d'autre part de ne pas péjorer la situation actuelle.

**Berset** Alain, conseiller fédéral: J'aimerais vous inviter, pour ce qui concerne l'article 80, à adhérer à la décision du Conseil des Etats, qui a adopté le projet du Conseil fédéral. Il est important tout d'abord de prévoir un mécanisme d'intervention en deux phases: une phase politique et une phase avec des automatismes si la phase politique ne permet pas de régler le problème. De l'avis du Conseil fédéral, c'est la position la plus sage, la seule qui permette vraisemblablement à un mécanisme d'intervention de jouer son rôle et de garantir que si, sur le plan politique, des mesures ne sont pas prises, on disposera néanmoins de l'instrument nécessaire afin d'éviter un dérapage des finances de l'assurance-invalidité.

Pour l'alinéa 3 de l'article 80, je vous invite donc à suivre le Conseil des Etats, c'est-à-dire ni la majorité ni la minorité. En revanche, à l'alinéa 4, je vous invite à suivre la minorité Hess Lorenz.

En ce qui concerne la proposition de la minorité Bortoluzzi au chiffre II lettre f, j'aimerais attirer votre attention sur le fait que c'est une remise en cause assez fondamentale du mécanisme d'intervention présenté et discuté jusqu'ici. Cette proposition prévoit une étape intermédiaire, un délai et des automatismes qui pourraient s'appliquer de manière drastique aux rentes pour enfant, sujet que vous avez pourtant décidé de traiter dans la troisième partie de la présente révision de l'AI.

Je vous invite à garder un mécanisme d'intervention qui soit équilibré, qui puisse être efficace, qui donne une certaine garantie pour l'avenir. Pour cela, il faut approuver un mécanisme d'intervention en deux phases et vous rallier au Conseil des Etats.

A l'article 80 alinéa 3, je vous prie de rejeter la proposition de la minorité Hess Lorenz, de même que celle précitée de la minorité Bortoluzzi.

La question qui pourrait encore se poser est de savoir pour quelle raison la non-adaptation des rentes prévue dans le mécanisme d'intervention pour la partie automatique est limitée à cinq ans. Eh bien, elle est limitée à cinq ans parce que certaines limitations dans ce domaine se heurtent à des principes constitutionnels, et nous sommes arrivés à la conclusion qu'une limitation à cinq ans est encore compatible avec le mandat constitutionnel d'adaptation des rentes et que ce ne serait plus le cas si cela allait au-delà de cinq ans.

**Humbel** Ruth (CE, AG), für die Kommission: Ihre SGK beantragt Ihnen, am Beschluss des Nationalrates festzuhalten und nur dem ersten Teil des Interventionsmechanismus zuzustimmen. Dieser verpflichtet den Bundesrat, erforderliche Gesetzesbestimmungen zu unterbreiten, um das finanzielle Gleichgewicht des Fonds wiederherzustellen, sofern dieser Fonds während zweier Jahre innerhalb von drei Jahren unter 40 Prozent einer Jahresausgabe zu fallen droht.

Die zweite Stufe mit der automatischen Sicherung über 0,1 Lohnprozente und einer Sistierung der Rentenanpassung hatte in der SGK wiederum keine Chance. Die einen wollten keinen Automatismus zur Generierung neuer Einnahmen, die anderen wehrten sich gegen eine Sistierung der Rentenanpassungen.

Diskutiert wurde in der SGK aber auch über den Inhalt der erforderlichen Gesetzesbestimmungen im Fall eines Absinkens des IV-Fonds auf unter 40 Prozent einer Jahresausgabe. Ein Antrag wollte für diesen Fall die Vorlage 3, die Reduktion der Kinderrenten und der Transportkosten, automatisch in Kraft treten lassen. Dazu hätte allerdings auch die Vorlage 3 abschliessend beraten werden müssen, was die ganze Gesetzesrevision zeitlich verzögert hätte. Herr Bundesrat Berset hat aber zugesichert, dass diese Massnahmen unverzüglich vorgelegt würden, sollte der IV-Ausgleichsfonds unter die 40-Prozent-Marke fallen. Die Kürzung der Kinderrenten wurde im Antrag der Minderheit Bortoluzzi zu den Schlussbestimmungen, Buchstabe f, aufgenommen, wonach die Kinderrenten zu kürzen wären, sollten die aktuellen Prognosen bis 2018 nicht eintreffen.

Mit 17 zu 8 Stimmen lehnte die SGK das bundes- und ständerätliche Konzept ab. Der Antrag Bortoluzzi zu den Schlussbestimmungen wurde lediglich mit 12 zu 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen von der Kommission abgelehnt. Zuvor obsiegte in der ersten Eventualabstimmung die Ergänzung – nun Minderheitsantrag Hess Lorenz –, dass nicht nur die Sistierung der Anpassung der IV-Renten, sondern auch die Erhöhung des Beitragssatzes wieder aufgehoben wird, mit 14 zu 11 Stimmen gegenüber der ständerätlichen Fassung.

Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen und am Beschluss des Nationalrates festzuhalten.

**Cassis** Ignazio (RL, TI), pour la commission: A l'article 80, il y a deux modèles qui s'opposent. Le premier modèle est celui du Conseil fédéral et du Conseil des Etats qui veut un mécanisme d'intervention en deux étapes, appelé aussi frein aux dépenses ou règle financière – ce sont des synonymes. Une première étape, dans laquelle la politique prend ses responsabilités et décide de mesures dans un délai de un ou deux ans, et une deuxième étape, si la politique n'est pas en mesure de prendre de décision sur les mesures, avec la mise en vigueur d'un automatisme.

La majorité de la commission vous demande de biffer, comme nous l'avons déjà décidé en décembre 2012, le concept en deux phases et de garder uniquement la première phase, c'est-à-dire la phase de la décision politique.

La commission, par 17 voix contre 8 et aucune abstention, vous invite à la suivre.

Concernant les dispositions finales et la proposition de la minorité Bortoluzzi, il s'agit, comme vous l'avez entendu, d'un mécanisme automatique: si d'ici 2018 le désendettement de l'assurance-invalidité ne devait pas être au niveau prévu, on veut introduire un automatisme impliquant une réduction des rentes pour enfant et la suppression de l'indexation des rentes. C'est un automatisme qui ne figure pas dans l'article relatif au frein aux dépenses, mais dans les dispositions finales. D'un point de vue structurel, ce n'est pas très «propre». C'est aussi l'une des raisons pour lesquelles la commission, par 12 voix contre 11 et 2 abstentions, vous invite à la suivre.

La majorité vous invite donc à établir un frein aux dépenses seulement dans la première phase et à dire non à des automatismes dans les dispositions finales.

#### *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/8883)

Für den Antrag der Mehrheit ... 108 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 74 Stimmen

#### **Ziff. II**

##### *Antrag der Mehrheit*

##### *Bst. a*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

##### *Antrag der Minderheit*

(Bortoluzzi, Borer, de Courten, Frehner, Mörgeli, Parmelin, Stahl)

##### *Bst. f*

f. Ist das Umlageergebnis 2018 (ohne Einbezug der ausserordentlichen Mehrwertsteuererträge) negativ und steht auch Ende 2019 eine Reduktion des Kapitalkontos in Aussicht, sind ab 1. Januar 2020 folgende Massnahmen einzuführen:

1. Rentenanpassungen werden ausgesetzt.

2. Kinderrenten werden um einen Viertel gesenkt.

Diese Massnahmen bleiben in Kraft, bis die eidgenössischen Räte eine Gesetzesänderung zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts verabschiedet haben.

#### **Ch. II**

##### *Proposition de la majorité*

##### *Let. a*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

##### *Proposition de la minorité*

(Bortoluzzi, Borer, de Courten, Frehner, Mörgeli, Parmelin, Stahl)

##### *Let. f*

f. Si le résultat de répartition (sans qu'y soient incluses les recettes extraordinaires de la taxe sur la valeur ajoutée) est négatif en 2018 et prévoit également une réduction du compte capital à la fin de l'année 2019, les mesures suivantes sont introduites au 1er janvier 2020:

1. les adaptations des rentes sont reportées;

2. les rentes pour enfant sont réduites d'un quart.

Ces mesures restent en vigueur jusqu'à ce que les Chambres fédérales adoptent une modification législative permettant de rétablir l'équilibre financier.

#### *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/8884)

Für den Antrag der Mehrheit ... 93 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 89 Stimmen

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Herr Bundesrat Berset möchte noch einen Kommentar zur erfolgten Abstimmung machen.

**Berset** Alain, conseiller fédéral: Je ne m'exprime pas pour faire un commentaire ou une remarque sur le résultat du vote, comme vous l'avez mentionné, mais simplement pour vous rappeler que je souhaitais, au nom du Conseil fédéral,

maintenir la position du Conseil fédéral à l'article 80 alinéa 3 – il s'agit du maintien de la deuxième phase du mécanisme. Sauf erreur de ma part, ce vote n'a pas été réalisé.

*Art. 80 Abs. 3 Bst. b – Art. 80 al. 3 let. b*

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Bei Artikel 80 haben wir über die Absätze 3 und 4 zusammen abgestimmt. Da der Bundesrat in Absatz 3 Buchstabe b an seinem Entwurf festhält, stimmen wir nun noch einmal gesondert über Absatz 3 Buchstabe b von Artikel 80 ab.

#### *Erste Abstimmung – Premier vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/8886)

Für den Antrag des Bundesrates ... 110 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 75 Stimmen

#### *Zweite Abstimmung – Deuxième vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/8885)

Für den Antrag der Mehrheit ... 112 Stimmen

Für den Antrag des Bundesrates ... 74 Stimmen

### **Änderung bisherigen Rechts**

### **Modification du droit en vigueur**

#### **Ziff. 3, 5, 6**

##### *Antrag der Kommission*

Festhalten

#### **Ch. 3, 5, 6**

##### *Proposition de la commission*

Maintenir

*Angenommen – Adopté*

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Die Kommissionsberichterstatter möchten noch eine Bemerkung machen.

**Cassio** Ignazio (RL, TI), pour la commission: Nous désirons attirer votre attention, dans ces dispositions finales, sur le fait que la commission avait décidé à la majorité, à l'article 28a, ce seuil de 80 pour cent, et c'est pour cette raison que la majorité s'était ralliée à la décision du Conseil des Etats de n'appliquer la mesure qu'aux nouvelles rentes.

Cette déclaration doit permettre au Conseil des Etats de réanalyser la situation, notamment le fait qu'il y a un lien entre l'article 28a et les dispositions finales. Ici, la commission n'a pas songé à faire une minorité dans les dispositions finales pour retrouver le lien avec la proposition de la minorité Lohr. Il nous semblait correct de vous le préciser, vu que la commission a approfondi ce thème. Le Conseil des Etats pourra encore se pencher sur ce lien.

**Humbel** Ruth (CE, AG), für die Kommission: Für die nächste Runde der Differenzbereinigung im Ständerat ist auch ein Kommentar in deutscher Sprache angebracht. Ich möchte darauf hinweisen, dass für die Kommissionsmehrheit ein innerer Zusammenhang zwischen Artikel 28a Absatz 1bis und diesem Buchstaben a der Übergangsbestimmungen besteht. Das heisst, wenn die volle Rente ab einem Invaliditätsgrad von 80 Prozent ausgerichtet wird, soll dies nicht auf bisherige Renten angewendet werden. Wenn wir aber bei einer vollen Rente ab einem Invaliditätsgrad von 70 Prozent bleiben, dann hätte die gleiche Mehrheit der SGK auch der Anwendung der neuen Regelung auf bisherige Renten zugestimmt. Das sind nämlich zwei unterschiedliche Konzepte. Ich sage dies, damit die ständerätliche Kommission bzw. der Ständerat bei der nächsten Runde diese zwei unterschiedlichen Konzepte im Auge behält.

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Damit geht die Vorlage zurück an den Ständerat.

## Sechste Sitzung – Sixième séance

Dienstag, 11. Juni 2013

Mardi, 11 juin 2013

08.15 h

11.030

### 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket

#### 6e révision de l'AI. Deuxième volet

##### Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 11.05.11 (BBl 2011 5691)  
Message du Conseil fédéral 11.05.11 (FF 2011 5301)

Ständerat/Conseil des Etats 19.12.11 (Erstrat – Premier Conseil)  
Nationalrat/Conseil national 30.05.12 (Zweitrat – Deuxième Conseil)  
Ständerat/Conseil des Etats 01.06.12 (Differenzen – Divergences)  
Ständerat/Conseil des Etats 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)  
Nationalrat/Conseil national 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)  
Text des Erlasses 2 (AS 2012 5559)  
Texte de l'acte législatif 2 (RO 2012 5559)  
Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)  
Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)  
Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)  
Ständerat/Conseil des Etats 12.03.13 (Differenzen – Divergences)  
Nationalrat/Conseil national 04.06.13 (Differenzen – Divergences)  
Ständerat/Conseil des Etats 11.06.13 (Differenzen – Divergences)  
Nationalrat/Conseil national 13.06.13 (Differenzen – Divergences)  
Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 19.06.13  
Ständerat/Conseil des Etats 19.06.13 (Differenzen – Divergences)  
Nationalrat/Conseil national 19.06.13 (Differenzen – Divergences)

### 1. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)

#### 1. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, deuxième volet)

##### Art. 28a Abs. 1bis

Antrag der Mehrheit  
Festhalten

##### Antrag der Minderheit

(Maury Pasquier, Bruderer Wyss, Rechsteiner Paul, Stöckli)  
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

##### Art. 28a al. 1bis

Proposition de la majorité  
Maintenir

##### Proposition de la minorité

(Maury Pasquier, Bruderer Wyss, Rechsteiner Paul, Stöckli)  
Adhérer à la décision du Conseil national

**Egerszegi-Obriest** Christine (RL, AG), für die Kommission: Wir haben bei dieser Vorlage noch drei Differenzen. Die SGK hat sich am 6. Juni dieser Differenzen angenommen.

Es handelt sich zum einen um die Frage, ab wie viel Prozent eine volle Rente ausgesprochen wird. Sie erinnern sich: Der Nationalrat beharrt darauf, dass ab 70 Prozent Arbeitsunfähigkeit eine volle Rente ausbezahlt wird. Der Ständerat und die Kommission in ihrer Mehrheit sind dafür, dass es eine Vollrente erst ab 80 Prozent Invalidität gibt. Die Differenz ist, in Beträgen ausgedrückt, die folgende: Wenn Sie dem Natio-

nalrat folgen, dann sparen Sie 20 Millionen Franken ein, wenn Sie am Beschluss des Ständerates festhalten, sparen Sie 60 Millionen Franken ein. Die Differenz ist nicht gross, aber die Entschuldung erfolgt ein bis zwei Jahre früher, wenn Sie an der Version des Ständerates festhalten.

Es geht aber bei dieser Vorlage und bei diesen Differenzen noch um etwas anderes: Es geht um die Glaubwürdigkeit der Arbeit zwischen den beiden Räten. Wir sind in die 6. IV-Revision mit dem Ziel gestartet, die IV auf gesunde Füsse zu stellen. Nach und nach ist dieses Ziel immer weiter weggerückt. Wir haben die Anpassung der Kinderrenten und die Frage der Reisekosten in eine dritte Vorlage gesteckt, wir haben die laufenden Renten nicht mehr angetastet. Es wurde immer gesagt, die Entschuldung komme dann schon, ein Jahr später spiele keine Rolle. Aber man ist nicht bereit – das ist dann die dritte Differenz –, einen Interventionsmechanismus einzuführen, der dann zum Greifen käme, wenn die rosigen Prognosen, die immer wieder angeführt worden sind, nicht eintreffen sollten. Das ist nach Ansicht der Mehrheit der Kommission nicht glaubwürdig und auch nicht verantwortlich.

Deshalb empfiehlt Ihnen die grosse Mehrheit der SGK, an den Beschlüssen, wie wir sie gefasst haben, festzuhalten.

**Maury Pasquier** Liliane (S, GE): La proposition de la minorité permet de fait une double économie, puisqu'elle offre d'abord la possibilité d'économiser quelque 20 millions de francs par an, ce qui est une bonne surprise par rapport à une solution dont l'administration fédérale nous avait d'abord dit qu'elle était simplement neutre en termes de coûts. Pour mémoire, cette solution permet l'octroi d'une rente complète à partir d'un seuil d'invalidité de 70 pour cent.

Ce qui en revanche n'a pas changé depuis notre débat en mars dernier, c'est que cette solution n'est pas neutre en termes de coûts humains: en effet, la fixation du seuil d'attribution d'une rente complète à 70 plutôt qu'à 80 pour cent permet indéniablement d'épargner de nombreuses souffrances et difficultés à des personnes qui vivent avec un handicap lourd. Comment s'intégrer, je le rappelle, sur le marché du travail, avec un taux d'invalidité de 70 à 79 pour cent quand même des personnes dites valides n'y trouvent pas leur place? Comment gagner le salaire nécessaire à compléter une rente de 30 pour cent inférieure à ce qu'elle est aujourd'hui quand même les grandes entreprises liées à la Confédération que sont les CFF et Swisscom n'offrent aucune place à des personnes handicapées venant de l'extérieur?

En tenant compte de ce que je viens d'expliquer, quel intérêt tant humain qu'économique avons-nous à renvoyer des personnes lourdement handicapées vers les prestations complémentaires et l'aide sociale, juste pour gagner quelques mois dans le remboursement de la dette de l'AI? L'Association des communes suisses ne s'y est d'ailleurs pas trompée, puisqu'elle soutient la proposition défendue par la minorité. Et quel intérêt politique avons-nous, ce faisant, à risquer le référendum contre ce projet? D'autant plus que la linéarité des rentes est un objectif largement partagé, qui, en permettant d'adapter le montant de la rente au degré d'invalidité, et de prendre en compte l'éventuel salaire, doit servir à créer des incitations à la réadaptation.

Tout en économisant plusieurs millions de francs par an, nous pouvons épargner aux personnes concernées un retour en arrière à une forme de charité stigmatisante et nous épargner aussi un statu quo improductif dans l'organisation de l'AI.

Pour toutes ces raisons, je vous invite à adopter la proposition de la minorité.

**Bruderer Wyss** Pascale (S, AG): Die Glaubwürdigkeit in der Zusammenarbeit der beiden Räte ist angesprochen worden. Dazu gehört ja gerade auch, dass man in einem Differenzbereinigungsverfahren versucht, Schritte aufeinander zu machen, wo es möglich ist. Ich erinnere Sie daran, dass uns der Nationalrat doch in verschiedenen Punkten entgegengekommen ist, dass die Mehrheit unserer Kommission jetzt

aber möchte, dass wir bei keinem Punkt einlenken. Ich bedauere das, gerade bei diesem Punkt hier. In Ergänzung der Ausführungen von Frau Liliane Maury Pasquier möchte ich sagen, dass es hier doch verschiedene Gründe gibt, die für Einlenken auf die Variante des Nationalrates sprechen.

Erstens geht es um die Tatsache, dass es für Menschen mit einem höheren Invaliditätsgrad einfach enorm schwierig ist, einen Platz im ersten Arbeitsmarkt zu finden, auch wenn wir alle die berufliche Integration vorwärtstreiben möchten. Da gibt es noch grosse Hürden. Das ist mir nicht nur aus persönlichen Gesprächen mit Betroffenen bekannt, sondern auch aus Gesprächen mit Unternehmen, zum Beispiel aufgrund meines Engagements im Rahmen von Compasso; das ist ein Informationsportal für Arbeitgeber betreffend die berufliche Integration. Es gilt, das Engagement vieler Unternehmen zu unterstützen, die versuchen, Menschen mit Behinderungen zu integrieren und vor allem Menschen mit gesundheitlichen Schwierigkeiten im eigenen Betrieb zu halten. Der Wille, auch Menschen mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung im Unternehmen zu halten, ist tatsächlich wichtig, führt aber dazu, dass es häufig noch schwieriger ist, Menschen zu integrieren, die noch keine Stelle haben.

Zweitens weisen Gemeinden und Städte zu Recht darauf hin, dass sie aufgrund dieser «Entlastung» auf Bundesebene mit Mehrbelastungen rechnen. Gerade wir im Ständerat müssen das im Auge behalten.

Drittens ist als neues Argument hinzugekommen, dass der Unterschied zwischen der Variante des Nationalrates und der Variante unseres Rates rein kostenmässig geringer ist als ursprünglich angenommen. Das hat die Sprecherin der Minderheit erwähnt, und ich möchte es auch betonen.

Ich möchte Sie jedenfalls bitten, hier dem Antrag der Minderheit zu folgen. Es ist wichtig, dass wir in diesem Differenzbereinungsverfahren dem Nationalrat auch einen Schritt entgegenkommen.

**Berset Alain**, conseiller fédéral: A l'article 28a alinéa 1bis, j'aimerais, au nom du Conseil fédéral, vous inviter à suivre la majorité de votre commission.

La question qui se pose ici est celle de savoir à partir de quel taux d'invalidité quelqu'un reçoit une rente entière. Le Conseil fédéral est d'avis que, pour les personnes dont le taux d'invalidité est de 70 pour cent, il est possible sur un marché du travail équilibré de trouver un emploi, qu'il existe donc une capacité de gain et qu'elle doit être mise en valeur. C'est la différence entre un taux d'invalidité de 70 pour cent et un taux de 80 pour cent.

Les arguments des uns et des autres ont été exposés et répétés à de multiples reprises en commission et aux conseils. En définitive, c'est malgré tout une question politique que vous devez trancher.

Pour sa part, le Conseil fédéral est clair et il vous invite à suivre la majorité de votre commission.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 22 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 20 Stimmen

**Ersatz eines Ausdrucks vor Art. 38**

*Antrag der Kommission*

Festhalten

**Remplacement d'une expression précédant l'art. 38**

*Proposition de la commission*

Maintenir

**Egerszegi-Obrist Christine** (RL, AG), für die Kommission: Der Nationalrat möchte im ganzen Erlass einen Ausdruck ändern. Sie wissen, dass wir diesen Artikel 38 in Vorlage 3 hinübergenommen haben; das betrifft die Kinderrenten. Hier soll der Ausdruck «Kinderrente» durch den Ausdruck «Zulage für Eltern» ersetzt werden. Das ist eine formelle Änderung, die aber Auswirkungen auf andere Sozialversicherungen hat. Es scheint der Kommission, die einstimmig entschied, nicht opportun, hier einfach einen Ausdruck zu än-

dern, ohne die Konsequenzen auf andere Sozialversicherungen abzuklären. Dazu führen wir die materielle Diskussion erst später einmal, wenn Vorlage 3 wieder auf dem Tisch liegt. Es ist für uns unerklärlich und nicht verständlich, dass diese Differenz im Nationalrat nirgends auch nur erwähnt worden ist.

Ich bitte Sie namens der Kommission, die einstimmig entschied, hier an Ihrem Beschluss festzuhalten.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 80 Abs. 3, 4**

*Antrag der Mehrheit*

Festhalten

*Antrag der Minderheit*

(Rechsteiner Paul, Maury Pasquier, Stöckli)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Art. 80 al. 3, 4**

*Proposition de la majorité*

Maintenir

*Proposition de la minorité*

(Rechsteiner Paul, Maury Pasquier, Stöckli)

Adhérer à la décision du Conseil national

**Egerszegi-Obrist Christine** (RL, AG), für die Kommission: Ich habe es bereits beim Eintreten gesagt, und wir haben jetzt auch die Kolleginnen Bruderer und Maury Pasquier gehört: Wenn man die IV-Sanierung unabhängig von der Frage der 70 oder 80 Prozent auf gesunde Füsse stellen will, dann kann man hier einem Interventionsmechanismus sehr wohl zustimmen. Wenn man der Überzeugung ist, dass man mit den getroffenen Massnahmen ein gesundes Sozialwerk haben wird – das wollen wir hier ja alle –, dann kann man einem solchen Mechanismus zustimmen. Er kommt ja nur dann zum Tragen, wenn die Invalidenversicherung den guten Pfad verlässt. Ich muss Ihnen sagen, dass ich deshalb diese Opposition nicht verstehe.

Die SGK hat mit 8 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen, hier festzuhalten. Es ist uns nämlich ein Anliegen, dass die IV für alle Fälle gut und richtig gewappnet ist.

**Rechsteiner Paul** (S, SG): Ich möchte die Debatte hier nicht verlängern; wir haben ja die Argumente vielfach ausgetauscht. Die Argumente sind durchaus verständlich, Frau Kollegin Egerszegi. Die Minderheit hier und die doch starke Mehrheit im Nationalrat sind der Meinung, dass es keinen Automatismus geben darf. Es ist nicht bestritten, dass dann, wenn die IV finanziell wiederum in Probleme geraten sollte, etwas geschehen muss. Das besagt Absatz 2; dann muss eine Gesetzesvorlage kommen, dann muss demokratisch entschieden werden, was zu geschehen hat. Hingegen wäre ein Automatismus mit einem Eingriff in die Renten ein Präjudiz, das fatal wäre. Das widerspricht auch der Verfassungsbestimmung über den garantierten Teuerungsausgleich bei den Renten.

Im Wissen darum, dass die Meinungen gemacht sind, muss ich Sie deshalb bitten, das hier abzulehnen.

**Berset Alain**, conseiller fédéral: Je n'ai pas non plus, de mon côté, beaucoup de choses à ajouter: ce débat a été déjà mené de façon approfondie. Le Conseil fédéral a proposé un mécanisme d'intervention en deux phases, qu'il estime équilibré. Dans la première phase, politique, une fois qu'on a décelé une difficulté sur le plan financier, le Conseil fédéral doit faire des propositions; le Parlement doit être saisi du projet et prendre des décisions. Une deuxième phase prévoit que si la phase politique échoue, il y a du côté des recettes et des dépenses des mesures qui sont prises de manière à éviter un dérapage financier.

Le Conseil fédéral estime que ce mécanisme est le seul à même de réunir une majorité durablement. Des mécanismes beaucoup plus compliqués ou beaucoup plus contraignants

n'auraient vraisemblablement aucune chance, et un mécanisme purement politique, avec la seule première phase, rappellerait certes le Parlement et le gouvernement à son devoir, mais n'aurait pas d'autre fonction que celle consistant à dire: «Quand il y a un problème, il faut agir», ce qui, dans une démocratie et un système organisé avec des institutions tel que le nôtre, devrait être une évidence.  
Je vous invite donc ici à suivre la majorité de votre commission.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 29 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 10 Stimmen

**Änderung bisherigen Rechts**  
**Modification du droit en vigueur**

**Ziff. 3, 5, 6**

*Antrag der Kommission*

Festhalten

**Ch. 3, 5, 6**

*Proposition de la commission*

Maintenir

*Angenommen – Adopté*

plantés. Le projet de révision prévoit également des dis-



11.030

## 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket

### 6e révision de l'AI. Deuxième volet

#### *Differenzen – Divergences*

Botschaft des Bundesrates 11.05.11 (BBl 2011 5691)  
Message du Conseil fédéral 11.05.11 (FF 2011 5301)

Ständerat/Conseil des Etats 19.12.11 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 30.05.12 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 01.06.12 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 2 (AS 2012 5559)

Texte de l'acte législatif 2 (RO 2012 5559)

Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 12.03.13 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 04.06.13 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 11.06.13 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 13.06.13 (Differenzen – Divergences)

Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 19.06.13

Ständerat/Conseil des Etats 19.06.13 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 19.06.13 (Differenzen – Divergences)

#### 1. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)

##### 1. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): In dieser Vorlage bestehen noch drei Differenzen. Wir diskutieren in einer einzigen Debatte über die drei vorliegenden Minderheitsanträge. Anschliessend stimmen wir aber separat über die drei Minderheitsanträge ab.

**Bortoluzzi** Toni (V, ZH): Es geht hier nochmals um die Frage der Bemessung der Invalidität. Die bisherigen Viertels- und Halbrenten werden durch ein verfeinertes, stufenloses System ersetzt. Das ist an sich unbestritten. Die Frage, die sich hier noch stellt: Soll eine volle Rente ab 70 oder ab 80 Prozent Invalidität ausbezahlt werden? Der Ständerat beharrt auf 80 Prozent. Wenn man die frankenmässige Differenz anschaut, ist der Unterschied, gemessen am Volumen

der Invalidenversicherung und deren Schulden von 14,5 Milliarden Franken, nicht entscheidend und auch nicht allzu gross. Es geht um jährlich etwa 40 Millionen Franken; das sind die letzten Zahlen, die wir erhalten haben.

Die Vorlage wurde einmal als Sanierungsvorlage konzipiert. Diesen Namen verdient sie natürlich schon längst nicht mehr. Aber immerhin steht mit dem neuen System eine Verbesserung in Aussicht. Es schafft die Möglichkeit, die Eingliederungsbemühungen zu unterstützen und zu stärken. Ich glaube, darüber sind sich alle einig.

Der Streitpunkt, ab welchem Invaliditätsgrad die Vollrente ausbezahlt werden soll, ab 70 oder ab 80 Prozent Invalidität, steht jetzt noch im Mittelpunkt. Man muss dabei auch beachten, dass die bestehenden Renten nicht mehr einbezogen werden; es geht also nur um die Neurentner. Hier sind wir von der Minderheit der Meinung, dass es mit der Einführung dieses neuen, stufenlosen Rentensystems zumutbar ist, den Grad der Invalidität, ab dem eine Vollrente ausbezahlt wird, zu erhöhen – im Wissen darum, dass es für die Leute, die behindert sind, nicht einfach sein wird, einen Arbeitsplatz zu finden. Aber ich glaube, dass man deswegen nicht einfach resignieren muss, sondern man muss sich weiter darum bemühen, diesen Leuten zu helfen, damit sie eine gewisse Restkompetenz einbringen können. Das tut man hier, indem man grundsätzlich ein stufenloses System einführt. Ich bin überzeugt davon, dass es sozialpolitisch sinnvoll ist, im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Systems auch die obere Grenze für die Auszahlung einer Vollrente zu erhöhen.

Ich bitte Sie also, hier dem Ständerat zu folgen und diese Differenz zu beseitigen.

**Schenker** Silvia (S, BS): Gestatten Sie mir, Frau Präsidentin, dass ich gleich auch für die Fraktion zu den anderen Anträgen Stellung nehme; das ist im Sinne einer effizienten Beratung dieser Differenzen sicher sinnvoll.

Zuerst also ein kurzes Wort zum Antrag meiner Minderheit in Bezug auf den Ersatz des Begriffs «Kinderrente» durch «Zulage für Eltern»: Der Ständerat hat einstimmig daran festgehalten, dass wir beim alten Begriff bleiben sollen. Ich bitte Sie, in dieser Frage dem Ständerat und dem Bundesrat, der ebenfalls Wert darauf legt, dass wir beim alten Begriff bleiben, zuzustimmen. Obwohl der Begriff «Kinderrente» möglicherweise nicht ganz präzise ist und den Sachverhalt nicht ganz richtig ausdrückt, ist es aus unserer Sicht doch nicht notwendig, den neuen Begriff «Zulage für Eltern» einzuführen. Wir hatten dieses Thema in einer früheren Phase in der Kommission ausführlich diskutiert und festgestellt, dass es sehr schwierig ist, einen andern Begriff zu finden, der nicht wieder neue Probleme schafft.

Ich komme jetzt zu den Anträgen der Minderheiten in den andern beiden Punkten. Ich bitte Sie namens der SP-Fraktion, bei den noch verbleibenden Differenzen wie folgt zu stimmen:

Zu Artikel 28a: Zum dritten Mal sollen wir nun hier im Saal darüber entscheiden, ab welchem Invaliditätsgrad eine volle Rente ausgesprochen wird. Der Ständerat hat mit 22 zu 20 Stimmen daran festgehalten, dass dies erst bei einem Invaliditätsgrad von 80 Prozent der Fall sein soll. Ich bitte Sie, bei Ihrem bereits zweimal getroffenen Entscheid zu bleiben. Bis anhin haben Sie im Plenum jeweils den Antrag der Minderheit Lohr unterstützt, der eine volle Rente ab 70 Prozent vorsieht. Wie Sie der Fahne entnehmen können, hat diesmal die Mehrheit der SGK des Nationalrates beschlossen, am Entscheid des Nationalrates festzuhalten. Ich möchte noch einmal betonen, dass es sich nicht um eine «Giesskannenbestimmung» handelt. Die Bestimmung kommt nur dann zum Tragen, wenn die Betroffenen mit ihrer restlichen Erwerbsfähigkeit kein Einkommen erzielen können. All denjenigen, die Angst haben, mit diesem Entscheid trete kein Spareffekt mehr ein, möchte ich Folgendes sagen: Die neuen Zahlen zeigen – wir haben das in der letzten Runde der Differenzbereinigung schon erwähnt –, dass auch mit dieser Variante ein Spareffekt erzielt wird; also auch mit dieser Variante werden Renten gekürzt.

Zu Artikel 80, zum Interventionsmechanismus: Wir sind immer noch klar der Meinung, dass die erste Stufe des Interventionsmechanismus genügen muss. Mit anderen Worten: Wenn die zurzeit günstige Entwicklung bei der IV und die damit einhergehende Verbesserung der Rechnung nicht weitergehen und sich allenfalls drastisch verschlechtern sollten, ist es an der Politik, die notwendigen Massnahmen zu treffen. Der Bundesrat soll und muss dann dem Parlament eine Vorlage unterbreiten, und wir haben diese zu beraten.

Hier und heute einen Mechanismus festzuschreiben, der auf der einen Seite eine Erhöhung der Lohnbeiträge festschreibt und auf der anderen Seite zu Rentenkürzungen führt, erscheint uns falsch. Dies insbesondere darum, weil die Kürzung der IV-Renten beträchtlich wäre, und dies dazu führen würde, dass sich die IV-Renten und die AHV-Renten auseinanderentwickeln. Sie wissen, dass sehr viele IV-Rentnerinnen und -Rentner Ergänzungsleistungen beziehen. Es käme also zu einer Kostenverschiebung zu den Ergänzungsleistungen.

Noch ein letztes Argument: Die IV muss auf der einen Seite nach wie vor ihre Schuld bei der AHV abtragen. Alles, was über dem Fondsstand von 50 Prozent liegt, fliesst in die AHV. Auf der anderen Seite soll bei einem Fondsstand von unter 40 Prozent der Interventionsmechanismus zum Tragen kommen. Der Fonds befindet sich in einem sehr engen Korsett. Die IV kann sich unter diesen Bedingungen gar kein Polster anlegen, das es ihr ermöglicht, starke Schwankungen aufzufangen.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, an Ihrem Entscheid festzuhalten und keinen Automatismus festzuschreiben. Die SP-Fraktion stimmt also bei den Artikeln 28a und 80 mit der Mehrheit der Kommission. Bezüglich des Begriffs «Kinderrente» bitte ich Sie, der Minderheit zu folgen.

**Ingold Maja (CE, ZH):** Die CVP/EVP-Fraktion hat sich in der Detailberatung im Grundsatz zu folgendem Konzept bekannt: einerseits mit dem verschobenen Teil der Revisionsvorlage, einschliesslich Kinderrenten und Reisekosten, einen sicheren Sparerfolg vorläufig aussetzen und auf die Erfolge bei der Entschuldung der IV mit den drei schon in Kraft gesetzten Revisionen warten; andererseits aber, wenn die IV den erfolgreichen Pfad verlässt und die positiven Zahlen nicht eintreffen, mit Artikel 80 einen griffigen Interventionsmechanismus beschliessen, die Lasten möglichst symmetrisch auf Arbeitgeber- und Rentnerschultern verteilen und die Eckwerte schon jetzt ins Gesetz schreiben. Das ist das Konzept der CVP/EVP-Fraktion.

Auch wir wollen eine Entschuldung, und zwar auf sicher. Wir wollen nicht erst nach einer erfolglosen bzw. wirkungslosen Phase mit dem harzigen Aushandeln von Kompromissen eine Lösung suchen, die wohl wieder dieselben Instrumente nutzt wie die vom Ständerat in Artikel 80 vorgeschlagenen. Auch wir wollen ein gesundes Sozialwerk. Deshalb halten wir an der Zweistufigkeit bei der Schuldenbremse fest, die im Sinne einer Opfersymmetrie beide Seiten in die Verantwortung nimmt. Sie gewährleistet, dass nach den maximal fünf Jahren, in denen die Anpassung der Lohn- und Preisentwicklung bei den Renten sistiert werden kann, die Renten wieder an die Preisentwicklung angepasst werden und nicht etwa stagnieren, denn sonst könnten bei der Berechnung die Ehepaar-, Kinder- und Waisenrenten am Ende nicht mehr mit der AHV mithalten.

Es ist eben nicht so, wie Frau Schenker befürchtet. Auch im Ständerat ist kritisiert worden, das widerspreche der verfassungsmässigen Bestimmung über den garantierten Teuerungsausgleich bei den Renten. Von linker Seite wird bezweifelt, dass die IV- und die AHV-Renten nach diesen maximal fünf Jahren je wieder gleichziehen werden. Die Rentennmassnahmen können aber nur befristet sistiert werden und müssen nach spätestens fünf Jahren wieder harmonisiert werden; das ist garantiert, das hat der Bundesrat versprochen. Gerade aus Verfassungsgründen müssen die Renten wieder von den «Altlasten» der Sistierung befreit werden, wie auch die Arbeitgeberbeiträge ersatzlos wegfallen. Die Opfersymmetrie zieht sich durch die Revision durch, indem

der Erfolg der grossen Anstrengungen vonseiten der Rentner zuhanden der Integration in den ersten Arbeitsmarkt erst mit dem Engagement der Arbeitgeberseite erreicht wird, Arbeitsplätze für psychisch Kranke bereitzustellen. Gemäss Revision 6a geht es um 17 000 Menschen; jetzt vielleicht noch um 12 000. Wenn dieses Engagement ausbleibt, dann stehen die Arbeitgeber mit den Beiträgen zu Entschuldung in der Pflicht.

Stimmen Sie diesem anreizgesteuerten Konzept zu, wie es auch der Ständerat getan hat. Es schafft Sicherheit, und es leuchtet ein.

**Lohr Christian (CE, TG):** Die CVP/EVP-Fraktion empfiehlt Ihnen grossmehrheitlich, dem Antrag der Kommissionsmehrheit bei Artikel 28a Absatz 1bis Folge zu leisten. Unsere Fraktion ist klar der Überzeugung, dass die Integration auch von Menschen mit einem Handicap im Rahmen des Arbeitsmarktes ein sehr wichtiges Anliegen ist und auch für die Zukunft sein muss. Die Integration, das wissen wir alle, ist ein gegenseitiger Prozess, für den es eine faire Regelung geben muss. Eine faire Regelung heisst in diesem konkreten Fall, dass Menschen mit einem starken Handicap eben auch die Chance am Arbeitsmarkt haben müssen, eine kleine Teilzeitstelle zu erhalten. Die Realität sieht anders aus; das haben wir in den letzten Wochen immer wieder auch hier drin diskutiert.

Aus diesem Grund ist die CVP/EVP-Fraktion überzeugt davon, dass es richtig ist, im Moment die Regelung mit 70 Prozent Invalidität für eine volle Rente zu belassen. Sie entspricht der Realität. Es ist ja auch die Aufgabe unseres Parlamentes, im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Betrachtungsweise für Ausgewogenheit zu sorgen. Ausgewogenheit heisst auch, dass man die schwächeren Glieder unserer Gesellschaft dort schützt, wo es notwendig ist. Die CVP/EVP-Fraktion möchte aber aus einer ethischen Überlegung in der Zukunft daran arbeiten, dass noch mehr Menschen mit einem Handicap die Möglichkeit, die Fähigkeit haben, in den Arbeitsprozess integriert zu werden.

Ich möchte an dieser Stelle noch bekanntgeben, dass die CVP/EVP-Fraktion den Antrag der Minderheit Ingold unterstützen wird. Ebenso sind wir bei der Diskussion über die Regelung der Begriffe der Meinung, dass der Antrag der Mehrheit richtigliegt.

**Weibel Thomas (GL, ZH):** Der Wechsel bei der IV von einem Stufensystem zu einem stufenlosen, linearen System bezüglich der Bemessung der Renten ist unbestritten. Bei der Diskussion in der Differenzbereinigung geht es um die Frage: Soll bereits ab einem Invaliditätsgrad von 70 Prozent eine Vollrente ausbezahlt werden oder erst ab einem solchen von 80 Prozent?

Die Erhöhung auf 80 Prozent wird ganz klar zu Härtefällen führen, und diese Härtefälle landen letztlich bei der Sozialfürsorge. In Anbetracht der minimalen Unterschiede bei der Entschuldung der IV ist dies für uns Grünliberale nicht zu verantworten; daran hat sich seit der Beratung nichts geändert. Der Sanierungshorizont ist nur unwesentlich anders; das wurde in der Kommissionssitzung bestätigt. Mit dem Antrag der Minderheit wird die Entschuldung Ende 2028 erreicht sein, mit dem Antrag der Mehrheit wird dies nur vier bis sechs Monate später der Fall sein. Ich frage Sie: Ist es das wert?

Das Argument, wir hätten dem Volk eine Sanierungsvorlage versprochen, ist verfehlt. Wir werden die IV sanieren und entschulden – auch mit der Vorlage der Mehrheit der Kommission, wenn wir auch einige Monate länger Zeit brauchen. Deshalb unterstützen die Grünliberalen die Mehrheit.

Den Begriff «Kinderrenten» wollen wir jetzt ersetzen, weil er falsch ist.

Zur Schuldenbremse: Ich habe bereits in der letzten Debatte gesagt, dass jedes Sozialwerk eine Schuldenbremse brauche, und zwar eine zweistufige Schuldenbremse. Wir müssen sie jetzt beschliessen. Ein einstufiges System reicht nicht aus. Die Erfahrung lehrt uns: Der Rat ist auch unter Zeitdruck nicht kompromissfähig. Es braucht die zweite

Stufe, die ausgewogen und symmetrisch einsetzt. Die beiden Stufen müssen gleichzeitig einsetzten, und sie müssen auch gleichzeitig ausser Kraft gesetzt werden. Es ist aus unserer Sicht verantwortungslos, diese Revision ohne Schuldenbremse abzuschliessen. Deshalb wird die GLP-Fraktion dem Antrag der Minderheit zustimmen.

**Kessler Margrit** (GL, SG): Wir Grünliberalen wissen sehr gut, dass mit den finanziellen Ressourcen sorgfältig umgegangen werden muss. Wir unterstützen Sparmassnahmen, wenn diese notwendig und nachhaltig sind.

Wenn eine volle Rente erst ab 80 Prozent Invalidität zuerkannt wird, sind viele Betroffene auf Ergänzungs- und Fürsorgeleistungen angewiesen. Sparen kann man durch die Erhöhung des Invaliditätsgrades nicht, die Kosten fallen anderswo an, und nachhaltig ist diese Massnahme noch weniger, weil den Schwerbehinderten keine Arbeitsplätze zur Reintegration zur Verfügung stehen. Die Schulden bei der AHV können mit diesen Massnahmen nur einige Monate früher zurückbezahlt werden.

Nachhaltig ist es, wenn die Arbeitsplätze den Menschen angepasst werden, die während ihrer Arbeitszeit behindert werden. Nicht nur die Behinderten, sondern auch die Arbeitgeber müssen entsprechend unterstützt werden, damit diese Mitmenschen auch mit einer Behinderung im Arbeitsprozess bleiben können. Dafür braucht es aber Aufklärung am Arbeitsplatz, Verständnis und Akzeptanz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es ist wichtig, dass sich die Fehler, die vor zehn Jahren gemacht wurden, nicht wiederholen.

Nochmals: Die notwendigen finanziellen Korrekturen haben die medizinischen Abklärungsstellen, die vorwiegend für die IV arbeiten, bereits eingeleitet. So ist es heute nicht mehr notwendig, weitere finanzielle Korrekturen vorzunehmen.

Die Grünliberalen bitten Sie, weiterhin den Antrag der Mehrheit zu unterstützen. Die schwerbehinderten Menschen haben es verdient, dass wir Parlamentarier ihre Probleme ernst nehmen und uns für sie einsetzen.

**van Singer Christian** (G, VD): L'assainissement financier de l'AI est en cours, et non seulement à cause de la contribution de 0,4 pour cent prise sur la TVA, mais aussi à cause des mesures déjà en vigueur favorisant l'intégration et combattant les abus. Nous ne devons donc pas prendre de mesures supplémentaires superflues qui pénaliseraient des bénéficiaires de l'AI.

Avec cet objectif, le groupe des Verts vous demande d'adopter la proposition de la majorité de la commission à l'article 28a. En effet, les personnes fortement handicapées ont de la peine à trouver du travail. Nous ne devons pas reporter des charges sur les familles, les communes et les cantons. Nous vous demandons donc d'adopter la proposition de la majorité pour que cette disposition ne touche pas les personnes dont le revenu d'invalidité est inférieur ou égal à 30 pour cent. C'est la première divergence à l'article 28a.

Une deuxième divergence concerne le concept qui demande de remplacer dans toute la loi l'expression «rente pour enfant» par «allocation parentale». Le groupe des Verts vous propose, avec la minorité Schenker Silvia, d'adhérer à la décision du Conseil des Etats de biffer cette modification qui pourrait toujours être réintroduite dans un éventuel projet 6b.

Enfin, en ce qui concerne la troisième divergence, nous vous demandons, avec la majorité de la commission, de ne pas introduire d'automatisme dans le mécanisme financier. Pourquoi? Nous estimons suffisant de demander de prévoir que le Conseil fédéral, en cas de problèmes de financement de l'AI, propose à nos conseils des mesures à prendre. Nous ne voulons pas que des mesures soient automatiquement introduites.

**Gilli Yvonne** (G, SG): Ich möchte zu zwei Schwerpunkten in der Differenzbereinigung Stellung nehmen:

Es geht erstens um die Frage, ab wann eine Vollrente gesprochen wird, ab 70 oder ab 80 Prozent Invalidität. Die Grünen, das wissen Sie, unterstützen den Antrag der Mehrheit.

Wir wollen eine Vollrente ab 70 Prozent Invalidität, und zwar aus folgenden Gründen: Zum Ersten ist es eh schon schwierig, Menschen mit einer hochprozentigen Invalidität in die Arbeitswelt zu integrieren. Zum Zweiten fehlt uns zurzeit die statistische Erfahrung, ob wir es überhaupt schaffen, Neubeberentungen nachhaltig zu verhindern – und zwar tatsächlich zu verhindern durch die Integration in den Arbeitsmarkt und nicht einfach zulasten einer anderen Sozialversicherung –, und ob wir es schaffen, die Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen zu reintegrieren. Ich bin nicht die Einzige, die höchst skeptisch ist, ob wir die gefassten Ziele erreichen werden. Das zeigen auch Gespräche mit Arbeitgebern. Ich kann Ihnen sagen, dass ich tief beeindruckt von denjenigen Arbeitgebern bin, die jetzt diesen Versuch wagen und solche Menschen integrieren. Das braucht nämlich ein grosses soziales Verantwortungsbewusstsein, in der Tat auch viel Idealismus, und es kostet sehr viel Zeit. Es ist keinesfalls eine einfache Aufgabe. Zum Dritten wissen wir von den Zahlen her, dass die Situation der IV-Bezügerinnen und -Bezüger eine existenzielle ist. Der Anteil der Ergänzungsleistungen hat systematisch zugenommen. 2007 war es noch knapp ein Drittel, der Ergänzungsleistungen bezog, heute sind es bereits über 40 Prozent. Da haben wir ein Systemproblem, das wir noch verschärfen, wenn wir die Vollrente ab einem Invaliditätsgrad von 80 Prozent festsetzen.

Erlauben Sie mir zweitens noch eine Bemerkung zur Schuldenbremse. Wir werden den Antrag der Minderheit Ingold ablehnen. Diejenigen, die jetzt sagen, die Sozialversicherungen seien von der Schuldenbremse nicht auszunehmen, haben in diesem Rat noch nie vertieft die Grundsatzdiskussion geführt, was überhaupt das Ziel der Schuldenbremse ist. Wir haben die Schuldenbremse über das Gesamtbudget und nicht über die Sozialversicherungen, und zwar deshalb, weil die Sozialversicherungen ein absolutes Ziel zu erfüllen haben. Das steht in den Grundsatzartikeln der einzelnen Sozialversicherungsgesetze. Wenn wir dieses Ziel jetzt erodieren, dann ist das ein fundamentaler Wechsel in unserem staatspolitischen Verständnis der Bedeutung von Sozialversicherungen. Wir täten gut daran, diese Grundsatzdiskussion auch systematisch zu führen, anstatt jetzt unter dem Spardruck bei einzelnen Sozialversicherungen einen solchen Paradigmenwechsel zu vollziehen.

**Stahl Jürg** (V, ZH): Ich bitte Sie namens der SVP-Fraktion, der Minderheit Bortoluzzi und damit dem Ständerat bzw. dem Bundesrat zu folgen. Diese ursprüngliche Sanierungsvorlage kann nicht mehr so betitelt werden. Ich mag mich noch sehr genau erinnern, als vor wenigen Jahren die befristete Mehrwertsteuererhöhung diskutiert und vom Stimmvolk knapp angenommen wurde: Da kamen sehr viele Versprechungen von allen Seiten, wonach man mit der 6. Revision der Invalidenversicherung die Sanierung ernsthaft anpacken wolle, weil wir ja der Bevölkerung versprochen hatten, dass diese Mehrwertsteuererhöhung nur befristet sei. Die SVP war schon damals gegen diese Steuererhöhung, weil wir der Ansicht waren – wir sind es immer noch –, dass der Druck permanent vorhanden sein muss, damit man strukturell revidiert. Das ist natürlich nicht mehr Fall.

Wenn wir jetzt diese ursprüngliche Sparvorlage genauer betrachten, dann sehen wir, dass wir ein Sparpotenzial von 55 Millionen Franken pro Jahr haben. Wenn wir das auf die Schulden hochrechnen, bei einem Schuldenberg, der beinahe 15 Milliarden Franken hoch ist, dann bräuchten wir satte 300 Jahre, um diese Schulden zu tilgen – wenn die Situation stabil bleiben würde. Es liegt also in unserer Verantwortung, dass wir die finanzielle Stabilität für künftige Generationen sicherstellen, denn die Zeche zahlen nämlich nicht wir, sondern die Generationen nach uns. Ich bitte Sie daher, sich der ursprünglichen Fassung des Bundesrates anzuschliessen und die Minderheit Bortoluzzi zu unterstützen.

Noch kurz zu den beiden anderen Minderheiten: Wir sind dezidiert der Ansicht, dass der Name «Kinderrente» irreführend ist und bitten Sie deshalb, den Antrag der Minderheit Schenker Silvia abzulehnen. Eine IV-Rente ist ein Er-

werbersatz. Ich gehe davon aus, dass Sie auch gegen Kinderarbeit sind, und folglich ist das Wort «Kinderrente» falsch; «Kinderzulage» ist hier der korrekte Begriff.

Wir bitten Sie auch, den Antrag der Minderheit Ingold abzulehnen. Eine Schuldenbremse, bei der automatisch Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge erhöht werden, können wir nicht mittragen.

Ich bitte Sie nochmals, die zwei letztgenannten Minderheitsanträge abzulehnen und bei Artikel 28a Absatz 1bis der Minderheit Bortoluzzi zu folgen.

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Die FDP-Liberale Fraktion unterstützt bei Artikel 28a Absatz 1bis den Antrag der Minderheit Bortoluzzi, beim Ersatz eines Ausdrucks vor Artikel 38 sowie der Änderung bisherigen Rechts in den Ziffern 3, 5 und 6 den Antrag der Mehrheit. Bei Artikel 80 Absätze 3 und 4 unterstützt sie den Antrag der Minderheit Ingold.

**Berset Alain**, conseiller fédéral: J'ai un message assez simple à vous faire passer: c'est d'adopter les propositions des différentes minorités de la commission, aussi bien la minorité Bortoluzzi que la minorité Schenker Silvia et la minorité Ingold.

Tout d'abord, à l'article 28a alinéa 1bis, la discussion a été largement et longuement menée. Le Conseil fédéral vous invite ici à en rester à son projet, à savoir 80 pour cent, parce que nous estimons qu'il y a des possibilités pour les personnes qui ont un taux d'invalidité de 70 pour cent de trouver une possibilité de travailler et d'être rémunérées sur un marché du travail équilibré. C'était aussi le but de ces révisions de l'AI d'encourager, de soutenir l'intégration sur le marché du travail; il faut aussi le soutien de l'économie pour le faire. Concernant la minorité Schenker Silvia qui demande de remplacer une expression, nous vous proposons de renoncer à ce remplacement d'expression dans ce projet, parce que les rentes pour enfant ne sont pas concernées maintenant par ce projet et que si l'on souhaite discuter, débattre sur un changement de nom, il faut le faire au moins lorsqu'on discute aussi du fond, à savoir des rentes pour enfant. Sur le dernier point, la minorité Ingold, concernant le mécanisme d'intervention, je vous invite à adopter cette proposition de minorité et j'ai deux remarques à formuler: la première est que je constate qu'il y a parfois un fossé entre les discours sur le mécanisme d'intervention et la capacité politique à se mettre d'accord sur un mécanisme d'intervention. Les discours sont majoritairement très clairs; au moment de trouver des majorités, c'est beaucoup plus compliqué. C'est quelque chose qui doit nous accompagner dans la suite de la réflexion, en ce qui concerne les assurances sociales. Je serais très heureux si nous pouvions mener encore quelques discussions ensemble dans ce sens.

Ma dernière remarque concerne un chiffre qui a été énoncé dans le débat et qui me paraît tout à fait erroné. Je souhaite le corriger: l'idée qu'il faudrait 300 ans pour assainir la dette de l'assurance-invalidité. C'est quand même oublier qu'il y a eu une 5e révision de l'assurance-invalidité, qu'il y a eu ensuite une révision 6a de cette même assurance, et que nous parlons maintenant d'une révision 6b. Naturellement, l'ensemble des mesures s'additionne et on peut encore y ajouter, jusqu'à 2017, le 0,4 pour cent de TVA supplémentaire qui complète le tableau.

D'après les chiffres dont nous avons connaissance aujourd'hui, à partir de quand, selon le scénario moyen, peut-on envisager un désendettement complet de l'assurance-invalidité, et ce sans que jamais durant cette période l'assurance ne soit déficitaire, et ce sans que jamais durant cette période le fonds de l'AI ne passe en dessous des 5 milliards de francs? Nous arrivons à la conclusion que, quelle que soit la variante que vous choisissez, du point de vue actuel, c'est entre 2028 et 2029, voire 2030 sans révision 6b. Cela représente donc une différence d'une à deux années; c'est donc dans environ 15 ou 16 ans, quelle que soit la variante retenue.

Cela dit, si nous souhaitons un mécanisme d'intervention, il doit y avoir une première phase politique, et il doit y avoir une deuxième phase avec des automatismes, ce qui implique naturellement que la première phase soit réussie. C'est dans ce sens que je vous invite ici à suivre également la minorité de votre commission.

**Humbel Ruth** (CE, AG), für die Kommission: Die Kommission beantragt Ihnen mit 13 zu 12 Stimmen, an Ihrem Beschluss festzuhalten. In der Kommission überwogen die Bedenken, dass es schwierig sei, mit einer Arbeitsfähigkeit von 30 Prozent und weniger einen Arbeitsplatz zu finden, und dass es daher angezeigt sei, eine Vollrente ab 70 Prozent auszurichten. Das Einsparvolumen beträgt mit diesem Antrag pro Jahr 20 Millionen Franken, während der Antrag der Kommissionsminderheit 60 Millionen Franken pro Jahr ausmacht.

Sie haben von Herrn Bundesrat Berset gehört, dass nach den jetzigen Hochrechnungen das Sanierungsziel ein bis zwei Jahre später erreicht werden könne. Es stimmt also nicht, was von verschiedenen Sprechern gesagt wurde: dass es nur wenige Monate seien.

Im Namen der Kommissionsmehrheit – der Entscheid fiel mit 13 zu 12 Stimmen – bitte ich Sie, an Ihrem Beschluss festzuhalten.

Zum Ersatz des Ausdrucks «Kinderrente»: Ich bitte Sie, hier der klaren Kommissionsmehrheit zu folgen. Der Begriff «Kinderrente» ist irreführend, weil man meint, dass es um Kinder geht, welche behindert sind und daher eine Rente bekommen. Es geht aber ganz klar um behinderte Eltern, welche für ihre Kinder eine Zulage bekommen. In der Kommission haben wir lange Diskussionen geführt, um den richtigen Begriff zu finden. Wir haben ihn im Ausdruck «Zulage für Eltern» gefunden. Die Kommission beantragt Ihnen mit 17 zu 8 Stimmen, daran festzuhalten. Ich bitte Sie, auch hier, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Mit 15 zu 10 Stimmen beantragt Ihnen die Kommission, beim Interventionsmechanismus in Artikel 80 Absatz 3 auf einen Automatismus zu verzichten. In Absatz 2 gibt es zwei Elemente und daher auch zwei Angriffsflächen. Die einen wollen keinen Automatismus zur Generierung neuer Einnahmen, die andern wehren sich gegen eine Sistierung der Renten. Das hat dazu geführt, dass Ihnen die Kommission mit 15 zu 10 Stimmen beantragt, Absatz 3 zu streichen. Ich bitte Sie, den Anträgen der Kommissionsmehrheit zu folgen.

**Cassis Ignazio** (RL, TI), pour la commission: Nous avons essentiellement trois divergences à éliminer: la première se situe à l'article 28a alinéa 1bis et concerne le seuil à partir duquel une rente entière est allouée. Un jeu de ping-pong a lieu avec le Conseil des Etats, qui maintient sa décision d'allouer une rente entière à partir d'un taux d'invalidité de 80 pour cent, alors que notre conseil a déjà décidé par deux fois qu'il veut allouer une rente entière à partir de 70 pour cent. Les arguments des uns et des autres sont connus: pour le Conseil des Etats, cela permet de réduire les dépenses annuelles de 60 millions de francs, tandis qu'avec la version du Conseil national, les économies s'élèveraient à 20 millions de francs, soit un tiers.

Avec la version du Conseil des Etats, il y aura beaucoup de personnes dont le taux d'invalidité est compris entre 70 et 80 pour cent qui seront censées chercher du travail sur un marché difficile: c'est pour cette raison que, par 13 voix contre 12, votre commission a décidé de maintenir le taux de 70 pour cent, permettant tout de même des économies de 20 millions de francs. Ceci aussi parce que, vous l'avez entendu, l'évolution financière – qui reste déficitaire pour l'instant – est censée s'améliorer et qu'il y a donc un espoir que la situation se résolve.

En ce qui concerne la deuxième divergence, soit le nom de «rente pour enfant»: la rente pour enfant n'est pas une rente que l'on donne aux enfants, mais c'est une rente donnée aux parents invalides qui ont des enfants à leur charge. C'est pour cela que, par 17 voix contre 8, votre commission vous demande de transformer ce nom en «allocation parentale»,

même si la question matérielle visant à déterminer la somme à allouer a été extraite de cette loi et a été gelée jusqu'au moment où nous aurons peut-être besoin d'en discuter en raison de l'évolution financière.

La troisième divergence concerne le mécanisme d'intervention, ce que l'on appelle aussi «frein aux dépenses». Ce mécanisme en deux étapes est proposé par le Conseil fédéral: tout d'abord une première étape politique, puis une deuxième légale sous forme de mécanisme. Cette dernière ne devrait jamais entrer en vigueur, mais elle nous incite, nous les politiciens, à agir. Cela dit, la commission estime que cette deuxième étape n'est pas indiquée pour l'instant, car aucun automatisme ne doit être inscrit dans la loi.

La commission, par 15 voix contre 10, vous invite donc à la soutenir, c'est-à-dire à ne garder que la première étape, l'étape politique.

#### **Art. 28a Abs. 1bis**

*Antrag der Mehrheit*  
Festhalten

#### *Antrag der Minderheit*

(Bortoluzzi, Aeschi Thomas, Borer, Cassis, de Courten, Gössi, Humbel, Mörgeli, Moret, Parmelin, Schneeberger, Stahl)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Art. 28a al. 1bis**

*Proposition de la majorité*  
Maintenir

#### *Proposition de la minorité*

(Bortoluzzi, Aeschi Thomas, Borer, Cassis, de Courten, Gössi, Humbel, Mörgeli, Moret, Parmelin, Schneeberger, Stahl)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

#### *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/9022)

Für den Antrag der Mehrheit ... 103 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 79 Stimmen

#### **Ersatz eines Ausdrucks vor Art. 38**

*Antrag der Mehrheit*  
Festhalten

#### *Antrag der Minderheit*

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Fridez, Gilli, Heim, Ros-sini, Steiert, van Singer)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Remplacement d'une expression précédant l'art. 38**

*Proposition de la majorité*  
Maintenir

#### *Proposition de la minorité*

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Fridez, Gilli, Heim, Ros-sini, Steiert, van Singer)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Die folgende Abstimmung gilt auch für die Änderung bisherigen Rechts.

#### *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/9023)

Für den Antrag der Mehrheit ... 131 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 54 Stimmen

#### **Art. 80 Abs. 3, 4**

*Antrag der Mehrheit*  
Festhalten

#### *Antrag der Minderheit*

(Ingold, Hess Lorenz, Humbel, Lohr, Vogler, Weibel)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Art. 80 al. 3, 4**

*Proposition de la majorité*  
Maintenir

#### *Proposition de la minorité*

(Ingold, Hess Lorenz, Humbel, Lohr, Vogler, Weibel)  
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

#### *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/9024)

Für den Antrag der Mehrheit ... 136 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 45 Stimmen

#### **Änderung bisherigen Rechts**

#### **Modification du droit en vigueur**

#### **Ziff. 3, 5, 6**

*Antrag der Mehrheit*  
Festhalten

#### *Antrag der Minderheit*

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Fridez, Gilli, Heim, Ros-sini, Steiert, van Singer)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Ch. 3, 5, 6**

*Proposition de la majorité*  
Maintenir

#### *Proposition de la minorité*

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Fridez, Gilli, Heim, Ros-sini, Steiert, van Singer)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

#### *Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*

*Adopté selon la proposition de la majorité*

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Das Geschäft geht somit an die Einigungskonferenz.

11.030

**6. IV-Revision.  
Zweites Massnahmenpaket  
6e révision de l'AI.  
Deuxième volet**

*Differenzen – Divergences*

Botschaft des Bundesrates 11.05.11 (BBl 2011 5691)  
 Message du Conseil fédéral 11.05.11 (FF 2011 5301)  
 Ständerat/Conseil des Etats 19.12.11 (Erstrat – Premier Conseil)  
 Nationalrat/Conseil national 30.05.12 (Zweitrat – Deuxième Conseil)  
 Ständerat/Conseil des Etats 01.06.12 (Differenzen – Divergences)  
 Ständerat/Conseil des Etats 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)  
 Nationalrat/Conseil national 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)  
 Text des Erlasses 2 (AS 2012 5559)  
 Texte de l'acte législatif 2 (RO 2012 5559)  
 Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)  
 Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)  
 Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)  
 Ständerat/Conseil des Etats 12.03.13 (Differenzen – Divergences)  
 Nationalrat/Conseil national 04.06.13 (Differenzen – Divergences)  
 Ständerat/Conseil des Etats 11.06.13 (Differenzen – Divergences)  
 Nationalrat/Conseil national 13.06.13 (Differenzen – Divergences)  
 Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 19.06.13  
 Ständerat/Conseil des Etats 19.06.13 (Differenzen – Divergences)  
 Nationalrat/Conseil national 19.06.13 (Differenzen – Divergences)

**1. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
1. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, deuxième volet)**

*Antrag der Einigungskonferenz*  
Abschreiben der Vorlage

*Antrag Gutzwiller*  
Keine Abschreibung

*Proposition de la Conférence de conciliation*  
Classer le projet

*Proposition Gutzwiller*  
Pas de classement

**Egerszegi-Obrist** Christine (RL, AG), für die Kommission: Die 6. IV-Revision hat eine schwierige Vergangenheit. Der Ver-

lauf der Debatte in den Räten, insbesondere die Arbeit zwischen den beiden Kammern, war von vornherein nicht einfach.

Das vorgegebene Ziel war klar: Nach Ablauf der Zusatzfinanzierung über die Mehrwertsteuer Ende 2017 soll dieses Sozialwerk auf gesunden Beinen stehen. Der Ständerat hat dieses Ziel immer wieder verteidigt, sich aber in etlichen Punkten den komfortablen Mehrheiten des Nationalrates anschliessen müssen: Wir haben die heiklen Punkte der Reisekosten und der Höhe der Kinderrente in einen dritten Entwurf verschoben. Wir haben auf eine Kürzung der laufenden Renten verzichtet. Der Ständerat hat nicht zuletzt unter dem Druck des drohenden Referendums der Behindertenverbände zwar in einigen Punkten nachgegeben. Wir haben aber immer wieder mit einer beachtlichen Mehrheit beschlossen, dass wir in der Verpflichtung stehen, mit einem klaren Interventionsmechanismus, der ausgaben- wie einnahmenseitig ausgewogen ist, das finanzielle Gleichgewicht wiederherzustellen, wenn die IV die erforderlichen Ziele nach dem Wegfallen der dafür beschlossenen Mehrwertsteueranteile nicht erreicht.

Die Einigungskonferenz hat sich heute Morgen zusammengefunden. Wir hatten noch drei Differenzen: Bei Artikel 28a Absatz 1bis ging es darum, ob bei einem Invaliditätsgrad von 70 Prozent oder bei einem solchen von 80 Prozent eine volle Rente ausgelöst wird. Wir hatten noch den Begriff zu klären, ob es weiterhin «Kinderrente» oder ob es laut Beschluss des Nationalrates «Zulage für Eltern» heisst. Wir hatten bei Artikel 80 Absätze 3 und 4 die dritte Differenz, bei der es um die Schuldenbremse ging.

Wir haben uns mit ganz knapper Mehrheit entschieden, dass wir bei Artikel 28a Absatz 1bis die Fassung des Nationalrates annehmen. Mit ebensolchen knappen Mehrheiten haben wir uns bei den anderen beiden Differenzen dem Ständerat angeschlossen.

Das Parlamentsgesetz sagt in Artikel 92 Absatz 3 klar, dass die Einigungskonferenz einen Einigungsantrag stellt, der alle verbliebenen Differenzen gesamthaft bereinigt. Gesamthaft heisst: in einem Antrag. So führten wir noch eine Gesamtabstimmung durch, bei der dann mit 13 zu 10 Stimmen das Resultat herauskam, dass diese Vorlage so nicht mehr von der Mehrheit getragen wird. Das heisst, dass den Räten der Antrag auf Abschreibung des Geschäftes zu stellen ist.

Damit endet eine lange Arbeit der Kommissionen in einem Scherbenhaufen. Es war auch durch viele Gespräche von Kolleginnen und Kollegen im Ständerat nicht möglich, die Blockade zwischen links und rechts aufzuheben. Die Einigungskonferenz hat das ganz deutlich zutage gefördert. Ein Teil des Rates wollte nur eine Vorlage, die ausgaben- wie einnahmenseitig ausgewogen ist, das finanzielle Gleichgewicht wiederherstellen, wenn die IV die erforderlichen Ziele nach dem Wegfallen der dafür beschlossenen Mehrwertsteueranteile nicht erreicht.

Mit dem vorliegenden Beschluss gibt es keine Gewinner, es gibt nur Verlierer. Politische Prinzipien sind ja ehrenwert, aber wenn sie keine Lösungen mehr ermöglichen, weil ein Kompromiss als Zeichen der Schwäche betrachtet wird, dann bleiben wir stehen. Es ist einfach so: Wenn es den Linken zu weit geht und den Rechten zu wenig weit geht, dann kumulieren sich diese Stimmen, und es gibt keine Lösung mehr. Das Beharren können wir eigentlich in Anbetracht der Herausforderungen, vor denen wir zur Sicherung unserer Sozialwerke stehen, in Zukunft nicht gebrauchen.

Verlierer sind aber auch die Behindertenverbände. Sie waren sehr aktiv, damit alle Einsparungen abgeschwächt oder verschoben wurden. Sie haben dafür aber ein zukunftssträchtiges Rentenmodell preisgegeben. Verlierer sind aber auch alle Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Wir haben heute Morgen mit diesem Entscheid der AHV 10 Milliarden Franken entnommen, das heisst, sie werden nicht zurückbezahlt. Wir haben gesetzlich festgelegt, dass die Schuld der IV nur so lange in den AHV-Fonds zurückbezahlt wird, als die Mehrwertsteueranteile erhoben werden. Wenn diese nicht mehr erhoben werden, hört auch die Zurückzahlung

auf. Die Vorlage, deren Beerdigung heute beantragt wird, beinhaltet auch die Weiterführung dieser Entschuldung. Die Behandlung dieser Vorlage ist kein Ruhmesblatt. Es ist zu hoffen, dass die weiteren notwendigen Revisionen der Sozialversicherungen nicht das gleiche Schicksal erleiden werden.

Sie sehen, dass sich die Einigungskonferenz nicht einigen konnte. Sie beantragt Ihnen deshalb die Abschreibung dieses Geschäftes.

**Gutzwiller Felix (RL, ZH):** Die Kommissionspräsidentin hat Ihnen die Sache schon zusammengefasst. Ich denke, wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass dieses Projekt schon gescheitert ist. Ich möchte Ihnen mit meinem Antrag auf Nichtabschreibung beliebt machen, dass wir versuchen, nochmals, in letzter Minute, eine Runde zu veranstalten und dann eine etwas kompromissfreudigere Situation zu gestalten, um vielleicht doch zu einer Lösung zu gelangen. Ich muss Sie nicht daran erinnern, dass die Geschichte der Reformen der Sozialversicherungen in diesem Land eine Geschichte von kleinen, manchmal kleinsten Schritten ist. Nur so kommen wir in diesem hochkomplexen, schwierigen Thema weiter, das ein Schlüsselthema für die Zukunft in diesem Land ist, nämlich die Sicherung der sozialen Netzwerke. Wie die Kommissionspräsidentin immer wieder gesagt hat, können solche Reformen, auch kleine Reformen, an Maximalforderungen von hüben und drüben scheitern. Ich denke da auch an die 11. AHV-Revision, für die ja dieser Rat eine gute Lösung gefunden hatte.

Wenn Sie die Vorlage ansehen, auch wenn das jetzt nicht der Gegenstand dieser Debatte ist, sehen Sie, so denke ich, dass man hierin Fortschritte gemacht hat. Man hat eine Modernisierung des Rentensystems, kombiniert mit einem Interventionsmechanismus, definiert. Das sind zwei absolut zentrale Themen für die Zukunft der IV, teilweise auch für die Zukunft der Sozialversicherungen.

Ich glaube deshalb, wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass dieser Anlauf jetzt gescheitert ist. Es geht nicht nur um lange, intensive Kommissionsarbeiten, sondern es geht auch darum, dass hier ein Kompromiss vorliegt, der für die IV, für die Sozialversicherungen in der Schweiz und damit auch für unser Land gut wäre. Die IV hat Fortschritte gemacht. Sie hat aber nach wie vor Probleme, und wir dürfen vor diesen Problemen die Augen nicht verschliessen. Wir haben hier aufgrund der grossen Arbeiten einen Ansatz für einen produktiven, begrenzten nächsten Reformschritt.

Deshalb bitte ich Sie, diesem Antrag auf Nichtabschreibung zuzustimmen. Wie ich höre, wird auch im Schwesterrat ein solcher Antrag diskutiert werden. Sollten beide Kammern zustimmen, dann, so sagt man mir, hätte die Einigungskonferenz noch einmal eine Chance, sich mit dem Thema zu befassen. Diese Hoffnung wollen wir aufrechterhalten. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag auf Nichtabschreibung zuzustimmen.

**Schwaller Urs (CE, FR):** Seit Beginn dieser IV-Revision sind wir einen weiten Weg gegangen und haben die ursprünglich vorgesehenen Einsparungen von mehr als 650 Millionen Franken nach und nach reduziert. Übrig bleiben am Schluss vor allem das stufenlose Rentensystem, beschränkt auf Neurentner, sowie ein Interventionsmechanismus.

An der heutigen Morgensitzung der Einigungskonferenz, an der ich, an sich gegen meine Überzeugung, 70 Prozent als Eintrittsschwelle für eine Vollrente unterstützt habe – in der Erwartung, dass dann der Interventionsmechanismus eine Mehrheit finden würde, was in der Einzelabstimmung ja auch der Fall war –, fiel am Schluss bekanntlich die ganze Vorlage durch. Übrig bleibt ein Scherbenhaufen – man kann es nicht anders sagen –, ein Scherbenhaufen nach mehr als zwei Jahren Diskussion. Das kann es nicht sein!

Für mich ist auch klar: Wenn es bei dieser Ablehnung bleibt, gerät auch die Diskussion um die Einführung einer Schuldenbremse bei allen anderen Sozialversicherungen schwer in Schieflage. Das rechtfertigt meines Erachtens zumindest eine nochmalige Diskussion.

Ich lade Sie deshalb ein, dem Antrag Gutzwiller auf Nichtabschreiben zuzustimmen. Vielleicht gelingt es uns ja dann während des Sommers – die Zustimmung des anderen Rates vorausgesetzt –, einen neuen, mehrheitsfähigen Antrag für die Einigungskonferenz zu finden. Ich sage dies, weil ich diesem Geschäft bis zum Freitag keine Chance gebe. Aber wenn wir etwas mehr Zeit haben und vielleicht auch den Sommer dazu benützen können, bin ich nicht ohne jede Hoffnung, dass wir hier einen Antrag finden, der es erlaubt, diese Vorlage nicht einfach in den Papierkorb zu werfen. Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Antrages Gutzwiller.

**Kuprecht Alex (V, SZ):** Beim Beginn der Beratung des Geschäftes «6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket» starteten wir mit der Absicht, dass wir nochmals rund 325 Millionen Franken einsparen sollten. Wir kannten die Ergebnisse der 5. IV-Revision zum Teil schon. Die entsprechenden Bereiche waren unterwegs. Wir wussten, dass die Massnahmen zum Teil gut gegriffen haben. Von diesen Einsparungen von 325 Millionen verblieben nach der Debatte hier im Ständerat im Dezember 2011 noch rund 295 Millionen Franken. Das war ein deutlicher Entscheid, mit 30 zu 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen – es war ein deutlicher Entscheid!

Mit diesem Resultat ging das zweite Massnahmenpaket dann in den Nationalrat, wo die Vorlage meines Erachtens total zerzaust wurde. Die entsprechenden strukturellen Eingriffe zur Verbesserung des Ergebnisses der IV wurden zunichtegemacht. Übrig geblieben sind heute im Prinzip noch Einsparungen von 20 bis 25 Millionen Franken – bei einer Ausgangslage mit Einsparungen von 325 Millionen gemäss Entwurf des Bundesrates und von 295 Millionen Franken nach dem Beschluss des Ständerates.

Die Positionen sind völlig klar. Die eine Seite möchte auf keinen Fall einen Interventionsmechanismus mit einem Aufschub der Teuerungsanpassung, und die andere Seite möchte auf keinen Fall, dass ein Mechanismus eingeführt wird, bei dem die Probleme wieder mit einer Erhöhung des Abgabensatzes zugedeckt werden. Das ist die *Pièce de Résistance*. Aufgrund dieser völlig unterschiedlichen Grundhaltungen wird eine Annahme im materiellen Teil – egal, wie sie herauskommt – nicht mehr möglich sein. Sie wird wahrscheinlich dann im Nationalrat versenkt.

Ich habe mir dann überlegt: Was bringt jetzt bei diesen völlig klaren Positionen der Antrag Gutzwiller? Diese Positionen beruhen auf fundamentalen parteipolitischen Positionen, die im Laufe des Sommers nicht mehr gelockert und gelöst werden können; da bin ich mir absolut sicher. Wegen dieser Ausgangslage bin ich zum Schluss gekommen, dass der Einzelantrag Gutzwiller keinen Sinn macht. Aus 325 Millionen Franken ist praktisch nichts geworden. Aus nichts kann nichts mehr werden. Für mich ist klar, dass so die IV nach 2017, wenn die Mehrwertsteuererhöhung wegfällt, wieder rote Zahlen schreiben wird. Das ist dann nicht mein Problem.

Dieser Rat war von diesem Sanierungsweg zu Beginn klar angetan. Wir haben dafür gekämpft. Ich bedaure es ausserordentlich, dass das stufenlose Rentensystem damit dahinfällt. Es wäre ein guter Schritt in die richtige Richtung gewesen. Nur, das allein löst das Problem der IV überhaupt nicht. Darum möchte ich Sie bitten, diese Revision schicklich zu begraben.

Ich bitte Sie deshalb auch, den Einzelantrag Gutzwiller nicht anzunehmen. Dann ist vielleicht im Verlaufe des nächsten oder übernächsten Jahres ein Neustart möglich. Unter diesen verhärteten Umständen aber wird es keine Lösung geben, die eine Mehrheit in beiden Kammern finden wird.

**Bruderer Wyss Pascale (S, AG):** Ich gehöre zu jener Minderheit, die den in der Einigungskonferenz gefundenen Kompromiss unterstützt hat und ihn weiterhin unterstützen würde, wenn die Möglichkeit einer Fortsetzung noch bestünde; eine Fortsetzung auf einem Weg, der es meines Erachtens verdient, dass noch ein letzter Rettungsversuch unternommen wird; eine Fortsetzung auf einem Weg, welcher vom

Bundesrat sehr umsichtig geordnet wurde, auch in Anpassung an Aktualitäten, die es zu beachten gilt, wie die Verbesserung der finanziellen Situation der IV; eine Fortsetzung eines Weges, der vom Parlament auch lange Zeit gemäss Entwurf des Bundesrates unterstützt und mitgetragen wurde. Ich möchte an dieser Stelle Herrn Bundesrat Berset und auch unserer Kommissionspräsidentin danken, die diesen langen Weg geprägt und sehr konstruktiv mitgetragen haben.

Die Vorlage wäre ein guter Kompromiss; das ist auch meine Überzeugung. Es wäre auch ein Kompromiss, der von den grossen Behindertenverbänden mitgetragen würde. Das stufenlose Rentensystem hat Vorteile, wenn es sozialverträglich implementiert würde, wie es mit der 70-Prozent-Regelung, die in der Einigungskonferenz beantragt wurde, der Fall wäre. Ein stufenloses Rentensystem beseitigt negative Schwelleneffekte, wie wir sie heute kennen. Aber eben, es müsste sozialverträglich umgesetzt werden, und dafür hätten wir eigentlich eine gute Lösung gefunden.

Ich plädiere dafür, den Antrag auf Nichtabschreibung zu unterstützen. Es ist ein letzter Versuch. Dieser würde tatsächlich nur gelingen – ich sage das auch als Reaktion auf das Votum von Kollege Kuprecht –, wenn nochmals intensive Gespräche geführt würden, und ich würde gerne einen aktiven Beitrag dazu leisten.

Ich plädiere dafür, dem Antrag Gutzwiller zuzustimmen.

**Rechsteiner Paul (S, SG):** Es ist eine schwierige, ja verfahren Ausgangslage. Schon in der Kommission stellte sich die Frage einer Gesamtabstimmung über die Ergebnisse der Einigungskonferenz; das hat ja jetzt dieses Resultat produziert. Auch hier stellt sich jetzt dann die Frage, was es bedeutet, wenn das Geschäft in diesem Rat nicht abgeschlossen wird, der Nationalrat es aber trotzdem abschreibt. Angesichts der realistischen so zu würdigenden politischen Ausgangslage in diesem Punkt wäre das Geschäft meines Erachtens im Nationalrat abgestürzt, auch wenn es in der Einigungskonferenz anders gekommen wäre; sonst gehe ich mit fast nichts von dem einig, was Herr Kuprecht gesagt hat.

Es stellt sich jetzt noch die Frage einer Bewertung dieser Ausgangslage. Etwas hat nie zur Diskussion gestanden, ist jetzt aber thematisiert worden: Es hätte durchaus ein Resultat geben können, das in beiden Räten Zustimmung gefunden hätte, wenn man bereit gewesen wäre, sich auf das kleine, bescheidene Teilergebnis des stufenlosen Rentensystems mit den Kautelen zu verständigen. Es genügt aber vielen nicht, die Kautelen waren eben auch umstritten. Die eine Kautel, keine Rückwirkung, war die Position, die hier eingeführt wurde. Die andere Kautel war die Limite von 70 Prozent für eine ganze Rente. Wenn man sich auf dieses Teilergebnis hätte verständigen können, dann hätte es eingeführt werden können.

Wenn man vom schematischen Rentenanspruch zum stufenlosen System wechseln würde, wäre das eine grosse Veränderung, eine Modernisierung im IV-Rentensystem, die gewisse bescheidene Spareffekte hätte. Wenn man sich da fände, könnte meines Erachtens trotz der sonst schwierigen Ausgangslage in beiden Räten eine Revision angestossen werden. Das könnte auch in Form einer Kommissionsinitiative geschehen. Alles, was darüber hinausgeht, wird es nicht schaffen.

Was den Interventionsmechanismus betrifft, haben wir uns mehrfach ausgetauscht. Die Philosophien gehen hier fundamental auseinander. Ich möchte noch einmal auf die Verfassung hinweisen; wir werden das dann bei der AHV durchexerzieren. Die Verfassung sagt, dass der Teuerungsausgleich bei den Renten der ersten Säule garantiert ist. Dieses Versprechen wird mit einem solchen Interventionsmechanismus gebrochen. Auch wenn es hier unterschiedliche Optiken gibt – je nach parteipolitischen Lager –, müssen Sie einfach sehen, dass das bei der ersten Säule des Rentensystems eine Grundsatzfrage ist.

Noch zur Frage der Entwicklung und der Perspektiven der IV-Finzen: Ich meine, dass alle, trotz ihrer unterschiedli-

chen Ausgangslage, für sich in Anspruch nehmen können, dass ihnen dieses Sozialwerk am Herzen liegt, dass sie darum besorgt sind und auch Sorge zu ihm tragen. Das müssen sich alle Sozialpolitiker in diesem Rat gegenseitig attestieren, auch wenn sie dann in einzelnen Punkten zu anderen Schlüssen kommen. Es ist aber allen klar, dass die Rentenentwicklung seit dem Start der Revision so ist, dass sich einige Dinge verändert haben. Es ist auch so, dass die Zahlen von Ende 2016 bzw. Anfang 2017 gewissermassen darüber entscheiden werden, was nachher geschehen wird. Diese nicht allzu ferne Zukunft wird zeigen, ob die positive Entwicklung der IV-Finzen weitergeht oder nicht.

Ein letzter Hinweis aus der Praxis, der zeigt, was das für die von der Invalidenversicherung Betroffenen bedeutet: Es ist so, dass die Revisionen 5 und 6a, die hinter uns liegen, immer noch in der Umsetzung sind. Wir sind in einem permanenten Revisionsprozess wie bei keiner anderen Sozialversicherung, der auch entsprechende Auswirkungen auf die Mitarbeitenden und die Praxis der Sozialversicherungsbehörden und der Gerichte hat. Ich meine, dass bei diesen hektischen Revisionen, die sich hier folgen, eine gewisse Verlangsamung des Revisionsrhythmus nicht nur etwas Negatives, sondern auch etwas Positives hat.

Schliesslich und endlich liegen die AHV-Finzen allen sehr am Herzen. Wir haben es immer gesagt: Es ist ein Problem, dass man die IV-Schuld der AHV angehängt hat. Immerhin ist dafür gesorgt worden, dass vorläufig der Bund für die IV-Schuld die Zinsen tragen muss. Diesbezüglich war die Kommission wiederum einstimmig: Es geht nicht an, dass sich der Bund im Rahmen von Entlastungsprogrammen jetzt bei der IV-Schuld schadlos hält, indem er die Zinsen mit entsprechenden negativen Folgen für die AHV-Finzen reduziert. Hier muss man die Gesamtzusammenhänge im Auge behalten und die entsprechenden Weichenstellungen vornehmen.

**Berset Alain, conseiller fédéral:** Tout d'abord, il faut se rappeler que la révision 6b de l'assurance-invalidité fait partie d'un ensemble. C'est la dernière étape de tout un processus d'assainissement de l'assurance-invalidité dans lequel on peut aussi compter la 5e révision et la révision 6a qui sont en vigueur. Il y a également eu dans ce cadre-là un débat sur l'augmentation de la TVA pour le désendettement de l'assurance-invalidité. Avec la révision 6b, c'est la dernière étape qui est aujourd'hui discutée.

Il est vrai – cela a été mentionné durant votre débat – que le projet a été fortement modifié, fortement corrigé, à différentes étapes par le Parlement. Le Conseil fédéral lui-même a soutenu une partie de ces modifications en tenant compte, avec vous également, des chiffres qui concernent l'assainissement de l'assurance-invalidité et qui, vus aujourd'hui – mais il faut toujours être très prudent –, semblent assez positifs et assez favorables. Quand je dis «vus aujourd'hui», cela signifie que nous ne savons pas ce qui se produira, en fonction de l'évolution de la situation économique, dans cinq ou dix ans et que nous devons garder une certaine ouverture pour pouvoir réagir aux évolutions futures.

Le volet consacré aux économies dans cette révision 6b a été fortement réduit – Monsieur Kuprecht et Monsieur Rechsteiner l'ont rappelé. Il est vrai que si l'on compare les chiffres avant la consultation et ceux du projet d'aujourd'hui, on voit bien que le volet consacré aux économies a été fortement réduit. Mais il y a un volet dont on ne parle peut-être pas assez et qui lui n'a pas été réduit: c'est le volet structurel, la modernisation de l'assurance-invalidité.

J'entends bien qu'on peut avoir des appréciations plus ou moins variées de cette modernisation. Pour le Conseil fédéral, elle est importante. Elle comporte le renforcement de la réadaptation, un élément très important dans ce projet, notamment avec l'élargissement de la détection précoce ou l'augmentation de la flexibilité pour les mesures de réinsertion. De plus, elle comporte les améliorations de structure pour l'assurance-invalidité, notamment les questions liées au désendettement; on a parlé ici du mécanisme d'intervention, mais également du renforcement dans ce projet de la

lutte contre la fraude contre l'assurance invalidité. Le dernier élément est l'élimination des incitations négatives avec le système de rentes linéaire.

L'élimination des incitations négatives ne fait là aussi que répondre à un souhait du Parlement. J'aimerais vous rappeler, dans ce cadre-là, le postulat Hêche 09.3161 que vous aviez adopté, qui demandait qu'on étudie les moyens visant à réduire les incitations négatives qui sont liées aux systèmes comportant des seuils. La suppression des seuils, c'est exactement ce que l'on essaie de faire en modernisant l'assurance dans le cadre de cette révision. Il faudrait donc ne pas oublier ces volets qui sont également importants.

La Conférence de conciliation de ce matin a abouti à un résultat, qui lui appartient et vous appartient maintenant. Je ne vais pas le commenter. On apprend à tout âge; j'ai appris ce matin qu'il était possible d'adopter un compromis et ensuite de le rejeter. Mais enfin, cela fait partie de la politique. Il est logique que, sur des questions aussi compliquées, il y ait parfois des soubresauts de ce genre. Cela dit, c'est à vous de voir quelle suite vous souhaitez donner à ce projet.

Le constat que j'ai fait ce matin est que l'unique point qui a jusqu'ici vraiment posé des problèmes difficilement solubles était lié au mécanisme d'intervention. Il est vrai que l'on constate que les règles fiscales semblent très appréciées pour la gestion du budget de l'Etat, du ménage de l'Etat, mais que les discussions sur des règles d'intervention dans le cadre des assurances sociales relèvent d'un autre débat. C'est un débat qui est beaucoup plus délicat. On a pu voir, avec les divergences maintenues d'un bout à l'autre de l'examen entre les deux conseils, que c'était un sujet sensible. Le Conseil fédéral le traite avec toute la sensibilité requise, et c'est aussi une sensibilité qu'il faudra qu'il ait lors des réflexions futures dans ce domaine.

Je salue toutes les tentatives qui permettraient d'aboutir à une majorité pour ce projet, pour que, au moins sur le plan des mesures structurelles, la modernisation nécessaire de l'assurance-invalidité puisse se faire. Donc, dans ce cadre-là, la décision de classer ce projet ou pas vous appartient; je n'ai pas de mandat direct du Conseil fédéral pour répondre à cette question, mais enfin, il me semble qu'il serait adéquat d'en rediscuter une fois. Si la possibilité se présentait, je ne m'y opposerais pas.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag Gutzwiller ... 29 Stimmen

Für den Antrag der Einigungskonferenz ... 8 Stimmen

(6 Enthaltungen)

**Il presidente** (Lombardi Filippo, presidente): L'oggetto viene ritrasmeso al Consiglio nazionale.

## Dreizehnte Sitzung – Treizième séance

Mittwoch, 19. Juni 2013

Mercredi, 19 juin 2013

15.00 h

11.030

### 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket

#### 6e révision de l'AI. Deuxième volet

##### Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 11.05.11 (BBl 2011 5691)  
 Message du Conseil fédéral 11.05.11 (FF 2011 5301)  
 Ständerat/Conseil des Etats 19.12.11 (Erstrat – Premier Conseil)  
 Nationalrat/Conseil national 30.05.12 (Zweitrat – Deuxième Conseil)  
 Ständerat/Conseil des Etats 01.06.12 (Differenzen – Divergences)  
 Ständerat/Conseil des Etats 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)  
 Nationalrat/Conseil national 15.06.12 (Schlussabstimmung – Vote final)  
 Text des Erlasses 2 (AS 2012 5559)  
 Texte de l'acte législatif 2 (RO 2012 5559)  
 Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)  
 Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)  
 Nationalrat/Conseil national 12.12.12 (Fortsetzung – Suite)  
 Ständerat/Conseil des Etats 12.03.13 (Differenzen – Divergences)  
 Nationalrat/Conseil national 04.06.13 (Differenzen – Divergences)  
 Ständerat/Conseil des Etats 11.06.13 (Differenzen – Divergences)  
 Nationalrat/Conseil national 13.06.13 (Differenzen – Divergences)  
 Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 19.06.13  
 Ständerat/Conseil des Etats 19.06.13 (Differenzen – Divergences)  
 Nationalrat/Conseil national 19.06.13 (Differenzen – Divergences)

### 1. Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)

#### 1. Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, deuxième volet)

*Antrag der Einigungskonferenz*  
 Abschreiben der Vorlage

*Antrag Weibel*  
 Keine Abschreibung

*Proposition de la Conférence de conciliation*  
 Classer le projet

*Proposition Weibel*  
 Pas de classement

**Humbel** Ruth (CE, AG), für die Kommission: Die Einigungskonferenz hatte sich heute Morgen mit drei Differenzen zu beschäftigen: Bei Artikel 28a Absatz 1bis geht es um die Vollrente ab 70 oder 80 Prozent Invalidität, dann geht es um die Begriffsklärung «Kinderrente» oder «Zulage für Eltern», und bei Artikel 80 Absätze 3 und 4 geht es um die Frage des Interventionsmechanismus. Mit knappen Stimmenverhältnissen ist die Einigungskonferenz bei Artikel 28a Absatz 1bis dem Nationalrat gefolgt, das heisst, dass eine Vollrente ab 70 Prozent ausgerichtet wird. Beim Begriff «Kinderrente» sowie beim Interventionsmechanismus hat die Einigungskonferenz der ständerätlichen Fassung zugestimmt. Gemäss Artikel 92 Absatz 3 des Parlamentsgesetzes stellt die Einigungskonferenz einen Einigungsantrag, der alle ver-

bliebenen Differenzen gesamthaft bereinigt. In der Gesamt- abstimmung hat die Einigungskonferenz den Antrag mit 13 zu 10 Stimmen abgelehnt, weshalb ich Ihnen die Abschrei- bung der Vorlage beantragen muss. Ausschlaggebend für das Scheitern ist letztlich der Interventionsmechanismus ge- mäss Artikel 80 Absätze 3 und 4 der Vorlage: Die einen woll- ten keinen Automatismus zur Generierung neuer Einnah- men, die anderen wehrten sich gegen eine Sistierung der Renten. Damit endet die letzte Etappe der Sanierung der IV gewissermassen in einem Scherbenhaufen.

Ich möchte abschliessend nochmals daran erinnern, dass die Vorlage 6b als Sparmassnahme angekündigt worden ist. Bei der Zusatzfinanzierung, die vom Volk und von den Stän- den übrigens knapp angenommen worden ist, war die Rede von 700 Millionen Franken Einsparungen. Der Bundesrat hat dem Parlament eine Vorlage mit 335 Millionen Franken Ein- sparungen vorgelegt. In der Wintersession 2011 hat der Ständerat 245 Millionen Franken beschlossen.

Geblichen ist nun praktisch nichts mehr. Das kann nicht im Interesse behinderter Menschen sein und schon gar nicht im Interesse der AHV und des Systems der sozialen Sicherheit. Selbst die Schuldenbremse wird abgelehnt. Die Rechte will nicht mehr Geld in die IV pumpen, und die Linke traut ihren optimistischen Prognosen wohl selber nicht, sonst müsste sie von einem Interventionsmechanismus ja nichts befürch- ten. Die Front gegen die Schuldenbremse hat sich im Natio- nalrat während der Differenzbereinigung konstant gehalten und konnte auch in der Einigungskonferenz nicht durchbro- chen werden.

Die IV-Revision 6b ist gescheitert. Das hat auch negative Auswirkungen auf die AHV. Mit dem Auslaufen der Zusatzfi- nanzierung für die Verzinsung der IV-Schuld bei der AHV durch den Bund muss die IV nämlich die Entschuldung sel- ber finanzieren. Mit der Ablehnung dieser Vorlage fällt die gesetzliche Grundlage weg, auf der die IV nach Auslaufen der Mehrwertsteuer-Zusatzfinanzierung dem AHV-Fonds Geld zurückbezahlen kann. Was wir bei dieser IV-Revision veranstaltet haben, muss als Trauerspiel bezeichnet werden. Ob eine weitere Runde zielführend sein könnte, ist höchst fraglich.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Einigungskonferenz zu folgen und die Vorlage abzuschreiben.

**Cassig** Ignazio (RL, TI), pour la commission: Nous vous pré- sentons ici les résultats de la Conférence de conciliation qui a eu lieu ce matin à 7 heures et qui a abordé trois diver- gences entre notre conseil et le Conseil des Etats.

La première divergence concernait l'article 28a alinéa 1bis; elle concernait le seuil à partir duquel une rente entière est allouée. Le Conseil national veut fixer ce seuil à 70 pour cent; le Conseil des Etats à 80 pour cent.

La deuxième divergence concernait la dénomination de «rente pour enfant», comme on l'appelle actuellement. Du point de vue matériel, la discussion sur les rentes pour enfant a été gelée et reportée dans une troisième étape qui n'est pas prévue pour cette année en tout cas. La question se posait de savoir si nous souhaitons changer la déno- mination de «rente pour enfant» au profit d'«allocation pa- rentale». Je vous le rappelle, il ne s'agit pas de rente d'invalidité pour enfant, mais d'allocation pour des parents invalides ayant des enfants à charge.

La troisième divergence concernait le frein à l'endettement, appelé aussi mécanisme d'intervention. Le Conseil fédéral a prévu un mécanisme d'intervention en deux phases: une première de nature politique et une seconde mettant en place un mécanisme automatique.

Ce mécanisme permet d'augmenter les recettes et de dimi- nuer les dépenses de l'assurance-invalidité, si la phase poli- tique ne trouve pas de solutions.

Ce matin, la majorité de la Conférence de conciliation a dé- cidé de maintenir le seuil pour l'octroi d'une rente entière à 70 pour cent. Elle a décidé de ne pas changer les termes «rente pour enfant» et de renoncer à l'automatisme du mé- canisme d'intervention tel que proposé par le Conseil fédéral et souhaité par le Conseil des Etats.

La surprise – je me permets de le dire – est qu'au vote sur l'ensemble tout le paquet a été rejeté. Donc, en tant que rapporteur de la Conférence de conciliation, je vous invite à suivre sa décision et à classer cette révision.

Une proposition Weibel vous demandera de ne pas classer cet objet et de le renvoyer encore une fois à la Conférence de conciliation, ce qui sera probablement difficile au cours de cette session. Mais c'est à Monsieur Weibel de vous expliquer ce que sa proposition implique.

En ce qui me concerne – je parle ici au nom de la Conférence de conciliation –, je vous demande de classer cet objet.

**Fehr** Jacqueline (S, ZH): Herr Cassis, ich möchte das Kommissionsgeheimnis nicht verletzen. Aber vielleicht möchten Sie ja selber sagen, wie Sie in dieser Gesamtabstimmung gestimmt haben.

**Cassis** Ignazio (RL, TI), pour la commission: Madame Fehr, j'ai voté contre cette révision à la fin de nos délibérations, car il y a eu ce matin une série de prises de décisions un peu confuses. On a d'abord parlé d'un concept que je peux vous expliquer rapidement. Le concept qui nous a été proposé par la présidente était de rester à 70 pour cent, mais par contre d'accepter l'automatisme du frein à l'endettement, que la gauche et le groupe UDC veulent biffer. On a essayé de travailler sur ce concept, mais cela n'a pas joué et, finalement, lors du vote, nous pensions que de toute manière la loi allait être adoptée et nous voulions ainsi manifester notre désaccord. La surprise a été que l'opposition a obtenu la majorité, car il y a eu des abstentions lors du vote sur l'ensemble. Tout était très tactique, hélas. Mais malgré tout, je crois aussi qu'il faudrait avoir le courage de retourner en Conférence de conciliation. Mais je précise que je suis en train de vous donner ma position et non celle de la commission, je m'en excuse.

**Weibel** Thomas (GL, ZH): Die Einigungskonferenz hat über drei Differenzen diskutiert und hat je eine Mehrheit gefunden. In der Gesamtabstimmung fand das neue Paket dann keine Mehrheit, weil es eben nicht als Konzept behandelt worden ist. Die Folge davon ist – Sie wissen es –: Der Entscheid der Einigungskonferenz bedeutet einen Antrag auf Abschreiben der Vorlage. Oder anders gesagt: Wir brechen die IV-Revision ab.

Auslöser waren zwei Artikel. Sie kennen die Diskussion zu Artikel 28a Absatz 1bis aus den drei Debatten, die wir geführt haben. Dort wird festgelegt, ob eine volle Rente ab 70 oder erst ab 80 Prozent Invalidität gesprochen werden soll. Da wäre die Einigungskonferenz dem Nationalrat gefolgt. Beim anderen Punkt, Artikel 80 Absatz 3 und 4 – Stichwort: Schuldenbremse – wollte die Mehrheit der Einigungskonferenz dem Ständerat folgen. Damit wären eigentlich die Voraussetzungen für einen Kompromiss geschaffen gewesen – aber Sie kennen das Ergebnis der Gesamtabstimmung.

Es ist eine Frage der Betrachtungsweise: Ist das Glas halb voll, oder ist es halb leer; liegt der Fokus auf dem, was nicht erreicht worden ist, wo man nicht einverstanden ist, oder ist man in der Frage bereit, konzeptionell-strategische Überlegungen über parteipolitische Interessen zu stellen?

Politische Prinzipien sind sicher ehrenwert. Wenn sie aber eine Lösung verhindern, dann sieht es aus meiner Sicht anders aus, denn mit dem Abschreiben der Vorlage verlieren wir viel. Erstens erhalten wir kein zukunftssträchtiges Rentensystem, denn mit der Vorlage wäre der Wechsel weg vom Stufensystem und hin zu einem linearen System der Renteberechnung verbunden.

Zweitens verlieren wir die Weiterführung der Entschuldung der Invalidenversicherung beim AHV-Fonds. Denn mit dem Ende der Zusatzfinanzierung über die Mehrwertsteuer endet auch die gesetzliche Grundlage für die Entschuldungsanstrengungen, wenn wir nicht in der Lage sind, diese Revision zu verabschieden.

Es kommt hinzu, dass das Abschreiben ein fatales Signal im Hinblick auf die anstehenden Probleme bei anderen Sozial-

versicherungswerken wäre, ich denke an die AHV oder generell an die Altersvorsorge. Wir haben es in der Hand, heute einen Scherbenhaufen zu produzieren oder eben nicht, indem wir die letzte Chance packen.

Deshalb stelle ich den Antrag, die Vorlage nicht abzuschreiben. Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, geht das Geschäft zurück an die Einigungskonferenz. Diese erhält somit die Chance, eine mehrheitsfähige Konzeptlösung zu erarbeiten. Der Ständerat hat übrigens einem gleichlautenden Antrag Gutzwiler bereits zugestimmt. Seitens des Ständerates ist man also der Ansicht, das wäre ein gangbarer Weg.

Die grünliberale Fraktion will keinen Scherbenhaufen, deshalb unterstützt sie einstimmig meinen Antrag. Ich hoffe, auch Sie können das mehrheitlich tun.

**Schenker** Silvia (S, BS): Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, dem Antrag der Einigungskonferenz, also der Abschreibung der Vorlage, zuzustimmen. Gerne rufe ich Ihnen in Erinnerung, dass die SP-Fraktion zu Beginn dieser Debatte einen Antrag auf Nichteintreten auf die Vorlage respektive auf Rückweisung der Vorlage gestellt hatte. Unsere Begründung war damals, dass wir die Effekte der letzten IV-Revisionen noch nicht kennen und es deshalb nicht sinnvoll ist, bereits jetzt neue Massnahmen zu ergreifen. Zudem zeigten schon damals die Zahlen der IV, dass das Sanierungsziel und die Entschuldung der IV mit grosser Wahrscheinlichkeit auch ohne die Revision 6b erreicht werden können.

Die Entwicklung seit der Eintretensdebatte zeigt denn auch, dass die Mehrheit Ihres Rates der Meinung ist, drastische Sparmassnahmen, wie sie in der Vorlage vorgesehen waren, seien nicht notwendig. In einem ersten Schritt zeigten Sie sich in der Folge damit einverstanden, einige Elemente aus der Vorlage zu streichen und sie in eine separate Vorlage zu transferieren. Insbesondere geht es um die beabsichtigten Kürzungen bei den Kinderrenten und bei den Reisekosten.

Heute Morgen folgte die Einigungskonferenz zwar in einem Punkt dem, was die SP-Fraktion während der ganzen Debatte gefordert hatte, nämlich dass ab einem Invaliditätsgrad von 70 Prozent eine volle Rente ausgerichtet wird, wenn die Betroffenen kein Erwerbseinkommen erzielen können.

In einem für uns zentralen Punkt folgte die Einigungskonferenz jedoch nicht unserem Antrag: Eine knappe Mehrheit der Einigungskonferenz bestand darauf, in die Invalidenversicherung eine Schuldenbremse einzubauen. Die zweite Stufe des sogenannten Interventionsmechanismus beinhaltet auf der einen Seite die Erhöhung der Lohnabzüge zugunsten der Invalidenversicherung; dagegen hätte die SP natürlich nichts einzuwenden. Aber auf der anderen Seite beinhaltet der Mechanismus, dass IV-Renten nicht mehr gemäss dem Mischindex der Teuerung respektive der Lohnentwicklung angepasst werden. Mit anderen Worten: Wir würden hier und heute Rentenkürzungen auf Vorrat beschliessen. Die SP-Fraktion hat sich während der ganzen Beratung immer gegen ein solches Ansinnen gewehrt. Deshalb haben wir folgerichtig heute Morgen den Antrag der Einigungskonferenz abgelehnt.

Natürlich muss man sich in einem solchen Moment fragen – das haben wir selbstverständlich auch getan und haben das auch im Vorfeld in der Fraktion diskutiert –, ob wir in Kauf nehmen, dass die Vorlage wegen unserer Ablehnung scheitert. In der Gesamtbilanz kommen wir zum Schluss, dass die Vorlage nichts enthält, für das es sich zu kämpfen lohnt. Zwar sind wir einem stufenlosen Rentensystem gegenüber positiv eingestellt, aber wir haben die Einschätzung nie geteilt, dass Behinderte mehr Anreize brauchen, damit sie sich eine ihren Möglichkeiten angepasste Stelle suchen. Wir haben immer die Ansicht vertreten, es liege in erster Linie und hauptsächlich daran, dass nicht genügend Arbeitsplätze für Menschen mit Leistungseinschränkungen zur Verfügung stünden und dass auch diese Vorlage für die Arbeitgeber keinerlei Verpflichtungen zur Integration von Menschen mit Behinderungen enthalte.

Auch wenn diese Vorlage kaum mehr Einsparungen bringt, handelt es sich um eine Abbauvorlage. Wie Sie wiederholt von mir und von anderen gehört haben, führt das stufenlose Rentensystem, wie auch immer es ausgestaltet ist, in einer bestimmten Kategorie zu kleineren Renten. Die Vorlage enthält nichts, was für die Betroffenen von Vorteil ist. Die Behindertenverbände erhoffen sich, ob zu Recht oder Unrecht, dass mit dieser Revision Ruhe einkehrt und die IV für eine Weile nicht mehr Gegenstand der politischen Debatte ist. Der Preis für diese erhoffte Ruhe ist aus Sicht der SP-Fraktion zu gross. Der Preis ist der, dass die Schuldenbremse das Netz ist, das unter die Invalidenversicherung gespannt wird. Dieses Netz, ich betone es noch einmal, besteht aus Rentenkürzungen auf Vorrat.

**Bortoluzzi Toni (V, ZH):** Ich bin nicht völlig überrascht vom Resultat dieser Übung, weil ich hier vorne vor sechs Jahren gewarnt habe. Man hat damals die Mehrwertsteuer befristet erhöht, und ich habe vermutet, dass sich diese Massnahme als falsch erweisen würde. Denn eine Strukturkorrektur im Wissen darum vorzunehmen, dass Geld vorhanden ist, dürfte kaum gelingen. Siehe da, es ist so geschehen.

Da nützt es natürlich nichts, wenn beispielsweise der Fraktionschef der CVP am 27. Mai 2008 im Vorfeld dieser Mehrwertsteuererhöhung gesagt hat: «Wir von der Mehrheit» – gemeint war die damalige Mehrheit der ständerätlichen Kommission – «wollen erstens einmal dem Stimmbürger klar sagen: Wir machen eine 6. IV-Revision, diese wird ausgabenseitig sein.» (AB 2008 S 299) Dieser Sprecher war in der Einigungskonferenz derjenige, der am wenigsten zu Lösungen Hand geboten hat. Und die CVP Schweiz hielt in ihrer Medienmitteilung zur Abstimmung über die IV-Finanzierung fest – einfach, um Ihnen etwas darzustellen, was da so abläuft –: «Die Vorlage ermöglicht jedoch, dass Zeit gewonnen werden kann für eine nachhaltige Lösung der Finanzierungsschwierigkeiten der IV. Denn die Finanzierung der IV bei einer Annahme der Vorlage ist lediglich bis 2017 sichergestellt. Eine Sanierung bleibt also prioritär. Dabei wird man um weitere Leistungskürzungen nicht herumkommen.» So also die CVP Schweiz.

Wir hatten eine Sanierungsvorlage. Da kam die CVP, und zusammen mit dem Bundesrat – Herr Bundesrat Berset, mit Ihrer gütigen Hilfe – wurde diese Vorlage kastriert, einfach kastriert – praktisch auf null gesetzt – dies um zu bestätigen, was vorhin die Kommissionssprecherin, Frau Humbel, bereits gesagt hat. Es bleiben ein paar Millionen Franken, die gespart werden. Die Einigungskonferenz hat in keiner Art und Weise Hand zu einer Lösung geboten, der auch wir noch hätten zustimmen können.

Wir haben immer gesagt: Lohnbeiträge auf Vorrat – dem stimmen wir nicht zu. Die Schuldenbremse ist vor allem auf das Ziel ausgerichtet, die Lohnbeiträge zu erhöhen. Mit dieser Vorlage wird die IV ab 2018 unter Garantie wieder in Schieflage geraten, und die erste Bewegung wird sein, die Lohnbeiträge zu erhöhen. Das ist das Ziel der Minderheit, und wir sagen: So geht es nicht!

Der Ständerat hätte zweimal und die Einigungskonferenz hätte einmal die Möglichkeit gehabt, einzuschwenken und in der Frage der Schuldenbremse die Mehrheit des Nationalrates zu unterstützen. Dem hätten wir zugestimmt, muss ich Ihnen sagen, die reduzierte Form haben wir in der Einigungskonferenz beantragt. Aber diese Gelegenheit ist verpasst worden, und wir haben immer gesagt: Eine automatische Beitragserhöhung, in welcher Art auch immer, lehnen wir ab. So weit sind wir jetzt.

Das ist natürlich ärgerlich gegenüber der Bevölkerung. Da hat es im Abstimmungsbüchlein des Bundesrates geheissen: «Während der Übergangsphase mit der Zusatzfinanzierung wird die 6. IV-Revision umgesetzt. Sie wird Sparmassnahmen enthalten und darauf abzielen, die IV-Rechnung nach Ende der Zusatzfinanzierung auf Dauer ausgeglichen zu halten.» An diesen Storch, an diese Vorlage, glaubt nun wirklich kein Mensch mehr! Das ist schlicht und einfach gelogen, anders kann ich das nicht nennen. Und es ist ärgerlich.

Wir haben zurzeit für die IV ausserordentliche Einnahmen von gegen 1,3 Milliarden Franken. Wenn Sie diese wegfallen lassen, hat die IV im vergangenen Jahr immer noch 680 Millionen Defizit geschrieben, und dieses Defizit werden Sie mit einer solchen Vorlage und dieser Art der Korrekturen nicht wegbringen.

Ich bitte Sie, der Einigungskonferenz zu folgen und diese Vorlage zu begraben.

**van Singer Christian (G, VD):** Le groupe des Verts était prêt à soutenir une révision qui améliore structurellement l'AI tout en ne péjorant pas la situation des assurés ni celle de leurs familles. Monsieur le conseiller fédéral Berset nous a assurés que l'assainissement de l'AI était en bonne voie, qu'il y avait moins de cas déclarés et une meilleure réinsertion. A partir de là, le Conseil fédéral pourra toujours, si nécessaire, présenter un nouveau projet ces prochaines années. Nous vous demandons donc de suivre la proposition de la Conférence de conciliation, c'est-à-dire de classer le projet.

**Pezzatti Bruno (RL, ZG):** Es ist wirklich enttäuschend, wie die 6. IV-Revision vor allem hier in diesem Saal verlaufen ist. Es wurde gesagt, die versprochenen Sanierungsmassnahmen seien weitgehend zusammengestrichen worden. Wir haben heute Vormittag an der Einigungskonferenz versucht, auch von unserer Seite, von der FDP-Liberalen Fraktion aus, noch eine Lösung zu finden und zu retten, was noch zu retten ist. Leider war das nicht möglich. Ich bin persönlich auch der Auffassung, dass wir heute Vormittag an der Einigungskonferenz zu wenig Zeit hatten, um die eingebrachten Vermittlungsanträge und -vorschläge eingehend zu prüfen und zu genehmigen. Wir sind daher der Auffassung, dass man der Einigungskonferenz nochmals eine Chance geben soll, eine Lösung zu finden, wie es heute Vormittag auch im Ständerat so beantragt und dann auch beschlossen worden ist.

In diesem Sinn ersuche ich Sie, dass Sie den Antrag Weibel unterstützen und der Einigungskonferenz nochmals Gelegenheit geben, eine Lösung zu finden.

**Hess Lorenz (BD, BE):** Es ist wirklich interessant. Wir hören jetzt immer wieder Votanten, die sagen: Es ist sehr schade, dass wir am Schluss nichts haben, trotzdem helfen wir, auch noch den kleinen Rest, den wir im Moment haben, zu versenken.

Gut, das Versenken von Vorlagen ist im Moment aktuell. Auch das Produzieren von Scherbenhaufen ist es, ebenfalls das Bilden von mehr oder weniger unheiligen Allianzen, auch wenn es hier vielleicht etwas weniger emotional zu und her geht als bei anderen Geschäften. Trotzdem ist es nicht sehr konsequent, wenn man nach den Diskussionen, die wir hier geführt haben, schlussendlich sagt, man helfe, das Geschäft zu versenken – die einen, weil es ihnen ein bisschen zu viel, die anderen, weil es ihnen ein bisschen zu wenig ist. Das ist schlicht unlogisch. Es kann nicht sein, dass von der einen Seite erst immer gewarnt wird, man solle das Fuder wegen eines allfälligen Referendums nicht überladen, und die andere Seite immer sagt, wir sollten am Schluss nicht zu wenig haben, und dann plötzlich beide Seiten mit nichts zufrieden sind.

Es spricht sehr wahrscheinlich nichts dagegen, der Einigungskonferenz noch einmal die Möglichkeit zu geben, ihre Aufgabe richtig zu machen. Offensichtlich war der Zeitdruck ihrer Arbeit nicht gerade förderlich. Deshalb kann es nicht schaden, wenn die Einigungskonferenz noch einmal einen Versuch macht, den berühmten Mittelweg oder wenigstens irgend einen gangbaren Weg zu finden.

Deshalb spricht sich die BDP-Fraktion für den Antrag Weibel aus. Ich bitte Sie, diesen zu unterstützen.

**Präsidentin (Graf Maya, Präsidentin):** Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt den Antrag Weibel.

**Berset Alain, conseiller fédéral:** La révision 6b de l'assurance-invalidité est la dernière étape d'un processus qui a connu la 5e révision, la révision 6a et l'augmentation de la TVA pour

l'assainissement de l'assurance-invalidité. Il y a donc eu trois étapes, qui ont été adoptées, qui pour certaines ont été soumises à des votations populaires et qui sont aujourd'hui en vigueur.

Avec la révision 6b, c'est la fin de ce processus tel qu'il avait été prévu et il est vrai que cette révision 6b a été fortement corrigée par le Parlement, notamment par votre conseil, qui est allé bien au-delà de ce que souhaitait le Conseil fédéral, y compris après que ce dernier a pris connaissance des nouveaux chiffres de la première évaluation de la mise en oeuvre de la 5e révision, qui font état d'un résultat meilleur que ce qui était attendu.

De l'avis du Conseil fédéral, il faut terminer ce travail avec une révision 6b qui soit adoptée, qui puisse entrer en vigueur, parce que ce projet permet, Monsieur Bortoluzzi, plus d'un demi-milliard de francs d'économies sur les dix prochaines années. Même en rejetant le projet le plus réduit, ou en n'adoptant pas ce projet, nous renoncerions à plus d'un demi-milliard de francs d'économies, d'après les chiffres qui ont été publiés et que vous connaissez.

Il est possible de renoncer à ces économies si vous le souhaitez; le Conseil fédéral ne le souhaite pas. Il aurait voulu plus, mais il reconnaît le rôle du Parlement dans cette question et pense qu'il vaut mieux un demi-milliard de francs que rien du tout. Mais dans ce projet, il y a non seulement des économies qui ont été corrigées à la baisse, mais également la modernisation de l'assurance-invalidité, le renforcement de la réadaptation avec l'introduction de l'allocation de service, avec l'élargissement de la détection précoce et avec la flexibilisation des mesures de réinsertion. Il y a ensuite l'amélioration de la structure de l'assurance avec le renforcement de la lutte contre la fraude et le désendettement. Il y a ensuite et enfin l'élimination des incitations négatives avec le système de rentes linéaires. Vous savez que le système à escaliers que nous connaissons aujourd'hui crée des incitations négatives qu'il s'agirait de corriger.

Il reste donc dans ce projet, après qu'il a été revu et profondément modifié par le Parlement, des éléments qui sont essentiels pour le futur de l'assurance-invalidité. J'ai assisté ce matin à la Conférence de conciliation qui a pris toute une série de décisions avant d'aboutir au rejet de son propre compromis. J'ai pris connaissance aujourd'hui que cela signifie une proposition de classer le projet de la part de la Conférence de conciliation. J'ai constaté également, dans le débat qui vient de se dérouler, que l'un des principaux arguments, le seul que l'on retrouve en fait parmi les acteurs qui proposent de classer définitivement le projet, c'est le rejet du mécanisme d'intervention tel qu'il a été proposé par le Conseil fédéral, un mécanisme d'intervention sur lequel il a été, jusqu'à la fin des débats, impossible de trouver un accord entre le Conseil national et le Conseil des Etats. Je constate que c'est cet élément, finalement, qui semble conduire à ce désaccord final qui pourrait faire échouer l'ensemble du projet.

Nous savons qu'il est difficile de fixer un mécanisme d'intervention qui soit efficace. Nous savons également que les mécanismes d'intervention et les freins à l'endettement sont appréciés, souhaités pour les dépenses publiques, pour la gestion de l'administration. Nous voyons à quel point il est plus difficile de mener cette discussion lorsqu'il s'agit des assurances sociales. Le Conseil fédéral entend ce message, même s'il a toujours souhaité un frein à l'endettement et qu'il continuera à défendre cette position.

Le dernier élément est que nous voyons aujourd'hui que le lien entre la 5e révision de l'AI, la révision 6a, l'augmentation de la TVA et la révision 6b revient tout le temps dans le débat. A tout moment du débat, on fait des liens entre ces différents éléments, en prétendant s'être engagé ici à faire ensuite ceci ou cela. Encore une fois, nous devons constater qu'avec cette manière de travailler, avec cette méthode qui accumule les différents paquets, il est beaucoup plus difficile d'avoir une marge de manoeuvre politique sur laquelle on puisse discuter et une vision d'ensemble.

Je prends acte de la manière dont les débats se sont déroulés jusqu'ici. Je prendrai naturellement acte, au nom du

Conseil fédéral, de la décision que vous allez prendre. Cela dit, le Conseil fédéral souhaiterait qu'il soit possible de poursuivre la discussion pour chercher une solution à une révision 6b de l'assurance-invalidité.

C'est dans ce sens que, si vous souhaitez adopter la proposition Weibel, nous serons naturellement prêts, avec vous, à faire encore l'effort de chercher un équilibre et une solution qui puisse être adoptée par les deux conseils.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.030/9071)

Für den Antrag der Einigungskonferenz ... 110 Stimmen

Für den Antrag Weibel ... 72 Stimmen

**Präsidentin** (Graf Maya, Präsidentin): Damit ist das Geschäft endgültig abgeschlossen.

**Geschäft / Objet**

11.030-2 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket) (Antrag Kuprecht)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet) (Décision du Conseil des Etats du 19.12.2011) (Proposition Kuprecht)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Eintreten

**Abstimmung vom / Vote du:** 30.05.2012 08:52:39

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	=	GL	LU	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Flach	*	GL	AG	Kessler	=	GL	SG	Ribaux	=	RL	NE
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Rickli Natalie	+	V	ZH
Allemann	+	S	BE	Fluri	=	RL	SO	Killer Hans	+	V	AG	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Amarelle	+	S	VD	Français	o	RL	VD	Knecht	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	=	V	BS	Landolt	=	BD	GL	Ritter	+	CE	SG
Amherd	+	CE	VS	Freysinger	=	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Romano	=	CE	TI
Amstutz	+	V	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-	+	G	GE	Rossini	+	S	VS
Aubert	+	S	VD	Galladé	+	S	ZH	Leutenegger Filippo	*	RL	ZH	Rösti	+	V	BE
Baader Caspar	+	V	BL	Gasche	+	BD	BE	Leutenegger	+	S	BL	Roth-Bernasconi	+	S	GE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gasser	=	GL	GR	Lohr	*	CE	TG	Rusconi	+	V	TI
Barthassat	+	CE	GE	Geissbühler	+	V	BE	Lüscher	=	RL	GE	Rytz	+	G	BE
Bäumle	=	GL	ZH	Germanier	*	RL	VS	Lustenberger	=	CE	LU	Schelbert	+	G	LU
Bertschy	*	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maier Thomas	=	GL	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Binder	+	V	ZH	Gilli	+	G	SG	Maire Jacques-	+	S	NE	Schläfli	o	CE	SO
Birrer-Heimo	+	S	LU	Girod	+	G	ZH	Malama	%	RL	BS	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	=	CE	LU	Markwalder	=	RL	BE	Schneeberger	=	RL	BL
Böhni	*	GL	TG	Glättli	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Borer	+	V	SO	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	=	RL	SZ	Moret	=	RL	VD	Schwaab	+	S	VD
Bourgeois	=	RL	FR	Graf Maya	+	G	BL	Mörgeli	+	V	ZH	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Moser	=	GL	ZH	Semadeni	*	S	GR
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Geri	+	G	AG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Leo	=	CE	LU	Spuhler	+	V	TG
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	=	GL	BE	Müller Philipp	=	RL	AG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	+	V	VD	Grunder	*	BD	BE	Müller Thomas	+	V	SG	Stamm	+	V	AG
Bulliard	+	CE	FR	Gschwind	+	CE	JU	Müller Walter	o	RL	SG	Steier	+	S	FR
Buttet	*	CE	VS	Guhl	=	BD	AG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Streiff	+	CE	BE
Candinas	+	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Müri	+	V	LU	Teuscher	+	G	BE
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Naef	+	S	ZH	Thorens Goumaz	+	G	VD
Caroni	*	RL	AR	Haller	+	BD	BE	Neiryneck	+	CE	VD	Tomare	+	S	GE
Cassis	=	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Nidegger	*	V	GE	Tschäppät	+	S	BE
Chevalley	=	GL	VD	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	+	S	VD	Tschümperlin	+	S	SZ
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hausammann	*	V	TG	Noser	=	RL	ZH	van Singer	=	G	VD
Darbellay	+	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Nussbaumer	+	S	BL	Veillon	+	V	VD
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Pantani	+	V	TI	Vischer Daniel	+	G	ZH
de Courten	=	V	BL	Hess Lorenz	=	BD	BE	Pardini	+	S	BE	Vitali	=	RL	LU
Derder	*	RL	VD	Hiltbold	=	RL	GE	Parmelin	+	V	VD	Vogler	+	CE	OW
Egloff	+	V	ZH	Hodgers	o	G	GE	Pelli	=	RL	TI	von Graffenried	o	G	BE
Eichenberger	=	RL	AG	Huber	=	RL	UR	Perrin	+	V	NE	von Siebenthal	+	V	BE
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Pezzatti	=	RL	ZG	Voruz	+	S	VD
Fässler Daniel	=	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	Walter	#	V	TG
Fässler Hildegard	+	S	SG	Hutter Markus	*	RL	ZH	Pieren	+	V	BE	Wandfluh	+	V	BE
Favre Laurent	=	RL	NE	Ineichen	*	RL	LU	Piller Carrard	+	S	FR	Wasserfallen	=	RL	BE
Fehr Hans	+	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Poggia	+	-	GE	Weibel	=	GL	ZH
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Jans	*	S	BS	Quadranti	+	BD	ZH	Wermuth	+	S	AG
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Joder	+	V	BE	Quadri	+	V	TI	Wobmann	+	V	SO
Feller	=	RL	VD	John-Calame	+	G	NE	Regazzi	*	CE	TI	Wyss Ursula	+	S	BE
Feri Yvonne	+	S	AG	Jositsch	+	S	ZH	Reimann Lukas	+	V	SG	Ziörjen	+	BD	ZH
Fiala	=	RL	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG	Zuppiger	+	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si		22	5	12		43	50	1	133
=	Nein / non / no	9	5	3	1	21		3		42
o	Enth. / abst. / ast.		1		2	2				5
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4					1	1			2
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	3	3	1		6	2	2		17
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit (=Eintreten)

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Cassis (Nichteintreten)

**Geschäft / Objet**

11.030-2 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket) (Antrag Kuprecht)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet) (Décision du Conseil des Etats du 19.12.2011) (Proposition Kuprecht)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Rückweisungsantrag

**Abstimmung vom / Vote du:** 30.05.2012 08:53:42

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	=	GL	LU	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Flach	*	GL	AG	Kessler	=	GL	SG	Ribaux	=	RL	NE
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Rickli Natalie	+	V	ZH
Allemann	+	S	BE	Fluri	=	RL	SO	Killer Hans	+	V	AG	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Amarelle	+	S	VD	Français	o	RL	VD	Knecht	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	=	V	BS	Landolt	=	BD	GL	Ritter	+	CE	SG
Amherd	=	CE	VS	Freysinger	=	V	VS	Lehmann	=	CE	BS	Romano	=	CE	TI
Amstutz	+	V	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-	=	G	GE	Rossini	+	S	VS
Aubert	+	S	VD	Galladé	+	S	ZH	Leutenegger Filippo	*	RL	ZH	Rösti	+	V	BE
Baader Caspar	+	V	BL	Gasche	=	BD	BE	Leutenegger	+	S	BL	Roth-Bernasconi	+	S	GE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gasser	=	GL	GR	Lohr	*	CE	TG	Rusconi	+	V	TI
Barthassat	=	CE	GE	Geissbühler	+	V	BE	Lüscher	=	RL	GE	Rytz	=	G	BE
Bäumle	=	GL	ZH	Germanier	*	RL	VS	Lustenberger	=	CE	LU	Schelbert	=	G	LU
Bertschy	=	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maier Thomas	=	GL	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Binder	+	V	ZH	Gilli	=	G	SG	Maire Jacques-	+	S	NE	Schläfli	=	CE	SO
Birrer-Heimo	+	S	LU	Girod	=	G	ZH	Malama	%	RL	BS	Schmid-Federer	=	CE	ZH
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	=	CE	LU	Markwalder	=	RL	BE	Schneeberger	=	RL	BL
Böhni	*	GL	TG	Glättli	=	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Borer	+	V	SO	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneider-Schneiter	=	CE	BL
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	=	RL	SZ	Moret	=	RL	VD	Schwaab	+	S	VD
Bourgeois	=	RL	FR	Graf Maya	=	G	BL	Mörgeli	+	V	ZH	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Moser	=	GL	ZH	Semadeni	*	S	GR
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Geri	=	G	AG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Leo	=	CE	LU	Spuhler	+	V	TG
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	=	GL	BE	Müller Philipp	=	RL	AG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	+	V	VD	Grunder	*	BD	BE	Müller Thomas	+	V	SG	Stamm	+	V	AG
Bulliard	=	CE	FR	Gschwind	=	CE	JU	Müller Walter	+	RL	SG	Steiir	+	S	FR
Buttet	*	CE	VS	Guhl	=	BD	AG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Streiff	+	CE	BE
Candinas	+	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Müri	+	V	LU	Teuscher	=	G	BE
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Naef	+	S	ZH	Thorens Goumaz	=	G	VD
Caroni	*	RL	AR	Haller	=	BD	BE	Neiryneck	+	CE	VD	Tomare	+	S	GE
Cassis	*	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Nidegger	=	V	GE	Tschäppät	+	S	BE
Chevalley	=	GL	VD	Hassler	=	BD	GR	Nordmann	+	S	VD	Tschümperlin	+	S	SZ
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Noser	=	RL	ZH	van Singer	=	G	VD
Darbellay	=	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Nussbaumer	+	S	BL	Veillon	+	V	VD
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Pantani	*	V	TI	Vischer Daniel	=	G	ZH
de Courten	=	V	BL	Hess Lorenz	=	BD	BE	Pardini	*	S	BE	Vitali	=	RL	LU
Derder	*	RL	VD	Hiltbold	=	RL	GE	Parmelin	+	V	VD	Vogler	+	CE	OW
Egloff	+	V	ZH	Hodgers	=	G	GE	Pelli	*	RL	TI	von Graffenried	=	G	BE
Eichenberger	=	RL	AG	Huber	=	RL	UR	Perrin	+	V	NE	von Siebenthal	+	V	BE
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Pezzatti	=	RL	ZG	Voruz	+	S	VD
Fässler Daniel	=	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	Walter	#	V	TG
Fässler Hildegard	+	S	SG	Hutter Markus	=	RL	ZH	Pieren	+	V	BE	Wandfluh	+	V	BE
Favre Laurent	=	RL	NE	Ineichen	*	RL	LU	Piller Carrard	+	S	FR	Wasserfallen	o	RL	BE
Fehr Hans	+	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Poggia	+	-	GE	Weibel	=	GL	ZH
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Jans	*	S	BS	Quadranti	=	BD	ZH	Wermuth	+	S	AG
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Joder	+	V	BE	Quadri	+	V	TI	Wobmann	+	V	SO
Feller	=	RL	VD	John-Calame	=	G	NE	Regazzi	*	CE	TI	Wyss Ursula	+	S	BE
Feri Yvonne	+	S	AG	Jositsch	+	S	ZH	Reimann Lukas	+	V	SG	Ziörjen	=	BD	ZH
Fiala	=	RL	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG	Zuppiger	+	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si			14			1	42	50	1	108
= Nein / non / no		10	14	8	15	19		4		70
o Enth. / abst. / ast.						2				2
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1			2
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	3	1		7	3	1		17
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes								1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Kommission

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag Gilli (Rückweisung an den Bundesrat)

**Geschäft / Objet**

11.030-2 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket) (Antrag Kuprecht)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet) (Décision du Conseil des Etats du 19.12.2011) (Proposition Kuprecht)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Gesamtabstimmung

**Abstimmung vom / Vote du:** 30.05.2012 08:54:58

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	=	GL	LU	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Flach	*	GL	AG	Kessler	=	GL	SG	Ribaux	=	RL	NE
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Rickli Natalie	+	V	ZH
Allemann	+	S	BE	Fluri	=	RL	SO	Killer Hans	+	V	AG	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Amarelle	+	S	VD	Français	o	RL	VD	Knecht	+	V	AG	Rime	*	V	FR
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	=	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Ritter	+	CE	SG
Amherd	+	CE	VS	Freysinger	+	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Romano	=	CE	TI
Amstutz	+	V	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-	+	G	GE	Rossini	+	S	VS
Aubert	+	S	VD	Galladé	+	S	ZH	Leutenegger Filippo	*	RL	ZH	Rösti	+	V	BE
Baader Caspar	+	V	BL	Gasche	+	BD	BE	Leutenegger	+	S	BL	Roth-Bernasconi	+	S	GE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gasser	=	GL	GR	Lohr	*	CE	TG	Rusconi	+	V	TI
Barthassat	+	CE	GE	Geissbühler	+	V	BE	Lüscher	=	RL	GE	Rytz	+	G	BE
Bäumle	=	GL	ZH	Germanier	*	RL	VS	Lustenberger	=	CE	LU	Schelbert	+	G	LU
Bertschy	=	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maier Thomas	=	GL	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Binder	+	V	ZH	Gilli	+	G	SG	Maire Jacques-	+	S	NE	Schläfli	+	CE	SO
Birrer-Heimo	+	S	LU	Girod	+	G	ZH	Malama	%	RL	BS	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	=	CE	LU	Markwalder	=	RL	BE	Schneeberger	=	RL	BL
Böhni	*	GL	TG	Glättli	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Borer	+	V	SO	Gmür	*	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	=	RL	SZ	Moret	=	RL	VD	Schwaab	*	S	VD
Bourgeois	=	RL	FR	Graf Maya	+	G	BL	Mörgeli	+	V	ZH	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Moser	=	GL	ZH	Semadeni	*	S	GR
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Geri	+	G	AG	Sommeruga Carlo	+	S	GE
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Leo	=	CE	LU	Spuhler	+	V	TG
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	*	GL	BE	Müller Philipp	=	RL	AG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	+	V	VD	Grunder	*	BD	BE	Müller Thomas	+	V	SG	Stamm	+	V	AG
Bulliard	+	CE	FR	Gschwind	+	CE	JU	Müller Walter	*	RL	SG	Steiir	+	S	FR
Buttet	*	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Streiff	+	CE	BE
Candinas	+	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Müri	+	V	LU	Teuscher	+	G	BE
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Naef	+	S	ZH	Thorens Goumaz	+	G	VD
Caroni	*	RL	AR	Haller	+	BD	BE	Neiryneck	+	CE	VD	Tomare	+	S	GE
Cassis	*	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Nidegger	*	V	GE	Tschäppät	+	S	BE
Chevalley	=	GL	VD	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	+	S	VD	Tschümperlin	+	S	SZ
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Noser	=	RL	ZH	van Singer	*	G	VD
Darbellay	+	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Nussbaumer	+	S	BL	Veillon	+	V	VD
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Pantani	*	V	TI	Vischer Daniel	+	G	ZH
de Courten	=	V	BL	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pardini	*	S	BE	Vitali	=	RL	LU
Derder	*	RL	VD	Hiltbold	=	RL	GE	Parmelin	+	V	VD	Vogler	+	CE	OW
Egloff	+	V	ZH	Hodgers	o	G	GE	Pelli	*	RL	TI	von Graffenried	+	G	BE
Eichenberger	=	RL	AG	Huber	=	RL	UR	Perrin	+	V	NE	von Siebenthal	+	V	BE
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Pezzatti	=	RL	ZG	Voruz	+	S	VD
Fässler Daniel	=	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	Walter	#	V	TG
Fässler Hildegard	+	S	SG	Hutter Markus	=	RL	ZH	Pieren	+	V	BE	Wandfluh	+	V	BE
Favre Laurent	=	RL	NE	Ineichen	*	RL	LU	Piller Carrard	+	S	FR	Wasserfallen	=	RL	BE
Fehr Hans	+	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Poggia	+	-	GE	Weibel	=	GL	ZH
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Jans	*	S	BS	Quadranti	+	BD	ZH	Wermuth	+	S	AG
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Joder	+	V	BE	Quadri	+	V	TI	Wobmann	+	V	SO
Feller	=	RL	VD	John-Calame	+	G	NE	Regazzi	*	CE	TI	Wyss Ursula	+	S	BE
Feri Yvonne	+	S	AG	Jositsch	+	S	ZH	Reimann Lukas	+	V	SG	Ziörjen	+	BD	ZH
Fiala	=	RL	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG	Zuppiger	+	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si		22	8	13		41	50	1	135
=	Nein / non / no	9	5			20		2		36
o	Enth. / abst. / ast.				1	1				2
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4					1	1			2
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	3	4	1	1	8	4	3		24
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Bedeutung Nein / Signification du non:

**Geschäft / Objet**

11.030-2 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket: Kostenvergütung für stationäre Massnahmen)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet: prise en charge des traitements stationnaires hospitaliers)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Schlussabstimmung

**Abstimmung vom / Vote du: 15.06.2012 09:05:16**

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	=	GL	LU	Kessler	=	GL	SG	Ribaux	+	RL	NE
Aebischer Matthias	+	S	BE	Flach	=	GL	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Killer Hans	+	V	AG	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Allemann	+	S	BE	Fluri	+	RL	SO	Knecht	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Français	+	RL	VD	Landolt	+	BD	GL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	+	V	BS	Lehmann	+	CE	BS	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-	=	G	GE	Rossini	+	S	VS
Amstutz	+	V	BE	Fridez	o	S	JU	Leutenegger Filippo	=	RL	ZH	Rösti	+	V	BE
Aubert	+	S	VD	Galladé	+	S	ZH	Leutenegger	+	S	BL	Roth-Bernasconi	+	S	GE
Baader Caspar	+	V	BL	Gasche	+	BD	BE	Lohr	=	CE	TG	Rusconi	+	V	TI
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gasser	=	GL	GR	Lüscher	=	RL	GE	Rytz	+	G	BE
Barthassat	+	CE	GE	Geissbühler	+	V	BE	Lustenberger	+	CE	LU	Schelbert	=	G	LU
Bäumle	=	GL	ZH	Germanier	=	RL	VS	Maier Thomas	=	GL	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Bertschy	=	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-	+	S	NE	Schläfli	+	CE	SO
Binder	+	V	ZH	Gilli	+	G	SG	Malama	%	RL	BS	Schmid-Federer	o	CE	ZH
Birrer-Heimo	+	S	LU	Girod	+	G	ZH	Markwalder	=	RL	BE	Schneeberger	=	RL	BL
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Marra	+	S	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Böhni	=	GL	TG	Glättli	=	G	ZH	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Borer	+	V	SO	Gmür	+	CE	SZ	Moret	=	RL	VD	Schwaab	+	S	VD
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössli	+	RL	SZ	Mörgeli	+	V	ZH	Schwander	+	V	SZ
Bourgeois	=	RL	FR	Graf Maya	o	G	BL	Moser	=	GL	ZH	Semadeni	+	S	GR
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Geri	o	G	AG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Leo	+	CE	LU	Spuhler	+	V	TG
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Philipp	=	RL	AG	Stahl	+	V	ZH
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	=	GL	BE	Müller Thomas	+	V	SG	Stamm	+	V	AG
Bugnon	+	V	VD	Grunder	+	BD	BE	Müller Walter	+	RL	SG	Steiert	+	S	FR
Bulliard	+	CE	FR	Gschwind	+	CE	JU	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Streff	+	CE	BE
Buttet	+	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Müri	+	V	LU	Teuscher	+	G	BE
Candinas	+	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Naef	*	S	ZH	Thorens Goumaz	o	G	VD
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Neiryneck	+	CE	VD	Tomare	+	S	GE
Caroni	=	RL	AR	Haller	+	BD	BE	Nidegger	+	V	GE	Tschäppät	+	S	BE
Cassis	=	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Nordmann	+	S	VD	Tschümperlin	+	S	SZ
Chevalley	=	GL	VD	Hassler	+	BD	GR	Noser	=	RL	ZH	van Singer	=	G	VD
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Veillon	+	V	VD
Darbellay	+	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Pantani	+	V	TI	Vischer Daniel	+	G	ZH
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Pardini	+	S	BE	Vitali	+	RL	LU
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	BD	BE	Parmelin	+	V	VD	Vogler	o	CE	OW
Derder	+	RL	VD	Hiltbold	+	RL	GE	Pelli	=	RL	TI	von Graffenried	+	G	BE
Egloff	+	V	ZH	Hodgers	=	G	GE	Perrin	+	V	NE	von Siebenthal	+	V	BE
Eichenberger	=	RL	AG	Huber	=	RL	UR	Pezzatti	*	RL	ZG	Voruz	+	S	VD
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	Walter	#	V	TG
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Pieren	+	V	BE	Wandfluh	+	V	BE
Fässler Hildegard	+	S	SG	Hutter Markus	=	RL	ZH	Piller Carrard	+	S	FR	Wasserfallen	=	RL	BE
Favre Laurent	+	RL	NE	Ingold	+	CE	ZH	Poggia	=	-	GE	Weibel	=	GL	ZH
Fehr Hans	+	V	ZH	Jans	+	S	BS	Quadranti	+	BD	ZH	Wermuth	+	S	AG
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Joder	+	V	BE	Quadri	+	V	TI	Wobmann	+	V	SO
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	John-Calame	+	G	NE	Regazzi	+	CE	TI	Wyss Ursula	+	S	BE
Feller	+	RL	VD	Jositsch	+	S	ZH	Reimann Lukas	+	V	SG	Ziörjen	+	BD	ZH
Feri Yvonne	+	S	AG	Kaufmann	+	V	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG	Zuppiger	+	V	ZH
Fiala	=	RL	ZH	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	+	S	VS				

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si			28	9	7	10	44	55		153
= Nein / non / no		12	1		5	17			1	36
o Enth. / abst. / ast.			2		3		1			6
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1				1
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto						1	1			2
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes								1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Bedeutung Nein / Signification du non:

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Eintreten

**Abstimmung vom / Vote du:** 12.12.2012 12:23:36

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Kessler	+	GL	SG	Rickli Natalie	%	V	ZH
Aebischer Matthias	=	S	BE	Flach	+	GL	AG	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Killer Hans	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Allemann	=	S	BE	Fluri	+	RL	SO	Knecht	+	V	AG	Ritter	+	CE	SG
Amarelle	=	S	VD	Français	+	RL	VD	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	CE	TI
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	*	V	BS	Lehmann	+	CE	BS	Rossini	=	S	VS
Amherd	+	CE	VS	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rösti	+	V	BE
Amstutz	+	V	BE	Fridez	=	S	JU	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Aubert	=	S	VD	Galladé	=	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Rusconi	+	V	TI
Baader Caspar	+	V	BL	Gasche	+	BD	BE	Lohr	o	CE	TG	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badran Jacqueline	=	S	ZH	Gasser	+	GL	GR	Lüscher	+	RL	GE	Rytz Regula	=	G	BE
Barthassat	*	CE	GE	Geissbühler	+	V	BE	Lustenberger	+	CE	LU	Schelbert	=	G	LU
Bäumle	+	GL	ZH	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Schenker Silvia	=	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	=	S	NE	Schilliger	+	RL	LU
Binder	+	V	ZH	Gilli	=	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Schläfli	+	CE	SO
Birrer-Heimo	=	S	LU	Girod	=	G	ZH	Marra	=	S	VD	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneeberger	+	RL	BL
Böhni	+	GL	TG	Glättli	=	G	ZH	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	=	S	FR
Borer	+	V	SO	Gmür	+	CE	SZ	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	=	S	VD
Bourgeois	%	V	FR	Graf Maya	#	G	BL	Müller Geri	=	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	=	S	TG	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	=	S	GR
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Philipp	+	RL	AG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Thomas	+	V	SG	Spuhler	*	V	TG
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	+	V	VD	Grunder	+	BD	BE	Müller-Altermatt	+	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Bulliard	+	CE	FR	Gschwind	+	CE	JU	Müri	+	V	LU	Steiert	=	S	FR
Buttet	+	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Naef	=	S	ZH	Stolz	+	RL	BS
Candinas	+	CE	GR	Gysi	=	S	SG	Neiryneck	*	CE	VD	Streiff	=	CE	BE
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hadorn	=	S	SO	Nidegger	*	V	GE	Teuscher	=	G	BE
Caroni	+	RL	AR	Haller	+	BD	BE	Nordmann	=	S	VD	Thorens Goumaz	%	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	=	S	ZH	Noser	+	RL	ZH	Tornare	=	S	GE
Chevalley	+	GL	VD	Hassler	+	BD	GR	Nussbaumer	=	S	BL	Tschäppät	=	S	BE
Chopard-Acklin	=	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Pantani	+	V	TI	Tschümperlin	=	S	SZ
Darbellay	*	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Pardini	=	S	BE	van Singer	=	G	VD
de Buman	+	CE	FR	Heim	=	S	SO	Parmelin	+	V	VD	Veillon	+	V	VD
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pelli	+	RL	TI	Vischer Daniel	=	G	ZH
Derder	+	RL	VD	Hiltbold	+	RL	GE	Perrin	+	V	NE	Vitali	+	RL	LU
Egloff	+	V	ZH	Hodgers	=	G	GE	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Graffenried	=	G	BE
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Pieren	+	V	BE	von Siebenthal	+	V	BE
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Piller Carrard	=	S	FR	Voruz	=	S	VD
Fässler Hildegard	=	S	SG	Hutter Markus	*	RL	ZH	Poggia	=	-	GE	Walter	+	V	TG
Favre Laurent	*	RL	NE	Ingold	+	CE	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wandfluh	+	V	BE
Fehr Hans	+	V	ZH	Jans	=	S	BS	Quadri	+	V	TI	Wasserfallen	+	RL	BE
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	Joder	+	V	BE	Regazzi	+	CE	TI	Weibel	+	GL	ZH
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	John-Calame	=	G	NE	Reimann Lukas	+	V	SG	Wermuth	=	S	AG
Feller	+	RL	VD	Jositsch	=	S	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO
Feri Yvonne	=	S	AG	Kaufmann	+	V	ZH	Reynard	=	S	VS	Wyss Ursula	=	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Keller Peter	+	V	NW	Ribaux	+	RL	NE	Zürjen	+	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	26	9	12		27		52		126
=	Nein / non / no	1			13		45		1	60
o	Enth. / abst. / ast.	1								1
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1	1	1	1		4
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	3				2		3		8
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit (Eintreten)

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Schenker Silvia (Nichteintreten)

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Rückweisungsantrag

**Abstimmung vom / Vote du: 12.12.2012 12:25:33**

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Kessler	+	GL	SG	Rickli Natalie	%	V	ZH
Aebischer Matthias	=	S	BE	Flach	+	GL	AG	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Killer Hans	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Allemann	=	S	BE	Fluri	+	RL	SO	Knecht	+	V	AG	Ritter	+	CE	SG
Amarelle	=	S	VD	Français	+	RL	VD	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	CE	TI
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	*	V	BS	Lehmann	+	CE	BS	Rossini	=	S	VS
Amherd	+	CE	VS	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rösti	+	V	BE
Amstutz	+	V	BE	Fridez	=	S	JU	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Aubert	=	S	VD	Galladé	=	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Rusconi	+	V	TI
Baader Caspar	+	V	BL	Gasche	+	BD	BE	Lohr	o	CE	TG	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badran Jacqueline	=	S	ZH	Gasser	+	GL	GR	Lüscher	+	RL	GE	Rytz Regula	=	G	BE
Barthassat	*	CE	GE	Geissbühler	+	V	BE	Lustenberger	+	CE	LU	Schelbert	=	G	LU
Bäumle	+	GL	ZH	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Schenker Silvia	=	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	=	S	NE	Schilliger	+	RL	LU
Binder	+	V	ZH	Gilli	=	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Schläfli	+	CE	SO
Birrer-Heimo	=	S	LU	Girod	=	G	ZH	Marra	=	S	VD	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneeberger	+	RL	BL
Böhni	+	GL	TG	Glättli	=	G	ZH	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	=	S	FR
Borer	+	V	SO	Gmür	+	CE	SZ	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	=	S	VD
Bourgeois	%	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Müller Geri	=	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	=	S	TG	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	=	S	GR
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Philipp	+	RL	AG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Thomas	+	V	SG	Spuhler	*	V	TG
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	+	V	VD	Grunder	+	BD	BE	Müller-Altermatt	+	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Bulliard	+	CE	FR	Gschwind	+	CE	JU	Müri	+	V	LU	Steiert	=	S	FR
Buttet	+	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Naef	=	S	ZH	Stolz	+	RL	BS
Candinas	+	CE	GR	Gysi	=	S	SG	Neiryneck	*	CE	VD	Streiff	=	CE	BE
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hadorn	=	S	SO	Nidegger	*	V	GE	Teuscher	=	G	BE
Caroni	+	RL	AR	Haller	+	BD	BE	Nordmann	=	S	VD	Thorens Goumaz	%	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	=	S	ZH	Noser	+	RL	ZH	Tornare	=	S	GE
Chevalley	+	GL	VD	Hassler	+	BD	GR	Nussbaumer	=	S	BL	Tschäppät	=	S	BE
Chopard-Acklin	=	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Pantani	+	V	TI	Tschümperlin	=	S	SZ
Darbellay	*	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Pardini	=	S	BE	van Singer	=	G	VD
de Buman	+	CE	FR	Heim	=	S	SO	Parmelin	+	V	VD	Veillon	+	V	VD
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pelli	+	RL	TI	Vischer Daniel	=	G	ZH
Derder	+	RL	VD	Hiltbold	+	RL	GE	Perrin	+	V	NE	Vitali	+	RL	LU
Egloff	+	V	ZH	Hodgers	=	G	GE	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Graffenried	=	G	BE
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Pieren	+	V	BE	von Siebenthal	+	V	BE
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Piller Carrard	=	S	FR	Voruz	=	S	VD
Fässler Hildegard	=	S	SG	Hutter Markus	*	RL	ZH	Poggia	=	-	GE	Walter	+	V	TG
Favre Laurent	*	RL	NE	Ingold	o	CE	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wandfluh	+	V	BE
Fehr Hans	+	V	ZH	Jans	=	S	BS	Quadri	+	V	TI	Wasserfallen	+	RL	BE
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	Joder	+	V	BE	Regazzi	+	CE	TI	Weibel	+	GL	ZH
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	John-Calame	=	G	NE	Reimann Lukas	+	V	SG	Wermuth	=	S	AG
Feller	+	RL	VD	Jositsch	=	S	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO
Feri Yvonne	=	S	AG	Kaufmann	+	V	ZH	Reynard	=	S	VS	Wyss Ursula	=	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Keller Peter	+	V	NW	Ribaux	+	RL	NE	Zürjen	+	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	25	9	12		27		52		125
=	Nein / non / no	1			13		45		1	60
o	Enth. / abst. / ast.	2								2
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1	1	1	1		4
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	3				2		3		8
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit (keine Rückweisung)

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Schenker Silvia (Rückweisung an den BR)

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:****Abstimmung vom / Vote du: 12.12.2012 12:27:00**

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	=	GL	LU	Kessler	=	GL	SG	Rickli Natalie	%	V	ZH
Aebischer Matthias	=	S	BE	Flach	=	GL	AG	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	=	CE	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Killer Hans	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Allemann	=	S	BE	Fluri	+	RL	SO	Knecht	+	V	AG	Ritter	+	CE	SG
Amarelle	=	S	VD	Français	+	RL	VD	Landolt	+	BD	GL	Romano	=	CE	TI
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	*	V	BS	Lehmann	=	CE	BS	Rossini	=	S	VS
Amherd	=	CE	VS	Freysinger	=	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Röstli	+	V	BE
Amstutz	+	V	BE	Fridez	=	S	JU	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Aubert	=	S	VD	Galladé	=	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Rusconi	+	V	TI
Baader Caspar	+	V	BL	Gasche	+	BD	BE	Lohr	=	CE	TG	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badran Jacqueline	=	S	ZH	Gasser	=	GL	GR	Lüscher	+	RL	GE	Rytz Regula	=	G	BE
Barthassat	*	CE	GE	Geissbühler	+	V	BE	Lustenberger	+	CE	LU	Schelbert	=	G	LU
Bäumle	=	GL	ZH	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	=	GL	ZH	Schenker Silvia	=	S	BS
Bertschy	=	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	=	S	NE	Schilliger	+	RL	LU
Binder	+	V	ZH	Gilli	=	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Schläfli	=	CE	SO
Birrer-Heimo	=	S	LU	Girod	=	G	ZH	Marra	=	S	VD	Schmid-Federer	=	CE	ZH
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	=	CE	LU	Meier-Schatz	=	CE	SG	Schneeberger	+	RL	BL
Böhni	=	GL	TG	Glättli	=	G	ZH	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	=	S	FR
Borer	+	V	SO	Gmür	+	CE	SZ	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	=	CE	BL
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moser	=	GL	ZH	Schwaab	=	S	VD
Bourgeois	%	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Müller Geri	=	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	=	S	TG	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	=	S	GR
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Philipp	+	RL	AG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Thomas	+	V	SG	Spuhler	*	V	TG
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	=	GL	BE	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	+	V	VD	Grunder	+	BD	BE	Müller-Altarmatt	=	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Bulliard	=	CE	FR	Gschwind	=	CE	JU	Müri	+	V	LU	Steiert	=	S	FR
Buttet	=	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Naef	=	S	ZH	Stolz	+	RL	BS
Candinas	=	CE	GR	Gysi	=	S	SG	Neiryck	*	CE	VD	Streff	=	CE	BE
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hadorn	=	S	SO	Nidegger	*	V	GE	Teuscher	=	G	BE
Caroni	+	RL	AR	Haller	=	BD	BE	Nordmann	=	S	VD	Thorens Goumaz	%	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	=	S	ZH	Noser	+	RL	ZH	Tornare	=	S	GE
Chevalley	=	GL	VD	Hassler	=	BD	GR	Nussbaumer	=	S	BL	Tschäppät	=	S	BE
Chopard-Acklin	=	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Pantani	=	V	TI	Tschümperlin	=	S	SZ
Darbella	*	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Pardini	=	S	BE	van Singer	=	G	VD
de Buman	=	CE	FR	Heim	=	S	SO	Parmelin	+	V	VD	Veillon	+	V	VD
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pelli	+	RL	TI	Vischer Daniel	=	G	ZH
Derder	+	RL	VD	Hiltpold	+	RL	GE	Perrin	+	V	NE	Vitali	+	RL	LU
Egloff	+	V	ZH	Hodgers	=	G	GE	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	=	CE	OW
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Graffenried	=	G	BE
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Pieren	+	V	BE	von Siebenthal	+	V	BE
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Piller Carrard	=	S	FR	Voruz	=	S	VD
Fässler Hildegard	=	S	SG	Hutter Markus	*	RL	ZH	Poggia	=	-	GE	Walter	+	V	TG
Favre Laurent	+	RL	NE	Ingold	=	CE	ZH	Quadranti	=	BD	ZH	Wandfluh	+	V	BE
Fehr Hans	+	V	ZH	Jans	=	S	BS	Quadri	=	V	TI	Wasserfallen	+	RL	BE
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	Joder	+	V	BE	Regazzi	=	CE	TI	Weibel	=	GL	ZH
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	John-Calame	=	G	NE	Reimann Lukas	+	V	SG	Wermuth	=	S	AG
Feller	+	RL	VD	Jositsch	=	S	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO
Feri Yvonne	=	S	AG	Kaufmann	+	V	ZH	Reynard	=	S	VS	Wyss Ursula	=	S	BE
Fiala	o	RL	ZH	Keller Peter	+	V	NW	Ribaux	+	RL	NE	Ziojren	+	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	8	6			27		49		90
=	Nein / non / no	20	3	12	13		45	3	1	97
o	Enth. / abst. / ast.					1				1
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1	1	1	1		4
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	3				1		3		7
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit (keine Teilung der Vorlage)

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Ingold (Teilung der Vorlage und Rückweisung der neuen Vorlage an die Kommission)

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 7c Abs. 2

**Abstimmung vom / Vote du: 12.12.2012 15:16:43**

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	=	GL	LU	Kessler	=	GL	SG	Rickli Natalie	%	V	ZH
Aebischer Matthias	=	S	BE	Flach	=	GL	AG	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Killer Hans	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Allemann	=	S	BE	Fluri	+	RL	SO	Knecht	+	V	AG	Ritter	+	CE	SG
Amarelle	=	S	VD	Français	+	RL	VD	Landolt	*	BD	GL	Romano	+	CE	TI
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	+	V	BS	Lehmann	+	CE	BS	Rossini	=	S	VS
Amherd	+	CE	VS	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rösti	+	V	BE
Amstutz	+	V	BE	Fridez	=	S	JU	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Aubert	=	S	VD	Galladé	=	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Rusconi	+	V	TI
Baader Caspar	*	V	BL	Gasche	+	BD	BE	Lohr	+	CE	TG	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badran Jacqueline	=	S	ZH	Gasser	*	GL	GR	Lüscher	+	RL	GE	Rytz Regula	=	G	BE
Barthassat	*	CE	GE	Geissbühler	%	V	BE	Lustenberger	+	CE	LU	Schelbert	=	G	LU
Bäumle	=	GL	ZH	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	=	GL	ZH	Schenker Silvia	=	S	BS
Bertschy	=	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	=	S	NE	Schilliger	+	RL	LU
Binder	+	V	ZH	Gilli	=	G	SG	Markwalder	*	RL	BE	Schläfli	+	CE	SO
Birrer-Heimo	=	S	LU	Girod	=	G	ZH	Marra	=	S	VD	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneeberger	+	RL	BL
Böhni	=	GL	TG	Glättli	=	G	ZH	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	=	S	FR
Borer	+	V	SO	Gmür	+	CE	SZ	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moser	=	GL	ZH	Schwaab	=	S	VD
Bourgeois	%	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Müller Geri	=	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	=	S	TG	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	=	S	GR
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Philipp	+	RL	AG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Thomas	+	V	SG	Spuhler	*	V	TG
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	=	GL	BE	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	+	V	VD	Grunder	+	BD	BE	Müller-Altermatt	+	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Bulliard	+	CE	FR	Gschwind	+	CE	JU	Müri	+	V	LU	Steiert	=	S	FR
Buttet	+	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Naef	=	S	ZH	Stolz	+	RL	BS
Candinas	+	CE	GR	Gysi	=	S	SG	Neiryneck	*	CE	VD	Streiff	=	CE	BE
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hadorn	=	S	SO	Nidegger	+	V	GE	Teuscher	=	G	BE
Caroni	+	RL	AR	Haller	+	BD	BE	Nordmann	=	S	VD	Thorens Goumaz	%	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	=	S	ZH	Noser	+	RL	ZH	Tornare	=	S	GE
Chevalley	=	GL	VD	Hassler	+	BD	GR	Nussbaumer	=	S	BL	Tschäppät	=	S	BE
Chopard-Acklin	=	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Pantani	=	V	TI	Tschümperlin	=	S	SZ
Darbellay	*	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Pardini	=	S	BE	van Singer	=	G	VD
de Buman	+	CE	FR	Heim	=	S	SO	Parmelin	+	V	VD	Veillon	+	V	VD
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pelli	+	RL	TI	Vischer Daniel	=	G	ZH
Derder	+	RL	VD	Hiltbold	+	RL	GE	Perrin	+	V	NE	Vitali	+	RL	LU
Egloff	+	V	ZH	Hodgers	*	G	GE	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Graffenried	*	G	BE
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Pieren	+	V	BE	von Siebenthal	+	V	BE
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Piller Carrard	=	S	FR	Voruz	=	S	VD
Fässler Hildegard	=	S	SG	Hutter Markus	*	RL	ZH	Poggia	=	-	GE	Walter	+	V	TG
Favre Laurent	+	RL	NE	Ingold	=	CE	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wandfluh	+	V	BE
Fehr Hans	+	V	ZH	Jans	=	S	BS	Quadri	=	V	TI	Wasserfallen	+	RL	BE
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	Joder	+	V	BE	Regazzi	+	CE	TI	Weibel	=	GL	ZH
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	John-Calame	=	G	NE	Reimann Lukas	+	V	SG	Wermuth	=	S	AG
Feller	+	RL	VD	Jositsch	=	S	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO
Feri Yvonne	=	S	AG	Kaufmann	+	V	ZH	Reynard	=	S	VS	Wyss Ursula	=	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Keller Peter	+	V	NW	Ribaux	+	RL	NE	Zürjen	+	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		26	8			27		50		111
= Nein / non / no		2		11	11		45	2	1	72
o Enth. / abst. / ast.										0
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4					1	1	1	2		5
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		3	1	1	2	2		2		11
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Schenker Silvia

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 14a Abs. 3

**Abstimmung vom / Vote du: 12.12.2012 15:17:49**

Aebi Andreas	=	V	BE	Fischer Roland	=	GL	LU	Kessler	=	GL	SG	Rickli Natalie	%	V	ZH
Aebischer Matthias	+	S	BE	Flach	=	GL	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Aeschi Thomas	=	V	ZG	Flückiger Sylvia	=	V	AG	Killer Hans	=	V	AG	Rime	=	V	FR
Allemann	+	S	BE	Fluri	+	RL	SO	Knecht	=	V	AG	Ritter	=	CE	SG
Amarelle	+	S	VD	Français	+	RL	VD	Landolt	*	BD	GL	Romano	=	CE	TI
Amaudruz	=	V	GE	Frehner	=	V	BS	Lehmann	=	CE	BS	Rossini	+	S	VS
Amherd	+	CE	VS	Freysinger	=	V	VS	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rösti	=	V	BE
Amstutz	=	V	BE	Fridez	+	S	JU	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Roth-Bernasconi	+	S	GE
Aubert	+	S	VD	Galladé	=	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Rusconi	=	V	TI
Baader Caspar	*	V	BL	Gasche	=	BD	BE	Lohr	+	CE	TG	Rutz Gregor	=	V	ZH
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gasser	*	GL	GR	Lüscher	+	RL	GE	Rytz Regula	+	G	BE
Barthassat	*	CE	GE	Geissbühler	%	V	BE	Lustenberger	+	CE	LU	Schelbert	+	G	LU
Bäumle	=	GL	ZH	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	=	GL	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Bertschy	=	GL	BE	Giezendanner	=	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Schilliger	+	RL	LU
Binder	=	V	ZH	Gilli	+	G	SG	Markwalder	*	RL	BE	Schläfli	+	CE	SO
Birrer-Heimo	+	S	LU	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Blocher	=	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneeberger	+	RL	BL
Böhni	=	GL	TG	Glättli	+	G	ZH	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Borer	=	V	SO	Gmür	+	CE	SZ	Mörgeli	=	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Bortoluzzi	=	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moser	=	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Bourgeois	%	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	=	V	SZ
Brand	=	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Leo	=	CE	LU	Semadeni	=	S	GR
Brunner	=	V	SG	Grin	=	V	VD	Müller Philipp	+	RL	AG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Büchel Roland	=	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Thomas	=	V	SG	Spuhler	*	V	TG
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	=	GL	BE	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	=	V	ZH
Bugnon	=	V	VD	Grunder	=	BD	BE	Müller-Altermatt	=	CE	SO	Stamm	=	V	AG
Bulliard	+	CE	FR	Gschwind	+	CE	JU	Müri	=	V	LU	Steiert	+	S	FR
Buttet	=	CE	VS	Guhl	=	BD	AG	Naef	+	S	ZH	Stolz	+	RL	BS
Candinas	=	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Neiryneck	*	CE	VD	Streiff	+	CE	BE
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Nidegger	=	V	GE	Teuscher	+	G	BE
Caroni	+	RL	AR	Haller	=	BD	BE	Nordmann	+	S	VD	Thorens Goumaz	%	G	VD
Cassis	=	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Noser	+	RL	ZH	Tornare	+	S	GE
Chevalley	=	GL	VD	Hassler	=	BD	GR	Nussbaumer	+	S	BL	Tschäppät	+	S	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hausamann	=	V	TG	Pantani	+	V	TI	Tschümperlin	+	S	SZ
Darbellay	*	CE	VS	Heer	=	V	ZH	Pardini	+	S	BE	van Singer	+	G	VD
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Parmelin	=	V	VD	Veillon	=	V	VD
de Courten	=	V	BL	Hess Lorenz	=	BD	BE	Pelli	+	RL	TI	Vischer Daniel	+	G	ZH
Derder	+	RL	VD	Hiltbold	+	RL	GE	Perrin	=	V	NE	Vitali	+	RL	LU
Egloff	=	V	ZH	Hodgers	*	G	GE	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Graffenried	*	G	BE
Estermann	=	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Pieren	=	V	BE	von Siebenthal	=	V	BE
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	=	V	SH	Piller Carrard	+	S	FR	Voruz	+	S	VD
Fässler Hildegard	+	S	SG	Hutter Markus	*	RL	ZH	Poggia	=	-	GE	Walter	=	V	TG
Favre Laurent	+	RL	NE	Ingold	=	CE	ZH	Quadranti	=	BD	ZH	Wandfluh	=	V	BE
Fehr Hans	=	V	ZH	Jans	+	S	BS	Quadri	+	V	TI	Wasserfallen	+	RL	BE
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Joder	=	V	BE	Regazzi	+	CE	TI	Weibel	=	GL	ZH
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	John-Calame	+	G	NE	Reimann Lukas	=	V	SG	Wermuth	+	S	AG
Feller	+	RL	VD	Jositsch	+	S	ZH	Reimann Maximilian	=	V	AG	Wobmann	=	V	SO
Feri Yvonne	+	S	AG	Kaufmann	=	V	ZH	Reynard	+	S	VS	Wyss Ursula	=	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Keller Peter	=	V	NW	Ribaux	+	RL	NE	Zürjen	=	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	21			11	26	41	2		101
=	Nein / non / no	7	8	11		1	4	50	1	82
o	Enth. / abst. / ast.									0
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1	1	1	2		5
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	3	1	1	2	2		2		11
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Ingold

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 16 Abs. 1

**Abstimmung vom / Vote du: 12.12.2012 15:18:56**

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Kessler	+	GL	SG	Rickli Natalie	%	V	ZH
Aebischer Matthias	=	S	BE	Flach	+	GL	AG	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Killer Hans	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Alleman	=	S	BE	Fluri	+	RL	SO	Knecht	+	V	AG	Ritter	+	CE	SG
Amarelle	=	S	VD	Français	+	RL	VD	Landolt	*	BD	GL	Romano	=	CE	TI
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	+	V	BS	Lehmann	+	CE	BS	Rossini	=	S	VS
Amherd	=	CE	VS	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rösti	+	V	BE
Amstutz	+	V	BE	Fridez	=	S	JU	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Aubert	=	S	VD	Galladé	=	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Rusconi	+	V	TI
Baader Caspar	*	V	BL	Gasche	+	BD	BE	Lohr	=	CE	TG	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badran Jacqueline	=	S	ZH	Gasser	*	GL	GR	Lüscher	+	RL	GE	Rytz Regula	=	G	BE
Barthassat	*	CE	GE	Geissbühler	%	V	BE	Lustenberger	+	CE	LU	Schelbert	=	G	LU
Bäumle	+	GL	ZH	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Schenker Silvia	=	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	=	S	NE	Schilliger	+	RL	LU
Binder	+	V	ZH	Gilli	=	G	SG	Markwalder	*	RL	BE	Schläfli	+	CE	SO
Birrer-Heimo	=	S	LU	Girod	=	G	ZH	Marra	=	S	VD	Schmid-Federer	=	CE	ZH
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	=	CE	LU	Meier-Schatz	=	CE	SG	Schneeberger	+	RL	BL
Böhni	+	GL	TG	Glättli	=	G	ZH	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	=	S	FR
Borer	+	V	SO	Gmür	+	CE	SZ	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	=	S	VD
Bourgeois	%	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Müller Geri	=	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	=	S	TG	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	=	S	GR
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Philipp	+	RL	AG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Thomas	+	V	SG	Spuhler	*	V	TG
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	+	V	VD	Grunder	+	BD	BE	Müller-Altermatt	+	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Bulliard	=	CE	FR	Gschwind	+	CE	JU	Müri	+	V	LU	Steiert	=	S	FR
Buttet	+	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Naef	=	S	ZH	Stolz	+	RL	BS
Candinas	=	CE	GR	Gysi	=	S	SG	Neiryneck	*	CE	VD	Streiff	=	CE	BE
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hadorn	=	S	SO	Nidegger	+	V	GE	Teuscher	=	G	BE
Caroni	+	RL	AR	Haller	+	BD	BE	Nordmann	=	S	VD	Thorens Goumaz	%	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	=	S	ZH	Noser	+	RL	ZH	Tornare	=	S	GE
Chevalley	+	GL	VD	Hassler	+	BD	GR	Nussbaumer	=	S	BL	Tschäppät	=	S	BE
Chopard-Acklin	=	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Pantani	=	V	TI	Tschümperlin	=	S	SZ
Darbellay	*	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Pardini	=	S	BE	van Singer	=	G	VD
de Buman	=	CE	FR	Heim	=	S	SO	Parmelin	+	V	VD	Veillon	+	V	VD
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pelli	+	RL	TI	Vischer Daniel	=	G	ZH
Derder	+	RL	VD	Hiltbold	+	RL	GE	Perrin	+	V	NE	Vitali	+	RL	LU
Egloff	+	V	ZH	Hodgers	*	G	GE	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	=	CE	OW
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Graffenried	*	G	BE
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Pieren	+	V	BE	von Siebenthal	+	V	BE
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Piller Carrard	=	S	FR	Voruz	=	S	VD
Fässler Hildegard	=	S	SG	Hutter Markus	*	RL	ZH	Poggia	=	-	GE	Walter	+	V	TG
Favre Laurent	+	RL	NE	Ingold	=	CE	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wandfluh	+	V	BE
Fehr Hans	+	V	ZH	Jans	=	S	BS	Quadri	=	V	TI	Wasserfallen	+	RL	BE
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	Joder	+	V	BE	Regazzi	+	CE	TI	Weibel	+	GL	ZH
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	John-Calame	=	G	NE	Reimann Lukas	+	V	SG	Wermuth	=	S	AG
Feller	+	RL	VD	Jositsch	=	S	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO
Feri Yvonne	=	S	AG	Kaufmann	+	V	ZH	Reynard	=	S	VS	Wyss Ursula	=	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Keller Peter	+	V	NW	Ribaux	+	RL	NE	Zürjen	+	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	16	8	11		27		50		112
=	Nein / non / no	12			11		45	2	1	71
o	Enth. / abst. / ast.									0
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1	1	1	2		5
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	3	1	1	2	2		2		11
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit  
 Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Heim

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 23 Abs. 1a

**Abstimmung vom / Vote du: 12.12.2012 15:56:21**

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Kessler	+	GL	SG	Rickli Natalie	%	V	ZH
Aebischer Matthias	=	S	BE	Flach	o	GL	AG	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	=	CE	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Killer Hans	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Allemann	=	S	BE	Fluri	=	RL	SO	Knecht	+	V	AG	Ritter	*	CE	SG
Amarelle	=	S	VD	Français	*	RL	VD	Landolt	*	BD	GL	Romano	=	CE	TI
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	+	V	BS	Lehmann	=	CE	BS	Rossini	=	S	VS
Amherd	=	CE	VS	Freysinger	o	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rösti	+	V	BE
Amstutz	+	V	BE	Fridez	=	S	JU	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Aubert	=	S	VD	Galladé	=	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Rusconi	+	V	TI
Baader Caspar	*	V	BL	Gasche	=	BD	BE	Lohr	=	CE	TG	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badran Jacqueline	*	S	ZH	Gasser	+	GL	GR	Lüscher	+	RL	GE	Rytz Regula	=	G	BE
Barthassat	=	CE	GE	Geissbühler	%	V	BE	Lustenberger	+	CE	LU	Schelbert	=	G	LU
Bäumle	+	GL	ZH	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Schenker Silvia	=	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	=	S	NE	Schilliger	+	RL	LU
Binder	+	V	ZH	Gilli	=	G	SG	Markwalder	*	RL	BE	Schläfli	=	CE	SO
Birrer-Heimo	=	S	LU	Girod	=	G	ZH	Marra	=	S	VD	Schmid-Federer	=	CE	ZH
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	=	CE	LU	Meier-Schatz	=	CE	SG	Schneeberger	+	RL	BL
Böhni	+	GL	TG	Glättli	=	G	ZH	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	=	S	FR
Borer	+	V	SO	Gmür	=	CE	SZ	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	=	CE	BL
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	=	S	VD
Bourgeois	%	RL	FR	Graf Maya	=	G	BL	Müller Geri	=	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	=	S	TG	Müller Leo	=	CE	LU	Semadeni	=	S	GR
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Philipp	+	RL	AG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Thomas	+	V	SG	Spuhler	*	V	TG
Büchler Jakob	=	CE	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	+	V	VD	Grunder	+	BD	BE	Müller-Altermatt	=	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Bulliard	=	CE	FR	Gschwind	=	CE	JU	Müri	+	V	LU	Steiert	=	S	FR
Buttet	=	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Naef	=	S	ZH	Stolz	+	RL	BS
Candinas	=	CE	GR	Gysi	=	S	SG	Neiryneck	*	CE	VD	Streiff	=	CE	BE
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hadorn	=	S	SO	Nidegger	+	V	GE	Teuscher	=	G	BE
Caroni	+	RL	AR	Haller	=	BD	BE	Nordmann	=	S	VD	Thorens Goumaz	%	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	=	S	ZH	Noser	+	RL	ZH	Tornare	=	S	GE
Chevalley	+	GL	VD	Hassler	=	BD	GR	Nussbaumer	=	S	BL	Tschäppät	=	S	BE
Chopard-Acklin	=	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Pantani	=	V	TI	Tschümperlin	=	S	SZ
Darbellay	*	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Pardini	=	S	BE	van Singer	=	G	VD
de Buman	=	CE	FR	Heim	=	S	SO	Parmelin	+	V	VD	Veillon	+	V	VD
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pelli	+	RL	TI	Vischer Daniel	=	G	ZH
Derder	+	RL	VD	Hiltbold	+	RL	GE	Perrin	+	V	NE	Vitali	+	RL	LU
Egloff	+	V	ZH	Hodgers	=	G	GE	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	=	CE	OW
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Graffenried	*	G	BE
Estermann	+	V	LU	Humbel	=	CE	AG	Pieren	+	V	BE	von Siebenthal	+	V	BE
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Piller Carrard	=	S	FR	Voruz	=	S	VD
Fässler Hildegard	=	S	SG	Hutter Markus	*	RL	ZH	Poggia	=	-	GE	Walter	+	V	TG
Favre Laurent	+	RL	NE	Ingold	=	CE	ZH	Quadranti	=	BD	ZH	Wandfluh	+	V	BE
Fehr Hans	*	V	ZH	Jans	=	S	BS	Quadri	=	V	TI	Wasserfallen	+	RL	BE
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	Joder	+	V	BE	Regazzi	=	CE	TI	Weibel	+	GL	ZH
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	John-Calame	=	G	NE	Reimann Lukas	+	V	SG	Wermuth	=	S	AG
Feller	+	RL	VD	Jositsch	=	S	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO
Feri Yvonne	=	S	AG	Kaufmann	+	V	ZH	Reynard	=	S	VS	Wyss Ursula	=	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Keller Peter	+	V	NW	Ribaux	+	RL	NE	Zürjen	=	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	3	3	11		25		48		90
=	Nein / non / no	25	5		13	1	44	2	1	91
o	Enth. / abst. / ast.			1				1		2
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1	1	1	2		5
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	3	1		1	3	1	3		12

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Loehr

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 42 Abs. 3

**Abstimmung vom / Vote du: 12.12.2012 15:57:52**

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Kessler	+	GL	SG	Rickli Natalie	%	V	ZH
Aebischer Matthias	=	S	BE	Flach	+	GL	AG	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Killer Hans	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Allemann	=	S	BE	Fluri	+	RL	SO	Knecht	+	V	AG	Ritter	+	CE	SG
Amarelle	=	S	VD	Français	*	RL	VD	Landolt	*	BD	GL	Romano	+	CE	TI
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	+	V	BS	Lehmann	+	CE	BS	Rossini	=	S	VS
Amherd	+	CE	VS	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rösti	+	V	BE
Amstutz	+	V	BE	Fridez	=	S	JU	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Aubert	=	S	VD	Galladé	=	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Rusconi	+	V	TI
Baader Caspar	*	V	BL	Gasche	+	BD	BE	Lohr	+	CE	TG	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badran Jacqueline	*	S	ZH	Gasser	+	GL	GR	Lüscher	+	RL	GE	Rytz Regula	=	G	BE
Barthassat	+	CE	GE	Geissbühler	%	V	BE	Lustenberger	+	CE	LU	Schelbert	=	G	LU
Bäumle	+	GL	ZH	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Schenker Silvia	=	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	=	S	NE	Schilliger	+	RL	LU
Binder	+	V	ZH	Gilli	=	G	SG	Markwalder	*	RL	BE	Schläfli	+	CE	SO
Birrer-Heimo	=	S	LU	Girod	=	G	ZH	Marra	=	S	VD	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneeberger	+	RL	BL
Böhni	+	GL	TG	Glättli	=	G	ZH	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	=	S	FR
Borer	+	V	SO	Gmür	+	CE	SZ	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	=	S	VD
Bourgeois	%	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Müller Geri	=	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	=	S	TG	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	=	S	GR
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Philipp	+	RL	AG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Thomas	+	V	SG	Spuhler	*	V	TG
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	+	V	VD	Grunder	+	BD	BE	Müller-Altermatt	+	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Bulliard	+	CE	FR	Gschwind	+	CE	JU	Müri	+	V	LU	Steiert	=	S	FR
Buttet	+	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Naef	=	S	ZH	Stolz	+	RL	BS
Candinas	+	CE	GR	Gysi	=	S	SG	Neiryneck	*	CE	VD	Streiff	=	CE	BE
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hadorn	=	S	SO	Nidegger	+	V	GE	Teuscher	=	G	BE
Caroni	+	RL	AR	Haller	+	BD	BE	Nordmann	=	S	VD	Thorens Goumaz	%	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	=	S	ZH	Noser	+	RL	ZH	Tornare	=	S	GE
Chevalley	+	GL	VD	Hassler	+	BD	GR	Nussbaumer	=	S	BL	Tschäppät	=	S	BE
Chopard-Acklin	=	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Pantani	=	V	TI	Tschümperlin	=	S	SZ
Darbellay	*	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Pardini	=	S	BE	van Singer	=	G	VD
de Buman	+	CE	FR	Heim	=	S	SO	Parmelin	+	V	VD	Veillon	+	V	VD
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pelli	+	RL	TI	Vischer Daniel	=	G	ZH
Derder	+	RL	VD	Hiltbold	+	RL	GE	Perrin	+	V	NE	Vitali	+	RL	LU
Egloff	+	V	ZH	Hodgers	=	G	GE	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Graffenried	*	G	BE
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Pieren	+	V	BE	von Siebenthal	+	V	BE
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Piller Carrard	=	S	FR	Voruz	=	S	VD
Fässler Hildegard	=	S	SG	Hutter Markus	*	RL	ZH	Poggia	=	-	GE	Walter	+	V	TG
Favre Laurent	+	RL	NE	Ingold	=	CE	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wandfluh	+	V	BE
Fehr Hans	*	V	ZH	Jans	=	S	BS	Quadri	=	V	TI	Wasserfallen	+	RL	BE
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	Joder	+	V	BE	Regazzi	+	CE	TI	Weibel	+	GL	ZH
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	John-Calame	=	G	NE	Reimann Lukas	+	V	SG	Wermuth	=	S	AG
Feller	+	RL	VD	Jositsch	=	S	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO
Feri Yvonne	=	S	AG	Kaufmann	+	V	ZH	Reynard	=	S	VS	Wyss Ursula	=	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Keller Peter	+	V	NW	Ribaux	+	RL	NE	Zürjen	+	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		27	8	12		26		49		122
= Nein / non / no		2			12		44	2	1	61
o Enth. / abst. / ast.										0
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4					1	1	1	2		5
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	1		1	3	1	3		11
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit  
 Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Gilli

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 28a Abs.1, 1bis und 4 und Art. 28b

**Abstimmung vom / Vote du: 12.12.2012 17:16:42**

Aebi Andreas	=	V	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Kessler	+	GL	SG	Rickli Natalie	%	V	ZH
Aebischer Matthias	+	S	BE	Flach	+	GL	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Aeschi Thomas	=	V	ZG	Flückiger Sylvia	=	V	AG	Killer Hans	=	V	AG	Rime	=	V	FR
Allemann	+	S	BE	Fluri	+	RL	SO	Knecht	=	V	AG	Ritter	+	CE	SG
Amarelle	+	S	VD	Français	*	RL	VD	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	CE	TI
Amaudruz	=	V	GE	Frehner	=	V	BS	Lehmann	+	CE	BS	Rossini	+	S	VS
Amherd	+	CE	VS	Freysinger	=	V	VS	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rösti	=	V	BE
Amstutz	=	V	BE	Fridez	+	S	JU	Leutenegger Filippo	=	RL	ZH	Roth-Bernasconi	+	S	GE
Aubert	+	S	VD	Galladé	+	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Rusconi	=	V	TI
Baader Caspar	=	V	BL	Gasche	+	BD	BE	Lohr	+	CE	TG	Rutz Gregor	=	V	ZH
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gasser	+	GL	GR	Lüscher	+	RL	GE	Rytz Regula	+	G	BE
Barthassat	+	CE	GE	Geissbühler	%	V	BE	Lustenberger	+	CE	LU	Schelbert	+	G	LU
Bäumle	+	GL	ZH	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Giezendanner	=	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Schilliger	+	RL	LU
Binder	=	V	ZH	Gilli	+	G	SG	Markwalder	*	RL	BE	Schläfli	+	CE	SO
Birrer-Heimo	+	S	LU	Girod	*	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Blocher	=	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneeberger	+	RL	BL
Böhni	+	GL	TG	Glättli	+	G	ZH	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Borer	=	V	SO	Gmür	+	CE	SZ	Mörgeli	=	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Bortoluzzi	*	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Bourgeois	%	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	=	V	SZ
Brand	=	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Leo	*	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Brunner	=	V	SG	Grin	=	V	VD	Müller Philipp	+	RL	AG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Büchel Roland	=	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Thomas	=	V	SG	Spuhler	*	V	TG
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Walter	o	RL	SG	Stahl	=	V	ZH
Bugnon	=	V	VD	Grunder	+	BD	BE	Müller-Altermatt	+	CE	SO	Stamm	=	V	AG
Bulliard	+	CE	FR	Gschwind	+	CE	JU	Müri	=	V	LU	Steiert	+	S	FR
Buttet	+	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Naef	+	S	ZH	Stolz	+	RL	BS
Candinas	+	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Neiryneck	*	CE	VD	Streiff	+	CE	BE
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Nidegger	=	V	GE	Teuscher	+	G	BE
Caroni	=	RL	AR	Haller	+	BD	BE	Nordmann	+	S	VD	Thorens Goumaz	%	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Noser	=	RL	ZH	Tornare	+	S	GE
Chevalley	+	GL	VD	Hassler	+	BD	GR	Nussbaumer	+	S	BL	Tschäppät	+	S	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hausammann	=	V	TG	Pantani	=	V	TI	Tschümperlin	+	S	SZ
Darbellay	*	CE	VS	Heer	=	V	ZH	Pardini	+	S	BE	van Singer	+	G	VD
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Parmelin	=	V	VD	Veillon	=	V	VD
de Courten	=	V	BL	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pelli	+	RL	TI	Vischer Daniel	+	G	ZH
Derder	+	RL	VD	Hiltbold	+	RL	GE	Perrin	=	V	NE	Vitali	+	RL	LU
Egloff	=	V	ZH	Hodgers	+	G	GE	Pezzatti	=	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Pfister Gerhard	=	CE	ZG	von Graffenried	*	G	BE
Estermann	=	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Pieren	=	V	BE	von Siebenthal	=	V	BE
Fässler Daniel	o	CE	AI	Hurter Thomas	=	V	SH	Piller Carrard	+	S	FR	Voruz	+	S	VD
Fässler Hildegard	+	S	SG	Hutter Markus	*	RL	ZH	Poggia	+	-	GE	Walter	=	V	TG
Favre Laurent	+	RL	NE	Ingold	+	CE	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wandfluh	=	V	BE
Fehr Hans	=	V	ZH	Jans	+	S	BS	Quadri	=	V	TI	Wasserfallen	=	RL	BE
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Joder	=	V	BE	Regazzi	+	CE	TI	Weibel	+	GL	ZH
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	John-Calame	+	G	NE	Reimann Lukas	=	V	SG	Wermuth	+	S	AG
Feller	*	RL	VD	Jositsch	+	S	ZH	Reimann Maximilian	=	V	AG	Wobmann	=	V	SO
Feri Yvonne	+	S	AG	Kaufmann	=	V	ZH	Reynard	+	S	VS	Wyss Ursula	+	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Keller Peter	=	V	NW	Ribaux	+	RL	NE	Zürjen	+	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	26	9	12	11	19	45		1	123
=	Nein / non / no	1				5		52		58
o	Enth. / abst. / ast.	1				1				2
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1	1	1	2		5
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	3			2	4		2		11
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit III Blocher

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 28a Abs.1, 1bis und 4 und Art. 28b

**Abstimmung vom / Vote du: 12.12.2012 17:17:29**

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	=	GL	LU	Kessler	=	GL	SG	Rickli Natalie	%	V	ZH
Aebischer Matthias	=	S	BE	Flach	=	GL	AG	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	=	CE	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Killer Hans	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Allemann	=	S	BE	Fluri	=	RL	SO	Knecht	+	V	AG	Ritter	=	CE	SG
Amarelle	=	S	VD	Français	*	RL	VD	Landolt	+	BD	GL	Romano	=	CE	TI
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	+	V	BS	Lehmann	+	CE	BS	Rossini	=	S	VS
Amherd	=	CE	VS	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rösti	+	V	BE
Amstutz	+	V	BE	Fridez	=	S	JU	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Aubert	=	S	VD	Galladé	=	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Rusconi	+	V	TI
Baader Caspar	+	V	BL	Gasche	+	BD	BE	Lohr	=	CE	TG	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badran Jacqueline	=	S	ZH	Gasser	=	GL	GR	Lüscher	+	RL	GE	Rytz Regula	=	G	BE
Barthassat	=	CE	GE	Geissbühler	%	V	BE	Lustenberger	+	CE	LU	Schelbert	=	G	LU
Bäumle	=	GL	ZH	Germanier	o	RL	VS	Maier Thomas	=	GL	ZH	Schenker Silvia	=	S	BS
Bertschy	=	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	=	S	NE	Schilliger	+	RL	LU
Binder	+	V	ZH	Gilli	=	G	SG	Markwalder	*	RL	BE	Schläfli	=	CE	SO
Birrer-Heimo	=	S	LU	Girod	*	G	ZH	Marra	=	S	VD	Schmid-Federer	=	CE	ZH
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	=	CE	LU	Meier-Schatz	=	CE	SG	Schneeberger	+	RL	BL
Böhni	=	GL	TG	Glättli	=	G	ZH	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	=	S	FR
Borer	+	V	SO	Gmür	=	CE	SZ	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	=	CE	BL
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moser	=	GL	ZH	Schwaab	=	S	VD
Bourgeois	%	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Müller Geri	=	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	=	S	TG	Müller Leo	*	CE	LU	Semadeni	=	S	GR
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Philipp	+	RL	AG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Thomas	+	V	SG	Spuhler	*	V	TG
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	=	GL	BE	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	+	V	VD	Grunder	+	BD	BE	Müller-Altermatt	=	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Bulliard	=	CE	FR	Gschwind	=	CE	JU	Müri	+	V	LU	Steiert	=	S	FR
Buttet	=	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Naef	=	S	ZH	Stolz	+	RL	BS
Candinas	=	CE	GR	Gysi	=	S	SG	Neiryneck	*	CE	VD	Streiff	=	CE	BE
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hadorn	=	S	SO	Nidegger	+	V	GE	Teuscher	=	G	BE
Caroni	+	RL	AR	Haller	=	BD	BE	Nordmann	=	S	VD	Thorens Goumaz	%	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	=	S	ZH	Noser	+	RL	ZH	Tornare	=	S	GE
Chevalley	=	GL	VD	Hassler	+	BD	GR	Nussbaumer	=	S	BL	Tschäppät	=	S	BE
Chopard-Acklin	=	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Pantani	+	V	TI	Tschümperlin	=	S	SZ
Darbellay	*	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Pardini	=	S	BE	van Singer	=	G	VD
de Buman	=	CE	FR	Heim	=	S	SO	Parmelin	+	V	VD	Veillon	+	V	VD
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pelli	+	RL	TI	Vischer Daniel	=	G	ZH
Derder	+	RL	VD	Hiltbold	+	BD	GE	Perrin	+	V	NE	Vitali	=	RL	LU
Egloff	+	V	ZH	Hodgers	=	G	GE	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	=	CE	OW
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Graffenried	*	G	BE
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Pieren	+	V	BE	von Siebenthal	*	V	BE
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Piller Carrard	=	S	FR	Voruz	=	S	VD
Fässler Hildegard	=	S	SG	Hutter Markus	*	RL	ZH	Poggia	=	-	GE	Walter	+	V	TG
Favre Laurent	+	RL	NE	Ingold	=	CE	ZH	Quadranti	=	BD	ZH	Wandfluh	+	V	BE
Fehr Hans	+	V	ZH	Jans	=	S	BS	Quadri	+	V	TI	Wasserfallen	+	RL	BE
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	Joder	+	V	BE	Regazzi	=	CE	TI	Weibel	=	GL	ZH
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	John-Calame	=	G	NE	Reimann Lukas	+	V	SG	Wermuth	=	S	AG
Feller	*	RL	VD	Jositsch	=	S	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO
Feri Yvonne	=	S	AG	Kaufmann	+	V	ZH	Reynard	=	S	VS	Wyss Ursula	=	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Keller Peter	+	V	NW	Ribaux	+	RL	NE	Zürjen	+	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	6	7			22		52		87
=	Nein / non / no	22	2	12	11	2	45		1	95
o	Enth. / abst. / ast.					1				1
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1	1	1	2		5
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	3			2	4		2		11
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit  
 Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit I Lohr

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Schlussbestimmungen IVG Bst. a (gilt auch für III. 6. BVG, Übergangsbestimmungen)

**Abstimmung vom / Vote du: 12.12.2012 17:19:15**

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Kessler	+	GL	SG	Rickli Natalie	%	V	ZH
Aebischer Matthias	=	S	BE	Flach	+	GL	AG	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	=	CE	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Killer Hans	+	V	AG	Rime	*	V	FR
Allemann	=	S	BE	Fluri	=	RL	SO	Knecht	+	V	AG	Ritter	+	CE	SG
Amarelle	=	S	VD	Français	*	RL	VD	Landolt	=	BD	GL	Romano	=	CE	TI
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	+	V	BS	Lehmann	+	CE	BS	Rossini	=	S	VS
Amherd	+	CE	VS	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rösti	+	V	BE
Amstutz	*	V	BE	Fridez	=	S	JU	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Aubert	=	S	VD	Galladé	=	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Rusconi	+	V	TI
Baader Caspar	*	V	BL	Gasche	+	BD	BE	Lohr	*	CE	TG	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badran Jacqueline	=	S	ZH	Gasser	+	GL	GR	Lüscher	+	RL	GE	Rytz Regula	=	G	BE
Barthassat	+	CE	GE	Geissbühler	%	V	BE	Lustenberger	+	CE	LU	Schelbert	=	G	LU
Bäumle	+	GL	ZH	Germanier	=	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Schenker Silvia	=	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	=	S	NE	Schilliger	+	RL	LU
Binder	+	V	ZH	Gilli	=	G	SG	Markwalder	*	RL	BE	Schläfli	+	CE	SO
Birrer-Heimo	=	S	LU	Girod	*	G	ZH	Marra	=	S	VD	Schmid-Federer	=	CE	ZH
Blocher	*	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneeberger	+	RL	BL
Böhni	+	GL	TG	Glättli	=	G	ZH	Moret	=	RL	VD	Schneider Schüttel	=	S	FR
Borer	+	V	SO	Gmür	+	CE	SZ	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	=	S	VD
Bourgeois	%	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Müller Geri	=	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	=	S	TG	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	=	S	GR
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Philipp	+	RL	AG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Thomas	+	V	SG	Spuhler	*	V	TG
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	+	V	VD	Grunder	+	BD	BE	Müller-Altermatt	=	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Bulliard	+	CE	FR	Gschwind	+	CE	JU	Müri	+	V	LU	Steiert	=	S	FR
Buttet	+	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Naef	=	S	ZH	Stolz	+	RL	BS
Candinas	+	CE	GR	Gysi	=	S	SG	Neiryneck	*	CE	VD	Streiff	=	CE	BE
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hadorn	=	S	SO	Nidegger	+	V	GE	Teuscher	=	G	BE
Caroni	+	RL	AR	Haller	=	BD	BE	Nordmann	=	S	VD	Thorens Goumaz	%	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	=	S	ZH	Noser	+	RL	ZH	Tornare	=	S	GE
Chevalley	+	GL	VD	Hassler	=	BD	GR	Nussbaumer	=	S	BL	Tschäppät	=	S	BE
Chopard-Acklin	=	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Pantani	=	V	TI	Tschümperlin	=	S	SZ
Darbellay	*	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Pardini	=	S	BE	van Singer	=	G	VD
de Buman	+	CE	FR	Heim	=	S	SO	Parmelin	+	V	VD	Veillon	+	V	VD
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	=	BD	BE	Pelli	+	RL	TI	Vischer Daniel	=	G	ZH
Derder	+	RL	VD	Hiltbold	+	RL	GE	Perrin	+	V	NE	Vitali	+	RL	LU
Egloff	+	V	ZH	Hodgers	=	G	GE	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Eichenberger	*	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Graffenried	*	G	BE
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Pieren	+	V	BE	von Siebenthal	+	V	BE
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Piller Carrard	=	S	FR	Voruz	=	S	VD
Fässler Hildegard	=	S	SG	Hutter Markus	*	RL	ZH	Poggia	=	-	GE	Walter	+	V	TG
Favre Laurent	+	RL	NE	Ingold	=	CE	ZH	Quadranti	=	BD	ZH	Wandfluh	+	V	BE
Fehr Hans	+	V	ZH	Jans	=	S	BS	Quadri	=	V	TI	Wasserfallen	+	RL	BE
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	Joder	+	V	BE	Regazzi	+	CE	TI	Weibel	+	GL	ZH
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	John-Calame	=	G	NE	Reimann Lukas	+	V	SG	Wermuth	=	S	AG
Feller	*	RL	VD	Jositsch	=	S	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO
Feri Yvonne	=	S	AG	Kaufmann	+	V	ZH	Reynard	=	S	VS	Wyss Ursula	=	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Keller Peter	+	V	NW	Ribaux	+	RL	NE	Zürjen	+	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	23	4	12		21		47		107
=	Nein / non / no	5	5		11	3	45	2	1	72
o	Enth. / abst. / ast.									0
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1	1	1	2		5
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	3			2	5		5		15
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Schenker Silvia

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 38 Abs. 1ter

**Abstimmung vom / Vote du: 12.12.2012 17:48:36**

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Kessler	+	GL	SG	Rickli Natalie	%	V	ZH
Aebischer Matthias	=	S	BE	Flach	+	GL	AG	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Killer Hans	*	V	AG	Rime	+	V	FR
Allemann	=	S	BE	Fluri	+	RL	SO	Knecht	+	V	AG	Ritter	+	CE	SG
Amarelle	=	S	VD	Français	*	RL	VD	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	CE	TI
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	+	V	BS	Lehmann	*	CE	BS	Rossini	=	S	VS
Amherd	+	CE	VS	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rösti	+	V	BE
Amstutz	+	V	BE	Fridez	=	S	JU	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Aubert	=	S	VD	Galladé	=	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Rusconi	+	V	TI
Baader Caspar	+	V	BL	Gasche	+	BD	BE	Lohr	+	CE	TG	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badran Jacqueline	=	S	ZH	Gasser	+	GL	GR	Lüscher	+	RL	GE	Rytz Regula	=	G	BE
Barthassat	+	CE	GE	Geissbühler	%	V	BE	Lustenberger	+	CE	LU	Schelbert	=	G	LU
Bäumle	+	GL	ZH	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Schenker Silvia	=	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	=	S	NE	Schilliger	+	RL	LU
Binder	+	V	ZH	Gilli	=	G	SG	Markwalder	*	RL	BE	Schläfli	+	CE	SO
Birrer-Heimo	=	S	LU	Girod	*	G	ZH	Marra	=	S	VD	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneeberger	+	RL	BL
Böhni	+	GL	TG	Glättli	=	G	ZH	Moret	o	RL	VD	Schneider Schüttel	=	S	FR
Borer	+	V	SO	Gmür	*	CE	SZ	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moser	*	GL	ZH	Schwaab	=	S	VD
Bourgeois	%	V	FR	Graf Maya	#	G	BL	Müller Geri	=	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Brand	*	V	GR	Graf-Litscher	=	S	TG	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	=	S	GR
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Philipp	+	RL	AG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Thomas	+	V	SG	Spuhler	*	V	TG
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	+	V	VD	Grunder	+	BD	BE	Müller-Altermatt	+	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Bulliard	+	CE	FR	Gschwind	*	CE	JU	Müri	+	V	LU	Steiert	=	S	FR
Buttet	+	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Naef	=	S	ZH	Stolz	+	RL	BS
Candinas	+	CE	GR	Gysi	=	S	SG	Neiryneck	*	CE	VD	Streiff	+	CE	BE
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hadorn	=	S	SO	Nidegger	+	V	GE	Teuscher	=	G	BE
Caroni	*	RL	AR	Haller	+	BD	BE	Nordmann	=	S	VD	Thorens Goumaz	%	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	=	S	ZH	Noser	+	RL	ZH	Tornare	=	S	GE
Chevalley	+	GL	VD	Hassler	+	BD	GR	Nussbaumer	=	S	BL	Tschäppät	=	S	BE
Chopard-Acklin	=	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Pantani	+	V	TI	Tschümperlin	=	S	SZ
Darbellay	*	CE	VS	Heer	*	V	ZH	Pardini	=	S	BE	van Singer	=	G	VD
de Buman	+	CE	FR	Heim	=	S	SO	Parmelin	+	V	VD	Veillon	+	V	VD
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pelli	+	RL	TI	Vischer Daniel	=	G	ZH
Derder	+	RL	VD	Hiltbold	+	RL	GE	Perrin	+	V	NE	Vitali	*	RL	LU
Egloff	+	V	ZH	Hodgers	=	G	GE	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Eichenberger	*	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Graffenried	*	G	BE
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Pieren	+	V	BE	von Siebenthal	+	V	BE
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Piller Carrard	=	S	FR	Voruz	*	S	VD
Fässler Hildegard	=	S	SG	Hutter Markus	*	RL	ZH	Poggia	=	-	GE	Walter	+	V	TG
Favre Laurent	+	RL	NE	Ingold	+	CE	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wandfluh	+	V	BE
Fehr Hans	+	V	ZH	Jans	=	S	BS	Quadri	+	V	TI	Wasserfallen	+	RL	BE
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	Joder	+	V	BE	Regazzi	+	CE	TI	Weibel	+	GL	ZH
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	John-Calame	=	G	NE	Reimann Lukas	+	V	SG	Wermuth	=	S	AG
Feller	*	RL	VD	Jositsch	=	S	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO
Feri Yvonne	=	S	AG	Kaufmann	+	V	ZH	Reynard	=	S	VS	Wyss Ursula	=	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Keller Peter	+	V	NW	Ribaux	*	RL	NE	Zürjen	+	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	26	9	11		20		50		116
=	Nein / non / no				11		44		1	56
o	Enth. / abst. / ast.					1				1
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1	1	1	2		5
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	5		1	2	8	1	4		21
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit  
 Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Steiert

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 74 Abs. 1bis

**Abstimmung vom / Vote du: 12.12.2012 18:16:32**

Aebi Andreas	*	V	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Kessler	+	GL	SG	Rickli Natalie	%	V	ZH
Aebischer Matthias	+	S	BE	Flach	+	GL	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Aeschi Thomas	=	V	ZG	Flückiger Sylvia	=	V	AG	Killer Hans	=	V	AG	Rime	=	V	FR
Alleman	+	S	BE	Fluri	*	RL	SO	Knecht	=	V	AG	Ritter	+	CE	SG
Amarelle	+	S	VD	Français	*	RL	VD	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	CE	TI
Amaudruz	=	V	GE	Frehner	=	V	BS	Lehmann	*	CE	BS	Rossini	+	S	VS
Amherd	+	CE	VS	Freysinger	=	V	VS	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rösti	=	V	BE
Amstutz	=	V	BE	Fridez	+	S	JU	Leutenegger Filippo	=	RL	ZH	Roth-Bernasconi	+	S	GE
Aubert	+	S	VD	Galladé	+	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Rusconi	=	V	TI
Baader Caspar	=	V	BL	Gasche	*	BD	BE	Lohr	+	CE	TG	Rutz Gregor	=	V	ZH
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gasser	+	GL	GR	Lüscher	o	RL	GE	Rytz Regula	+	G	BE
Barthassat	+	CE	GE	Geissbühler	%	V	BE	Lustenberger	+	CE	LU	Schelbert	+	G	LU
Bäumle	+	GL	ZH	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Giezendanner	=	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Schilliger	+	RL	LU
Binder	=	V	ZH	Gilli	+	G	SG	Markwalder	*	RL	BE	Schläfli	+	CE	SO
Birrer-Heimo	+	S	LU	Girod	*	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Blocher	=	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneeberger	+	RL	BL
Böhni	+	GL	TG	Glättli	+	G	ZH	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Borer	=	V	SO	Gmür	+	CE	SZ	Mörgeli	=	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Bortoluzzi	=	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	=	S	VD
Bourgeois	%	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	=	V	SZ
Brand	*	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Leo	o	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Brunner	=	V	SG	Grin	=	V	VD	Müller Philipp	+	RL	AG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Büchel Roland	=	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Thomas	=	V	SG	Spuhler	*	V	TG
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Walter	=	RL	SG	Stahl	=	V	ZH
Bugnon	=	V	VD	Grunder	+	BD	BE	Müller-Altermatt	+	CE	SO	Stamm	=	V	AG
Bulliard	*	CE	FR	Gschwind	+	CE	JU	Müri	=	V	LU	Steiert	+	S	FR
Buttet	+	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Naef	+	S	ZH	Stolz	+	RL	BS
Candinas	+	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Neiryneck	*	CE	VD	Streiff	+	CE	BE
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Nidegger	=	V	GE	Teuscher	+	G	BE
Caroni	*	RL	AR	Haller	+	BD	BE	Nordmann	+	S	VD	Thorens Goumaz	%	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Noser	=	RL	ZH	Tornare	+	S	GE
Chevalley	+	GL	VD	Hassler	+	BD	GR	Nussbaumer	+	S	BL	Tschäppät	+	S	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hausammann	=	V	TG	Pantani	+	V	TI	Tschümperlin	+	S	SZ
Darbellay	*	CE	VS	Heer	=	V	ZH	Pardini	+	S	BE	van Singer	+	G	VD
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Parmelin	=	V	VD	Veillon	=	V	VD
de Courten	=	V	BL	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pelli	+	RL	TI	Vischer Daniel	+	G	ZH
Derder	+	RL	VD	Hiltbold	+	RL	GE	Perrin	=	V	NE	Vitali	+	RL	LU
Egloff	=	V	ZH	Hodgers	+	G	GE	Pezzatti	=	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Pfister Gerhard	o	CE	ZG	von Graffenried	*	G	BE
Estermann	=	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Pieren	=	V	BE	von Siebenthal	=	V	BE
Fässler Daniel	o	CE	AI	Hurter Thomas	=	V	SH	Piller Carrard	+	S	FR	Voruz	*	S	VD
Fässler Hildegard	+	S	SG	Hutter Markus	*	RL	ZH	Poggia	+	-	GE	Walter	=	V	TG
Favre Laurent	+	RL	NE	Ingold	+	CE	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wandfluh	=	V	BE
Fehr Hans	=	V	ZH	Jans	+	S	BS	Quadri	o	V	TI	Wasserfallen	o	RL	BE
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Joder	=	V	BE	Regazzi	+	CE	TI	Weibel	+	GL	ZH
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	John-Calame	+	G	NE	Reimann Lukas	=	V	SG	Wermuth	+	S	AG
Feller	*	RL	VD	Jositsch	+	S	ZH	Reimann Maximilian	=	V	AG	Wobmann	=	V	SO
Feri Yvonne	+	S	AG	Kaufmann	=	V	ZH	Reynard	+	S	VS	Wyss Ursula	+	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Keller Peter	=	V	NW	Ribaux	*	RL	NE	Zürjen	+	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	24	8	12	11	16	44	1	1	117
=	Nein / non / no					4		49		53
o	Enth. / abst. / ast.	3				2		1		6
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1	1	1	2		5
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	4	1		2	7	1	3		18
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Frehner

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 80 Abs. 3 und 4

**Abstimmung vom / Vote du: 12.12.2012 19:01:54**

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	=	GL	LU	Kessler	=	GL	SG	Rickli Natalie	%	V	ZH
Aebischer Matthias	+	S	BE	Flach	=	GL	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Killer Hans	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Allemann	+	S	BE	Fluri	*	RL	SO	Knecht	+	V	AG	Ritter	+	CE	SG
Amarelle	+	S	VD	Français	*	RL	VD	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	CE	TI
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	+	V	BS	Lehmann	*	CE	BS	Rossini	+	S	VS
Amherd	+	CE	VS	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rösti	+	V	BE
Amstutz	+	V	BE	Fridez	+	S	JU	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Roth-Bernasconi	+	S	GE
Aubert	+	S	VD	Galladé	+	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Rusconi	+	V	TI
Baader Caspar	+	V	BL	Gasche	*	BD	BE	Lohr	+	CE	TG	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gasser	=	GL	GR	Lüscher	+	RL	GE	Rytz Regula	+	G	BE
Barthassat	*	CE	GE	Geissbühler	%	V	BE	Lustenberger	+	CE	LU	Schelbert	+	G	LU
Bäumle	=	GL	ZH	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	=	GL	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Bertschy	=	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Schilliger	+	RL	LU
Binder	+	V	ZH	Gilli	+	G	SG	Markwalder	*	RL	BE	Schläfli	+	CE	SO
Birrer-Heimo	+	S	LU	Girod	*	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Blocher	=	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneeberger	=	RL	BL
Böhni	=	GL	TG	Glättli	+	G	ZH	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Borer	+	V	SO	Gmür	+	CE	SZ	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moser	=	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Bourgeois	%	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Philipp	o	RL	AG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Thomas	+	V	SG	Spuhler	*	V	TG
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	=	GL	BE	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	+	V	VD	Grunder	+	BD	BE	Müller-Altermatt	+	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Bulliard	+	CE	FR	Gschwind	+	CE	JU	Müri	+	V	LU	Steiert	+	S	FR
Buttet	+	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Naef	+	S	ZH	Stolz	+	RL	BS
Candinas	+	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Neiryneck	*	CE	VD	Streiff	+	CE	BE
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Nidegger	+	V	GE	Teuscher	+	G	BE
Caroni	+	RL	AR	Haller	+	BD	BE	Nordmann	+	S	VD	Thorens Goumaz	%	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Noser	o	RL	ZH	Tornare	+	S	GE
Chevalley	=	GL	VD	Hassler	+	BD	GR	Nussbaumer	+	S	BL	Tschäppät	+	S	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Pantani	+	V	TI	Tschümperlin	+	S	SZ
Darbellay	*	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Pardini	+	S	BE	van Singer	+	G	VD
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Parmelin	+	V	VD	Veillon	+	V	VD
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pelli	+	RL	TI	Vischer Daniel	+	G	ZH
Derder	*	RL	VD	Hiltbold	+	BD	GE	Perrin	+	V	NE	Vitali	+	RL	LU
Egloff	+	V	ZH	Hodgers	+	G	GE	Pezzatti	=	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	o	RL	UR	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Graffenried	*	G	BE
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Pieren	+	V	BE	von Siebenthal	+	V	BE
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Piller Carrard	+	S	FR	Voruz	*	S	VD
Fässler Hildegard	+	S	SG	Hutter Markus	*	RL	ZH	Poggia	+	-	GE	Walter	+	V	TG
Favre Laurent	+	RL	NE	Ingold	+	CE	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wandfluh	+	V	BE
Fehr Hans	+	V	ZH	Jans	+	S	BS	Quadri	+	V	TI	Wasserfallen	+	RL	BE
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Joder	+	V	BE	Regazzi	+	CE	TI	Weibel	=	GL	ZH
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	John-Calame	+	G	NE	Reimann Lukas	+	V	SG	Wermuth	+	S	AG
Feller	*	RL	VD	Jositsch	+	S	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO
Feri Yvonne	+	S	AG	Kaufmann	+	V	ZH	Reynard	+	S	VS	Wyss Ursula	+	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Keller Peter	+	V	NW	Ribaux	*	RL	NE	Zürjen	+	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	27	8		11	17	44	52	1	160
=	Nein / non / no			12		2		1		15
o	Enth. / abst. / ast.					3				3
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1	1	1	2		5
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	4	1		2	7	1	1		16
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag Müller Leo

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag Fischer Roland

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 80 Abs. 3 und 4

**Abstimmung vom / Vote du: 12.12.2012 19:02:45**

Aebi Andreas	=	V	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Kessler	+	GL	SG	Rickli Natalie	%	V	ZH
Aebischer Matthias	+	S	BE	Flach	+	GL	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Aeschi Thomas	=	V	ZG	Flückiger Sylvia	=	V	AG	Killer Hans	=	V	AG	Rime	=	V	FR
Allemann	+	S	BE	Fluri	*	RL	SO	Knecht	=	V	AG	Ritter	+	CE	SG
Amarelle	+	S	VD	Français	*	RL	VD	Landolt	o	BD	GL	Romano	+	CE	TI
Amaudruz	=	V	GE	Frehner	=	V	BS	Lehmann	*	CE	BS	Rossini	+	S	VS
Amherd	+	CE	VS	Freysinger	=	V	VS	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rösti	=	V	BE
Amstutz	=	V	BE	Fridez	+	S	JU	Leutenegger Filippo	=	RL	ZH	Roth-Bernasconi	+	S	GE
Aubert	+	S	VD	Galladé	+	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Rusconi	=	V	TI
Baader Caspar	=	V	BL	Gasche	*	BD	BE	Lohr	+	CE	TG	Rutz Gregor	=	V	ZH
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gasser	+	GL	GR	Lüscher	=	RL	GE	Rytz Regula	+	G	BE
Barthassat	*	CE	GE	Geissbühler	%	V	BE	Lustenberger	+	CE	LU	Schelbert	+	G	LU
Bäumle	+	GL	ZH	Germanier	=	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Giezendanner	=	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Schilliger	=	RL	LU
Binder	=	V	ZH	Gilli	+	G	SG	Markwalder	*	RL	BE	Schläfli	+	CE	SO
Birrer-Heimo	+	S	LU	Girod	*	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Blocher	=	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneeberger	=	RL	BL
Böhni	+	GL	TG	Glättli	+	G	ZH	Moret	=	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Borer	=	V	SO	Gmür	+	CE	SZ	Mörgeli	=	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Bortoluzzi	=	V	ZH	Gössi	=	RL	SZ	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Bourgeois	%	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	=	V	SZ
Brand	=	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Brunner	=	V	SG	Grin	=	V	VD	Müller Philipp	=	RL	AG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Büchel Roland	=	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Thomas	=	V	SG	Spuhler	*	V	TG
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Walter	=	RL	SG	Stahl	=	V	ZH
Bugnon	=	V	VD	Grunder	=	BD	BE	Müller-Altermatt	+	CE	SO	Stamm	=	V	AG
Bulliard	+	CE	FR	Gschwind	+	CE	JU	Müri	=	V	LU	Steiert	+	S	FR
Buttet	+	CE	VS	Guhl	=	BD	AG	Naef	+	S	ZH	Stolz	=	RL	BS
Candinas	+	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Neiryneck	*	CE	VD	Streiff	+	CE	BE
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Nidegger	=	V	GE	Teuscher	+	G	BE
Caroni	=	RL	AR	Haller	=	BD	BE	Nordmann	+	S	VD	Thorens Goumaz	%	G	VD
Cassis	=	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Noser	=	RL	ZH	Tornare	+	S	GE
Chevalley	+	GL	VD	Hassler	+	BD	GR	Nussbaumer	+	S	BL	Tschäppät	+	S	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hausammann	=	V	TG	Pantani	=	V	TI	Tschümperlin	+	S	SZ
Darbellay	*	CE	VS	Heer	=	V	ZH	Pardini	+	S	BE	van Singer	+	G	VD
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Parmelin	=	V	VD	Veillon	=	V	VD
de Courten	=	V	BL	Hess Lorenz	=	BD	BE	Pelli	=	RL	TI	Vischer Daniel	+	G	ZH
Derder	*	RL	VD	Hiltbold	=	RL	GE	Perrin	=	V	NE	Vitali	=	RL	LU
Egloff	=	V	ZH	Hodgers	+	G	GE	Pezzatti	=	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Eichenberger	=	RL	AG	Huber	=	RL	UR	Pfister Gerhard	=	CE	ZG	von Graffenried	*	G	BE
Estermann	=	V	LU	Humbel	=	CE	AG	Pieren	=	V	BE	von Siebenthal	=	V	BE
Fässler Daniel	o	CE	AI	Hurter Thomas	=	V	SH	Piller Carrard	+	S	FR	Voruz	*	S	VD
Fässler Hildegard	+	S	SG	Hutter Markus	*	RL	ZH	Poggia	+	-	GE	Walter	=	V	TG
Favre Laurent	=	RL	NE	Ingold	+	CE	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wandfluh	=	V	BE
Fehr Hans	=	V	ZH	Jans	+	S	BS	Quadri	=	V	TI	Wasserfallen	=	RL	BE
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Joder	=	V	BE	Regazzi	+	CE	TI	Weibel	+	GL	ZH
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	John-Calame	+	G	NE	Reimann Lukas	=	V	SG	Wermuth	+	S	AG
Feller	*	RL	VD	Jositsch	+	S	ZH	Reimann Maximilian	=	V	AG	Wobmann	=	V	SO
Feri Yvonne	+	S	AG	Kaufmann	=	V	ZH	Reynard	+	S	VS	Wyss Ursula	+	S	BE
Fiala	=	RL	ZH	Keller Peter	=	V	NW	Ribaux	*	RL	NE	Zürjen	=	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	24	2	12	11		44		1	94
=	Nein / non / no	2	5			22		53		82
o	Enth. / abst. / ast.	1	1							2
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1	1	1	2		5
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	4	1		2	7	1	1		16
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag Müller Leo

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Schneeberger

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 80 Abs. 3 und 4

**Abstimmung vom / Vote du: 12.12.2012 19:03:32**

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	=	GL	LU	Kessler	=	GL	SG	Rickli Natalie	%	V	ZH
Aebischer Matthias	+	S	BE	Flach	=	GL	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Riklin Kathy	=	CE	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Killer Hans	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Alleman	+	S	BE	Fluri	*	RL	SO	Knecht	+	V	AG	Ritter	=	CE	SG
Amarelle	+	S	VD	Français	*	RL	VD	Landolt	+	BD	GL	Romano	=	CE	TI
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	+	V	BS	Lehmann	*	CE	BS	Rossini	+	S	VS
Amherd	=	CE	VS	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rösti	+	V	BE
Amstutz	+	V	BE	Fridez	+	S	JU	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Roth-Bernasconi	+	S	GE
Aubert	+	S	VD	Galladé	+	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Rusconi	+	V	TI
Baader Caspar	+	V	BL	Gasche	*	BD	BE	Lohr	=	CE	TG	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gasser	=	GL	GR	Lüscher	+	RL	GE	Rytz Regula	+	G	BE
Barthassat	*	CE	GE	Geissbühler	%	V	BE	Lustenberger	=	CE	LU	Schelbert	+	G	LU
Bäumle	=	GL	ZH	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	=	GL	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Bertschy	=	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Schilliger	+	RL	LU
Binder	+	V	ZH	Gilli	+	G	SG	Markwalder	*	RL	BE	Schläfli	=	CE	SO
Birrer-Heimo	+	S	LU	Girod	*	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schmid-Federer	=	CE	ZH
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	=	CE	LU	Meier-Schatz	=	CE	SG	Schneeberger	+	RL	BL
Böhni	=	GL	TG	Glättli	+	G	ZH	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Borer	+	V	SO	Gmür	=	CE	SZ	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	=	CE	BL
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moser	=	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Bourgeois	%	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Leo	=	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Philipp	+	RL	AG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Thomas	+	V	SG	Spuhler	*	V	TG
Büchler Jakob	=	CE	SG	Grossen Jürg	=	GL	BE	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	+	V	VD	Grunder	+	BD	BE	Müller-Altermatt	=	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Bulliard	=	CE	FR	Gschwind	=	CE	JU	Müri	+	V	LU	Steiert	+	S	FR
Buttet	=	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Naef	+	S	ZH	Stolz	+	RL	BS
Candinas	=	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Neiryneck	*	CE	VD	Streiff	=	CE	BE
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Nidegger	+	V	GE	Teuscher	+	G	BE
Caroni	+	RL	AR	Haller	=	BD	BE	Nordmann	+	S	VD	Thorens Goumaz	%	G	VD
Cassis	=	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Noser	+	RL	ZH	Tornare	+	S	GE
Chevalley	=	GL	VD	Hassler	+	BD	GR	Nussbaumer	+	S	BL	Tschäppät	+	S	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Pantani	+	V	TI	Tschümperlin	+	S	SZ
Darbellay	*	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Pardini	+	S	BE	van Singer	+	G	VD
de Buman	=	CE	FR	Heim	+	S	SO	Parmelin	+	V	VD	Veillon	+	V	VD
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pelli	=	RL	TI	Vischer Daniel	+	G	ZH
Derder	*	RL	VD	Hiltbold	+	RL	GE	Perrin	+	V	NE	Vitali	+	RL	LU
Egloff	+	V	ZH	Hodgers	+	G	GE	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	=	CE	OW
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Pfister Gerhard	=	CE	ZG	von Graffenried	*	G	BE
Estermann	+	V	LU	Humbel	=	CE	AG	Pieren	+	V	BE	von Siebenthal	+	V	BE
Fässler Daniel	=	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Piller Carrard	+	S	FR	Voruz	*	S	VD
Fässler Hildegard	+	S	SG	Hutter Markus	*	RL	ZH	Poggia	+	-	GE	Walter	+	V	TG
Favre Laurent	+	RL	NE	Ingold	=	CE	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wandfluh	+	V	BE
Fehr Hans	+	V	ZH	Jans	+	S	BS	Quadri	+	V	TI	Wasserfallen	+	RL	BE
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Joder	+	V	BE	Regazzi	=	CE	TI	Weibel	=	GL	ZH
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	John-Calame	+	G	NE	Reimann Lukas	+	V	SG	Wermuth	+	S	AG
Feller	*	RL	VD	Jositsch	+	S	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO
Feri Yvonne	+	S	AG	Kaufmann	+	V	ZH	Reynard	+	S	VS	Wyss Ursula	+	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Keller Peter	+	V	NW	Ribaux	*	RL	NE	Zürjen	+	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si			7	11	20	44	53	1	136
=	Nein / non / no	27	1	12		2				42
o	Enth. / abst. / ast.									0
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1	1	1	2		5
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	4	1		2	7	1	1		16
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag Müller Leo

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Schlussbestimmungen IVG Bst. f

**Abstimmung vom / Vote du: 12.12.2012 19:05:57**

Aebi Andreas	=	V	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Kessler	+	GL	SG	Rickli Natalie	%	V	ZH
Aebischer Matthias	+	S	BE	Flach	+	GL	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Riklin Kathy	=	CE	ZH
Aeschi Thomas	=	V	ZG	Flückiger Sylvia	=	V	AG	Killer Hans	=	V	AG	Rime	=	V	FR
Allemann	+	S	BE	Fluri	*	RL	SO	Knecht	=	V	AG	Ritter	=	CE	SG
Amarelle	+	S	VD	Français	*	RL	VD	Landolt	=	BD	GL	Romano	=	CE	TI
Amaudruz	=	V	GE	Frehner	=	V	BS	Lehmann	*	CE	BS	Rossini	+	S	VS
Amherd	=	CE	VS	Freysinger	=	V	VS	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rösti	=	V	BE
Amstutz	=	V	BE	Fridez	+	S	JU	Leutenegger Filippo	=	RL	ZH	Roth-Bernasconi	+	S	GE
Aubert	+	S	VD	Galladé	+	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Rusconi	=	V	TI
Baader Caspar	=	V	BL	Gasche	*	BD	BE	Lohr	=	CE	TG	Rutz Gregor	=	V	ZH
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gasser	+	GL	GR	Lüscher	=	RL	GE	Rytz Regula	+	G	BE
Barthassat	*	CE	GE	Geissbühler	%	V	BE	Lustenberger	=	CE	LU	Schelbert	+	G	LU
Bäumle	+	GL	ZH	Germanier	=	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Giezendanner	=	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Schilliger	=	RL	LU
Binder	=	V	ZH	Gilli	+	G	SG	Markwalder	*	RL	BE	Schläfli	=	CE	SO
Birrer-Heimo	+	S	LU	Girod	*	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schmid-Federer	=	CE	ZH
Blocher	=	V	ZH	Glanzmann	=	CE	LU	Meier-Schatz	=	CE	SG	Schneeberger	=	RL	BL
Böhni	+	GL	TG	Glättli	+	G	ZH	Moret	=	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Borer	=	V	SO	Gmür	=	CE	SZ	Mörgeli	=	V	ZH	Schneider-Schneiter	=	CE	BL
Bortoluzzi	=	V	ZH	Gössi	=	RL	SZ	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Bourgeois	%	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	=	V	SZ
Brand	=	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Leo	=	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Brunner	=	V	SG	Grin	=	V	VD	Müller Philipp	=	RL	AG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Büchel Roland	=	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Thomas	=	V	SG	Spuhler	*	V	TG
Büchler Jakob	=	CE	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Walter	=	RL	SG	Stahl	=	V	ZH
Bugnon	=	V	VD	Grunder	=	BD	BE	Müller-Altermatt	=	CE	SO	Stamm	=	V	AG
Bulliard	=	CE	FR	Gschwind	=	CE	JU	Müri	=	V	LU	Steiert	+	S	FR
Buttet	=	CE	VS	Guhl	=	BD	AG	Naef	+	S	ZH	Stolz	=	RL	BS
Candinas	+	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Neiryneck	*	CE	VD	Streiff	+	CE	BE
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Nidegger	=	V	GE	Teuscher	+	G	BE
Caroni	=	RL	AR	Haller	=	BD	BE	Nordmann	+	S	VD	Thorens Goumaz	%	G	VD
Cassis	=	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Noser	=	RL	ZH	Tornare	+	S	GE
Chevalley	+	GL	VD	Hassler	=	BD	GR	Nussbaumer	+	S	BL	Tschäppät	+	S	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hausamann	=	V	TG	Pantani	=	V	TI	Tschümperlin	+	S	SZ
Darbellay	*	CE	VS	Heer	=	V	ZH	Pardini	+	S	BE	van Singer	+	G	VD
de Buman	=	CE	FR	Heim	+	S	SO	Parmelin	=	V	VD	Veillon	=	V	VD
de Courten	=	V	BL	Hess Lorenz	=	BD	BE	Pelli	=	RL	TI	Vischer Daniel	+	G	ZH
Derder	*	RL	VD	Hiltbold	=	RL	GE	Perrin	=	V	NE	Vitali	=	RL	LU
Egloff	=	V	ZH	Hodgers	+	G	GE	Pezzatti	=	RL	ZG	Vogler	=	CE	OW
Eichenberger	=	RL	AG	Huber	=	RL	UR	Pfister Gerhard	=	CE	ZG	von Graffenried	*	G	BE
Estermann	=	V	LU	Humbel	=	CE	AG	Pieren	=	V	BE	von Siebenthal	=	V	BE
Fässler Daniel	=	CE	AI	Hurter Thomas	=	V	SH	Piller Carrard	+	S	FR	Voruz	*	S	VD
Fässler Hildegard	+	S	SG	Hutter Markus	*	RL	ZH	Poggia	=	-	GE	Walter	=	V	TG
Favre Laurent	=	RL	NE	Ingold	+	CE	ZH	Quadranti	=	BD	ZH	Wandfluh	=	V	BE
Fehr Hans	=	V	ZH	Jans	+	S	BS	Quadri	=	V	TI	Wasserfallen	=	RL	BE
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Joder	=	V	BE	Regazzi	=	CE	TI	Weibel	+	GL	ZH
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	John-Calame	+	G	NE	Reimann Lukas	=	V	SG	Wermuth	+	S	AG
Feller	*	RL	VD	Jositsch	+	S	ZH	Reimann Maximilian	=	V	AG	Wobmann	=	V	SO
Feri Yvonne	+	S	AG	Kaufmann	=	V	ZH	Reynard	+	S	VS	Wyss Ursula	+	S	BE
Fiala	=	RL	ZH	Keller Peter	=	V	NW	Ribaux	*	RL	NE	Zürjen	=	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		3		12	11		44			70
= Nein / non / no		24	8			22		53	1	108
o Enth. / abst. / ast.										0
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4					1	1	1	2		5
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		4	1		2	7	1	1		16
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Zustimmung zum Antrag Weibel

Bedeutung Nein / Signification du non: Ablehnung des Antrages

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

III.4 BG über die Sanierung der IV

**Abstimmung vom / Vote du: 12.12.2012 19:04:50**

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Kessler	+	GL	SG	Rickli Natalie	%	V	ZH
Aebischer Matthias	=	S	BE	Flach	+	GL	AG	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Killer Hans	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Allemann	=	S	BE	Fluri	*	RL	SO	Knecht	+	V	AG	Ritter	+	CE	SG
Amarelle	=	S	VD	Français	*	RL	VD	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	CE	TI
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	+	V	BS	Lehmann	*	CE	BS	Rossini	=	S	VS
Amherd	+	CE	VS	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rösti	+	V	BE
Amstutz	+	V	BE	Fridez	=	S	JU	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Aubert	=	S	VD	Galladé	=	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Rusconi	+	V	TI
Baader Caspar	+	V	BL	Gasche	*	BD	BE	Lohr	+	CE	TG	Rutz Gregor	+	V	ZH
Badran Jacqueline	=	S	ZH	Gasser	+	GL	GR	Lüscher	+	RL	GE	Rytz Regula	=	G	BE
Barthassat	*	CE	GE	Geissbühler	%	V	BE	Lustenberger	+	CE	LU	Schelbert	=	G	LU
Bäumle	+	GL	ZH	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Schenker Silvia	=	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	=	S	NE	Schilliger	+	RL	LU
Binder	+	V	ZH	Gilli	=	G	SG	Markwalder	*	RL	BE	Schläfli	+	CE	SO
Birrer-Heimo	=	S	LU	Girod	*	G	ZH	Marra	=	S	VD	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneeberger	+	RL	BL
Böhni	+	GL	TG	Glättli	=	G	ZH	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	=	S	FR
Borer	+	V	SO	Gmür	+	CE	SZ	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	=	S	VD
Bourgeois	%	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Müller Geri	=	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	=	S	TG	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	=	S	GR
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Philipp	+	RL	AG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Thomas	+	V	SG	Spuhler	*	V	TG
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	+	V	VD	Grunder	+	BD	BE	Müller-Altermatt	+	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Bulliard	+	CE	FR	Gschwind	+	CE	JU	Müri	+	V	LU	Steiert	=	S	FR
Buttet	+	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Naef	=	S	ZH	Stolz	+	RL	BS
Candinas	+	CE	GR	Gysi	=	S	SG	Neiryneck	*	CE	VD	Streiff	+	CE	BE
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hadorn	=	S	SO	Nidegger	+	V	GE	Teuscher	=	G	BE
Caroni	+	RL	AR	Haller	+	BD	BE	Nordmann	=	S	VD	Thorens Goumaz	%	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	=	S	ZH	Noser	+	RL	ZH	Tornare	=	S	GE
Chevalley	+	GL	VD	Hassler	+	BD	GR	Nussbaumer	=	S	BL	Tschäppät	=	S	BE
Chopard-Acklin	=	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Pantani	+	V	TI	Tschümperlin	=	S	SZ
Darbellay	*	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Pardini	=	S	BE	van Singer	o	G	VD
de Buman	+	CE	FR	Heim	=	S	SO	Parmelin	+	V	VD	Veillon	+	V	VD
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pelli	+	RL	TI	Vischer Daniel	=	G	ZH
Derder	*	RL	VD	Hiltbold	+	RL	GE	Perrin	+	V	NE	Vitali	+	RL	LU
Egloff	+	V	ZH	Hodgers	=	G	GE	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Graffenried	*	G	BE
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Pieren	+	V	BE	von Siebenthal	+	V	BE
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Piller Carrard	=	S	FR	Voruz	*	S	VD
Fässler Hildegard	=	S	SG	Hutter Markus	*	RL	ZH	Poggia	+	-	GE	Walter	+	V	TG
Favre Laurent	+	RL	NE	Ingold	+	CE	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wandfluh	+	V	BE
Fehr Hans	+	V	ZH	Jans	=	S	BS	Quadri	+	V	TI	Wasserfallen	+	RL	BE
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	Joder	+	V	BE	Regazzi	+	CE	TI	Weibel	+	GL	ZH
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	John-Calame	=	G	NE	Reimann Lukas	+	V	SG	Wermuth	=	S	AG
Feller	*	RL	VD	Jositsch	=	S	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO
Feri Yvonne	=	S	AG	Kaufmann	+	V	ZH	Reynard	=	S	VS	Wyss Ursula	=	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Keller Peter	+	V	NW	Ribaux	*	RL	NE	Zürjen	+	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		27	8	12		22		53	1	123
= Nein / non / no					10		44			54
o Enth. / abst. / ast.					1					1
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4					1	1	1	2		5
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		4	1		2	7	1	1		16
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Schenker Silvia

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Gesamtabstimmung

**Abstimmung vom / Vote du: 12.12.2012 19:08:30**

Aebi Andreas	=	V	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Kessler	+	GL	SG	Rickli Natalie	%	V	ZH
Aebischer Matthias	+	S	BE	Flach	+	GL	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Aeschi Thomas	=	V	ZG	Flückiger Sylvia	=	V	AG	Killer Hans	=	V	AG	Rime	=	V	FR
Allemann	+	S	BE	Fluri	*	RL	SO	Knecht	=	V	AG	Ritter	+	CE	SG
Amarelle	+	S	VD	Français	*	RL	VD	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	CE	TI
Amaudruz	=	V	GE	Frehner	=	V	BS	Lehmann	*	CE	BS	Rossini	+	S	VS
Amherd	+	CE	VS	Freysinger	=	V	VS	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rösti	=	V	BE
Amstutz	=	V	BE	Fridez	+	S	JU	Leutenegger Filippo	=	RL	ZH	Roth-Bernasconi	+	S	GE
Aubert	+	S	VD	Galladé	+	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	o	S	BL	Rusconi	=	V	TI
Baader Caspar	=	V	BL	Gasche	*	BD	BE	Lohr	+	CE	TG	Rutz Gregor	=	V	ZH
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gasser	+	GL	GR	Lüscher	=	RL	GE	Rytz Regula	+	G	BE
Barthassat	*	CE	GE	Geissbühler	%	V	BE	Lustenberger	=	CE	LU	Schelbert	+	G	LU
Bäumle	+	GL	ZH	Germanier	=	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Bertschy	+	GL	BE	Giezendanner	=	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Schilliger	=	RL	LU
Binder	=	V	ZH	Gilli	+	G	SG	Markwalder	*	RL	BE	Schläfli	+	CE	SO
Birrer-Heimo	+	S	LU	Girod	*	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Blocher	=	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneeberger	=	RL	BL
Böhni	+	GL	TG	Glättli	+	G	ZH	Moret	o	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Borer	=	V	SO	Gmür	=	CE	SZ	Mörgeli	=	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Bortoluzzi	=	V	ZH	Gössi	=	RL	SZ	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Bourgeois	%	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	=	V	SZ
Brand	=	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Leo	=	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Brunner	=	V	SG	Grin	=	V	VD	Müller Philipp	=	RL	AG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Büchel Roland	=	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Thomas	=	V	SG	Spuhler	*	V	TG
Büchler Jakob	=	CE	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Walter	=	RL	SG	Stahl	=	V	ZH
Bugnon	=	V	VD	Grunder	=	BD	BE	Müller-Altermatt	+	CE	SO	Stamm	=	V	AG
Bulliard	+	CE	FR	Gschwind	+	CE	JU	Müri	=	V	LU	Steiert	+	S	FR
Buttet	+	CE	VS	Guhl	=	BD	AG	Naef	+	S	ZH	Stolz	=	RL	BS
Candinas	+	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Neiryneck	*	CE	VD	Streiff	+	CE	BE
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Nidegger	=	V	GE	Teuscher	+	G	BE
Caroni	=	RL	AR	Haller	+	BD	BE	Nordmann	+	S	VD	Thorens Goumaz	%	G	VD
Cassis	o	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Noser	=	RL	ZH	Tornare	+	S	GE
Chevalley	+	GL	VD	Hassler	+	BD	GR	Nussbaumer	+	S	BL	Tschäppät	+	S	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hausammann	=	V	TG	Pantani	o	V	TI	Tschümperlin	+	S	SZ
Darbellay	*	CE	VS	Heer	=	V	ZH	Pardini	+	S	BE	van Singer	+	G	VD
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Parmelin	=	V	VD	Veillon	=	V	VD
de Courten	=	V	BL	Hess Lorenz	=	BD	BE	Pelli	=	RL	TI	Vischer Daniel	+	G	ZH
Derder	*	RL	VD	Hiltbold	=	RL	GE	Perrin	=	V	NE	Vitali	=	RL	LU
Egloff	=	V	ZH	Hodgers	+	G	GE	Pezzatti	=	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Eichenberger	=	RL	AG	Huber	=	RL	UR	Pfister Gerhard	=	CE	ZG	von Graffenried	*	G	BE
Estermann	=	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Pieren	=	V	BE	von Siebenthal	=	V	BE
Fässler Daniel	=	CE	AI	Hurter Thomas	=	V	SH	Piller Carrard	+	S	FR	Voruz	*	S	VD
Fässler Hildegard	+	S	SG	Hutter Markus	*	RL	ZH	Poggia	+	-	GE	Walter	=	V	TG
Favre Laurent	=	RL	NE	Ingold	+	CE	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wandfluh	=	V	BE
Fehr Hans	=	V	ZH	Jans	+	S	BS	Quadri	o	V	TI	Wasserfallen	=	RL	BE
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Joder	=	V	BE	Regazzi	+	CE	TI	Weibel	+	GL	ZH
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	John-Calame	+	G	NE	Reimann Lukas	=	V	SG	Wermuth	+	S	AG
Feller	*	RL	VD	Jositsch	+	S	ZH	Reimann Maximilian	=	V	AG	Wobmann	=	V	SO
Feri Yvonne	+	S	AG	Kaufmann	=	V	ZH	Reynard	+	S	VS	Wyss Ursula	+	S	BE
Fiala	=	RL	ZH	Keller Peter	=	V	NW	Ribaux	*	RL	NE	Zürjen	+	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	21	5	12	11		43		1	93
=	Nein / non / no	6	3			20		51		80
o	Enth. / abst. / ast.					2	1	2		5
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1	1	1	2		5
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	4	1		2	7	1	1		16
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Bedeutung Nein / Signification du non:

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 28a Abs. 1bis

**Abstimmung vom / Vote du: 04.06.2013 08:56:28**

Aebi Andreas	=	V	BE	Fischer Roland	=	GL	LU	Kaufmann	*	V	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebischer Matthias	=	S	BE	Flach	=	GL	AG	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	=	S	VS
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	=	V	AG	Kessler	=	GL	SG	Ribaux	+	RL	NE
Allemann	=	S	BE	Fluri	o	RL	SO	Kiener Nellen	=	S	BE	Rickli Natalie	=	V	ZH
Amarelle	=	S	VD	Français	+	RL	VD	Killer Hans	+	V	AG	Riklin Kathy	=	CE	ZH
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	+	V	BS	Knecht	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Amherd	=	CE	VS	Freysinger	=	V	VS	Landolt	=	BD	GL	Ritter	=	CE	SG
Amstutz	%	V	BE	Fridez	=	S	JU	Lehmann	+	CE	BS	Romano	=	CE	TI
Autert	=	S	VD	Friedl	=	S	SG	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rossini	=	S	VS
Baader Caspar	+	V	BL	Galladé	=	S	ZH	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	=	S	ZH	Gasche	=	BD	BE	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Rusconi	+	V	TI
Barthassat	=	CE	GE	Gasser	%	GL	GR	Lohr	=	CE	TG	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bäumle	=	GL	ZH	Geissbühler	o	V	BE	Lüscher	%	RL	GE	Rytz Regula	=	G	BE
Bernasconi	=	S	GE	Germanier	o	RL	VS	Lustenberger	*	CE	LU	Schelbert	=	G	LU
Bertschy	=	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maier Thomas	=	GL	ZH	Schenker Silvia	=	S	BS
Binder	+	V	ZH	Gilli	=	G	SG	Maire Jacques-André	=	S	NE	Schilliger	+	RL	LU
Birrer-Heimo	=	S	LU	Girod	=	G	ZH	Markwalder	+	RL	BE	Schläfli	=	CE	SO
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Marra	=	S	VD	Schmid-Federer	=	CE	ZH
Böhni	=	GL	TG	Glättli	=	G	ZH	Masshardt	=	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Borer	+	V	SO	Gmür	=	CE	SZ	Meier-Schatz	=	CE	SG	Schneider Schüttel	=	S	FR
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössli	+	RL	SZ	Moret	+	RL	VD	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Mörgeli	*	V	ZH	Schwaab	=	S	VD
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	=	S	TG	Moser	=	GL	ZH	Schwander	+	V	SZ
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Geri	=	G	AG	Semadeni	=	S	GR
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	=	S	ZH	Müller Leo	+	CE	LU	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	=	GL	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	+	V	VD	Grunder	+	BD	BE	Müller Thomas	+	V	SG	Stamm	*	V	AG
Bulliard	=	CE	FR	Gschwind	=	CE	JU	Müller Walter	+	RL	SG	Steier	=	S	FR
Buttet	=	CE	VS	Guhl	=	BD	AG	Müller-Altarmatt	=	CE	SO	Stolz	+	RL	BS
Candinas	=	CE	GR	Gysi	=	S	SG	Müri	+	V	LU	Streff	=	CE	BE
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hadorn	=	S	SO	Naef	*	S	ZH	Thorens Goumaz	=	G	VD
Caroni	+	RL	AR	Haller	=	BD	BE	Neiryneck	=	CE	VD	Tornare	=	S	GE
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	=	S	ZH	Nidegger	o	V	GE	Trede	=	G	BE
Chevalley	=	GL	VD	Hassler	=	BD	GR	Nordmann	=	S	VD	Tschäppät	=	S	BE
Chopard-Acklin	=	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Noser	+	RL	ZH	Tschümperlin	=	S	SZ
Darbellay	=	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Nussbaumer	=	S	BL	van Singer	=	G	VD
de Buman	=	CE	FR	Heim	=	S	SO	Pantani	=	V	TI	Veillon	+	V	VD
de Courten	+	V	BL	Herzog	+	V	TG	Pardini	=	S	BE	Vischer Daniel	=	G	ZH
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	=	BD	BE	Parmelin	+	V	VD	Vitali	=	RL	LU
Egloff	+	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pelli	+	RL	TI	Vogler	=	CE	OW
Eichenberger	+	RL	AG	Hodgers	=	G	GE	Perrin	+	V	NE	von Graffenried	=	G	BE
Estermann	+	V	LU	Huber	+	RL	UR	Pezzatti	+	RL	ZG	von Siebenthal	=	V	BE
Fässler Daniel	+	CE	AI	Humbel	+	CE	AG	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	Voruz	%	S	VD
Favre Laurent	+	RL	NE	Hurter Thomas	+	V	SH	Pieren	+	V	BE	Walter	+	V	TG
Fehr Hans	+	V	ZH	Hutter Markus	+	RL	ZH	Piller Carrard	=	S	FR	Wandfluh	+	V	BE
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	Ingold	=	CE	ZH	Poggia	=	-	GE	Wasserfallen	+	RL	BE
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Jans	=	S	BS	Quadranti	=	BD	ZH	Weibel	=	GL	ZH
Feller	+	RL	VD	Joder	+	V	BE	Quadri	=	V	TI	Wermuth	=	S	AG
Feri Yvonne	=	S	AG	John-Calame	=	G	NE	Regazzi	=	CE	TI	Wobmann	+	V	SO
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	=	S	ZH	Reimann Lukas	+	V	SG	Zürjen	=	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	8	1			26		43		78
=	Nein / non / no	22	8	11	14	1	44	7	1	108
o	Enth. / abst. / ast.					2		2		4
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1	1	1		4
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1					1	3		5
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Lohr

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 38 Abs. 1ter

**Abstimmung vom / Vote du: 04.06.2013 09:12:26**

Aebi Andreas	=	V	BE	Fischer Roland	=	GL	LU	Kaufmann	*	V	ZH	Reimann Maximilian	=	V	AG
Aebischer Matthias	+	S	BE	Flach	=	GL	AG	Keller Peter	=	V	NW	Reynard	+	S	VS
Aeschi Thomas	=	V	ZG	Flückiger Sylvia	=	V	AG	Kessler	+	GL	SG	Ribaux	+	RL	NE
Allemann	+	S	BE	Fluri	+	RL	SO	Kiener Nellen	+	S	BE	Rickli Natalie	=	V	ZH
Amarelle	+	S	VD	Français	+	RL	VD	Killer Hans	=	V	AG	Riklin Kathy	*	CE	ZH
Amaudruz	=	V	GE	Frehner	=	V	BS	Knecht	=	V	AG	Rime	=	V	FR
Amherd	+	CE	VS	Freysinger	+	V	VS	Landolt	*	BD	GL	Ritter	+	CE	SG
Amstutz	%	V	BE	Fridez	+	S	JU	Lehmann	=	CE	BS	Romano	+	CE	TI
Autert	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rossini	+	S	VS
Baader Caspar	=	V	BL	Galladé	+	S	ZH	Leutenegger-Filippo	=	RL	ZH	Rösti	=	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gasche	*	BD	BE	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Rusconi	=	V	TI
Barthassat	+	CE	GE	Gasser	%	GL	GR	Lohr	+	CE	TG	Rutz Gregor	=	V	ZH
Bäumle	=	GL	ZH	Geissbühler	=	V	BE	Lüscher	%	RL	GE	Rytz Regula	=	G	BE
Bernasconi	+	S	GE	Germanier	+	RL	VS	Lustenberger	*	CE	LU	Schelbert	+	G	LU
Bertschy	*	GL	BE	Giezendanner	=	V	AG	Maier Thomas	=	GL	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Binder	=	V	ZH	Gilli	+	G	SG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Schilliger	=	RL	LU
Birrer-Heimo	+	S	LU	Girod	+	G	ZH	Markwalder	+	RL	BE	Schläfli	=	CE	SO
Blocher	=	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Marra	+	S	VD	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Böhni	+	GL	TG	Glättli	+	G	ZH	Masshardt	+	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Borer	=	V	SO	Gmür	=	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneider Schüttel	+	S	FR
Bortoluzzi	=	V	ZH	Gössi	=	RL	SZ	Moret	+	RL	VD	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Mörgeli	=	V	ZH	Schwaab	+	S	VD
Brand	=	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Moser	=	GL	ZH	Schwander	=	V	SZ
Brunner	=	V	SG	Grin	=	V	VD	Müller Geri	+	G	AG	Semadeni	+	S	GR
Büchel Roland	=	V	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Leo	=	CE	LU	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Büchler Jakob	=	CE	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stahl	=	V	ZH
Bugnon	=	V	VD	Grunder	*	BD	BE	Müller Thomas	=	V	SG	Stamm	*	V	AG
Bulliard	+	CE	FR	Gschwind	+	CE	JU	Müller Walter	=	RL	SG	Steiert	+	S	FR
Buttet	*	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Müller-Altarmatt	*	CE	SO	Stolz	+	RL	BS
Candinas	+	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Müri	=	V	LU	Streff	+	CE	BE
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Naef	*	S	ZH	Thorens Goumaz	+	G	VD
Caroni	=	RL	AR	Haller	+	BD	BE	Neiryneck	+	CE	VD	Tornare	+	S	GE
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Nidegger	=	V	GE	Trede	+	G	BE
Chevalley	=	GL	VD	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	+	S	VD	Tschäppät	+	S	BE
Chopard-Acklin	*	S	AG	Hausammann	=	V	TG	Noser	=	RL	ZH	Tschümperlin	+	S	SZ
Darbellay	+	CE	VS	Heer	=	V	ZH	Nussbaumer	+	S	BL	van Singer	+	G	VD
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Pantani	=	V	TI	Veillon	=	V	VD
de Courten	=	V	BL	Herzog	=	V	TG	Pardini	+	S	BE	Vischer Daniel	+	G	ZH
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Parmelin	=	V	VD	Vitali	+	RL	LU
Egloff	*	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pelli	+	RL	TI	Vogler	+	CE	OW
Eichenberger	+	RL	AG	Hodgers	+	G	GE	Perrin	=	V	NE	von Graffenried	+	G	BE
Estermann	=	V	LU	Huber	+	RL	UR	Pezzatti	=	RL	ZG	von Siebenthal	=	V	BE
Fässler Daniel	=	CE	AI	Humbel	+	CE	AG	Pfister Gerhard	=	CE	ZG	Voruz	%	S	VD
Favre Laurent	=	RL	NE	Hurter Thomas	=	V	SH	Pieren	=	V	BE	Walter	=	V	TG
Fehr Hans	=	V	ZH	Hutter Markus	=	RL	ZH	Piller Carrard	+	S	FR	Wandfluh	=	V	BE
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Ingold	+	CE	ZH	Poggia	+	-	GE	Wasserfallen	=	RL	BE
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Jans	+	S	BS	Quadranti	+	BD	ZH	Weibel	=	GL	ZH
Feller	+	RL	VD	Joder	*	V	BE	Quadri	=	V	TI	Wermuth	+	S	AG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Regazzi	+	CE	TI	Wobmann	=	V	SO
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Reimann Lukas	=	V	SG	Zürjen	+	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	20	6	3	14	19	43	1	1	107
=	Nein / non / no	7		7		10		50		74
o	Enth. / abst. / ast.									0
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1	1	1		4
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	4	3	1			2	4		14
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Bortoluzzi

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 80 Abs. 3 und 4

**Abstimmung vom / Vote du: 04.06.2013 09:46:17**

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	=	GL	LU	Kaufmann	*	V	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebischer Matthias	+	S	BE	Flach	=	GL	AG	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	+	S	VS
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kessler	=	GL	SG	Ribaux	=	RL	NE
Allemann	+	S	BE	Fluri	=	RL	SO	Kiener Nellen	+	S	BE	Rickli Natalie	+	V	ZH
Amarelle	+	S	VD	Français	=	RL	VD	Killer Hans	+	V	AG	Riklin Kathy	=	CE	ZH
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	*	V	BS	Knecht	+	V	AG	Rime	*	V	FR
Amherd	=	CE	VS	Freysinger	+	V	VS	Landolt	*	BD	GL	Ritter	=	CE	SG
Amstutz	%	V	BE	Fridez	+	S	JU	Lehmann	*	CE	BS	Romano	=	CE	TI
Aubert	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rossini	+	S	VS
Baader Caspar	+	V	BL	Galladé	+	S	ZH	Leutenegger Filippo	=	RL	ZH	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gasche	*	BD	BE	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Rusconi	+	V	TI
Barthassat	=	CE	GE	Gasser	%	GL	GR	Lohr	=	CE	TG	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bäumle	=	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lüscher	%	RL	GE	Rytz Regula	=	G	BE
Bernasconi	+	S	GE	Germanier	=	RL	VS	Lustenberger	*	CE	LU	Schelbert	+	G	LU
Bertschy	*	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maier Thomas	=	GL	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Binder	+	V	ZH	Gilli	+	G	SG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Schilliger	=	RL	LU
Birrer-Heimo	+	S	LU	Girod	+	G	ZH	Markwalder	=	RL	BE	Schläfli	=	CE	SO
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	=	CE	LU	Marra	+	S	VD	Schmid-Federer	=	CE	ZH
Böhni	=	GL	TG	Glättli	+	G	ZH	Masshardt	+	S	BE	Schneeberger	=	RL	BL
Borer	+	V	SO	Gmür	=	CE	SZ	Meier-Schatz	=	CE	SG	Schneider Schüttel	+	S	FR
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössli	=	RL	SZ	Moret	=	RL	VD	Schneider-Schneiter	=	CE	BL
Bourgeois	=	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Mörgeli	+	V	ZH	Schwaab	+	S	VD
Brand	*	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Moser	=	GL	ZH	Schwander	+	V	SZ
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Geri	+	G	AG	Semadeni	+	S	GR
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Leo	=	CE	LU	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Büchler Jakob	=	CE	SG	Grossen Jürg	=	GL	BE	Müller Philipp	=	RL	AG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	+	V	VD	Grunder	=	BD	BE	Müller Thomas	+	V	SG	Stamm	+	V	AG
Bulliard	=	CE	FR	Gschwind	=	CE	JU	Müller Walter	=	RL	SG	Steier	=	S	FR
Buttet	=	CE	VS	Guhl	=	BD	AG	Müller-Altarmatt	*	CE	SO	Stolz	+	RL	BS
Candinas	=	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Müri	+	V	LU	Streiff	=	CE	BE
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Naef	+	S	ZH	Thorens Goumaz	+	G	VD
Caroni	=	RL	AR	Haller	=	BD	BE	Neiryneck	=	CE	VD	Tornare	+	S	GE
Cassis	=	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Nidegger	+	V	GE	Trede	+	G	BE
Chevalley	=	GL	VD	Hassler	=	BD	GR	Nordmann	*	S	VD	Tschäppät	+	S	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Noser	=	RL	ZH	Tschümperlin	+	S	SZ
Darbellay	=	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Nussbaumer	+	S	BL	van Singer	+	G	VD
de Buman	=	CE	FR	Heim	+	S	SO	Pantani	+	V	TI	Veillon	+	V	VD
de Courten	+	V	BL	Herzog	+	V	TG	Pardini	+	S	BE	Vischer Daniel	+	G	ZH
Derder	=	RL	VD	Hess Lorenz	=	BD	BE	Parmelin	+	V	VD	Vitali	=	RL	LU
Egloff	*	V	ZH	Hiltbold	=	RL	GE	Pelli	=	RL	TI	Vogler	=	CE	OW
Eichenberger	=	RL	AG	Hodgers	+	G	GE	Perrin	+	V	NE	von Graffenried	+	G	BE
Estermann	+	V	LU	Huber	=	RL	UR	Pezzatti	=	RL	ZG	von Siebenthal	*	V	BE
Fässler Daniel	=	CE	AI	Humbel	=	CE	AG	Pfister Gerhard	=	CE	ZG	Voruz	%	S	VD
Favre Laurent	=	RL	NE	Hurter Thomas	+	V	SH	Pieren	+	V	BE	Walter	+	V	TG
Fehr Hans	+	V	ZH	Hutter Markus	=	RL	ZH	Piller Carrard	+	S	FR	Wandfluh	+	V	BE
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Ingold	=	CE	ZH	Poggia	+	-	GE	Wasserfallen	=	RL	BE
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Jans	+	S	BS	Quadranti	=	BD	ZH	Weibel	=	GL	ZH
Feller	=	RL	VD	Joder	+	V	BE	Quadri	+	V	TI	Wermuth	+	S	AG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Regazzi	=	CE	TI	Wobmann	+	V	SO
Fiala	=	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Reimann Lukas	+	V	SG	Zürjen	=	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si				14		44	49	1	108
=	Nein / non / no	28	7	10		29				74
o	Enth. / abst. / ast.									0
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1	1	1		4
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	3	2	1			1	6		13
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Hess Lorenz

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Schlussbestimmungen Bst. f

**Abstimmung vom / Vote du: 04.06.2013 09:47:18**

Aebi Andreas	=	V	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Kaufmann	*	V	ZH	Reimann Maximilian	=	V	AG
Aebischer Matthias	+	S	BE	Flach	+	GL	AG	Keller Peter	=	V	NW	Reynard	+	S	VS
Aeschi Thomas	=	V	ZG	Flückiger Sylvia	=	V	AG	Kessler	+	GL	SG	Ribaux	=	RL	NE
Allemann	+	S	BE	Fluri	=	RL	SO	Kiener Nellen	+	S	BE	Rickli Natalie	=	V	ZH
Amarelle	+	S	VD	Français	=	RL	VD	Killer Hans	=	V	AG	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Amaudruz	=	V	GE	Frehner	*	V	BS	Knecht	=	V	AG	Rime	*	V	FR
Amherd	+	CE	VS	Freysinger	=	V	VS	Landolt	*	BD	GL	Ritter	+	CE	SG
Amstutz	%	V	BE	Fridez	+	S	JU	Lehmann	*	CE	BS	Romano	+	CE	TI
Autert	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rossini	+	S	VS
Baader Caspar	=	V	BL	Galladé	+	S	ZH	Leutenegger Filippo	=	RL	ZH	Rösti	=	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gasche	*	BD	BE	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Rusconi	=	V	TI
Barthassat	+	CE	GE	Gasser	%	GL	GR	Lohr	+	CE	TG	Rutz Gregor	=	V	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Geissbühler	=	V	BE	Lüscher	%	RL	GE	Rytz Regula	+	G	BE
Bernasconi	+	S	GE	Germanier	o	RL	VS	Lustenberger	*	CE	LU	Schelbert	+	G	LU
Bertschy	*	GL	BE	Giezendanner	=	V	AG	Maier Thomas	+	GL	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Binder	=	V	ZH	Gilli	+	G	SG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Schilliger	=	RL	LU
Birrer-Heimo	+	S	LU	Girod	+	G	ZH	Markwalder	=	RL	BE	Schläfli	+	CE	SO
Blocher	=	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Marra	+	S	VD	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Böhni	+	GL	TG	Glättli	+	G	ZH	Masshardt	+	S	BE	Schneeberger	=	RL	BL
Borer	=	V	SO	Gmür	=	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneider Schüttel	+	S	FR
Bortoluzzi	=	V	ZH	Gössli	=	RL	SZ	Moret	+	RL	VD	Schneider-Schneiter	=	CE	BL
Bourgeois	=	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Mörgeli	=	V	ZH	Schwaab	+	S	VD
Brand	*	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Schwander	=	V	SZ
Brunner	=	V	SG	Grin	=	V	VD	Müller Geri	+	G	AG	Semadeni	+	S	GR
Büchel Roland	=	V	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Leo	=	CE	LU	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Büchler Jakob	=	CE	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Philipp	=	RL	AG	Stahl	=	V	ZH
Bugnon	=	V	VD	Grunder	=	BD	BE	Müller Thomas	=	V	SG	Stamm	=	V	AG
Bulliard	+	CE	FR	Gschwind	+	CE	JU	Müller Walter	=	RL	SG	Steier	+	S	FR
Buttet	+	CE	VS	Guhl	=	BD	AG	Müller-Altarmatt	*	CE	SO	Stolz	=	RL	BS
Candinas	+	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Müri	=	V	LU	Streiff	+	CE	BE
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Naef	+	S	ZH	Thorens Goumaz	+	G	VD
Caroni	=	RL	AR	Haller	=	BD	BE	Neiryneck	+	CE	VD	Tornare	+	S	GE
Cassis	=	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Nidegger	=	V	GE	Trede	+	G	BE
Chevalley	+	GL	VD	Hassler	=	BD	GR	Nordmann	=	S	VD	Tschäppät	+	S	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hausammann	=	V	TG	Noser	=	RL	ZH	Tschümperlin	+	S	SZ
Darbellay	+	CE	VS	Heer	=	V	ZH	Nussbaumer	+	S	BL	van Singer	+	G	VD
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Pantani	+	V	TI	Veillon	=	V	VD
de Courten	*	V	BL	Herzog	=	V	TG	Pardini	+	S	BE	Vischer Daniel	+	G	ZH
Derder	=	RL	VD	Hess Lorenz	=	BD	BE	Parmelin	=	V	VD	Vitali	=	RL	LU
Egloff	*	V	ZH	Hiltbold	=	RL	GE	Pelli	=	RL	TI	Vogler	+	CE	OW
Eichenberger	=	RL	AG	Hodgers	+	G	GE	Perrin	=	V	NE	von Graffenried	+	G	BE
Estermann	=	V	LU	Huber	=	RL	UR	Pezzatti	=	RL	ZG	von Siebenthal	=	V	BE
Fässler Daniel	=	CE	AI	Humbel	=	CE	AG	Pfister Gerhard	=	CE	ZG	Voruz	%	S	VD
Favre Laurent	=	RL	NE	Hurter Thomas	=	V	SH	Pieren	=	V	BE	Walter	=	V	TG
Fehr Hans	=	V	ZH	Hutter Markus	=	RL	ZH	Piller Carrard	+	S	FR	Wandfluh	=	V	BE
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Ingold	+	CE	ZH	Poggia	+	-	GE	Wasserfallen	=	RL	BE
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Jans	+	S	BS	Quadranti	=	BD	ZH	Weibel	+	GL	ZH
Feller	=	RL	VD	Joder	=	V	BE	Quadri	+	V	TI	Wermuth	+	S	AG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Regazzi	+	CE	TI	Wobmann	=	V	SO
Fiala	=	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Reimann Lukas	=	V	SG	Zürjen	=	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	21		10	14	1	44	2	1	93
=	Nein / non / no	7	7			27	1	47		89
o	Enth. / abst. / ast.					1				1
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1	1	1		4
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	3	2	1				6		12
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Bortoluzzi

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 80 Abs. 3

**Abstimmung vom / Vote du: 04.06.2013 09:53:15**

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	=	GL	LU	Kaufmann	*	V	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebischer Matthias	+	S	BE	Flach	=	GL	AG	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	+	S	VS
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kessler	=	GL	SG	Ribaux	=	RL	NE
Allemann	+	S	BE	Fluri	=	RL	SO	Kiener Nellen	+	S	BE	Rickli Natalie	+	V	ZH
Amarelle	+	S	VD	Français	=	RL	VD	Killer Hans	+	V	AG	Riklin Kathy	=	CE	ZH
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	*	V	BS	Knecht	+	V	AG	Rime	*	V	FR
Amherd	=	CE	VS	Freysinger	+	V	VS	Landolt	*	BD	GL	Ritter	=	CE	SG
Amstutz	%	V	BE	Fridez	+	S	JU	Lehmann	=	CE	BS	Romano	=	CE	TI
Autert	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rossini	+	S	VS
Baader Caspar	+	V	BL	Galladé	+	S	ZH	Leutenegger Filippo	=	RL	ZH	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gasche	*	BD	BE	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Rusconi	+	V	TI
Barthassat	=	CE	GE	Gasser	%	GL	GR	Lohr	=	CE	TG	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bäumle	=	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lüscher	%	RL	GE	Rytz Regula	+	G	BE
Bernasconi	+	S	GE	Germanier	=	RL	VS	Lustenberger	*	CE	LU	Schelbert	+	G	LU
Bertschy	=	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maier Thomas	=	GL	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Binder	+	V	ZH	Gilli	+	G	SG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Schilliger	=	RL	LU
Birrer-Heimo	+	S	ZH	Girod	+	G	ZH	Markwalder	=	RL	BE	Schläfli	=	CE	SO
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	=	CE	LU	Marra	+	S	VD	Schmid-Federer	=	CE	ZH
Böhni	=	GL	TG	Glättli	+	G	ZH	Masshardt	+	S	BE	Schneeberger	=	RL	BL
Borer	+	V	SO	Gmür	=	CE	SZ	Meier-Schatz	=	CE	SG	Schneider Schüttel	+	S	FR
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössli	=	RL	SZ	Moret	=	RL	VD	Schneider-Schneiter	=	CE	BL
Bourgeois	=	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Mörgeli	+	V	ZH	Schwaab	+	S	VD
Brand	*	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Moser	=	GL	ZH	Schwander	+	V	SZ
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Geri	+	G	AG	Semadeni	+	S	GR
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Leo	+	CE	LU	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Büchler Jakob	=	CE	SG	Grossen Jürg	=	GL	BE	Müller Philipp	=	RL	AG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	+	V	VD	Grunder	=	BD	BE	Müller Thomas	+	V	SG	Stamm	+	V	AG
Bulliard	=	CE	FR	Gschwind	=	CE	JU	Müller Walter	=	RL	SG	Steier	+	S	FR
Buttet	=	CE	VS	Guhl	=	BD	AG	Müller-Altarmatt	*	CE	SO	Stolz	=	RL	BS
Candinas	=	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Müri	+	V	LU	Streiff	=	CE	BE
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Naef	+	S	ZH	Thorens Goumaz	+	G	VD
Caroni	=	RL	AR	Haller	=	BD	BE	Neiryneck	=	CE	VD	Tornare	+	S	GE
Cassis	=	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Nidegger	+	V	GE	Trede	+	G	BE
Chevalley	=	GL	VD	Hassler	=	BD	GR	Nordmann	+	S	VD	Tschäppät	+	S	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Noser	=	RL	ZH	Tschümperlin	+	S	SZ
Darbellay	=	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Nussbaumer	+	S	BL	van Singer	+	G	VD
de Buman	=	CE	FR	Heim	+	S	SO	Pantani	+	V	TI	Veillon	+	V	VD
de Courten	+	V	BL	Herzog	+	V	TG	Pardini	+	S	BE	Vischer Daniel	+	G	ZH
Derder	=	RL	VD	Hess Lorenz	=	BD	BE	Parmelin	o	V	VD	Vitali	=	RL	LU
Egloff	+	V	ZH	Hiltbold	=	RL	GE	Pelli	=	RL	TI	Vogler	=	CE	OW
Eichenberger	=	RL	AG	Hodgers	+	G	GE	Perrin	+	V	NE	von Graffenried	+	G	BE
Estermann	+	V	LU	Huber	=	RL	UR	Pezzatti	=	RL	ZG	von Siebenthal	+	V	BE
Fässler Daniel	=	CE	AI	Humbel	=	CE	AG	Pfister Gerhard	=	CE	ZG	Voruz	%	S	VD
Favre Laurent	=	RL	NE	Hurter Thomas	+	V	SH	Pieren	+	V	BE	Walter	+	V	TG
Fehr Hans	+	V	ZH	Hutter Markus	=	RL	ZH	Piller Carrard	+	S	FR	Wandfluh	+	V	BE
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Ingold	=	CE	ZH	Poggia	+	-	GE	Wasserfallen	=	RL	BE
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Jans	+	S	BS	Quadranti	=	BD	ZH	Weibel	=	GL	ZH
Feller	=	RL	VD	Joder	+	V	BE	Quadri	+	V	TI	Wermuth	+	S	AG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Regazzi	=	CE	TI	Wobmann	+	V	SO
Fiala	=	RL	ZH	Jositsch	*	S	ZH	Reimann Lukas	+	V	SG	Zürjen	=	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	1			14		44	50	1	110
=	Nein / non / no	28	7	11		29				75
o	Enth. / abst. / ast.							1		1
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1	1	1		4
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	2	2				1	4		9
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag des Bundesrates

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Hess Lorenz

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 80 Abs. 3

**Abstimmung vom / Vote du: 04.06.2013 09:54:15**

Aebi Andreas	=	V	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Kaufmann	*	V	ZH	Reimann Maximilian	=	V	AG
Aebischer Matthias	=	S	BE	Flach	+	GL	AG	Keller Peter	=	V	NW	Reynard	=	S	VS
Aeschi Thomas	=	V	ZG	Flückiger Sylvia	=	V	AG	Kessler	+	GL	SG	Ribaux	+	RL	NE
Allemann	=	S	BE	Fluri	+	RL	SO	Kiener Nellen	=	S	BE	Rickli Natalie	=	V	ZH
Amarelle	=	S	VD	Français	+	RL	VD	Killer Hans	=	V	AG	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Amaudruz	=	V	GE	Frehner	*	V	BS	Knecht	=	V	AG	Rime	*	V	FR
Amherd	+	CE	VS	Freysinger	=	V	VS	Landolt	*	BD	GL	Ritter	+	CE	SG
Amstutz	%	V	BE	Fridez	=	S	JU	Lehmann	+	CE	BS	Romano	+	CE	TI
Autert	=	S	VD	Friedl	=	S	SG	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rossini	=	S	VS
Baader Caspar	=	V	BL	Galladé	=	S	ZH	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Rösti	=	V	BE
Badran Jacqueline	=	S	ZH	Gasche	*	BD	BE	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Rusconi	=	V	TI
Barthassat	+	CE	GE	Gasser	%	GL	GR	Lohr	+	CE	TG	Rutz Gregor	=	V	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Geissbühler	=	V	BE	Lüscher	%	RL	GE	Rytz Regula	=	G	BE
Bernasconi	=	S	GE	Germanier	+	RL	VS	Lustenberger	*	CE	LU	Schelbert	=	G	LU
Bertschy	+	GL	BE	Giezendanner	=	V	AG	Maier Thomas	+	GL	ZH	Schenker Silvia	=	S	BS
Binder	=	V	ZH	Gilli	=	G	SG	Maire Jacques-André	=	S	NE	Schilliger	=	RL	LU
Birrer-Heimo	=	S	LU	Girod	=	G	ZH	Markwalder	+	RL	BE	Schläfli	+	CE	SO
Blocher	=	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Marra	=	S	VD	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Böhni	+	GL	TG	Glättli	=	G	ZH	Masshardt	=	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Borer	=	V	SO	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneider Schüttel	=	S	FR
Bortoluzzi	=	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moret	+	RL	VD	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Mörgeli	=	V	ZH	Schwaab	=	S	VD
Brand	*	V	GR	Graf-Litscher	=	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Schwander	=	V	SZ
Brunner	=	V	SG	Grin	=	V	VD	Müller Geri	=	G	AG	Semadeni	=	S	GR
Büchel Roland	=	V	SG	Gross Andreas	=	S	ZH	Müller Leo	+	CE	LU	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stahl	=	V	ZH
Bugnon	=	V	VD	Grunder	+	BD	BE	Müller Thomas	=	V	SG	Stamm	=	V	AG
Bulliard	+	CE	FR	Gschwind	+	CE	JU	Müller Walter	+	RL	SG	Steiert	=	S	FR
Buttet	+	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Müller-Altarmatt	*	CE	SO	Stolz	+	RL	BS
Candinas	+	CE	GR	Gysi	=	S	SG	Müri	=	V	LU	Streiff	+	CE	BE
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hadorn	=	S	SO	Naef	=	S	ZH	Thorens Goumaz	=	G	VD
Caroni	+	RL	AR	Haller	+	BD	BE	Neiryneck	+	CE	VD	Tornare	=	S	GE
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	=	S	ZH	Nidegger	=	V	GE	Trede	=	G	BE
Chevalley	+	GL	VD	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	=	S	VD	Tschäppät	=	S	BE
Chopard-Acklin	=	S	AG	Hausammann	=	V	TG	Noser	+	RL	ZH	Tschümperlin	=	S	SZ
Darbellay	+	CE	VS	Heer	=	V	ZH	Nussbaumer	=	S	BL	van Singer	=	G	VD
de Buman	+	CE	FR	Heim	=	S	SO	Pantani	=	V	TI	Veillon	=	V	VD
de Courten	=	V	BL	Herzog	=	V	TG	Pardini	=	S	BE	Vischer Daniel	=	G	ZH
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Parmelin	=	V	VD	Vitali	+	RL	LU
Egloff	=	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pelli	+	RL	TI	Vogler	+	CE	OW
Eichenberger	+	RL	AG	Hodgers	=	G	GE	Perrin	=	V	NE	von Graffenried	=	G	BE
Estermann	=	V	LU	Huber	+	RL	UR	Pezzatti	=	RL	ZG	von Siebenthal	=	V	BE
Fässler Daniel	+	CE	AI	Humbel	+	CE	AG	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	Voruz	%	S	VD
Favre Laurent	+	RL	NE	Hurter Thomas	=	V	SH	Pieren	=	V	BE	Walter	=	V	TG
Fehr Hans	=	V	ZH	Hutter Markus	+	RL	ZH	Piller Carrard	=	S	FR	Wandfluh	=	V	BE
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	Ingold	+	CE	ZH	Poggia	=	-	GE	Wasserfallen	+	RL	BE
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Jans	=	S	BS	Quadranti	+	BD	ZH	Weibel	+	GL	ZH
Feller	+	RL	VD	Joder	=	V	BE	Quadri	=	V	TI	Wermuth	=	S	AG
Feri Yvonne	=	S	AG	John-Calame	=	G	NE	Regazzi	+	CE	TI	Wobmann	=	V	SO
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	*	S	ZH	Reimann Lukas	=	V	SG	Zürjen	+	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		29	7	11		27				74
= Nein / non / no					14	2	44	51	1	112
o Enth. / abst. / ast.										0
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1		1	1	1		4
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	2				1	4		9
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag des Bundesrates

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Mehrheit

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 28a Abs. 1bis

**Abstimmung vom / Vote du: 13.06.2013 10:05:13**

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Kaufmann	=	V	ZH	Reimann Maximilian	=	V	AG
Aebischer Matthias	+	S	BE	Flach	+	GL	AG	Keller Peter	=	V	NW	Reynard	+	S	VS
Aeschi Thomas	=	V	ZG	Flückiger Sylvia	=	V	AG	Kessler	+	GL	SG	Ribaux	=	RL	NE
Allemann	+	S	BE	Fluri	+	RL	SO	Kiener Nellen	+	S	BE	Rickli Natalie	+	V	ZH
Amarelle	+	S	VD	Français	=	RL	VD	Killer Hans	=	V	AG	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Amaudruz	=	V	GE	Frehner	=	V	BS	Knecht	=	V	AG	Rime	=	V	FR
Amherd	+	CE	VS	Freysinger	+	V	VS	Landolt	+	BD	GL	Ritter	+	CE	SG
Amstutz	%	V	BE	Fridez	+	S	JU	Lehmann	=	CE	BS	Romano	+	CE	TI
Autert	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rossini	+	S	VS
Baader Caspar	=	V	BL	Galladé	+	S	ZH	Leutenegger Filippo	=	RL	ZH	Rösti	%	V	BE
Badran Jacqueline	*	S	ZH	Gasche	+	BD	BE	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Rusconi	=	V	TI
Barthassat	+	CE	GE	Gasser	%	GL	GR	Lohr	+	CE	TG	Rutz Gregor	=	V	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Geissbühler	=	V	BE	Lüscher	%	RL	GE	Rytz Regula	=	G	BE
Bernasconi	+	S	GE	Germanier	o	RL	VS	Lustenberger	=	CE	LU	Schelbert	+	G	LU
Bertschy	+	GL	BE	Giezendanner	=	V	AG	Maier Thomas	+	GL	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Binder	=	V	ZH	Gilli	+	G	SG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Schilliger	=	RL	LU
Birrer-Heimo	+	S	LU	Girod	+	G	ZH	Markwalder	=	RL	BE	Schläfli	+	CE	SO
Blocher	=	V	ZH	Glanzmann	=	CE	LU	Marra	+	S	VD	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Böhni	+	GL	TG	Glättli	+	G	ZH	Masshardt	+	S	BE	Schneeberger	=	RL	BL
Borer	=	V	SO	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneider Schüttel	+	S	FR
Bortoluzzi	=	V	ZH	Gössli	=	RL	SZ	Moret	=	RL	VD	Schneider-Schneiter	=	CE	BL
Bourgeois	=	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Mörgeli	=	V	ZH	Schwaab	+	S	VD
Brand	=	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Schwander	=	V	SZ
Brunner	=	V	SG	Grin	=	V	VD	Müller Geri	+	G	AG	Semadeni	+	S	GR
Büchel Roland	=	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Leo	=	CE	LU	Sommaruga Carlo	*	S	GE
Büchler Jakob	=	CE	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Philipp	=	RL	AG	Stahl	=	V	ZH
Bugnon	=	V	VD	Grunder	+	BD	BE	Müller Thomas	=	V	SG	Stamm	=	V	AG
Bulliard	+	CE	FR	Gschwind	+	CE	JU	Müller Walter	=	RL	SG	Steier	+	S	FR
Buttet	+	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stolz	=	RL	BS
Candinas	+	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Müri	=	V	LU	Streiff	+	CE	BE
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Naef	+	S	ZH	Thorens Goumaz	*	G	VD
Caroni	=	RL	AR	Haller	+	BD	BE	Neiryneck	+	CE	VD	Tornare	+	S	GE
Cassis	=	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Nidegger	=	V	GE	Trede	+	G	BE
Chevalley	+	GL	VD	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	+	S	VD	Tschäppät	+	S	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hausammann	=	V	TG	Noser	=	RL	ZH	Tschümperlin	+	S	SZ
Darbellay	+	CE	VS	Heer	=	V	ZH	Nussbaumer	*	S	BL	van Singer	+	G	VD
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Pantani	+	V	TI	Veillon	*	V	VD
de Courten	=	V	BL	Herzog	=	V	TG	Pardini	+	S	BE	Vischer Daniel	+	G	ZH
Derder	=	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Parmelin	=	V	VD	Vitali	+	RL	LU
Egloff	=	V	ZH	Hiltbold	=	RL	GE	Pelli	=	RL	TI	Vogler	+	CE	OW
Eichenberger	=	RL	AG	Hodgers	+	G	GE	Perrin	=	V	NE	von Graffenried	*	G	BE
Estermann	=	V	LU	Huber	=	RL	UR	Pezzatti	=	RL	ZG	von Siebenthal	+	V	BE
Fässler Daniel	=	CE	AI	Humbel	=	CE	AG	Pfister Gerhard	=	CE	ZG	Voruz	+	S	VD
Favre Laurent	=	RL	NE	Hurter Thomas	=	V	SH	Pieren	=	V	BE	Walter	=	V	TG
Fehr Hans	*	V	ZH	Hutter Markus	=	RL	ZH	Piller Carrard	+	S	FR	Wandfluh	*	V	BE
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Ingold	+	CE	ZH	Poggia	+	-	GE	Wasserfallen	=	RL	BE
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Jans	+	S	BS	Quadranti	+	BD	ZH	Weibel	+	GL	ZH
Feller	=	RL	VD	Joder	*	V	BE	Quadri	*	V	TI	Wermuth	*	S	AG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Regazzi	+	CE	TI	Wobmann	=	V	SO
Fiala	=	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Reimann Lukas	=	V	SG	Zürjen	+	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	22	9	11	12	2	41	5	1	103
=	Nein / non / no	9				26		44		79
o	Enth. / abst. / ast.					1				1
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1	1	2		5
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto				2		4	5		11
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Bortoluzzi

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Ersatz eines Ausdrucks ("Kinderrente" durch "Zulage für die Eltern")  
 (gilt für die ganze Vorlage)

**Abstimmung vom / Vote du: 13.06.2013 10:06:39**

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Kaufmann	+	V	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebischer Matthias	=	S	BE	Flach	+	GL	AG	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	=	S	VS
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kessler	+	GL	SG	Ribaux	+	RL	NE
Allemann	=	S	BE	Fluri	+	RL	SO	Kiener Nellen	=	S	BE	Rickli Natalie	+	V	ZH
Amarelle	=	S	VD	Français	+	RL	VD	Killer Hans	+	V	AG	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Amadruz	+	V	GE	Frehner	+	V	BS	Knecht	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Amherd	+	CE	VS	Freysinger	+	V	VS	Landolt	+	BD	GL	Ritter	+	CE	SG
Amstutz	%	V	BE	Fridez	=	S	JU	Lehmann	+	CE	BS	Romano	+	CE	TI
Aubert	=	S	VD	Friedl	=	S	SG	Leuener-Genève	=	G	GE	Rossini	=	S	VS
Baader Caspar	+	V	BL	Galladé	=	S	ZH	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Rösti	%	V	BE
Badran Jacqueline	=	S	ZH	Gasche	+	BD	BE	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Rusconi	+	V	TI
Barthassat	+	CE	GE	Gasser	%	GL	GR	Lohr	+	CE	TG	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lüscher	%	RL	GE	Rytz Regula	=	G	BE
Bernasconi	=	S	GE	Germanier	+	RL	VS	Lustenberger	+	CE	LU	Schelbert	=	G	LU
Bertschy	+	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maier Thomas	+	GL	ZH	Schenker Silvia	=	S	BS
Binder	+	V	ZH	Gilli	=	G	SG	Maire Jacques-André	=	S	NE	Schilliger	+	RL	LU
Birrer-Heimo	=	S	LU	Girod	=	G	ZH	Markwalder	+	RL	BE	Schläfli	+	CE	SO
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Marra	=	S	VD	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Böhni	+	GL	TG	Glättli	=	G	ZH	Masshardt	=	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Borer	+	V	SO	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schneider Schüttel	=	S	FR
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Moret	+	RL	VD	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Mörgeli	+	V	ZH	Schwaab	=	S	VD
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	=	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Schwander	+	V	SZ
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Geri	=	G	AG	Semadeni	+	S	GR
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Leo	+	CE	LU	Sommeruga Carlo	*	S	GE
Bücher Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	+	V	VD	Grunder	+	BD	BE	Müller Thomas	+	V	SG	Stamm	+	V	AG
Bulliard	+	CE	FR	Gschwind	+	CE	JU	Müller Walter	+	RL	SG	Steiert	=	S	FR
Buttet	+	CE	VS	Guhl	+	BD	AG	Müller-Altermatt	+	CE	SO	Stolz	+	RL	BS
Candinas	+	CE	GR	Gysi	=	S	SG	Müri	+	V	LU	Streiff	+	CE	BE
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hadorn	=	S	SO	Naef	=	S	ZH	Thorens Goumaz	*	G	VD
Caroni	+	RL	AR	Haller	+	BD	BE	Neiryneck	+	CE	VD	Tornare	=	S	GE
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	=	S	ZH	Nidegger	+	V	GE	Trede	=	G	BE
Chevalley	+	GL	VD	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	=	S	VD	Tschäppät	=	S	BE
Chopard-Acklin	=	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Noser	+	RL	ZH	Tschümperlin	=	S	SZ
Darbella	+	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Nussbaumer	*	S	BL	van Singer	=	G	VD
de Buman	+	CE	FR	Heim	=	S	SO	Pantani	+	V	TI	Veillon	*	V	VD
de Courten	+	V	BL	Herzog	+	V	TG	Pardini	=	S	BE	Vischer Daniel	=	G	ZH
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Parmelin	+	V	VD	Vitali	+	RL	LU
Egloff	+	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pelli	+	RL	TI	Vogler	+	CE	OW
Eichenberger	+	RL	AG	Hodgers	=	G	GE	Perrin	+	V	NE	von Graffenried	*	G	BE
Estermann	+	V	LU	Huber	+	RL	UR	Pezzatti	+	RL	ZG	von Siebenthal	+	V	BE
Fässler Daniel	+	CE	AI	Humbel	+	CE	AG	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	Voruz	=	S	VD
Favre Laurent	+	RL	NE	Hurter Thomas	+	V	SH	Pieren	+	V	BE	Walter	+	V	TG
Fehr Hans	+	V	ZH	Hutter Markus	+	RL	ZH	Piller Carrard	=	S	FR	Wandfluh	*	V	BE
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	Ingold	+	CE	ZH	Poggia	+	-	GE	Wasserfallen	+	RL	BE
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Jans	=	S	BS	Quadranti	+	BD	ZH	Weibel	+	GL	ZH
Feller	+	RL	VD	Joder	*	V	BE	Quadri	*	V	TI	Wermuth	*	S	AG
Feri Yvonne	=	S	AG	John-Calame	=	G	NE	Regazzi	+	CE	TI	Wobmann	+	V	SO
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	=	S	ZH	Reimann Lukas	+	V	SG	Ziörjen	+	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		31	9	11		29		50	1	131
= Nein / non / no					12		42			54
o Enth. / abst. / ast.										0
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1		1	1	2		5
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto					2		3	4		9
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit  
 Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Schenker Silvia

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 80 Abs. 3 und 4

**Abstimmung vom / Vote du: 13.06.2013 10:07:34**

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	=	GL	LU	Kaufmann	+	V	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebischer Matthias	+	S	BE	Flach	=	GL	AG	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	+	S	VS
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kessler	=	GL	SG	Ribaux	+	RL	NE
Allemann	+	S	BE	Fluri	+	RL	SO	Kiener Nellen	+	S	BE	Rickli Natalie	+	V	ZH
Amarelle	+	S	VD	Français	+	RL	VD	Killer Hans	+	V	AG	Riklin Kathy	=	CE	ZH
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	+	V	BS	Knecht	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Amherd	=	CE	VS	Freysinger	+	V	VS	Landolt	=	BD	GL	Ritter	=	CE	SG
Amstutz	%	V	BE	Fridez	+	S	JU	Lehmann	+	CE	BS	Romano	=	CE	TI
Autert	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rossini	+	S	VS
Baader Caspar	+	V	BL	Galladé	+	S	ZH	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Rösti	%	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gasche	=	BD	BE	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Rusconi	+	V	TI
Barthassat	o	CE	GE	Gasser	%	GL	GR	Lohr	=	CE	TG	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bäumle	=	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lüscher	%	RL	GE	Rytz Regula	+	G	BE
Bernasconi	+	S	GE	Germanier	+	RL	VS	Lustenberger	=	CE	LU	Schelbert	+	G	LU
Bertschy	=	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maier Thomas	=	GL	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Binder	+	V	ZH	Gilli	+	G	SG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Schilliger	+	RL	LU
Birrer-Heimo	+	S	ZH	Girod	+	G	ZH	Markwalder	+	RL	BE	Schläfli	=	CE	SO
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	=	CE	LU	Marra	+	S	VD	Schmid-Federer	=	CE	ZH
Böhni	=	GL	TG	Glättli	+	G	ZH	Masshardt	+	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Borer	+	V	SO	Gmür	=	CE	SZ	Meier-Schatz	=	CE	SG	Schneider Schüttel	+	S	FR
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössli	+	RL	SZ	Moret	o	RL	VD	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Mörgeli	+	V	ZH	Schwaab	+	S	VD
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Moser	=	GL	ZH	Schwander	+	V	SZ
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Geri	+	G	AG	Semadeni	+	S	GR
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	%	S	ZH	Müller Leo	=	CE	LU	Sommaruga Carlo	*	S	GE
Büchler Jakob	+	CE	SG	Grossen Jürg	=	GL	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	+	V	VD	Grunder	=	BD	BE	Müller Thomas	+	V	SG	Stamm	+	V	AG
Bulliard	+	CE	FR	Gschwind	=	CE	JU	Müller Walter	+	RL	SG	Steier	+	S	FR
Buttet	=	CE	VS	Guhl	=	BD	AG	Müller-Altarmatt	=	CE	SO	Stolz	+	RL	BS
Candinas	=	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Müri	+	V	LU	Streff	=	CE	BE
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Naef	+	S	ZH	Thorens Goumaz	*	G	VD
Caroni	+	RL	AR	Haller	=	BD	BE	Neiryneck	=	CE	VD	Tornare	+	S	GE
Cassis	=	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Nidegger	+	V	GE	Trede	+	G	BE
Chevalley	=	GL	VD	Hassler	=	BD	GR	Nordmann	+	S	VD	Tschäppät	+	S	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Noser	+	RL	ZH	Tschümperlin	+	S	SZ
Darbellay	+	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Nussbaumer	*	S	BL	van Singer	+	G	VD
de Buman	=	CE	FR	Heim	+	S	SO	Pantani	+	V	TI	Veillon	*	V	VD
de Courten	+	V	BL	Herzog	+	V	TG	Pardini	+	S	BE	Vischer Daniel	+	G	ZH
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	=	BD	BE	Parmelin	+	V	VD	Vitali	+	RL	LU
Egloff	+	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pelli	+	RL	TI	Vogler	=	CE	OW
Eichenberger	+	RL	AG	Hodgers	+	G	GE	Perrin	+	V	NE	von Graffenried	*	G	BE
Estermann	+	V	LU	Huber	+	RL	UR	Pezzatti	=	RL	ZG	von Siebenthal	+	V	BE
Fässler Daniel	o	CE	AI	Humbel	=	CE	AG	Pfister Gerhard	=	CE	ZG	Voruz	+	S	VD
Favre Laurent	+	RL	NE	Hurter Thomas	+	V	SH	Pieren	+	V	BE	Walter	+	V	TG
Fehr Hans	+	V	ZH	Hutter Markus	+	RL	ZH	Piller Carrard	+	S	FR	Wandfluh	*	V	BE
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Ingold	=	CE	ZH	Poggia	+	-	GE	Wasserfallen	+	RL	BE
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Jans	+	S	BS	Quadranti	=	BD	ZH	Weibel	=	GL	ZH
Feller	+	RL	VD	Joder	*	V	BE	Quadri	*	V	TI	Wermuth	*	S	AG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Regazzi	o	CE	TI	Wobmann	+	V	SO
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Reimann Lukas	+	V	SG	Zürjen	=	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	CE	BD	GL	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	5			12	26	42	50	1	136
=	Nein / non / no	23	9	11		2				45
o	Enth. / abst. / ast.	3				1				4
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1	1	2		5
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto				2		3	4		9
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit  
 Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Ingold

**Geschäft / Objet**

11.030-1 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Deuxième volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, deuxième volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Antrag der Einigungskonferenz

**Abstimmung vom / Vote du: 19.06.2013 15:37:28**

Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	=	GL	LU	Kaufmann	+	V	ZH	Reimann Maximilian	+	V	AG
Aebischer Matthias	+	S	BE	Flach	=	GL	AG	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	+	S	VS
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kessler	=	GL	SG	Ribaux	=	RL	NE
Allemann	+	S	BE	Fluri	=	RL	SO	Kiener Nellen	+	S	BE	Rickli Natalie	+	V	ZH
Amarelle	+	S	VD	Français	=	RL	VD	Killer Hans	+	V	AG	Riklin Kathy	=	CE	ZH
Amaudruz	+	V	GE	Frehner	+	V	BS	Knecht	+	V	AG	Rime	+	V	FR
Amherd	=	CE	VS	Freysinger	*	V	VS	Landolt	=	BD	GL	Ritter	=	CE	SG
Amstutz	%	V	BE	Fridez	+	S	JU	Lehmann	o	CE	BS	Romano	=	CE	TI
Autert	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rossini	+	S	VS
Baader Caspar	+	V	BL	Galladé	+	S	ZH	Leutenegger Filippo	o	RL	ZH	Rösti	%	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gasche	*	BD	BE	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Rusconi	+	V	TI
Barthassat	=	CE	GE	Gasser	*	GL	GR	Lohr	=	CE	TG	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bäumle	=	GL	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lüscher	=	RL	GE	Rytz Regula	+	G	BE
Bernasconi	+	S	GE	Germanier	=	RL	VS	Lustenberger	=	CE	LU	Schelbert	+	G	LU
Bertschy	=	GL	BE	Giezendanner	+	V	AG	Maier Thomas	=	GL	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Binder	+	V	ZH	Gilli	+	G	SG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Schilliger	=	RL	LU
Birrer-Heimo	+	S	LU	Girod	+	G	ZH	Markwalder	=	RL	BE	Schläfli	=	CE	SO
Blocher	+	V	ZH	Glanzmann	=	CE	LU	Marra	+	S	VD	Schmid-Federer	*	CE	ZH
Böhni	=	GL	TG	Glättli	+	G	ZH	Masshardt	+	S	BE	Schneeberger	=	RL	BL
Borer	+	V	SO	Gmür	=	CE	SZ	Meier-Schatz	=	CE	SG	Schneider Schüttel	+	S	FR
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössli	=	RL	SZ	Moret	=	RL	VD	Schneider-Schneiter	=	CE	BL
Bourgeois	=	RL	FR	Graf Maya	#	G	BL	Mörgeli	+	V	ZH	Schwaab	+	S	VD
Brand	+	V	GR	Graf-Litscher	+	S	TG	Moser	=	GL	ZH	Schwander	+	V	SZ
Brunner	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Müller Geri	*	G	AG	Semadeni	+	S	GR
Büchel Roland	+	V	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Leo	=	CE	LU	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Büchler Jakob	=	CE	SG	Grossen Jürg	*	GL	BE	Müller Philipp	=	RL	AG	Stahl	+	V	ZH
Bugnon	*	V	VD	Grunder	=	BD	BE	Müller Thomas	+	V	SG	Stamm	+	V	AG
Bulliard	=	CE	FR	Gschwind	=	CE	JU	Müller Walter	=	RL	SG	Steier	+	S	FR
Buttet	=	CE	VS	Guhl	=	BD	AG	Müller-Altarmatt	=	CE	SO	Stolz	=	RL	BS
Candinas	=	CE	GR	Gysi	+	S	SG	Müri	+	V	LU	Streiff	o	CE	BE
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hadorn	+	S	SO	Naef	*	S	ZH	Thorens Goumaz	+	G	VD
Caroni	=	RL	AR	Haller	=	BD	BE	Neiryneck	=	CE	VD	Tornare	+	S	GE
Cassis	=	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Nidegger	+	V	GE	Trede	+	G	BE
Chevalley	=	GL	VD	Hassler	=	BD	GR	Nordmann	+	S	VD	Tschäppät	+	S	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hausammann	+	V	TG	Noser	=	RL	ZH	Tschümperlin	+	S	SZ
Darbellay	=	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Nussbaumer	+	S	BL	van Singer	+	G	VD
de Buman	=	CE	FR	Heim	+	S	SO	Pantani	+	V	TI	Veillon	+	V	VD
de Courten	+	V	BL	Herzog	+	V	TG	Pardini	+	S	BE	Vischer Daniel	+	G	ZH
Derder	=	RL	VD	Hess Lorenz	=	BD	BE	Parmelin	+	V	VD	Vitali	=	RL	LU
Egloff	+	V	ZH	Hiltbold	=	RL	GE	Pelli	*	RL	TI	Vogler	=	CE	OW
Eichenberger	=	RL	AG	Hodgers	+	G	GE	Perrin	+	V	NE	von Graffenried	+	G	BE
Estermann	+	V	LU	Huber	=	RL	UR	Pezzatti	=	RL	ZG	von Siebenthal	+	V	BE
Fässler Daniel	o	CE	AI	Humbel	=	CE	AG	Pfister Gerhard	o	CE	ZG	Voruz	+	S	VD
Favre Laurent	=	RL	NE	Hurter Thomas	+	V	SH	Pieren	+	V	BE	Walter	+	V	TG
Fehr Hans	+	V	ZH	Hutter Markus	=	RL	ZH	Piller Carrard	+	S	FR	Wandfluh	*	V	BE
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Ingold	=	CE	ZH	Poggia	+	-	GE	Wasserfallen	=	RL	BE
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Jans	+	S	BS	Quadranti	=	BD	ZH	Weibel	=	GL	ZH
Feller	=	RL	VD	Joder	+	V	BE	Quadri	+	V	TI	Wermuth	+	S	AG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Regazzi	=	CE	TI	Wobmann	+	V	SO
Fiala	=	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Reimann Lukas	+	V	SG	Zürjen	=	BD	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si				13		45	51	1	110
=	Nein / non / no	10	26	8		28				72
o	Enth. / abst. / ast.		4			1				5
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							2		2
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	2	1	1	1	1	1	3		10
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1					1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Einigungskonferenz (Abschreibung)

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag Weibel (Keine Abschreibung)